

Julia Zilles, Emily Drewing, Julia Janik (Hg.)
Umkämpfte Zukunft

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch **POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft**



und die Open Library Community Politik 2022 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Vollponsoren: Freie Universität Berlin – Universitätsbibliothek | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum | Universitäts- und Landesbibliothek Bonn | Staats- und Universitätsbibliothek Bremen | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Frankfurt am Main | Justus-Liebig-Universität Gießen | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek | Technische Informationsbibliothek (TIB Hannover) | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Koblenz · Landau | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek Marburg | Universitätsbibliothek der

Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Universität der Bundeswehr München | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg | Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Passau | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wuppertal | Vorarlberger Landesbibliothek | Universität Wien Bibliotheks- und Archivwesen | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Universitätsbibliothek St. Gallen | Zentralbibliothek Zürich

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Bibliothek | Landesbibliothek Oldenburg | Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, Hochschulbibliothek | ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hochschulbibliothek

Mikrosponsoring: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte

Julia Zilles, Emily Drewing, Julia Janik (Hg.)

Umkämpfte Zukunft

Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt

[transcript]

Wir danken dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. für den Druckkostenzuschuss.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© Julia Zilles, Emily Drewing, Julia Janik (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839463000>

Print-ISBN 978-3-8376-6300-6

PDF-ISBN 978-3-8394-6300-0

EPUB-ISBN 978-3-7328-6300-6

Buchreihen-ISSN: 2701-0473

Buchreihen-eISSN: 2703-1667

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Vorwort

Berthold Vogel 9

Umkämpfte Zukunft

Zum Verhältnis von Demokratie, Nachhaltigkeit und Konflikt

Emily Drewing, Julia Zilles und Julia Janik 11

Nachhaltigkeit/Zukunft: Multiperspektivische Annäherungen

Quo vadis, Deutschland?

Stand und Perspektiven der Nachhaltigkeitspolitik

Jörg Radtke und Ortwin Renn 33

Mehr Fortschritt wagen? Eine essayistische Kritik der Wette auf grünes Wachstum

Timmo Krüger 63

Widerstreit der Zukünfte

Ökologie und Nachhaltigkeit im Kontext globaler Geschichtsphilosophie am
Ende der 1980er Jahre

Daniel-Pascal Zorn 81

»Die Arktis brennt« – Zur verlorenen Zukunft in Katastrophennarrativen von Klimaprotestbewegungen

Anna Nora Freier und Josua Schneider 95

Den Dissens aufwühlen

Kritik, Konflikt und Konsens in der Nachhaltigkeitsdebatte

Katrin Großmann und Nikolai Roskamm 123

Manifeste und potenzielle Konflikte ob der (nicht ganz so) Großen Transformation

Kämpfe um die Lebensweise

Praktische Dimensionen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts

Dennis Eversberg 141

Zwischen Unzufriedenheit und Gegnerschaft

Einstellungen und Engagement in der Energiewende

Simon Teune 167

Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie

Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock 183

Das Narrativ des »Blackouts« – diskursive Transformationsschmerzen des fossil-atomaren Systems

Daniel Häfner und Tobias Haas 203

Soziales Spannungsfeld Rheinisches Revier – Einstellungen und öffentliche Diskussionen zur Energiewende

Cathérine Momberger und Rabea Bieckmann 217

Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende – ein sozialer Konflikt (der Zukunft)?

Nina Kerker 235

Kommunale Akteur:innen in den Konsultationen zum Netzausbau – Akteur:innen, Argumente, Auswirkungen

Simon Fink und Eva Ruffing 251

»Teuer, ungerecht und elitär?« – Gesellschaftliche Konfliktlinien um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit

Nico Makros und Julia Schatzschneider 267

Wie weiter?

Deliberation: Neue Räume für die Aushandlung von Politikoptionen

Mareike Blum, Arwen Colell und Katja Treichel 293

Von Dialog und Widerstand

Empirische Befunde zu Konflikt und Beteiligung beim Ausbau der Windenergie

Sabrina Glanz, Anna-Lena Schöner, Ramona Drossner und Leonie Nowack 313

Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen?

Impulse durch das Konzept der Sozialen Orte als Infrastruktur
des Zusammenhalts

Sarah Herbst, Maike Simmank und Berthold Vogel 333

Ist die Kommunikation von Fridays for Future anschlussfähig?

Über die Selbstverortung und die Irritationsversuche der Klimaproteste

Stefan Schweiger, Michael M. Kretzer und Abeer Abdulnabi Ali 343

Energiewende, Kohleausstieg, Strukturwandel – die Rolle des Staates in der Reorganisation der Energieversorgung

Tobias Haas und Alexander Neupert-Doppler 361

»Hinterm Horizont geht's weiter.« Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen im Angesicht der Energiewende

Stine Marg und Lucas Kuhlmann 381

Fazit

Zurück in der Zukunft? Demokratie und Nachhaltigkeit zwischen fortgesetzter Gegenwart, Katastrophe und konkreter Utopie

Sieben Thesen zum Fazit

Julia Zilles, Emily Drewing und Julia Janik 405

Autor:innen 425

Vorwort

Berthold Vogel

Die Radikalität des Klimawandels, die Dauerhaftigkeit der Pandemie und die Tatsache, dass Diktaturen wie Russland Energie als Teil ihrer Kriegsführung einsetzen, zeigen, dass unser Wohlstandsmodell auf Voraussetzungen beruht, die keine Zukunft mehr haben (dürfen). Die Verwundbarkeit unseres Wohlstands ist offensichtlich. Die öffentlichen Infrastrukturen, die eine klimagerechte und pandemieresiliente Wirtschafts- und Lebensweise ermöglichen könnten, fehlen oder sind verschlissen. Die Abhängigkeit von Energieträgern, die einst zwar bequem und billig zu bekommen waren, haben unsere demokratischen Gesellschaften und sozialstaatlichen Marktwirtschaften in der Zwischenzeit maximal erpressbar gemacht. Vieles spricht dafür, dass wir vor gravierenden individuellen Wohlstandsverlusten stehen, die sowohl die Mitte der Gesellschaft hart treffen als auch – und insbesondere – die Situation für arme oder von Armut bedrohte Menschen drastisch verschlechtern werden. Vertiefte soziale Spaltungen drohen ebenso wie materielle Abstiege. Die aktuelle Situation wird dabei durch bereits länger wirksame Prozesse verstärkt. Wir sind auch unabhängig von Krieg und Pandemie mit erheblichen und unbedingt notwendigen Einschnitten in der Industriepolitik konfrontiert, die massiv unsere Wirtschaftsweise verändern werden. Nichts anderes heißt Dekarbonisierung und Energiewende. Wir stehen schließlich seit vielen Jahren inmitten einer digitalen Neuordnung der Arbeitswelt, die unsere Vorstellung von Erwerbsarbeit nachhaltig verändern wird: Berufe verschwinden, neue Berufe etablieren sich – damit sind soziale Abstiege und Aufstiege verbunden. Insgesamt gilt, dass Investitionen in öffentliche Aufgaben und Infrastrukturen immens wachsen müssen, wenn eine nachhaltige Klima- und Energiewende erreicht werden soll. Die Entwicklungen im Zuge dieser Polykrise und der umfassenden Transformation unserer Lebensweise und Arbeitswelt provozieren Konflikte. Die ökologische Frage, die Energiewende und der Abschied von fossilen Brennstoffen sind eminente soziale Fragen. Im Grunde hängt alles an den Fragen gesellschaftlicher Gestaltung. Nicht die technologische Umsetzung ist die zentrale Herausforderung, sondern die soziale Realisation der notwendigen Veränderungen. Kurzum: die Zukunft ist umkämpft. Diesen Kämpfen und Konflikten, diesen Bruchlinien und Divergenzen widmet sich der vorliegende, von Julia Zilles, Emily Drewing und Julia Janik herausgegebene Band.

Die Beiträge dieses wertvollen Bandes machen die Größe der gesellschaftlichen Aufgaben deutlich, die in den kommenden Jahrzehnten zu stemmen sind, aber auch die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Anstrengung, verantwortungsvoll die damit einhergehenden Konflikte nachzuzeichnen, sie zu analysieren und den darin Involvierten eine Stimme zu geben. Warum verantwortungsvoll? Weil eine Menge auf dem Spiel steht. Wenn in diesem Band von umkämpfter Zukunft die Rede ist, dann geht es nicht nur um das Klein-Klein des energiepolitischen Hickhacks um Stromtrasse und Windrad. Die in den unterschiedlichen Beiträgen skizzierten Konflikte verdeutlichen, dass mehr auf dem Spiel steht. Es geht um die Gestaltung unseres Zusammenlebens im Ganzen, und um die Fragen, in welcher Weise trotz und vielleicht auch mit den Konflikten um Energiesicherheit, Klimaschutz und ökologisch nachhaltigem Wirtschaften demokratische Strukturen und Institutionen weiterentwickelt, aber auch zum Wohle aller gesichert werden können.

Es steht außer Frage, dass den Gesellschaftswissenschaften in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine Schlüsselrolle zukommen wird. Die Einsicht, dass Technologien nicht nur naturgesetzliche oder juristische Grenzen haben, sondern insbesondere soziale, beginnt sich zwar nur allmählich durchzusetzen. Aber es wird in demokratischen Gesellschaften nicht auf Dauer gelingen, Technik gegen die Gesellschaft durchzusetzen – das zeigt auch die Vergangenheit. Jeder Wandel braucht Kooperation und Koalition. Das gilt insbesondere für die große ökologische und klimagerechte Transformation unserer Wirtschaft, unseres Alltagserlebens, unserer Konsum- und Produktionsweise. Nur das Zusammenwirken von Staat oder Kommunen, von Betrieben und Wirtschaft sowie von Zivilgesellschaft und Engagierten verspricht Veränderung. Im Göttinger SOFI greifen wir diese wichtigen Themen auf – etwa durch unsere Beteiligung am Energie-Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN), in dem wir die mit der Energiewende und dem Klimaschutz verbundenen gesellschaftlichen Fragen erörtern und in multidisziplinäre Forschungsprojekte einbinden. Zudem diskutieren wir mehr und mehr, in welcher Weise Projekte der Energiewende – zum Beispiel Bürger- oder Quartiersenergiesysteme – *Soziale Orte* der Veränderung sein können. Und schließlich fragen wir nach den Provokationen der ökologischen Transformation, wenn wir die Energiewende und den Klimaschutz nicht nur aus einer Machbarkeitsperspektive, sondern mit Blick auf ihre Implikationen für die Stabilität bzw. die Gefährdung gesellschaftlichen Zusammenhalts betrachten. Der von den drei Herausgeberinnen adressierten Themen und Herausforderungen nehmen wir uns in unserer Forschung verstärkt an. Hierin liegt ein wesentlicher Baustein der Neujustierung der Göttinger Soziologie am SOFI.

Ich wünsche der vorliegenden Publikation »Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Demokratie, Nachhaltigkeit und Konflikt«, die wir von Seiten des Instituts finanziell gerne unterstützt haben, zahlreiche an produktiver Kontroverse interessierte Leser:innen. Wir müssen in der ökologischen Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensverhältnisse vorankommen. Ein Zwischenstand wichtiger sozialer Konfliktlinien liegt hiermit vor.

Berthold Vogel
Göttingen, im Oktober 2022

Umkämpfte Zukunft

Zum Verhältnis von Demokratie, Nachhaltigkeit und Konflikt

Emily Drewing, Julia Zilles und Julia Janik

Im März 2021 wurde die aktuell vermutlich berühmteste Klimaaktivistin der Welt während eines Fernsehinterviews mit einem fiktiven Szenario konfrontiert. Darin rief sie der US-amerikanische Präsident Joe Biden an, erklärte, er verfüge über magische Kräfte (genauer: »a presidential magic wand«), mithilfe derer er jedwede Maßnahme und Policy wortwörtlich im Handumdrehen realisieren könne, und fragte Greta Thunberg, was er mit Blick auf die Klimakrise unternehmen solle. Auf die Frage des Journalisten Mehdi Hasan, was sie Biden entgegnen würde, antwortete Thunberg: »Well, nothing, because that's not democratic. I mean, an elected leader cannot do anything without support from voters. And I would not want anyone to do anything that would not have their support, because that would be undemocratic. And democracy is the most precious thing that we have, and we must not risk that.« (MSNBC 2021)

Sie würde ihm also keine konkreten Schritte zur sofortigen Umsetzung anraten, weil das, so Thunberg, nicht demokratisch ist, und nichts wertvoller sei als die Demokratie. Mit Blick auf die bisherigen Klimaschutzbestrebungen demokratisch (und nicht demokratisch) verfasster Staaten lässt sich indes fragen, welcher Rang in der Wertehierarchie dem Erhalt planetarer Lebensgrundlagen zukommt, welcher ihm eingedenk klimawissenschaftlicher Erkenntnisse zukommen *sollte* – und wie man damit umgeht, wenn zwischen diesen beiden Hierarchisierungen Diskrepanzen vorliegen. Während manche Aktivist:innen angesichts eines bevorstehenden Endes der (für Menschen bewohnbaren) Welt unbedingten Anlass zu zivilem Ungehorsam, ja zur Rebellion sehen (vgl. Freier/Schneider 2022), zeigen Umfrageergebnisse, dass selbst die (gemessen an der vielbeschworenen Dringlichkeit tiefgreifender Veränderungen) gemächlichen Schritte vielen Menschen zu schnell gehen und (verstärkt) der Vermittlung bedürfen – dies gilt vor allem für Personen, deren Demokratie- und Politikvertrauen ohnehin gering ausgeprägt ist (vgl. Eversberg 2022; Mokros/Schatzschneider 2022; Teune 2022).

Gleich vorab: dieser Band gibt keine Antworten, die geeignet sind, das beschriebene Spannungsfeld zwischen (klima)wissenschaftlichen Erkenntnissen, daraus abzuleitenden Maßnahmen und ihrer Mehrheitsfähigkeit aufzulösen – dies zu versuchen, ist (und bleibt hoffentlich auch) Gegenstand demokratischer und gesellschaftlicher Aus-

handlungsprozesse (man könnte auch sagen: Konflikte). Die hier gesammelten Beiträge sind Annäherungen, um dieses Ringen, diese Verwerfungen und Widersprüche besser zu verstehen. Sie vermessen gesellschaftliche Resonanzen auf existierende Bemühungen um Klimaschutz und Nachhaltigkeit, diskutieren Prämissen, die ihnen zugrunde liegen und geben in der Folge explizit oder implizit Hinweise, wie mit alledem womöglich (besser) umgegangen werden kann. Die Beiträge unterscheiden sich zum einen hinsichtlich ihrer Schwerpunktsetzung auf einen eher konzeptionellen oder eher empirischen Zugang. Zum anderen lassen sie sich hinsichtlich der Profundität der Veränderungen, die sie im Sinne der Nachhaltigkeit präsupponieren – kann die Abwendung der Klimakatastrophe in Fortführung angepasster wachstumsbasierter Lebens- und Wirtschaftsweisen gelingen, oder sind es genau diese Grundfesten, die es zu erschüttern gilt? (vgl. Großmann/Roskamm 2022; Krüger 2022a; Zorn 2022) – unterscheiden.

Notwendig diffus? Was von der Nachhaltigkeit übrig bleibt

Bislang kaum tangiert von den Schritten zu seiner Verlangsamung schreitet der Klimawandel voran; teils noch befeuert durch unintendierte Nebenfolgen von Maßnahmen, die eigentlich seiner Abmilderung dienen sollten. Man könnte an dieser Stelle berechtigterweise viele Seiten mit Hinweisen zum menschengemachten Ursprung der Klimakatastrophe füllen – und mit Informationen zu ihren zahlreichen, für Flora, Fauna und zukünftige Generationen nahezu unvorstellbar verheerenden Auswirkungen. Gleichfalls ließe sich auf die unzähligen Extremwetterereignisse der letzten Jahre verweisen, um zu illustrieren, welch gravierende Auswirkungen der Klimawandel bereits gegenwärtig zeitigt. Sodann ließe sich herausstellen, wie wichtig es ist, jetzt schnell, konzertiert und wenn nötig radikal zu handeln, um diese Entwicklungen immerhin noch abzumildern. Auch müsste angemerkt werden, dass Fragen sozialer Gerechtigkeit bei alledem immer von höchster Relevanz sind, etwa: Wie und wo sind die Auswirkungen der Klimakatastrophe besonders verheerend? Wer ist demnach in besonderem Maße betroffen? Welche Verteilungen von Lasten und Nutzen gehen mit Strategien zur Adressierung der sich bereits deutlich abzeichnenden Krisen einher? Wie lässt sich das demokratisch (besser) aushandeln? Wie verhält sich das zu bestehenden Ungleichheiten? Und wie kann es demnach gelingen, den gesellschaftlichen »Provokationen der ökologischen Transformation« (Vogel 2022: 10) gerecht und im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse zu begegnen?

Alltagssprachlich kondensieren sich Forderungen und Bestrebungen, die Klimakatastrophe und ihre Effekte auf ein Ausmaß zu begrenzen, das sich hoffentlich noch halbwegs bewältigen lässt und die genannten Fragen idealerweise hinreichend beantwortet, im Begriff der Nachhaltigkeit. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bedeutet Nachhaltigkeit, »die Bedürfnisse der Gegenwart so zu befriedigen, dass die Möglichkeiten zukünftiger Generationen nicht eingeschränkt werden. Dabei ist es wichtig, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – wirtschaftlich effizient, sozial gerecht, ökologisch tragfähig – gleichberechtigt zu betrachten« (BMZ 2022: o.S.). So weit, so wichtig, so unkonkret. Im Sinne der Nachhaltigkeit werden Menschen zu Vegetarier:innen, organisieren weltweit Klimastreiks und

üben sich in *ökologischer Distinktion* (vgl. Neckel 2018b). Unternehmen und Politiker:innen suchen nach Möglichkeiten, *grünes Wachstum* zu fördern, während gleichzeitig vielfach postuliert wird, dass eine *genuin* nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise eben gerade eine Abkehr von bewährten Wachstumslogiken erfordert.

Handlungen, Maßnahmen und Strategien unter dem Vorzeichen der Nachhaltigkeit folgen demnach keiner gemeinsamen Prämisse oder geteilten Maxime. Das Feld ist fragmentarisch; es zeigt sich als lückenhaftes Mosaik anstelle des fein abgestimmten Puzzles, das man sich eingedenk der Tragweite prognostizierter Entwicklungen wünschen könnte. Die Diffusität, die sich ergibt, »indem überall und auf alles das Etikett *nachhaltig* geklebt wird« (Großmann/Roskamm 2022: 130), bringt eine gewaltige inhaltliche Beliebigkeit mit sich: es können sich alle auf Nachhaltigkeit als übergreifendes Ziel einigen, denn was genau damit gemeint ist, bleibt offen. So ist Nachhaltigkeit »randvoll mit systemimmanenten Floskeln und Interessen aufgefüllt« (ebd.: 133f.), die – wohl auch, da »es hierzulande praktisch keine Bevölkerungsteile gibt, die nicht in der einen oder anderen Weise selbst in die Steigerungsdynamiken verstrickt und an ihrer jedenfalls partiellen Aufrechterhaltung interessiert wären« (Eversberg 2022: 162) – dazu führen, dass der Wandel zu einer nachhaltigeren Gesellschaft weithin als inkrementelles Unterfangen gedacht wird: »the objective of a sustainable future is to be achieved in the framework of the industrial past« (Kropp 2018: 571). Nachhaltigkeit könne, so Neckel (2018a), daher nicht als Lösung gelten, sondern müsse vielmehr als Problem betrachtet werden.

Ansichts der inhärenten *nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit* postmoderner westlicher Gesellschaften (vgl. Blühdorn et al. 2020), der entsprechend noch ausstehenden Umsetzung wirkmächtiger Strategien für den Umgang mit der Klimakatastrophe sowie teilweise gegenläufiger Effekte bereits umgesetzter Schritte ist dies zweifellos ein Problem. Der nach dem Dafürhalten von Aktivist:innen und (Klima-)Wissenschaftler:innen erforderliche Umfang von Maßnahmen – die nämlich möglichst profunde Veränderungen in sämtlichen menschlichen Lebens- und Wirkungsbereichen mit sich bringen sollten – lässt indes eine gewisse Unübersichtlichkeit erwarten, die ja (zugegeben sehr optimistisch betrachtet) auch auf die nötige gesamtgesellschaftliche Annahme des Primats der Nachhaltigkeit verweisen könnte. Einer solchen Durchdringung liefe es zuwider, fände Nachhaltigkeit nur in repräsentativ-demokratischen Arenen und Fachdiskursen statt oder überließe man jenen gar die alleinige Deutungshoheit darüber, was nun *wirklich* nachhaltig ist – und was nicht: »In dem Maße, wie sie in solutionistischem Gestus von politischen und wirtschaftlichen Akteuren als ökologisches Modernisierungsprogramm vorangetrieben wird, wird sozial-ökologische Transformation großen Bevölkerungsteilen als Elitenprojekt erscheinen« (Eversberg 2022: 163).

Ob nun Nachhaltigkeit vornehmlich als postdemokratische Wendung aufgefasst wird, die über Feigenblattpolitiken und Leuchtturmprojekte kaum hinauskommt und darin ihre eigentliche Funktion erfüllt, demokratischen Öffentlichkeiten die Beherrschbarkeit der sich bereits abzeichnenden Veränderungen durch Eingriffe, die kaum Anpassungen der Lebens- und Wirtschaftsweisen erfordern, zu suggerieren (vgl. Blühdorn 2013), oder ob man sie im Sinne ganz grundlegender Umwälzungsprozesse versteht: es herrscht offenkundig ein Mangel daran. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Sammelbands unterstreicht etwa der russische Angriffskrieg in der Ukraine, dass sowohl

der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energien als auch durch kollektive Verhaltensänderungen gesteigerte Energiesuffizienz – also, sehr verkürzt gesprochen, ein *Mehr* an Nachhaltigkeit in der einen oder anderen Ausdeutung – nicht nur zur Sicherung von (erschwinglicher) Energie für die Bürger:innen, sondern ob verminderter Abhängigkeiten auch international zu mehr Integrität hätten beitragen können (da etwa Gas nicht aus weiteren Ländern, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, importiert werden müsste). Die aktuelle Energiekrise verschärft zum einen den Zeitdruck für einen zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien und bringt gleichzeitig andere Themen, wie etwa einen Ausstieg aus der Atomenergie, zurück in die politische Debatte. Die Beschleunigungsbemühungen treffen in vielen gesellschaftlichen Bereichen auf Beharrungskräfte – von der Art zu Heizen bis hin zur tief verankerten Automobilität. Während die Energiewende bislang vornehmlich als Stromwende gedacht wurde und auch wir uns in unserer bisherigen Forschung überwiegend mit dem Stromsektor beschäftigt haben, ist vor allem in den Sektoren Wärme und Verkehr noch sehr viel zu tun: So betrug der Anteil erneuerbarer Energien im Sektor Strom 2021 immerhin bereits 41,1 Prozent, im Sektor Wärme aber nur 16,5 Prozent und im Verkehrssektor sogar nur 6,8 Prozent (UBA 2022). Jenseits allen kriegsfolgenbedingten zusätzlichen Zeitdrucks verdeutlicht das auch ein Blick auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 oder auf das gesetzlich festgelegte Ziel, bis 2030 den CO₂-Ausstoß um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken.

Ganz gleich, ob gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit nun ideell der ökologischen Modernisierung, der Suffizienz oder einem »Spielraum zur Entwicklung eines gemeinsamen, umfassenden Narrativs des Klimaschutzes« zwischen »diesen Polarisierungen« (Radtko/Renn 2022: 40) entstammen: Die Komplexität des Unterfangens impliziert bereits, dass es keine Gesamtstrategie, keine perfekt orchestrierte Umsetzung geben kann. Zwangsläufig wird es zu Widersprüchen, Interessenskonflikten und Ungerechtigkeiten kommen, die unterschwellig polarisieren oder offen ausgetragen werden. Sie anzuerkennen und zu verstehen ist maßgeblich – nicht, um sie zu verhindern, sondern als Informationsgrundlage für den gesellschaftlichen Umgang mit solchen Dissensen, Spannungsverhältnissen, Verwerfungen und inhärenten Widersprüchen. Über die designierte und die tatsächliche Rolle der Wissenschaft bei einer (bislang noch auf sich warten lassenden) Nachhaltigkeitstransformation lässt sich bekanntermaßen trefflich streiten. Obgleich es in Demokratien eines politischen Mandats bedarf, um gesellschaftliche Veränderungen legitimerweise intentional anzustoßen und zu steuern, kann ein breites Wissen über die Möglichkeiten, Grenzen und Risiken entsprechenden Handelns (und Nicht-Handelns) doch die demokratische Entscheidungsfindung informieren und damit besser machen. Dazu sind Perspektiven, die geteilte Meta-Annahmen explizieren und somit hinterfragbar machen, ebenso relevant wie empirische Untersuchungen bereits laufender Prozesse. Aus diesem Grund stellt der vorliegende Sammelband empirischen Beiträgen kritisch-konzeptionelle Befassungen zur Seite. In gewisser Weise spiegelt die Zusammenstellung der Beiträge die Fragmentierung des öffentlichen und wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurses, sein Oszillieren zwischen Maximaldiagnosen und -forderungen sowie empirischen Detailfragen, die für den Umsetzungserfolg letztlich entscheidend sind, wider. Dies birgt Risiken der Beliebigkeit und Unvollständigkeit, die, wie oben bereits angedeutet, al-

lerhand wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bestrebungen im Kontext von Nachhaltigkeit (berechtigterweise) vorgeworfen werden können. Warum haben wir uns dennoch für diese Auswahl von Beiträgen entschieden?

Wie es wurde, was es ist, oder: Über Konstruktives im Konflikt

Ausgangspunkt für diesen Sammelband war eine Beobachtung aus unserer empirischen Forschung zu Konflikten im Kontext der Energiewende – also im Kontakt mit Menschen und Interessengruppen, die sich gegen konkrete Energiewendeprojekte engagieren und denen es auf den ersten Blick nicht um eine Steigerung von Nachhaltigkeit oder die Abmilderung der Klimakatastrophe und ihrer Folgen zu gehen scheint. Im Gegenteil versuchen sie – bisweilen sehr engagiert –, entsprechende Schritte zu konkretisieren (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017; Kamlage et al. 2020; Messinger-Zimmer/Zilles 2016; Radtke et al. 2020; Zilles 2021a; Zilles/Marg 2022). In Gesprächen mit Gegner:innen und Kritiker:innen konkreter Energiewendeprojekte zeigte sich immer wieder, dass es ihnen nicht nur um die Verhinderung bestimmter Vorhaben ging (wenngleich das natürlich für viele ein wichtiges Anliegen war). Ihr Widerstand war häufig gepaart mit ihrem Eintreten für weitreichendere Ziele oder geschah sogar infolgedessen. So sind die Argumente extrem vielseitig (vgl. Weber/Jenal 2018) und werden in der gesamtgesellschaftlichen Debatte hinsichtlich ihrer Legitimität sehr unterschiedlich bewertet. Insbesondere die Angst vor Gesundheitsrisiken – trotz entsprechender Abstandsregelungen, die negative gesundheitliche Auswirkungen verhindern (sollen) – etwa durch Infraschall bei Windkraftanlagen oder Strahlung im Falle von Hochspannungsleitungen wird in der Öffentlichkeit als wenig berechtigt wahrgenommen. Der Schutz seltener Tierarten und ihrer Habitats, der ein zentrales Motiv für das Protestengagement von Windkraftgegner:innen darstellt (vgl. Weber et al. 2017), erscheint als Beweggrund schon legitimer als die Vermeidung befürchteter Wertverluste eigener Flächen und Immobilien. Allerdings wird entsprechend argumentierenden Gegner:innen oft unterstellt, sie zielten doch nur auf die Verhinderung des strittigen Projekts aus unmittelbarem Eigeninteresse und ihre Naturschutzargumente – etwa die Sorge um den Rotmilan – seien bloß vorgeschoben. Spätestens nach unseren Gesprächen mit Menschen, die sich kritisch gegenüber dem Netzausbau positionieren, wurde uns klar: es steckt auch Konstruktives im Konflikt. Viele Interviewpassagen, in denen Kritiker:innen neuer Stromtrassen für ein dezentrales Energiesystem eintreten, sind weitgehend inhaltsgleich mit Forderungen von Bürgerenergie-Verbänden, denen weiterhin eine positive Rolle für die Energiewende zugeschrieben wird (vgl. z.B. AEE 2021). Negativerfahrungen von Kommunalpolitiker:innen und Teilnehmer:innen an Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung verweisen auf Steuerungsprobleme und ein reges Interesse vieler Anwohner:innen, über ihre physische Lebenswelt mitzubestimmen. Was in der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit als *Empowerment* angestrebt wird, ist im Kontext lokaler Energiewende-Proteste unerwünscht. Möglichkeiten und Grenzen der demokratischen Beteiligung sowie das (unerfüllte) Bedürfnis, grundsätzliche Fragen der Energiewende auszuhandeln, werden selbst zu Konfliktgegenständen (vgl. auch Zilles 2021b). Ausgehend von Konflikten, die sich an konkreten Energiewendeprojekten ent-

zünden, kommt es vielfach zu Auseinandersetzungen um die Perspektiven der Region: Soll etwa die Zukunft der Region über emissionsfreie Energieversorgung oder durch das Erhalten der Natur gesichert werden? (vgl. Zilles/Marg 2022). Vermehrt äußerten die von uns befragten Personen zudem Kritik am wachstumsbasierten Wohlstandsmodell, am Kapitalismus, an der untergeordneten Rolle von Effizienz- und Suffizienzstrategien und an fehlenden Gesamtkonzepten, vor dem Hintergrund derer konkrete Projekte ungerechtfertigt erscheinen.¹

Zusammenstellung der Beiträge und Aufbau des Sammelbands

Die verkürzte und anekdotenhafte Wiedergabe unserer Beobachtungen verdeutlicht, dass sich grundlegende Fragen nach dem gesamtgesellschaftlichen Umgang mit der Klimakatastrophe, die zumeist eher Gegenstand von konzeptionell-theoretischen Debatten und Beiträgen sind, nicht von konkreten empirischen Ereignissen trennen lassen. Die Energiewende zeigt: Was mit Verweis auf drängende Handlungsbedarfe und technisch eindeutig *beste* Lösungen ohne große Kontroversen politisch beschlossen wird, erfährt im Moment der (sich abzeichnenden oder tatsächlich beginnenden) lokalen Umsetzung oftmals eine Repolitisierung (vgl. Krüger 2022). Wenngleich der Anspruch auf Vollständigkeit (natürlich) nicht erfüllt werden kann, vermögen also vornehmlich konzeptionelle Betrachtungen und empirische Zugänge voneinander zu profitieren. Analytische Kategorien helfen bei der Einordnung von Ergebnissen, die im Gegenzug konzeptionelle Überlegungen informieren und schärfen können. Demnach fokussiert der Sammelband folgende Fragen:

- a) Was bedeutet Nachhaltigkeit für demokratische Gesellschaften?
- b) Wie wird Nachhaltigkeit umgesetzt?
- c) Welche Konflikte gibt es in Bezug auf Nachhaltigkeit?
- d) Wie können – oder sollten – Demokratien mit solchen Konflikten umgehen?

Diese Fragen sind nicht neu, doch an Aktualität kaum zu übertreffen. Die hier gesammelten Beiträge adressieren jeweils eine oder mehrere von ihnen. Sie enthalten keine abschließenden Antworten – aber doch Hinweise, kritische Perspektiven und auch Lösungsvorschläge. Die in den Fragen angeführte *Nachhaltigkeit* steht dabei vielfach als Platzhalter, als Hintergrund und Maßgabe für konkrete empirische Beispiele, die klarer abgrenzbar und somit in ihrer Komplexität handhabbarer sind als das (fast zwangsläufig) diffuse Konzept Nachhaltigkeit. Als zeitgenössische Großvorhaben stehen dabei u.a. die Energiewende – das »Jahrhundertprojekt der Nachhaltigkeit« (Radtke 2020) – und der Kohleausstieg im Fokus, deren Umsetzung oftmals direkt mit der Abmilderung der Klimakatastrophe und ihrer Folgen begründet wird. Während das, was öffentlich

1 Diese Ergebnisse wurden mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen auch von vielen Kolleg:innen bestätigt – u.a. von Bues (2020), Eichenauer (2018), Marg et al. (2013), Neukirch (2020) und Weber/Jenal (2018).

und wissenschaftlich unter Nachhaltigkeit verstanden wird, die genannten Entwicklungen natürlich transzendiert, kommt diesen beiden Großvorhaben doch ein besonderer Symbolcharakter zu; mehr noch: sie machen vormals abstrakte Debatten fassbar, sodass in den Konflikten zur Energiewende und zum Kohleausstieg viele gesellschaftliche Kontroversen kondensieren und konkret beobachtbar werden.

Abschnitt 1: Nachhaltigkeit/Zukunft: Multiperspektivische Annäherungen

Der erste Abschnitt des Sammelbands versammelt mehrere Annäherungen an die Begriffe *Nachhaltigkeit* und *Zukunft* sowie an ihre (teils konflikthafte oder widersprüchliche) Verknüpfung. Zum Einstieg fragen *Jörg Radtke* und *Ortwin Renn*: »Quo vadis, Deutschland?«. Sie geben einen umfassenden, kritischen Überblick zu »Stand und Perspektiven der Nachhaltigkeitspolitik«. Im Zuge dessen identifizieren sie zunächst ein grundlegendes Trilemma der Nachhaltigkeitstransformation – bestehend aus strukturell-materiellen Anpassungsproblemen, dem Transformationsdesiderat stärkerer Bürgerbeteiligung, das unter Zeitdruck adressiert werden soll, sowie fehlendem Konsens für radikale (also grundlegende) Veränderungen. Sodann gehen sie auf Narrative und Wahrnehmung von Nachhaltigkeit(sdiskursen), politische Herangehensweisen an die Implementierung einschlägiger Politiken, Strategien und Maßnahmen, die darin involvierten Akteure und auf die Veränderungsprozesse selbst ein. Abschließend befinden die Autoren: »Nicht abstrakte Ziele, sondern die zu ihrer Erreichung gewählten Wege werden über die Realisierung und konkrete Ausgestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft in diesem Jahrhundert entscheiden« (Radtke/Renn 2022: 53).

Die Frage, wie sich eine nachhaltige Gesellschaft (nicht) erreichen lässt, steht im darauffolgenden Beitrag von *Timmo Krüger* im Mittelpunkt. In »Mehr Fortschritt wagen? Eine essayistische Kritik der Wette auf grünes Wachstum« umreißt Krüger zunächst »das Zusammenfallen von Demokratie- und Klimakrise«, worauf die aktuelle Bundesregierung »mit einer Vertiefung ökomoderner Strategien« – also verstärktem »Klimaschutz, ohne das Primat des Wirtschaftswachstums oder asymmetrische soziale Kräfteverhältnisse in Frage zu stellen« (Krüger 2022a: 66) – reagiere. Die Annahme, dass der Klimakatastrophe zukünftig schon adäquat begegnet werden könne, wenn nur fortwährend emsig nach Fortschritt gestrebt würde, beschreibt er als »klimapolitische Variante einer *Faustischen Wette*« (ebd.: 67; vgl. auch Krüger 2015, 2022b), die nicht gewonnen werden kann. Im Ausschlagen der Wette sowie in einer Kultur der Selbstbeschränkung vermutet Krüger einen Zugewinn an Optionen und somit ein höheres Maß an Freiheit. Sein Essay schließt mit einem Ausblick auf »alternative Vorstellungen von Fortschritt und Freiheit als Grundlage für eine gegenhegemoniale Politik, die auf Klimagerechtigkeit und eine radikaldemokratische Erneuerung von Demokratie zielt« (Krüger 2022a: 66f.).

Es steht »eine Gegenwart, die Zukunft als Ressource ihrer eigenen Fortsetzung betrachtet, einer Zukunft gegenüber, die jene Fortsetzung fundamental bedroht und so einen radikal neuen Entwurf der Gegenwart fordert« (Zorn 2022: 92f.), schreibt *Daniel-Pascal Zorn* in seinem Beitrag »Widerstreit der Zukünfte. Ökologie und Nachhaltigkeit im Kontext globaler Geschichtsphilosophie am Ende der 1980er Jahre«. Die miteinander im Widerstreit befindlichen Zukünfte bestimmt er mittels der Analyse dreier Texte:

Francis Fukuyamas »The End of History«, einer Zusammenfassung des Brundtland-Berichts sowie des Essays »The Californian Ideology« von Richard Barbrook und Andy Cameron. Wird bei Fukuyama die Zukunft (der liberalen Demokratien im Globalen Norden) zur endlosen Wiederholung der Gegenwart, lässt sich angesichts der drohenden ökologischen Katastrophe eben jene Zukunft laut Brundtland-Bericht mittels der Logiken und Mittel des wachstumsbasierten Wirtschaftssystems sichern (die freilich auch die Ursache der dräuenden ökologischen Krisen sind). Für die Abwendung der Katastrophe, die damit einhergehende Anerkennung grundlegender Änderungsanfordernisse und dementsprechend für wirksamen Klima- und Umweltschutz im Sinne eines nicht durch Partikularinteressen vereinnahmten, gesamtgesellschaftlichen Angelegens treten, so Zorn, derweil einzig Bürgerinitiativen der ökologischen Bewegung ein.

In ihrem Beitrag »Die Arktis brennt« – Zur verlorenen Zukunft in Katastrophennarrativen von Klimaprotestbewegungen« analysieren *Anna Nora Freier* und *Joshua Schneider* die öffentliche Kommunikation zweier solcher Klima- und Umweltschutzbewegungen. Aktivist:innen der Protestbündnisse *Extinction Rebellion* und *Die Letzte Generation* beanspruchen in der Tat, sich für ein zentrales Allgemeininteresse einzusetzen: nämlich die Verhinderung des Zusammenbruchs essenzieller Ökosysteme sowie der Unbewohnbarwerdung des Planeten für Menschen. Die ihre Kommunikation kennzeichnende »Formulierung radikaler Forderungen und dystopische, apokalyptische Metaphorik« stilisieren ihren Widerstand zum einzig sinnvollen Verhalten und drängen die Aktivist:innen selbst in »die Rolle unfreiwilliger Held:innen« (Freier/Schneider 2022: 114). Denn die Zeit, die noch bleibt, um die längst nicht mehr verhinderbare Katastrophe vielleicht noch abzumildern, schwindet schnell. Schuld an den rasch aufziehenden katastrophalen Entwicklungen (und damit in der Verantwortung, sie zu adressieren) sind gemäß der Narrative beider Protestgruppen »[d]as (industrielle-)gesellschaftliche Kollektiv« (will heißen: »jede:r Bürger:in« [ebd.: 113f.], die:der im Globalen Norden lebt), dessen Regierungen und Akteure der (fossilen) Wirtschaft. »[D]as Zusammenspiel von Apokalyptik und Zeitverkürzung«, resümieren Freier und Schneider nachdenklich, könnte sich »als Fallstrick im narrativen Deutungskampf erweisen, da auch im Kontrast zu anderen, etwa techno-optimistischen Zukunftserzählungen (Atomkraft, Fracking u.ä.), das narrative (Protest-)Potenzial als erzählerischer *way of worldmaking* nicht ausgeschöpft wird« (ebd.: 116).

Die Katastrophenerzählungen und Aktionen mancher Klima- und Umweltbewegungen erscheinen nicht nur Freier und Schneider zu drastisch, um auf breite gesellschaftliche Resonanz zu stoßen (vgl. z.B. Abdi-Herrle 2019). Demgegenüber entlarven *Katrin Großmann* und *Nikolai Roskamm* in ihrem Beitrag »Den Dissens aufwühlen. Kritik, Konflikt und Konsens in der Nachhaltigkeitsdebatte« den Nachhaltigkeitsbegriff als (mittlerweile) konsensfähige Leerformel, die zwar auf gesamtgesellschaftliche Unterstützung stößt, aber weitgehend wirkungslos bleibt. Mit dem Begriff *Nachhaltigkeit* sei es möglich, gleichzeitig »auf alles und nichts zu referenzieren«, wodurch dieser zu einem »immer dichter werdenden Schutzschirm gebaut wird, der dafür da ist, gerade nichts zu ändern, die Verhältnisse nicht anzutasten und weiter zu machen wie bisher« (ebd.: 130f.). Das Konzept der Nachhaltigkeit eigne sich gerade nicht zur Politisierung und Re-Radikalisierung. Großmann und Roskamm enden mit dem Verweis auf aktu-

elle Konflikte und Proteste, bei denen sie größeres transformatives Potenzial vermuten denn bei den vielfältigen Bestrebungen unter dem Vorzeichen der Nachhaltigkeit. Solchen manifesten sowie sich bereits abzeichnenden potenziellen Konflikten ist der zweite Teil des Sammelbands gewidmet. Er enthält zudem mehrere Beiträge, die (erste) Ergebnisse aus aktuellen, teils noch laufenden Forschungsprojekten vorstellen.

Abschnitt 2: Manifeste und potenzielle Konflikte ob der (nicht ganz so) Großen Transformation

Schon die dem ersten Abschnitt zugeordneten Beiträge verweisen auf die Komplexität der Auseinandersetzungen und Dissense im Kontext von Nachhaltigkeit und Zukunft. Dennis Eversberg argumentiert in seinem Beitrag »Kämpfe um die Lebensweise. Praktische Dimensionen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts« in Anschluss an Dörre (2019), dass die zahlreichen Einzelkonflikte als »Ausdrucksformen eines mehrdimensionalen sozial-ökologischen Transformationskonflikts« (Eversberg 2022: 142) betrachtet werden sollten. Eversberg richtet den Fokus auf die Lebensweisen der deutschen Bevölkerung und arbeitet in seiner Analyse drei Dynamiken der Vergesellschaftung heraus. Demnach sind Orientierungskonflikte, sozial-ökologische Verteilungskonflikte und Sozialintegrationskonflikte eng miteinander verwoben und in allgegenwärtige Steigerungsdynamiken eingebettet. Aufgrund der unterschiedlichen, sich gegenüberstehenden Lebensweisen – prägnant kumuliert in der Gegenüberstellung der »*Generation Greta*« und der »*Generation Elon*« (ebd.: 160) – schließt er mit dem Hinweis, dass der Transformationsbegriff selbst aufgrund seiner Konflikthaftigkeit mittlerweile ein Hemmschuh für die Forderungen ökosozial motivierter Akteure geworden sein könnte.

Die Energiewende gilt vielen als Symbol eben jener gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation. Während sie grundsätzlich breite Unterstützung findet, zeigt Simon Teune in seinem Beitrag »Zwischen Unzufriedenheit und Gegnerschaft. Einstellungen und Engagement in der Energiewende«, dass sich selbst unter ihren Befürworter:innen große Unzufriedenheit hinsichtlich der Umsetzung der Energiewende beobachten lässt. In seiner empirischen Analyse von Einstellungen und Engagement in der Energiewende auf Grundlage der Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die im Zuge des Demokon-Projekts² erhoben wurde, präsentiert er eine Typologie von vier Grundhaltungen gegenüber der Energiewende: Die *Zufriedenen*, die *Unzufriedenen*, die *Ambivalenten* und die *Gegner:innen*. Abschließend konstatiert Teune, dass ideologische Konflikte zunehmen, die sich nicht (mehr) »aus spezifischen Interessenkonstellationen erklären lassen« (Teune 2022: 179). In den Einstellungen zur Energiewende, so Teune, spiegeln sich grundlegende Herausforderungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie.

2 Im Kontext des Projekts »Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende« (Demokon), das von der Stiftung Mercator gefördert wurde und im Zuge dessen wir auch selbst geforscht haben, sind mehrere Beiträge für diesen Sammelband entstanden – und zwar jene von Kerker, Marg/Kuhlmann, Mokros/Schatzschneider, Reusswig/Lass/Bock sowie Teune.

Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock denken diesen Befund weiter und fragen nach den demokratischen Implikationen populistischer Narrative für die Energiewende. In ihrem Beitrag »Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie« beschreiben sie entlang der Basisdimensionen der »Elitenkritik« und des »Anti-Ökologismus« (Reusswig/Lass/Bock 2022: 187) das energie- und klimapolitische Weltbild von rechtspopulistischen Akteuren. Basierend auf den Fallstudien des Demokon-Projekts zeigen sie mögliche Auswirkungen populistischer Narrative auf das lokale Konfliktgeschehen auf. Ihre These: Die lokalen Konflikte verdeutlichen, dass politische Debatten und Konflikte um die Umsetzung der Energiewende im Rahmen einer demokratischen Streitkultur ausgetragen werden müssen.

Zwischen Verteidiger:innen des fossilen Energiesystems und populistisch agierenden Akteuren gibt es relevante Überschneidungen. *Daniel Häfner* und *Tobias Haas* zeigen in ihrem Beitrag »Das Narrativ des »Blackouts« – diskursive Transformationsschmerzen des fossil-atomaren Systems«, wie Erzählungen zur Verteidigung kohlebasierter Energieversorgung funktionieren. Sie analysieren am Beispiel der Lausitz das seit den 1950er Jahren historisch gewachsene wirkmächtige Narrativ des »Blackouts«. Mit zunehmender Bedeutung der erneuerbaren Energien investierten etablierte Akteure, die sich in ihrer Stellung bedroht sahen, massiv in die öffentliche Diskreditierung regenerativer Formen der Energieerzeugung, um in der Bevölkerung Angst vor großen Stromausfällen und Skepsis ob der Verlässlichkeit des »Flutterstrom[s]« (Häfner/Haas 2022: 205) zu erzeugen. Mit Blick auf den Kohleausstieg in der Lausitz argumentieren Häfner und Haas, dass dort das »Blackout-Narrativ« nach wie vor sehr virulent und Ausdruck von »diskursiven Transformationsschmerzen« (ebd.: 203) ist.

Während Kohleregionen besonders von Umbrüchen im Kontext der Energiewende betroffen sind, leben darin bei weitem nicht nur Gegner:innen dieser tiefgreifenden Umwälzungen. *Cathérine Momberger* und *Rabea Bieckmann* zeigen in ihrem Aufsatz »Soziales Spannungsfeld Rheinisches Revier – Einstellungen und öffentliche Diskussionen zur Energiewende«, wie Menschen aus dem Rheinischen Braunkohlerevier aktuelle Strukturwandelprozesse wahrnehmen und wie sie sich einbringen. Zweifellos bedeutet der Braunkohleausstieg »für einige Bürger:innen in Deutschland mehr als eine geänderte Zusammensetzung dessen, was aus der Steckdose kommt« (Momberger/Bieckmann 2022: 229). Dementsprechend stößt – so die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Personen, die im Rheinischen Revier leben – der Braunkohleausstieg zwar weitgehend auf Zustimmung, ist aber gleichzeitig Gegenstand von Zukunftsängsten (in Bezug auf die Region) sowie von Skepsis und Ablehnung. Für die allermeisten Befragten stellten Braunkohleausstieg und Strukturwandel immerhin »nicht die vorrangigen, geschweige denn konfliktreichen Gesprächsthemen in ihrem sozialen Umfeld« (ebd.) dar. Dies lässt sich ein Stück weit auch am Mobilisierungsgrad ablesen: umfängliche Beteiligungsangebote im Zuge des Strukturwandels waren 87 % der Befragten nicht bekannt; 37 % beteiligten sich politisch (etwa an Unterschriftenaktionen). Eine vertiefende Analyse von Online-Kommentaren zu thematisch einschlägigen Presseartikeln auf Facebook und Twitter zeigt größere Unzufriedenheit – es werden »Anschuldigungen und Vorwürfe verbreitet« sowie »Beleidigungen von öffentlichen Personen und Institutionen« (ebd.: 228).

Die Ergebnisse zum Strukturwandel in Braunkohleregionen unterstreichen es: Transformation manifestiert sich nicht allerorten gleich. Mittels eines Mixed-Methods-Ansatzes zeigt *Nina Kerker* in ihrem Beitrag »Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende – ein sozialer Konflikt (der Zukunft)?«, welche Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Räumen im Kontext der Energiewende vorliegen, wie sie wahrgenommen und bewertet werden. Inwiefern liegen Unvereinbarkeiten zwischen den Einstellungen der Bewohner:innen urbaner und ländlicher Räume zur Energiewende im Allgemeinen sowie in deren Vorstellungen zur Energiewende-Umsetzung vor? Zur Beantwortung dieser Frage führte Kerker eine hermeneutisch-interpretative Auswertung leitfadengestützter Interviews durch und analysierte zudem mittels deskriptiver und inferenzstatistischer Verfahren Daten aus der bundesweiten repräsentativen Befragung des Demokon-Projekts, die auch Mokros und Schatzschneider sowie Teune für ihre Beiträge ausgewertet haben. Auf Grundlage ihrer Analysen kommt Kerker zu dem Schluss, dass Stadt-Land-Konflikte derzeit nicht überschätzt werden sollten. Insbesondere im qualitativen Material ist allerdings »latentes Konfliktpotential« (Kerker 2022: 246) erkennbar, welches sich zukünftig (stärker) realisieren könnte.

Beteiligungsmöglichkeiten gelten im Zuge von Energiewende-Projekten vielfach als geeignetes Mittel, um verschiedene Interessen zu identifizieren und adäquat zu berücksichtigen, sowie zum Ausgleich von ungleichen Kosten-Nutzen-Verteilungen (wie sie etwa zwischen Städten und ländlicheren Regionen vorliegen können). *Simon Fink* und *Eva Ruffing* untersuchen, inwieweit sich solche Zielsetzungen durch Partizipationsverfahren im Zuge des für die Energiewende so zentralen Netzausbaus realisieren lassen. In ihrem Beitrag »Kommunale Akteur:innen in den Konsultationen zum Netzausbau – Akteur:innen, Argumente, Auswirkungen« analysieren die Autor:innen mittels eines quantitativen, thesengeleiteten Vorgehens einen Datensatz, der alle Eingaben zu den Konsultationen zum Netzentwicklungsplan 2012 umfasst. Zentrale Ergebnisse sind etwa, dass NIMBY- oder ökologische Argumente eine vergleichsweise geringe Rolle in den Eingaben spielen. Zusammenfassend formulieren sie die These, dass das untersuchte Teilnahmeverfahren aufgrund eines »institutionalisierte[n] Missverständnis[ses]« (Fink/Ruffing 2022: 263) über Reichweite und Folgen der Verfahren die Konflikte um die Stromtrassenplanung nicht befriedigen konnte.

Im Kontext der Energiewende können Beteiligungsmöglichkeiten die an sie gestellten Erwartungen der Bürger:innen oft nicht erfüllen. Dabei sind nicht nur die Einflussmöglichkeiten innerhalb der Verfahren und deren Effekte auf die Planungsentscheidungen begrenzt. Auf individueller Ebene – also die potenziell zu beteiligenden Bürger:innen selbst betreffend – ist schon die bloße Teilnahme an Teilnahmeformaten höchst voraussetzungsvoll. Ähnlich wie Teune fragen auch *Nico Mokros* und *Julia Schatzschneider* in ihrem Beitrag »Teuer, ungerecht und elitär?« – Gesellschaftliche Konfliktlinien um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit«, welche gesellschaftlichen Konfliktlinien bei der Energiewende eine Rolle spielen, und diskutieren die Implikationen ihrer Ergebnisse für die Soziale Arbeit. Eine mögliche Rolle Sozialer Arbeit bei der Energiewende kommt, so Mokros und Schatzschneider, der Vermittlung und Diskussion von konkreten Projekten zu. Zudem kann Soziale Arbeit »auf ein breites Repertoire an Methoden und Wissen zurückgreifen, um Beteiligung und Selbstwirksamkeit

von Menschen zu fördern, zu deren Lebenswelt und Alltag es aus unterschiedlichen Gründen nicht unbedingt gehört, z.B. an einer Bürger:innenversammlung teilzunehmen oder sich der formellen Beteiligungsmöglichkeiten im Energiewendesektor zu bedienen« (Mokros/Schatzschneider 2022: 285).

Mit ihrem Beitrag bieten Mokros und Schatzschneider den perfekten Übergang zum dritten Teil des Sammelbands. Darin sind Beiträge versammelt, die Möglichkeiten des Umgangs mit manifesten und potenziellen gesellschaftlichen Herausforderungen diskutieren und/oder konkrete Zukünfte demokratischer Gesellschaften unter dem Vorzeichen der Nachhaltigkeit fokussieren bzw. vorschlagen.

Abschnitt 3: Wie weiter?

Mareike Blum, Arwen Colell und Katja Treichel zeigen in ihrem Beitrag »Deliberation: Neue Räume für die Aushandlung von Politikoptionen« anhand empirischer Beispiele, dass deliberative Verfahren die Aushandlung von Strategien und Maßnahmen ermöglichen und bereichern können. Anhand von vier Anwendungsfällen veranschaulichen die Autorinnen, wie deliberative Verfahren zum Umgang mit verschiedenen Umsetzungsproblemen beitragen können. Sie arbeiten vier Erfolgsfaktoren für gelingende Deliberationsprozesse heraus: Einbettung und Impact; Qualität der Deliberation; Skalierbarkeit und Repräsentativität sowie Komplexität der zu deliberierenden Inhalte (vgl. Blum/Colell/Treichel 2022: 305ff.)

Wie oben bereits ausgeführt, ist eine häufige Erwartung an Beteiligungsverfahren die Verhinderung, Abschwächung oder Auflösung von Protesten durch die Bevölkerung. *Sabrina Glanz, Anna-Lena Schönaauer, Ramona Drossner und Leonie Nowack* erkunden in ihrem Beitrag »Von Dialog und Widerstand. Empirische Befunde zu Konflikt und Beteiligung beim Ausbau der Windenergie« anhand einer quantitativen Erhebung Zusammenhänge zwischen dialogorientierter Beteiligung und dem Auftreten von Konflikten beim Windenergieausbau in Niedersachsen. Als Grundlage dient ihre im Rahmen des Projekts »EnDiBet« aufgebaute »Datenbank zur Vermessung energiewendebezogener dialogorientierter Beteiligungsverfahren« (Glanz et al. 2022: 314). Sie zeigen, dass in den meisten Fällen, in denen es dialogorientierte Beteiligungsverfahren gibt, zugleich auch Konflikte vorhanden sind. Demnach verhindern Beteiligungsverfahren Konflikte nicht automatisch – es ist sogar möglich, dass solche (mit den besten Intentionen frühzeitig initiierten) Formate erst die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein geplantes Projekt lenken, was dann zur Gründung von Bürgerinitiativen und zu Protesten führt.

Windenergieanlagen (ent)stehen überwiegend in ländlichen Räumen. Jene sind Quelle und Ort der Erzeugung diverser Produkte, Güter und Ressourcen, die vornehmlich in den Städten verbraucht werden. Durch Abwanderung, Peripherisierungsprozesse und soziodemografischen Wandel sehen sich viele ländliche Räume mit großen Herausforderungen konfrontiert. Die von *Nina Kerker* bereits untersuchten Stadt-Land-Disparitäten bestehen weit über die Energiewende hinaus, und weitreichende Transformationsprozesse werden sich ohne Einbezug ländlicher Räume kaum realisieren lassen. *Sarah Herbst, Maike Simmank und Berthold Vogel* stellen in ihrem Beitrag »Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen? Impulse durch das Konzept der Sozialen Orte als Infrastruktur des Zusammenhalts« das Konzept der Sozialen Orte vor, das auf

die Sicherung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts auf dem Land abzielt – eine Voraussetzung für diverse Nachhaltigkeitsbestrebungen. Sie komplettieren mit ihrem Beitrag die (auch in mehreren vorangegangenen Kapiteln bereits problematisierte) wichtige Perspektive sozialer Nachhaltigkeit: »Neben ökologischen Fragen ist der ländliche Raum auch mit Zukunftsfragen in sozialer Hinsicht konfrontiert: Abwanderung, Alterung, Migration und die Fragmentierung der Arbeitswelt provozieren räumliche Disparitäten und Differenzerfahrungen« (Herbst/Simmank/Vogel 2022: 333). Da zentrale Zukunftsfragen (auch) *auf dem Land* entschieden werden, ist es wichtig, Themen wie die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen und Aushandlungen um das Gemeinwohl (vgl. auch Krüger 2022a) als essenzielle Dimensionen von Transformationsdebatten und -bemühungen anzuerkennen und zu berücksichtigen.

Der Band schließt mit drei Beiträgen zur Wahrnehmung und zu möglichen Träger:innen gesellschaftlichen Wandels im Zeichen der Nachhaltigkeit. Kann die vornehmlich in urbanen Kontexten aktive Protestbewegung Fridays for Future tiefgreifende Änderungsprozesse herbeiführen? Das fragen sich *Stefan Schweiger, Michael M. Kretzer* und *Abeer Abdulnabi Ali*. Die Autor:innen analysieren in ihrem Beitrag »Ist die Kommunikation von Fridays for Future anschlussfähig? Über die Selbstverortung und die Irritationsversuche der Klimaproteste« das Verhältnis zwischen Fridays for Future und den vier Funktionssystemen Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Recht. Mittels einer systemtheoretischen Analyse, die »durch ihren hohen Abstraktionsgrad größtmöglichen Abstand zu einer normativ stark aufgeladenen Debatte ermöglicht« (Schweiger/Kretzer/Abdulnabi Ali 2022: 344) eruieren sie, inwiefern es der Klimaschutzbewegung gelingt, Irritationserfolge in Politik und Wirtschaft vor allem über Rekurse auf die Systeme Recht und Wissenschaft zu vollziehen.

»Listen to the scientists«, so lautet eine bekannte Forderung von Fridays for Future. Adressiert wird sie gemeinhin an Politiker:innen und insbesondere an Mitglieder der Bundesregierung. Jene werden in der Position gesehen, die mittels wissenschaftlicher Erkenntnisse eindeutig als notwendig bestimmbar Maßnahmen umgehend zu ergreifen (vgl. Daphi et al. 2021; Zilles/Marg 2022). Eine zentrale Rolle für den Staat sehen auch *Tobias Haas* und *Alexander Neupert-Doppler* – nämlich bei der Reorganisation der Energieversorgung. In ihrem Beitrag »Energiewende, Kohleausstieg, Strukturwandel – die Rolle des Staates in der Reorganisation der Energieversorgung« diskutieren sie am Beispiel des durch den Kohleausstieg bedingten Strukturwandels in der Lausitz und unter Rückgriff auf die materialistische Staatstheorie sowie die kritische Geographie die Rolle des Staates in Transformationsprozessen. Dabei unterstreichen sie die Bedeutung der räumlichen Dimensionierung von Staatlichkeit. Im Ergebnis beschreiben sie »einen dreifachen Bedeutungszusammenhang für den Staat«, nämlich »seine relative Besonderung gegenüber der Gesellschaft bei gleichzeitiger Abhängigkeit von ökonomischer Wertschöpfung, seine juristische Konstitution als Ordnungsmacht der Verrechtlichung und seine Eigenart als Verdichtung von Kräfteverhältnissen« (Haas/Neupert-Doppler 2022: 375). Abschließend betonen sie, dass im Fall der Energiewende keineswegs von einem Rückzug des Staates gesprochen werden kann – er leiste vielmehr »die Entwicklung einer Energiepolitik, die klimapolitische Notwendigkeiten, regionale Interessen und nationale Standortbedingungen zu vermitteln versucht« (ebd.: 376).

In den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten zu Nachhaltigkeit und den gesellschaftlichen Veränderungen, die mit ihr einhergehen (könnten), stehen häufig Bürgerinitiativen, Protestgruppen sowie verschiedene Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Vordergrund, die deutlich vernehmbar auf sich, ihre Interessen und Anliegen aufmerksam machen. Vielfach unberücksichtigt bleibt die Perspektive der *schweigenden Mehrheit*, über deren Haltungen diverse Annahmen getroffen werden – freilich durchaus auch ohne empirische Grundlage. Der letzte Beitrag dieses Sammelbands ist jener ungleich größeren Gruppe gewidmet, die von Polarisierungen, Konflikten und Aushandlungsprozessen im Kontext der Transformation ebenso betroffen ist wie die kleinere Gruppe derer, die sich aktiv einbringen. In ihrem Beitrag »Hinterm Horizont geht's weiter«. Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen im Angesicht der Energiewende« widmen sich *Stine Marg* und *Lucas Kuhlmann* demnach den Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen von Bürger:innen, die nicht aktiv in Energiewendekonflikte involviert sind; letztere bezeichnen die Autor:innen als *Unbeteiligte*. Für ihre Analyse, die ebenfalls im Kontext des Demokon-Projekts entstanden ist, operationalisieren Marg und Kuhlmann im Anschluss an Koselleck (1989) die Erkenntniskategorien *Erfahrungsraum* und *Erwartungshorizont*. Sie zeigen, dass mit Blick auf die Energiewende der Erfahrungsraum den Erwartungshorizont begrenzt, da Erwartungen stark von vergangenen Erfahrungen geprägt sind. Mit ihrem empirischen Material untermauern sie schließlich erneut die weitverbreitete Kritik an der Umsetzung der Energiewende, die offenkundig nicht nur von glühenden Verfechter:innen oder Gegner:innen geteilt wird. Letzterer Befund der Umsetzungskritik deckt sich unter anderem mit den von Mokros und Schatzschneider sowie von Teune in ihren jeweiligen Beiträgen beschriebenen Ergebnissen quantitativer Analysen. Vor dem Hintergrund ihrer Analyse kommen Marg und Kuhlmann zu dem Schluss, dass »die Energiewende für jede eigene Gegenwart auf das Neue erklärt und begründet werden muss, damit das Projekt gelingen kann« (Marg/Kuhlmann 2022: 398).

Zum Abschluss stellen wir in unserem Fazit »Zurück in der Zukunft? Demokratie und Nachhaltigkeit zwischen fortgesetzter Gegenwart, Katastrophe und konkreter Utopie« unsere durch die Zusammenschau der Beiträge inspirierten eigenen Überlegungen, geteilte Linien und Erkenntnisse sowie weiterführende Fragen in Form von sieben Thesen zur Diskussion. Die Thesen lauten (vgl. Zilles/Drawing/Janik 2022: 409ff.):

1. Es sollte von umkämpften Zukünften im Plural gesprochen werden.
2. Eine Verschränkung von empirischen Zugängen und theoretisch-konzeptionellen Überlegungen im Kontext der Transformationsforschung ist nötig.
3. Es besteht eine gleichzeitige Ungleichzeitigkeit zwischen den Anforderungen der Transformation einschließlich ihrer nötigen Geschwindigkeit auf der einen und der gesellschaftlichen Transformationsbereitschaft auf der anderen Seite.
4. Transformationskonflikte sind (vermehrt) auch Raumkonflikte.
5. Beteiligung ist auch (k)eine Lösung.
6. Es steckt Konstruktives im Konflikt, aber es entzieht sich einer unmittelbaren Funktionalisierbarkeit für gesellschaftlichen Fortschritt.
7. Alle Großerzählungen werden schließlich obsolet, wenn der von ihnen proklamierte Wandel ausbleibt.

Unser (durchaus ambitioniertes) Ziel für diesen Sammelband war es, unterschiedliche Stränge und Zugänge zusammenzubringen und zueinander sprechen zu lassen – wenngleich nicht immer direkt, so doch wenigstens mittelbar über ihre Zusammenstellung und Kontrastierung. Wir hoffen, dass uns dies zumindest in Ansätzen gelungen ist.

Die Idee zu diesem Publikationsprojekt entstand im Nachgang unserer beiden Panels beim Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft 2021³. Trotz der engen Zeitplanung haben sich viele sehr geschätzte Kolleg:innen auf dieses Projekt mit uns eingelassen und pünktlich ihre Beiträge geliefert. Dies wissen wir angesichts der multiplen Hamsterräder, in denen wir uns ja alle mehr oder weniger befinden, noch mehr zu schätzen. Herzlichen Dank!

Ein großes Dankeschön gilt zudem dem transcript-Verlag – insbesondere für die großartige Möglichkeit, den Band in die Open Library Politikwissenschaft aufzunehmen und so per Open Access einer viel größeren Leserschaft zugänglich zu machen. Schließlich möchten wir uns ganz herzlich beim Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. für die Finanzierung des Druckkostenzuschusses bedanken, ohne die das ganze Projekt nicht möglich gewesen wäre.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Literatur

- Abdi-Herrle, Sasan (2019): »Extinction Rebellion. Richtiges Anliegen, falsche Mittel«, in: ZEIT ONLINE vom 08.10.2019. Online verfügbar unter: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-10/extinction-rebellion-aktivismus-klimaschutz-blockaden-demonstration?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- AEE, Agentur für Erneuerbare Energien (2021): Neue Studie zeigt: Bürgerenergie bleibt zentrale Säule der Energiewende, Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.unendlich-viel-energie.de/studie-buergerenergie-bleibt-zentrale-saeule-der-energiewende>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, Jürgen/Butzlaff, Felix/Deflorian, Michael et al. (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Bielefeld: transcript.
- Blum, Mareike/Colell, Arwen/Treichel, Katja (2022): »Deliberation: Neue Räume für die Aushandlung von Politikoptionen«, in: Zilles/Drewing/Janik, Umkämpfte Zukunft, S. 293-311.
- BMZ, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2022): Nachhaltigkeit (nachhaltige Entwicklung). Online verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/nachhaltigkeit-nachhaltige-entwicklung-14700>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.

3 https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2021/2021_vorlProgramm_2021-07-01.pdf

- Bues, Andrea (2020): *Social movements against wind power in Canada and Germany. Energy policy and contention* (= Routledge studies in energy policy), Abingdon/New York: Routledge.
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Teune, Simon (2021): »Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations«, in: *German Politics*, S. 1-29.
- Dörre, Klaus (2019): »Risiko Kapitalismus«, in: Klaus Dörre/Hartmut Rosa/Karina Becker et al. (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*, Wiesbaden/Heidelberg: Springer VS, S. 3-33.
- Eichenauer, Eva (2018): »Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), *Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, S. 315-341.
- Eversberg, Dennis (2022): »Kämpfe um die Lebensweise. Praktische Dimensionen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 141-166.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2022): »Kommunale Akteur:innen in den Konsultationen zum Netzausbau – Akteur:innen, Argumente, Auswirkungen«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 251-266.
- Freier, Anna N./Schneider, Josua (2022): »»Die Arktis brennt« – Zur verlorenen Zukunft in Katastrophennarrativen von Klimaprotestbewegungen«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 95-122.
- Glanz, Sabrina/Schönauer, Anna-Lena, Drossner, Ramona/Nowack, Leonie (2022): »Von Dialog und Widerstand. Empirische Befunde zu Konflikt und Beteiligung beim Ausbau der Windenergie«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 313-331.
- Großmann, Katrin/Roskamm, Nikolai (2022): »Den Dissens aufwühlen. Kritik, Konflikt und Konsens in der Nachhaltigkeitsdebatte«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 123-137.
- Haas, Tobias/Neupert-Doppler, Alexander (2022): »Energiewende, Kohleausstieg, Strukturwandel – die Rolle des Staates in der Reorganisation der Energieversorgung«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 361-380.
- Häfner, Daniel/Haas, Tobias (2022): »Das Narrativ des »Blackouts« – diskursive Transformationsschmerzen des fossil-atomaren Systems«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 203-216.
- Herbst, Sarah/Simmank, Maike/Vogel, Berthold (2022): »Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen? Impulse durch das Konzept der Sozialen Orte als Infrastruktur des Zusammenhalts«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 333-341.
- Hoef, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hg.) (2017): *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Drowing, Emily/Reinermann, Julia L./Vries, Nicole de/Flores, Marissa (2020): »Fighting fruitfully? Participation and conflict in the context of electricity grid extension in Germany«, in: *Utilities Policy* 64.
- Kerker, Nina (2022): »Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende – ein sozialer Konflikt (der Zukunft)?«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 235-250.

- Koselleck, Reinhart (1989): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kropp, Cordula (2018): »Controversies around energy landscapes in third modernity«, in: *Landscape research* 43, S. 562-573.
- Krüger, Timmo (2015): *Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Krüger, Timmo (2022a): »Mehr Fortschritt wagen? Eine essayistische Kritik der Wette auf grünes Wachstum«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 63-79.
- Krüger, Timmo (2022b): »The German energy transition and the eroding consensus on ecological modernization: A radical democratic perspective on conflicts over competing justice claims and energy visions«, in: *Futures* 136, S. 102899.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becke, Ana B. (2013): »Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende«, in: Stine Marg/Franz Walter/Lars Geiges et al. (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 94-138.
- Marg, Stine/Kuhlmann, Lucas (2022): »»Hinterm Horizont geht's weiter.« Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen im Angesicht der Energiewende«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 381-402.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 85, S. 41-51.
- Mokros, Nico/Schatzschneider, Julia (2022): »»Teuer, ungerecht und elitär?« – Gesellschaftliche Konfliktlinien um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 267-290.
- Momberger, Cathérine/Bieckmann, Rabea (2022): »Soziales Spannungsfeld Rheinisches Revier – Einstellungen und öffentliche Diskussionen zur Energiewende«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 217-233.
- MSNBC (2021): Greta Thunberg urges Biden to address the climate crisis. Online verfügbar unter: <https://www.msnbc.com/mehdi-on-msnbc/watch/greta-thunberg-urges-biden-to-address-the-climate-crisis-102246469977>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Neckel, Sighard (2018a): »Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit«, in: Neckel et al., *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit*, S. 11-24.
- Neckel, Sighard (2018b): »Ökologische Distinktion«, in: Neckel et al., *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit*, S. 59-76.
- Neckel, Sighard/Hasenfratz, Martina/Miriam Pritz, Sarah et al. (2018): *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*, Bielefeld: transcript.
- Neukirch, Mario (2020): »Grinding the grid: Contextualizing protest networks against energy transmission projects in Southern Germany«, in: *Energy Research & Social Science* 69, S. 101585.
- Radtko, Jörg (2020): »Das Jahrhundertprojekt der Nachhaltigkeit am Scheideweg. Wie kann die Energiewende in Deutschland breite gesellschaftliche Unterstützung finden?«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, S. 97-111.

- Radtke, Jörg/Drowing, Emily/Eichenauer, Eva/Holstenkamp, Lars/Kamlage, Jan-Hendrik/Mey, Franziska/Warode, Jan/Wegener, Jana (2020): »Energy transition and civic engagement«, in: Ortwin Renn/Frank-Jörg Ulmer/Anna Deckert (Hg.), *The role of public participation in energy transitions*, London: Academic Press, S. 81-91.
- Radtke, Jörg/Renn, Ortwin (2022): »Quo vadis, Deutschland? Stand und Perspektiven der Nachhaltigkeitspolitik«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 33-62.
- Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke/Bock, Seraja (2022): »Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 183-202.
- Schweiger, Stefan/Kretzer, Michael M./Abdulnabi Ali, Abeer (2022): »Ist die Kommunikation von Fridays for Future anschlussfähig? Über die Selbstverortung und die Irritationsversuche der Klimaproteste«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 343-359.
- Teune, Simon (2022): »Zwischen Unzufriedenheit und Gegnerschaft. Einstellungen und Engagement in der Energiewende«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 167-181.
- UBA, Umweltbundesamt (2022): Erneuerbare Energien in Zahlen. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#uberblick>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Vogel, Berthold (2022): »Vorwort«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 9-10.
- Weber, Florian/Jenal, Corinna (2018): Gegen den Wind – Konfliktlinien beim Ausbau erneuerbarer Energien in Großschutzgebieten am Beispiel der Windenergie in den Naturparks Soonwald-Nahe und Rhein-Westerwald, in: Florian Weber/Friedericke Weber/Corinna Jenal (Hg.), *Wohin des Weges? Regionalentwicklung in Großschutzgebieten*, Hannover: Verlag der ARL, S. 217-249.
- Weber, Florian/Jenal, Corinna/Rossmeier, Albert/Kühne, Olaf (2017): »Conflicts around Germany's Energiewende. Discourse patterns of citizens' initiatives«, in: *Quaestiones Geographicae* 36, S. 117-130.
- Zilles, Julia (2021a): »14. September 2013: »Keine Windkraft im Wald«, in: Martin Langebach (Hg.), *Protest. Deutschland 1949-2020*, Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung, S. 364-365.
- Zilles, Julia (2021b): »Sehnsucht nach direkter Demokratie? Demokratievorstellungen von Bürgerinitiativen«, in: *Kurswechsel* 2, S. 49-58.
- Zilles, Julia/Drowing, Emily/Janik, Julia (Hg.) (2022): *Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt (= Soziale Bewegung und Protest, Band 7)*, Bielefeld: transcript.
- Zilles, Julia/Drowing, Emily/Janik, Julia (2022): »Zurück in der Zukunft? Demokratie und Nachhaltigkeit zwischen fortgesetzter Gegenwart, Katastrophe und konkreter Utopie. Sieben Thesen zum Fazit«, in: Zilles/Drowing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 405-423.

Zilles, Julia/Marg, Stine (2022): »Protest and Polarisation in the Context of Energy Transition and Climate Policy in Germany: Mindsets and Collective Identities«, in: German Politics, S. 1-22.

Zorn, Daniel-Pascal (2022): »Widerstreit der Zukünfte. Ökologie und Nachhaltigkeit im Kontext globaler Geschichtsphilosophie am Ende der 1980er Jahre«, in: Zilles/Drewing/Janik, Umkämpfte Zukunft, S. 81-93.

Nachhaltigkeit/Zukunft: Multiperspektivische Annäherungen

Quo vadis, Deutschland?

Stand und Perspektiven der Nachhaltigkeitspolitik

Jörg Radtke und Ortwin Renn

Einleitung: Das Trilemma der Nachhaltigkeitstransformation

Trotz erheblichen Bevölkerungswachstums und Ressourcenknappheit haben sich die Lebensverhältnisse der Menschen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert (vgl. Renn 2014: 128ff.). Betrachtet man aber die weltweiten ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Wandlungserscheinungen näher, so fällt die Bilanz weit weniger optimistisch aus. Hinter vielen positiven Entwicklungen verbergen sich eine Reihe von verborgenen Risiken und Nebenwirkungen, die nicht genügend beachtet werden und bei denen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach wie vor zu wenig tun, um sie effektiv zu begrenzen. Das gilt vor allem für Umweltbelastungen und den Klimawandel.

Was steht nun auf dem Spiel? Globale Umweltbelastungen und der anthropogen ausgelöste Klimawandel sind Bedrohungen, die wegen ihres globalen und vernetzten Charakters zu multiplen Kaskaden von Auswirkungen führen können, die grenz- und funktionsübergreifend Schäden hervorrufen. Daher besteht inzwischen in den verschiedenen Lagern von Politik und Gesellschaft sowie auch in der Wirtschaft überwiegend Einigkeit, dass zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels aus dem Pariser Klimaschutzabkommen eine umfassende Nachhaltigkeitstransformation nötig wird. So formuliert die Atmosphären-Forscherin Astrid Kiendler-Scharr vom Forschungszentrum Jülich sehr deutlich:

»Eine zentrale Aussage (des sechsten Sachstandsberichtes des IPCC) ist, dass es mittlerweile keinen Zweifel mehr daran gibt, dass der derzeitige Klimawandel vom Menschen verursacht ist. Die Schadstoffe, die wir Menschen ausstoßen, verursachen den Klimawandel. Dieser Zusammenhang ist naturwissenschaftlich unstrittig. Auch zur bereits erfolgten Erwärmung der Erde können wir nun genauer sagen, dass sie bei knapp 1,1 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter liegt. Jede Tonne Kohlendioxid, die in die Atmosphäre gelangt, verschärft diese Probleme. Denn es besteht ein linearer Zusammenhang zwischen den aufsummierten Kohlendioxid-Emissionen und der globalen Erwärmung« (Koch 2021).

Die Situation ist also ernst und erfordert eine schnelle und global wirksame Transformation hin zu klimagerechten und umweltverträglichen Lebensweisen. Dennoch verläuft die Transformation schleppend, es bleibt bei einer immer noch vagen Ankündigung, bis Mitte des 21. Jahrhunderts klimaneutral zu wirtschaften und zu leben. Es fehlen noch belastbare Strategien und politische Programme, wie in allen gesellschaftlichen Sektoren das Ziel konkret erreicht werden soll (vgl. Bundesregierung 2021; Expertenrat für Klimafragen 2022a/b; SRU 2022). Das Bundesverfassungsgericht (2021) mahnt an, dass die Verantwortung für zukünftige Generationen ernst genommen werden muss – Aufschieben kann auf Dauer keine Lösung darstellen. Für diese und künftige Bundesregierungen stellt sich die Frage, wie sie sehr viel effektiver, schneller und umfassender die Transformation in Gang setzen kann.

Wir identifizieren hierbei ein *grundlegendes* Trilemma, das sich zusammensetzt aus:

- a) einem strukturellen, primär materiell geprägten Anpassungsproblem, d.h. der Umstellung und Umwandlung einzelner Sektoren mithilfe technischer Innovationen unter den bestehenden ökonomischen Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft und der Externalisierung und Verlagerung unerwünschter Nebeneffekte,
- b) einem prozeduralen, primär durch demokratische Anforderungen bedingten Zeitdruck, der sich dadurch ergibt, dass die Transformationsschritte mit demokratischer Prämisse die Involvierung und Beteiligung von Bevölkerung und Stakeholdern in aufwendigen Planungsprozessen erfordern, die dafür notwendige Zeitspanne aber eine rasche Transformation verhindert sowie
- c) einem fehlenden expliziten wie impliziten gesamtgesellschaftlichen Konsens für eine radikale und umfassende Transformation. (Eine einfache Mehrheit in der Bevölkerung reicht für die zeitnahe Umsetzung einer ambitionierten Klimapolitik nicht aus.)

Im Folgenden befassen wir uns mit Nachhaltigkeit im gesellschaftlichen Kontext anhand von vier analytischen Kategorien: den Narrativen der Nachhaltigkeit, den politischen Instrumenten zur Umsetzung der geforderten Transformationen, den beteiligten Akteuren sowie den Transformationsprozessen. Dabei unterscheiden wir die Dimensionen Zentralität versus Dezentralität, Effizienz versus Suffizienz sowie Top-down versus Bottom-up-Strategien als die prägenden Elemente für eine gelingende Nachhaltigkeitstransformation. Wir erörtern im Rahmen jeder Kategorie mögliche synergetische Lösungsansätze. Am Beispiel nachhaltiger Energieversorgung zeigen wir im jeweiligen Themenfeld auf, welche konkreten Herausforderungen bestehen. Wir schließen den Beitrag mit Überlegungen zur Konvergenz von politischen, sozialen, ökonomischen, rechtlichen wie auch technischen Innovationen (vgl. Michels 2011) und thematisieren die Grenzen gesellschaftlicher Steuerungsfähigkeit.

Die Wahrnehmung des Klimawandels und Tendenzen gesellschaftlicher Polarisierung als systemische Herausforderung für die Nachhaltigkeitstransformation

Warum unterbleiben effektive Maßnahmen zur Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen? Warum nehmen die Bürger:innen in Deutschland und in den meisten anderen Ländern die Warnungen vor dem Klimawandel nicht ernst genug? Empirische Untersuchungen zeigen, dass zwar die meisten befragten Bürger:innen den Klimawandel als ernsthafte Bedrohung sehen, aber dennoch nur wenige grundlegende Änderungen an ihrem Lebensstil vornehmen (vgl. Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Dazu kommt, dass ein Großteil der technisch ermöglichten Effizienzsteigerungen im Zuge sogenannter Rebound-Effekte durch höheren Energiekonsum ausgeglichen wird (vgl. Sorrell et al. 2020). Der Klimawandel ist ein Paradebeispiel für ein gravierendes systemisches Risiko, dessen Auswirkungen in der Öffentlichkeit oft unterschätzt werden. Dies ist auf den grundlegenden Charakter von systemischen Risiken, auf die komplexen, unsicheren sowie nicht-linearen Bedingungen der Ursache-Wirkungsketten sowie grenz- und sektorenübergreifende Auswirkungen einzelner Elemente des Klimawandels zurückzuführen (vgl. Lucas et al. 2018). Auch wenn Wissenschaftler:innen mehr Klimaforschung betreiben, wird die Gesellschaft mit einem Rest an Unsicherheit und einem hohen Maß an Ungewissheit über plötzliche Kippeffekte im Klimabereich leben müssen (vgl. Malone 2009); absolute Gewissheiten wird es niemals geben (vgl. Spiegelhalter/Riesch 2011). Diese Tatsache wird gerne von Skeptiker:innen des Klimawandels als Beweis dafür gesehen, dass die These vom anthropogen veränderten Klimawandel auf tönernen Füßen steht. Doch immer, wenn Forschungen auf komplexe und nichtlineare Systeme ausgerichtet sind, wird es unabhängig vom Ressourceneinsatz und Aufwand zu Aussagen mit Unsicherheitsräumen und mehrdeutigen Interpretationsmöglichkeiten kommen (vgl. Dubois/Guyonnet 2011; Renn et al. 2020). Die Klimakrise wird also weithin unterschätzt und demnach vielfach auch nicht adäquat adressiert. Wir führen hierfür im Folgenden vier zentrale Gründe an.

Zum *Ersten* sind Klimarisiken schleichender Natur, das heißt, Menschen nehmen die meisten Auswirkungen bislang nur als marginale Veränderungen ihrer Umwelt wahr. Die Katastrophe erfolgt in Zeitlupe und damit oft unterhalb der eigenen Wahrnehmungsschwelle. Die Mechanismen der intuitiven Wahrnehmung sind darauf ausgerichtet, plötzlichen Veränderungen und Ereignissen hohe Aufmerksamkeit zu schenken, wohingegen kontinuierliche Verschlechterungen kaum bemerkt werden. Diese Tendenz zur Unterbewertung kontinuierlich wirkender Risikoquellen wird noch dadurch unterstützt, dass plötzlich auftretende Katastrophen immer mehr persönliche und soziale Resonanz erzeugen als kontinuierliche Schadensfälle, selbst wenn die Zahl der Opfer absolut identisch ist (vgl. Renn 2019). Da die meisten Menschen die Veränderungen durch den Klimawandel in europäischen Breiten – wenn überhaupt – nur schleichend wahrnehmen, wird psychologisch kein Alarm ausgelöst. Zwar zeigen Umfragen, dass inzwischen die meisten Menschen die Dürren, die Hitzewellen, die Waldbrände und die Hochwasserereignisse in Deutschland mit dem Klimawandel in Verbindung bringen, dennoch wird das Problem immer wieder auf die hinteren Ränge der Dringlichkeit verschoben, sobald andere Probleme tagesaktuell als besonders bedeutsam eingestuft

werden (vgl. Wolf 2022). Man findet zudem kaum griffige Anhaltspunkte, die einem die Dramatik der Veränderungen anschaulich vor Augen führen würden. Dies wird durch die öffentliche Berichterstattung noch verstärkt: Medien nehmen aufgrund ihrer spezifischen Selektionsmechanismen die Urteile aller Mitwirkenden in der Klimadebatte in ihre Berichterstattung auf, das heißt, Klimaskeptiker:innen erhalten in vielen Medien ungefähr die gleiche mediale Aufmerksamkeit wie Wissenschaftler:innen, die betont auf die Gefahren des Klimawandels hinweisen (vgl. Hase et al. 2021; Kenny 2022; Marcinkowski/Marr 2010; Moernaut et al. 2022; Schenuit/Koch/Jakob 2020; Schmidt 2000; van Eck/Feindt 2022; Yan/Schroeder/Stier 2022).

Zum *Zweiten* sind im Fall des Klimawandels komplexe Strukturen miteinander vernetzt, sodass scheinbar nicht zusammenhängende Lebensbereiche über komplexe Ursache-Wirkungsbeziehungen an irgendeinem Glied der langen Kette aufeinander einwirken. Die intuitiven kausalen Denkformen der Menschen sind nur ungenügend auf die Analyse komplexer Ursache-Wirkungsketten ausgerichtet (vgl. Renn 2019: 43ff.). Gerade dadurch, dass Phänomene des Klimawandels oft örtlich und zeitlich weit voneinander entfernt auftreten, erscheint für das menschliche Wahrnehmungsbewusstsein eine solche Verbindung als wenig plausibel. Wenn also beispielsweise irgendwo in Mosambik die Naturkatastrophen zunehmen, ist es schwer, dies (auch) auf den heimischen Energiekonsum zurückzuführen.

Darüber hinaus eignet sich der Klimawandel selten für eine aufrüttelnde und emotional ansprechende Berichterstattung in den Massenmedien (vgl. Schweizer 2021; Stecula/Merkley 2019). Dadurch, dass sich die Veränderungen nur marginal abzeichnen, fehlt der attraktive Nachrichtenwert. Allerdings hat sich dies in jüngster Zeit durch die anhaltenden Hitzeperioden, die verheerenden Überschwemmungen im Ahrtal und anderen Regionen Deutschlands sowie durch die verstärkt auftretenden Waldbrände geändert. In Umfragen aus dem Jahr 2022 geben inzwischen die meisten Menschen an, dass sie zu weitreichenden Verhaltensänderungen bereit sind (siehe für Deutschland: McCall et al. 2021; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021; für Österreich Wardana/Klösch/Hadler 2022). Noch ist es aber zu früh, daraus Rückschlüsse auf das tatsächliche Verhalten der Menschen zu ziehen.

Zum *Dritten* ist das Vertrauensverhältnis zwischen Expert:innen für den Klimawandel, Politiker:innen und der allgemeinen Öffentlichkeit brüchig geworden. Globale Vernetzung, Unübersichtlichkeit der kausalen Zusammenhänge, Pluralisierung von Meinungen und Bewertungen sowie mangelnde Nachvollziehbarkeit der komplexen Bedrohungen begünstigen einen Verlust von Vertrauen in Expert:innen und Entscheidungsträger:innen (vgl. Willke 2017). Das hat auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung des Klimawandels: Die Beziehungen zwischen Energieverbrauch und Klimawandel sind nicht sinnlich wahrnehmbar und können nur durch wissenschaftliche Expertisen in das Bewusstsein der Menschen gebracht werden. Das ist anders als in der COVID-19 Pandemie, bei der durch ausdrucksstarke Bilder von Notaufnahmen in Krankenhäusern und Massenbestattungen die konkreten Auswirkungen der Pandemie direkt vor Augen geführt wurden.

Aufgrund dieser fundamentalen *Angewiesenheit auf Andere* spielt das Vertrauen in Expertisen eine entscheidende Rolle (vgl. Bromme 2020; Frewer 2003). Da niemand nachprüfen und unmittelbar sehen, spüren und nachvollziehen kann, ob der Klima-

wandel *tatsächlich* aufgrund der Emissionen von klimaschädlichen Gasen erfolgt, entsteht zwangsläufig das Erfordernis, in der Debatte der einen oder der anderen Seite Vertrauen zu schenken.

Je nachdem, welcher Bezugsgruppe Vertrauen geschenkt wird, kommt es *viertens* zu einer Polarisierung von Loyalitäten, Wahrnehmungen und Handlungsbereitschaften. Klimabewegte Aktivist:innen wie die Fridays for Future-Bewegung sehen sich einer großen Gruppe gegenüber, die hofft, Routinen weiterverfolgen zu können und Strukturen aufrechtzuerhalten. In der Mitte stehen viele, die zwischen den Polen oszillieren und wechselnde Positionen annehmen. Doch allen gemein ist die Responsibilisierung von Anderen, sodass Verantwortlichkeiten über wechselseitige Zuweisungen zwischen Politik, Unternehmen und Bürger:innen hin- und hergeschoben werden. Die jüngsten Umfragen des Umweltbundesamtes zeigen zudem auf, dass zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus tatsächlich Wahrnehmungs- und Handlungsweisen stark differieren (vgl. Gellrich 2021; Rubik et al. 2019). So sind Personen mit höherer Bildung und städtischem Lebensumfeld eher bereit, zugunsten des Klimaschutzes ihre bisherigen Verhaltensweisen zu ändern, als Personen mit niedrigem Bildungsstand und aus ländlichen Umgebungen. Das Beispiel der Energiewende zeigt die grundlegende Problematik auf: Allein das Bewusstsein für einen erforderlichen Umstieg auf erneuerbare Energien und Energieeinsparungen führt nicht unweigerlich dazu, dass entsprechende Entscheidungen von Individuen, Institutionen und Unternehmen getroffen werden. Das liegt zum einen an dem unverändert wirksamen *attitude-intention-behavior gap* (vgl. Claudy/Peterson/O'Driscoll 2013; ElHaffar/Durif/Dubé 2020; Nguyen/Nguyen/Hoang 2019), zum anderen aber auch daran, dass viele Menschen zu wenig eigene Handlungsmöglichkeiten für einen effektiven Klimaschutz wahrnehmen oder wegen der geringen Zentralität der Verhaltensanpassungen zwar low-cost Verhaltensänderungen noch akzeptieren und umsetzen, aber bei high-cost Optionen die Reißleine ziehen (vgl. Ranetbauer 2018). Gleichzeitig nimmt die Polarisierung zu (vgl. Eversberg sowie Teune in diesem Band), wie es sich etwa zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen der Windenergie (vgl. Hübner et al. 2019) beobachten lässt: Während Manifestierungen der Transformation in urbanen Milieus abstrakt bleiben, verschärft sich im ländlichen Raum vielerorts die Ablehnung von Windparks (vgl. dazu auch den Beitrag von Kerker in diesem Band).

Die narrative Dimension gesellschaftlicher Polarisierung: Dezentralisierung und Suffizienz versus Zentralisierung und technische Modernisierung

Inzwischen ist die Zahl der Bürger:innen, die von der Bedrohung durch den Klimawandel überzeugt und auch im Prinzip bereit sind, Maßnahmen zum Klimaschutz zu unterstützen, zu einer großen Mehrheit in der deutschen Bevölkerung geworden (vgl. Setton 2020; Wolf 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Zwar sind nach Umfragen immer noch rund 10 bis 15 Prozent skeptisch, was den von Menschen verursachten Klimawandel betrifft, aber sie spielen im gesellschaftlichen und politischen Diskurs eine eher untergeordnete Rolle (vgl. Beiser-McGrath/Bernauer 2021; Kessler/Rau 2022;

Painter et al. 2021; Tuitjer/Dirksmeier/Mewes 2022). Insofern könnte man annehmen, dass eine politisch wirksame und auch für durchgreifende Reformen offene Mehrheit der Bevölkerung für entsprechend ambitionierte Klimaschutzziele eintreten würde. Die politische Wirksamkeit wird aber dadurch geschmälert, dass sich innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen, die sich für effektive Klimaschutzmaßnahmen aussprechen, sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber finden, welche politischen Maßnahmen notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Man ist also weitgehend d'accord, dass beim Klimaschutz nun aber wirklich dringend etwas passieren muss – nur was passieren sollte, darüber besteht weit weniger Einigkeit.

Um diese Unterschiede bei der Frage nach den erwünschten bzw. abgelehnten Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele systematisch zu verorten, ist es sinnvoll, zwei wesentliche Dimensionen der Argumentationslandschaft zu differenzieren. Zum einen findet sich eine Stoßrichtung, welche sich auf die (präferierten) Klimaschutz-Strategien bezieht – sie wird durch die gegenüberliegenden Pole Technikdominanz im Sinne der ökologischen Modernisierung und Suffizienz durch Konsum- und Verhaltensanpassungen konturiert (Fokus: *Wie* des Wandels). Zum anderen existiert eine Perspektive, welche auf die Räumlichkeit und äußere Strukturierung soziotechnischer Regime und von Transformationsprozessen abstellt – hierbei werden diverse Ausprägungen zwischen vollständiger Zentralisierung (im Sinne der technologisch-fortschrittsorientierten Leitbilder des *high modernism*) und gänzlicher Dezentralisierung von Klimaschutzlösungen (dem Autarkie- und Selbstversorgungsgedanken folgend) abgebildet (Fokus: *Ziel* des Wandels) (vgl. Stöcker 2020: 350ff.).

Wir gehen zunächst auf die erste Dimension soziotechnischer Strategien zur Erreichung der Klimaschutzziele ein. Im Wesentlichen geht es um die Frage, welchen Stellenwert (sozio)technische Innovationen und (hyper)moderne Technisierung (wie *Smart Technologies*, Robotik, Automatisierung, vgl. Radtke 2022) für Klimaschutz und Klimawandelfolgenbewältigung spielen können bzw. sollen – etwa bei der Energieversorgung, mit Blick auf die Mobilität sowie in der Land- und Forstwirtschaft. Hierbei spielen die von Eric Brynjolfsson und Andrew McAfee als *Zauberer* bezeichneten Expert:innen eine Rolle, die eine Lösung der Klimaproblematik auf der Basis eines radikalen Wandels der jeweiligen Versorgungsstrukturen beschreiben (vgl. Brynjolfsson/McAfee 2017: 14). Der Leitgedanke lautet: Wenn die Energieversorgung auf erneuerbare Energien, der Verkehr auf Wasserstoff, elektrische Antriebe und Flüssiggas umgestellt sowie neue Technologien im Bereich der Nahrungsmittelerzeugung angewendet werden – eventuell verbunden mit Maßnahmen des Geoengineering wie Düngung der Ozeane, globaler Aufforstung oder der Erzeugung künstlicher Wolkenfelder – dann können bisher gepflegte Lebensstile sowie Routinen, Prinzipien und Strukturen fortbestehen. Demnach müssten sich nur die Mittel der Produktion an die Erfordernisse des Klimaschutzes anpassen (Idee der ökologischen Modernisierung, vgl. u.a. die Beiträge von Großmann/Roskamm und Zorn in diesem Band). Den *Zauberern* gegenüber stehen die von den beiden Autoren als *Propheten* bezeichneten Expert:innen, die einen radikalen Wandel der Produktionsverhältnisse und vor allem des Konsums fordern (Idee der Suffizienz, vgl. den Beitrag von Krüger in diesem Band). Ohne eine grundlegende, kollektive Hinwendung zu einem suffizientem, also einem sparsamen, verbrauchsarmen und genügsamen Lebensstil, kann die Nachhaltigkeitstransformation nicht gelingen. Auch

würde die Energiewende bestehend aus Stromwende, Wärmewende und Verkehrswende im bisher vorherrschenden Modus keinen durchschlagenden Erfolg haben. Nach diesem Ansatz werden insgesamt weniger Ressourcen verbraucht; Produkte werden länger verwendet, gegebenenfalls wieder in Stand gesetzt, umgewandelt oder fließen im Falle des Nichtgebrauchs in einen bestenfalls geschlossenen Wertstoffkreislauf zurück, der sich durch eine gänzliche Wiederverwertbarkeit auszeichnet (Kreislaufmodell, Re- und Upcycling, Cradle-to-Cradle-Prinzip) (vgl. Braungart et al. 2014). Begründet wird der Ansatz primär durch die Schwächen bzw. das bislang nicht eingelöste Versprechen der ökologischen Modernisierung: So täuscht der hohe Anteil regenerativer Energien an der Stromproduktion über die problematischen Verhältnisse der Gesamtenergiebilanz auf Verbrauchsebene, die bis heute zu über 70 % fossil bestimmt ist, hinweg (vgl. AG Energiebilanzen 2021; UBA 2022). Auch Fragen nach der Wiederverwertbarkeit (Rezyklierbarkeit) von Anlagen und Batterien im Kontext des Einsatzes erneuerbarer Energien sowie nach den Umweltbelastungen durch zugehörige Energieinfrastrukturen (wie Netze, Ladesäulen etc.) bleiben größtenteils unbeantwortet. Ohne tiefgreifende Verhaltensänderungen ist der Klimaschutz nicht zu erreichen. Die Logik der Suffizienz lässt sich treffend mit dem Slogan »Weniger ist Mehr« zusammenfassen: Ein nicht erforderliches Windrad hat in dieser Perspektive die beste aller denkbaren Umweltbilanzen.

Die zweite Dimension betrifft die Frage der Zentralität der erforderlichen Lösungen (vgl. Canzler 2018). Auf der einen Seite finden sich Positionen, die angesichts der globalen Herausforderungen nur solche Lösungen als wirksam ansehen, die im internationalen bzw. globalen Maßstab greifen. Dazu gehören weitreichende multilaterale politische Abkommen wie das von Paris, weltumspannende Technikinitiativen zur Reduktion der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre (Climate- oder Geo-Engineering) oder auch investiv-technikbasierte Modernisierungsprogramme größerer Nationen und Staatengemeinschaften wie der Green (New) Deal der Europäischen Union oder der USA unter der Biden-Administration. Auf der anderen Seite stehen die Verfechter:innen dezentraler Lösungen, die, bezogen auf den Ressourcenverbrauch von Regionen, vor allem auf Autonomie oder sogar Autarkie setzen. Dabei stehen regionale oder lokale Lösungskonzepte im Mittelpunkt, die auf der Basis der jeweiligen natürlichen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten ein an die Bedingungen vor Ort angepasstes Klimaschutzkonzept umsetzen wollen. Die Logik, dass zwar global verhandelt, aber nur lokal umgesetzt werden kann, wurde bereits vor drei Jahrzehnten im Rahmen internationaler Umweltschutzverhandlungen als zentrales Ergebnis der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 in Form der Lokalen Agenda entwickelt. Im Fokus stehen hierbei im Rahmen der Energiewende kleinere, dezentrale Einheiten zur Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen, die in Abstimmung mit Siedlungskonzepten, Bauvorschriften und digital vernetzten Dienstleistungen eine auf jede Region ideal zugeschnittene Versorgung anbieten, um deren Eigenbedarf vollständig abzudecken.

Trotz zweifellos vorliegender Affinitäten ist, wer sich für primär technikbasierte Lösungen begeistert, nicht zwangsläufig auch der Ansicht, dass nur zentralisierte Lösungen für Klimaschutz und Klimawandelfolgenbewältigung wirklich taugen; umgekehrt begeistern sich nicht sämtliche Dezentralist:innen (nur) für Suffizienz. Im Kontext des Narratives der Dezentralität gibt es Positionen, die durch die Digitalisierung ermög-

lichte globale Lösungen für jeweils angepasste Energie- oder Landnutzungskonzepte favorisieren (vgl. Messner et al. 2019; Osburg/Lohrmann 2017), wohingegen sich unter den Fürsprecher:innen zentraler Lösungen auch Befürworter:innen global wirksamer Regulationen zur Reform von kapitalistisch orientierten Produktionsweisen, für das Ziel einer wachstumsunabhängigen Weltwirtschaft oder für die Einführung von einheitlichen und flächendeckenden Konsumstandards finden (vgl. Schreiber 2020).

Zwischen den Extremen *technikzentriert* und *verhaltensorientiert* sowie *zentral* und *dezentral* gäbe es durchaus Spielraum zur Entwicklung eines gemeinsamen, umfassenden Narrativs des Klimaschutzes. Solange aber die Vorstellungswelten der Gestalter:innen der Energiewende an diesen Polarisierungen festhalten, entsteht bei den Bürger:innen der Eindruck einer inkonsistenten und selbstreferenziellen Debatte. Konkurrierende Narrative sind nicht per se schädlich, aber sie können handlungslähmend wirken, wenn dadurch Uneinigkeit oder mangelnde Orientierung (»nichts Genaues weiß man nicht«) transportiert werden.

Die instrumentelle Dimension: Welche Strategien für welchen Outcome?

Marktbasierte, effizienzorientierte und monetär wirksame Instrumente

In der politischen Diskussion um die zukünftige Nachhaltigkeitstransformation spielen finanzielle Hebel- und Ansatzpunkte eine zentrale Rolle. Insbesondere die Ideen der Festlegung eines Preises für eine Tonne CO₂ und der Begrenzung von Emissionen durch Zertifikate sind inzwischen in den Mittelpunkt des politischen Steuerungsdiskurses gerückt. Sie sollen einen Umbau von Industrie, Gewerbe und Produktion, aber auch des Verkehrs und individuellen Konsums wie durch eine unsichtbare Hand bewirken. Dies ist aus Sicht politischer Entscheidungsträger:innen eine komfortable Position, da die Debatte über die Mittel zur Umsetzung der Transformation auf den Markt verlagert bzw. den Akteur:innen selbst überlassen wird. Flankiert wird dieses marktbasierende und vergleichsweise schlichte Modell von der Annahme, dass die Kosten für die Transformation auf diese Weise geringer ausfallen werden als die Kosten der Nicht-Transformation, also des »business as usual«. Gleichzeitig betonen die Verfechter:innen dieser Lösung, dass diese Form der Steuerung mit Blick sowohl auf die Effektivität als auch auf die Effizienz ordnungspolitischen Instrumenten überlegen ist (vgl. Edenhofer/Schmidt 2018). Ausgeblendet wird dabei häufig, dass sich zwar die relativen Kosten zwischen fossilen und erneuerbaren Energien zugunsten der letzteren verschieben, während aber in Abhängigkeit von den konkreten Anforderungen des neuen Energiesystems mit Speichern, virtuellen Kraftwerken und flexiblen Netzen die absoluten Kosten für jede Einheit Energiedienstleistung weiter ansteigen können (vgl. Pritzl/Söllner 2021). Zudem können drastische Preishöhen für fossile Energieträger besonders untere Einkommensschichten stark benachteiligen, weil sie wenig Ausweichmöglichkeiten haben (vgl. Venjakob/Wagner 2021). Für viele ist es schwer oder gar nicht möglich, auf fossile Energien zu verzichten; betroffene Personen werden die Verteuerung durch Sparen in anderen Konsumbereichen kompensieren (müssen). Umfragen verdeutlichen, dass die meisten Menschen in Deutschland höhere Belastungen bereit sind zu tolerieren, sofern

sie gerecht unter den Menschen im Land verteilt sind (vgl. Wolf 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Werden die Belastungen als unfair verteilt wahrgenommen, ist mit einer flächendeckenden Akzeptanzverweigerung für einschneidende Maßnahmen zu rechnen – vor allem für solche, die zur Verteuerung von Energiedienstleistungen führen würden. Zusätzlich bewirkt die sich aufgrund geringerer Gasimporte aus Russland im Jahre 2022 abzeichnende Gaskrise eine noch wesentlich verstärkte Sensibilität für die Verteilungswirkungen von energiepolitischen Maßnahmen.

Dazu kommen fragwürdige Formen der Umgehung oder der Kompensation von CO₂-Besteuerungsmaßnahmen oder CO₂-Zertifikaten. Zum einen können Unternehmen auf EU-Ebene die im Rahmen der CO₂-Zertifikate angestrebten Einsparungen an fossilen Brennstoffen durch Kompensationszahlungen umgehen, die von Unternehmen auf Kund:innen bzw. Konsument:innen umgelegt werden. Zum anderen können sie Zertifikate erwerben, deren Erlöse zur Kompensation von CO₂-Emissionen eingesetzt werden, etwa durch Investitionen in Maßnahmen des Umweltschutzes oder der Aufforstung. Jedoch führen Aufforstungsprogramme, die häufig wenig Transparenz aufweisen und deren Wirkung umstritten ist (vgl. Friedlingstein et al. 2019), nicht dazu, dass die erzeugte Menge an CO₂ unmittelbar kompensiert würde. Zudem entstehen wie in allen regulativen Systemen Schlupflöcher, die es erlauben, den Vorgaben zu entgehen. Dazu gehören Ausnahmegenehmigungen, veränderte Deklarierungen (von Rohstoffquellen, Emissionen usw., siehe etwa Nachhaltigkeitszertifikate und »CO₂-Neutral«-Label) und die Verlagerung der Produktion ins Ausland. Schon heute befinden sich wesentliche Emissionsquellen europäischer Unternehmen in Form von Produktionsstätten in weit entfernten Ländern, in denen Umweltschutz eine geringere Rolle spielt – dieses Prinzip dürfte sich zukünftig erheblich ausdehnen.

Schließlich basieren wesentliche politische Anstrengungen zur Ressourcenschonung auf Effizienzsteigerungen bestehender technischer Systeme bzw. auf deren Ersatz. Tatsächlich sind mit der Effizienzpolitik Erfolge erzielt worden, wenn man unmittelbare Vergleiche zwischen älteren und neueren Technologien vornimmt. Allerdings ist auch dieses Bild getrübt: Nach der umfassenden Umsetzung zahlreicher Energieeffizienzmaßnahmen der vergangenen Jahrzehnte – etwa dem Ersatz alter Glühlampen oder Kühlsysteme – wäre eine erhebliche Reduktion des Gesamtstrombedarfs erwartbar gewesen. Diese Einsparung ist jedoch nicht eingetreten, weil die Anzahl technischer Geräte im Haushalt insgesamt stark zugenommen hat (vgl. Brockjan et al. 2021). Dieser Rebound-Effekt lässt sich zum Teil auch im Verkehrssektor beobachten (ebd.).

Suffizienzorientierte und infrastrukturell wirksame Instrumente

Da, wie oben deutlich geworden ist, marktbasierende und effizienzorientierte Instrumente für einen raschen, effektiven und sozial gerechten Klimaschutz nicht ausreichen, braucht es offensichtlich andere Ansatzpunkte für eine tatsächliche Nachhaltigkeitstransformation. Zunächst ist jedoch schwer bestimmbar, was überhaupt als ein der Suffizienz zuträgliches Instrument gelten kann, da die Reduktion oder der Verzicht immer relativ und nur in einer ganzheitlichen Perspektive zum Lebensstil insgesamt zu bewerten sind. Typische Beispiele wie die langfristige Verwendung und Reparatur von Pro-

dukten und die Wiederverwendung sowie -verwertung von Ressourcen sind in modernen Gesellschaften Randerscheinungen eines Systems, das erst die Ausgangsbedingungen für diese Praktiken schafft. In der politischen Diskussion finden sich zwar Beispiele etwa für das Verbot von Inlandsflügen, Recycling-Verpflichtungen oder diverse Anreizprogramme für den nachhaltigen Umgang mit Waren, jedoch beruhen zahlreiche bisherige Manifestationen der Suffizienz – von der langfristigen Fahrrad-Verwendung bis zu kompostierbaren Schuhen – auf freiwilliger Eigeninitiative. Damit diese Strategie auch die Ziele der Nachhaltigkeit erreichen kann, ist eine flächendeckende Umsetzung des Suffizienzprinzips erforderlich: Durch Prämierungen, Anreize und ordnungspolitische Vorschriften sollen demgemäß alle Unternehmen oder Individuen den Praktiken und Konzepten der sogenannten *Frontrunners* folgen. Trotz erheblicher Anstrengungen und speziellen Siegeln wie dem *Blauen Engel* ist bislang die Diffusion und das Upscaling suffizienzbasierter Innovationen jedoch nicht weit fortgeschritten. Stattdessen führt die ausbleibende Marktdurchdringung zu Zweifeln an der Marktgängigkeit, Alltagsausglichkeit und Massenkongformität der Suffizienzstrategien. Aus diesem Schattendasein folgt wiederum eine Logik der immer neu entfachten Erfindungen und Revolutionen im Rahmen neuer Ideen, Ansätze und Produkte, was paradoxerweise eine Kurzfristigkeit der Innovationen provoziert und die Glaubwürdigkeit der gesamten Strategie herabsenkt (vgl. Azzone/Noci 1998; Calza/Parmentola/Tutore 2017; Mongo/Belaïd/Ramdani 2021; van den Heiligenberg et al. 2017; Wilkinson/Hill/Gollan 2001). Schließlich brächten Reformen in Richtung Suffizienz eher Exnovationen als Innovationen hervor, was zu der gängigen Marktlogik des Wachstums und der stetigen Modernisierung von Produktionsverfahren und Produkten im Widerspruch stünde (vgl. Kropp 2021).

Sowohl die Perspektiven der Effizienz, des Marktprinzips als auch der Suffizienz stellen kaum die Infrastrukturen der Nachhaltigkeitstransformation in den Mittelpunkt, obgleich diese gewissermaßen das Fundament für ressourcenschonende Praktiken bedeuten. Dies zeigt sich an vielen Beispielen: Etwa im Rahmen der Verkehrswende, bei der der Bahnverkehr massiv ausgebaut werden soll, ohne dass die entsprechende Schieneninfrastrukturen bislang in Angriff genommen wurden; in der Energiewende, bei der Smart Grids und neue Übertragungsleitungen gefragt sind, ohne dass diese bereits ausgebaut werden, und in der Agrarwende, bei der ökologische Landwirtschaft einen höheren Flächenbedarf aufweist, Agrarflächen aber weiterhin im Preis ansteigen. Die konventionellen Infrastruktur-Politiken verlaufen langsam und schleppend: Neue Verkehrslösungen, Stromleitungen und Flächennutzungspläne können nur über Jahre hinweg geplant und schließlich mit weiteren erheblichen Verzögerungen implementiert werden. Es bleibt weiterhin offen, wie und bis wann im Verkehrssektor der Ausbau des ÖPNV und des Schienenverkehrs erreicht werden kann. So zeigt sich in der Energie- wie auch in der Verkehrswende dasselbe Bild: Während umweltfreundlichere Artefakte wie elektrische Fahrzeuge und Fahrräder oder Windenergieanlagen relativ zügig auf den Markt kommen, fehlen an vielen Stellen die Ladesäulen, die Radwege, Infrastrukturen für regionale Wärmenetze sowie akzeptierte Standorte für Überlandleitungen. Widerstände durch die lokale Bevölkerung, Bürgerinitiativen und Verbände erschweren die Planungs- und Genehmigungsprozesse. Ausgerechnet die mit dem Nachhaltigkeitsprinzip Hand in Hand gehenden Elemente der Partizipation sowie Belange des Natur- und Artenschutzes erzeugen Hürden,

die schließlich die Planungen um Jahre verzögern oder sogar zum Erliegen bringen können – wie Kämpfe um Fahrradstraßen, Standorte für Windenergieanlagen und die Neuaufstellung von Regionalplänen allerorten zeigen. Hinter Auseinandersetzungen um den Ausbau von Infrastrukturen und die Nutzung von Flächen verbergen sich meist Eigentums- und Machtverhältnisse, die zwangsläufig Konflikte erzeugen. Die Idee der Gemeingüter (Commons) und öffentlichen Eigentums ist zwar in der Frage der Infrastrukturplanung als theoretischer Lösungsansatz bestechend, allerdings finden sich jenseits vereinzelter Leuchtturmprojekte bislang keine Anzeichen dafür, dass sich die beteiligten Akteur:innen auf eine solche Gemeingutsperspektive einlassen würden.

Akteurs-Dimension: Welche Formen der Akteurszusammenarbeit für welche Kompromisse?

Governance-Regime im zentralisierten Modell

Die Nachhaltigkeitstransformation braucht jenseits der Festlegungen von Zielmarken, Standards und Werten eine Koordination, Abstimmung und Umsetzungsgestaltung, die nur unter Einbezug aller betroffenen und sektoral relevanten Akteur:innen gelingen kann. Grundsätzlich ist zu beobachten, dass die Anzahl der Akteur:innen in diesem Politikfeld angestiegen ist. Das Beispiel Energiewende zeigt: Wurden Vereinbarungen getroffen, so geschah dies bis zur Strommarktliberalisierung im Jahr 1998 zwischen wenigen staatlichen Stellen und den vier großen Energieversorgern. Heute sind nicht nur privatwirtschaftlich zahlreiche Energieunternehmen hinzugekommen, es sind auch viele zivilgesellschaftliche und (halb)öffentliche Einrichtungen und Organisationen beteiligt (vgl. Sack 2018). Zudem müssen die Genehmigungsprozesse mehrere Ebenen durchlaufen: Bund, Länder, Regionen und einzelne Kommunen wirken in der vertikalen Multilevel-Governance sektorspezifisch und zum Teil mit Überschneidungen (wie in der Regionalplanung) zusammen (vgl. Radtke 2018; Walker 2017). Das altbekannte Grundprinzip des Föderalismus in Form der Subsidiarität hat in der Nachhaltigkeitstransformation nur eingeschränkte Gültigkeit: Die Taktungen und Vorgaben sowie Rahmenbedingungen in den jeweiligen Sektoren werden in der Regel von höheren Ebenen – ob europäisch, durch die Bundes- oder die Landesebene – vorgegeben (vgl. Ohlhorst 2015).

Die Sektoren der Nachhaltigkeitstransformation sind prinzipiell von *Incumbents* (Etablierten) bestimmt – also Unternehmen, Interessensverbänden und Netzwerken, die Verteidigungshaltungen einnehmen, wenn allzu große und unübersichtliche politische Reformen anstehen (vgl. Geels/Schot 2007). Die politischen Steuerungsebenen folgen der Logik der indirekten Steuerung. Sie setzen Regelungen und Vorgaben in Kraft, deren tatsächliche Wirkung offen ist. Sie können nur hoffen, dass sich der erwünschte Effekt auch einstellt. Um dies zu überprüfen, führt etwa das Bundeswirtschaftsministerium in der Energiewende ein permanentes Monitoring durch und nimmt im Falle des Verfehlens von Zielmarken Nachjustierungen vor (vgl. BMWK 2022). Der stockende Windenergie-Ausbau zeigt indes: Diese Strategie ist wenig erfolgversprechend, die Ausbauraten hinken der Planungsvorgaben weit hinterher.

Wegen der mangelnden Effektivität der indirekten Steuerung gibt es inzwischen einen zweiten Ansatz: die spezifischen, häufig eher informellen bzw. kooperativen Absprachen zwischen Regierungen und Einzelakteur:innen. Diese Lösung verspricht zwar mehr Verbindlichkeit hinsichtlich der Erreichung konkreter Ziele und Umsetzung vereinbarter Maßnahmen, weil mächtige subpolitische Gruppen hier an der Politikgestaltung mitwirken, entfaltet aber deutlich begrenztere Wirkungen und steht zudem legitimatorisch auf dünnem Eis (vgl. Czada 2019). Bekannte Beispiele für dieses Prozedere sind Gesprächskreise im Kanzleramt oder auf Ebene der Landesregierungen. Diese informellen Absprachen werden ohne Einbezug der Parlamente oder weitere Formen politischer Partizipation getroffen und bewegen sich am Rande der demokratischen Legitimität. Dies weist auf eines der grundlegenden Dilemmata der Nachhaltigkeitspolitik hin, zum einen der erforderlichen Geschwindigkeit des Klimaschutzes zu entsprechen, zum anderen aber gleichzeitig demokratische Prinzipien einzuhalten (vgl. Gesang 2014). Die Politik versucht dies häufig durch eine dritte Option zu lösen, indem sie eine weitere, stärker neutrale Instanz hinzuzieht: ad hoc-Kommissionen. Sowohl für die Energiewende als auch den Kohleausstieg wurden angesichts der Tragweite, Brisanz und starken Interessenantagonismen ad hoc-Kommissionen eingesetzt, die neben wissenschaftlicher Expertise eine große Bandbreite an Positionen abbilden (vgl. Löw Beer et al. 2021; Radtke/Drewing 2020). Diese Lösung weist jedoch eigene Schwachstellen auf: Auch Kommissionen ändern nichts an fehlendem Einbezug der demokratisch legitimierten Parlamente; sie kranken an unausgewogener Zusammensetzung der Gremien sowie häufig fehlender Berücksichtigung von betroffenen Regionen, Bevölkerungsteilen und Akteur:innen. Die Kommission muss überzeugen, das heißt, sich selbst legitimieren, indem sie demokratische Standards beherzigt, Transparenz, Responsivität und Reflexivität garantiert und den Eindruck eines imperativen Mandats vermeidet (vgl. Siefken 2007).

Insgesamt werden also unterschiedliche Mechanismen der Steuerung und Akteurszusammenarbeit im zentralen Modell der Steuerung nebeneinander eingesetzt, die alle ihre Vorteile und Schwächen aufweisen. Aus Sicht der Bevölkerung wirkt dies häufig wie ein Orchester ohne Dirigent:in – weshalb immer wieder ein fehlender Masterplan und mangelnde Synchronisierung der einzelnen Policies und Umsetzungsschritte kritisiert werden (etwa bei der Energiewende, vgl. Dohmen et al. 2019). Angesichts der unübersichtlichen Vielzahl an Akteur:innen, Interessen, sektorspezifischen Gemengelagen, Mechanismen und Prozessen ist ein von einem Dirigenten oder einer Dirigentin gesteuertes Konzert eine wenig realistische Vorstellung von Politikgenese. Gleichwohl besteht im zentralisierten Modell das Erfordernis einer Meta-Perspektive und -Instanz, die Querverbindungen herstellt, gemeinsame Schnittmengen identifiziert und austarierende Harmonisierungs- und Vermittlungsprozesse in Gang setzt (vgl. Meuleman 2018).

Governance-Regime im dezentralisierten Modell

Parallel zum zentralen Steuerungsmodell hat sich auf lokaler Ebene eine zweite Form der Klimaschutz-Governance entwickelt, die sich als horizontales Multilevel-Governance-System beschreiben lässt. Dies ist primär auf Einzelinitiativen von

Städten, Kommunen und Landkreisen zurückzuführen, die sich allerdings häufig in Netzwerken und Verbänden zusammenschließen, um auch vertikal in übergeordnete Politikebenen (Kreis, Land, Bund, EU) Einfluss zu nehmen. Diese dezentralen Steuerungssysteme nehmen bewusst privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen in den Politikgestaltungsprozess auf, um von vornherein alle betroffenen Akteure einzubeziehen (vgl. Lee/Koski 2014). Beispiele hierfür sind Leuchtturm-Städte, die Klimabündnisse gegründet haben oder ländlich geprägte Energieregionen, die für dezentrale eigenständige Energieerzeugung und -versorgung im Sinne der Autarkie eintreten (vgl. Keppler 2016; Nagorny-Koring 2018; Späth/Rohracher 2010; Wretling/Balfors 2021). In der Energiewende entfalteten sich seit den 2000er Jahren zahlreiche Bottom-up-Projekte wie Energiegenossenschaften und diverse gemeinschaftlich geprägte Vorhaben unter Einbeziehung lokaler Einrichtungen wie z.B. Schulen, die primär auf dem Engagement und der Beteiligung von Bürger:innen beruhen (vgl. David/Schönborn 2016; Radtke 2016; Radtke/Renn 2019). Daneben werden eigenständige kommunale Energiekonzepte etwa über Stadtwerke realisiert. Auch in der Agrarwende gibt es mannigfaltige Beispiele wie Urban Gardening-Projekte sowie Einzelprojekte, in denen etwa Patenschaften für einzelne Bio-Betriebe (z.B. »Kuhpatenschaften«) übernommen oder Crowd-Lösungen mit Aufrufen zur finanziellen Unterstützung von nachhaltigen Landwirtschaftspraktiken umgesetzt werden. Gleiches gilt für die Verkehrswende, im Rahmen derer sich diverse Initiativen für radfreundliche Infrastrukturen, lokal-gemeinschaftliche Sharing- und Verleih-Angebote sowie Bürgerbusse finden lassen.

Gemeinhin wird diesen partizipativen Vorhaben mehr Akzeptanz und Vertrauen in der Bevölkerung, ein größerer Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und höhere Kontextsensibilität zugeschrieben (vgl. Bamberg/Rees/Schulte 2018; Renn/Schweizer 2020), als sie sich bei Projekten ohne direkte Bürger:innenbeteiligung beobachten lassen. Es hat sich gezeigt, dass der Erfolg dieser Initiativen mit davon abhängt, ob es gelingt, neben dem Rendite-Aspekt auch Prinzipien der ausgleichenden Gerechtigkeit und der prozeduralen Fairness sowie der sozialen Anerkennung und des sozialen Miteinanders einzuhalten (vgl. Tokar/Gilbertson 2020). Demnach sind diese Initiativen nicht immer von Dauer und stehen organisatorisch auf wackligen Beinen. Sie mögen zunächst für alle Akteure reizvoll sein, müssen aber in langfristige Strukturen überführt werden – und daran mangelt es häufig. Im Kontext einschlägiger Planungsprozesse vor Ort können solche Initiativen wertvolle Partnerinnen sein, um die Perspektiven und Interessen der Bürger:innen kennenzulernen. Aus Sicht lokaler Entscheidungsträger:innen sind solche Initiativen auch immer mit dem Risiko verbunden, dass die lokalpolitisch erwünschten Ausbaupläne im Verlauf der partizipativen Aushandlungsprozesse scheitern. Umgekehrt erwarten die Initiativen Unterstützung und Zusicherungen, dass ihre Empfehlungen auch aufgenommen werden. Oft scheitert die Umsetzung solcher informellen Übereinkünfte an übergeordneten Rechtsnormen und Verwaltungspraktiken, zumal diese Initiativen im Kern über kein politisches Mandat verfügen, das sie dazu berechtigt und legitimiert, die Interessen aller Bürger:innen, insbesondere der betroffenen Öffentlichkeit, zu vertreten. Daher entstehen oft Narrative innovativer Lösungen im Lokalen, die mit den höheren Ebenen von Politik und Verwaltung, die das Engagement vor Ort ausbremsen, kontrastiert werden. An dieser Stelle ist die Verbindung

zwischen Top-down- und Bottom-up-Regime erkennbar: Einzelne Initiativen agieren aus der Motivation des Klimaschutzes heraus und entsprechen damit den übergeordneten Zielvorgaben. Allerdings handeln sie einzelfallspezifisch, was wiederum Kollisionen mit Vorgaben und Planungen nach sich ziehen kann und damit mindestens Abstimmungsbedarf erzeugt (vgl. Radtke 2016). Die den Graswurzel-Projekten innewohnende Start-Up-Logik basiert aber gerade auf freier und kreativer Entfaltung gemeinschaftlicher Kräfte, die auf behördliche oder staatliche Einhebungsversuche sehr empfindlich reagieren.

Prozessdimension: Welche diskursiven Formen gegen Polarisierung?

Steuerungsmöglichkeiten und -anforderungen

Wir werfen abschließend einen näheren Blick auf die normative Frage, wie die Prozessdimensionen der Nachhaltigkeitstransformation, also die komplexen und verschachtelten Aushandlungen in Multi-Akteurs-Arrangements, gestaltet sein sollten, um den Spagat zwischen zeitnahen Wirkungserfordernissen und demokratischer Willens- und Entscheidungsfindung zu überwinden. Welche politischen Innovationen sind notwendig, um die Gesellschaft für eine gelingende Transformation in Richtung Klimaneutralität und Energiewende zu gewinnen? Kann die Politik die immense Vielfalt der Lebensstile und Weltbilder, also den Pluralismus in unserer Gesellschaft, überhaupt noch in ein gemeinsames Ordnungsgerüst wie etwa in eine kohärente Multilevel-Energiewende-Governance sowie in ein übergreifendes, geteiltes Zielsystem basierend auf einem geteilten und anerkannten Wertegerüst (»Klimakonsens«) bringen?

In einer Gesellschaft, in der schon das Wissen um den Klimawandel und, darauf aufbauend, *angemessene* Formen des Klimaschutzes umstritten sind, ist ein Konsens über die Kriterien zur politischen Beurteilung von Handlungsoptionen zur Erreichung von Energiewende und Klimaneutralität erst recht nicht in Sicht (vgl. Umfrageergebnisse in Wolf 2020 und 2022). Zwar ist vor allem in Deutschland immer wieder von der Wertegemeinschaft die Rede und die Koalition gegen Russland im Ukrainekrieg versteht sich auch als durch gemeinsame Werte definierte Solidargemeinschaft. Woraus diese Gemeinschaft genau besteht und welche Werte darin enthalten sind, bleibt aber meist nebulös. Je mehr von Wertegemeinschaft die Rede ist und je lauter die Appelle an die gemeinsame Wertebasis in der Gesellschaft ertönen, desto eher kann man davon ausgehen, dass genau diese gemeinsame Wertebasis brüchig ist (vgl. Achleitner 2022). Jedenfalls kann jedes politische Gremium damit rechnen, dass die Kriterien und Prinzipien, nach denen die Abwägung von Handlungsoptionen erfolgt, in Teilen der Gesellschaft als moralisch nicht gerechtfertigt angesehen werden. Darunter leidet letztlich die demokratische Legitimität politischer Entscheidungen, weil die soziale Komponente der Legitimität (via Akzeptanz, Vertrauen und positive Erfahrungen in demokratischen Prozessen) gegenüber der rechtstaatlichen Komponente der Legalität (i.S.v. Rechtskonformität) nicht hinreichend erfüllt ist.

Von daher ist die naheliegende Lösung des Legitimationsproblems, auf Nachvollziehbarkeit der Begründungen von Klimaschutzmaßnahmen durch die Bürgerschaft

zu setzen, bei vielen kontroversen Themen (wie der Energie- oder der Verkehrswende) wenig erfolgversprechend. Konfrontiert mit der Schwierigkeit, politische Entscheidungen in einer pluralen und zersplitterten Wertewelt legitimieren zu müssen, greifen die politischen Gremien meist auf eine von drei Ersatzstrategien zurück: Absicherung durch Expertentum, Legitimation durch Verfahren oder Einbindung der gesellschaftlichen Kräfte in ein diskursives Abwägungsverfahren (vgl. Renn 2019: 157).

Die erste Strategie besteht darin, den Wertekonflikt als Wissenskonflikt auszugeben und die Bestimmung von Trade-Offs an Expertenteams oder Fachbehörden zu delegieren. Dies wird in der Politikwissenschaft häufig als *Technokratie* oder *Expertokratie* bezeichnet (vgl. Grunwald 2008; Habermas 1968, 2013). Fragen der Wünschbarkeit sind aber genuin politische, das heißt, wertgebundene Entscheidungen, zu denen Expert:innen ebenso viel oder ebenso wenig beitragen können wie jeder andere politisch aktive Staatsbürger:in. Mit dem Hinweis auf Expertenwissen versuchen Politiker:innen, Konflikten aus dem Weg gehen und sich auf die angebliche Unausweichlichkeit der getroffenen Entscheidung zu berufen. In der Regel geht aber der Schuss nach hinten los, weil selbst bei vollständigem Wissensstand immer auch andere Prioritätensetzungen bei der Auswahl von Handlungsoptionen möglich gewesen wären (was wiederum auf die Wertgebundenheit politischer Entscheidungen verweist). Alternativlos sind politische Handlungen so gut wie nie (außer in extremen Krisensituationen).

Die zweite Strategie heißt *Legitimation durch Verfahren* (vgl. Beckman 2019; Luhmann 1969). Die Rechtfertigung erfolgt dann nicht über eine inhaltliche Auseinandersetzung zu den Kriterien und Prinzipien, nach denen man die Entscheidung getroffen hat, sondern über den Prozess, der zu der Entscheidung geführt hat. Wenn alle demokratischen Prozessregeln eingehalten sind, ist eine Entscheidung legitimiert, ohne dass man dafür eine inhaltliche Begründung, die für alle akzeptabel erscheint, benötigt. Das Problem mit dieser Form der Legitimation besteht darin, dass die Bürger:innen häufig eine Legitimation allein über das Verfahren der Entscheidungsfindung nicht akzeptieren. Die Auseinandersetzungen um den Bau von Windkraftanlagen oder Überlandleitungen weisen deutlich darauf hin, dass die betroffenen Bürger:innen auch dann gegen diese Anlagen Widerstand leisten, wenn alle politisch zuständigen Gremien den Ausbauplänen zugestimmt haben (vgl. Weber 2018).

Die dritte Strategie besteht in einem ausgedehnten *Diskurs* zwischen denjenigen, die politisch dazu legitimiert sind, die entsprechende Entscheidung zu treffen, und denjenigen, die von den Folgen der Entscheidung betroffen sein werden oder sein könnten (vgl. Dryzek 2010; Fischer 2003; OECD 2020). Im Austausch der vielfältigen Gruppen kann sich eine gemeinsame Verantwortung für das Ganze herauschälen, die als Legitimation für kollektiv verbindliche Richtlinien dienen kann. Die Legitimation von kollektiv verbindlichen Normen ist dabei an zwei Bedingungen geknüpft: Zustimmung aller Beteiligten und eingehende Begründung der im Diskurs gemachten Aussagen (vgl. Habermas 1981: 369ff.). Würde man in der Klimadebatte diesen Weg wählen, dann müsste man Vertreter:innen aller Argumente und Standpunkte, die im öffentlichen Diskurs geäußert werden, um einen *Runden Tisch* versammeln und gemeinsam ausloten, wie man den Weg in eine nachhaltige Zukunft gestalten möchte, was angesichts ihrer Anzahl und Heterogenität als herausfordernd gelten kann.

Alle hier aufgeführten Strategien mit dem Ziel, eine prinzipielle Akzeptanz der politischen Entscheidungen zu schaffen, sind nur bedingt erfolgreich. Der Rekurs auf Argumente oder Wissen als Akzeptanzbeschaffer ist in einer postfaktischen Gesellschaft wenig aussichtsreich, weil es meist viele, sich widersprechende Wissensangebote und ebenso viele unterschiedliche, oftmals entgegengesetzte Kriterien zur Bewertung von Optionen in der pluralistischen Gesellschaft gibt. Die Delegation an Expert:innen oder Fachbehörden ist ebenfalls eine fragwürdige Lösung, weil das Vertrauen in deren Fachkenntnis bzw. Neutralität bei der Abwägung von sich widersprechenden Bewertungskriterien in einem postethischen Gesellschaftsklima weitgehend verloren gegangen ist (vgl. Eyal 2019: 43ff.). Wie die Energiewende zeigt, ist die Legitimation durch Verfahren zwar formal ein notwendiges, aber keineswegs hinreichendes Kriterium für eine zustimmende Haltung zu Planungen und Maßnahmen. Viele Kritiker:innen lassen sich von der rein formalen Regelhaftigkeit der Entscheidungsfindung nicht beeindrucken. Es verbleibt also der Diskurs mit den betroffenen Gruppen und deren Einigung im Entscheidungsprozess. Aber auch hier gibt es Grenzen der Integrationsfähigkeit – etwa, wenn viele gesellschaftliche Gruppen völlig unterschiedliche Werte haben, wenn die Verteilung des Nutzens auf große Verteilungsverzerrungen stößt und wenn eine kollektiv wirksame Entscheidung zu viele heterogene Vorlieben einbeziehen muss (vgl. Newig/Fritsch 2009). Je weniger aber gesellschaftlich geteilte Leitbilder oder Verhaltensorientierungen zur Verfügung stehen, desto schwieriger wird der Prozess der Abstimmung über kollektiv verbindliche Handlungsanweisungen und handlungsrelevante Normen zum Umwelt- und Klimaschutz (vgl. Lafont 2021).

Was also ist bei konkreten Klimaschutzvorhaben wie etwa im Falle der Energiewende zu tun? Will man eine demokratische Legitimation der Energiewende im Sinne von Input-, Throughput- und Output-Legitimation erreichen – also einen sozialinklusiven, inhaltlich offenen Einbezug von Personen und Themen, demokratisch hochqualitative Prozesses (fair, offen und transparent) und gemeinwohlorientierte Ergebnisse (vgl. Kneip/Merkel 2020; Schmidt 2013) –, dann ergeben sich folgende Anforderungen an die Steuerungspolitik (vgl. Renn 2014):

- Alle Betroffenen und Interessierten können sich in angemessener Zahl und sozialstrukturell ausgewogen beteiligen und sind über Pläne, Vorhaben usw. inkl. Hintergrundinformationen informiert;
- das Verfahren der Entscheidungsfindung – handelt es sich um verbindliche Abstimmungen, unverbindliche Empfehlungen oder um das Einholen von Stimmungsbildern? – muss weitgehend durch einen Grundkonsens in der Bevölkerung getragen sowie transparent und nachvollziehbar sein;
- Struktur und Regeln des Verfahrens müssen Beteiligten und Nichtbeteiligten als fair (alle beteiligten Vertreter:innen von Interessengruppen und Wertegemeinschaften kommen zu Wort), sachgemäß (dem Problem angemessen und mit notwendiger Sachkenntnis versehen) und effizient (die Mittel bzw. Entscheidungskosten sind den Zielen angemessen) erscheinen;
- das Ergebnis bzw. Produkt des Entscheidungsprozesses muss in seinen faktischen Konsequenzen überschaubar und die Bewertung derselben abschätzbar, nachvollziehbar und begründbar sein;

- das Ergebnis des Entscheidungsprozesses muss die pluralen Wertvorstellungen der betroffenen Personen und/oder Akteur:innen im Sinne eines fairen Konsenses oder Kompromisses widerspiegeln.

Um diese Anforderungen zu erfüllen, sind über die bisherigen repräsentativen Gremien der Beschlussfassung hinaus neue Formen der kooperativen Willensbildung und Entscheidungsfindung notwendig. Die Anforderungen an diskursive (Abstimmungs-)Prozesse sowie die Gestaltungsoptionen im Rahmen dieser neuen Formen der Kommunikation und Willensbildung werden im folgenden Kapitel beschrieben.

Diskursive Formen der Politikgestaltung

Wie lassen sich die Logiken und Weltbilder unterschiedlicher Gruppen in der Gesellschaft hinsichtlich Energiewende und Klimaschutz zu einer gemeinsam getragenen Handlungsstrategie verbinden? Wie können unterschiedliche Wissensbestände, Wertordnungen und Präferenzen in einer pluralen Gesellschaft in einen rationalen und den Klimaschutz vorantreibenden Abwägungsprozess über Strategien und Maßnahmen eingebunden werden? Ein interessanter und erfolgversprechender Vorschlag, der diese Integrationsfunktion einlösen kann, ist das Modell des *analytisch-deliberativen Diskurses*. Der Begriff wurde von der US-amerikanischen Akademie der Wissenschaften 1996 in einem Gutachten über den Umgang mit Risiken geprägt (vgl. US National Research Council 1996, 2008). Er umfasst zwei wichtige Komponenten: zum einen die analytische Aufgabe, nach bestem Wissen die möglichen Konsequenzen unterschiedlicher Entscheidungsoptionen in all ihrer Komplexität und Interdependenz zu bestimmen; zum anderen die deliberative Aufgabe, auf der Basis eines Abwägungsdiskurses eine effektive, effiziente und faire Lösung des Ausgangsproblems zu finden. Konkret lässt sich der analytisch-deliberative Diskurs in zwei Prozessschritte aufteilen: In einem ersten Schritt ist es wichtig, mit vornehmlich aus der Wissenschaft, aber auch aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft stammenden Forschungsteams interdisziplinär die möglichen Konsequenzen der verfügbaren Politikoptionen zur Erreichung der Klimaziele in Form von Chancen und Risiken so genau wie möglich abzuschätzen. Wichtig ist, dabei die verbleibenden Unsicherheiten und das vorhandene Nichtwissen deutlich zu benennen, um eine ungerechtfertigte Sicherheit bei der späteren Auswahl der Handlungsoptionen zu vermeiden (vgl. Fischer/Boossabong 2018).

In einem zweiten Schritt wird auf Basis der wissenschaftlichen Abschätzungen möglicher Konsequenzen und ihrer Unsicherheiten eine umfassende Bewertung der Handlungsoptionen nach ihrer kollektiven Wünschbarkeit vorgenommen (vgl. US National Research Council 1996: 97ff. sowie SAPEA 2019). Mit dem Zweiklang von analytischem Folgewissen und einer deliberativen Gütebewertung der verschiedenen Handlungsoptionen lässt sich dann eine Strategie entwickeln, um das zu lösende Problem möglichst sachgerecht und werteadäquat anzugehen. Konkret geschieht dies durch einen moderierten Diskurs unter Einbeziehung von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft (vgl. Renn/Schweizer 2020). Das Gelingen dieses Diskurses ist davon abhängig, ob in ausreichendem Maße die unterschiedlichen Perspektiven, Wissensbestände und Werte der Teilnehmenden berücksichtigt sind, ob eine kritische Überprüfung der

Sachargumente erfolgt sowie eine integrierende Perspektive bei den Bewertungen zustande kommt. Dabei ist die Einbindung von Bürger:innen ein wichtiger Baustein eines analytisch-deliberativen Diskurses.

Wie kann die Einbindung der betroffenen Bürger:innen erfolgen? Im Zentrum der diskursiven Verfahren stehen sog. *Bürgerräte*, mit deren Hilfe (potenziell) betroffene Bürger:innen die Gelegenheit erhalten, Handlungsoptionen zu diskutieren, die damit verbundenen Folgen und Implikationen zu bewerten und auf dieser Basis Empfehlungen für repräsentative Gremien und/oder für ihre Mitbürger:innen zu formulieren (vgl. Bächtiger/Setälä/Grönlund 2014). Diese Form der Beteiligung ermöglicht eine direkte Rückkopplung zwischen den repräsentativen Gremien der Politik wie Stadträten oder Parlamenten und der betroffenen Bevölkerung. Sofern die Ergebnisse von den Entscheidungsträger:innen auch berücksichtigt werden, trägt dies zu einem höheren Maß an Identifikation der Bürgerschaft mit dem politischen System bei (vgl. Weymouth/Hartz-Karp 2015). Bürgerräte stellen damit eine Form demokratischer Innovationen dar, die darauf abzielt, eine inhaltliche Mitgestaltung politischer Debatten durch die Einbindung von Ideen, Perspektiven und kreativem Potenzial der Bürger:innen zu ermöglichen (vgl. Carson 2007; Dryzek et al. 2019). In Europa sind nationale Bürgerräte in den vergangenen Jahren z.B. bei Fragen zur Klimapolitik zur Rate gezogen worden – so etwa in Frankreich, Großbritannien und Schottland (vgl. Elstub et al. 2021). Vorbild ist dabei das Modell der irischen *citizens' assemblies*, die unter anderem den Referenden zum Abtreibungsrecht und zur gleichgeschlechtlichen Ehe vorgeschaltet waren (vgl. Farrell/Suiter/Harris 2019).

Aufbauend auf Pilotprojekten in einzelnen Bundesländern und ermutigt durch die bereits abgeschlossenen Vorhaben in Frankreich, Großbritannien und Irland, gab es auch in Deutschland im Frühjahr und Sommer 2021 den ersten nationalen Klima-Bürgerrat, der Empfehlungen zur Klimaschutzpolitik für die Bundesregierung erarbeitet hat (vgl. Bürgerrat Klima 2022). Dieser Bürgerrat war in Deutschland bereits der dritte bundesweit organisierte Bürgerrat. Vorausgegangen waren die Bürgerräte *Demokratie* und *Deutschlands Rolle in der Welt* (vgl. Dean et al. 2022). Alle drei Bürgerräte setzten sich aus jeweils ca. 160 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürger:innen zusammen, die sich für eine begrenzte Zeit zu einem festgelegten Thema beraten haben, um Empfehlungen für ein bestimmtes Politikfeld zu formulieren. Diese Empfehlungen haben keinen bindenden Charakter für die Organe der repräsentativen Politik, sind aber darauf angelegt, die Willensbildung in diesen Organen zu beeinflussen und mitzugestalten. Um dies sicherzustellen, müssten Bürgerräte funktional an die Organe der repräsentativen Demokratie angebunden werden. Idealerweise geschieht das, indem Bürgerräte direkt vom Gemeinderat oder einem Parlament auf Landes- oder Bundesebene zu einer darin als aktuell oder dringlich angesehenen Fragestellung in Auftrag gegeben werden.

Trotz einer Reihe von Unterschieden zwischen den bisher konzipierten und umgesetzten Formen der Bürgerräte gibt es einige Kernmerkmale, die in den meisten Anwendungsformen von Bürgerräten eine Rolle spielen (vgl. Oppold/Renn 2022). Wichtigstes Erkennungsmerkmal von Bürgerräten in Abgrenzung zu anderen Prozessen der Bürgerbeteiligung ist die Rekrutierung per Losverfahren – es erfolgt also eine zufällige Auswahl der Teilnehmenden aus den Einwohnermelderegistern. Jede:r hat damit

die gleiche Chance, als Mitwirkende:r am Bürgerrat gezogen zu werden. In der Theorie dient dieses Auswahlverfahren als Garant dafür, dass die vielen Facetten der Bürgerschaft weitgehend repräsentiert sind (vgl. Jacobs/Kaufmann 2021). Der Bürgerrat bringt also eine Gruppe von Menschen zusammen, die diverse Ansichten und Meinungen (zur Fragestellung) vertreten und unabhängig von Vorwissen, politischer Aktivität und politischen Positionen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Lebenslagen zu einer Diskursgemeinschaft zusammenkommen.

Ebenso bedeutsam für das Format der Bürgerräte (und andere diskursive Formate) ist es, dass der Ablauf des Verfahrens gemäß dem Prinzip *deliberativer Diskursführung* gestaltet wird. Damit ist eine Diskursform gemeint, bei der alle Beteiligten unabhängig von ihrer sozialen Stellung gleichberechtigt Argumente, Ideen, Bewertungen und Beobachtungen einbringen können und auf der Basis des besten verfügbaren Wissens und des basalen Wertekonsenses Lösungsoptionen gemeinsam durchspielen (vgl. Bohman 1996; Dryzek et al. 2019). Abschließend ist es dann ihre Aufgabe, Empfehlungen für die politischen Entscheidungsträger:innen zu formulieren. Die Aufnahme deliberativer Beteiligungsformate in den politischen Prozess bedeutet nicht die Ablösung der repräsentativen Entscheidungsstrukturen unserer heutigen demokratischen Verfassung. Vielmehr sind sie eine Bereicherung und eine notwendige Ergänzung zu den repräsentativen Strukturen (vgl. Landwehr 2012). Deliberative Beteiligung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, unterschiedliche Ausgangspositionen zu einer gemeinsamen Ausrichtung für die Zukunft zu integrieren: Aus den bisherigen Erfahrungen mit Bürgerräten und den ersten wissenschaftlichen Evaluationen lässt sich ableiten, dass bei professioneller Durchführung und geeigneter Mandatierung des Prozesses Bürgerräte wichtige Impulse im Vorfeld politischer Entscheidungen setzen können, da sie für die repräsentative Demokratie wertvolle Einblicke in die Sichtweisen der Bürger:innen liefern (vgl. Dean et al. 2022; Kirby et al. 2021; Lietzmann et al. 2021). Aufgrund dieser positiven Erfahrungen stuft auch die OECD Bürgerräte als besonders gut geeignet für Beteiligungsverfahren auf nationaler und übernationaler Ebene ein (vgl. OECD 2020). Noch ist es zu früh, um Erfolge und Misserfolge von Bürgerräten abschließend zu bewerten und damit zuverlässige Kriterien bzw. Maßstäbe zu ermitteln, die zur Erhöhung der Erfolgchancen führen könnten. Die bisherigen Erfahrungen rechtfertigen aber einen vorsichtigen Optimismus hinsichtlich der Eignung von Bürgerräten als eine erfolversprechende Bereicherung der repräsentativen Demokratie und als ein wichtiges Instrument, um in der vielstimmigen Debatte zu notwendigen und erwünschten Maßnahmen zum Klimaschutz eine breite demokratische Responsivität – und eine ebensolche Legitimation – zu erhalten.

Schluss: Konvergenz als Schlüsselmoment der Nachhaltigkeitstransformation

Eine auf Klimaschutz orientierte Politik bedeutet nicht zwangsläufig eine Entwicklung zu mehr Wohlstand und auch nicht zu mehr Friedfertigkeit und Harmonie. Klimaveränderungen sind typische systemische Risiken, die komplexe Ursachen haben und deren Auswirkungen Menschen und Regionen in unterschiedlichem Ausmaß bedrohen. Das

gilt ebenso für die Konsequenzen der Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes: Auch bei ihnen wird es immer schmerzliche Kompromisse in die eine oder andere Richtung geben. Aber Resignation, Passivität oder ein Rückgriff auf Symbolpolitik werden das Klimaproblem nicht lösen können, eine globale, für die Menschheit bedrohliche Krise würde unausweichlich. Effektiver Klimaschutz ist zwar kurzfristig mit möglichen Einbußen bei materiellen Lebensstandards und mit Verletzungen von sozial geschätzten Werten verbunden, aber langfristig wird elementaren Interessen der Gesellschaft gedient, die bis hin zur Überlebensfrage der Menschheit reichen können. Die Trag- und Reichweite der möglichen Schäden für Mensch und Umwelt sind vielen Bürger:innen, Politiker:innen und Unternehmer:innen noch zu wenig bewusst. Denn viele dieser Konsequenzen sind zurzeit erst in Ansätzen erfahr- und spürbar. Doch die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, also das Recht zukünftiger Generationen auf humane Lebensbedingungen, wird nunmehr selbst vom Bundesverfassungsgericht durch Rückgriff auf die Grundsätze der Menschenwürde, Freiheitsrechte und das Klimaschutzgebot gemäß Artikel 20a des Grundgesetzes als einklagbares und damit sehr konkret umsetzbares Recht verstanden. Die hieraus abzuleitenden Forderungen nach vorsorgenden Strategien für mehr Klimaschutz sind eingebettet in die eine breite Bewegung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Diese Zielsetzung verpflichtet die jetzt lebenden und kommenden Generationen, humane Lebens- und Entfaltungschancen auf Dauer zu sichern, das heißt, für Menschen verträgliche und nutzbare Umwelten zu erhalten, zu erzeugen oder wiederherzustellen (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2022: 49ff.). Die Bereitschaft und Einsicht dazu können weder durch den Markt noch durch Verordnungspolitik allein erzeugt werden. Sie müssen vielmehr aus dem Inneren des gesellschaftlichen Diskurses erwachsen. Hierfür sind zwei grundlegende Voraussetzungen zu erfüllen: Zum einen muss allen Menschen der Zusammenhang zwischen Konsum, Lebensweisen, Klima und Umwelt verdeutlicht werden (dies wäre primär eine Bildungsaufgabe), zum anderen muss es zu einer umfassenden soziokulturellen Neuorientierung kommen, in der klimaneutrales und naturschonendes Verhalten sozial anerkannt und belohnt – und somit in jeden individuellen Handlungsakt eingeschrieben – wird (vgl. Pappas/Pappas 2015).

Um das zu erreichen, sind unserer Ansicht nach analytisch-deliberative Verfahren der Willensbildung eine zwingende Voraussetzung. Denn die meisten Individuen sind nur dann zur Akzeptanz von weitreichenden transformativen Maßnahmen, die auch Einschränkungen und Verzicht umfassen können, bereit, wenn sie an der Formulierung und Begründung solcher Veränderungen ihres Alltagserlebens und Lebensumfelds selbst mitgewirkt oder den Eindruck gewonnen haben, dass andere Bürger:innen stellvertretend für sie an solchen Prozessen mitgewirkt haben (vgl. Tabernero/Hernández 2011). Natürlich ist die Beteiligung über deliberative Verfahren kein (alleiniger) Garant für eine gesellschaftlich stark befürwortete Klima- und Energiepolitik; sie ist aber nach unserer Ansicht eine notwendige Bedingung dafür. Dies gilt vor allem für die Maßnahmen, die nicht auf individuelles Verhalten, sondern auf die Festlegung der Rahmenbedingungen für nachhaltiges Verhalten ausgerichtet sind.

Welches Fazit können wir damit nun für das eingangs beschriebene Trilemma der Nachhaltigkeitstransformation ziehen? Für die erforderliche Anpassung in Form des sektoralen Umbaus kommen wir zu dem Schluss, dass die Planungen für die notwen-

digen Transformationsschritte politisch zu wenig verhandelt, diskursiv zu wenig durch die Thematisierung von Alternativen begleitet und zu wenig partizipativ ausgestaltet werden. Das liegt nicht zuletzt an der knapp bemessenen Zeit, die eingedenk der Dringlichkeit effektiven Klimaschutzes zu raschen Umsetzungsschritten drängt – und am Minimalkonsens über die Erforderlichkeit desselben, der allzu drastische Schritte freilich nicht abdeckt. Folglich kommt der Prozessdimension kardinale Bedeutung zu: sie wird zum Nadelöhr, denn die Frage des *Wie* prägt entscheidend das *Was* und die bei seiner Implementation erreichbare Geschwindigkeit (vgl. Kneip/Merkel 2020).

Mit Blick auf die Energiewende zeigt sich: Ein Verzicht auf einen partizipativen, transparenten und reflexiven Planungsprozess führt vielfach zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, zu defizitären Lösungen und im Endeffekt zu einem stockenden Ausbau der Erneuerbaren (vgl. Radtke 2020). Es braucht daher zukünftig einen stärkeren Fokus auf eine Konkretisierung des analytisch-deliberativen Prozesses zur Einleitung und Umsetzung von Transformationen. Nicht abstrakte Ziele, sondern die zu ihrer Erreichung gewählten Wege werden über die Realisierung und konkrete Ausgestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft in diesem Jahrhundert entscheiden.

Literatur

- Achleitner, Ranjana A. (2022): »Ist die Europäische Union eine Verantwortungsgemeinschaft? Zum europarechtlichen Konzept der Verantwortung im Lichte des Solidaritäts- und Loyalitätsprinzips«, in: Odile Ammann/Fiona Bottega/Jasmina Bukovac et al. (Hg.), Verantwortung und Recht, Baden-Baden: Nomos, S. 159-172.
- AG Energiebilanzen (2021): Auswertungstabellen zur Energiebilanz Deutschland. Daten für die Jahre von 1990 bis 2020. Online verfügbar unter: energiebilanzen.de/wp-content/uploads/2020/09/awt_2020_d.pdf. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Azzone, Giovanni/Noci, Giuliano (1998): »Seeing ecology and »green« innovations as a source of change«, in: Journal of Organizational Change Management 11, S. 94-111.
- Bächtiger, André/Setälä, Maija/Grönlund, Kimmo (2014): »Towards a new era of deliberative mini-publics«, in: Kimmo Grönlund/André Bächtiger/Maija Setälä (Hg.), Deliberative mini-publics, Colchester: ECPR Press, S. 225-241.
- Bamberg, Sebastian/Rees, Jonas H./Schulte, Maxie (2018): »Environmental protection through societal change: What psychology knows about collective climate action and what it needs to find out«, in: Susan Clayton/Christie Manning (Hg.), Psychology and Climate Change. Human Perceptions, Impacts, and Responses, Cambridge: Elsevier Academic Press, S. 185-213.
- Beckman, Ludvig (2019): »Deciding the demos: three conceptions of democratic legitimacy«, in: Critical Review of International Social and Political Philosophy 22, S. 412-431.
- Beiser-McGrath, Liam F./Bernauer, Thomas (2021): »Current surveys may underestimate climate change skepticism evidence from list experiments in Germany and the USA«, in: PLOS ONE 16, e0251034.
- Bekkers, V./Edwards, Arthur (2013): »Legitimacy and democracy: A conceptual framework for assessing governance practices«, in: Victor Bekkers/Geske Dijkstra/Arthur

- Edwards et al. (Hg.), *Governance and the democratic deficit. Assessing the democratic legitimacy of governance practices*, Hampshire/Burlington: Ashgate Publishing, S. 35-60.
- BMWK, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022): *Monitoring der Energiewende*. Online verfügbar unter: [.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/monitoring-prozess.html](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/monitoring-prozess.html). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Bohman, James (1996): *Public Deliberation: Pluralism, Complexity, and Democracy*, Cambridge: MIT Press.
- Bord, Richard J./Fisher, Ann/O'Connor, Robert E. (1998): »Public perceptions of global warming: United States and international perspectives«, in: *Climate Research* 11, S. 75-84.
- Braungart, Michael/McDonough, William/Schuler, Karin/Pesch, Ursula (2014): *Cradle to Cradle: Einfach intelligent produzieren*, München: Piper.
- Brockjan, Katharina/Maier, Lucia/Kott, Kristina/Sewald, Nadin (2021): 13 Umwelt, Energie und Mobilität. Auszug aus dem Datenreport 2021. Online verfügbar unter: [.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021-kap-13.pdf](https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021-kap-13.pdf). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Bromme, Rainer (2020): »Verstehen, Vertrauen und die Verständlichkeit der Wissenschaft: Zu einigen Randbedingungen für den (erfolgversprechenden) Umgang mit Pseudowissenschaft und Wissenschaftsleugnung«, in: Reinhard Neck/Christiane Spiel (Hg.), *Wissenschaft und Aberglaube*, Wien: Böhlau, S. 145-158.
- Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (2017): »Artificial intelligence, for real«, in: *Harvard business review* 1, S. 1-31.
- Bundesregierung (2021): *Klimaschutzgesetz 2021*.
- Bundesverfassungsgericht (2021): *Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich*. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29. April 2021.
- Bürgerrat Klima (2022): *Ergebnisse & Bürgergutachten*. Online verfügbar unter: <https://buergerrat-klima.de/ergebnisse-gutachten>. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Calza, Francesco/Parmentola, Adele/Tutore, Ilaria (2017): »Types of Green Innovations: Ways of Implementation in a Non-Green Industry«, in: *Sustainability* 9, S. 1301.
- Canzler, Weert (2018): »Die infrastrukturelle Umsetzung der Energiewende«, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 11, S. 21-22.
- Carson, Lyn (2007): »Creating Democratic Surplus through Citizens' Assemblies«, in: *Journal of Public Deliberation* 4.
- Claudy, Marius C./Peterson, Mark/O'Driscoll, Aidan (2013): »Understanding the Attitude-Behavior Gap for Renewable Energy Systems Using Behavioral Reasoning Theory«, in: *Journal of Macromarketing* 33, S. 273-287.
- Czada, Roland (2019): »Politikwenden und transformative Politik in Deutschland/Policy shifts and transformative politics in Germany«, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 12, S. 400-417.
- David, Martin/Schönborn, Sophia (2016): *Die Energiewende als Bottom-up-Innovation. Wie Pionierprojekte das Energiesystem verändern*, München: Oekom.

- Dean, Rikki/Hoffmann, Felix/Geissel, Brigitte/Jung, Stefan/Wipfler, Bruno (2022): »Citizen Deliberation in Germany: Lessons from the ›Bürgerrat Demokratie‹«, in: *German Politics*, S. 1-25.
- Dohmen, Frank/Jung, Alexander/Schultz, Stefan/Trautetter, Gerald (2019): »Murks in Germany. Energiewende: Wie eine große Idee am deutschen Kleingeist scheitert«, in: *Der Spiegel* vom 03.05.2019. Online verfügbar unter: [.spiegel.de/politik/energiewende-in-deutschland-murks-in-germany-a-00000000-0002-0001-0000-000163724123](https://www.spiegel.de/politik/energiewende-in-deutschland-murks-in-germany-a-00000000-0002-0001-0000-000163724123). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Dryzek, John S. (2010): *Foundations and frontiers of deliberative governance*, Oxford: Oxford University Press.
- Dryzek, John S./Bächtiger, André/Chambers, Simone/Cohen, Joshua/Druckman, James N./Felicetti, Andrea/Fishkin, James S./Farrell, David M./Fung, Archon/Gutmann, Amy/Landmore, Hélène/Mansbridge, Jane/Marien, Sofie/Neblo, Michael A./Niemyer, Simon/Setälä, Maija/Slothuus, Rune/Suiter, Jane/Thompson, Dennis/Warren, Mark E. (2019): »The crisis of democracy and the science of deliberation«, in: *Science* 363, S. 1144-1146.
- Dubois, Didier/Guyonnet, Dominique (2011): »Risk-informed decision-making in the presence of epistemic uncertainty«, in: *International Journal of General Systems* 40, S. 145-167.
- Edenhofer, Ottmar/Schmidt, Christoph M. (2018): *Eckpunkte einer CO₂-Preisreform: Gemeinsamer Vorschlag von Ottmar Edenhofer (PIK/MCC) und Christoph M. Schmidt (RWI)*. Research Report, Essen. Online verfügbar unter: [.econstor.eu/handle/10419/188884](https://econstor.eu/handle/10419/188884). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- ElHaffar, Ghina/Durif, Fabien/Dubé, Laurette (2020): »Towards closing the attitude-intention-behavior gap in green consumption: A narrative review of the literature and an overview of future research directions«, in: *Journal of Cleaner Production* 275, S. 122556. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Elstub, Stephen/Carrick, Jayne/Farrell, David M./Mockler, Patricia (2021): »The Scope of Climate Assemblies: Lessons from the Climate Assembly UK«, in: *Sustainability* 13, S. 11272.
- Elstub, Stephen/Farrell, David M./Carrick, Jayne/Mockler, Patricia (2021): *Evaluation of climate assembly UK*, Newcastle: Newcastle University.
- Eyal, Gil (2019): *The Crisis of Expertise*, Cambridge: Polity Press.
- Expertenrat für Klimafragen (2022a): *Prüfbericht zu den Sofortprogrammen 2022 für den Gebäude- und Verkehrssektor vom 25.08.2022*. Online verfügbar unter: [-klima.de/content/uploads/2022/08/ERK2022_Pruefbericht-Sofortprogramme-Gebaeude-Verkehr.pdf](https://www.klima.de/content/uploads/2022/08/ERK2022_Pruefbericht-Sofortprogramme-Gebaeude-Verkehr.pdf). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Expertenrat für Klimafragen (2022b): *Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2021 vom 13.04.2022*. Online verfügbar unter: [-klima.de/content/uploads/2022/05/ERK2022_Pruefbericht-Emissionsdaten-des-Jahres-2021.pdf](https://www.klima.de/content/uploads/2022/05/ERK2022_Pruefbericht-Emissionsdaten-des-Jahres-2021.pdf). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Farrell, David M./Suiter, Jane/Harris, Clodagh (2019): »Systematizing constitutional deliberation: the 2016-18 citizens' assembly in Ireland«, in: *Irish Political Studies* 34, S. 113-123.

- Fischer, Frank (2003): *Reframing public policy: discursive politics and deliberative practices*, Oxford: Oxford University Press.
- Fischer, Frank/Boossabong, Piyapong (2018): »Deliberative policy analysis«, in: André Bächtiger/John S. Dryzek/Jane Mansbridge et al. (Hg.), *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*, Oxford: Oxford University Press, S. 584-594.
- Frewer, Lynn J. (2003): »Trust, transparency, and social context: implications for social amplification of risk«, in: Nick Pidgeon/Roger E. Kasperson/Paul Slovic (Hg.), *The Social Amplification of Risk*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 123-137.
- Friedlingstein, Pierre/Allen, Myles/Canadell, Josep G./Peters, Glen P./Seneviratne, Sonia I. (2019): »Comment on ›The global tree restoration potential‹«, in: *Science* 366, eaay8060.
- Geels, Frank W./Schot, Johan (2007): »Typology of sociotechnical transition pathways«, in: *Research Policy* 36, S. 399-417.
- Gellrich, Angelika (2021): 25 Jahre Umweltbewusstseinsforschung im Umweltressort. Langfristige Entwicklungen und aktuelle Ergebnisse, Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021_hgp_umweltbewusstseinsstudie_bf.pdf. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Gesang, Bernward (Hg.) (2014): *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Gruber, Sabine (2020): *Bewältigungsstrategien alternativen Wirtschaftens: Wertrationalität und soziale Einbettung am Beispiel Solidarischer Landwirtschaft*, Baden-Baden: Nomos.
- Grunwald, Armin (2008): *Technik und Politikberatung: philosophische Perspektiven*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Grunwald, Armin/Kopf Müller, Jürgen (2022): *Nachhaltigkeit*, Frankfurt: Campus Verlag.
- Habermas, Jürgen (1968): *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2013): *Im Sog der Technokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hase, Valerie/Mahl, Daniela/Schäfer, Mike S./Keller, Tobias R. (2021): »Climate change in news media across the globe: An automated analysis of issue attention and themes in climate change coverage in 10 countries (2006-2018)«, in: *Global Environmental Change* 70, S. 102353.
- Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (Hg.) (2018): *Handbuch Energiewende und Partizipation*, Wiesbaden: Springer VS.
- Hübner, Gundula/Pohl, Johannes/Warode, Jan/Gotchev, Boris/Nanz, Patrizia/Ohlhorst, Dörte/Krug, Michael/Salecki, Steven/Peters, Wolfgang (2019): *Naturverträgliche Energiewende – Akzeptanz und Erfahrungen vor Ort*. Online verfügbar unter: [.bfm.de/sites/default/files/2021-05/BfN-Broschuere_Akzeptanz_bf.pdf](https://bfm.de/sites/default/files/2021-05/BfN-Broschuere_Akzeptanz_bf.pdf). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.

- Jacobs, Daan/Kaufmann, Wesley (2021): »The right kind of participation? The effect of a deliberative mini-public on the perceived legitimacy of public decision-making«, in: *Public Management Review* 23, S. 91-111.
- Kenny, John (2022): »The Role of Political Attention in Moderating the Association between Political Identities and Anthropogenic Climate Change Belief in Britain«, in: *Political Studies* 70, S. 3-25.
- Keppler, Dorothee (2016): »Interregionale Zusammenarbeit: Notwendigkeit und Herausforderung für informelle »Erneuerbare-Energie-Regionen««, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 85, S. 115-125.
- Kessler, Sarah/Rau, Henrike (2022): »Capturing Climate-Cultural Diversity: A Comparison of Climate Change Debates in Germany«, in: Thorsten Heimann/Jamie Sommer/Margarethe Kusenbach et al. (Hg.), *Climate Cultures in Europe and North America*, Abingdon, Oxon/New York: Routledge.
- Kirby, Nicolina/Freier, Anna N./Renn, Ortwin/Lietzmann, Hans J./Oppold, Daniel/Scheidemantel, Katharina/Döring, Matilda (2021): *Evaluation des Bürgerrats Deutschlands Rolle in der Welt. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation*, Potsdam/Wuppertal: Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS), Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF).
- Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang (2020): »Demokratische Legitimität: Ein theoretisches Konzept in empirisch-analytischer Absicht«, in: Sascha Kneip/Wolfgang Merkel/Bernhard Weißels (Hg.), *Legitimitätsprobleme*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 25-55.
- Koch, Roland (2021): *Es gibt keinen Zweifel: Der Mensch verursacht den Klimawandel*. Helmholtz Klima Initiative. Online verfügbar unter: helmholtz-klima.de/aktuelles/es-gibt-keinen-zweifel-der-mensch-verursacht-den-klimawandel. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Kropp, Cordula (2021): »Nachhaltige Innovationen«, in: Birgit Blättel-Mink/Ingo Schulz-Schaeffer/Arnold Windeler (Hg.), *Handbuch Innovationsforschung. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, Springer VS: Wiesbaden, S. 707-724.
- Lafont, Cristina (2021): *Unverkürzte Demokratie: eine Theorie deliberativer Bürgerbeteiligung*, Berlin: Suhrkamp.
- Landwehr, Claudia (2012): »Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation«, in: Oliver W. Lembcke/Claudia Ritzi/Gary S. Schaal (Hg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 355-385.
- Lee, Taedong/Koski, Chris (2014): »Mitigating Global Warming in Global Cities: Comparing Participation and Climate Change Policies of C40 Cities«, in: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 16, S. 475-492.
- Lietzmann, Hans J./Renn, Ortwin/Freier, Anna N./Kirby, Nicolina E./Oppold, Daniel (2021): *Bürgerräte als eine zeitgemäße Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Handreichung für eine Implementation deliberativer Bürgerräte*, Potsdam/Wuppertal: Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS), Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF).
- Löw Beer, David/Gürtler, Konrad/Herberg, Jeremias/Haas, Tobias (2021): »Wie legitim ist der Kohlekompromiss? Spannungsfelder und Verhandlungsdynamiken im Prozess der Kohlekommission«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 393-416.

- Lucas, Klaus/Renn, Ortwin/Jaeger, Carlo (2018): »Systemic Risks: Theory and Mathematical Modeling«, in: *Advanced Theory and Simulations* 1, S. 1800051.
- Luhmann, Niklas (1969): *Legitimation durch Verfahren*, Neuwied: Luchterhand.
- Malone, Elizabeth L. (2009): *Debating climate change. Pathways through argument to agreement* (= Science in society series), London/Sterling, VA: Earthscan.
- Marcinkowski, Frank/Marr, Mirko (2010): »Medieninhalte und Medieninhaltsforschung«, in: Heinz Bonfadelli/Otfried Jarren (Hg.), *Einführung in die Publizistikwissenschaft*, Bern: Haupt Verlag, S. 425-467.
- McCall, Timothy/Liedtke, Tatjana P./Hornberg, Claudia/Liebig-Gonglach, Michaela (2021): »Gut für das Klima, gut für die Gesundheit: Perspektiven für individuelle Verhaltensänderungen«, in: Christian Günster/Jürgen Klauber/Bernt-Peter Robra et al. (Hg.), *Versorgungs-Report: Klima und Gesundheit*, Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 177-188.
- McAfee, Andrew/Brynjolfsson, Erik (2018): *Machine, Platform, Crowd. Wie wir das Beste aus unserer digitalen Zukunft machen*, Kulmbach: Plassen Verlag.
- Messner, Dirk/Schlacke, Sabine/Fromhold-Eisebith, Martina/Grote, Ulrike/Matthies, Ellen/Pittel, Karen/Schellnhuber, Hans J./Schieferdecker, Ina/Schneidewind, Uwe/Augenstein, Karoline/Blake-Rath, Robyn/Bohnenberger, Katharina/Bossy, Agata/Dorsch, Marcel J./Feist, Marian/Gärtner, Juliana/Göpel, Maja/Jürschik, Ulrike/Krause, Karen/Loose, Carsten/Messerschmidt, Reinhard/Müngersdorff, Maximilian/Paulini, Inge/Petrusjanz, Nele/Pfeiffer, Johannes/Pilardeaux, Benno/Schlüter, Teresa/Schöneberg, Gesa/Schulz, Astrid/Stephan, Benjamin/Szabo-Müller, Paul/Wallis, Hannah/Wegener, Nora (2019): *Unsere gemeinsame digitale Zukunft*, Berlin: WBGU.
- Meuleman, Louis (2018): *Metagovernance for Sustainability: A Framework for Implementing the Sustainable Development Goals*, Abingdon/New York: Routledge.
- Michels, Ank (2011): »Innovations in democratic governance: how does citizen participation contribute to a better democracy?«, in: *International Review of Administrative Sciences* 77, S. 275-293.
- Moernaut, Renée/Mast, Jelle/Temmerman, Martina/Broersma, Marcel (2022): »Hot weather, hot topic. Polarization and sceptical framing in the climate debate on Twitter«, in: *Information, Communication & Society* 25, S. 1047-1066.
- Mongo, Michelle/Belaïd, Fateh/Ramdani, Boumediene (2021): »The effects of environmental innovations on CO2 emissions: Empirical evidence from Europe«, in: *Environmental Science & Policy* 118, S. 1-9.
- Nagorny-Koring, Nanja (2018): *Kommunen im Klimawandel: Best Practices als Chance zur grünen Transformation?* (= Urban Studies), Bielefeld: transcript.
- Nguyen, Hung V./Nguyen, Cuong H./Hoang, Thoa T. B. (2019): »Green consumption: Closing the intention-behavior gap«, in: *Sustainable Development* 27, S. 118-129.
- Newig, Jens/Fritsch, Oliver (2009): »More input – better output: does citizen involvement improve environmental governance?«, in: Ingolfur Blühdorn (Hg.), *In search of legitimacy: policy making in Europe and the challenge of complexity*, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 205-224.
- OECD (2020): *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave*, Paris: OECD Publishing.

- Ohlhorst, Dörte (2015): »Germany's energy transition policy between national targets and decentralized responsibilities«, in: *Journal of Integrative Environmental Sciences* 12, S. 303-322.
- Oppold, Daniel/Renn, Ortwin (2022): »Bürgerräte auf nationaler Ebene – Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen«, in: Thomas Hauser/Daniela Winkler (Hg.), *Gehört werden: Neue Wege der Bürgerbeteiligung*, Stuttgart: Kohlhammer, S. 68-86.
- Osburg, Thomas/Lohrmann, Christiane (Hg.) (2017): *Sustainability in a Digital World: New Opportunities Through New Technologies*, Cham: Springer International Publishing.
- Painter, James/Ettinger, Joshua/Doutreix, Marie-Noëlle/Strauß, Nadine/Wonneberger, Anke/Walton, Peter (2021): »Is it climate change? Coverage by online news sites of the 2019 European summer heatwaves in France, Germany, the Netherlands, and the UK«, in: *Climatic Change* 169, 4.
- Pappas, Jesse B./Pappas, Eric C. (2015): »The Sustainable Personality: Values and Behaviors in Individual Sustainability«, in: *International Journal of Higher Education* 4, S. 12-21.
- Pidgeon, Nick/Kasperson, Roger E./Slovic, Paul (Hg.) (2003): *The Social Amplification of Risk*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pritzl, Rupert/Söllner, Fritz (2021): »Rationale Klimapolitik – ökonomische Anforderungen und politische Hindernisse«, in: *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik* 46, S. 423-449.
- Radtke, Jörg (2016): *Bürgerenergie in Deutschland. Partizipation zwischen Rendite und Gemeinwohl. Schriftenreihe Energiepolitik und Klimaschutz*, Wiesbaden: Springer VS.
- Radtke, Jörg (2018): »Die Mehrebenen-Architektur der Energiewende: Drei Modelle im Vergleich«, in: Holstenkamp/Radtke, *Handbuch Energiewende und Partizipation*, S. 793-814.
- Radtke, Jörg (2020): »Das Jahrhundertprojekt der Nachhaltigkeit am Scheideweg: Wie kann die Energiewende in Deutschland breite gesellschaftliche Unterstützung finden?«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, S. 97-111.
- Radtke, Jörg (2022): »Smart energy systems beyond the age of COVID-19: Towards a new order of monitoring, disciplining and sanctioning energy behavior?«, in: *Energy Research & Social Science* 84, S. 102355.
- Radtke, Jörg/Drewing, Emily (2020): »Technokratie oder Gemeinschaftswerk?: Expertengremien und Partizipation in der Energiewende«, in: *TATuP – Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis* 29, S. 36-42.
- Radtke, Jörg/Renn, Ortwin (2019): »Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in der Energiewende«, in: Jörg Radtke/Weert Canzler (Hg.), *Energiewende. Eine sozialwissenschaftliche Einführung*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 283-316.
- Ranetbauer, Jürgen (2018): *Analyse der Differenz zwischen Verhaltensbereitschaft und realisiertem Verhalten im Umwelthandeln. Mit speziellem Bezug zu den Handlungsfeldern Ernährung und Mobilität. Diplomarbeit*, Linz.
- Renn, Ortwin (2014): *Stakeholder involvement in risk governance*, London: Ark Group.
- Renn, Ortwin (2019): *Gefühlte Wahrheiten: Orientierung in Zeiten postfaktischer Verunsicherung*, Opladen: Verlag Barbara Budrich.

- Renn, Ortwin/Laubichler, Manfred/Lucas, Klaus/Kröger, Wolfgang/Schanze, Jochen/Scholz, Roland W./Schweizer, Pia-Johanna (2020): »Systemic Risks from Different Perspectives«, in: *Risk Analysis*, risa.13657.
- Renn, Ortwin/Schweizer, Pia-Johanna (2020): »Chapter 3 – Inclusive governance for energy policy making: conceptual foundations, applications, and lessons learned«, in: Ortwin Renn/Frank Ulmer/Anna Deckert (Hg.), *The Role of Public Participation in Energy Transitions*, London/San Diego/Cambridge/Oxford: Elsevier Academic Press, S. 39-79.
- Rubik, Frieder/Müller, Ria/Harnisch, Richard/Holzhauer, Brigitte/Schippenges, Michael/Geiger, Sonja (2019): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, Berlin: Umweltbundesamt; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
- Sack, Detlef (2018): »Zwischen europäischer Liberalisierung und Energiewende – Der Wandel der Governanceregime im Energiesektor (1990-2015)«, in: Holstenkamp/Radtke, *Handbuch Energiewende und Partizipation*, S. 81-99.
- SAPEA (2019): *Making sense of science for policy under conditions of complexity and uncertainty. White Paper for the European Community and the Science Advise Mechanisms*, Brüssel: SAPEA.
- Schenuit, Felix/Koch, Larissa/Jakob, Michael (2020): »Markets for Public Attention at the Interface of Climate Science and Policy Making«, in: *Environmental Communication* 14, S. 1-5.
- Schmidt, Siegfried J. (2000): »Medien – die alltäglichen Instrumente der Wirklichkeitskonstruktion«, in: Hans R. Fischer/Siegfried J. Schmidt (Hg.), *Wirklichkeit und Welterzeugung. In memoriam Nelson Goodman*, Heidelberg: Carl-Auer-Verlag, S. 77-84.
- Schmidt, Vivien A. (2013): »Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and 'Throughput'«, in: *Political Studies* 61, S. 2-22.
- Schreiber, Jonathan (2020): »Grundverständnis nachhaltiger Entwicklung in Deutschland. Ökologische Modernisierung oder Postwachstum«, in: *Soziologiemagazin* 13, S. 9-10.
- Schweizer, Pia-Johanna (2021): »Systemic risks – concepts and challenges for risk governance«, in: *Journal of Risk Research* 24, S. 78-93.
- Setton, Daniela (2020): *Soziale Nachhaltigkeit wagen – Die Energiewende aus Sicht der Bevölkerung: Eine umfassende Auswertung der Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende 2017 und 2018 mit den Schwerpunkten gerechte Kostenverteilung, Windausbau an Land sowie Digitalisierung und Verbraucherpräferenzen*, Potsdam: IASS. Online verfügbar unter: https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6000705_8/component/file_6000706/content. Zuletzt aufgerufen am 16.08.2022.
- Siefken, Sven T. (2007): *Expertenkommissionen im politischen Prozess*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sorrell, Steve/Gatersleben, Birgitta/Druckman, Angela (2020): »The limits of energy sufficiency: A review of the evidence for rebound effects and negative spillovers from behavioural change«, in: *Energy Research & Social Science* 64, S. 101439.

- Späth, Philipp/Rohracher, Harald (2010): »Energy regions«: The transformative power of regional discourses on socio-technical futures«, in: *Research Policy* 39, S. 449-458.
- Spiegelhalter, David J./Riesch, Hauke (2011): »Don't know, can't know: embracing deeper uncertainties when analysing risks«, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society A: Mathematical, Physical and Engineering Sciences* 369, S. 4730-4750.
- SRU, Sachverständigenrat für Umweltfragen (2022): Wie viel CO₂ darf Deutschland maximal noch ausstoßen? Fragen und Antworten zum CO₂-Budget. Stellungnahme vom 15.06.2022. Online verfügbar unter: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/o4_Stellungnahmen/2020_2024/2022_06_fragen_und_antworten_zum_co2_budget.pdf. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Stecula, Dominik A./Merkley, Eric (2019): »Framing Climate Change: Economics, Ideology, and Uncertainty in American News Media Content From 1988 to 2014«, in: *Frontiers in Communication* 4.
- Stöcker, Christian (2020): Das Experiment sind wir: Unsere Welt verändert sich so atemberaubend schnell, dass wir von Krise zu Krise taumeln. Wir müssen lernen, diese enorme Beschleunigung zu lenken, München: Karl Blessing Verlag.
- Taberero, Carmen/Hernández, Bernardo (2011): »Self-Efficacy and Intrinsic Motivation Guiding Environmental Behavior«, in: *Environment and Behavior* 43, S. 658-675.
- Tokar, Brian/Gilbertson, Tamra (2020): *Climate Justice and Community Renewal: Resistance and Grassroots Solutions* (= Routledge Advances in Climate Change Research), London: Routledge.
- Tuitjer, Leonie/Dirksmeier, Peter/Mewes, Lars (2022): »Geographies of climate change opinion«, in: *Geography Compass* 16, e12619.
- UBA, Umweltbundesamt (2022): Energieverbrauch nach Energieträgern und Sektoren. Online verfügbar unter: [.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-nach-energetraegern-sektoren#allgemeine-entwicklung-und-einflussfaktoren](https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-nach-energetraegern-sektoren#allgemeine-entwicklung-und-einflussfaktoren). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- US National Research Council (1996): *Understanding Risk: Informing Decisions in a Democratic Society.*, Washington, D.C.: The National Academies Press.
- US National Research Council (2008): *Public Participation in Environmental Assessment and Decision Making*, Washington, D.C.: The National Academies Press.
- Van den Heiligenberg, Harm A. R. M./Heimeriks, Gaston J./Hekkert, Marko P./van Oort, Frank G. (2017): »A habitat for sustainability experiments: Success factors for innovations in their local and regional contexts«, in: *Journal of Cleaner Production* 169, S. 204-215.
- Van Eck, C. W./Feindt, P. H. (2022): »Parallel routes from Copenhagen to Paris: climate discourse in climate sceptic and climate activist blogs«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 24, S. 194-209.
- Venjakob, Maike/Wagner, Oliver (2021): *Sozial nachhaltig? Verteilungswirkungen einer CO₂-Bepreisung auf Privathaushalte*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Walker, Benedikt (2017): *Klimaschutz in föderalen Mehrebenensystemen*, Baden-Baden: Nomos.

- Wardana, Rebecca/Klösch, Beate/Hadler, Markus (2022): »Umwelt in der Krise. Einstellungen zu Klimawandel und Umweltbesorgnis sowie Bereitschaft zu umweltbewusstem Verhalten in Krisenzeiten«, in: Wolfgang Aschauer/Christoph Glatz/Dimitri Prandner (Hg.), *Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 241-267.
- Weber, Florian (2018): *Konflikte um die Energiewende. Vom Diskurs zur Praxis*, Wiesbaden, Heidelberg: Springer Fachmedien.
- Weymouth, Robert/Hartz-Karp, Janette (2015): »Deliberative collaborative governance as a democratic reform to resolve wicked problems and improve trust«, in: *Journal of Economic and Social Policy* 17, S. 62-95.
- Wilkinson, Adrian/Hill, Malcolm/Gollan, Paul (2001): »The sustainability debate«, in: *International Journal of Operations & Production Management* 21, S. 1492-1502.
- Willke, Helmut (2017): »Systemische Überlastung durch Komplexität – Gründe und Hintergründe«, in: *Systema* 3, S. 260-269.
- Wolf, Ingo (2020): *Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2019. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse*, Potsdam: IASS. Online verfügbar unter: https://iass-potsdam.de/rest/items/item_6000053_6/component/file_6000054/content. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2022.
- Wolf, Ingo (2022): *Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2022. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse*, Potsdam: IASS.
- Wolf, Ingo/Fischer, Anne-Kathrin/Huttarsch, Jean-Henri (2021): *Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2021*, Potsdam: IASS.
- Wretling, Vincent/Balfors, Berit (2021): »Building Institutional Capacity to Plan for Climate Neutrality: The Role of Local Co-Operation and Inter-Municipal Networks at the Regional Level«, in: *Sustainability* 13.
- Yan, Pu/Schroeder, Ralph/Stier, Sebastian (2022): »Is there a link between climate change scepticism and populism? An analysis of web tracking and survey data from Europe and the US«, in: *Information, Communication & Society* 25, S. 1400-1439.

Mehr Fortschritt wagen? Eine essayistische Kritik der Wette auf grünes Wachstum

Timmo Krüger

Das Gemeinwohlversprechen der ökologischen Modernisierung

Das Paradigma der ökologischen Modernisierung prägt die Umwelt- und Klimapolitik in Deutschland seit den 1990er-Jahren (vgl. Krüger 2015, 2022).¹ Die ökomoderne Politik wird von einer breiten Koalition aus Einzelpersonen und Organisationen (insbesondere Thinktanks und wissenschaftlichen Gremien der Politikberatung, Umweltorganisationen, Umweltpolitiker:innen und sogenannten *grünen* Unternehmen) eingefordert (vgl. Krüger 2015: 78ff.). Innerhalb der *ökomodernen Koalition* gibt es zwar eine große Einigkeit über das dramatische Ausmaß der sozial-ökologischen Krise². Gleichzeitig sind die vorgeschlagenen und umgesetzten Maßnahmen äußerst begrenzt – sowohl was ihre Umwelt- und Klimaschutzwirkungen als auch was ihr Transformationsanspruch betrifft (vgl. Brand/Wissen 2017: 31; Krüger 2015: 118). Ökomoderne Strategien sind inkrementell, d.h., sie basieren auf der Annahme, dass man das Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft nicht durch einen Bruch mit bestehenden Verhältnissen, sondern mit stetigen kleinen Schritten innerhalb der etablierten Strukturen erreichen kann und soll-

1 Teile der Argumentation dieses Aufsatzes wurden – in früheren Fassungen – bereits veröffentlicht (vgl. Krüger 2015, 2021a, 2021b, 2022). Dies gilt insbesondere für die Idee, meine Analyse klimapolitischer Aushandlungsprozesse mit einer Interpretation der Faustischen Wette zu illustrieren (vgl. Krüger 2015: 346ff.).

2 Seit den 1970er-Jahren wird in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit das Verhältnis des Menschen zur Natur als krisenhaft begriffen (vgl. Görg 2003: 9f.). Auslöser waren Phänomene wie der saure Regen, das Ozonloch, der anthropogene Klimawandel oder der Verlust der Biodiversität. Mit dem Begriff der *sozial-ökologischen Krise* werden bestimmte Dimensionen dieser Krise betont. Erstens wird konstatiert, dass ökologische Probleme zunehmend gesellschaftlich verursacht werden. Zweitens impliziert der Begriff die Annahme, dass die etablierten gesellschaftlichen Institutionen nicht (mehr) angemessen auf ökologische Probleme reagieren können. Drittens verweist der Begriff auf die Gerechtigkeitsaspekte der ökologischen Herausforderungen. Die umweltschädlichen Strukturen zeichnen sich durch eine hohe soziale Ungleichheit aus – sowohl zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens. Darüber hinaus wird immer deutlicher, dass die Folgen der Umweltzerstörung soziale Ungleichheiten verschärfen.

te. Die Bevorzugung inkrementeller Strategien ist zum einen darauf zurückzuführen, dass einflussreiche Protagonist:innen der ökomodernen Koalition (bspw. Wirtschaftsverbände und die Bundesregierung) Eingriffe in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie in Produktions- und Konsummuster ablehnen (vgl. Brand/Wissen 2017: 66). Zum anderen neigen Teile der ökomodernen Koalition (bspw. moderate Akteur:innen der Umwelt- und Klimabewegung) zu inkrementellen Strategien, weil sie die politischen Gestaltungsspielräume zur Änderung gesellschaftlicher Strukturen als sehr gering einschätzen (vgl. Krüger 2015: 94ff.). Als vermeintlich realistische Optionen gelten dagegen marktbasierende Lösungen und *Technofixes* – technologische Lösungsansätze, mit denen die Hoffnung verbunden ist, Symptome komplexer Probleme bewältigen zu können, ohne gesellschaftliche Strukturen ändern zu müssen (vgl. Fauset 2008).

Die Attraktivität des ökomodernen Paradigmas speist sich aus dem Versprechen, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sozialen Kräfteverhältnisse sowie die Produktions- und Konsummuster nicht grundsätzlich ändern müssen, sondern eine ökologisch modernisierte Energieproduktion sowie technische (bspw. Elektromobilität) und soziale Innovationen (bspw. Carsharing) adäquate Reaktionen auf die Klimakrise darstellen (vgl. Krüger 2015: 114). Damit wird eine bestimmte Vorstellung von Gemeinwohl als allgemeingültig, als gesellschaftlicher Konsens, artikuliert. Unter Konsens verstehe ich (im Anschluss an gramscianische Hegemonietheorien) einen aktiv hergestellten Konsens, der das Ergebnis von Kämpfen um Hegemonie ist. Insofern sind in einem Konsens stets bestimmte Partikularinteressen privilegiert eingeschrieben und andere wiederum ausgeschlossen (vgl. Wullweber 2010: 83). Dies geht durchaus mit repressiven Effekten einher, allerdings wird Hegemonie eher selten per direktem Zwang durchgesetzt. Je stabiler die Hegemonie bestimmter Deutungs- und Handlungsmuster ist, d.h., je erfolgreicher die in ihnen enthaltenen Partikularinteressen als Gemeinwohl durchgesetzt wurden, desto weniger werden die ausschließenden Mechanismen als Zwang und Repression wahrgenommen (vgl. Scherrer 2007: 72f; Wullweber 2010: 83).

Die Herstellung einer Hegemonie bedarf eines Versprechens auf einen glückselig machenden Zustand, der herbeigeführt oder vor der Zerstörung bewahrt werden soll (vgl. Glynnos/Howarth 2007: 147). Dabei handelt es sich nicht unbedingt um konkrete Versprechen im wörtlichen Sinne, sondern um Gemeinwohldefinitionen und -ziele, die explizit oder implizit auf kognitiver und/oder affektiver Ebene transportiert werden. Das ökomoderne Gemeinwohlversprechen wird durch den Begriff des sogenannten grünen Wachstums symbolisiert, der die Bewahrung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells und die damit verknüpfte imperiale Lebensweise trotz Klimakrise ermöglichen soll. Die imperiale Lebensweise zeichnet sich durch ein hohes Konsumniveau aus, das durch einen exklusiven Zugriff auf Arbeitskraft und Ressourcen ermöglicht wird (vgl. Brand/Wissen 2017: 44ff.). Der Zugriff geschieht entlang unterschiedlicher Ungleichheitslinien, insbesondere entlang neokolonialer Nord-Süd-Verhältnisse. Sowohl die ökologischen und sozialen Voraussetzungen der imperialen Lebensweise als auch ihre zerstörerischen Konsequenzen andernorts werden unsichtbar gemacht, was ihre selbstverständliche Reproduktion in alltäglichen Routinen erst ermöglicht. Auch wenn »die Versprechen der imperialen Lebensweise für immer mehr Menschen unerreichbar werden« (ebd.: 60), sind sie dennoch weiterhin für breite Teile der Gesellschaft attraktiv.

In der Hoffnung auf grünes Wachstum korrespondieren die Strategien aus Wirtschaft und Politik zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mit den Orientierungen und Alltagspraktiken vieler Menschen (vgl. Graefe 2018: 204). Allerdings sind hegemoniale Ordnungen stets fragmentiert, hybrid und in sich widersprüchlich sowie zeitlich und räumlich begrenzt. Es können auch hegemoniale Deutungs- und Handlungsmuster identifiziert werden, die nur für bestimmte Personengruppen und/oder in bestimmten Handlungsfeldern gelten (vgl. Nonhoff 2006: 139). So bestimmt das Konzept der ökologischen Modernisierung zwar spätestens seit den 1990er-Jahren umwelt- und klimapolitische Expert:innendiskurse in Deutschland (und anderen Industrieländern). Allerdings entwickelte der ökomoderne Diskurs bislang über den Bereich der institutionalisierten Umweltpolitik hinaus keine gesamtgesellschaftliche Integrationskraft im Sinne einer Metaerzählung (vgl. Krüger 2015: 117f.). In Debatten und Verhandlungen jenseits der umweltpolitischen Institutionen werden Klimaschutzziele regelmäßig dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet (vgl. Görg 2003: 214), was sich aktuell auch in den Reaktionen der Bundesregierung auf die energiepolitischen Implikationen des Krieges gegen die Ukraine zeigt.

Zusammenfassend kann man für die klimapolitischen Aushandlungsprozesse der letzten Jahre einen passiven ökomodernen Konsens konstatieren: einflussreiche Akteur:innen setzen ökomoderne Politiken und Unternehmensstrategien durch – ohne aktive Unterstützung von weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch ohne dabei auf großen Widerstand zu treffen (vgl. Krüger 2015: 115). Ein passiver Konsens kann Bestand haben, wenn eine gewisse Gleichgültigkeit vorherrscht, weil das Alltagsleben der breiten Masse (vermeintlich) nicht tangiert wird und/oder dem Thema keine große Bedeutung beigemessen wird (vgl. Wullweber 2010: 152f.). In Fall des Klimawandels kann die Komplexität der stark wissenschaftlich geprägten Debatten als weiterer Faktor gelten, der dazu führt, dass Teile der Bevölkerung den Entscheidungen einer als kompetent angesehenen Elite passive Zustimmung entgegenbringen. Dieser passive Konsens spiegelt sich in den Ergebnissen quantitativer Umfragen wider, in denen die Zustimmung zur Energiewende insgesamt in der Bevölkerung durchweg hoch ist (vgl. BMU/UBA 2019: 28ff.). Gleichzeitig wird die Energiewende zum Wahlkampfthema und die Intensität der Konflikte um konkrete Energieprojekte nimmt zu. Insofern ist eine Erosion des passiven Konsenses zu beobachten (vgl. Eichenauer 2018: 316; Radtke 2020: 98). Immer dann, wenn die oben genannten Bedingungen für die Stabilität eines passiven Konsenses – sich nicht betroffen zu fühlen und die Eliten als kompetent wahrzunehmen – nicht (mehr) gegeben sind, brechen Konflikte aus.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien führt, insbesondere aufgrund der Sichtbarkeit und dezentralen Verteilung von Windkraftanlagen, zu einem verstärkten Gefühl der Betroffenheit in der Bevölkerung. Gleichzeitig zeigen sich in lokalen Konflikten um konkrete Energiewendeprojekte (aber auch in anderen Handlungsfeldern) Phänomene einer Repräsentationskrise (vgl. Krüger 2021a: 551). Die Energiekonflikte sind dadurch gekennzeichnet, dass die Betroffenen den Entscheidungsträger:innen aus Politik, Unternehmen und Verwaltung misstrauen und Zweifel hegen, inwieweit die Meinung der lokalen Bevölkerung überhaupt zählt (vgl. Eichenauer 2018: 336, Hanisch/Messinger-Zimmer 2017: 175; Messinger-Zimmer/Zilles 2016: 49).

Insgesamt verschärfen sich, in Deutschland und anderswo, die Konflikte um eine postfossile Transformation. Diese Konflikte werden einerseits von Protagonist:innen forciert, die sich gegen eine Beschleunigung der Energiewende wenden und auf die Erfüllung der Versprechen einer imperialen Lebensweise pochen, dabei aber bewusst in Kauf nehmen, dass Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Teile dieses Akteursspektrums – bspw. die AfD – koppeln ihre Kritik an der Energiewende und anderen Klimaschutzmaßnahmen mit einer Ablehnung pluralistisch-demokratischer Institutionen (z.B. Minderheitenrechte und Pressefreiheit) (vgl. Eichenauer et al. 2018: 641f.). Auf der anderen Seite nehmen die Proteste gegen das Ausbleiben eines wirksamen Klimaschutzes zu. Akteur:innen der sozialen Bewegungen verknüpfen Forderungen nach einer Intensivierung der Demokratie mit Forderungen nach einer ambitionierten postfossilen Transformation (vgl. Sander 2016). Beide Konfliktparteien üben – mit konträren Problemdiagnosen und Zielsetzungen – Kritik am Paradigma der ökologischen Modernisierung und greifen die Tendenzen einer Demokratiekrise auf, die sich nicht nur, aber in besonderer Weise im Konfliktfeld der postfossilen Transformation zeigen.

Die seit Ende 2021 regierende Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wiederum reagiert auf das Zusammenfallen von Demokratie- und Klimakrise mit einer Vertiefung ökomoderner Strategien. Sie plädiert für stärkeren Klimaschutz, ohne das Primat des Wirtschaftswachstums oder asymmetrische soziale Kräfteverhältnisse in Frage zu stellen. Die ökomoderne Regierungspolitik (auch der Vorgängerregierungen) zielt auf die Verringerung der Artikulation von Betroffenheit – u.a. durch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei erneuerbaren Energien, die großzügige finanzielle Unterstützung von Kohleregionen und das generelle Bestreben, nicht zu sehr in die Lebensstile einzugreifen, sondern die Energieträger zu wechseln (z.B. durch den Ausbau erneuerbarer Energien oder die Ablösung der Autos mit Verbrennungsmotoren durch strombetriebene Elektroautos). Gleichzeitig wurde mit dem Antritt der Ampelkoalition der ökologische Anspruch des ökomodernen Paradigmas erneuert. Bereits in den ersten Monaten wurde eine ganze Reihe klimapolitisch motivierter Gesetze auf den Weg gebracht. Die aktuelle Regierungspolitik zielt somit auf die Stabilisierung des passiven ökomodernen Konsenses, indem die Betroffenheit gesenkt (soweit dies bei der Flächenintensität der erneuerbaren Energien und der generellen Bedeutung emissionsintensiver Produktions- und Konsummuster für unsere Gesellschaft möglich ist) und das Vertrauen in die Handlungskompetenz der politischen Elite erhöht werden soll. Die Erneuerung des ökomodernen Gemeinwohlversprechens durch die Regierungspolitik orientiert sich allerdings nicht am Vorsorgeprinzip, sondern enthält eine Wette auf grünes Wachstum: Zugesagte Klimaschutzziele können nur erreicht werden, sofern eine hinreichend starke absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von Treibhausgasemissionen gelingt.

In diesem Essay analysiere ich weder das Klimaschutz-Potenzial der ökomodernen Regierungspolitik noch deren kurz- bis mittelfristige Effekte auf die zu beobachtenden Tendenzen einer Demokratiekrise (für ersteres vgl. Konzeptwerk Neue Ökonomie 2022, für zweiteres vgl. Krüger 2021a, 2021b). Stattdessen kritisiere ich im Folgenden die modernisierungstheoretischen Annahmen, die der Wette auf grünes Wachstum zugrunde liegen, und skizziere alternative Vorstellungen von Fortschritt und Freiheit als

Grundlage für eine gegenhegemoniale Politik, die auf Klimagerechtigkeit und eine radikaldemokratische Erneuerung von Demokratie zielt.

Die Faustische Wette

Ich interpretiere die regierungspolitische Hoffnung auf grünes Wachstum als klimapolitische Variante einer *Faustischen Wette*. In Goethes Drama verknüpft Faust seinen Teufelspakt mit einer Wette: Nur wenn Faust untätig, selbstgefällig und nur für den Moment lebt, erhält Mephistopheles dessen Seele (vgl. Goethe 2000: 48). Übertragen auf die Klimapolitik lautet der modernisierungstheoretische Standpunkt, dass die Zukunft nicht notwendigerweise der Klimakatastrophe überlassen wird, sofern man die mit der Wette auf grünes Wachstum einhergehenden Verpflichtungen – nämlich permanentes Fortschrittsstreben – gewissenhaft erfüllt. Diese Argumentation findet sich in einem Artikel aus dem Jahr 2007, in dem drei Wissenschaftler die Erforschung und Entwicklung von *Carbon Capture and Storage* (CCS)³ als Klimaschutztechnologie befürworten:

»CCS appears to be a classic Faustian Bargain. But, as in Faust's initial bargain, it need not mean that our soul is left to the devil. It should mean that we accept the challenge of continual striving and vigilance, striving for more durable answers to global climate change and vigilance in assuring that stored carbon is not subsequently released to the climate system.« (Spreng/Marland/Weinberg 2007: 852)

Hier zeigt sich eine technikoptimistische Perspektive, die auch der Klimapolitik der Ampel-Regierung zugrunde liegt. In beiden Fällen wird am wachstumsbasierten Entwicklungsmodell festgehalten, wenngleich dieser Weg mit ökologischen Risiken behaftet ist. Aufgrund dieser Parallelen rekapituliere ich im vorliegenden Essay die von Spreng, Marland und Weinberg artikulierte Position und meine Kritik daran (vgl. Krüger 2015: 346ff.). Allerdings abstrahiere ich dabei von der Debatte um CCS und argumentiere in Bezug auf die regierungspolitische Wette auf grünes Wachstum. Die Motivation, sich auf das Risiko einer Wette einzulassen, speist sich aus einem materiellen Wohlstandsverständnis, das im Koalitionsvertrag expliziert wird:

»Unseren Wohlstand in der Globalisierung zu sichern ist nur möglich, wenn wir wirtschaftlich und technologisch weiter in der Spitzenliga spielen und die Innovationskräfte unserer Wirtschaft entfalten.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 5)

Meine Kritik der Wette auf grünes Wachstum zielt einerseits darauf, implizite modernisierungstheoretische Annahmen herauszuarbeiten und andererseits die Plausibilität sowie Attraktivität von Alternativen zum Primat des Wirtschaftswachstums aufzuzei-

3 Mit Hilfe von CCS-Technologien sollen große Teile des entstehenden CO₂ einzelner Verbrennungsanlagen, z.B. von Kohlekraftwerken, abgeschieden und anschließend in unterirdischen Speicherstätten oder in Tiefseegebieten eingelagert werden. CCS-Technologien sind umstritten; u.a. gibt es Zweifel an der Wirtschaftlichkeit und der Sicherheit der Speicherung (vgl. Krüger 2015).

gen. Im Folgenden führe ich zwei Argumente aus, mit denen ich begründe, warum die Wette auf grünes Wachstum ausgeschlagen werden sollte:

- a) Der Faustische Weg des Kolonialismus und der Naturbeherrschung ist in der Dichtung gescheitert und wird auch in der Realität misslingen.
- b) Die Alternative zur Faustischen Wette lautet nicht notwendigerweise Stagnation und Verzicht, sondern kann auch Emanzipation, Fortschritt und Freiheit bedeuten.

Das Scheitern von Kolonialismus und Naturbeherrschung

Im zweiten Teil von Goethes Tragödie wird Faust zum Kolonisator, der durch ein Projekt der Naturbeherrschung Wachstum und Wohlstand generieren möchte (vgl. Böhme 2005: 31). Er setzt sein Kolonialisierungsprojekt auf einem Küstenstreifen um, für den er vom Kaiser als Eigentümer und Herrscher ernannt wurde. Mit Hilfe der Arbeitskraft der dort lebenden Bevölkerung und neuen Technologien lässt er Dämme und Kanäle bauen, um dem Meer Land abzutrotzen. In diesem Vorhaben aus der Dichtung zeigen sich zentrale Annahmen und Elemente, die auch für außerliterarische Projekte des Kolonialismus und der Naturbeherrschung kennzeichnend sind. Am Beginn der Planung stehen die Ignoranz gegenüber der Nichtidentität der Natur und der überhebliche Glaube an die Möglichkeit ihrer Beherrschung.

Die Nichtidentität der Natur anzuerkennen impliziert die Einsicht, dass (innere und äußere) Natur eine Bedingung der menschlichen Existenz ist, sich aber eines projektiven Zugriffs entzieht (für den gesamten Absatz vgl. Görg 2003: 40ff.). Natur ist in allen sozialen Prozessen involviert, mit diesen aber nicht identisch, sondern enthält immer auch Momente der Unverfügbarkeit und Widerständigkeit. Sie hat einen Eigensinn, der sich insbesondere beim Scheitern gesellschaftlicher Konstruktionsprozesse zeigt – pointiert in der sozial-ökologischen Krise. Das Charakteristische der Naturbeherrschung ist die Leugnung sowohl des Eigensinns von Natur als auch der Abhängigkeit des Menschen von Natur. In der Naturbeherrschung wird Natur unter die gesellschaftlichen Funktionslogiken subsumiert, die wiederum in erster Linie ökonomisch definiert werden. Bei Faust sind es die Gezeiten des Meeres, die er kontrollieren möchte, um Eigentum und Herrschaft zu erlangen (vgl. Böhme 2005: 160).

»Da herrschet Well auf Welle kraftbegeistert,
Zieht sich zurück, und es ist nichts geleistet,
Was zur Verzweiflung mich beängstigen könnte!
Zwecklose Kraft unbändiger Elemente!
Da wagt mein Geist, sich selbst zu überfliegen;
Hier möchte ich kämpfen, dies möchte ich besiegen.« (Goethe 1973: 182)

Der vermeintlich sinnlosen Abfolge von Ebbe und Flut möchte Faust ein Ende bereiten. Er ist fest davon überzeugt, dass es möglich sei, die in seinen Augen nutzlose Kraft der Natur zu *besiegen* und das Watt dauerhaft trocken zu legen. Das derart gewonnene Land soll anschließend menschlichen Zwecken dienen. Während der Bauphase geht Faust nicht nur rücksichtslos mit der Natur, sondern auch mit den Menschen um. Die

bestehende Natur- und Kulturlandschaft muss weichen, die darin lebenden Menschen werden zwangsumgesiedelt und die Arbeiter:innen wie Knechte behandelt (vgl. Böhme 2005: 156ff.). Trotz der Anstrengungen und Opfer bzw. gerade aufgrund des gewalttätigen Vorgehens gegenüber Menschen und Natur ist das Kolonialisierungsprojekt zum Scheitern verurteilt. Faust selbst wird zunächst blind und stirbt schließlich. Sein Kolonialisierungsprojekt wird den Naturgewalten nicht standhalten, sondern untergehen, wie Mephistopheles voraussagt (vgl. Goethe 1973: 224).

Diese Geschichte illustriert, wie der Glaube an die Beherrschbarkeit von Natur durch Naturkatastrophen konterkariert wird, die in der Moderne aus zwei Gründen zugenommen haben. Zum einen hat sich der Mensch »im Schutz der Technik« in Gefahrenzonen gewagt, in denen Naturereignisse »erst eigentlich für den Menschen zu Katastrophen geworden sind« (Böhme 2005: 165). Zum anderen erleben wir mit der sozial-ökologischen Krise eine drastische Zunahme der gesellschaftlichen Verursachung ökologischer Probleme, die bereits jetzt verheerende Folgen für viele Menschen haben und die weiter zunehmen werden (vgl. ebd.). Die Folgen des Klimawandels treffen sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker als Bevölkerungsgruppen, die über mehr Ressourcen verfügen. Umgekehrt ist die anthropogene Verursachung primär auf die imperiale Lebensweise der Ober- und Mittelschichten – historisch vor allem in den Ländern des globalen Nordens – zurückzuführen (vgl. Brand/Wissen 2017).

Diese Asymmetrien verweisen auf die (neo-)koloniale Dimension der sozial-ökologischen Krise und dem sie verursachenden Paradigma der Naturbeherrschung, welches noch längst nicht überwunden ist. Tatsächlich gerät das Projekt der ökologischen Modernisierung durchaus auch durch Vertreter:innen einer klassischen Naturbeherrschung und Kolonialisierung unter Beschuss. Forderungen nach einer fortgesetzten Subventionierung des motorisierten Individualverkehrs sowie nach dem Erhalt gut bezahlter Jobs in der Kohleindustrie oder in der Produktion von Verbrennungsmotoren in der Automobilindustrie nehmen das Verfehlen von Klimaschutzziele in Kauf und beharren auf der Erfüllung der Versprechen einer imperialen Lebensweise. Solche Argumente gegen die Energiewende verteidigen Privilegien, die an das fossile Energiesystem gekoppelt sind.

Vor diesem Hintergrund wird die Wette auf grünes Wachstum auch in vielen linksliberalen und ökologisch eingestellten Kreisen als der einzig realistische Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Indes werden damit die Strategien der Naturbeherrschung und der neokolonialen Ausbeutung lediglich modifiziert, aber nicht überwunden. Schließlich leiden Arbeitnehmer:innen in vielen Regionen der Welt unter schlechten Arbeitsbedingungen, um den Ressourcenbedarf der kohlenstoffarmen Energieinfrastrukturen im globalen Norden zu decken. Die Kleinbäuer:innen in Ländern wie Brasilien oder Malaysia fürchten um ihren Lebensunterhalt, da sich Landnutzungskonflikte mit der wachsenden Bedeutung von Bioökonomiestrategien (zur Substitution von fossilen durch nachwachsende Rohstoffe) verschärfen werden. Der massive Extraktivismus von Lithium, Kobalt und Kupfer für die Elektromobilität wird zu Wasserknappheit führen sowie Ökosysteme und lokale Ökonomien zerstören (vgl. Prause/Dietz 2022). Kurz: Die nichtintendierten Nebenfolgen der Wette auf grünes

Wachstum wirken zerstörerisch für Mensch und Natur, insbesondere in Ländern des globalen Südens.

Aber was ist mit den intendierten Folgen? Wie groß ist die Chance, mit grünem Wachstum die mehr oder weniger ambitionierten Klimaziele zu erreichen? Tatsächlich spricht nicht viel dafür, dass die Wette auf grünes Wachstum zu einer schnellen und massiven Reduktion von Treibhausgasemissionen führen wird. Dies ist auf die einseitige Bevorzugung von Effizienz- und Konsistenzstrategien gegenüber Suffizienzstrategien zurückzuführen. Effizienzstrategien zielen auf die Verringerung des Inputs (der Rohstoffe bzw. der Primärenergie) bei Beibehaltung oder Steigerung des Outputs. Konsistenzstrategien zielen auf die Verringerung ökologischer Schäden durch eine Umstellung auf erneuerbare Energien und geschlossene Stoffkreisläufe (durch Minderung von Abfällen, Wiederverwertung der eingesetzten Rohstoffe und Nutzung von Nebenprodukten wie bspw. Abwärme). Suffizienzstrategien zielen auf einen absolut geringeren Verbrauch von Energie, Rohstoffen und Land durch eine verringerte Produktion und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen – insbesondere von solchen, die einen hohen Ressourcenverbrauch erfordern. Effizienz- und Konsistenzstrategien sollen zur Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von Treibhausgasemissionen führen. Sie bilden somit die Basis für die Hoffnung auf grünes Wachstum. Suffizienzstrategien sind dagegen zentral für Degrowth-Ansätze. Effizienz- und Konsistenzstrategien spielen in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten eine große Rolle – bspw. im Rahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien, der Elektrifizierung der Automobilität oder der Bioökonomie – während Suffizienzstrategien vernachlässigt werden (vgl. Linz 2017: 9).

Was die Wette auf grünes Wachstum so risikoreich macht ist die Tatsache, dass Effizienz- und Konsistenzstrategien bislang nur relativ geringe Wirkungen zeigen. Die Erfolge der Effizienzstrategien werden durch Rebound-Effekte⁴ abgeschwächt bzw. teilweise sogar in ihr Gegenteil verkehrt (vgl. Santarius 2015). So kam es bislang nur zu einer relativen Entkopplung des globalen Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von Treibhausgasemissionen (vgl. Haberl et al. 2020). Um nennenswerte Erfolge im Sinne der Nachhaltigkeit erzielen zu können, wäre allerdings eine sofortige und hinreichend starke absolute Entkopplung nötig.⁵

Konsistenzstrategien bewirken zum gegenwärtigen Zeitpunkt ebenfalls nicht den notwendigen Effekt. Viele politische und wissenschaftliche Akteur:innen schreiben den Konsistenzstrategien, insbesondere der Bioökonomie, zwar großes Potenzial zu, doch

4 Rebound-Effekte bezeichnen das Phänomen, dass Produktivitätssteigerungen zu einer Mehrnachfrage führen und dadurch die erwarteten absoluten Reduktionen des Ressourcenverbrauchs nicht in Gänze oder gar nicht eintreten. Autos und Kühlschränke werden effizienter, aber größer, Flugzeuge werden effizienter, aber es wird öfter und weiter geflogen usw.

5 Im Falle einer relativen Entkopplung wachsen Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen langsamer als das Wirtschaftswachstum. Erst bei absoluter Entkopplung kommt es trotz Wirtschaftswachstum zu einer tatsächlichen Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen. Die Frage nach der relativen oder absoluten Entkopplung kann nur auf globaler Ebene beantwortet werden. Ein Fokus auf ausgewählte Staaten würde die Ergebnisse verzerren, da die Verlagerung verbrauchs- und emissionsintensiver Industriezweige (wie der Stahlindustrie) in andere Teile der Welt nicht beachtet werden würde (vgl. Sommer/Welzer 2014: 89).

wird es voraussichtlich noch lange dauern, bis dieses entfaltet werden kann (vgl. Stengel 2011: 132). Darüber hinaus ist dem Ausbau der Bioökonomie eine Grenze gesetzt: die Endlichkeit des Planeten Erde (vgl. Bringezu et al. 2007: 44). Die mit der Bioökonomie einhergehende Intensivierung der Landnutzung führt bei gleichzeitiger Ausweitung der Agrarflächen zu verschärften Landnutzungs- und Zielkonflikten (vgl. WBGU 2009: 5). So wird die Substitution von fossilen durch nachwachsende Ressourcen mit den Zielen des Naturschutzes, des Erhalts von Biodiversität und der globalen Ernährungssicherheit kollidieren.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich mittels der Kombination aus Effizienz- und Konsistenzstrategien die nötigen Reduktionen der Treibhausgasemissionen in der gebotenen Zeit nicht erreichen lassen – solange die Menge der produzierten und konsumierten Güter und Dienstleistungen auf dem aktuellen Niveau verbleibt oder gar noch steigt (vgl. Heyen et al. 2013: 8f; Stengel 2011: 139). Die Wette auf grünes Wachstum kann meiner Einschätzung nach nicht gewonnen werden. Insofern erfordert das Vorsorgeprinzip eine stärkere Gewichtung der Suffizienzstrategien. Allerdings ist diese Position in den Auseinandersetzungen um die sozial-ökologische Krise bislang marginalisiert, weil sie dem wachstumsbasierten Entwicklungsmodell entgegensteht (vgl. Buch-Hansen 2018), dessen zerstörerische Effekte tendenziell externalisiert werden. Insofern führt die Wette auf grünes Wachstum nicht nur mit großer Wahrscheinlichkeit zur Verfehlung der Klimaziele, sondern verstärkt darüber hinaus Konflikte um knapper werdende Ressourcen und stabilisiert neokoloniale Nord-Süd-Verhältnisse.

Fortschritt und Freiheit innerhalb des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells

Die Verlockungen der Faustischen Wette basieren auf einer bestimmten Vorstellung von Fortschritt und Freiheit sowie damit verbundenen Partikularinteressen. Dies trifft sowohl auf die Wette in Goethes Tragödie zu als auch auf die aktuellen Konflikte um die Energie- und Klimapolitik. Die primäre Motivation für das Kolonialisierungsprojekt ist Fausts Streben nach Herrschaft und Eigentum – »Herrschaft gewinn ich, Eigentum!« (Goethe 1973: 181). Dazu tritt zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich der Wunsch, einen Modernisierungsprozess einzuleiten, der auch anderen Menschen zu einer Wohlstandssteigerung verhelfen soll. Dabei geht Faust davon aus, dass letztlich selbst die zwangsumgesiedelten Menschen irgendwann die Modernisierung als Verbesserung ihrer Wohn- und Lebenssituation erkennen werden (vgl. Böhme 2005: 162f.). Dahinter steht die Überzeugung, dass sich die Anstrengungen zur Naturbeherrschung in Freiheit und Wohlstand für alle Menschen übersetzen und damit auszahlen werden.

»Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.
Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr.

Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.« (Goethe 1973: 225)

Die für Faust handlungsleitenden Vorstellungen von Gemeinwohl und der idealen Gesellschaftsordnung finden sich auch in den Annahmen der aktuellen Regierungspolitik. Hier wie dort wird Natur unter gesellschaftliche, insbesondere ökonomische, Funktionslogiken subsumiert. Der Natur wird kein Eigenwert beigemessen, ihre Nichtidentität aberkannt. Dementsprechend erhält Klimaschutz im Sinne des ökomodernen Gemeinwohlversprechens den Zweck, das wachstumsbasierte Entwicklungsmodell zu stabilisieren. Die Prämisse, dass Klimapolitik Wirtschaftswachstum nicht gefährden, sondern selbst generieren soll, wird zum Sachzwang, weil die Alternativen zur Wette auf grünes Wachstum mit Verzicht und Stagnation assoziiert werden. Diese ökomoderne Grundannahme wird im aktuellen Koalitionsvertrag expliziert:

»Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erhöhen. Wir werden Unternehmen und Beschäftigte bestmöglich unterstützen, Innovation fördern und neues Zutrauen in Gründergeist, Innovation und Unternehmertum schaffen. Wir müssen die Klimakrise gemeinsam bewältigen. Darin liegen auch große Chancen für unser Land und den Industriestandort Deutschland: Neue Geschäftsmodelle und Technologien können klimaneutralen Wohlstand und gute Arbeit schaffen.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 64)

Die Strategie des grünen Wachstums basiert auf modernisierungstheoretisch unterfütterten Vorstellungen von Freiheit und Fortschritt (vgl. Krüger 2015: 102ff.). Freiheit wird dabei als Unabhängigkeit von Natur und Gesellschaft verstanden. Dieses Verständnis manifestiert sich in den liberalen Forderungen nach unternehmerischer Freiheit, individueller Entfaltung und Abwehrrechten gegenüber dem Zugriff des Staates. Als Fortschritt gilt die Kumulation von Wissen, Technik und materiellem Wohlstand. Fortschritt und Freiheit sind eng gekoppelt, denn es ist der Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität, der zur vermeintlichen Unabhängigkeit des Menschen beiträgt (vgl. Dingler 2003: 44ff.). Fortschritt und Freiheit gelten als Treiber und Belohnung für die geforderte permanente Strebsamkeit – in den Worten der bereits erwähnten Spreng, Marland und Weinberg: »we accept the challenge of continual striving and vigilance« (Spreng/Marland/Weinberg 2007: 852). Moderne Gesellschaften sind »systematisch auf Wachstum, Innovationsverdichtung und Beschleunigung angewiesen [...], um ihre Struktur zu erhalten und zu reproduzieren« (Rosa 2016: 673). Im Koalitionsvertrag wird dieser Zusammenhang artikuliert als Imperativ zur Steigerung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, um das ökomoderne Gemeinwohlversprechen einzulösen:

»Die Welt ist am Beginn eines Jahrzehnts im Umbruch, deshalb können wir nicht im Stillstand verharren. Die Klimakrise gefährdet unsere Lebensgrundlagen und bedroht Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Deutschland und Europa müssen angesichts eines verschärften globalen Wettbewerbs ihre ökonomische Stärke neu begründen.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 4)

Fortschritt und Freiheit in einer solidarischen Kultur der Selbstbeschränkung

Nachdem ich die Prämissen und Gemeinwohlversprechen der Wette auf grünes Wachstum herausgearbeitet habe, widme ich mich nun der Frage, welche alternativen Vorstellungen von Gemeinwohl und idealer Gesellschaftsordnung dafürsprechen, die Faustische Wette auszuschlagen. Auch hier bietet die Dichtung inspirierende Anregungen. In Goethes Tragödie gibt es ein älteres Ehepaar, das Widerstand gegen das Kolonialisierungsprojekt leistet. Baucis und Philemon sind nicht bereit, ihr Haus aufzugeben und dem Projekt zu weichen. Die gewaltvolle Zwangsumsiedlung eskaliert, Baucis und Philemon sterben, ihr Haus verbrennt (vgl. Goethe 1973: 218). Je nach Perspektive kann man die Konfliktkonstellation unterschiedlich deuten. Die Interpretation von Spreng, Marland und Weinberg im eingangs erwähnten Artikel lautet, dass die Eheleute den sozialen Wandel scheuen und ihr bekanntes, wenn auch ärmliches Leben fortführen möchten (vgl. Spreng/Marland/Weinberg 2007: 852). Obgleich die drei Wissenschaftler durchaus Sympathien für das Ehepaar hegen und sie als bescheiden und großzügig charakterisieren, unterschlagen sie die politischen Gründe des Widerstandes. Diese Interpretation ist darauf zurückzuführen, dass für sie die Alternative zur Faustischen Wette nur im Verzicht auf technischen Fortschritt bestehen kann – den sie in Einzelfällen auch durchaus für eine sinnvolle Option halten (vgl. ebd.: 853). Was sie allerdings systematisch ausblenden, ist der Zugewinn an neuen Optionen, der mit einer Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells verbunden wäre.

Philemon und Baucis formulieren drei Argumente für ihren Widerstand gegen das Kolonialisierungsprojekt (für den gesamten Absatz vgl. Goethe 1973: 210f.). Erstens werfen sie Faust Ignoranz und Respektlosigkeit vor, weil er weder die existierende Natur- und Kulturlandschaft noch deren Bewohner:innen achtet. Dies machen sie an der Brutalität und Rücksichtslosigkeit fest, mit der Faust das Bestehende zerstört (»Schmäleren des Meeres Rechte,/Herrn an seiner Statt zu sein.«) und seine Arbeiter:innen behandelt (»Menschenopfer mußten bluten,/Nachts erscholl des Jammers Qual;«). Zweitens kritisieren sie den Herrschaftsanspruch Fausts, der nicht nur das Land und die Häuser, sondern auch den Gehorsam der Bewohner:innen einfordert (»Gottlos ist er, ihn gelüftet/Unsre Hütte, unser Hain;/Wie er sich als Nachbar brüstet,/Soll man untertänig sein.«). Ihr drittes Argument bezieht sich auf das Angebot, im neu gewonnenen Land wohnen zu dürfen. Dies ist in ihren Augen kein fairer Tausch, da sie das Leben auf dem ehemaligen Meeresboden als besonders risikoreich einschätzen (»Traue nicht dem Wasserboden,/Halt auf deiner Höhe stand!«). Aus Furcht vor Überschwemmungen beharren sie auf ihrem Wohnort auf der Anhöhe einer Düne.

Diese Argumentation beinhaltet Forderungen, wie sie auch von Akteur:innen der Klimagerechtigkeitsbewegung und von Wissenschaftler:innen, die sich einer Kritischen Theorie verbunden fühlen, artikuliert werden (vgl. Görg/Bedall 2013): Anerkennung der Nichtidentität der Natur und der Vielfalt der Lebensweisen, Demokratisierung und Gerechtigkeit sowie Durchsetzung des Vorsorgeprinzips. Diese Forderungen gehen über die Ablehnung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells hinaus. Sie sind positive Elemente einer alternativen Vorstellung von der idealen sozialen Ordnung und des Gemeinwohls. Ein solches emanzipatorisches Gemeinwohlverständnis basiert auf al-

ternativen Verständnissen von Fortschritt und Freiheit, mit denen die Absage an die Wette auf grünes Wachstum normativ begründet wird.

Emanzipatorisch gewendet ist Fortschritt auf die Vergrößerung von Handlungsoptionen und auf die Verringerung von Zwängen ausgerichtet. Fortschritt in diesem Sinne kann erst dort beginnen, wo der Zwang zum Fortschritt endet (vgl. Adorno 2003: 625, 638). Aktuell sind die modernen Wachstumsgesellschaften zum permanenten technischen und ökonomischen Fortschritt gezwungen – sei es der Zwang zur permanenten Stabilisierung der Finanzmärkte oder der Zwang zur Installation einer immensen Infrastruktur für erneuerbare Energien; womöglich folgt demnächst der Zwang zum Geoengineering usw. Ein emanzipatorisches Verständnis von Fortschritt strebt nicht nach alternativen Entwicklungspfaden innerhalb des Wachstumsparadigmas, sondern nach Alternativen zur (Fixierung auf) Wachstum und Entwicklung (vgl. Escobar 2015). Das erfordert, bestimmte Grundannahmen, Institutionen und Basisprinzipien der *westlichen* Moderne als Ursache der sozial-ökologischen Krise zu benennen und ihre Überwindung einzufordern.

Die Überwindung der Steigerungslogik der Moderne und des Primats des Wirtschaftswachstums bedarf eines Verständnisses von Freiheit, das über das oben genannte liberale Verständnis hinausgeht. Ohne Rückbindung des Freiheitsbegriffes an Gleichheit und die Achtung der Nichtidentität der Natur ist keine klimagerechte Gesellschaft denkbar. Freiheit darf nicht an Privilegien gekoppelt sein, weshalb der Schutz des Individuums vor Zwang und Diskriminierung verknüpft werden muss mit Regelungen, die Gleichheit garantieren. Polanyi, der in der Debatte um *Transformation* gerne zitiert, aber in der Regel verkürzt wiedergegeben wird⁶, artikulierte den Zusammenhang von Freiheit und Gleichheit in den 1940er-Jahren folgendermaßen:

»Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten. Rechtliche und praktische Freiheiten könnten größer und allgemeiner werden als je zuvor; Regelung und Kontrolle könnten Freiheit nicht nur für die wenigen, sondern für alle verwirklichen; Freiheit nicht nur als ein schon vom Ansatz her pervertiertes Recht der Privilegierten, sondern als ein verbrieftes Recht, das weit über die engen Grenzen des politischen Bereichs in die innere Struktur der Gesellschaft schlecht hin reicht. [...] Indessen sehen wir den Weg durch ein ethisches Hindernis versperrt. Planung und Kontrolle werden als Verleugnung der Freiheit angegriffen. Freies Unternehmertum und Privateigentum werden als Wesensmerkmale der Freiheit deklariert, und es heißt, keine auf anderen Grundlagen errichtete Gesellschaft verdiene es, frei

6 In der deutschsprachigen Debatte trug der einflussreiche Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, der in Anlehnung an Polanyis Buch den Vorschlag eines »Gesellschaftsvertrag[s] für eine Große Transformation« (WBGU 2011) im Titel trägt, zur Popularität des Transformationsbegriffs bei (vgl. Brand/Wissen 2017: 31ff.). Bei aller begrifflichen Radikalität zielt der dort in Anschlag gebrachte Transformationsbegriff lediglich auf die Substitution der energetischen Basis des Industrialismus, den Wandel der Konsumnormen und einen gestaltenden Staat, der Anreize dafür setzt, dass Wirtschaftswachstum mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang gebracht wird. Polanyis Forderung nach einer Dekommodifizierung vieler Lebensbereiche wird dagegen unterschlagen.

genannt zu werden. Die durch Regelung geschaffene Freiheit wird als Unfreiheit denunziert.« (Polanyi 1990: 339)

Um Missverständnisse zu vermeiden, sei erwähnt, dass der demokratische Sozialismus, wie er Polanyi vorschwebte, durchaus Märkte impliziert, die eine Funktion »als ein nützliches, aber untergeordnetes Element einer freien Gesellschaft« (Polanyi 1990: 311) erfüllen.

Angeichts der sozial-ökologischen Krise muss der Freiheitsbegriff nicht nur um die Forderung nach Gleichheit, sondern auch um die Forderung nach Anerkennung der Nichtidentität der Natur ergänzt werden. In der Tradition der Kritischen Theorie kann Freiheit als Reflexionsvermögen über die unhintergehbaren Vermittlungsverhältnisse von Individuum, Gesellschaft und Natur gefasst werden (vgl. Görg 2003: 34ff.). Freiheit in diesem Verständnis heißt Anerkennung der Abhängigkeit von Natur und Einsicht in die Kontingenz der gesellschaftlichen Gestaltung des Verhältnisses von Mensch und Natur. Weder die Unterordnung unter eine vermeintliche Ordnung der Natur noch die Unterwerfung der Natur bieten Freiheitspotenziale (vgl. ebd.: 41ff.), denn jeder »Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur um so tiefer in den Naturzwang hinein« (Horkheimer/Adorno 2009: 19). Stattdessen gilt es, durch eine bewusst gewählte Selbstbeschränkung Potenziale gesellschaftlicher Freiheit auszuloten (die bspw. in der Reduktion der Lohnarbeit zu suchen sind).

Der Weg in eine solidarische Kultur der Selbstbeschränkung

Kallis arbeitet in seinem Buch »Limits« heraus, weshalb die Fähigkeit zur Selbstbeschränkung eine Bedingung für Freiheit darstellt (vgl. Kallis 2019: 121). Er fordert die Wiederaneignung einer solidarischen Kultur der Selbstbeschränkung, in der Praktiken des Teilens und der demokratischen Selbstorganisation gelebt werden. Dabei geht es nicht um individuellen Verzicht, sondern um gesellschaftliche Institutionen der Selbstbeschränkung (vgl. ebd.: 81ff.). Die Aushandlung institutionalisierter Regelungen der Beschränkung (von Vermögen, Einkommen, emissionsintensiven Praktiken usw.) hat das Potenzial zur Revitalisierung von Demokratie, weil sie zu einer egalitäreren Gesellschaft führt und mehr Menschen Handlungsmacht verleiht (vgl. ebd.: 99ff.).

Umgekehrt hat eine Kultur der gesellschaftlichen Selbstbeschränkung die Ausweitung von Demokratie zur Voraussetzung. Insbesondere ökonomische Praktiken und Strukturen müssen in den Bereich der demokratischen Auseinandersetzung überführt werden. Ansatzpunkte für eine Demokratisierung der Wirtschaft finden sich in Praktiken des Commoning (vgl. Exner/Kratzwald 2021). Erst wenn die Fragen, wie viel und was (nicht) produziert wird, wie die als sinnvoll erachtete Arbeit verteilt und unter welchen Rahmenbedingungen sie geleistet wird, zum Gegenstand demokratischer Aushandlungsprozesse werden, lässt sich eine Kultur der Selbstbeschränkung einüben.

Auf dem Weg in eine solidarische Kultur der gesellschaftlichen Selbstbeschränkung können Protestbewegungen und gelebte Alternativen eine wichtige Rolle spielen, sofern sie neue Selbstverständlichkeiten, Normalitäten und Gemeinwohlvorstellungen etablieren. Gleichzeitig bedarf es auch der Veränderung bestehender und des Aufbaus neuer

Institutionen und Infrastrukturen, um die Spielräume von Postwachstumspraktiken auszuweiten. Umfassende Transformationsprozesse können nur »gleichzeitig als Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen und als Selbstveränderung des Denkens und Handelns der Menschen« (Brand/Wissen 2017: 169) realisiert werden. Die Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells bedarf einer spiralförmigen Bewegung, in der sich emanzipatorische Prozesse auf der Ebene von Identitäten und Alltagspraktiken verstärken durch transformierte Institutionen und Infrastrukturen, die wiederum Ansatzpunkte für neue gegenhegemoniale Praktiken bieten.

Ein solch grundlegender Wandel der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann nicht im Einvernehmen mit den Profiteur:innen des Status quo, sondern nur gegen deren Widerstand durchgesetzt werden (vgl. Eversberg 2020: 252). Es gilt also, in Kämpfen um Hegemonie einen Konsens zu einer solidarischen Kultur der Selbstbeschränkung herzustellen. Ein neues Gemeinwohlverständnis könnte beinhalten, den Zwang zum Fortschritt hinter uns zu lassen, unserer Abhängigkeit von Natur gewahr zu werden und uns auf Regelungen der kollektiven Selbstbeschränkung zu einigen, die Gleichheit und Freiheit für alle bieten. Anknüpfungspunkte für eine Kultur der Selbstbeschränkung bieten Commons sowie kulturelle und soziale Praktiken, die sich gerade nicht durch ihre Innovationskraft, sondern durch ihre Unproduktivität, Kontemplation und Konvivialität auszeichnen.

Literatur

- Adorno, Theodor (2003): »Fortschritt«, in: Rolf Tiedemann/Gretel Adorno/Susan Buck-Morss/Klaus Schultz (Hg.), Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, Kulturkritik und Gesellschaft II, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 617-638.
- BMU/UBA (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit/ Umweltbundesamt) (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin: BMU/UBA.
- Böhme, Gernot (2005): Goethes Faust als philosophischer Text, Zug: Die Graue Edition.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom.
- Bringezu, Stefan/Ramesohl, Stephan/Arnold, Karin/Fischedick, Manfred/von Geibler, Justus/Liedtke, Christa/Schütz, Helmut (2007): What we know and what we should know. Towards a sustainable biomass strategy. Wuppertal Papers 163, Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Buch-Hansen, Hubert (2018): »The Prerequisites for a Degrowth Paradigm Shift. Insights from Critical Political Economy«, in: Ecological Economics 146, S. 157-163.
- Dingler, Johannes (2003): Postmoderne und Nachhaltigkeit. Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung, München: oekom.
- Eichenauer, Eva (2018): »Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 315-341.

- Eichenauer, Eva/Reusswig, Fritz/Meyer-Ohlendorf, Lutz/Lass, Wiebke (2018): »Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen«, in: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.), Bausteine der Energiewende, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 633-651.
- Escobar, Arturo (2015): »Degrowth, postdevelopment, and transitions. A preliminary conversation«, in: Sustainability Science 10 (3), S. 451-462.
- Eversberg, Dennis (2020): »Who can challenge the Imperial Mode of living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population«, in: Innovation: The European Journal of Social Science Research 33(2), S. 233-256.
- Exner, Andreas/Kratzwald, Brigitte (2021): Solidarische Ökonomie & Commons. IN-TRO. Eine Einführung, Wien/Berlin: mandelbaum.
- Fauset, Claire (2008): Techno-Fixes. A critical guide to climate change technologies, London: Corporate Watch.
- Glynos, Jason/Howarth, David (2007): Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory, London/New York: Routledge.
- Goethe, Johann Wolfgang (2000): Faust. Der Tragödie erster Teil, Stuttgart: Reclam.
- Goethe, Johann Wolfgang (1973): Faust. Der Tragödie zweiter Teil, Leipzig: Reclam.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph/Bedall, Philip (2013): »Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse«, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch, Wiesbaden: Springer VS, S. 75-105.
- Graefe, Stefanie (2018): »Subjective limits to growth and the limits to a lifestyle oriented critique of growth«, in: Hartmut Rosa/Christoph Henning (Hg.), The Good Life Beyond Growth. New Perspectives, London/New York: Routledge, S. 201-211.
- Haberl, Helmut/Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Brockway/Paul/Fishman, Tomer/Hausknost, Daniel/Krausmann, Fridolin/Leon-Gruchalski, Bartholomäus/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Sousa, Tânia/Streeck, Jan/Creutzig, Felix (2020): »A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights«, in: Environmental Research Letters 15 (065003).
- Hanisch, Klaudia/Messinger-Zimmer, Sören (2017): »Also ich trau da überhaupt gar keinem.« Die Konflikte aus Perspektive der Unbeteiligten«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 169-180.
- Heyen, Dirk Arne/Fischer, Corinna/Barth, Regine/Brunn, Christoph/Griesshammer, Rainer/Keimeyer, Friedhelm/Wolff, Franziska (2013): Mehr als nur weniger. Suffizienz: Notwendigkeit und Optionen politischer Gestaltung. Öko-Institut Working Paper 3, Freiburg: Öko-Institut e. V.
- Horkheimer, Max/Adorno Theodor W. (2009) [1969]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Kallis, Giorgos (2019): Limits. Why Malthus was wrong and why environmentalists should care, Stanford/California: Stanford University Press.

- Konzeptwerk Neue Ökonomie (2021): Mit grüner Marktwirtschaft das Klima retten? Klimagerechtigkeits-Check der Ampelregierung, Leipzig: Konzeptwerk Neue Ökonomie.
- Krüger, Timmo (2015): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik, Bielefeld: transcript.
- Krüger, Timmo (2021a): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 539-563.
- Krüger, Timmo (2021b): »Die Energiewende im Kontext von Klima- und Demokratiekrise. Die Grenzen der Deliberation und radikaldemokratische Alternativen«, in: GAIA 30(3), S. 181-188.
- Krüger, Timmo (2022): »The German energy transition and the eroding consensus on ecological modernization: A radical democratic perspective on conflicts over competing justice claims and energy visions«, in: Futures 136 (102899).
- Linz, Manfred (2017): Wie Suffizienzpolitiken gelingen: Eine Handreichung, Wuppertal: Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte. Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 85 (4), S. 41-51.
- Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld: transcript.
- Polanyi, Karl (1990): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Prause, Louisa/Dietz, Kristina (2022): »Just mobility futures: Challenges for e-mobility transitions from a global perspective«, in: Futures 141 (102987).
- Radtke, Jörg (2020): »Das Jahrhundertprojekt der Nachhaltigkeit am Scheideweg: Wie kann die Energiewende in Deutschland breite gesellschaftliche Unterstützung finden?«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30, S. 97-111.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin: Suhrkamp.
- Sander, Hendrik (2016): Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Santarius, Tilman (2015): Der Rebound-Effekt: ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg: Metropolis.
- Scherrer, Christoph (2007): »Hegemonie: empirisch fassbar?«, in: Andreas Merkenz/Victor Rego Diaz (Hg.), Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Hamburg: Argument, S. 71-84.
- Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München: oekom.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Berlin: SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP.

- Spreng, Daniel/Marland, Gregg/Weinberg, Alvin M. (2007): »CO₂ capture and storage: Another Faustian Bargain?«, in: *Energy Policy* 35(2), S. 850-854.
- Stengel, Oliver (2011): *Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise*, München: oekom.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2009): *Welt im Wandel: Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung*, Berlin: WBGU.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin: WBGU.
- Wullweber, Joscha (2010): *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt*, Baden-Baden: Nomos.

Widerstreit der Zukünfte

Ökologie und Nachhaltigkeit im Kontext globaler Geschichtsphilosophie am Ende der 1980er Jahre

Daniel-Pascal Zorn

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1989-1991 wird von einflussreichen zeitgenössischen Kommentator:innen als dasjenige Ereignis betrachtet, mit dem das Zeitalter der Ideologien endet (vgl. Fukuyama 1989). Dieser Blickwinkel ist mitbestimmt durch die ideologischen Fronten der beiden Weltkriege sowie des darauffolgenden Kalten Krieges. Er suggeriert, dass die bürgerlichen Gesellschaften von zwei ideologischen Hauptströmungen heimgesucht wurden, dem Faschismus beziehungsweise Nazismus und dem Sozialismus beziehungsweise Kommunismus. Die Überwindung dieser beiden Strömungen 1945 beziehungsweise 1991 befreie die bürgerliche Gesellschaft von ihren ideologischen Verirrungen und mache so den Weg frei für eine neue, nicht mehr ideologisch geprägte Zukunft. Die islamistischen Terroranschläge des 11. September 2001 festigen diese Erzählung: Mit ihnen steht eine (ideologie-)freie westliche Welt einmal mehr gegen die irrationalen Kräfte einer fundamentalistischen Vergangenheit, die nun aus dem noch nicht liberal-demokratisch befriedeten Osten droht.

Diese Erzählung ist freilich selbst eine Form narrativer Zurichtung von Geschichte: Sie gibt Ereignissen einen Sinn, indem sie ein Verhältnis von Gegenwart und Zukunft entwirft, das zugleich das Selbstverständnis der Entwerfenden wiedergibt. Sie gehört, ebenso wie die überwunden geglaubten Ideologien, zu den geschichtsphilosophischen Entwürfen der westlichen Moderne. Im Folgenden werden drei dieser Entwürfe untersucht und auf ihren jeweiligen Zukunftsbegriff hin analysiert, jeweils zum Zeitpunkt der behaupteten Zeitenwende um das Jahr 1989. Der erste Entwurf vertritt eine geopolitisch-ökonomische Perspektive. Der zweite behandelt das Thema der Nachhaltigkeit in einem ökonomisch geprägten Verständnis von Ökologie. Der dritte denkt über Zusammenhänge von Technologie und Ökonomie am Ende der 1980er Jahre nach.

Alle drei Erzählungen prägen unsere Gegenwart: der Sieg des Liberalismus und sein andauernder Kampf gegen eine irrationale Vergangenheit; die drohende ökologische Katastrophe und die Hoffnung darauf, sie in einer gemeinsamen und globalen Anstrengung abzuwenden; die Veröffentlichung und Kommerzialisierung des World Wide Web und die Chancen und die Gefahren, die mit ihr verbunden sind. Zusammengenommen

ergeben die drei im Folgenden untersuchten Erzählungen von Zukunft einen ersten Umriss jener Geschichtsphilosophie, die zu erkennen auch deswegen schwierig ist, weil noch das gegenwärtige Selbst- und Weltverständnis durch sie geprägt werden. Zugleich zeigen sich bereits dort, in den Entwürfen von Zukunft Ende der 1980er, jene Paradoxien, Dilemmata und Brüche, deren Austrag wir heute in der Auseinandersetzung mit Ökonomie, Ökologie und Technologie beobachten können.

Fukuyama, Hegel, Marx

In seinem 1989 erschienenen Artikel *The End of History* erklärt Francis Fukuyama den Widerstreit der Zukunftsentwürfe, der das lange ideologische 20. Jahrhundert geprägt hat, für beendet. »What we may be witnessing«, schreibt er mit der Perspektive des Beobachters, der ein unabhängig von ihm eingetretenes Ereignis beschreibt, »is [...] the end of history as such: that is, the end point of mankind's ideological evolution and the universalization of Western liberal democracy as the final form of human government« (Fukuyama 1989: 4). Fukuyama antwortet mit dieser These auf den berühmten ersten Satz des Kapitels *Bourgeois und Proletarier* aus dem Manifest der kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels: »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen« (Marx/Engels 1980: 10).

Die beiden Klassen, die sich hier im Kampf miteinander befinden, sind, historisch auf das Äußerste zugespitzt, das Proletariat und die Bourgeoisie, also die immer weiter verarmenden Arbeiter:innen und das Bürgertum, das diese Arbeiter:innen ausbeutet und in die Armut treibt. Bedrohung der eigenen Existenz durch Ausbeutung und Verarmung und die Tatsache, dass das Proletariat gesellschaftlich nicht die Minderheit, sondern die Mehrheit bildet – diese Zuspitzung macht das Proletariat zur revolutionären Klasse. Es »kann sich«, so Marx und Engels, »nicht erheben [...], ohne dass der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird« (Marx/Engels 1980: 31). Die Bourgeoisie hat sich als »unfähig zu herrschen« herausgestellt, »weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern« (ebd.: 32).

Je mehr die Bourgeoisie das Proletariat unterdrückt, desto mehr untergräbt es seine eigene gesellschaftliche Machtstellung. Wenn schließlich das Proletariat in der Revolution, in dem sich dieser maximale Gegensatz entlädt, »gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen [...] die Existenzbedingungen des Klassegegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.« Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft endet und »[a]n die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (ebd.: 51).

Dieser entscheidende letzte Satz verweist auf ein Konzept, das bei Georg W. F. Hegel *Weltgeschichte* genannt wird. Kurz gesagt ist für Hegel die Geschichte dann Weltgeschichte, »wenn sie den Menschen im Sinn seines Menschseins zu ihrem Subjekt hat« (Ritter 2003: 199; vgl. Zorn 2022: 255–272). Für Hegel besitzt die Französische Revolution darin weltgeschichtliche Bedeutung, dass sie »die Freiheit zu dem Grund macht,

auf dem alle Rechtssatzung basiert wird« (Ritter 2003: 200). Doch diese weltgeschichtliche Freiheit ist ambivalent, zweideutig. Sie ermöglicht sich selbst ein Verständnis von sich selbst, in dem sie nur und ausschließlich in einer bestimmten Gesellschaftsform verwirklicht wird, die von Hegel ausgehend von der englischen Nationalökonomie angesetzt wird. Darin liegt »die Gefahr verborgen, dass die Gesellschaft dazu kommen kann, ihr Arbeits- und Klassensystem zur einzigen Bedingung des Menschen zu machen« (Ritter 2003: 232). Die Gesellschaft ist in ihrer Freiheit auch frei darin, sich auf eine Weise zu verstehen, die »alles, was der Mensch nicht durch die Gesellschaft ist, [...] real verneint«. Auf diese Weise gibt es keine Freiheit außerhalb der ökonomischen Ordnung und »dann muss die Gesellschaft wirklich aus dem Zusammenhang der Weltgeschichte heraustreten und zu ihrem Ende werden«. Was damit endet, ist nicht die Geschichte selbst, sondern die Weltgeschichte. Denn in dieser Version der Zukunft, die Hegel für die bürgerliche Gesellschaft entwirft, ist nicht mehr der Mensch, sondern die ökonomisch bestimmte Gesellschaft Subjekt der Geschichte.

Mit der radikalen Entfremdung des Proletariats bei Marx und Engels, seiner Ausbeutung und Verarmung, die sich immer weiter zuspitzt, ist die Situation beschrieben, in der die bürgerliche Gesellschaft »aus dem Zusammenhang der Weltgeschichte« herausgetreten ist. Was mit der proletarischen Revolution endet, ist damit einmal mehr die Geschichte als Geschichte einer bewusstlosen Menschheit, die erst noch zum Subjekt ihrer Geschichte werden muss. Die Idee der Freiheit, solange sie nicht auch die materialen Bedingungen der Gesellschaft mit einbezieht, kann unter Voraussetzung dieser Bedingungen vereinnahmt werden und die Gesellschaft statt in »eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx/Engels 1980: 51), in ein neues, ideologisches Gefängnis führen. Es ist die Radikalität dieses Gefängnisses, die eine Revolution nicht nur der Idee nach, sondern auch der Sache nach zu einer Revolution der menschlichen Freiheit macht. Mit dem Ende der Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen beginnt die Weltgeschichte, die »den Menschen im Sinn seines Menschseins zu ihrem Subjekt hat« (Ritter 2003: 199; vgl. Zorn 2022: 255-272).

Wenn Fukuyama in *The End of History* dieses als »endpoint of mankind's ideological evolution« (Fukuyama 1989: 4) postuliert, dann gelingt ihm das nur dadurch, dass er die Marx'sche Überbietung von Hegels Revolution hin zur Weltgeschichte selbst noch einmal überbietet. Dafür muss er den Gedanken einer sich durchsetzenden Freiheit bei Marx und Engels abschwächen, um ihn für sich reklamieren zu können: Für Marx, so Fukuyama, endet die historische Entwicklung in einem »communist utopia«. Weiter sagt Fukuyama dazu nichts. Doch als er etwas später im Artikel seine Thesefrage wiederholt – »Have we in fact reached the end of history?« –, erläutert er die darin liegende These wie folgt: »In the past century, there have been two major challenges to liberalism, those of fascism and of communism.« Die weitaus größere Herausforderung für den Liberalismus, so Fukuyama, war der Kommunismus. Denn dieser behauptete »a fundamental contradiction« der liberalen Gesellschaft »that could not be resolved within its context« (ebd.: 9).

An dieser Stelle reklamiert Fukuyama die These von Marx und Engels für sich selbst: »[S]urely, the class issue has actually been successfully resolved in the West.« Die liberale

(amerikanische) Gesellschaft der Gegenwart, so Fukuyama mit Alexandre Kojève¹, »represents the essential achievement of the classless society envisioned by Marx.« Wenn es ökonomische Härten gebe, hätten die jedenfalls nichts zu tun »with the underlying legal and social structure of our society«. Das »communist utopia« wird durch die wirtschaftsliberal geprägten USA der Reagan-Ära repräsentiert.

Fukuyama meint Marx und Engels zu überwinden, indem er ihnen die Nichterfüllung ihrer Kriterien entgegenhält. Im modernen Liberalismus gibt es keinen Existenzkampf der Mehrheit. Damit bestätigt er die Herrschaft der Bourgeoisie. Zugleich behauptet er, diese Herrschaft sei die eigentliche Verwirklichung des »communist utopia«, von dem Marx und Engels geträumt haben. Das verwirklichte Utopia ist die Grundstruktur von Fukuyamas Zukunftsentwurf: die Gegenwart ist das Ende der ideologischen Entwicklung des Menschen, die bestmögliche Gesellschaft.

Ironisch kommentiert Fukuyama in den Schlusspassagen seines Artikels die Statik seines eigenen Zukunftsentwurfs: Das Ende der Geschichte ist langweilig, der ideologische Kampf um Anerkennung verschiedener Zukunftsentwürfe wird ersetzt durch »economic calculation, the endless solving of technical problems, environmental concerns, and the satisfaction of sophisticated consumer demands« (Fukuyama 1989: 18). Wenn die Geschichte, die im selbstzufriedenen Liberalismus endet, einmal mehr beginnen würde, dann aufgrund der Langeweile, die in einem solchen System herrscht. Die nächste Revolution, heißt das, wird sich nicht wegen eines Mangels an Freiheit, sondern wegen der gescheiterten »satisfaction of sophisticated consumer demands« ereignen.

Genau in dieser ironischen Geste, die gleichwohl die These vom Ende der Geschichte voraussetzt, macht sich Fukuyamas philosophisch mit Hegel, Marx und Kojève aufgeladene Argumentation als ideologische kenntlich. Denn Fukuyama weist den Leser noch darauf hin, dass Marx' These vom Ende der Geschichte »was borrowed by Marx from his great German predecessor Georg Wilhelm Friedrich Hegel« (ebd.: 4). Mit Kojève und gegen Marx bezieht sich Fukuyama auf Hegel. Es ist genau diese Vereinnahmung Hegels als »historicist« und Vertreter eines »idealism«, der Fukuyama den Zugriff auf das Argument verstellt, das er selbst vertreten will.

Bereits der These von der »universalization of Western liberal democracy as the final form of human government«, die alle Konflikte aufgelöst habe, und der Gleichsetzung der liberalen US-amerikanischen Gesellschaft mit dem »communist utopia« wird die Tendenz deutlich, das eigene Gesellschaftsverständnis zu verabsolutieren. Erst aber der ironische Zusatz wird zur performativen Bestätigung: In der geschlossenen liberalen Gesellschaft kann sich die Freiheit nur noch gegen sich selbst erheben, wenn sie revoltiert, aus Langeweile und unbefriedigten Bedürfnissen heraus, nicht als emanzipatorischer Akt und nicht aus der Not der Existenz. Fukuyamas Zukunftsentwurf, den er vor allem als liberalistische Aneignung von Marx konzipiert, endet in dem, was Hegel als Gefahr der bürgerlichen Gesellschaft ausweist: die Verabsolutierung eines durchweg ökonomisch bestimmten Gesellschaftsentwurfs über alle anderen Formen von Freiheit. Fukuyamas Ende der Geschichte ist damit in Wirklichkeit das Ende der Weltgeschichte,

1 Ich ignoriere die Bezugnahme Fukuyamas auf Kojève hier bewusst, da sie ihm dabei hilft, seine Vereinnahmung der marxistischen These zu verschleiern.

das sich als Anfang der Weltgeschichte, als Verwirklichung der Assoziation der Freiheit maskiert, auf die Marx und Engels ihre Revolutionstheorie hin entwerfen. Solange die Existenz der Mehrheit gesichert ist, steht bis auf Weiteres keine proletarische Revolution am Horizont.

Brundtland und die schlechte Vermittlung von Überleben und Wachstum

Zwei Jahre vor Fukuyamas Vorschlag, den westlichen Liberalismus als finale Stufe der ideologischen Entwicklung und als Ende der Geschichte zu verstehen, wird 1987 im sogenannten *Brundtland-Bericht* der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (vgl. UN 1987) ebenfalls ein Entwurf der Zukunft vorgestellt.² *Our Common Future* – so der Titel des Textes – ist bedroht und zwar in einem globalen Maßstab. Die Bedrohung entsteht nicht durch eine Revolution, in der die gesamte Gesellschaft »in die Luft gesprengt wird« (Marx/Engels 1980: 31). Sie entsteht, mit Marx und Engels gesprochen, »durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente« (Marx/Engels 1980: 17). Diese Verbesserung betrifft nicht nur Maschinen und Produktionsstätten, sie betrifft auch Kommunikationen, Infrastrukturen, Logistiken – eine globale Industrie, die ihre Ressourcen und ihre Arbeiterschaft ebenfalls im globalen Maßstab organisiert. Der Welthandel »zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen«. Die Bourgeoisie »schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde«.

Das Problem, von dem der Zukunftsentwurf im Eingangskapitel des *Brundtland-Berichts* seinen Ausgang nimmt, hat mit der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise zu tun. Nicht mehr nur eine Gesellschaft, sondern diejenige des gesamten Planeten ist organisiert nach wirtschaftlichen Prinzipien. Bestand die von Hegel extrapolierte Gefahr darin, dass in der liberalen Gesellschaft »alles, was der Mensch nicht durch die Gesellschaft ist, [...] real verneint« (Ritter 2003: 232) wird, so greift diese Logik nun über auf das Ökosystem des Planeten: Die Erde, ein »small and fragile ball dominated not by human activity and edifice but by a pattern of clouds, oceans, greenery, and soils« (Wikisource 2020: o.S.), wird durch die »human activity« bedroht. Dieser fehlt die Fähigkeit »to fit its activities into that pattern« und dieser Mangel an Anpassung an ein vorgegebenes System mit anderen Zwecken als dem einer globalen Wirtschaftsordnung »is changing planetary systems, fundamentally«. Er ist damit zugleich die Ursache von »life-threatening hazards«, also einer Bedrohung der Existenz der Mehrheit der Menschen in globalem Maßstab.

Die Brundtland-Kommission sieht in dieser potenziellen Bedrohung eine »new reality, from which there is no escape«. Diese müsse entsprechend zuerst anerkannt und dann gestaltet werden, damit aus der potenziellen Bedrohung keine tatsächliche wird. Die Mittel zur Abwendung dieser Bedrohung sieht die Kommission in eben jener »Verbesserung der Produktionsinstrumente« (Marx/Engels 1980: 17), die den Eingriff in das globale Ökosystem zuallererst möglich gemacht hat.

2 Gemäß der Behandlung des offenen World Wide Web in diesem Artikel zitiere ich die Zusammenfassung des *Brundtland-Berichts* nach einer Open Source (Wikisource 2020).

Die globale kommunikative und logistische Infrastruktur und die globale Nahrungs- und Warenproduktion »with less investment of resources« sind »positive developments new to this century«. Wissenschaft und Technologie, die eingebunden sind in die Verbesserung der Produktionen, Methoden und Praktiken des weltweiten wirtschaftlichen Systems, können dabei helfen »to look deeper into and better understand natural systems«. Je besser diese verstanden werden, so das Argument, desto wahrscheinlicher ist es »to reconcile human affairs with natural laws and to thrive in the process.« Existenzbedrohung und ökonomische Interessen stehen sich – einmal mehr – nicht kontradiktorisch gegenüber.

Die »life-threatening hazards« müssen nicht zu einer Revolution führen, denn das kulturelle und spirituelle Erbe der Menschheit »can reinforce our economic interests and survival imperatives«. Damit soll es möglich sein, eine Zukunft zu ermöglichen »that is more prosperous, more just, and more secure«. Wohlstand, Gerechtigkeit und Sicherheit sind die Versprechen dieser Zukunft, in der nicht nur die Gefahren des ökologischen Kollaps gebannt sind, sondern die eine bessere Version der Gegenwart – die ja bereits auf einem guten Weg ist – für alle Menschen bietet. Eine »new era of economic growth«, aber »based on policies that sustain and expand the environmental resource base«. Dafür ist es freilich notwendig, so die Kommission in einem Zusatz, dass die in den Entwicklungsländern grassierende Armut gelindert wird. Dieser Zukunftsentwurf setzt »decisive political action« voraus, die dabei hilft »to ensure both sustainable human progress and human survival«.

Liest man diesen Zukunftsentwurf vor dem Hintergrund der bei Fukuyama skizzierten Idee eines siegreichen westlichen Liberalismus und seiner geschichtsphilosophischen Positionierung, fällt zunächst eine seltsame Übereinstimmung auf. Das Argument folgt der einfachen Konstruktion einer abzuwendenden Bedrohung und einer Lösung, die zu ihrer Abwendung formuliert wird. Die Bedrohung ist maximal und recht eindeutig: das alle Menschen betreffende Ökosystem des Planeten droht zu kollabieren, wenn das aktuelle System unverändert beibehalten wird. Dieser Tatsache kann man nicht entkommen, »there is no escape«. Die Brundtland-Kommission votiert entsprechend für Veränderung.

Doch diese Veränderungen betreffen keinen revolutionären Umsturz der bisherigen Verhältnisse. Im Gegenteil: Dieselben Mittel, dieselbe Waren- und Nahrungsproduktion, dieselben Infrastrukturen und Logistiken, die das planetarische Ökosystem kollabieren lassen, sollen dabei helfen, es zu stabilisieren. Wissenschaft und Technologie, die weitgehend eingebunden sind in die Verbesserung dieses wirtschaftlichen Systems, sollen sich zugleich diesem System dort entgegenstellen, wo ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse über die tieferen Zusammenhänge der Natursphäre den wirtschaftlichen Interessen widerstreiten. Die gleiche Wirtschaft, der 1972 noch ihre *Limits to Growth* (vgl. Meadows et al. 1972) dargestellt wurden, soll nun gleich in eine »new era of economic growth« geführt werden. Das Ökosystem erscheint hier nicht mehr als »pattern of clouds, oceans, greenery, and soils«, sondern als »environmental resource base«, die »sustain[ed] and expand[ed]«, aufrechterhalten und erweitert werden soll. Die Erde ist »organism whose health depends on the health of all of its parts« und zugleich Gegenstand eines Managements von »environmental resources« für die neue Ära wirtschaftlichen Wachstums.

Bemerkenswert ist schließlich der Gebrauch des Begriffs »sustainable«. Was durch die von der Kommission empfohlene politische Entscheidung erreicht werden soll, ist »both sustainable human progress and human survival« – hier wird eine Minimal- mit einer Maximalbedingung zusammengeschlossen. »Sustainable human survival« ist ein Pleonasmus, da »survival« bedeutet, dass man (immer) noch am Leben bleibt, obwohl das Leben existenziell bedroht ist. »Sustainable human progress« wiederum bezieht sich auf das Versprechen »to thrive in the process«, in der »new era of economic growth«, in der ökonomische Interessen und Imperative des nackten Überlebens durch das menschliche kulturelle und spirituelle Erbe versöhnt werden.

Der *Brundtland-Bericht* adressiert alle Nationen. Zugleich adressiert er die Akteure eines Wirtschaftssystems, denen Anreize gegeben werden müssen, um in die politischen Entscheidungen dieser Nationen zu investieren. Diese Akteure sind zwar ebenso von der existenziellen Bedrohung durch den Kollaps des Ökosystems betroffen. Die Mehrheit der Menschen, deren Lebensgrundlage durch diesen Kollaps bedroht wird, betrifft dieses Mal nicht nur ein Proletariat, das in Entfremdung und Ausbeutung verarmt. Die Aufrechterhaltung des Ökosystems ist auch die Bedingung der Möglichkeit eines weltweiten Wirtschaftssystems, das sich auf relativ gleichbleibende Bedingungen verlassen muss, um Ressourcenerschließung, Warenproduktion, Transport und Distribution usw. aufeinander abstimmen zu können.

Dennoch reicht der Hinweis auf diese Bedingungen nicht aus. Er muss ergänzt werden durch das Versprechen einer »new era of economic growth«, einer besseren Zukunft, in der Überleben und Aufrechterhaltung des Wirtschaftssystems keinen Widerspruch mehr bilden. Die Akteure der Auflösung dieses Widerspruchs sind politische Entscheider:innen, also die Gesellschaften selbst, Wissenschaft und Technik, die eine produktiv-kritische Doppelrolle spielen sollen – und die wirtschaftlichen Akteure, sofern sie bereit sind in die Veränderung zu investieren. Die Gesellschaften und ihre politischen Entscheider:innen sind diejenigen, die zur Veränderung aufgefordert werden, denen aber auch der Imperativ übertragen wird, ökologische und ökonomische Hinsichten widerspruchsfrei zu verbinden. Wissenschaft und Technik fungieren in dieser Konstellation dagegen als von sich aus ablaufendes System. Sie ermöglichen als objektiver Erkenntnisprozess das eine wie das andere.

Die Einzigsten, denen Anreize für Veränderung gegeben werden (konkret: Versprechen auf mögliche Profitsteigerung durch neue umweltfreundliche und global einsetzbare Technologien, also auf eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums) sind die Akteure des wirtschaftlichen Systems. Ihnen wird versprochen, neben den »survival imperatives« auch die »economic interests« zu verstärken – als setze letzteres nicht ersteres voraus. Die Pointe dieser Darstellung besteht darin, dass damit Fukuyamas Behauptung bestätigt wird, das »communist utopia« werde durch die USA der Reagan-Ära repräsentiert. Die Einzigsten, die noch über Existenz und Nichtexistenz entscheiden können und dafür Anreize bekommen, sind die wirtschaftlichen Akteure selbst.

Weil sich das wirtschaftliche System aus den einzelnen nationalen Gesellschaften heraus zu einem globalen entwickelt hat, verstattet es seinen Akteuren die Rolle einer revolutionären Klasse, die gegen die eigenen bisherigen Interessen revoltieren muss, um die eigene Existenz gegen den Kollaps des globalen Ökosystems zu retten. »Die Umweltpolitik ist [...] nur transnational zu bearbeiten«, außerhalb der Sphäre einer be-

stimmten Gesellschaft, denn »Emissionen aller Art machen keinen Bogen um nationale Rechtsräume und Politikstile« (Leggewie/Welzer 2011: 160). Indem sie einen Zusammenhang betrifft, der die Zukunft aller Menschen auf dem Planeten bedroht, erfordert sie einen Handlungsspielraum, der außerhalb bestimmter nationaler Interessen steht. Deswegen adressiert der *Brundtland-Bericht* zwar die einzelnen Nationen, aber fordert diese im Kollektiv auf politische Entscheidungen durchzusetzen, die eine globale Veränderung ermöglichen.

Politische Entscheidungen sind allerdings Sache von Verhandlungen und Kompromissen, die in der Konfrontation mit existenziellen Bedrohungen nicht möglich sind. Die politischen Entscheider:innen müssen ihre Eingriffe in das jeweilige nationale Wirtschaftssystem in ihren Gesellschaften verantworten. Also adressiert die Brundtland-Kommission in ihrem Bericht außerdem das wirtschaftliche System, das als global organisierte Finanz-, Waren- und Dienstleistungsökonomie gewissermaßen jenseits national bestimmter ökonomischer Interessen steht. Erst hier werden Anreize formuliert und wird eine Zukunft entworfen, in der das Überleben der gesamten Menschheit mit dem bemerkenswerten Argument plausibel gemacht wird, dass die dabei eingesetzten Mittel eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums mit sich bringen.

Die Zukunft des ökologischen Gemeinwohls

Die transnationale Position der Wirtschaft als Handlungsmacht, der Anreize gegeben werden müssen um die Existenzbedrohung durch den ökologischen Kollaps abzuwenden, spiegelt sich im nationalen Maßstab in jener Rolle, die ökologisch motivierte Bürgerinitiativen für den politischen ökologischen Diskurs in den einzelnen Gesellschaften spielen. Reinhart Koselleck hat diese Rolle in einem Vortrag aus dem Jahr 1979, acht Jahre vor dem *Brundtland-Bericht* und wenige Monate vor der Gründung der Partei *Die Grünen*, im Kontext gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe diskutiert. Für Koselleck verwirklichen Bürgerinitiativen eine Sonderform der Verbindung von Eigeninteresse und Allgemeininteresse, die jenseits der repräsentativen Ordnung einer republikanischen Demokratie angesiedelt ist.

In dieser Ordnung müssen Verbände, Parteien und Unternehmen ihre eigenen Sonderinteressen auf eine Weise rechtfertigen, die sie zugleich als Dienst an der Allgemeinheit ausweisen: »Es gehört [...] zum programmatischen Selbstverständnis aller genannten Organisationen, dass sie sich auf das Gemeinwohl der gesamten Gesellschaft berufen müssen, um sich öffentlich auszuweisen. Wo dies nicht gelingt, werden sie unglaubwürdig, verlieren sie an Vertrauen oder Unterstützung beim Bürger oder Wähler« (Koselleck 2010: 516-517). Dieser Bezug auf das Gemeinwohl ist ein Versprechen, das gerade deswegen, weil es von der Gegenwart aus entworfen wird, in dieser Gegenwart nur als Versprechen auf die Zukunft erscheinen kann: »Oft zeigt sich erst nach Jahren, zu wessen Gunsten, zugunsten aller oder nur zugunsten einiger, eine Entscheidung getroffen ist. In jeder Beschwörung des Allgemeinwohls liegt ein Vorgriff auf die Zukunft enthalten, der empirisch nicht unmittelbar einzulösen ist« (ebd.: 518).

Während Parteien, Verbände und Unternehmen zur gesellschaftlichen Rechtfertigung ihrer Sonderinteressen eine Zukunft entwerfen müssen, in der die Allgemeinheit

von diesen Sonderinteressen profitiert, verfolgen Bürgerinitiativen »gar keine Sonderinteressen [sondern] beanspruchen für sich, schlechthin das Interesse aller Bürger zu vertreten« (ebd.: 519). Das Sonderinteresse der Bürgerinitiativen ist das Allgemeininteresse: »Dieser Anspruch [...] ist im Rahmen unserer gesellschaftlichen Vorgegebenheiten verständlich nur, weil sich die Bürgerinitiativen [...] weder direkt politisch noch direkt ökonomisch verstehen, sondern in erster Linie ökologisch.« (Ebd.) Weil die Gesellschaft vor allem durch Sonderinteressen geprägt ist, ist die Adressierung eines übergreifenden Allgemeininteresses problematisch: »Der Schutz unserer Umwelt, die Erhaltung des Ökosystems gehören zu solchen Postulaten von allgemeiner Evidenz, dass es schwerfällt, sie unmittelbar einzulösen.« (Ebd.: 520).

Zugleich ist die Einhaltung dieser Postulate höchst voraussetzungs voll. Da das Ökosystem, wie der *Brundtland-Bericht* formuliert, »a pattern of clouds, oceans, greenery, and soils« ist, die Vielfalt der Arten und damit die Erhaltung von Ressourcen und Lebensräumen von menschlichen und nichtmenschlichen Lebewesen betrifft, verlangt sein Schutz vielfältige Kompromisse und Entscheidungen politischer und ökonomischer Natur. Weil aber auch die Gesellschaft selbst und ihre Wirtschaftsordnung von den Voraussetzungen des Ökosystems direkt abhängig sind, handelt es sich um Kompromisse und Entscheidungen, die nicht einem gesellschaftlichen Sonderinteresse zugeordnet werden können. Sie betreffen die Allgemeinheit zugleich maximal mittelbar und zugleich maximal unmittelbar, jeweils in verschiedenen Hinsichten: maximal mittelbar in den vielen verschiedenen anstehenden Kompromissen und Entscheidungen, die durch die Komplexität des Ökosystems selbst notwendig werden; maximal unmittelbar in der Existenzbedrohung, die in der Nichterhaltung des Ökosystems auch für das politische und ökonomische System impliziert ist.

»[D]er Allgemeinheitsanspruch«, also der Anspruch auf die Zukunft, »der Ökologie erweist sich gerade daran, dass er über sich hinausweist und direkt in unser politisches und ökonomisches System hineinwirkt« (Koselleck 2010: 521). Den Zukünften der Sonderinteressen, die immer bis zu einem gewissen Grad ideologisch sind, weil sie sich möglichst positiv auf das zu erwartende Allgemeinwohl beziehen müssen, tritt eine bedrohliche Zukunft gegenüber, die durch Zusammenhänge bestimmt wird, die sich dem gesellschaftlichen Interessenskonflikt bis zu einem gewissen Grad entziehen. Damit »sind Interessenartikulationen des Umweltschutzes organisatorisch offenbar schwerer abzusichern als die Interessen von Politik und Wirtschaft«. Entsprechend besteht der »Elan« der ökologischen Bürgerinitiativen darin, »nur solche Allgemeininteressen zu vertreten, die von keiner der bestehenden Organisationen hinreichend vertreten würden« (ebd.: 520). Die Bürgerinitiative vertritt den Blick auf das Ganze, weil dieses nicht in einem gesellschaftlichen Sonderinteresse adressiert werden kann.

Sie entspricht damit strukturell den globalen ökonomischen Akteuren, die in ihrem Selbstverständnis, das Fukuyama von ihnen entwirft, die einzige noch verfügbare revolutionäre Klasse bilden. Ihre »environmental concerns«, die bei Fukuyama noch als Ausdruck der Langeweile des siegreichen liberalen westlichen Systems angeführt werden, stellen sich als möglicher Ausgangspunkt eines neuen Anfangs der Geschichte heraus, der alleine von den ökonomischen Akteuren selbst in Gang gebracht werden kann. Während die Bürger:innen des revolutionären Zeitalters sich ihre Freiheit gegen das Ancien Régime (Hegel) und die Proletarier:innen ihre Freiheit gegen die Bedrohung

ihrer Existenz durch die Bourgeoisie (Marx und Engels) erkämpfen mussten, müssen nun die Vertreter:innen desjenigen Systems, durch das ein globaler ökologischer Kollaps droht, mit den Mitteln desselben Systems eine Existenzbedrohung der gesamten Menschheit abwenden.

Im *Brundtland-Bericht* kann man die direkte Gegenüberstellung der beiden Zukünfte und ihre – mit Hegel gesprochen – schlechte Vermittlung direkt an den absurden Formulierungen »economic interests and survival imperatives« bzw. »sustainable human progress and human survival« ablesen: Das Überleben, das einen kategorischen Imperativ und die Voraussetzung für jede Art von ökonomischem Interesse und menschlicher Fortschrittserwartung bildet, wird aus diesem logischen Bedingungssystem gelöst und dem von ihm Bedingten gegenübergestellt, das nun als Anreiz fungiert, das Überleben zu ermöglichen.

Diese schlechte Vermittlung impliziert, dass sich beide Zukunftsentwürfe, derjenige des liberalen ökonomischen Systems als ins Endlose verlängerte Gegenwart und derjenige der Bürgerinitiativen, die ein maximales Allgemeininteresse vertreten, sich auch im globalen Maßstab gegenüberstellen. Sofern nämlich das maximale Allgemeininteresse der Aufrechterhaltung des Ökosystems den nationalen Maßstab übersteigt – weil »Emissionen aller Art [...] keinen Bogen um nationale Rechtsräume und Politikstile [machen]« (Leggewie/Welzer 2011: 160) –, das ökonomische System aber bereits globalen Maßstab angenommen hat, ist zu erwarten, dass ihm der ökologische Imperativ ebenfalls auf globaler Ebene gegenübertritt. Doch dafür bräuchte es eine Möglichkeit, im globalen Maßstab politische Partizipation zu ermöglichen.

Die offene Zukunft des World Wide Web

Eine solche Möglichkeit eröffnet sich im Jahr 1989, dem Jahr von Fukuyamas Artikel *End of History* und zwei Jahre nach dem *Brundtland-Bericht*. Als das World Wide Web schließlich im Jahr 1993, ein Jahr nach dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro, von seinen Entwicklern am CERN in Genf gemeinfrei gemacht wird, sind die Erwartungen groß. Die weltweite Vernetzung auch von Laien, die vorher keinen Zugang zu den Vorläufersystemen Arpanet und Usenet hatten, soll eine globale demokratische Netzkultur ermöglichen, die sich dezentral und radikaldemokratisch selbst organisiert. In ihrem 1995 erschienenen Essay *The Californian Ideology*, der zuerst im Internet zur Diskussion gestellt und dann ein Jahr später in einer abschließenden Version veröffentlicht wurde, lassen Richard Barbrook und Andy Cameron die bisherige Kommerzialisierung des Internets Revue passieren.

Die titelgebende Ideologie ist ein »new faith [...] emerg[ing] from a bizarre fusion of the cultural bohemianism of San Francisco with the hi-tech industries of Silicon Valley« (Barbrook/Cameron 1996: 44-45). Er kombiniert den gesellschaftstranszendierenden Freiheitsbegriff der Hippies mit dem Freiheitsbegriff einer neuen Generation von Unternehmer:innen, die ihre ökonomische Zukunft in der digitalen Welt suchen: »In the digital utopia, everybody will be both hip and rich«. Zugleich ist das Internet auch ein Versprechen auf eine neue demokratische Zukunft mit weltweiten Partizipationsmöglichkeiten. Die Vertreter:innen der *Californian Ideology*, so Barbrook und Cameron,

»want information technologies to be used to create a new ›Jeffersonian democracy‹ where all individuals will be able to express themselves freely within cyberspace« (ebd.: 45). Sie glauben, dass die »convergence of media, computing and telecommunications would inevitably create the electronic agora – a virtual place where everyone would be able to express their opinions without fear of censorship« (ebd.: 48).

Am deutlichsten, so Barbrook und Cameron weiter, zeigt sich die widersprüchliche Mehrdeutigkeit des Freiheitsbegriffs der Californian Ideology »in its contradictory visions of the digital future« (Barbrook/Cameron 1996: 50). Zum einen ist die kommerzielle Digitalisierung »a key component of the next stage of capitalism. [...] [A]ll major industrial economies will eventually be forced to wire up their populations to obtain the productivity gains of digital working«. Dabei ist völlig unklar, welche politischen Folgen eine weltweite Vernetzung haben wird: »What is unknown is the social and cultural impact of allowing people to produce and exchange almost unlimited quantities of information on a global scale. [...] [W]ill the advent of hypermedia realise the utopias of either the New Left or the New Right?« (ebd.: 52) Auf der anderen Seite neigt die den Autoren zeitgenössische Netz-Community eher auf die Seite der Linken, gegen »corporate capitalism and big government«, zugunsten eher einer »hi-tech ›gift economy‹«, ganz im Sinne des gemeinfreien Codes des World Wide Web selbst. Zugleich teilt man den »enthusiasm for the libertarian possibilities«, den die US-amerikanischen Rechten vertreten.

Am Ende ihres Textes richten Barbrook und Cameron einen Appell an die Europäer:innen, nachdem sie in düsteren Farben die Entwicklung in den USA skizziert haben. Anstatt der Entwicklung dort zu folgen, ist es »now necessary for Europeans to assert their own vision of the future.« Die Zukunft der wirtschaftsliberal geprägten USA der Reagan-Ära muss nicht die Zukunft Europas sein. »There are varying ways forward towards the information society – and some paths are more desirable than others« (Barbrook/Cameron 1996: 66). Noch ist die Zukunft offen, so Barbrook und Cameron, um einen Unterschied zu machen.

Der Widerstreit der Zukünfte

Ende der 1980er Jahre wird die Zukunft ökonomisch, ökologisch und technologisch entworfen. Die Zukünfte unterscheiden sich: Fukuyamas *End of History* sieht die Zukunft als endlose Wiederholung der Gegenwart, Zeichen eines vermeintlichen Sieges des liberalen westlichen Systems und seiner Ökonomie über Faschismus und Kommunismus. Umgekehrt lässt sich mit Hegel und Marx beschreiben wie Fukuyama der von Hegel angemahnten Gefahr unterliegt, die Freiheit des ökonomisch-liberalen Gesellschafts-systems der USA mit der menschlichen Freiheit an sich zu verwechseln. Es ist gerade die Geschlossenheit der Ideologie, die in der Geschichte nur noch die Wiederholung ihrer selbst erblicken kann, die Fukuyamas Versuch bedingt, mit Marx und Engels gegen Marx und Engels den Liberalismus zugleich als Überwindung *und* Verwirklichung des Kommunismus auszuweisen. Der darin sich zeigende Widerspruch bleibt unaufgelöst.

Der endlosen Wiederholung der Gegenwart tritt mit dem drohenden Kollaps des Ökosystems ein revolutionäres Ereignis gewissermaßen von außen gegenüber. Die Ge-

geschlossenheit des liberalen Systems zeigt dieses Ereignis in einer unaufgelösten Vermittlung von Existenzbedrohung und Fortschritt der Menschheit, in der abstrakten Gleichzeitigkeit von Überleben und ökonomischem Wachstum im *Brundtland-Bericht*. Inhaltlich politische Entscheider:innen, also die nationalen Gesellschaften adressierend, betreffen operativ die Anreize der Argumentation vor allem die ökonomischen Akteure. Mit dem Versprechen einer »new era of economic growth« für die Abwendung der globalen Bedrohung menschlicher Existenz durch den Kollaps des Ökosystems wird die Ökonomie als dasjenige System adressiert, dessen Mittel zugleich Ursache und Lösung für die abzuwendende ökologische Katastrophe sein soll. Wissenschaft und Technologie werden dabei in die Doppelrolle einer Produktivkraft gedrängt, die zugleich diejenigen kritischen Argumente formuliert, mit denen das ökonomische System sich selbst reformieren soll.

Die globale Bedrohung erzeugt auf nationaler Ebene eine neue Form politischer Partizipation, in der das für die Ökonomie zentrale Eigeninteresse dem für das menschliche Leben auf dem Planeten zentrale Allgemeininteresse entspricht. Mit der ökologischen Bewegung in verschiedenen Bürgerinitiativen entsteht eine demokratische Bewegung, deren Interesse die Bedingungen der partikulären Eigeninteressen betrifft, die in einem demokratischen System in Parteien, Verbänden und Unternehmen um die Deutungshoheit der Zukunft ringen. Die Zukunft der Bürgerinitiativen ist dabei zugleich radikal mittelbar und höchst voraussetzungsvoll und radikal unmittelbar durch die Bedrohung der Lebensgrundlagen des Menschen im maximalen globalen Maßstab. Dadurch tritt sie den verschiedenen ideologischen Zukünften der demokratischen Interessenvertreter:innen, die ihr Sonderinteresse durch ein zukünftiges Versprechen auf Allgemeinwohl rechtfertigen, unvermittelt gegenüber.

Weil ihr Zukunftshorizont so über den nationalen Rahmen hinausreicht, verweist die Bürgerinitiative auf demokratische Bewegungen, die sich ebenfalls im globalen Maßstab im Kontext der Entstehung des World Wide Web bilden. Noch 1995 ist die Zukunft des globalen Netzwerks ungewiss, für die kritischen Kommentatoren der *Californian Ideology* zumindest in Europa noch offen für eine alternative, von ökonomischen Einflüssen freie Entwicklung einer Netz-Community. Für die USA, Fukuyamas Heimatland des westlich-liberalen Systems, sehen diese Kommentatoren bereits die Vereinnahmung des World Wide Web, strukturell durch die politische Ökonomie des amerikanischen Wirtschaftsliberalismus, inhaltlich durch politische Ideologien. Das lässt sich schließlich für die Gegenwart weiterdenken: Auf nationaler Ebene entsteht die Bürgerinitiative gerade in Differenz zu den Interessengruppen, die ihre Selbst- durch Allgemeininteressen rechtfertigen. Ohne diesen Kontrast, der erst das Allgemeininteresse der ökologischen Bürgerinitiativen als den nationalen Rahmen sogar noch übersteigenden Allgemeinanspruch sichtbar macht, sind auch die Vertreter:innen einer ökologischen Allgemeinheit nur eine Interessengruppe im World Wide Web unter vielen, eingebunden in eine digitale Ökonomie.

Die Geschichtsphilosophie am Ende des 20. Jahrhunderts entwirft ein Bild von der Geschichte, das als dialektische Umkehrung der Geschichtsphilosophien des 19. Jahrhunderts zu verstehen ist. Stand dort die offene Zukunft, der Fortschritt der liberalen – oder sozialistischen – Gesellschaft einer im Stillstand befangenen Vergangenheit gegenüber, so steht nun eine Gegenwart, die Zukunft als Ressource ihrer eigenen Fortset-

zung betrachtet, einer Zukunft gegenüber, die jene Fortsetzung fundamental bedroht und so einen radikal neuen Entwurf der Gegenwart fordert. Die Vermittlung dieses Widerstreits ist allerdings denselben Mitteln aufgegeben, die ihn erzeugen: dem ökonomischen Weltsystem der globalen Warenproduktion und -verteilung und dem technologischen Weltsystem des World Wide Web. Ihnen steht ein ökologischer Imperativ gegenüber, der nicht verschiedene Zukünfte, sondern eine vom Menschen aus seiner Sicht lebensfreundlich gestaltbare Zukunft überhaupt und den Verlust dieser Zukunft als Alternative stellt. Ist dieser Streit entscheidbar? Bis in die Gegenwart hinein bleibt er jedenfalls unentschieden.

Literatur

- Fukuyama, Francis (1989): »The End of History?«, in: *The National Interest* 16, S. 3-18.
- Koselleck, Reinhart (2010): »Allgemeine und Sonderinteressen der Bürger in der umweltpolitischen Auseinandersetzung« [1980], in: Ders.: *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 516-526.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2011): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1980): »Manifest der Kommunistischen Partei« [1848], Berlin: Dietz.
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis L./Randers, Jørgen/Behrens, William W. (1972): *The limits to growth. A report for the Club of Rome's Project on the predicament of mankind*, New York: Universe Books. Online verfügbar unter: <https://www.donellameadows.org/wp-content/userfiles/Limits-to-Growth-digital-scan-version.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 17.09.2022.
- Ritter, Joachim (2003): »Hegel und die französische Revolution« [1956], in: Ders.: *Metaphysik und Politik. Studien zu Aristoteles und Hegel*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 183-233.
- UN, United Nations (1987): *Our Common Future, Report of the World Commission on Environment and Development*. Online verfügbar unter: <https://www.are.admin.ch/are/de/home/medien-und-publikationen/publikationen/nachhaltige-entwicklung/brundtland-report.html>. Zuletzt aufgerufen am 17.09.2022.
- Wikisource (2020): *Page:Brundtland Report.djvu/18. From One Earth to One World. An Overview by the World Commission on Environment and Development*. Online verfügbar unter: https://en.wikisource.org/wiki/Page%3ABrundtland_Report.djvu/18 vom 17.09.2022. Zuletzt aufgerufen am 17.09.2022.
- Zorn, Daniel-Pascal (2022): »Die Krise des Absoluten. Was die Postmoderne hätte sein können«, Stuttgart: Klett-Cotta.

»Die Arktis brennt« – Zur verlorenen Zukunft in Katastrophennarrativen von Klimaprotestbewegungen

Anna Nora Freier und Josua Schneider

»Was sieht der Mensch voraus, was kann er voraussehen? Die kommende Wirklichkeit – oder nur Möglichkeiten? Eine Möglichkeit, mehrere oder viele? Ist die Voraussicht geleitet von Furcht oder Vernunft oder, mit Hobbes zu sprechen, von beiden zugleich? Ist sie geführt vom Glauben an eine Prophetie oder abgesichert durch den Rückgriff auf eine geschichtsphilosophisch begründete Notwendigkeit oder gespeist aus Kritik oder Skepsis? Ist sie an Vorzeichen manischer oder magischer Art gebunden oder an ein Zeichensystem geschichtlicher Deutungen oder an die Versuche wissenschaftlicher Analysen?« (Koselleck 1979: 205)

Von Großdemonstrationen im Format der Schulstreiks über Menschenketten am Braunkohlentagebau, Boy- und Buykotts hin zu Schottern, Brückenbesetzungen oder Festkleben auf Straßen – der gegenwärtige sogenannte Klima-Protest ist als kollektiver und öffentlicher Ausdruck von Widerspruch äußerst vielgestaltig und mit seinen oftmals eventisierten, affektiv-effektiven und z.T. illegalen Ausdrucksformen derzeit sicht- und hörbar auf den Straßen, im Netz sowie in der medialen Berichterstattung präsent.

Das Protestgeschehen erfährt (nicht nur) in umwelt- und vor allem klimapolitischen Arenen gegenwärtig eine Konjunktur – aber erleben wir hier auch eine *neue*, und vor allem eine wirksame Kultur des Widerspruchs?

Neben den provokanten Aktionen erscheint besonders auffällig und effektiv die gegenwärtige Protestkommunikation der großen Akteur:innen im Protestgeschehen zu sein, mittels derer sie die Protestanliegen – v.a. die Bekämpfung des Klimawandels – von der Peripherie direkt ins Zentrum der politischen Öffentlichkeit transportieren. Dies gelingt aus unserer Sicht v.a. durch den alarmierenden Problemaufriss im Format des *Katastrophennarrativs*. Als eine neue Form der Klima-Protesterzählungen sehen wir sie v.a. durch den starken Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse bei gleichzeitiger eschatologischer¹ Grundstruktur in eigenzeitlicher Rhythmik charakterisiert.

1 Der ursprünglich christliche Begriff greift das religiöse Konzept des Endzeitlichen, insbesondere die prophetische Lehre von den Hoffnungen auf Vollendung des Einzelnen (individuelle Escha-

Mit ihnen geht eine Verkürzung der Zeitsequenz der Zukunft einher: indem sie die apostrophierte Apokalyptik ins *Hier und Jetzt* holen, schaffen sie es, die Gegenwart zu interpolieren und als den Anfang vom Ende zu etikettieren. Auf diese Weise führen sie der digital beschleunigten politischen Öffentlichkeit ihre Problemdeutung, Zielsetzungen und Handlungsimperative besonders drastisch, dramatisch und drängend vor Augen. Der narrative Deutungskampf im Öffentlichen – in dem sich die Klima-Katastrophennarrative bspw. mit den bereits etablierten Fortschrittsnarrativen befinden – kann insofern zugleich als ein diskursiver *Kampf um politische Gestaltungsräume* und als ein *Kampf um politische Gestaltungszeiten* verstanden werden (vgl. Koschorke 2020: 41; Nowotny 1993: 42).

Um diesen grundlegenden Befund zu *Umkämpften Zukünften* zu explizieren, fragen wir zunächst, was überhaupt politischer Protest ist und was ihn in klimapolitischen Arenen insbesondere im Hinblick auf seine Kommunikation kennzeichnet. Um dem Konzept des Katastrophennarrativs schärfere Konturen zu verleihen, richten wir sodann den Blick auf die Gestaltungsprinzipien, die Strukturierung, Funktionen und Entwicklung der Erzählungen in diesem Protestsektor. Der Beitrag schließt mit einer Reflexion des Katastrophennarrativs in seinen theoretischen und empirischen Grundzügen.

Klima-Protest in Bewegung?

»Protest erheben heißt, jedesmal sich neu aufzurichten, neu zu demonstrieren, neu zu werben, vor allem, einen plausiblen Protestgrund zu thematisieren, entweder einen neuen oder den alten so hergerichtet, daß er zusätzlichen Adressaten einleuchten kann.«
(Pross 1992: 21)

So erläuterte Pross 1992 die »Wirksamkeit des Widerspruchs« in der von ihm skizzierten »Protestgesellschaft«, die mit dem massiven Aufkommen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen ab den 1960er Jahren das bis dahin vorherrschende Bild des Protests im deutschsprachigen Raum zu wandeln begann.² »Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft« (Neidhardt/Rucht 1993) wurde mit der Vielzahl von bürgerlichen Initiativen der kollektive öffentliche Protest allmählich zu einer legitimen Erscheinungsform von de-

tologie) und der gesamten Schöpfung (universale Eschatologie) auf. Dass diese tradierten Vorstellungen und Muster gegenwärtig wieder eine Renaissance erleben und die Imagination von Nachhaltigkeit im Wesentlichen prägen, hat jüngst z.B. auch Koschorke (2020) herausgearbeitet.

2 Die Protestgeschichte reicht bspw. mit dem frühen Mönchstum mindestens ins Hochmittelalter, wenn nicht gar bis zu den Sklavenaufständen in der Antike zurück (vgl. z.B. Bergmann 1985; Cohn 2006). Die Wahrnehmung von Protesten unterlag dabei stark dem Wandel der Zeit, wie Rucht und Teune (2017) es für die Bundesrepublik Deutschland differenziert herausarbeiten.

mokratisch-repräsentativen Systeme erklärt,³ und zum Teil sogar als Kennzeichen von liberalen Demokratien i. S. v. »demonstration democracy« (Etzioni 1970) sowie als Katalysator kultureller Liberalisierung (vgl. Reichardt 2014) apostrophiert. Als anerkannter Teil des politischen *Geschäfts* gilt der Protest inzwischen als ein rationales Mittel kollektiver Interessenvertretungen, etablierter Organisationen und sozialer Bewegungen⁴ (vgl. Fuchs 1991; Roth/Rucht 1987; Rucht/Teune 2017) ebenso wie als zentrale Form der politischen Partizipation von Bürger:innen und kurzzeitig bestehender Gruppierungen, die ihren Widerspruch und ihre Forderungen artikulieren mit dem Ziel, unmittelbar und selbstorganisiert auf politische Entscheidungen und/oder gesellschaftliche Verhältnisse Einfluss zu nehmen (vgl. Daphi et al. 2017; Öztürk 2012).

Als Forschungsgegenstand dagegen wurde der öffentliche Protest überraschend lange vom akademischen Mainstream vernachlässigt.⁵ Außerhalb von den repräsentativdemokratischen Institutionen angesiedelt und meist wenig formalisiert wurde er ähnlich wie auch die (neuen) sozialen Bewegungen meist vielmehr als ein Politikum denn als Forschungsgegenstand reflektiert⁶. Dies begann sich erst im letzten Jahrzehnt deutlich zu wandeln (vgl. Teune/Ullrich 2018). Insbesondere die lautstarken bürgerlichen Proteste wie Stuttgart 21 sowie das *demonstration democracy* im sogenannten Arabischen Frühling, im Istanbuler Gezi-Park oder Maidan markierten in der deutschsprachigen Forschungslandschaft den Wendepunkt (vgl. Rucht/Teune 2017; Kraushaar 2012; Leggewie 2011). Zusehends im akademischen Diskurs etabliert, werden Proteste inzwischen in verschiedensten Disziplinen wie etwa der Konfliktforschung (vgl. Imbusch/Steg 2021; Simon 2010), der Partizipationsforschung (vgl. Lietzmann 2019; Wiesner 2020), den Erziehungswissenschaften (vgl. Schenk/Hoffarth/Mayer 2020) oder der Rechtsextremismusforschung (vgl. Lamberty/Holnburger/Goedekede Tort 2022; Pook/Rocha Dietz/Stanjek 2022) mit unterschiedlichsten Konzepten und oftmals auch mit politischem Auftrag (vgl. Teune/Ullrich 2018) untersucht. Allen Disziplinen voran legt die soziologische und politologische Bewegungsforschung den Fokus auf das Phänomen des Protests. Sie versteht Protest als eine zentrale Kommunikationsform (neuer) sozialer Bewegungen sowie wesentliches Durchsetzungsmittel ihrer politischen Forderungen und akzentuiert vor allem dessen Ursachen, Dynamiken und Effekte in

-
- 3 Ablesbar ist die Normalisierung von Protest etwa auch in der Würdigung des BVerfGE (69, 315 Leitsatz 1), dass Protest »zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens gehört«. Zur intensiven sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung siehe z.B. Rucht (2001) oder Virgl (2011).
 - 4 Unter einer sozialen Bewegung verstehen wir in Anlehnung an Rucht und Teune (2017: 11) ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, das, gestützt auf eine kollektive Identität, grundlegenden sozialen Wandel durchsetzen oder verhindern will und sich dabei vorwiegend des Mittels kollektiver und öffentlicher Proteste bedient.
 - 5 Bzw. mit ganz anderer Akzentuierung reflektiert – wie bspw. im Sinne der Massenpsychologie Freuds, Le Bons oder Geigers, welche hier auf die Idee der Masse als *revolutionäres Potenzial*, die Rolle der Identifikation mit einer *Führerpersönlichkeit* oder auf das Machtgefühl und den *Macht-rausch* rekurrierten.
 - 6 So weisen bspw. Teune und Ullrich (2018: 422) darauf hin, dass Protestforscher:innen unter besonderer Beobachtung stehen: »sie können sich angesichts der widersprüchlichen gesellschaftlichen Erwartungen nicht nicht positionieren.«

der Gesellschaft (vgl. Virgl 2011: 22). Dabei gilt als offenkundig, dass der Protest potenziell und auch tatsächlich alle Phasen des Politikzyklus – von der Problemdefinition, über öffentliche Diskurse, einzelne politische Entscheidungen und Politikfelder, politische(r) Kultur(en) oder ganze Regierungssysteme bis zur Evaluation – beeinflusst (vgl. Rucht/Teune 2017: 7). Über die vielfältigen (vergleichenden) Fallstudien⁷ in diesem Feld hinaus besteht jedoch weiterhin systematischer Forschungsbedarf, der sich sowohl auf Untersuchungen zu den allgemeinen Bedingungen, Formen und Effekten von Protest als auch auf die Etablierung eines theoretischen Kanons erstreckt (vgl. Haunss 2016; Leinius 2020; Teune/Ullrich 2018).

Eine dem Gegenstand inhärente Herausforderung liegt dabei im nahezu stetigen Wandel der Protestlandschaft und ihres Repertoires, wodurch sie – gleich einem *moving target* – kontinuierlich in Bewegung ist (vgl. Daphi et al. 2017; Leinius 2020).

Globalisierung und Mehrebenenregime, Postdemokratie, demokratische Regression und Re-Nationalisierung⁸, Digitalisierung und Klimawandel – um nur einige der großen Transformationsprozesse unserer Zeit zu nennen – bedingen und strukturieren nicht zuletzt auch den zeitgenössischen Protestsektor (kursorisch: Daphi et al. 2017). Als makrostrukturelle Kontextbedingungen beeinflussen sie die jeweilige Wahrnehmung von gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen und damit verbunden die (Re-)Interpretation von Konfliktkonstellationen und (Problem-)Deutungsmustern, Adressatenkreise (Protestträger:innen und Gegnerschaften), Organisations-, Kommunikations- und Mobilisierungsformen und -strategien und Protestdynamiken ebenso wie auch die öffentliche Wahrnehmung von Protesten und ihren Einflüssen⁹ (vgl. Rucht/Teune 2017: 7ff.). Die Digitalisierung etwa als besondere Kontextbedingung unserer Zeit ermöglicht bzw. begünstigt angesichts der inzwischen erreichten Übertragungsgeschwindigkeit und breiten Netzabdeckung, der Vielzahl an Möglichkeiten des *user generated content* sowie der Verbreitung der Smartphones in Verbindung mit Social Media-Plattformen für Protestgruppen neue und potentiell auch transnationale Wege der Organisation, Mobilisierung, Kommunikation und Inszenierung bei gleichzeitig relativ geringen Transaktionskosten. Infolgedessen kann die überwiegende Mehrheit der Proteste inzwischen als hybrid charakterisiert werden: sie manifestieren sich

7 So bspw. zu Fridays for Future (vgl. Haunss/Sommer/Fritz 2020), zur Occupy-Bewegung von Nils C. Kumkar (2018), oder zur Mieter:innenbewegungen von Lisa Vollmer (2019).

8 Die Repräsentationskrise (vgl. Diehl 2016; Müller 2016), die auch jenseits von schillernden Zeitdiagnosen wie der *Postdemokratie* (Crouch 2008) gegenwärtig immer deutlicher z.B. in sogenannten prekären Wahlen zum Ausdruck kommt, dürfte ebenfalls das aktuelle Protestgeschehen insgesamt in besonderem Maße prägen. Dass der Protest aber als demokratisches Reservoir aller Unzufriedenen bzw. Skeptischen fungiert, scheint sowohl mit Blick auf das Erstarken des Rechtspopulismus als auch angesichts der soziodemografischen Zusammensetzung der Protestierenden und Träger:innengruppen gegenwärtig eher fraglich (vgl. Heim 2017; Schenk/Hoffarth/Mayer 2020).

9 Die Protestentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird von Rucht und Teune (2017) in drei Phasen differenziert: Die erste Phase ist Ende der 1960er Jahre mit der Studentenbewegung basierend auf einer relativ kleinen, sozial homogenen Gruppe assoziiert, während die zweite Welle zu Beginn der 1980er Jahre mit einem deutlichen Anstieg von Protestierenden in den neuen sozialen Bewegungen einherging. Ab Anfang der 1990er Jahre lässt sich, so die Autoren, anhand einer noch deutlicheren Zunahme der Protestereignisse und der Protestierenden ein weiterer Wandel beobachten.

sowohl online als auch offline (vgl. Baringhorst et al. 2017; Schade 2018). Gerade im Zuge der Corona-Pandemie bildete *das Netz* über eine bloß technische Infrastruktur hinaus die essenzielle sozio- und politisch-kulturelle Grundlage des Protestgeschehens (vgl. Otto 2021). Mithin sind auch die Erscheinungsformen und Inszenierungen von Protest zusehends stärker von Social-Media-Plattformen, Tools und Logiken geprägt (vgl. z.B. Pook/Rocha Dietz/Stanjek 2022). Damit einher gehen die Eventisierung des Online- und Offline-Protestgeschehens (vgl. Betz 2016) als auch die zunehmende Verschränkung von lokalen, nationalen und internationalen Handlungsebenen i.S.e. *thinking and acting globally and locally*.

Die Topographie der deutschen Klima-Protestlandschaft

Mit Blick auf *Kontinuitäten und Veränderungen* soll die *Topographie der deutschen Klima-Protestlandschaft* nun anhand folgender Fragen etwas näher skizziert werden (vgl. Rucht/Teune 2017: 12):

- 1) Zu welchen Themen wird protestiert?
- 2) Wer protestiert, wer mobilisiert?
- 3) Wie wird protestiert?
- 4) Wie wird der Protest kommuniziert?

Wie Rucht und Teune (2017: 24ff.) hervorheben, bewegen sich die *Protestthemen* und -*anliegen* im Allgemeinen¹⁰ ebenso wie auch in den Arenen der Klimapolitik seit den 1980er Jahren grundsätzlich innerhalb des bestehenden politischen Systems. Gleichwohl auch einige Forderungen oder Slogans im Protestgeschehen in jüngerer Zeit (wie z.B. von Occupy oder Extinction Rebellion) zuweilen eine Rebellion oder Umwälzung des Systems proklamieren, sei aber »unverkennbar, dass der progressive Protest in seinen Wertgrundlagen an Traditionsbeständen des liberalen Bürgertums anknüpft, aber keinen systemischen, die Einzelkritiken übergreifenden Gegenentwurf, geschweige eine Utopie benennen kann« (ebd.). Ein weiteres, sektorenübergreifendes Merkmal stellt die stetige Vervielfältigung und zunehmende Spezifizierung der Themensetzung dar¹¹. Trotz der enormen Vielfältigkeit von Themen zeigt sich aktuell besonders auffällig der gestiegene Anteil der politisch rechtsorientierten Proteste, die sich z.B. mit dem Thema Migration oder der Corona-Politik beschäftigen. Zum anderen hat gegenwärtig auch das Protestgeschehen in umwelt- und vor allem Klimaschutzpolitischen Arenen Konjunktur, wenn nicht sogar eine »neue Kultur des Widerspruchs« (Rucht/Walter 2012).

Im Kontext von Natur- und Umweltschutz hat der Protest im deutschsprachigen Raum eine lange Tradition (vgl. Frohn/Rosebrock 2018b: 13f.). So bildeten sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts in Reaktion auf die Auswirkungen der Industrie-Moderne auf Natur und Landschaft die ersten sozialen – vorwiegend informell agierenden – Bewegungen heraus. Ende der 1960er Jahre wurden einschlägige Proteste auch auf *die Straßen*

10 Ausgenommen sind hier die rechtsextremen Bewegungen.

11 Grundlegend siehe die Datensätze des Prodat-Projekts, welches mit einer umfassenden Datenbank die Protestereignisse in der Bundesrepublik dokumentierte und analysierte.

getragen. Dabei dominierten weniger Naturschutzthemen im engeren Sinne, sondern vor allem unverkennbare Umweltprobleme (z.B. Luft- und Wasserverschmutzung, der Einsatz umweltgefährdender Insektizide, Waldsterben) sowie (insb. mit der Anti-AKW-Bewegung) technologische Risiken (vgl. Frohn/Rosebrock 2018b; Rucht 2008). In der Folge zeigte sich nicht nur eine erhöhte Sensibilität und Problemwahrnehmung in der Öffentlichkeit, sondern vor allem gelang es, ein dichtes Netzwerk von inzwischen fest etablierten politischen Akteur:innen, Verbänden und Vereinen¹² zu etablieren, die zum Großteil auch die aktuellen Klimaproteste stützen oder z.T. tragen.

Zugleich zeigt sich der aktuelle Klimaprotest in neuem thematischen Gewand. Für die jüngeren Bündnisse und Initiativen (insbesondere Fridays for Future, Extinction Rebellion, Ende Gelände, Letzte Generation, Critical Mass) steht die Bekämpfung des Klimawandels klar im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber eine große Varianz zwischen den verschiedenen Protesten (und ihren Träger:innen) sowohl in der Art der politischen Artikulation ihrer Forderungen als auch in den favorisierten Strategien zur Umsetzung des einenden Protestziels, die von gemäßigten bis zu radikalisierten Varianten reichen. Ergänzt wird die dominante Themensetzung durch vielfältige spezifizierte (Einzel-)Anliegen – wie etwa der Auf- und Ausbau des Radverkehrswegenetzes, der Erhalt der Artenvielfalt, Natur- und Tierschutzbelange oder die Verhinderung von Glyphosateinsatz und Braunkohleabbau (vgl. Haunss/Sommer/Fritz 2020). Eine weitere gewichtige Rolle spielen in ihrer Gesamtheit auch diejenigen lokalen Protestanliegen, die sich gegen infrastrukturelle Planungs- oder Realisierungsmaßnahmen richten. Aufgrund der den Protestierenden zugeschriebenen Motivationen, inzwischen auch stereotyp als NIMBY-Proteste (*Not In My BackYard*) bezeichnet, ziehen sich Konflikte mit den mittelbar oder unmittelbar (vor allem ökonomisch) Betroffenen und anderen Nutzergruppen (Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Tourismus usw.) wie ein roter Faden durch die Geschichte des Naturschutzes. Neu ist aber, dass sich diese – lokal oftmals von einem relevanten und öffentlich stark vernehmbaren Anteil der Bevölkerung gestützten – Proteste vor allem gegen jene staatlichen Maßnahmen richten, die in ihrer grundsätzlichen Zielsetzung dem Klima-, Umwelt- oder Naturschutz dienen sollen (bspw. Stromtrassen, Wind- oder Solarkraftanlagen oder die Ausweisung von Großschutzgebieten wie Nationalparks; vgl. Frohn/Rosebrock 2018b: 15f.).

Neben der thematischen Breite ist auch die *Verfachlichung* der Themen ein weiteres wichtiges Kennzeichen dieses Protestsektors. Der starke Einbezug von (klima-)wissenschaftlicher Expertise durch einschlägige Expert:innen und/oder Verweis auf deren Forschungsergebnisse ist ein integraler Bestandteil, der die inhaltlichen Protestanliegen nachdrücklich begründet sowie mittels Verweises auf wissenschaftliche Objektivität legitimiert und validiert.

Analog zur Vielzahl und Vielschichtigkeit der Protestanliegen und -themen lässt sich auch eine zunehmende Pluralisierung der *Klima-Akteurslandschaft* feststellen. Dies entspricht dem allgemeinen, protestsektorenunabhängigen Trend. Wie die regelmäßigen Befragungen zu tatsächlicher Protestbeteiligung bzw. hypothetischer Protestbe-

12 Aktuell sind bspw. rund 130 Umwelt- und Naturschutzvereinigungen vom Bund anerkannt (vgl. UBA/BMUV 2022).

reitschaft dokumentieren, die auf eine insgesamt relativ heterogene Akteurslandschaft schließen lassen,¹³ gilt Protest inzwischen für unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen als gängiges Mittel der politischen Auseinandersetzung. Dennoch zeigen sich im Vergleich mit Milieus, die über ein niedriges Einkommen und eine geringe formale Bildung verfügen, die gebildeten Mittelschichten wesentlich aktiver im Protestgeschehen. Dies überrascht wenig, wenn man nicht nur deren wachsenden Anteil in der Gesamtbevölkerung infolge der starken Bildungsexpansion (vgl. Hadjar/Becker 2007) in Betracht zieht, sondern auch die damit verbundenen Ungleichheiten hinsichtlich der materiellen und zeitlichen Ressourcenausstattung, der Artikulations- und Organisationsfähigkeiten, der Selbstwirksamkeitserwartungen, der politischen Interessen und Konfliktwahrnehmungen sowie – gerade auch im Kontext von *advokatorischem* Engagement – der Bereitschaft, sich zu organisieren und öffentlich zu positionieren (vgl. Blöbaum 2018; Daphi et al. 2015; Teune/Ullrich 2018).¹⁴

Das soziodemografische Profil der Klima-Proteste ist zudem von einem relativ großen Frauenanteil geprägt. Damit fügen sie sich ins Gesamtbild des eher progressiven, liberalen und tendenziell linksorientierten Protestgeschehens ein, das im Kontrast zu den gegenwärtigen nationalistischen, rechtskonservativen oder völkischen Protesten steht. Anders als es die Fridays for Future-Schulstreiks zu Beginn vermuten ließen, sind die Klima-Proteste auch keine Domäne von Jugendlichen und jungen Erwachsenen; auch ältere Menschen spielen darin eine wichtige Rolle (vgl. Haunss/Sommer/Fritz 2020).

Mit Blick auf die *Initiierenden* und *Organisierenden* entsprechen die Klima-Proteste weitestgehend dem allgemeinen Trend, da auch hier vor allem *gutsituierte* Personen mit hoher formaler Bildung dominieren (vgl. ebd.; Teune/Rucht 2017). Neben der starken Präsenz von großen, informellen, auch international agierenden Protestakteur:innen mit einer Vielzahl von Länder-, Regional- und Ortsgruppen (wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion) kennzeichnet diesen Protestsektor im Besonderen auch die starke Bereitschaft zu temporären Aktionsbündnissen mit etablierten Verbänden und Vereinen (wie z.B. dem NABU, dem BUND oder Greenpeace) und dauerhaften, vornehmlich informellen Zusammenschlüssen und Netzwerken. Von den vorhandenen Strukturen der Klima- und Umweltbewegung der 1980er und 1990er Jahre profitierend, wird der Protest auf nationaler und zunehmend auch auf transnationaler Ebene von mitunter hunderten Gruppen und Organisationen gestützt und getragen. Ausnahmen hiervon bilden zumeist die kleineren und insbesondere die lokalen Protest-Initiativen sowie z.T. auch die lokalen Gruppen (inter)national agierender Protestbewegungen. Für sie scheint die klassische Paradoxie – also »die Frage des Sich-Organisierens, ohne Organisation zu sein« (Virgl 2011: 23) – noch immer aktuell, wie bspw. Bosse (2019) in ihrer vergleichenden empirischen Fallstudie zu verschiedenen Umweltgruppierungen

13 Ausnahme bilden Proteste von klar abgrenzbaren Gruppen zu spezifischen, insb. beruflichen Belangen (z.B. Milchbäuer:innen, Hebammen, Pilot:innen) oder z.T. auch diejenigen von unmittelbar Betroffenen (z.B. vom Stromtrassenbau).

14 Verstärkt durch die höhere Wahlabstinenz sozial benachteiligter Milieus bleiben deren Unzufriedenheit und Protestpotenzial häufig ohne öffentlich sichtbaren Ausdruck, wie Rucht und Teune feststellen (2017).

hervorhebt. Durch die Notwendigkeit, mit interner Heterogenität umzugehen, seien – so Bosse (2019) – bewusste Strategieentscheidungen und -prozesse eher selten, was mittelfristig, so auch Sommer und Haunss (2020: 250), die Gefahr einer Zerfaserung in sich birgt. Gleichzeitig kommt es immer häufiger zu bundesweiten Zusammenschlüssen lokal agierender Protestinitiativen (vgl. Bues 2020; Neukirch 2020). Dieser Trend zur protesthaften Bündnispolitik im Klimaaktivismus, mit großen und nicht zuletzt sehr finanzstarken Träger:innengruppen, beeinflusst mutmaßlich nicht nur stark die Organisationsstruktur, sondern auch die Art und Weise, wie in den Arenen des Klimaschutzes protestiert wird.

Von der Großdemonstration im Format der Schulstreiks über Menschenketten am Braunkohlentagebau, Boy- und Buykott von Konsumgütern bis hin zu Brückenbesetzungen, Schottern oder Ankleben auf Straßenbelägen – die Formen des Klima-Protests als kollektiver und öffentlicher Ausdruck von Widerspruch sind äußerst vielgestaltig. Inzwischen hat sich ein breites Spektrum legaler und bewegungsspezifisch auch illegaler Formen verfestigt und so sowohl auf Seiten der Protestierenden, aber auch bei den weiteren Beteiligten (Adressat:innen, Berichterstattende, Polizei) ein breites Erfahrungswissen darüber entstehen lassen, wie der spezifische Protest funktioniert und wo seine Grenzen liegen. Wenngleich es sich um aktuelle, noch in der Erforschung befindliche Phänomene handelt, lassen sich erste Charakteristiken der neuen Klima-Proteste abstrahieren. Sie umfassen die Routinisierung einer Mischung von traditionellen und eventisierten, hybriden Protestformen (vgl. Baringhorst et al. 2017; Betz 2016) und die Rationalisierung mithilfe wissenschaftlich informierter Ausdrucksformen. Hinzu kommt die hohe Professionalisierung, die, vor allem auf eine hohe Medienresonanz hin ausgerichtet, sich effektiv, pragmatisch und flexibel der digitalen Kommunikationsmedien bedient, mit extensivem Einsatz die je spezifischen Konfliktwahrnehmungen mit großer (Netz-)Reichweite problematisiert und den Social Media-Logiken gemäß die jeweiligen Forderungen artikuliert (vgl. Haunss/Sommer/Fritz 2020).

Eng mit der Wahl der Ausdrucksformen des Protests verbunden ist auch die (nicht nur für die Protestakteur:innen) bedeutsame Frage, was das konkrete Protesthandeln an öffentlichem Agenda-Setting, an repräsentativ-demokratischem Handeln und an gesellschaftlichen Mentalitäten, Einstellungen und Verhaltensweisen (potenziell) beeinflusst – kurzum: was es letztlich im Hinblick auf die Umsetzung der jeweils erklärten Protestziele zu bewirken vermag. Mit welchen Wirkungen protestiert wird, ist mit systemtheoretischer Perspektive vor allem auch abhängig von der *Protestkommunikation*.

Die Protestkommunikation

»Die Peripherie protestiert – aber nicht gegen sich selbst. Das Zentrum soll sie hören und dem Protest Rechnung tragen.«

(Luhmann 1997: 853)

Der systemtheoretischen Perspektive liegt die Auffassung zugrunde, dass es sich beim Protest grundsätzlich um eine »beobachtete Kommunikation« handelt und »diese Operation vollzieht in der Gesellschaft das was wir als Protest beobachten« (ebd.). Luh-

mann zufolge liegt die Rolle des Protests darin, die Dysfunktionen der Funktionssysteme zu thematisieren – also die Folgeprobleme, Risiken und Gefahrenwahrnehmungen, die durch den Grad der funktionalen Differenzierung in der Gesellschaft entstehen. Dies mit folgender Besonderheit: »Die Protestkommunikation erfolgt zwar in der Gesellschaft, sonst wäre sie keine Kommunikation, aber so, als ob es von außen wäre. Sie äußert sich aus Verantwortung für die Gesellschaft, aber gegen sie«, so Luhmann (1996: 204). Auf diese Weise leistet der Protest einen grundlegenden Beitrag zur Verbesserung von Selbstbeschreibungsproblemen der Gesellschaft und ist zugleich in der Gesellschaft durch sich selbst legitimiert. Angesiedelt an der Peripherie des politischen Systems, sucht der Protest als besondere Form der Kommunikation, welche das Nichteinverständnis kommuniziert, *seine Wirkung* über das Medium der öffentlichen Meinung (vgl. Luhmann 2000: 315f.). Protestkommunikation stellt hiernach einen integralen Bestandteil der politischen Öffentlichkeit dar. Mit einem hohen Aktivierungsgrad lässt Protest als besondere politische Kommunikationsform ein Kollektiv politischer und potentiell grenzüberschreitender Öffentlichkeit entstehen, welches eine zunehmend empfindliche Sensorik für alarmierende Themen (in Form von Protestpotenzialitäten) entwickelt; wenn es sie nicht gar selbst sucht (vgl. Schmitt/Vonderau 2014; Virgl 2011).

Die Wirkungsmacht von Protesten hängt mithin davon ab, dass es gelingt, die Konfliktthemen über den schnellsten Weg ins Zentrum des politischen Systems zu transportieren. Infolgedessen muss der Protest eine geteilte »Hintergrundrealität« (Luhmann 1996: 120) gesellschaftlicher Funktionssysteme zur Disposition stellen und diese jenseits von Zuspruch und Konsens codieren, will er aufmerksamkeitsfähig und damit wirkungsmächtig sein. Ein geschicktes Framing – also ein Interpretationsrahmen, der resonanzfähig die Sicht auf die Problemlagen vermittelt – spielt dabei eine gewichtige Rolle, wie bspw. Sommer und Haunss (2020: 241ff.) hervorheben. Mit Blick auf die Klimabewegungen der frühen 2000er Jahre haben Bäckstrand und Löwbrand (2007) drei konkurrierende und v.a. kapitalismuskritische Frames identifiziert: 1) den sogenannten Green-Governmentality-Frame, der internationale Abkommen zur Bekämpfung der globalen Erwärmung in den Mittelpunkt stellt, 2) den Ökologische-Modernisierungs-Frame, der einen wirtschaftsgetriebenen Umbau der Marktwirtschaft fokussiert und 3) den Civic-Environmentalism-Frame, der einen radikalen oder reformorientierten Umbau des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die internationale Zivilgesellschaft postuliert. Ab den 2010er Jahren wurden – wie Sommer und Haunss (2020) im Anschluss an della Porta und Parks (2013) hervorheben – diese ergänzt um 4) einen Klimagerechtigkeits-Frame, der Fragen globaler Ungleichheit und des Ausgleichs zwischen Globalem Norden und Globalem Süden mit Verweis auf globale Solidarität in den Vordergrund stellt.

Trotz aller Unterschiedlichkeit in Hinblick auf die Themensetzung, die Akteurs- und Trägergruppen sowie die Formen zeichnet sich aus unserer Sicht bereits eine deutliche Veränderung im Framing der aktuellen Klima-Proteste ab.¹⁵ Das gegenwärtige

15 Diese ersten Befunde basieren auf aktuell noch laufenden Diskursanalysen in Verknüpfung mit Narrativanalysen, die im Rahmen eines vom MWIDE geförderten Verbundprojekts (Protanz.NRW) durch die Autor:innen realisiert werden. In den empirischen Datenkorpus einbezogen sind ausge-

Beschleunigungs-Framing zielt darauf, dass der Klimawandel nicht länger als abstraktes globales und in der Zukunft liegendes Problem wahrgenommen wird, sondern als ein unmittelbar drängendes Problem, mit dem jede:r Einzelne konfrontiert ist. Mit klar benannten Adressat:innen der politischen Forderungen (z.B. nationale Regierungen, Staatenverbünde, internationale zwischenstaatliche Zusammenschlüsse) wird ein konkret-individueller Bezug zur eigenen Zukunft (bzw. der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel) hergestellt. Das *diagnostic framing* lautet: Infolge des Versäumnisses der Politik, effektive Maßnahmen zu ergreifen, bedrohe der Klimawandel nun Frieden und Wohlstand weltweit. Mit dem *prognostic framing*, dass schnell und umfassend gehandelt werden müsse, damit die Kippunkte im Klimasystem nicht überschritten werden, wird im Sinne des *motivational framing* der Kampf gegen den Klimawandel zum Anliegen einer ganzen Generation (so skandieren die Teilnehmer:innen bei Klima-Protesten etwa: »Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut«), dessen Dringlichkeit sofortiges Handeln erfordert. Damit verschiebt sich der raum-zeitliche Fokus; unmittelbar betroffen von den Entwicklungen sind der eigene Lebensraum und die eigene Lebenszeit. Mit diesem veränderten und vermeintlich ideologiefreien technokratischen Framing lässt sich die unmittelbare Notwendigkeit und vor allem auch Alternativlosigkeit des eigenen (Widerstands-)Handelns erfahren und (anscheinend) ohne wirkmächtige Gegenframings (z.B. einer Öko-Diktatur oder Klima-Hysterie) resonanzfähig kommunizieren.

Wie gelingt ein solch geschicktes Framing, mittels dessen das Protestziel *Bekämpfung des Klimawandels* derart schnell von der Peripherie ins Zentrum des politischen Systems und der politischen Öffentlichkeit transportiert wird? Aus unserer Sicht ist es vor allem der alarmierende Themenzuschnitt im Format des *Narrativs*, das als spezifischer Transportweg in die politische Öffentlichkeit und dort gleichsam als Echolot fungiert. Damit knüpfen wir an den Standpunkt Viehövers (2011) an und betrachten Narrationen als zentrales, den Diskurs¹⁶ strukturierendes Regelsystem, von dem individuelle und kollektive Akteure – bewusst oder unbewusst – in der sozialen Praxis Gebrauch machen »und dadurch ihren Weltdeutungen und ihren sozialen Praktiken Kohärenz, Bedeutung und qua Wiederholung eine gewisse Regelmäßigkeit verleihen« (ebd.). Narrative nehmen entsprechend auch in der Protestkommunikation eine Schlüsselfunktion ein. Wie im Folgenden von uns näher expliziert wird, schaffen sie es durch ihren speziellen Zuschnitt, der digital beschleunigten politischen Öffentlichkeit die Protestanliegen und Forderungen besonders wirkungsvoll vor Augen zu führen.

wählte Social-Media-Kanäle, Webseiten von sozialen Bewegungen sowie Berichte überregionaler Printmedien im Zeitraum Ende 2021/22.

16 Anknüpfend an Maarten Hajer (1995: 45) kann der Diskurs verstanden werden als »an ensemble of ideas, concepts, and categories through which meaning is given to phenomena«.

Apokalyptik und Zeitverkürzung: Die narrative Inszenierung des Klimaprotests

Narrative¹⁷ eignen sich ihrem Wesen und ihrer Beschaffenheit nach hervorragend dafür, den politischen Protest, seine Anliegen und Forderungen direkt von der Peripherie ins Zentrum des politischen Systems zu transportieren. Über die Vermittlung von spezifischen Sachverhalten hinaus, vermögen sie es als sinnstiftende *Wirklichkeitserzählungen* (vgl. Klein/Martínez 2009), dass die Welt als erlebbar, erfahrbar und aneignbar – also als Gegenstand eigener Beeinflussungs- und Gestaltungsambitionen – wahrgenommen wird (vgl. Früh/Frey 2014: 9).

Es sind nach Somers (1992: 603ff.; 1994: 617ff.) insbesondere die öffentlichen Narrative, die, an einen großen Rezipient:innenkreis gerichtet, meist im öffentlichen Raum und vorzugsweise über massenmediale – und inzwischen über Social Media – Kanäle kommuniziert werden, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen und Erinnerungskulturen sowie kollektive (Re-)Interpretationen von Gegenwart und Zukunft zu schaffen. Zeiten- und kulturübergreifend sind diese öffentlichen Narrative sowohl im gesellschaftlichen Zusammenleben als auch im politischen Zusammenwirken von besonders hoher Relevanz. Dies gilt insbesondere für krisenhafte Zeiten, in denen Erzählungen und Narrative kraft ihrer Komplexitätsreduzierung als soziale Reflexionsmedien von politischen Kontingenzerfahrungen eine zentrale Bezugsgröße für die Formierung politischer Realitäten darstellen (vgl. Klein/Martínez 2009). Als kollektiver Ausdruck ideologisch geteilter Grundhaltungen, politischer Imaginationen und Überzeugungen von institutionalisierten politischen Akteur:innen ebenso wie auch von (neuen) sozialen (Protest-)Bewegungen sind sie dabei stets mit Legitimität versehen. Diese Funktion und die Wirkmächtigkeit narrativer Legitimationspraktiken entfaltet sich nicht zuletzt gerade auch in langanhaltenden politisch-gesellschaftlichen (gewaltsamen) Konflikten (vgl. Schneider 2022).

Aus einer solchen Perspektive zeigt sich die narrative (Protest-)Kommunikation zwar als ein zielgerichteter und zweckmäßiger kommunikativer Prozess narrativer Legitimitätspolitik, der sich aber keineswegs nur *top down* vollziehen muss. Vielmehr bewegt er sich in einem stetigen Spannungsfeld von vielstimmigen Erzähler:innen, Rezipient:innen und Öffentlichkeit, sodass sich v.a. narrative Protestkommunikation durchaus auch aus einer interaktionsorientierten Perspektive reflektieren lässt, die den Blick auf die alltäglichen ko-operativen und konkurrierenden Erzählprozesse und -praktiken richtet (vgl. Freier 2022). Die Narrative manifestieren sich dabei als die Repräsentation realer und/oder fiktiver Ereignisse, die mittels Filmen, Bildern oder anderen alltagsweltlichen Kommunikationsmedien übermittelt und *erzählt* werden können (vgl. Prince 2003: 58). Daran sind verschiedene Voraussetzungen geknüpft: Die fragmentarischen Inhalte fügen sich zu einer Gesamtheit handlungsfunktionaler Elemente zusammen, die sich strukturell durch eine Story (also einen thematischen

17 Mit sozialwissenschaftlicher Perspektivierung verwenden wir im Beitrag die Begriffe des Narrativs und der Erzählung synonym, während mit dem Begriff der Narration auf den Erzählakt rekurriert wird; für diese Unterscheidung siehe grundsätzlich Genette (1998 [1989]).

Unterbau), einen Plot als organisierendes Handlungsprinzip, Sequenzen bzw. Episoden und selektive Anordnungen auszeichnen. Singuläre Ereignisse werden mittels narrativer Einbettung in eine chronologische Abfolge zu einem Geschehen aneinandergefügt, was Lahn und Meister (2016: 8) auch als »chronologische Gesamtsequenz aller Ereignisse« bezeichnen. Das aus mehreren Einzelereignissen resultierende Geschehen wird mit Kausalität versehen, wobei die chronologische Folge einen begründenden Bezug zwischen den Ereignissen setzt. Die Ereignisse folgen nun nicht mehr nur *aufeinander*, sondern *auseinander* und werden auf diese Weise zur Einheit einer Geschichte (vgl. Martínez/Scheffel 2016: 27). Wichtig für die kausale Zuschreibung ist die Betonung eigens herausgehobener Ereignisse, die sich in ihrer Bedeutungs- und Sinnhaftigkeit für den Gesamtzusammenhang als konstitutiv erweisen bzw. erweisen sollen. In ihrer Gesamtheit sollen die erzählten Ereignisse ein universales Handlungsschema ergeben, das sich nicht zwangsläufig auf einzelne Texte beschränkt, sondern über ganze Textgruppen erstrecken kann. Jene (kollektiven) Akteur:innen, die »an ensemble of ideas, concepts, and categories« sowie auch spezifische Ereignisse in einer konsistenten Weise erzählen und diskursiv kohärent erzählerisch reproduzieren, können nach Hajer (1995: 45) als Diskurskoalitionen verstanden werden, also als eine »group of actors« mit gemeinsamen Vorstellungen, Konzepten und Kategorien »through which a given phenomenon is politically framed and given social meaning« (ebd.). Als besonders bedeutsam hierfür erweist sich auch der enge Zusammenhang, der zwischen Erzählungen und gruppenbasierten Emotionen besteht und mit dem im spezifischen Zusammenwirken potenziell eine starke Aktivierung, Anschlussfähigkeit und Resonanz einhergehen (vgl. Freier 2022; Sauerborn 2021).

Neben einer sequenziellen Struktur, die je nach Plot einen unterschiedlichen Grad an Komplexität aufweisen kann, basieren Erzählungen zudem auf einer Aktantenstruktur, welche die mentale Grundstruktur eines jeden Narrativs bedingt (vgl. Greimas 1971; Viehöver 2011). Die Greimassche Konzeption geht dabei von sechs Aktanten aus, die in drei paarweisen, teils oppositionellen Beziehungen zueinanderstehen (Subjekt/Objekt, Auftraggeber:innen/Adressat:innen, Helfer:innen/Opponent:innen). Sie eignet sich zum Erfassen der tiefgreifenden Grundstruktur einer Erzählung, in der sich mehr oder weniger starre Relationen von Wertgegensätzen, Widersprüchen und Implikationen verbergen (vgl. Viehöver 2011: 180).

Vom Nachhaltigkeitsnarrativ zur Katastrophenerzählung

Analog zur Tradition sozialer Bewegungen in umweltpolitischen Kontexten handelt es sich auch bei der narrativen Protestkommunikation in diesem Bereich keineswegs um ein neues Phänomen. Entsprechend ist das Öffentliche hier durch eine Polyphonie (vgl. Moosmüller/Previšić 2020), eine Vielstimmigkeit von Erzählungen im Bereich von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz geprägt¹⁸. Bei aller Vielfalt und Spezifizierung

18 Keinesfalls beschränkt sich der Erzählraum in umweltschutz- und klimapolitischen Arenen nur auf die narrative Protestkommunikation, welche zudem auch in sich sehr vielgestaltig und heterogen ist. Repräsentativdemokratische Akteur:innen wie Oppositions- und Regierungsparteien, Vertreter:innen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, etablierte Umweltschutzvereine und -

sind sie darin geeint, dass sie sich als *themenbezogene Problemerkzählungen* präsentieren, welche die Natur, Tierwelt und das Klima als höchst schützenswerte Güter und die Transformation zur Nachhaltigkeit (zum Zwecke des Erhalts der genannten Güter) als anzustrebendes Ziel in den Mittelpunkt stellen (vgl. Frohn/Rosebrock 2018b: 15f.). Als Problemerkzählungen sind sie derart komponiert, dass sie mittels der Anordnung verschiedener Sequenzen oder Episoden zuvorderst eine gemeinsame Problemwahrnehmung und -deutung insbesondere über die Problemursachen und -verursachenden sowie die Konsequenzen transportieren. Zugleich geben sie zumeist Lösungswege vor und legitimieren sowohl die eigenen politischen Forderungen als auch das eigene (Protest-)Handeln zur Zielerreichung mittels (moralischer) Leitbilder und Aufladungen (vgl. Hiller/Schneider 2018; Viehöver 2012: 179f.). Als Mittel der Protestkommunikation eingesetzt, erfolgt dies nicht zuletzt, um im Sinne der Protestanliegen bzw. der Ziele sozialer Bewegungen politische Wirkung zu erzielen.

Im Vergleich zu den vorherigen Umwelt- und Nachhaltigkeitserzählungen lässt sich ab den 1970er Jahren ein Wendepunkt feststellen (vgl. Frohn/Rosebrock 2018b; Koschorke 2020). Im Zuge öffentlicher Diskurse zur globalen Erwärmung, dem Treibhauseffekt sowie den Grenzen des Wachstums begannen sich Nachhaltigkeitsnarrative in der politischen Öffentlichkeit sukzessive zu etablieren. Insbesondere unter dem Eindruck des Club of Rome-Berichts von 1972 und der darin geäußerten Kritik am Wachstumsparadigma wurde die ressourcenintensive Wirtschafts- und Lebensweise in Industriegesellschaften verstärkt in der transnationalen Öffentlichkeit thematisiert. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Endlichkeit natürlicher Ressourcen, auf deren Grundlage die Mahnungen im Bericht formuliert werden, bildeten zugleich in den einschlägigen Narrativen das konstitutive und konstruierende Moment. So fungierten erstmals empirische Daten als zentrale Legitimationsbrücke, bspw. für die Forderung nach individueller Selbstbeschränkung in Lebensstilen und im Konsumverhalten. Koschorke (2020: 42) hebt diesbezüglich den starken Zusammenhang der Nachhaltigkeitsnarrative mit dem TINA-Prinzip (*There Is No Alternative*) als zentrales Charakteristikum hervor: die in den Erzählungen oftmals beschriebene Notwendigkeit ordnungspolitischer Eingriffe oder freiwilliger Selbstbeschränkungen wie bspw. in energieintensive Wirtschaftsweisen oder in die individuelle Lebensführung werden als angemessen und alternativlos präsentiert – unabhängig davon, ob für diese bspw. in repräsentativdemokratischen Prozessen politische Legitimation erwirkt worden ist. Die geforderte (globale) politische Umsetzung der Ziele stützt sich im Wesentlichen auf die ausgewählte Datenlage und die daraus modellierten Zukunftsprojektionen. Alternative Pfade, abweichende Priorisierungen oder Partikularinteressen finden keinen zentralen Einzug in die Narration. Während nach wie vor wissenschaftliche Erkenntnisse eine tragende Rolle spielen, zeigten sich indes die früheren Nachhaltigkeitsnarrative in einer anderen narrativen Modellierung. Eher zurückhaltend mangelt es ihnen (im Vergleich) zu den gegen-

verbände – um nur ein paar der weiteren, zentralen (Mehrebenen-)Erzählinstanzen zu nennen – ringen im Mit- und Gegeneinander-Erzählen um diskursive Macht. Weiterhin kann die Vielfalt der größeren und kleineren Einzelerzählungen weiter ausdifferenziert werden, in denen spezifische thematische Aspekte (z.B. Insektensterben, Verkehrswende) oder lokale Belange (bspw. Stadtwandel-Narrative) repräsentiert werden.

wärtigen Erzählungen insbesondere an dramaturgischen Mitteln wie einer dichotomen Erzählstruktur und ebensolcher Rollenzuweisung, weshalb es ihnen in der Folge, so Koschorke (2020: 35), als öffentliches Narrativ weniger gut gelang, affektiv oder emotional bei den Rezipient:innen zu verhaften und gegenüber Gegen-Erzählungen Hegemonie zu erlangen.

Angesichts der jüngsten wissenschaftlichen Prognosen (vgl. z.B. IPCC 2022) sind die vorherrschenden Klimanarrative der gegenwärtig zentralen Protestakteur:innen wie Fridays for Future, Extinction Rebellion (XR) oder der Letzten Generation noch alarmierender und affektiver geworden. Sie basieren zwar weiterhin auf der Problemwahrnehmung des globalen, anthropogen verursachten Klimawandels, aber bei ihnen zeigt sich der Klimawandel in einem *eigenzeitlichen Plot*. Aufmerksamkeitserregende lokale wie globale Ereignisse (z.B. Dürre, Hitzewellen oder Überschwemmungen) werden durch ein stetiges *emplotment* mit Sequenzialität versehen und in einen sinnhaften Ereigniszusammenhang gebracht (vgl. Viehöver 2012: 182). Infolgedessen wird der Klimawandel aus der Zukunft in die Gegenwart transportiert und dort als Klimakatastrophe akut und quasi *auf Dauer* gestellt. Steigerung erfährt dies mit der inhärenten Mahnung in Hinblick auf die potenzielle kontingente Wiederholbarkeit sowie die potenzielle Steigerungsfähigkeit der katastrophalen Ereignisse in Anzahl, Intensität und Reichweite. Auf diese Weise wird die Ausgangslage im Narrativen als eine faktuale Drohkulisse eröffnet, an die sich in der Erzählung die jeweils befürworteten, Rettung in Aussicht stellenden Handlungsoptionen und Handlungsanleitungen für Klima-Policys anschließen. Dieser spezifische, starke Einsatz von sogenannten Konversionsschemata, die ihre volle Entfaltung in der apokalyptischen Metaphorik der Zukunftsszenarien erfahren, bewegt sich – wenn auch nicht unbedingt bewusst – in sehr alten Bahnen, wie Koschorke festhält (2020: 32f.). Im Gebrauch dieser narrativen Schemata gilt es, ein gemeinsames Verständnis über die avisierte Problemdeutung und -lösung im Sinne einer *Bekehrung* zu evozieren. »Selbst wenn sie trocken wissenschaftlich und gänzlich säkular sind«, resümiert Koschorke (2020), »bewegen sich die entsprechenden Szenarien im Bannkreis der mächtigen biblischen Vorlage« (ebd.). Während für die früheren Nachhaltigkeitsnarrative zwar auch die wissenschaftlichen Prognosen konstitutiv waren, thematisierten sie diese eher mit nüchternem, rational-evidenzbasiertem Blick als schleichende desaströse Fehlentwicklungen. Dagegen repräsentieren die aktuellen Erzählungen affektiv-effektiv »mit ästhetischem Schaudern« (ebd.: 32) die akut bevorstehende Katastrophe in Bild und Schrift und weisen dadurch eine starke Nähe zu eschatologischen und religiösen Unheilverkündung auf (vgl. ebd.).

Von besonderer Relevanz ist auch die spezifische *Zeitlichkeit im Katastrophennarrativ*, die sich im Rekurs auf Helga Nowotny (1993) als eine den Klima-Protest kennzeichnende *Eigenzeit* begreifen lässt. Was diese charakterisiert, illustriert Albrecht Koschorke (2020: 33ff.) eindringlich mit Verweis auf die Entwicklungen und Trends in der fiktionalen Unterhaltungsindustrie: Ob im Kino, in der Literatur oder später in der Gaming-Szene – seit den 1970er Jahren haben apokalyptische und postapokalyptische Science-Fiction-

Gedankenspiele und Szenarien enorm an Beliebtheit gewonnen.¹⁹ Dabei lässt sich differenzieren zwischen dem apokalyptischen Szenario, vor dem die Welt bzw. die Menschheit durch eine:n Antagonist:in bewahrt wird, und einer postapokalyptischen Version, in der die Katastrophe bereits eingetreten ist. Letztere ist von endzeitlicher Zerstörung geprägt; es geht um das Überleben in bereits zerstörten Umwelten und den Kampf um die letzten Ressourcen unter Extrembedingungen. Die Faszination für ein solches Szenario entfaltet sich dabei über das eschatologische Motiv, so Koschorke (2020), das einen Plot im Sinne eines endzeitlichen, oftmals dualistischen Entscheidungskampfes zwischen Freund:in/Feind:in bzw. Gut/Böse zeichnet. Der Einsatz eines solch dystopischen Zukunftsbildes schafft, dass sich der gegenwärtige Fokus der Narration auf jenes richtet, das gleichsam unterbunden werden soll; die (potenziell) nahende Katastrophe wird als sichere Zukunft apostrophiert (vgl. ebd.).

Im Kontrast zur Unterhaltungsindustrie kommen die faktualen Katastrophennarrative nicht ohne wissenschaftliche Glaubwürdigkeitskriterien aus, wenn sie in der Wirklichkeit Geltung und politische Legitimität beanspruchen wollen. Das wissenschaftlich Vorgefundene und Beobachtete, aus dem die apokalyptische Metaphorik abgeleitet wird, erfordert zumindest den plausiblen Anschein empirischer Validität und potenzieller Überprüfbarkeit. Nur so können alternative Zukunftsszenarien von vornherein ausgeschlossen werden, sodass die Wahrnehmung einer unentrinnbaren Krise als alleinige Lesart in Frage kommt. So beschaffen lassen sich mit den Katastrophennarrativen die gegenwärtigen Problemstellungen nicht mehr in eine *unbestimmte lösungsorientierte Zukunft* auslagern; vielmehr ist ihnen ein Erzählprinzip zu eigen, das auf Zuspitzung und Erhöhung des Drucks in der Gegenwart abzielt (vgl. ebd.: 36). Dieser Zusammenhang wurde mit Blick auf die Entwicklung des gegenwärtigen Zeitregimes schon früh u.a. von Helga Nowotny (1993) reflektiert. Die durch Technologien zunehmend geförderte Durchlässigkeit der Zeitgrenze zwischen Gegenwart und Zukunft erzeuge, so Nowotny (1993: 12), »andersartige, auf die Gegenwart bezogene Zeitmuster, die sich von der Linearität weitgehend ablösen«. Infolgedessen würden nach ihr all jene Problematiken zusehends in die Gegenwart hineinreichen und auf Lösungen drängen, »die zwar erst morgen anstehen mögen, aber heute behandelt werden wollen« (ebd.). Das zentrale Merkmal der Zeitregime der Moderne – nämlich die Ausdifferenzierung von Gegenwart und Zukunft, die sich durch ihre Dimensionen des objektiv Authentischen bzw. des erwartungsvoll Unverfügbaren auszeichnen – sei somit einer gänzlichen Vermischung gewichen (vgl. Assmann 2013: 269), und dies mit bedeutsamen Folgen. Als ein Raum des Unerwarteten, Unverhofften, als ein Horizont der Möglichkeiten und eine Projektionsfläche für potenzielle Fortschrittsvisionen, Wünsche und Erwartungen *scheint die Zukunft verloren*.

Die so modellierte Eigenzeit im Katastrophennarrativ wirkt sich vermutlich sowohl auf das grundsätzliche Rollenverständnis als auch in besonderer Art und Weise auf die konkrete Rollenausübung der Rezipient:innen aus. Beide sind dabei bereits durch die

19 Auf diese Entwicklung wies z.B. auch Eva Horn (2014) hin und spürte in Nachzeichnung der aktuellen Entwicklungen in Kino, Wissenschaft und Literatur der sich bereits abzeichnenden Konjunktur des modernen Katastrophenbewusstseins nach.

Form der thematischen Problemerkzählung bedingt und strukturiert, da diese grundlegend durch die Rezipient:innen zunächst als unabgeschlossen oder unabgegolten wahrgenommen werden kann. Dies wiederum regt potenziell dazu an, sich interaktiv in die Kollektiverzählung einzuschreiben; entweder, um der Geschichte durch aktives *performatives* Protesthandeln zu einem (vermeintlich) gerechten oder glücklichen Ausgang zu verhelfen, oder aber es wird zu diesem Zwecke ein passives Dulden oder Unterlassen evoziert (vgl. Freier 2022: 42; Koschorke 2020: 35). Als Kontextbedingungen können zudem sicher auch die makrostrukturellen Zeitregime verstanden werden. So war die in der Vergangenheit durch religiöse Glaubensinhalte und v.a. christliche Narrative geprägte herrschende Vorstellung, dass die Zeit in den Händen einer göttlichen Macht läge, mit einer grundlegenden Passivität in Bezug auf die Vergangenheit und Zukunft der menschlichen Existenz verbunden. Insbesondere durch die Aufklärung, Modernisierung und eine säkulare Weltermächtigung änderte sich auch der Blick auf die Zukunft insofern, dass nunmehr aktiv auf ihre Entwicklung Einfluss genommen werden konnte. Auf diese Weise bildeten sich ein Zeitregime und ein Fortschrittsparadigma heraus, das, so u.a. Assmann (2013: 245), Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeitserfahrungen erst ermöglichte. Werde aber diese Perspektive auf die Zeit mit einer bedrohlichen Zukunft und »überflutenden Vergangenheit«, die nicht vergeht²⁰ aufgelöst, wandle sich nach Assmann die Gegenwart. Ohne eine Vergangenheit, die hinter sich gelassen werden kann, und ohne Zukunftsperspektive werde die Gegenwart zum »Zeitmilieu der Simultaneität, Statik und Stagnation« und erscheine dann nur noch »als Wartesaal der Weltgeschichte oder gar als Endzeit« (ebd.: 255).

Die Funktion der Beschleunigung bei der Konstruktion der *verlorenen* Zukunft

Auch die Zeit lässt sich im Sinne Durkheims als *soziale Tatsache* verstehen. Dass z.B. einige Menschen mehr und einige andere weniger Zeit zu haben scheinen, hängt nicht zuletzt auch mit einem unterschiedlichen Zeitgefühl zusammen. Als »Produkt menschlicher Koordination und Bedeutungszuschreibung« (Nowotny 1993: 9) erschaffen wir die Zeit, in der wir leben, im Rahmen kollektiv bewusst gesetzter Rhythmen und Koordinaten und werden dabei wiederum von den sich gesellschaftlich wandelnden Zeitstrukturen geprägt. In den Katastrophennarrativen spielt neben den apokalyptischen Zukunftsszenarien insbesondere die *Geschwindigkeitssteigerung* eine zentrale Rolle. Sie führt zu einer veränderten Zeitwahrnehmung und zu Inkongruenzen mit den eigenen Zeitkoordinaten: »Die Eigenzeit, als Ich-Zeit aus der Perspektive des Individuums gesehen, muss sich mit der Zeit der anderen, der Fremd-Zeit, neu arrangieren« (ebd.: 42). Wenn Erlebnisse und Handlungen nicht mehr in der gewohnten Zeitstrecke verortet werden können, sodass Zeithorizont und Erwartungsstruktur miteinander in Konflikt geraten, ergibt sich eine Zeitknappheit (vgl. ebd.: 136). Für die Protestnarrative ist die daraus resultierende Beschleunigung konstitutiv; sie bringt die (vorher)bestimmbaren

20 Ihr Befund, dass die »Zeit aus den Fugen« geraten ist, ist für Assmann auch durch die *verlorene Distanz* zur Vergangenheit markiert. Die Gegenwart habe angesichts der Vielzahl von Vergangenheitsbezügen »jegliche Distanz und Trennschärfe gegenüber der Vergangenheit eingebüßt« (ebd.: 267).

katastrophalen Ereignisse näher ins *Hier und Jetzt* und eröffnet der Narration die Möglichkeit, hohe Dringlichkeit und einen maximalen Handlungsbedarf angesichts der antizipierten Entwicklungen zu evozieren. Der katastrophale Ausgang der Ereignisse wird sich hiernach eher einstellen, als er gemäß früheren Einschätzungen eingetreten wäre. Der Maßstab dieser zeitlichen Verkürzung ist die für die Zukunft vorhergesagte Katastrophe. Sie wird konturiert durch sich überlagernde und verstärkende exponentielle Modelle, die einander als Beschleunigungssatz dienen und nach denen sich in immer kürzeren Zeitfristen eine große Steigerung oder drastische Verknappung der als Indizien gewählten Kennzahlen einstellt (z.B. Anstieg der Weltbevölkerung bei Abnahme globaler Rohstoffreserven, Abholzung des Regenwaldes). Hier offenbart sich eine gewandelte Erwartung: Die Frage nach dem *ob* wird abgelöst durch die (weit beängstigendere) Frage nach dem *wie lange noch* (vgl. Koselleck 1979: 169). Das Ende wird gesetzt, und gleichsam der Apokalyptik präsupponiert die Verkürzung der Zeit das Panoptikum eines vorgezogenen Weltendes.²¹

Angesichts der Alternativlosigkeit nähert sich das vorausdeutende Narrativ »der beschwörenden Struktur prophetischer Weissagungen« (ebd.: 216), von denen sich die Protestnarrative durch die elementare Bedeutung, die sie der Wissenschaft und Evidenzen aus vergangenen Ereigniszusammenhängen zuschreiben, unterscheiden. Daraus lässt sich die Beschleunigung ableiten und bleibt auf diese Weise empirisch überprüfbar sowie alltagslogisch plausibel. Die empirischen Daten zur Untermauerung der These, dass die sich beschleunigenden Geschehnisse auch Vorboten der Letztzeit seien, erweisen sich indes als austauschbar. Die Annahme sich verkürzender Zeiträume ist weiterhin in einen Erwartungshorizont eingebettet, kann jedoch auch durch neue Erfahrungsbestände (erneut oder verstärkt) evoziert werden – bspw. durch neue Indizien, Missstände, Politiken etc. (vgl. ebd.: 171ff.).

Unabhängig davon, welche Faktoren zur Plausibilisierung der nahenden Katastrophe im Einzelnen herangeführt werden, kommt der zeitlichen Verknappung eine aktivierende Rolle und Funktion zu. Angesichts der akuten bzw. sich abzeichnenden Herausforderungen wird für die Rezipient:innen ein unmittelbarer aktiver Handlungsdruck induziert, in Konsequenz auch in den Widerstand einzutreten. Die der planetaren Betroffenheit inhärente *Kollektivierung* führt in der Erzähl-Logik dazu, dass sich diese Verpflichtung auf die gesamte(n) Gesellschaft(en) erstreckt.

Der narrative Deutungskampf im Öffentlichen – in dem die Katastrophennarrative sich bspw. mit bereits etablierten Fortschritts-Zukunftsnarrativen befinden – kann insofern als ein diskursiver *Kampf um politische Gestaltungsräume und Gestaltungszeiten* verstanden werden (vgl. Koschorke 2020: 41; Nowotny 1993: 42). Der Versuch, die gesellschaftliche Akzeptanz der präsentierten Eigenzeit zu erreichen bzw. diese bestmöglich als politische Tatsache zu etablieren, verweist bereits auf das Konfliktpotenzial. Inwiefern die Katastrophennarrative sich in der diskursiven Arena kollektiver Zukunftsnarrative und -visionen durchsetzen und zu sogenannten Meta-Narrativen, zu Meistererzäh-

21 In Anspielung auf den Panoptismus Foucaults, als dass infolge der zeitarchitektonischen Raffinesse prinzipiell nunmehr alle und alles (potenziell) ständig daran gemessen, kontrolliert und reguliert werden kann, ob und inwiefern es zur Verzögerung oder gar Verhinderung des nahenden Weltendes beiträgt.

lungen der Gegenwart, werden können, wird sich erst in der Rückschau unter Einbezug der Effekte des erzählten Protests auf den Policy-Zyklus sowie der nicht intendierten externen und internen Wechselwirkungen und Summeneffekte erkennen lassen.

Konturen der Katastrophennarrative am Beispiel von Extinction Rebellion (XR) und der Letzten Generation

Abschließend möchten wir unsere Thesen am Beispiel der aktuell von den Protestbewegungen *Extinction Rebellion* und *Letzte Generation* kommunizierten Katastrophennarrative veranschaulichen. Extinction Rebellion (XR) ist eine im Jahr 2018 in Großbritannien gegründete Umweltschutzbewegung, die durch medial stark aufgegriffene, oftmals auch illegale Protestaktivitäten die Folgen der sogenannten Klimakatastrophe und das von ihr antizipierte Massenaussterben problematisiert. Konkret formuliert sie²² drei grundlegende Forderungen an die Politik:

- 1) *Tell the truth* – Die Wahrheit über die Folgen des Klimawandels sollen ins öffentliche Bewusstsein gebracht und ein Klimanotstand erklärt werden.
- 2) *Act Now* – Durch unmittelbares Handeln sollen bis zum Jahr 2025 die Treibhausgasemissionen auf Null reduziert werden.
- 3) *Beyond Politics* – Mittels partizipatorischer Demokratie soll direktere Einflussnahme der Bürger:innen auf die internationale Klimapolitik erreicht werden (vgl. Extinction Rebellion Deutschland 2022).

Als Subjekt ihrer Erzählung sieht sich XR in einer aufgezwungenen Rebellion gegen den allgemeinen »zerstörerischen Lebensstil« (vgl. ebd.). Das begehrte Objekt ist nicht weniger als ein Systemwandel zu einer »hoffnungsvollen und lebenswerten Zukunft, in der die Menschen weltweit die natürliche Umgebung, Ressourcen und Möglichkeiten erhalten, um ein sinnhaftes und nachhaltiges Leben zu führen« (ebd.). Ihr Handeln, so XR, erwachse aus der Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen sowie gegenüber den Menschen auf der ganzen Welt, die bereits jetzt durch die Klimakatastrophe gefährdet seien. Die selbst erteilte *Mission* zur Durchsetzung einer globalen und intergenerationellen Klimagerechtigkeit wird als alternativ- und selbstlos formuliert, dient sie doch letztlich dazu, das Überleben der aktuellen und zukünftigen Weltgemeinschaft zu erhalten, ja sie gar zu retten. Als Widersacher:innen auf diesem Weg zeigen sich im Narrativ zum einen die Regierungen, die bislang jegliche Mahnungen zur wirtschaftlichen Mäßigung ignoriert haben und jungen Menschen sowie erst recht den kommenden Generationen das Recht auf einen bewohnbaren Planeten verwehren. Zum anderen zählen auch die Reichen und Wohlhabenden zu den Widersacher:innen, denn laut XR trägt jemand umso stärker zur Klimakatastrophe bei, je reicher diese Person ist, und umso weniger die Folgen durch die Person gespürt werden. Das Katastrophennarrativ lässt sich insofern auch als eine moralische Geschichte über Schuld

22 Die folgenden Zitate und Interpretationen basieren auf Inhalten der Homepage von Extinction Rebellion Deutschland (vgl. Extinction Rebellion Deutschland 2022).

und Unschuld lesen. Die Aktanten bilden zugleich auch je moralische Persönlichkeiten, für die Schuld und Verantwortung in der Erzählung erklärt und die dichotome Rollenzuschreibung plausibilisiert wird.²³ Die Modalitäten des Wollens, des Wissens und des Könnens fungieren dazu als Reflexionsfolie und Bewertungsmaßstab. So trifft die Widersacher:innen – die Regierungen im Globalen Norden sowie die Reichen – zugleich auch eine besondere moralische Schuld, da sie aufgrund ihres Wissens privilegiert sind, handeln *zu können*, aber durch ihr Unterlassen demonstrieren, dass sie gar nicht handeln *wollen*. Demgegenüber steht bspw. der Globale Süden, der nicht wirksam handeln *kann* und den insofern keine moralische Schuld trifft. Für das Subjekt, XR, wird dagegen in der Erzählung umso stärker die Verantwortung plausibilisiert. Als »moralische« Persönlichkeit ist die Bewegung aufgrund ihres *Wissens* um die nahende Katastrophe in der moralischen Pflicht, zu handeln. Ihr gewähltes Protesthandeln wird durch diese moralische Lesart zugleich legitimiert, denn das tatsächlich wirksame Handeln-*Können* ist für sie ausschließlich im Wege der *Rebellion* möglich.

Für die Erzählung von XR ist die Beschleunigung durch Zeitverkürzung elementar. Der Plot ihres Narrativs wird von einem in der Zukunft liegenden Szenario eingeleitet, das den Zusammenbruch der gesamten Zivilisation markiert. Dieser nahende Kollaps ist aber nicht mehr wie bei vorangegangenen Nachhaltigkeitsnarrativen in der unbestimmten Zukunft angesiedelt, sondern steht so unmittelbar bevor, dass er bereits in die Gegenwart hineinreicht. Auf ihrer Homepage formuliert XR, dass die Klimakrise akut und brandgefährlich ist, aber es *noch* möglich sei, vieles zu retten. Der Status quo erscheint so bereits inbegriffen in einer unaufhaltsamen Abwärtsspirale, verursacht durch die industrielle »Versündigung am gesamten Planeten« (ebd.). Mit der Beschleunigung innerhalb der Narration geht einher, dass die Umsetzung der drei Forderungen bestenfalls noch der Schadensbegrenzung dienen kann, aber die Katastrophe unausweichlich und nur noch in ihren Ausmaßen zu begrenzen sei. Die Konsequenzen eines *Weiter so* erfahren hierbei eine maximale Steigerung. Es geht nicht nur um die Behebung partieller irreversibler Schäden, sondern um alles, um die Existenz der gesamten Menschheit. Damit macht die Bewegung das Ziel ihrer *Rebellion* deutlich: es handelt sich um einen zwingend notwendigen gemeinwohlorientierten »Aufstand gegen das Aussterben« (vgl. ebd.).

Die Betrachtung ihrer ersten Forderung verdeutlicht den Versuch, die kollektive Eigenzeit der Organisation politisch zu behaupten. Der Appell an Regierungen, die Wahrheit zu kommunizieren, ist zugleich die Aufforderung, das eigene beschleunigte Zukunftsbild, das durch die narrative Zeitverkürzung in die Gegenwart geholt wurde und sich durch die ökologische Krise auszeichnet, anzuerkennen. In der Forderung, die Wahrheit über die Bedrohung und die Dringlichkeit entsprechender Gegenmaßnahmen durch alle gesellschaftspolitischen Institutionen zu verbreiten, zeigt sich das Bemühen, das eigene Katastrophennarrativ und die darin vermittelte Eigenzeit breitflächig und exponiert im öffentlichen Diskurs zu positionieren. *Schuld* und die besondere kollektive gemeinwohlorientierte *Verantwortung* spielen bei der Darlegung der XR-Positionen eine zentrale Rolle. Das (industrielle-)gesellschaftliche Kollektiv wird als Verursacher der Katastrophe erachtet, und für die Erreichung des Ziels, in Deutschland bis

23 Vgl. grundlegend hierzu Greimas (1966) sowie Arnold (2012; 2019).

2025 die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null²⁴ zu reduzieren, wird ausnahmslos jede:r Bürger:in in Verantwortung gesehen. Die globale Klimagerechtigkeit spielt hier eine gewichtige Rolle. Neben der Vorbildfunktion wird eine historische und gegenwärtige Verantwortung Deutschlands aufgrund des hohen Anteils am globalen CO₂-Budget konstatiert, die auch die Bürger:innen in ein Spannungsverhältnis von Schuld und Wiedergutmachung gegenüber dem Globalen Süden rückt. Die Kollektivierung der Schuld erstreckt sich weiter auch auf das deklarierte »Massenaussterben«: »Deutschland als eines der hauptverantwortlichen Länder unternimmt nicht die angemessenen Schritte, um unsere Ökosysteme und damit die Menschheit vor den schlimmsten Konsequenzen der Klimakatastrophe zu bewahren« (ebd.).

Obgleich sich Zukünftiges grundsätzlich der Evidenz und einer empirischen Verifizierung entzieht, »gibt es Voraussagen, die mit größerer oder minderer Plausibilität aus der Erfahrung in die Erwartung transportiert werden können« (Koselleck 1979: 204). Die Evidenzen, auf die sich das XR-Narrativ stützt und mittels derer die düstere Zukunftsimagination in die Gegenwart transportiert werden, bestehen überwiegend aus linearen Hochrechnungen mittel- und langfristiger Art. Dabei wird vor allem auf jene Wissenschaftsakteur:innen rekurriert, die auch im Öffentlichen Diskurs über ein hohes Renommee verfügen (z.B. des IPCC). In der Narration fungieren diese Evidenzen im Sinne von »ultimativen Zwangsprognosen« (ebd.: 216). Kontingenzen, Ambiguitäten und Unsicherheiten sind nur so weit in die Erzählung integriert, insofern sie das *Endzeitszenario* plausibilisieren können.

Illustrativ lässt sich auch das Katastrophennarrativ des aus einem Hungerstreik im Jahr 2021 hervorgegangenen Protestbündnisses die *Letzte Generation* hinzuziehen. In ihrer Namensgebung verweisen die zugehörigen Protestierenden plakativ auf die von ihnen problematisierten ökologischen Kippunkte, wie bspw. das Abschmelzen des arktischen Meereises oder die Abholzung des tropischen Regenwaldes. Diese Klimaschutzbewegung hat v.a. durch Formen des zivilen Ungehorsams eine hohe mediale Aufmerksamkeit erreicht, bspw. durch das Ankleben der eigenen Hände mit Klebstoff an der Fahrbahn auf vielbefahrenen Straßenkreuzungen. Auch in ihrer narrativen Protestkommunikation zeichnet sich die *Letzte Generation* durch die Formulierung radikaler Forderungen und dystopische, apokalyptische Metaphorik aus (vgl. *Letzte Generation* 2022)²⁵. Die Protestierenden nehmen in ihrem Narrativ wie auch XR die Rolle unfreiwilliger Held:innen (Subjekt) ein, die aufgrund ihres exklusiven generationellen Wissens und unmittelbarer Betroffenheit von den untragbaren Umständen zum Widerstandshandeln gleichsam gezwungen sind. Der düsteren Realität ins Auge blickend, nehmen sie die individuellen Einbußen wie etwa hohe Gebühren, Straftatvorwürfe und auch Freiheitsentzug inszenierterweise unerschrocken hin und unterstreichen damit ihre aus grundlegender Alternativlosigkeit erwachsene Entschlossenheit, diesen Weg

24 Unter CO₂-Neutralität versteht XR, dass die produktionsbasierten Treibhausgas-Emissionen auf Netto-Null verringert werden, und alle Treibhausgas-Emissionen, die nach einer drastischen Reduktion bis zum Jahre 2025 in Deutschland entstehen, durch lokale Negativ-Emissionen ausgeglichen werden, z.B. durch die großflächige Wiederaufforstung.

25 Die Befunde wie auch Zitate basieren auf den Inhalten der offiziellen Homepage der Letzten Generation 2022 (vgl. *Letzte Generation* 2022).

bis zum Ende zu beschreiten. Hieraus ergibt sich im Narrativ die Auftragserteilung (Aktant: Sender), die nicht wichtiger sein könnte. Die zugehörigen Aktivist:innen wännen sich in der Erzählung als Einzige überhaupt noch dazu imstande, wirksam zu handeln sowie die globale, intergenerationelle und intergenerative Verantwortung (in exklusiver Weise) tatsächlich wahrzunehmen: »Wir sind die erste Generation, die den beginnenden Klimakollaps spürt, und die letzte Generation, die noch etwas dagegen tun kann« (ebd.).

In ihren Forderungen formuliert die Bewegung über die Behebung der »Vergehen am Planeten« (ebd.) hinaus weitere links-progressive Zielsetzungen, die aus dem beschriebenen Fehlverhalten der Regierungen abgeleitet werden: Die Durchführung losbasierter Klima-Bürgerräte, die finanzielle Responsibilisierung der Reichen sowie der Schuldenerlass für die Länder im Globalen Süden aufgrund ihrer jahrhundertelangen Ausbeutung bedingen aus ihrer Sicht den notwendigen tiefgreifenden Wandel, mit dem das Ende des fossilen Zeitalters sowie die Rettung der planetaren Lebensgrundlagen eingeleitet werden soll. Der Opponent innerhalb der Aktantenstruktur setzt sich aus einem Konglomerat an Aspekten zusammen, die zum Szenario der hoffnungslosen Situation beitragen – Formulierungen wie »Warum noch kein Tempolimit? Öl tötet« oder »Stoppt den fossilen Wahnsinn!« (ebd.) verweisen auf die als feindselig identifizierten Faktoren, die den Fortbestand des Planeten bedrohen. Auch der »ignorante Kanzler« (ebd.) mitsamt der Regierung, welche »die Klimakatastrophe befeuern und die Menschheit erst an den Rand des Abgrundes gebracht haben« (ebd.), werden zu Widersacher:innen auf der eigenen, beinahe heilig erscheinenden Mission etikettiert.

Der Plot des Letzte Generation-Narrativs beschreibt die Welt in einem nie dagewesenen Katastrophenfall, in dem der Planet bereits im *Hier und Jetzt* brennt und die bereits Protestierenden wie auch die für den Protest zu mobilisierenden Rezipient:innen als eine Art Feueralarm fungieren. Ist aber das von ihnen gewählte narrative Protesthandeln tatsächlich auch geeignet, erforderlich und angemessen, um den beschriebenen Flächenbrand zu löschen?



Quelle: Konstantinos Tsakalidis/Bloomberg

Wie die exemplarische Betrachtung zeigt, verkörpern beide bewegungsspezifischen Katastrophennarrative prototypisch die im Beitrag erläuterte eschatologische Grundstruktur mit ihrer appellativen affektiven Apokalyptik, dichotomen Erzählstruktur und moralischen Rollenzuweisungen, bei der die eigenzeitlichen Rhythmen in Form der Beschleunigung der Gegenwart und einer anscheinend verlorenen Zukunft die entscheidenden Wegmarken bilden. Damit sind sie gegenwärtig im medialen Öffentlichen ebenso wie auch im Zentrum des politischen Systems äußerst präsent.

Welche Bewegungseffekte beziehungsweise Erfolge damit langfristig erzielt werden, lässt sich nur mit *Prophetie* vorausdeuten. Mit prospektiv-analytischem Blick zeigt sich aber schon jetzt die *Zukunft als eine umkämpfte Ressource*. Dies lässt sich nicht nur in Hinblick auf ihre reale Inanspruchnahme schlussfolgern, sondern auch in Bezug auf die miteinander konkurrierenden Diskurskoalitionen, die versuchen, diese mittels Zukunftsnarrativen erzählend handhabbar zu machen (vgl. Koschorke 2020). Die den Klima-Katastrophennarrativen inhärente Eigenzeit könnte sich dabei als Hürde im Kampf um die diskursive Hegemonie erweisen. Zum einen, weil der Katastrophenfall als Endsequenz des Narrativs zu kurzfristig gesetzt ist für eine Geschichte, die sich erst noch ereignen wird (vgl. Horn 2014). Diese Hürde ließe sich allerdings (im Narrativen) überwinden, indem die Zeitsequenz der Zukunft einfach nach hinten verlegt wird. So bleibt es nach Koselleck (1979: 187) »ein Dauerkriterium apokalyptischer Voraussagen, dass sie sich ständig wiederholen lassen. Eine nicht erfüllte Prophezeiung oder apokalyptische Erwartung kann immerfort wiederholt werden, ja die Wahrscheinlichkeit des Vorausgesagten und Erwarteten wächst mit dem Ablauf jeder Fehlerwartung. Gerade im Irrtum über den Zeitpunkt liegt ein Beleg für die zukünftig umso sichere Erfüllung der Weissagung.« Zum anderen könnte sich das Zusammenspiel von Apokalyptik und Zeitverkürzung als Fallstrick im narrativen Deutungskampf erweisen, da auch im Kontrast zu anderen, etwa techno-optimistischen Zukunftserzählungen (Atomkraft, Wasserstoff u.ä.), das narrative (Protest-)Potenzial als erzählerischer *way of worldmaking* nicht ausgeschöpft wird. Denn mit der eigenzeitlichen Inszenierung einer *akuten und auf Dauer gestellten* Klimakatastrophe ist nicht nur der Handlungsspielraum jenseits der postulierten Widerstandshandlungen in Konsequenz auf null reduziert, sondern auch die zur Verfügung gestellte Zeit zum wirksamen Handeln. Der kurzfristigen affektiven Vergemeinschaftung im Protest mag dies zunächst zuträglich sein. Für die klimapolitischen Arenen insgesamt aber zeichnet sich bei gleichzeitiger Politisierung das Risiko einer technokratisch induzierten Entpolitisierung ab. In den Extremen könnte dies letztlich dazu führen, dass mit der Trias des Faktischen, des Wahren und des Guten eine Stärkung autoritär-moralisierender Tendenzen ebenso befördert wird wie auch – ohne Hoffnungen auf entsprechende Policy-Effekte – eine Unterlassung vermeintlich aussichtslosen klimaschutzorientierten individuellen und kollektiven Handelns. In diesem Falle würde die Katastrophe zu einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung werden (vgl. Fladvad/Hasenfratz 2020: 17). Demgegenüber würde das Potenzial narrativer Kommunikation voll ausgeschöpft, wenn als Zeichen für die Zukunft Ermutigung statt Entmutigung gesetzt würde. Diejenigen Narrative, die das *Imaginäre im Zukünftigen* bei gleichzeitiger Evidenzbasierung entwerfen und mithin den Horizont wieder für eine Vielzahl von sozio-politischen Handlungsoptionen öffnen, könnten sich insofern letzt-

lich als wesentlich wirkmächtiger erweisen – im Diskursiven ebenso wie in Bezug auf den angestrebten Policy-Wandel.

Ob sich die Katastrophenerzählungen der Klima-Protestbewegungen in den Arenen der kollektiven Zukunftsnarrative und -visionen entgegen dieser Einschätzung vielmehr stabilisieren und ggf. sogar zu sogenannten *Meta-Narrativen*, zu Meistererzählungen der Gegenwart etablieren können, wird sich erst in der Rückschau feststellen lassen. Für den Moment aber lässt sich zur umkämpften Ressource der Zukunft mit Assmann (2013: 12) feststellen: »Die Erwartungen sind bescheiden geworden. Die Zukunft hat erheblich an Leuchtkraft verloren, seit wir sie nicht mehr so selbstverständlich zum Fluchtpunkt unserer Wünsche, Ziele und Projektionen machen können.« Oder kurzum und mit Karl Valentin euphemistischer: *Die Zukunft war früher auch besser!*

Literatur

- Adloff, Frank/Fladvad, Benno/Hasenfratz, Martina/Neckel, Sighard (Hg.) (2020): *Imaginationen von Nachhaltigkeit – Katastrophe. Krise. Normalisierung*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Arnold, Markus (2012): »Erzählen. Die ethisch-politische Funktion narrativer Diskurse«, in: Arnold/Dressel/Viehöver, *Erzählungen im Öffentlichen*, S. 17-63.
- Arnold, Markus (2019): »Narrative der Demokratie: Reden über das Volk, die Politik und den Populismus«, in: Michael Müller/Jörn Precht (Hg.), *Narrative des Populismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 27-61.
- Arnold, Markus/Dressel, Gert/Viehöver, Willy (Hg.) (2012): *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse (= Theorie und Praxis der Diskursforschung)*, Wiesbaden: Springer VS.
- Assmann, Aleida (2013): *Ist die Zeit aus den Fugen? Aufstieg und Fall des Zeitregimes der Moderne*, München: Carl Hanser Verlag.
- Bäckstrand, Karin/Lövbrand, Eva (2007): »Climate Governance beyond 2012: Competing Discourses of Green Governmentality, Ecological Modernization and Civic Environmentalism«, in: Mary E. Pettenger (Hg.), *The Social Construction of Climate Change*, London/New York: Routledge, S. 123-147.
- Baringhorst, Sigrid/Yang, Mundo/Voss, Kathrin/Villioth, Lisa (2017): »Webzentrierte Hybridkampagnen – Ausdruck postdemokratischer Protestpartizipation?«, in: Daphi/Deitelhoff/Rucht/Teune, *Protest in Bewegung*, S. 171-198.
- Bergmann, Werner (1985): »Das frühe Mönchtum als soziale Bewegung«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 37, S. 30-59.
- Betz, Gregor (2016): *Vergnügter Protest. Erkundungen hybridisierter Formen kollektiven Ungehorsams*, Wiesbaden: Springer VS.
- Blöbaum, Anke (2018): »Neue Protestkultur – Herausforderungen für partizipative Prozesse«, in: Frohn/Rosebrock, *Herausforderungen für die Umweltkommunikation*, S. 189-206.
- Bosse, Jana (2019): *Die Gesellschaft verändern. Zur Strategieentwicklung in Basisgruppen der deutschen Umweltbewegung*, Bielefeld: transcript.

- Bues, Andrea (2020): *Social Movements against Wind Power in Canada and Germany. Energy Policy and Contention*, Routledge Studies in Energy Policy, New York: Routledge.
- Cohn, Samuel K. (2006): *Lust for Liberty: The Politics of Social Revolt in Medieval Europe, 1200-1425*, Cambridge: MA: Harvard University Press.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.) (2017): *Protest in Bewegung. Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests* (= Sonderband Leviathan, Band 33), Baden-Baden: Nomos.
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Zajak, Sabrina/Neuber, Michael/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang (2015): *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*, Berlin: ipb working papers. Online verfügbar unter: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf. Zuletzt aufgerufen am 03.09.2022.
- Della Porta, Donatella/Parks, Louisa (2013): »Framing-Prozesse in der Klimabewegung: Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit«, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), *Die Internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Wiesbaden: Springer VS, S. 39-56.
- Diehl, Paula (2016): »Demokratische Repräsentation und ihre Krise«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66, S. 12-17.
- Etzioni, Amitai (1970): *Demonstration Democracy*, New York: Gordon and Breach Science Publishers.
- Extinction Rebellion Deutschland (2022): Online verfügbar unter: <https://extinctionrebellion.de/>. Zuletzt aufgerufen am 31.07.2022.
- Fladvad, Benno/Hasenfratz, Martina (2020): Einleitung: *Imaginationen von Nachhaltigkeit zwischen Katastrophe, Krise und Normalisierung*, in: Adloff/Fladvad/Hasenfratz/Neckel, *Imaginationen von Nachhaltigkeit*, S. 13-28.
- Freier, Anna Nora (2022): »Vom Sag-, Sicht- und Spürbaren zum Machbaren? Die Politisierung von Emotionen und Erzählungen in den Corona-Protesten«, in: *DIEGIS* 11, S. 25-49. Online verfügbar unter: <https://www.diegesis.uni-wuppertal.de/index.php/diegesis/article/view/433/618>. Zuletzt aufgerufen am 03.09.2022.
- Frohn, Hans-Werner/Rosebrock, Jürgen (Hg.) (2018a): *Herausforderungen für die Umweltkommunikation: der Deutsche Naturschutzring, die Naturschutzverwaltungen und der Wandel der Protestkultur*, München: oekom.
- Frohn, Hans-Werner/Rosebrock, Jürgen (2018b): *Die Protestkultur des Naturschutzes – die Herausforderungen der neuen Protestkultur für den Natur- und Umweltschutz. Ein einleitender Überblick*, in: Frohn/Rosebrock, *Herausforderungen für die Umweltkommunikation*, S. 11-30.
- Früh, Werner/Frey, Felix (Hg.) (2014): *Narration und Storytelling. Theorie und empirische Befunde*, Köln: Herbert von Halem.
- Fuchs, Dieter (1991): »The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements«, in: Gerd v. Meyer/Franciszek Ryszka (Hg), *Political Participation and Democracy in Poland and West Germany*, Warsaw: Wydawca, S. 148-165.

- Genette, Gérard (1998 [1989]): *Die Erzählung*. München: Fink UTB.
- Greimas, Algirdas Julien (1966): *Sémantique structurale*, Paris: Larousse [dt.: *Strukturelle Semantik*, Braunschweig: Friedr. Vieweg + Sohn 1971]. Online verfügbar unter: https://monoskop.org/images/d/d1/Greimas_Julien_Structural_Semantics_An_Attempt_at_a_Method_1983.pdf. Zuletzt aufgerufen am 03.09.2022.
- Greimas, Algirdas Julien (1971): *Strukturelle Semantik. Methodologische Untersuchungen*, Braunschweig: Friedr. Vieweg + Sohn. Online verfügbar unter: https://monoskop.org/images/d/d1/Greimas_Julien_Structural_Semantics_An_Attempt_at_a_Method_1983.pdf. Zuletzt aufgerufen am 03.09.2022.
- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (2007): »Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf: Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59, S. 410-439.
- Hajer, Maarten A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process*, New York: Oxford University Press.
- Haunss, Sebastian (2016): »Welche Akteursgruppen treiben die Entstehung von Politikfeldern?«, in: Benjamin Bergemann/Jeanette Hofmann/Maximilian Hösl/Florian Irgmaier/Ronja Kniep/Julia Kohle (Hg.), *Entstehung von Politikfeldern – Vergleichende Perspektiven und Theoretisierung*, WZB Discussion Paper SP IV 2016-401, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 43-51.
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hg.) (2020): *Fridays For Future – Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen einer weltweiten Protestbewegung (= X-Texte zu Kultur und Gesellschaft)*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Fritz, Lisa (2020): »Fridays for Future. Konturen einer neuen Protestbewegung«, in: Haunss/Sommer, *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel*, S. 7-14.
- Heim, Tino (Hg.) (2017): *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer VS.
- Hiller, Jens/Schneider, Josua (2018): »War on Terror revisited? Das War on Terror-Narrativ als Legitimationsquelle des Syrieneinsatzes im bundesdeutschen Diskurs nach den Terroranschlägen von Paris«, in: *ZeFKo Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 7, S. 246-277.
- Horn, Eva (2014): *Zukunft als Katastrophe. Fiktion und Prävention*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Imbusch, Peter/Steg, Joris (2021): *Konflikte beim Kranich. Die Tarifverhandlungen der Lufthansa – Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt a.M.: Campus.
- IPCC (2022): *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Klein, Christian/Martínez, Matías (2009) (Hg.): *Wirklichkeitserzählungen. Felder, Formen und Funktionen nicht-literarischen Erzählens*, Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Koschorke, Albrecht (2020): »Zukunftsangst und Naherwartung: Über aktuelle Endzeitszenarien und ihre Konflikte«, in: Adloff/Fladvad/Hasenfratz/Neckel, *Imaginationen von Nachhaltigkeit*, S. 29-47.

- Koselleck, Reinhart (1979): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Kumkar, Nils C. (2018): *The Tea Party, Occupy Wall Street, and the Great Recession*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Lahn, Silke/Meister, Jan Christoph (2016): *Einführung in die Erzähltextanalyse*, Stuttgart: Metzler.
- Lamberty, Pia/Holnburger, Josef/Goedeke Tort, Maheba (2022): »Zwischen ›Spaziergängen‹ und Aufmärschen: Das Protestpotential während der COVID-19-Pandemie«, Policy Brief, Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS). Online verfügbar unter: https://cemas.io/publikationen/zwischen-spaziergaengen-und-aufmaerschen-das-protestpotential-waehrend-der-covid-19-pandemie/2022-05-09_PolicyBriefProtestpotential.pdf. Zuletzt aufgerufen am 03.09.2022.
- Leggewie, Claus (2011): *Mut statt Wut: Aufbruch in eine neue Demokratie*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Leinius, Johanna (2020): »Zeitgenössische Proteste im Spiegel der gesellschaftstheoretisch motivierten Protest- und Bewegungsforschung«, in: *Soziologische Revue* 43, S. 168-184.
- Letzte Generation (2022): Online verfügbar unter: <https://letztegeneration.de/>. Zuletzt aufgerufen am 31.07.2022.
- Lietzmann, Hans J. (2019): »Kulturen politischer Partizipation. Hermeneutische und historische Perspektiven«, in: Wolfgang Bergem/Paula Diehl/Hans J. Lietzmann (Hg.), *Politische Kulturforschung reloaded: Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse* (=Edition Politik, 76), Bielefeld: transcript Verlag.
- Luhmann, Niklas (1996): *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Martínez, Matías/Scheffel, Michael (2016): *Einführung in die Erzähltheorie*, München: C.H. Beck.
- Moosmüller, Silvan/Previšić, Boris (Hg.) (2020): *Polyphonie und Narration*, Trier: WVT Wissenschaftlicher Verlag.
- Müller, Jan-Werner (2016): »Schatten der Repräsentation. Der Aufstieg des Populismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4, S. 63-74.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): »Auf dem Weg in die ›Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen«, in: *Soziale Welt* 44, S. 305-326.
- Neukirch, Mario (2020): »Grinding the grid: Contextualizing protest networks against energy transmission projects in Southern Germany«, in: *Energy Research & Social Science* 69, S. 101585.
- Nowotny, Helga (1993): *Eigenzeit: Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Otto, Isabell (2021): »Querdenken« in Smartphone-Gemeinschaften: Digitale Skills und Medienmisstrauen in einem Telegram-Gruppenchat«, in: Sven Reichardt (Hg.), Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt: Campus, S. 159-184.
- Öztürk, Asiye (2012): »Editorial zu Protest und Beteiligung«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62, S. 2.
- Pook, Linus/Rocha Dietz, Rocío/Stanjek, Grischa (2022): »Geil dabei zu sein« – Live-streams als Kommunikationsmittel rechtsextremer Proteste«, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 2022, S. 72-90.
- Prince, Gerald (2003): A dictionary of narratology, Lincoln: University of Nebraska Press.
- Pross, Harry (1992): Protestgesellschaft. Von der Wirksamkeit des Widerspruchs, München: Artemis & Winkler.
- Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (1987): »Einleitung«, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York: Campus, S. 11-16.
- Rucht, Dieter (Hg.) (2001): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt/New York: Campus.
- Rucht, Dieter (2008): »Anti-Atomkraftbewegung«, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M.: Campus, S. 245-266.
- Rucht, Dieter/Teune, Simon (2017): »Einleitung: Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel«, in: Daphi/Deitelhoff/Rucht/Teune, Protest in Bewegung, S. 9-33.
- Rucht, Dieter/Walter, Franz (2012): »Wandel der Protestformen. Erleben wir eine neue Kultur des Widerspruchs?«, in: Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft 1, S. 6-13.
- Sauerborn, Elgen (2021): »Die Politisierung der Achtsamkeit. Extinction Rebellions gefühlvolle Protestpraktiken«, Working Paper des SFB 1171 Affective Societies 02/21. Online verfügbar unter: https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/30125/SFB1171_WP_18_Sauerborn_2021.pdf?sequence=1&isAllowed=y. Zuletzt aufgerufen am 03.09.2022.
- Schade, Henriette (2018): Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft. Kommunikation als Schlüsselkonzept einer Rahmentheorie sozialer Bewegungen, Wiesbaden: Springer VS.
- Schenk, Sabrina/Hoffarth, Britta/Mayer, Ralf (2020): »Populismus, Protest – und politische Bildung. Soziale Bewegung(en) in Spannungsfeldern von Affektivität, Rationalität und Praktiken der Kritik im öffentlichen Raum«, in: Isabell van Ackeren/Helmut Bremer/Fabian Kessel/Hans Christoph Koller/Nicolas Pfaff/Caroline Rotter/Dominique Klein/Ulrich Salaschek (Hg.), Bewegungen: Beiträge zum 26. Kongress der Deutschen Gesellschaft Für Erziehungswissenschaft, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 627-640.

- Schmitt, Caroline/Vonderau, Asta (2014): »Öffentlichkeiten in Bewegung«, in: Caroline Schmitt/Asta Vonderau (Hg.), *Transnationalität und Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Perspektiven* (= Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, S. 7-24.
- Schneider, Josua (2022): *Frieden ist schwieriger als Krieg – Die Bedeutung von narrativen (De-)Legitimationsstrategien in vertrackten bewaffneten Konflikten und deren Bearbeitung am Beispiel des kolumbianischen Bürgerkriegs*. Unveröffentlichte Dissertation, Wuppertal.
- Simon, Fritz B. (2010): *Einführung in die Systemtheorie des Konflikts*, Heidelberg: Carl-Auer-Verlag.
- Somers, Margaret R. (1992): »Narrativity, Narrative Identity, and Social Action: Rethinking English Working-Class Formation«, in: *Social Science History* 16, S. 591-630.
- Somers, Margaret R. (1994): »The narrative constitution of identity: A relational and network Approach«, in: *Theory and Society* 23, S. 605-649.
- Sommer, Moritz/Haunss, Sebastian (2020): »12. Fridays for Future. Eine Erfolgsgeschichte vor neuen Herausforderungen«, in: Haunss/Sommer, *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel*, S. 237-252.
- Teune, Simon/Ullrich, Peter (2018): »Protestforschung mit politischem Auftrag?«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31, S. 418-425.
- UBA, Umweltbundesamt/BMUV, Bundesumweltministerium (2022): *Vom Bund anerkannte Umwelt- und Naturschutzvereinigungen*, Stand: 01.09.2022. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2378/dokumente/anerkannte_umwelt-_und_naturschutzvereinigungen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 03.09.2022.
- Viehöver, Willy (2011): »Diskurse als Narrationen«, in: Rainer Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Wiesbaden: Springer VS, S. 193-224.
- Viehöver, Willy (2012): »Öffentliche Erzählungen und der globale Wandel des Klimas«, in: Arnold/Dressel/Viehöver, *Erzählungen im Öffentlichen*, S. 173-215.
- Virgl, Christoph J. (2011): *Protest in der Weltgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS.
- Vollmer, Lisa (2019): *Mieter_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität*, Wiesbaden: Springer VS.
- Wiesner, Claudia (2020): »Politisierung, Politik und Demokratie. Zu Theorie und Konzeption eines komplexen politikwissenschaftlichen Begriffsgefüges«, in: Andreas Schäfer/David Meiering (Hg.), *(Ent-)Politisierung? Die demokratische Gesellschaft im 21. Jahrhundert* (= Sonderband Leviathan, Band 35), Baden-Baden: Nomos, S. 39-64.

Den Dissens aufwühlen

Kritik, Konflikt und Konsens in der Nachhaltigkeitsdebatte

Katrin Großmann und Nikolai Roskamm

In den Debatten, die sich mit Konzeptionen von Nachhaltigkeit auseinandersetzen, wird immer wieder die Frage gestellt, ob der Begriff – trotz seiner konzeptionellen Unschärfe und der damit einhergehenden unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Auslegungen – (noch) so etwas wie einen verbindlichen Kern beinhaltet (vgl. u.a. Bauriedl/Wissen 2002; Reinsch 2010; Rink 2018). Kontinuierlich wird darum gerungen, was genau Nachhaltigkeit bedeutet, was nachhaltig entwickelt werden soll und wie und welche Prioritäten dabei zu setzen sind. In der wissenschaftlichen Community ist der Disput zwischen Verfechter:innen einer schwachen oder einer starken Nachhaltigkeit zentral. Er dreht sich nicht zuletzt um die Frage, ob Ökologie als normative Orientierung eine Priorität genießen sollte oder ob ökologisches, soziales und ökonomisches Kapital letztlich austauschbar bzw. ersetzbar sind (vgl. Ayres 2007; Brown/Söderbaum/Dereniowska 2017; Neumayer 1998). Beiträge aus der *New Political Ecology* formulieren eine grundsätzlichere Kritik am Nachhaltigkeitsziel. Dort werden keine Überarbeitungen und Präzisierungen vorgeschlagen, sondern das Ziel der Nachhaltigkeit selbst in Frage gestellt. Im Mittelpunkt stehen hier so genannte gesellschaftliche Naturverhältnisse (vgl. Görg 2003; Köhler 2008) als Rahmung von Ungleichheitsstrukturen und Ungerechtigkeiten. Dem Nachhaltigkeitsziel selbst wird eine zentrale Rolle an entpolitisierenden und/oder post-politischen Tendenzen zugeschrieben, etwa in den Debatten um Stadtplanung und Stadtentwicklung (vgl. Swyngedouw 2018a/b). Nancy Fraser (2021: 127) sieht hinter der Einigkeit, die der hegemoniale Konsens zum Ziel der Nachhaltigkeit suggeriert, »a roiling dissensus« – eine unterschwellig brodelnde Uneinigkeit.

Den Dissens aufzuwühlen, ihn besser sichtbar zu machen und zu verstehen, wie er beschaffen ist und was er bedeutet – das ist das Ansinnen unseres Beitrags für diesen Sammelband. Hierzu bringen wir einige konflikttheoretische Überlegungen mit aktueller Nachhaltigkeitskritik ins Gespräch. Die leitende Fragestellung dabei ist, wo die Konflikte in der Nachhaltigkeitsdebatte zu finden (beziehungsweise nicht zu finden) sind, was sie anzeigen, wie sie versteckt und verdrängt werden und was solche Verdrängungen bewirken.

Unsere Argumentation entfalten wir in vier Schritten: Erstens geben wir einen knappen Überblick zu dem Diskursfeld, das sich unter der Bezeichnung Konflikttheorie versammelt. Zweitens schauen wir uns anhand einiger schlaglichtartiger Beobachtungen an, wie der Konsens in den Mittelpunkt der Nachhaltigkeitsdebatte gerückt ist. Drittens führt uns die Skizzierung einer grundsätzlicheren Kritik am Konzept der Nachhaltigkeit zu – viertens – der Doppeldeutigkeit des *leeren Signifikanten*, der in der aktuellen Debatte das Synonym für eine *konsensstiftende Leerformel* ist und die Abwesenheit von Konflikten zu markieren versucht, während die ursprüngliche theoretische Bedeutung des Begriffs genau auf das konfliktmobilisierende Potenzial des *empty signifiers* verweist. Insgesamt kommen wir zu dem Befund, dass das Konzept der Nachhaltigkeit sein mobilisierendes Potenzial auf dem Weg durch die Institutionen verloren hat, nicht zuletzt deshalb, weil das Konflikthafte aus der Nachhaltigkeitsdebatte verdrängt und durch ein allumfassendes Konsensdenken ersetzt worden ist.

Zur Natur des Konflikts

Konflikte sind soziale Phänomene, die überall zu finden sind, wo menschliche Gesellschaften bestehen. In der umfangreichen konfliktsoziologischen Literatur (vor allem aus den 1960er und 1970er Jahren) wird Konflikten eine eigene Wirkmächtigkeit zugeschrieben, teilweise gelten sie als das, was die Gesellschaft bewegt, als produktiv oder auch als schöpferisch (ein Überblick findet sich in Großmann et al. 2021b). Schon Georg Simmel (1908) spricht Konflikten eine »soziologische Bedeutung« zu und stellt die Frage, »ob nicht der Kampf selbst [...] eine Vergesellschaftungsform ist«; tatsächlich habe »jede Wechselwirkung unter Menschen« einen vergesellschaftenden Effekt und daher sei der Konflikt als »eine der lebhaftesten Wechselwirkungen« unbedingt in diese Kategorie einzuordnen (ebd.: 247).

Aktuelle Ansätze aus dem Bereich einer politischen, radikaldemokratischen Theorie (vgl. Comtesse et al. 2019; Flügel-Martinsen 2020; Marchart 2010) sehen Konflikte als konstitutiv für das Entstehen von Gesellschaft. Die These ist, dass die theoretischen und politischen Routinen der liberal-kapitalistischen Demokratien sich in einer fundamentalen Krise befinden. Im Innern dieser Krise findet sich eine theoretische Störung, nämlich eine Krise der Objektivität. Diese Störung ist Ausdruck davon, dass eine rein rationalistische und objektivistische Konzeption von Gesellschaft und Geschichte nicht möglich ist und daher immer scheitern muss. Eine solche Konzeption ist notwendig begrenzt durch einen Antagonismus, der – als ontologisch-theoretische Form des Konflikts – sämtliche sozialen und historischen Prozesse durchzieht und diese Prozesse als intrinsisch umstritten und daher auch als immer politische offenlegt (vgl. Marchart 2018: 5). Die Betrachtungsebene verschiebt sich hier vom Sozialwissenschaftlichen zum Sozialtheoretischen, die Frage nach der ontologischen Natur des Konflikts rückt in den Mittelpunkt. Konflikte werden zentral für jegliche soziale und historische Entwicklung.

Das ist vor allem deshalb so, weil die Prämisse der notwendigen Kontingenz eingeführt wird. Wenn alles auch anders sein könnte, dann gibt es zu allem und jedem Alternativen, deren Geltungen permanent ausgehandelt werden müssen. Die dem So-

zialen zugrunde liegenden Antagonismen zeigen das »ultimativ kontingente Wesen aller Objektivität« (Landau et al. 2021: 9): Immer bestehen mehrere, gegenläufige und auch unvereinbare Positionen; nie existiert ein objektives und abgeschlossenes Ganzes. Deshalb gibt es Konflikte, und zwar immer und überall. Konflikte werden hier also nicht in Gut und Böse oder in produktiv und unproduktiv eingeteilt; vielmehr stellen sie ein grundlegendes Element sozialer Prozesse dar. Sie verursachen ständige Veränderung im Streit um hegemoniale Positionen. Diese negative ontologische Grundspannung in jedem historischen Werden verhindert, dass Konflikte dauerhaft aufgelöst werden. Demokratie ist – und bleibt – ein konflikthaftes Projekt.

Ein solches Denken bezieht sich unter anderem auf das berühmte Diktum von Claude Lefort vom *leeren Platz der Macht in der Demokratie*, der nie dauerhaft besetzt werden kann. Leforts These basiert auf einer Analyse des Übergangs von der Monarchie zur Demokratie in der Französischen Revolution. Ausgangspunkt ist ein historisierendes Bild des Körpers, das zur Beschreibung der Macht des Königs verwendet wird. Für Lefort (1986) ist die Enthauptung Ludwigs XVI. die Vollstreckung der »demokratischen Revolution« (ebd.: 303) oder die Einschreibung der demokratischen Erfindung. Die Kappung der Macht aus dem königlichen Körper führt zu dem leeren, unbesetzten und unbesetzbaren Platz, der in der Demokratie nur teilweise und vorübergehend gefüllt werden kann. Der leere Ort ist »gerade in dem Sinne unbesetzbar, dass sich die Erprobung der Unmöglichkeit, sich dort einzurichten, als konstitutiv für die Vergesellschaftungsprozesse erweist« (Lefort/Gauchet 1990: 101). In Leforts These wird mit der demokratischen Revolution die *Institutionalisierung des Konflikts* vollzogen. Die Unfähigkeit, den leeren Ort zu besetzen, wird zur eigentlichen Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung. Der unbesetzte und unbesetzbare Ort ist ein äußeres Ziel, ein Ort, der »aber gerade wegen dieser Abwesenheit« seine Wirkung entfaltet und das gesamte Feld organisiert (ebd.). Der Konflikt um die Besetzung des leeren Platzes der Macht – eine Besetzung, die in letzter Instanz nicht vollständig gelingen kann – ist das zentrale Funktionsprinzip der Demokratie (vgl. Roskamm 2017). In dieser Verhinderung beständiger Machtbehauptung sind Konflikte konstitutive Antriebsfaktoren des Sozialen. Ein dauerhafter und allumfassender Konsens ist damit letztlich kein sinnvolles politisches Ziel – im Grunde ist so etwas gar nicht möglich.

Wie lässt sich nun Nachhaltigkeit konflikttheoretisch denken? Das Ziel der Nachhaltigkeit ist ein menschengemachtes Ziel und daher im konkurrierenden Konflikt mit anderen Zielen entstanden. Eine historische Untersuchung, die jene anderen Ziele benennt und den Ablösungsprozess beschreibt, der die Nachhaltigkeit hat hegemonial werden lassen, wäre ein erster Zugang. Ein zweiter Ansatz könnte Konflikt und Kontingenz zentral setzen und damit jede Objektivierung des Konzepts konfrontieren. Die Möglichkeit von Konflikten (beziehungsweise das Augenmerk auf eine solche Möglichkeit) untergräbt stets die Bemühungen, soziale und historische Phänomene zu objektivieren und sie als alternativlos darzustellen.

Nachhaltigkeitsdebatte: Konflikt und Konsens

Als erster Meilenstein der globalen Ökologiebewegung und als Wegbereiter der Nachhaltigkeitsdebatte gilt der Bericht an den Club of Rome aus dem Jahr 1972. In der Studie über die »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al. 1972) erstellen die Autor:innen anhand von damals noch wenig eingesetzten Computermodellierungen zahlreiche globale Vorhersagen, etwa über die Bevölkerungsentwicklung, über die Verfügbarkeit von Ressourcen sowie über die künftige industrielle Produktion (insbesondere über die Nahrungsmittelproduktion). Ohne eine Änderung der Verhaltensmuster, so der Bericht, sei ein katastrophaler Zusammenbruch der Menschheit etwa im Jahr 2025 unvermeidbar. Er warnt eindringlich vor der Überlastung der Erde, die durch die Bevölkerungsentwicklung sowie eine dramatische Abnahme der Ressourcen verursacht werden würde.¹ Der Bericht ist also eher eine dystopische Komplexitätsanalyse, die im Vorwort folgende globale Problemstellungen aufwirft:

»The intent of the project is to examine the complex of problems troubling men of all nations: poverty in the midst of plenty; degradation of the environment; loss of faith in institutions; uncontrolled urban spread; insecurity of employment; alienation of youth; rejection of traditional values; and inflation and other monetary and economic disruptions.« (Meadows et al. 1972: 10)

Der Ton, der hier angeschlagen wird, unterscheidet sich deutlich von aktuellen Verlautbarungen, etwa den Begleitschriften zur Agenda 2030. Im Bericht an den Club of Rome geht es um die Beschreibung einer *Weltproblematik*, die sich aus unterschiedlichen und immer konfligierenden Problemstellungen zusammensetzt. Zwar findet sich in dem Text keine explizite Kapitalismuskritik², dennoch wird bei der Lektüre schnell klar, dass die festgestellte Problemlage fundamentale und auch benennbare Konflikte und Widersprüche beinhaltet – etwa zwischen den Profiteur:innen eines ressourcenintensiven Wirtschaftswachstums und den gegenwärtigen wie zukünftigen Bewohner:innen des Planeten, die die Folgen des kapitalistischen Raubbaus zu spüren bekommen (und die an den Errungenschaften des Wachstums größtenteils nicht teilhaben werden). Am Beginn der Ökologiedebatte findet sich also ein Befund über den Zustand des Planeten, der eine künftige Katastrophe zum Ausgangspunkt macht und der damit eine Form von Negativität an den Anfang und ins Zentrum stellt, die sich von der heute eingeübten Positivität stark unterscheidet. Die beschriebenen tiefliegenden Probleme

1 Tatsächlich ist die Entstehung von Nahrungsknappheiten allerdings weniger an irgendwelchen existierenden natürlichen Grenzen einer gegebenen Tragfähigkeit der Erde zu suchen, sondern in der ungleichen Verteilung der Güter begründet (vgl. Janowicz 2008: 8). Der »Bericht von den Grenzen des Wachstums« ist nicht zuletzt auch ein Beispiel für eine »Demographisierung« (Tremmel 2005: 369), also die unterschwellige Naturalisierung von mit demographischen Entwicklungen zusammenhängenden sozialen Verwerfungen (vgl. Roskamm 2011: 120f.).

2 Frederic Jameson hat es einmal so ausgedrückt: »...it is easier to imagine the end of the world than it is to imagine the end of capitalism« (Jameson 2003: 76).

führen zu einer Perspektive, die einem Denken des Konflikts nähersteht als dem aktuell so verbreiteten Denken des Konsensus.³

Der Brundtland-Bericht mit dem Titel *Our Common Future* führt dann 1987 den Begriff der *nachhaltigen Entwicklung* auf der internationalen Policy-Bühne ein. Die Schrift adressiert ebenfalls eine grundlegende Problematik, nämlich den Verteilungskonflikt zwischen den Lebenschancen heutiger und künftiger Generationen. Nachhaltigkeit ist im Brundtland-Bericht gewissermaßen als Gerechtigkeitskonzept definiert (vgl. auch Rink 2018). Der Bericht verbreitet gleichzeitig aber Zuversicht, dass eine neue und andere Ära des Wirtschaftswachstums möglich ist: »But technology and social organization can be both managed and improved to make way for a new era of economic growth.« (WCED 1987: 15) Es dominiert hier nun ein optimistischer Duktus, der impliziert, dass die Menschheit in der Lage ist, ihre (wirtschaftliche) Entwicklung so zu gestalten, dass sie die Bedürfnisse der Gegenwart erfüllt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

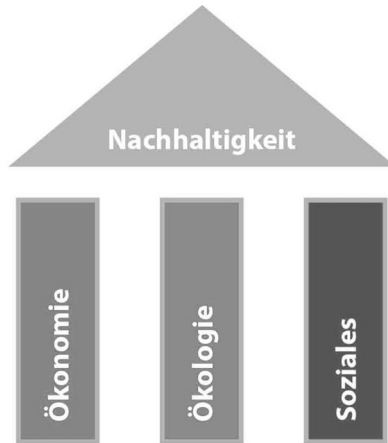
Auch in der Rio-Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1992 findet sich dieser Duktus. Während auf der einen Seite Umweltschutz, Armutsbekämpfung, internationale Kooperation und Rechtsverbindlichkeit der Ziele stark gemacht werden, wird auf der anderen Seite betont, dass »ein stützendes und offenes Weltwirtschaftssystem zu fördern [ist], das in allen Ländern zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung führt« (UNCED 1992, Grundsatz 12). Der Wachstumsgedanke gewinnt in der praxispolitischen Debatte die Oberhand und bestimmt zunehmend die Ausrichtung des Nachhaltigkeitsziels. Der Ausdruck Nachhaltigkeit verbindet sich dabei mit der Annahme, dass Wachstum zwar modifiziert werden muss, aber weiterhin und auch in Zukunft die einzige Option bleiben soll. Der Begriff nachhaltige Entwicklung setzt dabei voraus, dass zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung kein grundlegender Widerspruch besteht. Nachhaltigkeit und Entwicklung sind nicht antagonistisch zu denken (vgl. auch Bauriedl/Wissen 2002; Brown 2016). Stattdessen hält in den politischen Prozessen eine starke Konsensorientierung Einzug (vgl. Hahne 2002).

Die Erklärung von Rio steht bekanntlich für den Startschuss der Lokalen Agenden 21, die über partizipative Prozesse Nachhaltigkeit lokal ausbuchstabieren und umsetzen sollen (vgl. Herrmanns 2000). In der deutschen Mustersatzung für die Verabschiedung dieser Prozesse in den Stadt- oder Gemeinderäten taucht nun die explizite Aufforderung auf, bei den Initiativen für die nachhaltige Zukunftsgestaltung »ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichzeitig zu betrachten« (Herrmanns 2000: 8). Diese Dreidimensionalität aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem wurde seither zur bestimmenden Definition von Nachhaltigkeit, die – anders als die Gerechtigkeitsformel aus dem Brundtland-Bericht – eine direkte Operationalisierbarkeit verspricht. In dieser Operationalisierung wird das rhetorische und visuelle Mantra der drei Säulen

3 Möglicherweise ist im Bericht an den Club of Rome aber letztlich doch weniger *Konflikt* die treibende Kraft, sondern eher *Angst*. Nach Erik Swyngedouw (2018a: 116) finden sich hier vor allem die Gespenster einer unseren Vorstellungen von Natur immanenten Furcht wieder und verbinden sich mit der Sorge, dass die auf ständigem kapitalistischen Wachstum beruhenden Privilegien nicht ewig beibehalten werden können. Diese Furcht ist es auch, so Swyngedouw weiter, die bis heute die Bedeutung und Dringlichkeit der Nachhaltigkeitsdebatte nährt (vgl. ebd.: 82).

geschaffen (Abb. 1), das von nun an die Debatten, Leitbilder und Maßnahmen rahmt. Die Nachhaltigkeit selbst kann hier sowohl als Dach als auch als Schirm interpretiert werden.

Abbildung 1: Drei Säulen der Nachhaltigkeit



Eigene Darstellung.

Das Drei-Säulen-Modell wird in den 2000er Jahren dafür kritisiert, dass es die Wechselwirkungen zwischen den Säulen zu wenig berücksichtigt und alles als Nachhaltigkeitsstrategie gelten lässt, was Ökologie, Soziales oder Wirtschaft fördert. Das Drei-Säulen-Modell gerät tendenziell zum Weichspüler der Nachhaltigkeitsidee.⁴ In Folge dieser Kritik wird das Modell abgelöst vom sogenannten integrativen Nachhaltigkeitskonzept (Kopfmüller 2002; von Hauff 2014), das die Säulen in drei sich überschneidende Kreise transformiert (Abb. 2). Diese Visualisierung entwickelt für die Praxis eine große Suggestiv- und Wirkmacht. Die Nachhaltigkeit, das ist die zentrale Botschaft, liegt nun im Zentrum des Bildes und verspricht, die drei Dimensionen miteinander vereinen zu können. Die mittige Position versinnbildlicht dabei nicht nur die Wichtigkeit des Begriffs, sondern symbolisiert die Konsensfähigkeit des Konzepts. Das Soziale, die Ökologie und die Wirtschaft können – so lautet die Aussage des Diagramms – zusammengebracht und versöhnt werden, die Nachhaltigkeit in der Mitte verkündet erreichbaren Ausgleich und Konsens.⁵

4 Brand und Jochum (2000: 75) bezeichnen das Konzept als »dreispaltigen Wunschzettel«.

5 Im Handbuch für Lokale Agenda-Prozesse wird der Konsens auch textlich zum Programm. Es betont die Notwendigkeit, »hier und heute einen Konsens über die Notwendigkeit einer neuen Form zukünftiger Entwicklung anzustreben, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Anforderungen miteinander verknüpft und in Einklang bringt.« (UBA/BMU 1998: 15) Konflikte werden dagegen außerhalb des Konzepts Nachhaltigkeit verortet, sie repräsentieren alte, nicht integriert denkende Praktiken der Stadtentwicklung (vgl. ebd.: 109). Die Lokale Agenda-Prozesse werden dadurch zu Konsensapparaten, die Konflikte einhegen sollen (vgl. Hahne 2002).

Abbildung 2: Dimensionen der Nachhaltigkeit



Eigene Darstellung.

Im Jahr 2015 gibt es schließlich mit der Agenda 2030 den bisher letzten globalen programmatischen Nachhaltigkeitsbeschluss. Das Ziel der Agenda ist es, eine nachhaltige Entwicklung auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen weltweit zu fördern. Das zentrale Element bilden die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) mit 169 spezifischen Zielen, von denen die meisten bis 2030 erreicht werden sollen. Die SDGs vermeiden es systematisch, grundlegende Konflikte (beziehungsweise überhaupt Konflikte) zu adressieren.⁶ Sie repräsentieren einen Ansatz, der unter dem Dach eines allumfassenden Konsenses aufgespannt ist. Und sie artikulieren deutlicher denn je ihre Verbundenheit mit dem kapitalistischen System. Insbesondere das SDG 8 steht im Widerspruch zu den anderen Großzielen und spricht klar aus, dass mit *sustainable development* ein *sustained economic growth* gemeint ist. Das SDG 8 wird dadurch zum »trojanischen Pferd« (Martinez-Alier/Meynen 2019: o.S.) und verhindert, dass die anderen Ziele erreicht werden können. Mit dem *nachhaltigen Wirtschaftswachstum* wird im Zentrum der Nachhaltigkeitsdebatte der antagonistisch angelegte Kern weiter zementiert, ohne dass seine immanente Widersprüchlichkeit thematisiert (oder gar aufgelöst) würde.

Kritik der Nachhaltigkeit

Eine zentrale Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte ist die Wirkungslosigkeit der Nachhaltigkeitsziele (vgl. Großmann et al. 2021a: 16). Neuere empirische Untersuchungen über die tatsächliche Wirksamkeit der SDGs stellen einen Mangel an Belegen dafür

6 Prägnant formuliert die Weltbank die Konfliktverdrängung durch Nachhaltigkeitsprogramme: »Preventing Conflicts by promoting sustainable development« heißt eine ihrer entsprechenden Publikationen (The World Bank 2017).

fest, dass die globale Zielsetzung zu direkten Auswirkungen in der nationalen oder lokalen Politik geführt hat (vgl. Biermann et al. 2022). Die den SDGs zugrunde liegenden Governance-Prinzipien – etwa Einheitlichkeit, Kohärenz, Integration und *leave no one behind* – seien zwar Teil des Mainstream-Diskurses geworden, von tatsächlichen Reformen könne jedoch kaum berichtet werden. Es gäbe, so lautet das Ergebnis der Metaanalyse, kaum Belege dafür, dass die SDGs einen »limited transformative political impact« (ebd.: 1) auf die Mandate, Praktiken oder die Ressourcenzuweisung internationaler Organisationen und Institutionen hatten. Insgesamt kommen die Autor:innen der Studie zu dem Schluss, dass die Agenda 2030 und die Ziele seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2015 bisher eine nur sehr begrenzte politische Wirkung entfaltet haben.⁷

Diese Befunde sind unseres Erachtens Symptom einer Problematik, die dem Nachhaltigkeitsziel auf einer begrifflichen Ebene innewohnt. Eine ausführliche Ausarbeitung einer solchen konzeptionellen und theoretischen Nachhaltigkeitskritik findet sich zum Beispiel in verschiedenen neueren Texten von Erik Swyngedouw, die sich ausgiebig mit der »fantasy of sustainability« (2018a: 81) befassen. Er betont, dass eine wichtige Rolle der Nachhaltigkeit darin besteht, Streit, Dissens und Konflikt zu vermeiden. Swyngedouw bezeichnet die Ausdrücke Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung als *die* de-politisierenden Konzepte schlechthin (ebd.: 82). Dadurch, dass sich alle auf Nachhaltigkeit einigen können, schrumpft der Raum für Auseinandersetzungen über grundlegende Alternativen. Dieser Streitraum ist aber das Politische und auch das Politisierende selbst. Die Konsensmaschine Nachhaltigkeit, so lässt sich Swyngedouw vielleicht interpretieren, produziert so etwas wie einen Anti-Streitraum. Dieser Raum wird hergestellt, indem überall und auf alles das Etikett *nachhaltig* geklebt wird (auf Planung, Stadt, Hochschule, Autos, Lebensmittel, UN-Ziele etc.). Wenn es überall das Ziel ist, nachhaltig zu sein, dann verblassen andere mögliche Ziele und auch andere mögliche Fragen.⁸ Nachhaltigkeit ist eine hegemonial gewordene Metapher, die auf einem »consensual setting« (ebd.: 82) beruht, auf das sich nicht nur institutionell auf der *policy*-Ebene alle einigen können, sondern das auch dem Wertekanon der einzelnen Individuen entspricht. Die eigentliche Funktion des Nachhaltigkeitskonzepts ist es demnach, grundlegende Konflikte zu verhindern und auch das Nachdenken über grundlegende Alternativen. Die »depoliticized politics of sustainability« (ebd.: 84) verfolgen dabei vor allem den Zweck, dass die Verhältnisse nicht als Verhältnisse in Frage gestellt werden. Die Eigenschaft der Nachhaltigkeit, gleichzeitig auf alles und nichts zu referenzieren, macht sie zur optimal geeigneten Leerformel, zur post-politischen Staffage, zur routinisierten Leer-Geste, mit der gleichzeitig Inhaltslosigkeit zelebriert und an dem immer dichter werdenden Schutzschirm gebaut wird, der dafür da ist, gerade *nichts* zu ändern, die Verhältnisse nicht anzutasten und weiter zu machen wie

7 Diskutiert wird in der Studie zudem die Verwendung der SDGs in Unternehmen der Banken und Investment-Firmen. Einige Untersuchungen warnen hier vor einer selektiven Umsetzung der SDGs und *SDG-Washing* in solchen Unternehmen. Die SDGs könnten auch dazu genutzt werden, das *Business-as-usual* zu verschleiern, indem es mit *SDG-bezogener Nachhaltigkeitsrhetorik* getarnt wird (vgl. auch Bebbington/Unerman 2018).

8 Was sind das für Fragen? Swyngedouw (2018a) gibt Beispiele: »...who gains from and who pays for, who benefits from and who suffers (and in what ways)...« (ebd.: 82).

bisher. Zu Ende gedacht geht es der Nachhaltigkeit vor allem um »the sustainability of the existing« (ebd.: 88). Die Unantastbarkeit des Bestehenden wird über Naturalisierungen und Tabus gesichert. Bestimmte gesellschaftliche Merkmale werden als *natürlich* und damit unveränderlich deklariert, wodurch sich ihre Infragestellung verhindern lässt (vgl. Großmann et al. 2021a: 8).

Verschiedene Arten von Leere

In kritischen Annäherungen an die Nachhaltigkeitsdebatte wurde vielfach festgestellt, dass wegen der in der großen Komplexität des Begriffs begründeten Überfrachtung das Konzept konturlos und beliebig bleibt (vgl. Kopfmüller 2007: 17) und dass Nachhaltigkeit zunehmend zu einer konsensstiftenden Leerformel geworden ist (vgl. Busch-Lüty 1995: 118; Rink 2018). In der Nachhaltigkeitskritik von Swyngedouw findet sich dieser Befund ebenfalls, allerdings in einer etwas anderen Form. Swyngedouw bezeichnet Nachhaltigkeit als »leeren Signifikanten« (2018a: 76), und zwar als den leeren Signifikanten »par excellence« (2018b: 83).

Die Theorie vom leeren Signifikanten wurde in der Politischen Theorie insbesondere von Ernesto Laclau geprägt (vgl. Roskamm 2017: 190f.). Die Grundbedingung ist hier die Erfahrung eines Mangels, das Bemerken einer Lücke, die im Fluss des Sozialen aufklappt. Das, was fehlt, ist in den Worten von Laclau die Ganzheit der Gesellschaft. Die initiale Erfahrung des Mangels ist das Pendant zu dem, was sich auf dem Grunde des Sozialen befindet: das unerfüllte/unerfüllbare Verlangen nach Vollständigkeit. Dieses Verlangen, das sich in Ausdrücken wie *Freiheit*, *Gerechtigkeit* und *Gleichheit* niederschlägt, bezeichnet Laclau (2005: 125) als »democratic demand«. Solche *demands* sind in dieser Auslegung weniger Abstraktionen für etwas Positives und Konkretes, sondern sie repräsentieren in erster Linie die Abwesenheit selbst, die Unmöglichkeit vollständig zu sein und die Leere, die sich in dieser Unmöglichkeit manifestiert. Sie sind das, was Laclau als »empty signifier« bezeichnet (ebd.: 127). Einerseits repräsentiert solch ein leerer Signifikant damit eine echte Leere, nämlich den gründenden Mangel. Der leere Signifikant bezeichnet einen Platz im Zeichensystem, der konstitutiv unrepräsentierbar ist, eine Leerstelle im Bedeutungsganzen. Nur dieser Mangel an Erfüllung, also die Unmöglichkeit der Schließung eines Bedeutungssystems, gibt dem Verlangen seine materielle wie diskursive Präsenz. Andererseits verweist der leere Signifikant auf eine Lücke, und zwar auf die Lücke zwischen dem Partikularen und dem Universellen. Ohne leere Signifikanten wie *Gerechtigkeit* und *Freiheit*, so das Argument von Laclau, würden soziale Forderungen (etwa nach höheren Löhnen, nach mehr Rechten, nach niedrigeren Mieten) in ihrem Partikularismus verhaftet und deshalb wirkungslos bleiben.

Leere Signifikanten fordern damit Objektivität heraus und markieren stattdessen Kontingenz. Sie verweisen auf das, was bisher nicht bezeichnenbar war, auf das, was außerhalb des Diskurses liegt, auf das Exkludierte, auf Konflikte, auf antagonistische Konstellationen. Der leere Signifikant markiert den Zusammenbruch von Objektivität, indem ein Außerhalb dieser bisherigen, vermeintlichen Objektivität markiert wird. Leer bleibt der Signifikant, denn es geht nur um die Geste des Bezeichnens selbst, die das bestehende Bezeichnungssystem herausfordert und ihm damit auch eine Kontur gibt.

Die so entstehende Offenheit des Signifikanten ist nun für diverse Gruppen attraktiv. Sie bietet ein Feld für verschiedene Imaginationen, die vom Signifikanten aufgenommen werden können. Sie gibt symbolische Wirksamkeit für unterschiedliche Stränge von Kritik und bringt sie unter einem gemeinsamen Namen zusammen. Welcher Signifikant das Potenzial aufweist, die Partikularinteressen zu verbinden, wird in hegemonialen Kämpfen ermittelt, die im Kontext ungleicher Machtverhältnisse ausgetragen werden (vgl. Brown 2016: 118f.).

Wenn Nachhaltigkeit in diesem Sinne ein leererer Signifikant wäre, dann würde sie – als Begriff, als Ziel – potenziell solch einen Rahmen für politisches Handeln setzen können. Ähnlich wie *Emanzipation* oder *Soziale Gerechtigkeit* würde Nachhaltigkeit sozusagen verschiedene Unzulänglichkeiten der Gesellschaften zum Zeitpunkt der Nutzung des Begriffs in einer Bezeichnungshülse zusammenbringen, verschiedene Anliegen aufnehmen können und dadurch ein mobilisierendes Potenzial entfalten (ebd.: 120f). Brown (2016: 122) glaubt, diese Funktion in der Historie des Nachhaltigkeitsbegriffs erkennen zu können:

»As people develop awareness that the existing socio-economic structure cannot be sustained on ecological, social, economic, political and moral grounds, the experience of dislocation from existing paradigms allows the idea of a ›sustainable society‹ to develop as a meaningful alternative.«

Folgen wir der Kritik von Swyngedouw, ist aber genau solch eine politische Mobilisierung bei der Nachhaltigkeit nicht der Fall. Nachhaltigkeit ent- oder de-politisiert den Diskurs, das ist ja die eben referierte These.

Schauen wir daher noch einmal nach bei Laclau. Eine wichtige Funktion in Laclaus Entwurf hat das Benennen selbst, die »performative Dimension des Namengebens« (2001: 79 und 2005: 103). Die Benennung ist in der aktuellen Sozialtheorie nicht mehr Hilfsmittel der Beschreibung, sondern etwas Eigenständiges, etwas, was Bedeutung schafft. Das, was benannt wird, existiert zwar schon vor der Benennung; Identität und Einheit des benannten Objekts (nicht: Existenz) resultieren aber aus der eigentlichen Operation der Bezeichnung und des Benennens. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn das Benennen dem Beschreiben nicht untergeordnet wird. Um diese Rolle spielen zu können, darauf zielt Laclaus Argument, kann der Signifikant selbst weder vorbestimmt (mit vorbestimmter Bedeutung besetzt), noch kann er überhaupt dauerhaft mit etwas gefüllt sein. Ein Signifikant ist, darauf läuft es hinaus, letztlich notwendig unbesetzt (vgl. ebd.).

Auf die Nachhaltigkeit angewendet scheint bei genauerer Betrachtung eher das Gegenteil der Fall zu sein: Nachhaltigkeit ist gerade *kein* leerer Signifikant – und daher bedeutungslos –, sondern sie ist ein gefüllter Begriff – gefüllt mit »techno-managerial fixes« (Swyngedouw 2018a: 66) –, und deshalb auch kein tendenziell politisierender Faktor. Dass sie dennoch eine gewisse Leere repräsentiert (der erste Punkt in der Theorie von Laclau), ist dabei vielleicht nicht ganz ausgeschlossen. Über die drei Dimensionen wird der (möglicherweise ehemals) leere Signifikant gefüllt mit Bekanntem, mit Sagbarem. Zum einen schließt sich bei diesem Vorgang die imaginäre Lücke mit dem vertrauten Reservoir an operationalisierbaren, in *policy*-Dokumente integrierbaren Versatzstücken der Politikberatung. Zum anderen versiegt das Streitpotenzial

des Nachhaltigkeitsbegriffs durch die behauptete Versöhnungsfähigkeit, mit der die drei Dimensionen in eine nachhaltige Balance gebracht werden sollen. Beides führt schließlich dazu, dass die Debatte zugänglich für neoliberale Vereinnahmungen wird (vgl. Gunder 2006). Im Debattenverlauf werden Kontingenz und Konflikt dem Begriff entzogen, Nachhaltigkeit ist nun objektiviert, sie lässt sich sogar vermessen.⁹ Insgesamt wird Nachhaltigkeit dabei tatsächlich zur konsensstiftenden Leerformel und verliert die Eigenschaften eines leeren Signifikanten.

Resümee

Das Ziel der Nachhaltigkeit ist heute ein eher müder und zahnloser Tiger, der kaum noch zu mobilisieren vermag. Auf dem Weg über die lokalen Agenden, die in den 1990er Jahren – nach der UN-Konferenz in Rio – Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene in Politik und Maßnahmen übersetzen sollten, wurde der große Konflikt zwischen Ökosystem und wirtschaftlichem Wachstum auf der lokalen Ebene gezähmt, technokratisiert, ermüdet oder vergessen (vgl. Bauriedl/Wissen 2002; Brown 2016; Swyngedouw 2018b). Ausgehend von der Umweltbewegung geriet der Nachhaltigkeitsbegriff zu einer *konsensstiftenden Leerformel*, die wie ein Mantra die Win-Win-(Win)-Lösungen im Zentrum der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen behauptet und versprochen hat. Was auf dieser politischen Ebene auf der Strecke bleibt, ist nicht zuletzt die Auseinandersetzung selbst. Aus dem Konflikt ist eine Expertenaufgabe geworden, eine Planungsaufgabe, eine Technologiefrage, die versucht, die kapitalistische Wachstumsmaschine am Laufen zu halten. Sie wird in Entscheidungskreisen in Berlin und Brüssel mit Green-Growth-Strategien adressiert, die den zentralen Konflikt um die Wachstumsorientierung vermeiden und soziale Fragen in großen Parolen auffangen (wie die *Just Transition* mit dem Slogan, niemanden zurückzulassen, während die Ressourcen hierfür übersichtlich bleiben).

In unserem Beitrag haben wir versucht zu zeigen, wie die Verdrängung von Konflikten im Nachhaltigkeitsdiskurs vor sich geht. Nachhaltigkeit, so unser Argument, ist gerade kein leerer Signifikant wie etwa Gerechtigkeit oder Emanzipation, die auf politische Ziele außerhalb hegemonialer Bedeutungssysteme verweisen. Nachhaltigkeit bündelt nicht Partikularinteressen unter einem mit Bedeutung noch füllbarem Slogan, der die Objektivität gültiger Hegemonien in Frage stellt. Stattdessen ist der Begriff mit systemimmanenten Interessen gefüllt, die Bekanntes transportieren, dabei Konflikte ins Außen drängen und die Kämpfe um Zukunft eher verhindern. Naturalisierungen zementieren diese Objektivität, deren Anfechtung damit tabuisiert und verhindert wird.

Während Brown (2016: 128) es für möglich und erstrebenswert hält, Nachhaltigkeit als leeren Signifikanten wieder zu beleben, denken wir, dass die sozialen und ökologischen Bewegungen, die sich für eine Weile unter dem Schlagwort Nachhaltigkeit versammelt hatten, längst andere Bühnen gesucht und gefunden haben. Aus unserer Sicht kann der Begriff der Nachhaltigkeit nicht re-radikalisiert werden, da er randvoll

9 Leere Signifikanten entziehen sich dagegen der Vermessung, denn sie sind nicht als fixierte Begriffe definierbar (vgl. Brown 2016; Davidson 2010).

mit systemimmanenten Floskeln und Interessen aufgefüllt ist. Konflikte, die letztlich mehr oder weniger präzise die Überschneidung der drei so genannten Nachhaltigkeitsdimensionen adressieren, thematisieren Unvereinbarkeiten und damit Antagonismen, die hinter dem liegen, was in der Nachhaltigkeitsdebatte Zielkonflikte genannt wird. Dies sind etwa Unvereinbarkeiten von Ressourcenschonung und Wirtschaftswachstum, von Green-Growth-Strategien und sozialer Gerechtigkeit oder auch die Reproduktion sozialer Ungleichheiten auf Wohnungsmärkten unter dem Banner des Umweltschutzes (vgl. Großmann 2019). Solche Konflikte werden bereits ausgetragen von Initiativen wie *Ende Gelände*, *Extinction Rebellion* oder bei den Mieterkämpfen in den Städten. Auch konzeptuell gibt es längst andere Vorschläge wie de-growth, Postwachstum oder social-ecological justice, die sich aber meist nicht um eine Inwertsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts bemühen, sondern zurecht eigene Begrifflichkeiten suchen, um ihre Forderungen deutlich zu machen.

Literatur

- Ayres, Robert U. (2007): »On the practical limits to substitution«, in: *Ecological Economics* 61, S. 115-128.
- Bauriedl, Sybille/Wissen, Markus (2002): »Nachhaltigkeit als Konfliktterrain. Post-for-distische Transformation und Repräsentationen von Natur in der Metropolregion Hamburg«, in: *Geographische Revue* 4, S. 35-55.
- Bebbington, Jan/Unerman, Jeffrey (2018): »Achieving the United Nations Sustainable Development Goals«, in: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 31, S. 2-24.
- Biermann, Frank/Hickmann, Thomas/Sénit, Carole-Anne/Beisheim, Marianne/Bernstein, Steven/Chasek, Pamela/Grob, Leonie/Kim, Rakhyn E./Kotzé, Louis J./Nilsson, Måns/Ordóñez Llanos, Andrea/Okereke, Chukwumerije/Pradhan, Prajal/Raven, Rob/Sun, Yixian/Vijge, Marjanneke J./van Vuuren, Detlef/Wicke, Birka (2022): »Scientific evidence on the political impact of the Sustainable Development Goals«, in: *Nature Sustainability*, <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00909-5>.
- Brand, Karl-Werner/Jochum, Georg (2000): *Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. Abschlussbericht eines DFG-Projekts zum Thema »Sustainable development/Nachhaltige Entwicklung – Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs«*, München: Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.
- Brown, Judy/Söderbaum, Peter/Dereniowska, Malgorzata (2017): *Positional analysis for sustainable development. Reconsidering policy, economics and accounting*, London: Routledge.
- Brown, Trent (2016): »Sustainability as Empty Signifier: Its Rise, Fall, and Radical Potential«, in: *Antipode* 48, S. 115-133.
- Busch-Lüter, Christiane (1995): »Nachhaltige Entwicklung als Leitmodell einer ökonomischen Ökologie«, in: Peter Fritz/Joseph Huber/Hans W. Levi (Hg.), *Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart: Hirzel, S. 115-131.

- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (2019): »Einleitung«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen et al. (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp, S. 11-26.
- Davidson, Mark (2010): »Sustainability as ideological praxis: The acting out of planning's master-signifier«, in: *City 14*, S. 390-405.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2020): *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg: Junius.
- Fraser, Nancy (2021): »Climates of Capital: For a Trans-Environmental Eco-Socialism«, in: *New Left Review*, S. 94-127.
- Görg, Christoph (2003): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Grossmann, Katrin (2019): »Using conflicts to uncover injustices in energy transitions: The case of social impacts of energy efficiency policies in the housing sector in Germany«, in: *Global Transitions 1*, S. 148-156.
- Grossmann, Katrin/Connolly, James J. T./Dereniowska, Małgorzata/Mattioli, Giulio/Nitschke, Luca/Thomas, Nicola/Varo, Anaïs (2021a): »From sustainable development to social-ecological justice: Addressing taboos and naturalizations in order to shift perspective«, in: *Environment and Planning E: Nature and Space*, <https://doi.org/10.1177%2F25148486211029427>.
- Großmann, Katrin/Roskamm, Nikolai/Budnik, Maria/Haase, Annegret/Hedtke, Christoph/Kersting, Norbert/Krahmer, Alexander/Messerschmidt, Sven/Müller, Julian D./Resch, Sina (2021b): »Konflikte als Hoffnungsträger. Auseinandersetzungen um die postmigrantische Stadtgesellschaft«, in: *Neue politische Literatur 66*, S. 305-322.
- Gunder, Michael (2006): »Sustainability«, in: *Journal of Planning Education and Research 26*, S. 208-221.
- Hahne, Ulf (2002): »Lokale Agenda 21 als Basis nachhaltiger Regionalentwicklung. Dilemmata eines neuen Politiktypus«, in: *Geographische Revue 4*, S. 21-34.
- Hauff, Michael von (2014): *Nachhaltige Entwicklung. Grundlagen und Umsetzung*, München: De Gruyter Oldenbourg.
- Herrmanns, Klaus (2000): »Die Lokale Agenda 21: Herausforderung für die Kommunalpolitik«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2000*, S. 3-12.
- Jameson, Frederic (2003): »Future City«, in: *New Left Review*, S. 65-79.
- Janowicz, Cedric (2008): *Zur Sozialen Ökologie urbaner Räume. Afrikanische Städte im Spannungsfeld von demographischer Entwicklung und Nahrungsversorgung (= Materialitäten, Bd. 7)*, Bielefeld: transcript.
- Köhler, Bettina (2008): »Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Politische Ökologie und ökologischfeministische Sichtweisen«, in: *Das Argument 50*, S. 850-857.
- Kopfmüller, Jürgen (2007): »Auf dem Weg zu einem integrativen Nachhaltigkeitskonzept«, in: *Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift 22*, S. 16-18.
- Laclau, Ernesto (2001): »The Politics of Rhetoric«, in: Ernesto Laclau (Hg.), *The Rhetorical Foundations of Society*, London/New York: Verso, S. 79-99.
- Laclau, Ernesto (2005): *On populist reason*, London/New York: Verso.

- Landau, Friederike/Pohl, Lucas/Roskamm, Nikolai (2021): »Introduction«, in: Friederike Landau/Lucas Pohl/Nikolai Roskamm (Hg.), (Un)Grounding. Post-foundational geographies, Bielefeld: transcript, S. 9-40.
- Lefort, Claude (1986): *The political forms of modern society. Bureaucracy, democracy, totalitarianism*, Cambridge: MIT Press.
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel (1990): »Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen«, in: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 89-122.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy*, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2018): *Thinking antagonism. Political ontology after Laclau*, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Martinez-Alier, Joan/Meynen, Nick (2019): *Never-ending growth? The fatal flaw in the plan to end poverty and save the planet*. Online verfügbar unter: <https://www.commondreams.org/views/2019/07/29/never-ending-growth>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis L./Randers, Jørgen/Behrens, William W. (1972): *The limits to growth. A report for the Club of Rome's Project on the predicament of mankind*, New York: Universe Books.
- Neumayer, Eric (1998): »Preserving natural capital in a world of uncertainty and scarce financial resources«, in: *International Journal of Sustainable Development and World Ecology* 5, S. 27-42.
- Reinsch, Torsten (2010): *Kritik der Nachhaltigkeit. Die Grundlegung vernunftgemäßer Bewertungsmaßstäbe für Naturschutzkonflikte durch die transzendentalpragmatische Diskursethik am Beispiel des Nationalparks Unteres Odertal*. Dissertation, Berlin.
- Rink, Dieter (2018): »Nachhaltige Stadt«, in: Dieter Rink/Annegret Haase (Hg.), *Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen*, Opladen/Toronto: Barbara Budrich, S. 237-257.
- Roskamm, Nikolai (2011): *Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion*. Diskurse zu Stadt und Raum, Bielefeld: transcript.
- Roskamm, Nikolai (2017): *Die unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld*, Basel: Birkhäuser.
- Simmel, Georg (1908): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Leipzig: Duncker & Humblot.
- Swyngedouw, Erik (2018a): »Post-Politicizing the Environment: »Ecology as the New Opium of the Masses«, in: Erik Swyngedouw (Hg.), *Promises of the political. Insurgent cities in a post-political environment*, Cambridge: The MIT Press, S. 65-90.
- Swyngedouw, Erik (2018b): »The Urbanization of Capital and the Production of Capitalist Natures«, in: Matt Vidal/Tomás Rotta/Tony Smith et al. (Hg.), *The Oxford handbook of Karl Marx*, New York: Oxford University Press, S. 583-601.
- The World Bank (2017): *Preventing Conflicts by Promoting Sustainable Development*. Online verfügbar unter: <https://www.worldbank.org/en/news/feature/2017/08/23/preventing-conflicts-by-promoting-sustainable-development>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.

- Tremmel, Jörg (2005): Bevölkerungspolitik im Kontext ökologischer Generationenerechtigkeit, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- UBA, Umweltbundesamt/BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (1998): Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen, Berlin/Bonn.
- UNCED, United Nations Conference on Environment and Development (1992): Agenda 21. Online verfügbar unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/Agenda21.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- WCED, World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Oxford/New York.

Manifeste und potenzielle Konflikte ob der (nicht ganz so) Großen Transformation

Kämpfe um die Lebensweise

Praktische Dimensionen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts

Dennis Eversberg

Nach 200 Jahren von durch Kohle, Öl und Gas angetriebener kapitalistischer Expansion sind heute in Gestalt von Klima- und Biodiversitätskrise, Kriegen und dem Verlust sozialer Reproduktionsfähigkeit weltweit die negativen Effekte des fossilen Wachstums und der davon ermöglichten »imperialen Produktions- und Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) nicht mehr zu übersehen. Die Frage nach einer sozial-ökologischen Transformation, also danach, ob und wie es gelingen kann, moderne Gesellschaften umfassend hin zu postfossilen, dauerhaft tragfähigen Formen des Arbeitens und Lebens umzubauen, ist zur zentralen Zukunftsfrage geworden. Dass sich um das *Ob* und *Wie* dieser Transformation Konflikte entfalten, ist nicht erst seit der ausdrücklichen Politisierung der Zukunft durch *Fridays for Future* so offensichtlich wie unvermeidbar, und wie die Beiträge dieses Bandes dokumentieren, sind diese inzwischen in der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen hierzulande auch breit erforscht.

Diese Forschungen zeigen immer wieder, dass diese Kämpfe um die Zukunft sich nicht nur auf politisch-ideologischer Ebene um die Frage drehen, wie ökologisch und sozial nachhaltige Lebensweisen aussehen könnten oder sollten, sondern auch eng damit verbunden sind, wie unterschiedliche soziale Gruppen in ihrem alltäglichen Leben zur bestehenden nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweise stehen: Wie sie in sie eingebunden sind, welche Erfahrungen sie mit ihren Auswirkungen für sich selbst und andere gemacht haben, und was sie von ihrem Umbau zu gewinnen oder zu verlieren hätten. Die Logik nicht-nachhaltiger, steigerungsorientierter Vergesellschaftung ist über viele Jahrzehnte kapitalistischer Wachstumsgeschichte hinweg in Form unterschiedlicher Muster von Gewohnheiten, Möglichkeiten und Notwendigkeiten, kurz: unterschiedlicher, sozial spezifischer Lebensweisen (vgl. Bartelheimer/Wittemann 2003), in die Alltagspraxis der Bevölkerung eingesickert, und auch hier bricht sie vermehrt krisen- und konflikthaft auf.

Welche Formen die Kämpfe auf dieser Ebene annehmen, entlang welcher Gegensätze sie ausgetragen werden und was dies über die inneren Spannungen und Widersprüche der Gesellschaft aussagt, an deren Krisen sie sich abarbeiten, ist Gegenstand

dieses Beitrags. Das verlangt, die vielfältigen Einzelkonflikte um Transformationsfragen als Ausdrucksformen *eines* mehrdimensionalen *sozial-ökologischen Transformationskonflikts* (vgl. Dörre 2019) zu verstehen: Der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um das Ob und Wie, die Gründe, Formen, Schwierigkeiten und Ziele struktureller Veränderungen im Umgang mit dem Dilemma, dass wirtschaftliches Wachstum und Schutz der Lebensgrundlagen auf Dauer nicht zu vereinbaren sind.

Zu den zentralen Spannungslinien dieser Auseinandersetzung werden in der bestehenden Forschung einige Thesen diskutiert. Zunächst einmal ist gar nicht unbedingt Konsens, überhaupt von einem Konflikt auszugehen: In Umweltbewusstseinsforschung und Umweltpsychologie erscheint ökologisches Bewusstsein oft als Ausdruck einer sich langsam, aber sicher durchsetzenden kulturellen Modernisierung und gesellschaftliche Nachhaltigkeit als das Ergebnis bewussten, wertegeleiteten Entscheidungshandelns der Individuen (vgl. Hamann/Baumann/Löschinger 2016; Schipperges et al. 2016). Dem entspricht, zugespitzt gesagt, eine *kein Konflikt-These*, der zufolge der Weg zur nachhaltigen Gesellschaft als einer hin zu größerer Aufklärung und Rationalität immer schon vorgezeichnet ist. Fragen nach Unterschieden und Differenzen richten sich dann vor allem darauf, *wie weit* die Leute auf diesem Weg schon sind und wie sie durch Bildung oder Anreize in ihren Bemühungen unterstützt werden können (s. z.B. BMUV/UBA 2022: 41ff.).

Gerade mit Blick auf *Fridays for Future* ist besonders eine *Generationenkonflikt-These* medial stark präsent: Die junge *Generation Greta* habe mit Blick auf ihre längerfristige Zukunft ein Interesse an entschlossener Bekämpfung der Klimakrise, während eine konservativ-fossilistisch eingestellte *Boomer-Generation* ihre Überzahl an den Wahlurnen kurzfristig im Interesse der Bewahrung gewohnter Lebensweisen einsetze. Obwohl dieser These aus soziologischer Sicht umgehend widersprochen wurde (vgl. Daniel/Deutschmann 2020; Rucht 2019), wird sie aus ökonomischer (vgl. Andres et al. 2022) und intersektionaler Perspektive (vgl. Meade 2020) in unterschiedlicher Form weiter vertreten.

In der soziologischen Diskussion werden ökologisch orientierte Alltagspraktiken häufig vor allem mit Blick auf ihre Funktion als Einsatz im sozialen Statuswettbewerb interpretiert. Eine Selbstdarstellung als ökologisch korrekt und damit ethisch-moralisch überlegen, so die *These der »ökologischen Distinktion«* (Neckel 2018), diene insbesondere gebildeten städtischen »Mittelschichten« als Waffe im alltäglichen Statuskampf (ebd., s. auch Currid-Halkett 2017; Geden 2009). Im alltagskulturell ausgetragenen »Streit um die Lebensführung« (Neckel 2020) komme das Bestreben einer gutsituierten grün-bürgerlichen Mitte zum Ausdruck, sich von den materiell und kulturell weniger Bemittelten abzusetzen, deren unterstellte ökologische Ungebildetheit und Unkultiviertheit Anlass sei, ihre weitere ökonomische Depravierung zu billigen oder gar zu fordern.

Eine vierte These schließlich vertreten arbeitssoziologische Studien zu Haltungen und Strategien Beschäftigter und ihrer Interessenvertretungen in von Umbrüchen betroffenen Branchen wie Bergbau und Automobilwirtschaft. Gerade hier wird explizit von »sozial-ökologischen Transformationskonflikten« (im Plural) gesprochen, um die in den zuvor genannten Forschungen oft vernachlässigten sozialen Konsequenzen von Transformationsprozessen zu betonen (vgl. Dörre et al. 2020). Gemeint ist damit

hier nicht nur ein künftiger sozial-ökologischer Umbau, sondern auch längst laufende Rationalisierungs-, Umstrukturierungs- und Kostensenkungsprogramme der Unternehmen im Zeichen von Globalisierung und Digitalisierung, denen Beschäftigte seit langer Zeit ausgesetzt sind und deren belastende und bedrohliche Anforderungen auch ihren Blick auf Energiewende oder E-Mobilität prägen (vgl. Boewe/Krull/Schulten 2021; Tullius/Wolf 2022). Transformation, so die *Verunsicherungsprogramm-These*, wird in diesen Branchen und Regionen aus erfahrungsgesättigten Gründen nicht als Versprechen einer demokratisch gestalteten, sozial und ökologisch nachhaltigeren Zukunft verstanden, sondern als von *außen* und *oben* aufgezwungene Zumutung.

Ich will in diesem Beitrag anhand empirischer Daten ein Gesamtbild des Raums unterschiedlicher sozial spezifischer Lebensweisen innerhalb der deutschen Bevölkerung skizzieren, um aufzuzeigen, was diese über den sozial-ökologischen Transformationskonflikt verraten, und die Stichhaltigkeit und den jeweiligen Beitrag dieser Thesen zu einem angemessenen Verständnis des Konflikts zu prüfen. Ich nähere mich dieser Aufgabe mit den Mitteln einer relationalen soziologischen Forschung zu Mentalitäten und Lebensweisen, deren Grundsätze ich im folgenden Abschnitt umreiße. Anschließend greife ich auf Daten der Befragung »Umweltbewusstsein in Deutschland 2018« (BMU/UBA 2019) zurück, die ich einer multiplen Korrespondenzanalyse unterziehe, um drei Dimensionen des gesellschaftlichen *Raums der sozial-ökologischen Lebensweisen* zu identifizieren. In der Interpretation der Befunde zeige ich auf, dass jede dieser Dimensionen eine in den Dynamiken expansiver flexibel-kapitalistischer Vergesellschaftung angelegte strukturelle Spannungslinie abbildet, und argumentiere abschließend, dass ein angemessenes Verständnis des sozial-ökologischen Transformationskonflikts diese Mehrdimensionalität der verhandelten Ungleichheiten und die Ungleichzeitigkeit der zugrunde liegenden Vergesellschaftungsprozesse berücksichtigen muss.

Mentalitäten und Lebensweisen

Ich stelle die Frage nach den konflikthaften Beziehungen sozial spezifischer Lebensweisen aus der Sicht einer relationalen sozial-ökologischen Forschung zu Mentalitäten und Lebensweisen (vgl. Eversberg et al. 2021, 2022), die sich an der Soziologie Pierre Bourdieus (1982) und daran anschließenden sozialstrukturanalytischen Forschungen (vgl. Vester et al. 2001) orientiert. Der Kerngedanke dieses Zugangs ist, dass sich das Gesellschaftliche nicht nur als den Subjekten äußerlicher Komplex von institutionellen und materiellen Strukturen zu (relativ) dauerhaft wirksamen Formen verfestigt, sondern auch, als *inkorporiertes Soziales*, in Gestalt verinnerlichter Weltansichten, Gewohnheiten und Handlungsrouninen der Menschen. In den durch Erfahrung strukturierten, ihrerseits die soziale Praxis strukturierenden Strukturen des inkorporierten Sozialen drücken sich gesellschaftliche Widersprüche damit ebenso aus wie in Infrastrukturen und Institutionen. Sie tun dies auf je nach Stellung innerhalb der komplexen Vergesellschaftungsprozesse sozial spezifische, dabei aber durch den gesellschaftlichen Zusammenhang regelhaft aufeinander bezogene Arten und Weisen. Gegensätzlichen Logiken folgende Lebensweisen innerhalb oder unterhalb einer gesellschaftlich bestimmenden Lebensweise gewinnen ihre Konturen und ihre Bedeutung deshalb immer aus ihren

Beziehungen zu dieser und zueinander. Eben das bedeutet Relationalität: Das Interesse richtet sich nicht auf scheinbar substantielle Eigenschaften bestimmter Mentalitäten oder Lebensweisen, sondern auf die gegenseitigen Nähen und Abgrenzungen, in denen sich ihre Gesellschaftlichkeit verrät.

Aus Sicht dieses Ansatzes lassen sich die von der sozial-ökologischen Krise bedingten Spannungen und Konflikte auf drei verschiedenen Ebenen untersuchen. Erstens lassen sich verschiedene *Mentalitäten* unterscheiden, also sozial typische Syndrome von *Dispositionen* oder Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die im Zuge biographischer Erfahrung erworben werden und sich innerhalb der Spannungsverhältnisse eines gesellschaftlichen *Raums der sozial-ökologischen Mentalitäten* verorten (vgl. Eversberg 2020b, 2020a). Diese sind zweitens nicht zu trennen von den spezifischen *Positionen* im durch die gesellschaftlichen Herrschafts- und Naturverhältnisse organisierten Raum der Sozialstruktur, in denen diese Erfahrungen gemacht werden (vgl. Eversberg 2021b), und sie sind drittens anleitend, aber nicht determinierend für die alltagspraktischen *Positionierungen* in einem Raum der sozial-ökologischen *Lebensweisen* – verstanden als typische Muster von Praktiken, in denen sich die ebenso als Teil des inkorporierten Sozialen verinnerlichten Handlungsschemata unter den jeweiligen äußeren Gegebenheiten dieser Positionen ausdrücken. Ziel ist auf jeder Ebene die Rekonstruktion der *Gesamtfiguration* der gesellschaftlichen Spannungen und Konflikte, aus der das einzelne Syndrom seinen Sinn bezieht.

Wenn hier von *Lebensweisen* (im Plural) statt *Lebensstilen* die Rede ist, dann soll damit deren Status als *gesellschaftliche*, als sinnhaft und funktional wechselseitig aufeinander bezogene Spielarten oder auch Abweichungen von einer historisch und geografisch spezifizierbaren »Produktions- und Lebensweise« (Brand/Wissen 2017), betont werden, und es soll auf die Spannung zwischen dem Eigensinnigen der Lebenspraxis einerseits und den Strukturbedingungen andererseits verwiesen sein, unter denen sie sich ausbildet (s. auch Bartelheimer/Wittemann 2003).

Datengrundlage, Methode und Hintergrund der Analyse

Um aus dieser Perspektive die Spannungen und Konflikte im Raum der Lebensweisen zu untersuchen, nutze ich für die folgenden Analysen die Daten der Befragung »Umweltbewusstsein in Deutschland 2018« des Umweltbundesamts (vgl. BMU/UBA 2019)¹. Diese Befragung wird seit 1996 alle zwei Jahre erhoben (seit 2014 online) und erfasst ein repräsentatives Sample von 2000 Befragten. Der hier verwendete Datensatz der 2. Befragungswelle enthält Fragen zu umweltbezogenen Einstellungen, lebensweltlichen Grundhaltungen, umweltrelevanten Praktiken, eigenen Sicht- und Handlungsweisen im Kontext der Energiewende sowie soziodemografische Angaben. Er ist eine der wenigen repräsentativen Datenquellen, mit denen sich die drei Ebenen von Mentalitäten, Sozialstruktur und Lebensweisen gleichermaßen auf ihre relationalen Strukturen hin befragen und darüber ins Verhältnis setzen lassen.

1 Der Datensatz ist für Forschungszwecke verfügbar bei GESIS (search.gesis.org/research_data) unter der Studiennummer ZA7493.

In einer früheren Analyse (vgl. Eversberg 2020a) habe ich an diesem Datensatz mit Faktoren- und clusteranalytischen Verfahren eine Typologie elf verschiedener sozial-ökologischer Mentalitäten herausgearbeitet und diese jeweils im Raum der sozialen Positionen verortet. Die Typen können hier nicht im Einzelnen beschrieben werden. Wichtig ist aber, dass sich zehn von ihnen in drei übergeordnete Lager gruppieren ließen, die sich zu Fragen sozial-ökologischer Transformation klar unterschiedlich positionieren:

- Ein *ökosoziales Lager* (ca. 30 Prozent der Bevölkerung), dessen Angehörige sich für einen umfassenden Wandel nach Prinzipien ökologischer Nachhaltigkeit und global verstandener sozialer Gerechtigkeit aussprechen und dazu auch mit eigenem Handeln beitragen möchten;²
- ein *regressiv-autoritäres Lager* (ca. 20-25 Prozent), in dem gesellschaftlicher Wandel grundsätzlich als Bedrohung der eigenen Lebensweise und Sicherheit wahrgenommen und ökosozial motivierte Transformationsinitiativen dementsprechend stark abgewehrt werden;
- sowie ein *liberal-steigerungsorientiertes Lager* (ca. 35-40 Prozent), in dem Veränderung gesellschaftlich wie im eigenen Leben optimistisch als Chance gedeutet und Transformation befürwortet wird, wenn sie ohne Wohlstandseinbußen mit technischen Mitteln bewerkstelligt werden kann. Die eigenen Lebensweisen indes werden prinzipiell als eigenes gutes Recht und als Privatangelegenheit betrachtet, in die sich andere nicht einzumischen hätten, und sozial-ökologischen Fragen wird relativ wenig Bedeutung beigemessen.

In diesem Beitrag nutze ich nun die Daten zur Alltagspraxis, um die Beziehungen im Raum der Lebensweisen zu untersuchen. Hierzu verwende ich die Methode der multiplen Korrespondenzanalyse (MCA) (vgl. Hjellbrekke 2019; Roux/Rouanet 2010). Vielen vor allem durch die Arbeiten Pierre Bourdieus (z.B. 1988, 2004) bekannt, handelt es sich um eine Methode zur visuellen Darstellung von Ähnlichkeiten und Unterschieden im Datenraum einer Reihe kategorialer Variablen. Die Analyse bestimmt die Achsen, anhand derer sich die Beziehungen dieses mehrdimensionalen Raums am besten darstellen lassen. In der resultierenden Darstellung sind alle Befragten als einzelne Punkte angeordnet. Ebenso werden die Mittelwerte der Punktwolke aller Befragten, die eine bestimmte Antwortmöglichkeit gewählt haben, berechnet und angezeigt, um die verschiedenen Merkmale zueinander in Beziehung zu setzen. Grafisch nahe beieinander liegende Eigenschaften treten häufig zusammen auf, weit voneinander entfernte dagegen selten oder nie, sodass die Methode sich besonders gut zur Visualisierung gesellschaftlich relevanter Nähe- und Distanzbeziehungen, oder Praktiken der Identifikation und Distinktion (vgl. Bourdieu 1982), eignet.

Die Auswertung erfolgt zunächst Achse für Achse, bevor die Beziehungen der über mehrere Achsen hinweg erkennbaren Bündel von Eigenschaften herausgearbei-

2 Mit »ökosozial« ist im Weiteren diese Art von normativer Orientierung gemeint, während »sozial-ökologisch« lediglich auf den Zusammenhang sozialer und ökologischer Fragen und Probleme verweist.

tet werden. Zusätzlich lassen sich außerdem soziodemografische Schlüsselvariablen sowie die zuvor identifizierten Mentalitätstypen als weitere, deskriptive Punkte in ihrer Lage in diesem Raum darstellen. So lässt sich beispielsweise auch zeigen, wie sozial-ökologische Mentalitäten und Lebensweisen miteinander korrespondieren und wie sie typischerweise sozialstrukturell verortet sind.

Als relationale Methode zeigt die MCA zunächst einfach nur auf, wie verschiedene Antwortkategorien auf die Fragen im Datensatz miteinander zusammenhängen. Die eigentliche sozialwissenschaftliche Arbeit besteht in der Interpretation dieser Ergebnisse vor dem Hintergrund theoretischen und qualitativ gewonnenen Wissens über den Gegenstand. Der relationale Blick richtet sich auf eine vielfältige Gesamtheit schwacher wechselseitiger Zusammenhänge und sucht diesen Hinweise auf die gesellschaftlichen Dynamiken abzugewinnen, die sich im und durch das Handeln der Individuen Geltung verschaffen (aber nicht deterministisch, sondern nur als statistischer Durchschnitt). Erklärungskraft gewinnt er nicht aus zweifelsfreien Belegen einzelner Einflussgrößen, sondern aus der Logik und Plausibilität des Gesamtbildes. Anders als in quantitativer Forschung meist üblich verlangt das einen hermeneutischen Zugang zu den Ergebnissen, der eher dem interpretativen Paradigma der qualitativen Sozialforschung entspricht.

Ergebnisse: Spannungslinien im Raum der sozial-ökologischen Lebensweisen

Um mit den Daten der Umweltbewusstseinsbefragung den Raum der sozial-ökologischen Lebensweisen zu konstruieren, habe ich nach einem längeren Auswahl- und Umkodierungsprozess 21 Variablen mit zusammen 52 aktiven Kategorien (Antwortmöglichkeiten) in die multiple Korrespondenzanalyse einbezogen, die sich auf vier Praxisfelder verteilen (s. Tabelle 1):

- 7 Variablen mit 14 aktiven Kategorien zu Formen des *Engagements* für ökologische Anliegen;
- 5 Variablen (13 aktive Kategorien) zu *Wohnen und Energieverbrauch*;
- 5 Variablen (14 aktive Kategorien) zu *Mobilität*;
- 4 Variablen (11 aktive Kategorien) zu *Konsum*.

Ziel dieser Auswahl war es, im Rahmen der verfügbaren Daten eine möglichst große Vielfalt von sozial-ökologisch relevanten Handlungsweisen zu erfassen, also solchen, durch die Menschen praktisch, wenn auch indirekt, mit Natur und arbeitenden Menschen anderswo in Beziehung stehen, um aufzeigen zu können, auf welche Weise sich Praktiken mit ähnlichen oder komplementären sozial-ökologischen Implikationen miteinander zu Mustern verbinden, die sich als *Sozial-ökologische Lebensweisen* beschreiben lassen, und wie diese innerhalb einer gesellschaftlichen Gesamtfiguration zueinander in Beziehung stehen.

Die Analyse ergibt drei Hauptachsen, die insgesamt 75,3 % der Trägheit, d.h. der Heterogenität in den einbezogenen Daten zusammenfassen. Die nach Benzécri (1992;

Tabelle 1: In die Analyse einbezogene Variablen, mit in den Grafiken verwendeten Symbolen, Anzahl aktiver Kategorien und Beiträgen zu den drei Hauptachsen

	Anzahl Kategorien	Achse 1	Achse 2	Achse 3
<i>Engagement ▲</i>	14	50,4	4,9	24,6
Spenden für Umwelt-/Klimaschutz	2	7,0	1,6	1,5
Engagement für Umwelt-/Klimaschutz	2	7,8	0,2	3,3
Mitarbeit in lokalen Wandel-Initiativen	2	5,0	0,0	3,3
Umweltschonendes Alltagsverhalten	2	5,3	0,5	10,5
Für Umweltschutz/Ökologie als Wert eintreten	2	12,5	0,6	0,4
Ökofreundliche Parteien wählen	2	11,9	0,4	0,8
Geldanlage in Erneuerbare	2	0,9	1,8	4,7
<i>Energieverbrauch/Wohnen ♦</i>	13	8,7	49,4	18,5
Ökostrom beziehen	2	5,5	0,8	0,1
Wohnen am Hauptwohnsitz	3	0,2	21,1	1,3
Eig. Anlage zur erneuerb. Energiegewinnung	2	0,4	9,3	6,8
Beheizte Wohnfläche/Kopf	3	0,1	16,4	0,2
Selbsteinschätzung Stromverbrauch	3	2,6	1,7	10,0
<i>Mobilität ●</i>	14	9,5	43,5	32,3
Fuß/Rad/ÖPNV	3	4,9	15,6	5,7
Anzahl Autos pro Kopf	3	0,9	23,5	4,4
km-Leistung Auto1	3	1,2	3,5	7,1
Private Flugreisen letzte 12 Monate	3	0,2	0,7	9,7
Flug kompensiert	2	2,4	0,1	5,5
<i>Konsum ▼</i>	11	31,4	2,2	24,6
Energieeffiziente TV/PCs	3	3,6	0,3	12,0
Fair Trade-Produkte	2	10,7	0,1	0,0
Biolebensmittel	3	11,3	1,6	4,6
Fleisch	3	5,7	0,2	7,9

s. auch Roux/Rouanet 2004: 200f.) berechneten modifizierten Raten betragen 56,8 % für die erste, 11,9 % für die zweite und 6,6 % für die dritte Achse.

Intentionales sozial-ökologisches Handeln: Achse 1

Die Unterschiede auf der ersten, für die Gesamtstruktur der Unterschiede in den Daten demnach deutlich aussagekräftigsten Achse gehen etwa zur Hälfte auf Engagement- und zu knapp einem Drittel auf Konsumpraktiken zurück (s. Tab. 1). Die in Tabelle 2 aufgeführten Beiträge der einzelnen Kategorien zu dieser Achse zeigen, dass Beiträge mit negativen Koordinaten durchgängig von Antwortmöglichkeiten kommen, die aktiven eigenen Einsatz für ökosoziale Belange beschreiben, solche mit positiven Koordinaten dagegen für Praktiken stehen, die auf solche Fragen ausdrücklich keine Rücksicht nehmen. Die gewichteten³ Zahlen der Befragten, die diese Antworten wählten, zeigen, dass dies durchaus keine Randphänomene sind.

3 Weil in der Analyse der im Datensatz enthaltene Gewichtungsfaktor zur Herstellung soziodemografischer Repräsentativität angewendet wurde, sind die Angaben zur Häufigkeit der jeweiligen Antworten hier als »Gewicht« aufgeführt und meist nicht ganzzahlig.

Tabelle 2: Beiträge aktiver Kategorien zu Achse 1 (nur Werte über 2 %)

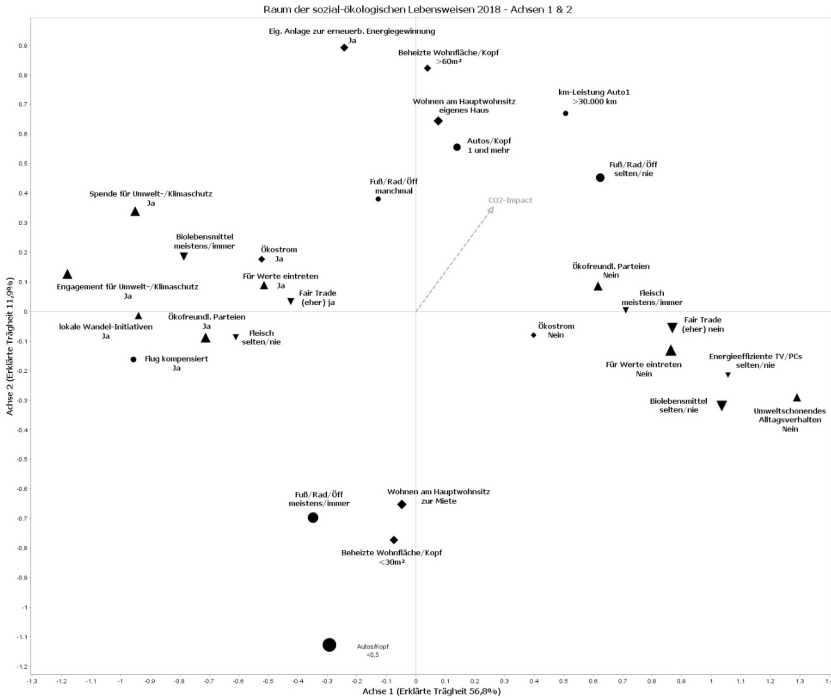
Kategorie	Gewicht	Koordinate	Beitrag (%)	Beiträge kumuliert
Engagement für Umwelt-/Klimaschutz ja ▲	305,4	-1,18	6,5	6,5
Ökofreundliche Parteien wählen ja ▲	824,0	-0,71	6,4	12,9
Spende für Umwelt-/Klimaschutz ja ▲	400,7	-0,95	5,5	18,4
Für Werte eintreten ja ▲	1172,6	-0,51	4,7	23,1
Biolebensmittel meistens/immer	495,5	-0,79	4,7	27,8
lokale Wandel-Initiativen ja ▲	295,5	-0,94	4,0	31,8
Fair Trade ja/eher ja ▼	1323,0	-0,42	3,6	35,4
Ökostrom ja ♦	767,3	-0,52	3,2	38,6
Fleisch selten/nie ▼	481,8	-0,61	2,7	41,3
Flug kompensiert ja ●	157,1	-0,96	2,2	43,5
Energieeffiziente TV/PCs selten/nie ▼	121,6	1,06	2,1	45,6
Ökostrom nein ♦	941,2	0,40	2,3	47,9
Fleisch meistens/immer ▼	387,4	0,71	3,0	50,9
Fuß/Rad/Öff selten/nie ●	561,9	0,62	3,3	54,2
Umweltschonendes Alltagsverhalten nein ▲	184,4	1,29	4,7	58,9
Ökofreundliche Parteien nein ▲	956,3	0,62	5,5	64,4
Biolebensmittel selten/nie ▼	405,1	1,04	6,6	71,0
Fair Trade nein/eher nein ▼	613,1	0,87	7,1	78,1
Für Werte eintreten nein ▲	677,9	0,86	7,7	85,8

Abbildung 1 zeigt grafisch die Verteilung der Praktiken auf den ersten beiden Raumachsen. Auf Achse 1 ballen sich Praktiken zusammen, die von intentional-ökosozialen Motiven angeleitet sind: Engagement, ethisch motivierter Konsum und freiwillige teilweise Übernahme von Folgekosten eigenen Handelns (Ökostrom, Kompensation für Flüge). Rechts dagegen bündeln sich Muster expliziten Nichtengagements selbst dort, wo es praktisch keine Verpflichtung bedeutet, und eines bewusst von ethischen Kriterien absehbenden Konsums (viel Fleisch, kein Bio oder Fair Trade, Desinteresse an energieeffizienten Geräten).

Wir können diese Achse damit die *Orientierungsachse* nennen: Sie bildet ab, ob und in welchem Maß sich die Befragten in ihrem Alltagshandeln an ökosozialen Kriterien orientieren oder sich von diesen abgrenzen, und welche gesellschaftlich-politischen Prioritäten sie damit unterstützen. Je weiter links, desto stärker werden solche Prioritäten persönlich gesetzt und gesellschaftlich eingefordert, je weiter rechts, desto stärker wird dies abgelehnt und anderen Gesichtspunkten der Vorzug gegeben.

Vorschnell wäre es, in diesem Befund nichts anderes als eine Bestätigung der *These der ökologischen Distinktion* (Neckel 2018) sehen zu wollen. Die Vorstellung, dass gebildete und gut situierte städtische »Mittelschichten« sich mittels zuvörderst symbolischer Praktiken moralisch über andere erheben, zugleich aber durch ihr Handeln in anderen Bereichen für besonders hohe Emissionen verantwortlich seien, während materiell Unterprivilegierte und Einwohner:innen ländlicher Regionen davon nichts wissen wollten und andere Sorgen hätten (vgl. Neckel 2020), stellt mit Blick auf die Soziodemografie bestenfalls ein Zerrbild dar (Abb. 2): Zwar sind intentional-ökosoziale Praxismuster bei Befragten mit Hochschulbildung sowie in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (nicht aber Berlin) signifikant häufiger. Zugleich aber hängen sie nicht signifikant mit

Abbildung 1: Raum der sozial-ökologischen Lebensweisen – erste und zweite Trägheitsachse

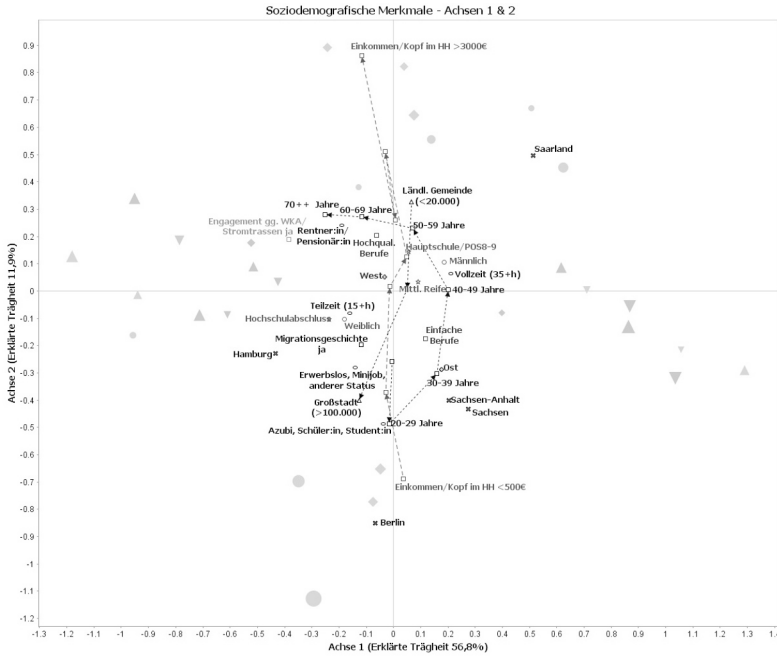


Quelle: Eigene Darstellung.

der Einkommenshöhe und nur schwach mit der Wohnortgröße zusammen. Stark mit ihnen korreliert sind dagegen das Geschlecht sowie die Kombination von Alter und Erwerbsstatus: Frauen, Rentner:innen, über 60-jährige, Nicht- und Teilzeitbeschäftigte orientieren sich im Schnitt deutlich stärker an ökosozialen Gesichtspunkten als Männer und Vollzeitwerbstätige in mittleren Altersgruppen. Wie der Pfeil für die Korrelation der CO₂-Fußabdrücke⁴ der Befragten mit den beiden Achsen in Abbildung 1 anzeigt, geht die Abgrenzung von ökosozial motiviertem Handeln zudem (jedenfalls nach dieser Berechnung) auch mit höheren Emissionen einher. Interessant ist zudem, dass das hier mit dargestellte Engagement *gegen* Windkraftanlagen und Stromtrassen (das wegen zu schwacher Beiträge aus der Analyse herausgelassen wurde) sich als deskriptiver Punkt mit bei den proökologischen Engagementformen einreicht – dies widerspricht dem verbreiteten Bild eines Widerstands benachteiligter Landbewohner:innen gegen ökologisch motivierte Bevormundung aus der Stadt (siehe hierzu auch den Beitrag von Kerker in diesem Band).

4 Diese wurden nach einem bestimmten vom UBA verwendeten Schlüssel (s. Geiger/Holzhauser 2020) aus den Angaben zu Praktiken berechnet.

Abbildung 2: Verteilung ausgewählter soziodemografischer Merkmale über Raumbene 1-2



Quelle: Eigene Darstellung.

Sozialintegration über Eigentum: Achse 2

Die zweite Achse wird je knapp zur Hälfte von den Praxisfeldern Mobilität und Wohnen/Energieverbrauch bestimmt (Tab. 3). Diese sind also nicht im gleichen Maße wie Engagement und Konsum Gegenstand alltäglicher Selbstpositionierung zu sozial-ökologischen Fragen, sondern folgen einer anderen Logik. Worin diese besteht, deutet die Verteilung der Praktiken auf der Achse an: Oben (in Abb. 1) finden sich Praxen, die um Wohnen im Eigenheim und intensive Automobilität zentriert sind. Sie stehen für Verfügung über persönliches Eigentum und eine Zentrierung auf das Private (Meiden öffentlicher Räume und Verkehrsmittel). Demgegenüber konzentrieren sich unten mit dem Wohnen in kleinen, gemieteten Wohnungen und der regelmäßigen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel Muster der Angewiesenheit auf geteilte Ressourcen und öffentliche Räume.

Soziodemografisch (Abb. 2) sind die privat-eigentumsbasierten Lebensweisen oben im Raum typisch für beruflich etablierte oder verrentete, ältere Menschen in ländlichen Regionen mit moderater Bildung und hohen Pro-Kopf-Einkommen, während die öffentlich-eigentumsarmen Praktiken unten im Raum eher den Situationen Studierender und junger, oft prekär Beschäftigter in Großstädten entsprechen. Der Gegensatz auf dieser Achse lässt sich damit als einer zwischen *privat-abgesicherten*, auf Eigentum gestützten und *öffentlich-prekären*, vom Zugang zu gesellschaftlich verfügbar gemachten

Tabelle 3: Beiträge aktiver Kategorien zu Achse 2

Kategorie	Gewicht	Koordinate	Beitrag (%)	Beiträge kumuliert
Autos pro Kopf <0,5 ●	481,1	-1,13	16,6	16,6
Wohnen am Hauptwohnsitz zur Miete ♦	935,6	-0,65	10,8	27,4
Fuß/Rad/Öff meistens/immer ●	742,3	-0,70	9,8	37,2
Beheizte Wohnfläche/Kopf <30m ² ♦	554,5	-0,77	9,0	46,2
km-Leistung Auto1 >30.000 km ●	168,6	0,67	2,1	48,3
Fuß/Rad/Öff manchmal ●	689,1	0,38	2,7	51,0
Fuß/Rad/Öff selten/nie ●	561,9	0,45	3,1	54,1
Autos pro Kopf 1 und mehr ●	769,2	0,56	6,4	60,5
Beheizte Wohnfläche/Kopf >60m ² ♦	381,3	0,82	7,0	67,5
Eigene Anlage zur erneuerbaren Energiegewinnung ja ♦	357,7	0,89	7,7	75,2
Wohnen am Hauptwohnsitz eigenes Haus ♦	908,3	0,64	10,2	85,4

Ressourcen abhängigen Praxismustern beschreiben. Auch wenn materieller Reichtum von oben nach unten statistisch klar abnimmt, handelt es sich um keinen bloßen sozio-ökonomischen *Oben-Unten*-Gegensatz, sondern um Unterschiede hinsichtlich der Form der sozialen Integration und des Grads der formalen Absicherung.

Im Blick auf diese ersten beiden Achsen könnte nun der Eindruck entstehen, dass an der These eines Modernisierungs- oder *Generationenkonflikts* etwas dran sei: Zeigt der Pfeil der ansteigenden Emissionsintensität nicht gerade in Richtung der Gewohnheiten von auf dem Land lebenden *Boomern*, während die prekariisierte junge Generation in den Städten besonders verträglich lebt? Das aber wäre ein Fehlschluss, wie sich sogleich herausstellen wird.

Sozialintegration über Selbstdarstellung und Weltreichweite: Achse 3

An der dritten Raumachse fällt zunächst auf, dass die stärksten Beiträge zu ihr aus allen vier Praxisfeldern kommen. Deren Auflistung (Tab. 4) gibt dabei zunächst Rätsel auf: Starke Beiträge finden sich nur auf der positiven Seite und kommen von einem scheinbar wilden Gemisch aus naturverbrauchsintensiven, sozial-ökologisch indifferenten Praktiken einerseits und Formen von Engagement und aktiver Verantwortungsübernahme für Nachhaltigkeitsanliegen andererseits. Das negative Ende des Spektrums scheint dagegen nur wenig konturiert. Die durchweg schwachen, von meist unauffälligen, häufig gewählten Antwortkategorien kommenden Beiträge verweisen allerdings bei näherem Hinsehen auf eine primär von sparsamem Umgang mit knappen Ressourcen angeleitete Handlungslogik (Energiesparen, keine Flüge, eher wenig Mobilität, Fleisch/Bio nur gelegentlich).

Im Kontrast hierzu stellt sich als Gemeinsamkeit der scheinbar wild vermischten Praxismuster oben (positive Koordinaten) heraus, dass sie weder unauffällig noch sparsam oder ressourcenschonend sind: Sie sind meist auf der Grundlage einer großen Ressourcenausstattung (mit Geld, materiellem Besitz, aber auch Zeit, Bildung und sozialen Beziehungen) frei gewählt und haben oft demonstrative, performative und distinktive Aspekte. In Abbildung 3 zur ersten Achse ins Verhältnis gesetzt, wird deutlich, dass sie sich dabei in zwei Varianten aufspalten: Rechts oben wird durch nicht-nachhaltige Sta-

Tabelle 4: Beiträge aktiver Kategorien zu Achse 3

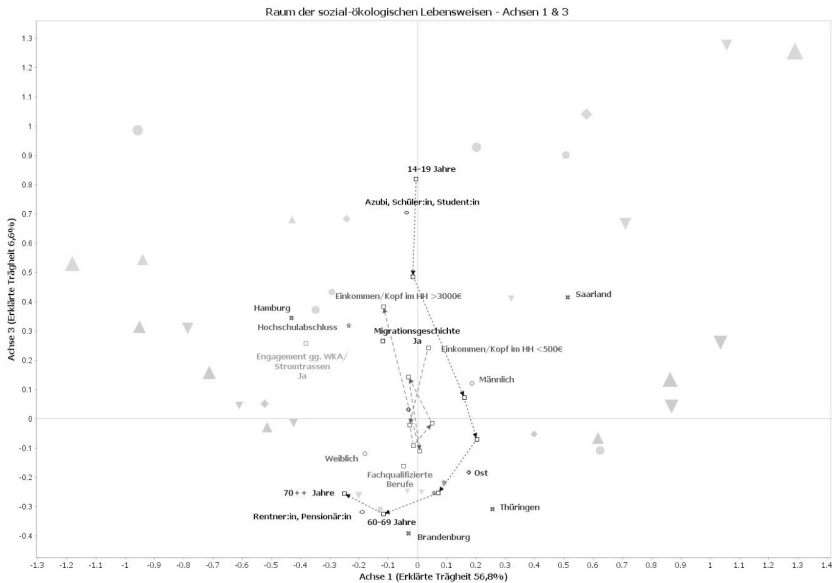
Kategorie	Gewicht	Koordinate	Beitrag (%)	Beiträge kumuliert
Energieeffiziente TV/PCs meistens/immer ▼	1369,1	-0,26	3,1	3,1
Fleisch manchmal ▼	1135,7	-0,25	2,3	5,4
Biolebensmittel manchmal ▼	1088,9	-0,25	2,2	7,6
Fuß/Rad/Öff manchmal ●	689,1	-0,31	2,1	9,7
Private Flugreisen letzte 12 Monate: nicht geflogen ●	1251,9	-0,21	1,7	11,4
km-Leistung Auto1 <10.000 km ●	558,8	-0,29	1,5	12,9
Eigene Anlage zur erneuerb. Energiegewinnung nein ♦	1625,7	-0,16	1,4	14,3
Autos/Kopf 0,5 bis unter 1 ●	744,9	-0,23	1,3	15,6
Biolebensmittel meistens/immer ▼	495,5	0,31	1,5	17,1
Energieeffiziente TV/PCs manchmal ▼	447,5	0,41	2,5	19,6
Engagement für Umwelt-/Klimaschutz ja ▲	305,4	0,53	2,8	22,4
Lokale Wandel-Initiativen ja ▲	295,5	0,54	2,9	25,3
Autos pro Kopf im Haushalt <0,5 ●	481,1	0,43	2,9	28,2
Fuß/Rad/Öff meistens/immer ●	742,3	0,37	3,4	31,6
Geldanlage in Erneuerbare ja ▲	268,8	0,68	4,1	35,7
km-Leistung Auto1 >30.000 km ●	168,6	0,90	4,5	40,2
Flug kompensiert ja ●	157,1	0,99	5,0	45,2
Eigene Anlage zur erneuerbaren Energiegewinnung ja ♦	357,7	0,68	5,4	50,6
Fleisch meistens/immer ▼	387,4	0,67	5,6	56,2
Energieeffiziente TV/PCs selten/nie ▼	121,6	1,28	6,5	62,7
Private Flugreisen letzte 12 Monate mehrmals ●	281,9	0,93	7,9	70,6
Selbsteinschätzung Stromverbrauch höher ♦	247,8	1,04	8,8	79,4
Umweltschonendes Alltagsverhalten nein ▲	184,4	1,26	9,5	88,9

Zur Unterstützung der Interpretation sind hier (in grau) auch etwas schwächere Beiträge (>1,3 %) mit aufgeführt.

tuspraktiken (Reisen, Autofahren, Fleisch essen) eine Form von Wohlstand inszeniert, die sich gerade dadurch kennzeichnet, *keine Rücksichten* nehmen zu müssen. Links oben dagegen wird Nachhaltigkeit als aktiv praktizierte Tugend, also gerade demonstrative Rücksichtnahme (Engagement, nachhaltiges Anlegen, Kompensation, Solaranlagen) zur Schau gestellt. Die in der Mitte konzentrierten Muster am unteren Pol dagegen stellen gar nichts dar, sondern folgen Geboten von Sparsamkeit und sozialer Konformität.

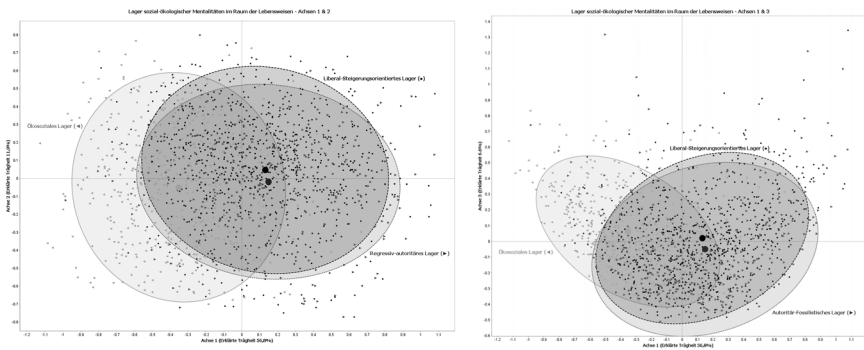
Auch diese Achse korreliert deutlich mit einer Reihe soziodemografischer Merkmale (Abb. 4): Oben bündeln sich hohe, aber auch sehr geringe (<500 €/Kopf) Einkommen, Befragte mit Abitur oder Hochschulbildung und jugendtypische Lagen (in Ausbildung, Wohnen bei den Eltern) sowie Männer; unten dagegen mittlere Einkommen, alte Befragte und alterstypische Lagen, Befragte mit moderater Bildung, einfache Angestellte und Beamte sowie Befragte aus ländlichen Regionen im Osten und Frauen. Obwohl hier also offenbar relativ privilegierte eher benachteiligten Lebensweisen gegenüber stehen, beschreibt auch diese Achse keinen simplen Oben-Unten-Gegensatz, sondern wiederum das Verhältnis zu einem spezifischen Modus sozialer Integration: Von einer in der unteren Mitte konzentrierten Mehrheit mit geringen Einfluss- und Selbstdarstellungsmöglichkeiten setzen sich nach oben hin Lebensweisen ab, die von distinktiver Selbstdarstellung als aktives Subjekt mit hoher »Weltreichweite« (Rosa 2016) und sozialer Wirkmächtigkeit gekennzeichnet sind.

Abbildung 4: Verteilung ausgewählter soziodemografischer Merkmale über Raumbene 1-3



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 5: Lager sozial-ökologischer Mentalitäten – Verteilung im Raum der Individuen



Quelle: Eigene Darstellung.

lichen) aktivsten Teilen des ökosozialen Lagers und bestimmten (männerdominierten) Fraktionen beider anderen Lager hervor – eine Spaltung, die ganz besonders die junge Generation betrifft.

Auf der zweiten und dritten Achse dagegen unterscheiden sich die drei Lager in ihrer Verteilung nur wenig. Die weitgehende Überlappung verweist darauf, dass die Praktiken in diesen beiden Dimensionen, obschon sozial-ökologisch sehr relevant, relativ unabhängig sind von Haltungen oder Überzeugungen der Handelnden, dafür stark

bestimmt von ihrer Stellung innerhalb von Vergesellschaftungsprozessen. Auf Achse 2 deutet sich angesichts der statistisch schwach signifikanten Verschiebungen des liberalsteigerungsorientierten Lagers in Richtung der Integration durch Eigentum sowie des ökosozialen Lagers hin zum prekarierten Pol dennoch an, dass hinsichtlich sozial-ökologischer Verteilungsfragen in Feldern wie Wohnen, Verkehr oder Energiekosten durchaus Interessengegensätze zwischen relevanten Teilen dieser Lager bestehen. Auf Achse 3 hingegen stehen sie beide – wiederum schwach signifikant – im Schnitt der flexibilisierten Sozialintegration durch Aktivität und Performanz näher als das davon deutlich distanzierte regressiv-autoritäre Lager.

Interpretation: Drei Dynamiken flexibel-kapitalistischer Vergesellschaftung

Die Analyse der Gegensätze und Spannungslinien im Raum der sozial-ökologischen Lebensweisen in der deutschen Bevölkerung zeigt, dass sich auf dieser Ebene nicht sauber zwischen einer »ökologischen« und einer »sozialen Achse« (Dörre et al. 2020) des Transformationskonflikts trennen lässt. Vielmehr wird deutlich, dass der Konflikt entlang mehrerer Linien verläuft, an denen die Formen und Logiken von Sozial- und Naturbeziehungen stets auf spezifische Weise miteinander vermischt ausgehandelt werden. Zugleich zeigt sich, dass die verschiedenen in der Literatur vertretenen Thesen zu Ursachen und Struktur des Konflikts jeweils nur einen Teilaspekt dieser komplexen multidimensionalen Konstellation erfassen und damit allenfalls Teilerklärungen anbieten können. Um den Konflikt in seiner Gesellschaftlichkeit zu verstehen, dürfen seine Dimensionen nicht schematisch auf Interessengegensätze oder Ungleichheiten zwischen Sozialgruppen reduziert werden, sondern müssen auf die – teils widersprüchlichen, gegenläufigen oder ungleichzeitigen – Dynamiken von Vergesellschaftungsprozessen zurückbezogen werden, die diese Gegensätze hervorgebracht haben. Jede der drei Konfliktachsen wird von einer solchen Dynamik strukturiert. Alle drei Dynamiken sind eng mit der Wachstums- und Steigerungslogik moderner kapitalistischer Gesellschaften (Dörre/Lessenich/Rosa 2009) verbunden und werden durch deren sukzessive Transformationen im Übergang zwischen unterschiedlichen Wachstumsregimes (Eversberg 2014) in Gang gesetzt und gehalten. Dabei hat jede ihre eigenen Bestimmungsgründe im Kontext dieser Transformationen, ihre eigene soziale Wirkrichtung und ihre eigene spezifische Zeitlichkeit.

Orientierungskonflikte: Tertiarisierung und (globale) Arbeitsteilung

Der klare Gegensatz zwischen ökosozial motivierten und sozial-ökologisch indifferenten oder ablehnenden Praxismustern verweist darauf, dass auch auf der Ebene von Praktiken gesellschaftliche *Orientierungskonflikte* ausgetragen werden: Durch ihr Alltagshandeln positionieren sich Menschen für oder gegen eine gesellschaftliche Orientierung an Prinzipien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Wer dazu neigt, sich für diese Belange zu engagieren und sich auch im Alltag daran zu orientieren, verursacht dabei im Schnitt geringere Emissionen und wälzt weniger Lasten auf andere ab. Entgegen der *These der ökologischen Distinktion* sind nachhaltigkeitsorientierte Gewohn-

heiten hier keineswegs nur eine Sache der »Mittelschichten« (Neckel 2018), sondern kommen relativ statusunabhängig vor. Das macht zunehmende ökosoziale Orientierungen allerdings noch nicht zu einem allgemeinen Trend, denn auch jüngere Alterskohorten neigen nicht grundsätzlich stärker zu entsprechenden Praxismustern. Vielmehr folgen die Altersunterschiede einem anderen Muster: Während die jungen Altersgruppen diesbezüglich gespalten sind und im Schnitt praktisch auf der Mittellinie liegen, neigen ihre stark ins Arbeitsleben eingespannten Eltern mehr zu sozial-ökologisch indifferenten Lebensweisen, während die Großelterngeneration im Mittel stärker ökosozialen Intentionen folgt. Dies weist auf eine *biografische* Zeitlichkeit der Orientierungskonflikte hin, vor allem aber darauf, dass auch sie mit einer bestimmten Form sozialer Integration verbunden sind, und zwar mit der Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und dem Grad der Integration über eine *androzentrische Erwerbsnorm*. Dies unterstreicht auch die Verortung von Nicht- und Teilzeitbeschäftigten auf der linken Seite: Wer den Zwängen des Erwerbslebens und der Aufstiegs konkurrenz nicht oder weniger ausgesetzt ist, neigt eher dazu, auch auf künftige Generationen und die Natur Rücksicht zu nehmen.

Anders als von der *Generationenkonflikt-These* unterstellt ist es also weniger ein scheinbar objektives Interesse junger Menschen an einem künftig bewohnbaren Planeten, das zum Handeln animiert. Differierende Grade sozialer Integration entlang der zweiten wie der dritten Achse bedingen für viele von ihnen nicht nur transformative, sondern auch konservative Interessen, insbesondere was das Festhalten an Versprechen technologisch getriebenen Wirtschaftswachstums und das Hoffen auf eine Karriere im Erwerbssystem angeht. Ein *Interesse am Allgemeinen*, an auf Prinzipien der Sorge und der Rücksicht auf Andere und die Natur basierenden Lebensweisen, sehen für sich dagegen in erster Linie jene, die selbst auf das Allgemeine, auf funktionierende Strukturen gesellschaftlicher Unterstützung angewiesen sind – und dabei häufig auch selbst mit ihrer Arbeit diesem Allgemeinen dienen: Soziale und kulturelle Tätigkeiten, personenbezogene Dienstleistungen, Arbeit im öffentlichen und Non-Profit-Sektor, unbezahlte Sorgetätigkeiten.

Das widerspricht auch der *kein Konflikt-These*, insofern der vordergründige Langfristtrend zu größerem »Umweltbewusstsein« in reichen kapitalistischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten (vgl. Inglehart 1995; Schipperges 2020) weniger mit intergenerationalem Wertewandel zu tun hat als vielmehr mit Verschiebungen in der internationalen und vergeschlechtlichten Arbeitsteilung im Zuge des Übergangs von organisiert-kapitalistischen zu global vernetzten flexibel-kapitalistischen Wachstumsregimes: Mit der Verlagerung industrieller und vor allem gering qualifizierter Arbeit in andere Weltgegenden entlang von Wertschöpfungsketten und dem dadurch ermöglichten Anstieg der Anteile von Dienstleistungstätigkeiten (Tertiärisierung) und hoch qualifizierten Berufen hierzulande sowie der steigenden Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen sind eben diese auf das Allgemeine angewiesenen und verpflichteten Teile der Erwerbsbevölkerung stark angewachsen – und damit auch der Anteil derer, die in ihrem Handeln ein Interesse am Allgemeinen zum Ausdruck bringen. Paradoxerweise geschah dies gerade als Folge von Externalisierungsprozessen (vgl. Lessenich 2016), also auf Kosten des Rests der Welt. Gerade in Deutschland hat die starke politische Orientierung am Erhalt exportorientierter Industrien diese soziopolitischen Konsequenzen der

Externalisierung allerdings immer gebremst – und aktuell deutet sich an, dass krisenhafte Tendenzen zu einer teilweisen De-Globalisierung den Anteil der am Allgemeinen interessierten Bevölkerungsteile bald wieder sinken lassen könnten.

Sozial-ökologische Verteilungskonflikte: Eigentumsförmige Sozialintegration und Prekarisierung

Die Bedeutung der auf der zweiten Achse ablesbaren Ungleichheiten im Verhältnis zu Eigentum erschließt sich vielleicht am besten anhand eines Beispiels: Die Arbeiter:innen der Kfz-Zulieferindustrie etwa, die in der aktuellen Studie von Tullius und Wolf (2022) zum Thema Transformation befragt wurden, gehören sicher nicht zur Oberklasse, sind aber mit ihrer »automobilen Arbeits- und Lebensweise« deutlich im oberen Teil des Raums verortet. Als Merkmale dieser Lebensweise werden genannt: »Paar-Haushalt mit Kind/ern, partnerschaftliche Erwerbsbeteiligung, Eigenheim, 2 Autos« (Tullius/Wolf 2022: 77), und die entsprechende Mentalität wird auf die Kurzformel »Leistungsstolz, Familie, Absicherung« gebracht (ebd.: 78). Eigenheim und Auto verweisen also auf mehr: Lebensweisen auf dieser Seite der Achse sind geprägt von der langfristigen biografischen Erfahrung, durch die Verfügung über Eigentum gesellschaftlich integriert und abgesichert zu sein. In den einbezogenen Daten macht sich das am Stellenwert von Haus und Auto fest, aber darin erschöpft es sich nicht. Denn neben diesen materiellen Besitztümern ist eine solche eigentumsförmige Sozialintegration für Gruppen wie die hier in Rede stehende auch durch tarifliche und sozialstaatliche Garantien des »Sozialeigentums« (Castel 2000) abgesichert. Diese Ausstattung entspricht einer auf die Wachstumsperiode der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückgehenden *materiellen Teilhabe- und Konsumnorm* und begründet Zufriedenheit mit der eigenen Situation, damit zugleich aber auch eine Abwehrhaltung gegen mögliche Veränderungen. Dieses Muster beschreibt eine weitgehend stabile Integration in ein Sozialmodell, das aus einer Ära hervorging, »in der die industrielle Massenproduktion von Konsumgütern, hohe Beschäftigungsquoten und steigende Masseneinkommen sowie die sozialstaatliche Absicherung des Lohnarbeiterstatus, die Technisierung und Motorisierung der Haushalte als Schwerpunkte des Massenkonsums und tiefgreifende Veränderungen in der Lebensweise dieser Haushalte einander wechselseitig stützten und verstärkten« (Bartelheimer/Wittemann 2003: 39f.; s. auch Lessenich 2003). Der damalige extensive Wachstumsmodus weitete dieses Teilhabe-modell über lange Zeit auf wachsende Teile der Erwerbsbevölkerung aus (vgl. Castel 2000) – wenn auch keineswegs auf ihre Gesamtheit.

Die Integration über einen Konsumstandard hat ökologische Implikationen (die CO₂-Emissionen korrelieren stärker mit dieser als mit der Orientierungsachse), aber auch soziale, denn von oben nach unten wirkt eine Dynamik von *Entsicherung* oder *Prekarisierung*, die sich als Entstehung neuer bei gleichzeitiger Verfestigung bestehender *innerer Peripherien* der Wachstumsgesellschaft beschreiben lässt. Neben schon lange von Marginalisierung und Ausschluss betroffenen Gruppen erfasst sie auch Teile der jungen Generation, die auf Aufstieg oder Selbstverwirklichung durch Bildung gesetzt haben und für die dieses Kalkül nicht aufgeht: Mangels dauerhafter und abgesicherter

Erwerbsperspektiven gerade im Sozial- und Kulturbereich finden sie aus der anfangs lebensphasenspezifischen Prekarität nicht mehr heraus, sofern sie nicht über ererbte Sicherungen durch Immobilienvermögen und andere familiäre »assets« verfügen (vgl. Adkins/Cooper/Konings 2020). Prekarisierung ist damit die marginalisierende Kehrseite einer von der Finanzialisierung der Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten beförderten »asset economy«, durch die (gerade Wohn-)Eigentum zu einem entscheidenden Platzanweiser in neuen Formen der Klassenspaltung geworden ist (ebd.).

Die Zeitlichkeit dieser Ungleichheitsdynamik ist gleichermaßen generationaler und biografischer Natur: Eigentum und soziale Absicherung sind von den heute alternden Generationen biografisch erworben *und* werden (teilweise) innerfamiliär weitergegeben. Die Prekarität am gegensätzlichen Pol ist teils jugendtypisches Durchgangsstadium, teils sozial ererbter Zustand, teils aber auch Ergebnis intergenerationaler Schließungsprozesse.

Der (schwach ausgeprägte) Gegensatz zwischen ökosozialen und liberal-steigerungsorientierten Mentalitäten entlang dieser Achse verweist auf den inneren Zusammenhang zwischen intensivierten Verteilungskonflikten um Platz und Chancen für Mobilität sowie um knappen Wohnraum und steigende Mieten und macht diese als Teil des sozial-ökologischen Transformationskonflikts lesbar. Sie gewinnen ihre soziale Sprengkraft daraus, dass mit Forderungen nach weniger Platz für Autos oder Enteignung von Wohnkonzernen nicht nur die Machtinteressen kleiner Eliten, sondern auch die materielle Basis und Absicherung der gewohnten Lebensweisen großer Teile der Bevölkerung in ihren sozialen und ökologischen Implikationen infrage gestellt werden. Auch ähnlich gelagerte Verteilungskonflikte z.B. um soziale Absicherung, Steuerpolitik oder auch die Lasten der Energiewende lassen sich entlang dieser Dimension als Ausdrucksformen eines horizontalen, weniger vom Ausmaß als von der Art des Zugriffs auf gesellschaftliche Ressourcen strukturierten Klassenkonflikts verstehen.

Transformationskonflikte: Flexible Sozialintegration und Aktivierung

Auch die dritte Achse bildet eine Spannung zwischen gegensätzlichen Verhältnissen zu laufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ab: Auf der einen Seite der Dynamismus junger und privilegierter Minderheiten, die die Freiheit genießen, sich mittels auffälliger und aufwendiger Praktiken aller Art als besonders zu inszenieren, auf der anderen die Gewohnheiten sozial integrierter Mehrheiten, die sich an stabilen Normen orientieren.

Auch die Spannungen entlang dieser Achse lassen sich anhand der »automobilen Arbeits- und Lebensweise« der Arbeiter:innen von Tullius und Wolf (2022: 79) illustrieren, die hier im mittleren bis unteren Bereich zu verorten ist: In den Praxismustern des oberen Raums erkennen sie eine flexible Rationalisierungs- und Optimierungslogik wieder, die ihnen im Betrieb in Gestalt eines Managements gegenübertritt, das durch immer neue Kostensenkungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen ihren Leistungsstolz und ihre Beteiligungsorientierung verletzt. Was aus ihrer Sicht dieser Logik entspricht, wird deshalb kritisch beäugt und mit dem erlebten tendenziellen Verlust der Planbarkeit des eigenen Lebens in Verbindung gebracht: »Als besonders problematisch empfindet man die stets ›top down‹ kommunizierte Alternativlosigkeit der Veränderun-

gen und die Unmöglichkeit einer wirklichen Einflussnahme und Gestaltung ›von unten‹. Die Befragten erleben sich als ohnmächtig, ausgeliefert, erpresst« (ebd.: 82). Was hier als Bedrohung erlebt wird, ist aber nicht die soziale *Entsicherung* der zweiten Achse, sondern eine *Verunsicherung* durch die Anforderungen, die sich aus Globalisierungs- und Digitalisierungsprozessen ergeben (Tullius/Wolf 2022: 82).

Tatsächlich entsprechen die auf dieser Achse oben situierten Praxismuster am stärksten einem flexibel-kapitalistischen Integrationsmodell der »Aktivierung« (Lesenich 2008; s. auch Bröckling 2007; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000), das im Gegensatz zur extensiven organisiert-kapitalistischen Wohlstandsakkumulation *intensiv* operiert: Durch das Einräumen von Chancen zur Steigerung eigener Möglichkeiten und Erlebnisqualitäten und zum Erwerb ansehens- und einkommensförderlicher persönlicher Fähigkeiten und Eigenschaften aller Art werden die Subjekte aufgefordert, sich aktiv als modular aus diesen Elementen zusammengesetzte »Dividuen« zu inszenieren (Eversberg 2014, 2021a), und so an eine *flexibilisierte Performanz- und Partizipationsnorm* gebunden. Soziale Integration, sozialer Status winken als Preis für rastlose Aktivität in allen möglichen Formen zur Erhöhung der Intensität und Reichweite (selbst)wirksamen Eingreifens in die Welt. In einer die Widersprüchlichkeit der Vergesellschaftung selbst widerspiegelnden Art und Weise folgt das Handeln dabei der doppelten Anforderung, das eigene lustvolle Erleben (und damit die volkswirtschaftliche Konsumleistung) und die (vom politisch-zivilgesellschaftlichen Gemeinwesen immer lauter eingeforderte) persönliche Verantwortung für die gesellschaftliche Zukunft zugleich zu maximieren.

Bei der Durchsetzung dieses Vergesellschaftungsmodus deutet sich eine Generationenalt mit umgekehrtem Zeitpfeil an: Die intensiven, aktivistischen Formen sozialer Integration verdichten sich vor allem bei jungen Menschen zu hoffnungsbesetzten Lebensentwürfen, während sie ältere und zunehmend auch mittlere Generationen zunehmend verunsichern und überfordern. Dabei geht in diese Dimension auch die Spannung zwischen generationenspezifisch unterschiedlichen Erfahrungen mit und Verhältnissen zu digitalen Medien ein. Dahinter liegt ein fundamentalerer Gegensatz zwischen einerseits *abstrakten*, durch Technologie (oben), wissenschaftliches Wissen (oben links) und ökonomisches Kalkül (oben rechts) vermittelten und andererseits *konkreten*, unmittelbar erfahrungsbasierten praktischen Weltzugängen (unten). Mehr Zugriff auf die Mittel und Formen der Vermittlung erlaubt größere Selbstwirksamkeit oder eine größere »Weltreichweite« (Rosa 2016), korreliert aber auch mit höherem Naturverbrauch und dem Abwälzen von Kosten und Lasten.

Die Analyse dieser Dynamik hilft dabei, die Gehalte der *Verunsicherungsprogramm-These* wie auch der *These der ökologischen Distinktion* zu beurteilen und einzuordnen. Wenn Neckel (2018) aus Sicht letzterer eine zum Lebensstil verdichtete ökologische Lebensführung als Merkmal aufsteigender oder aufstiegsorientierter »Mittelschichten« charakterisiert, dann lässt sich das konkretisierend auf die in Abb. 3 oben links gebündelten Muster einer gleichermaßen performanten wie ökosozial motivierten Praxis eingrenzen. Die Drei-Achsen-Heuristik macht dabei zum einen sichtbar, dass ökosozial orientierte Lebensführung in nicht-distinktiver, wenig oder kaum stilisierter Form durchaus auch in weniger gut situierten und gebildeten, eher absteigenden Fraktionen vorkommt, und zum anderen, dass es innerhalb der Mittel- und Oberklassen einen aktiven

sozialen Gegenpol *anti*-ökologischer Distinktion gibt, dessen Rolle aus dieser Sicht bislang kaum angemessen reflektiert wird.

Mit Blick auf die Selbstdarstellungspraktiken der jungen Generation wird ferner deutlich, dass der auf wissenschaftliches Wissen gestützten ökosozialen Selbstpositionierung der *Generation Greta* im oberen linken eine praktisch gleich starke *Generation Elon* im oberen rechten Quadranten gegenüber steht, die Krisenphänomene zwar zur Kenntnis nimmt, aber von ihrer Lösbarkeit durch Technologie und Markt überzeugt ist, die eigenen Karriere- und Wohlstandsambitionen klar priorisiert und sich von ökosozialen Akteuren und Forderungen ihrerseits scharf abgrenzt. So uneinig sich diese Fraktionen darüber sein mögen, *welche* Transformation es braucht – eine ökosoziale oder eine digitale und marktorientierte –: einig scheinen sie in der habituellen Bejahung von Dynamik und Veränderung, in dem Glauben, dass ständiger umfassender Wandel wünschenswert und/oder notwendig ist – und dass dabei alle mitmachen müssen.

Eben hier hebt die *Verunsicherungsprogramm-These* eine zu diesen Distinktionskämpfen gegenläufige und für den Transformationskonflikt nicht minder bedeutsame Bewegung hervor: Im unteren bis mittleren Teil des Raums wird auf die steigenden Anforderungen zunehmend mit bewusster und aktiver Abgrenzung nach oben, gegen die Dynamik der Flexibilisierung und Aktivierung und gerade auch gegen die endlosen »Transformationsversprechen« der Unternehmensleitungen reagiert (vgl. Tullius/Wolf 2022: 83). Der Begriff »Transformation« selbst wird hier mit ständig neuen Anforderungen und Zumutungen verbunden, wie auch mit einem als herabsetzend und entwertend erlebten dynamistisch-performanten Auftreten der entsprechenden Akteure. Dass Vorstellungen von *sozial-ökologischer* Transformation, die nicht nur mit ähnlichem Vokabular, sondern aus dieser Sicht auch mit ganz ähnlichem dynamisch-disruptivem Gestus aus dem oberen linken Raum vertreten werden, nach dem gleichen Schema wahrgenommen werden, ist für Tullius und Wolf nicht unbedingt Ausdruck von Anti-Ökologismus, sondern auch Ergebnis der jahrelangen Erfahrungen mit solchen ökonomistischen und technokratischen Transformationsdiskursen.

Diese Beobachtung trifft einen wichtigen Punkt, der aber nicht zur allein zentralen Dynamik des Konflikts verabsolutiert werden darf. Denn dethematisiert würde so die Relevanz der Stellung derselben Gruppen auf beiden anderen Achsen, und damit die grundlegende Differenz zwischen dem instrumentellen Bezug auf Natur und anderswo geleistete Arbeit, den die Arbeiter:innen häufig mit ihren Konzernleitungen teilen, und den an Selbstbegrenzung, Ausgleich und Anerkennung des Eigenwerts von Natur orientierten Praktiken in Teilen der ökosozialen und prekarisierten Segmente des Raums, die hinter den Transformationsforderungen ökosozialer Bewegungen stehen. Insofern ist zwar nicht per se auszuschließen, dass die Entfremdung von ständigen globalisierungs- und digitalisierungsgetriebenen Anpassungsanforderungen auch in Teilen des liberal-steigerungsorientierten Lagers ein möglicher Anknüpfungspunkt für sozial-ökologische Anliegen sein kann (vgl. Boewe/Krull/Schulten 2021). Zugleich aber sind hier der Begriff der Transformation und die Vorstellung umfassenden Wandels erheblich vorbelastet, und es scheint nur schwer vorstellbar, Veränderungspfade aufzuzeigen, die aus der »automobilen Arbeits- und Lebensweise« (Tullius/Wolf 2022)

und den stark auf Absicherung angelegten Orientierungen dieser Bevölkerungsteile heraus nicht als Verlust erschienen.

Konflikthaft wird diese Dimension in Arbeitskämpfen »polanyischen Typs« (vgl. Dörre 2016; Silver 2005) um technologische Rationalisierung, Digitalisierung und betriebliche Restrukturierung, Standortverlagerungen, Outsourcing und ähnliches. Sie bricht aber auch in Konflikten um technologische Großprojekte auf, wie sie beim Bau von Verkehrsinfrastruktur, Kraftwerken, Erdgasterminals u.ä. nicht nur in Europa, sondern gerade auch vielerorts im globalen Süden häufig vorkommen. Hier wie dort kann diese Gegenwehr auch sozial-ökologisch transformativ intendierte Vorhaben treffen. Und mit Blick auf die Ebene der Mentalitäten darf auch keinesfalls übersehen werden, dass der Konflikt entlang dieser Achse primär als einer zwischen dem *ökosozialen* und dem *regressiv-autoritären* Lager erlebt wird: Die Abwehr von Verunsicherungen durch technologisch-ökonomische Aktivierungszwänge mischt sich (oft medial und politisch befeuert) mit Ressentiments gegen vermeintliche »globalistische Eliten«, behauptete »Überfremdung« und eine angebliche »Meinungsdiktatur«. Während politisch erfolgreiche autoritär-nationalistische Kräfte dies in aller Regel mit grundsätzlicher Befürwortung ökonomischen Wachstums und der Forderung nach Rückkehr zu früheren fossil basierten Wachstumsmodellen verbinden, bedient die (neu)rechte Wachstumskritik dieselben rassistischen, antisemitischen und autoritären Denkmuster auf eine Art, die (bisher wenig erfolgreich) auch weiter links auf der Orientierungsachse um Anschluss buhlt (vgl. Eversberg 2018).

Fazit

Ich habe in diesem Beitrag eine empirische Momentaufnahme des sozial-ökologischen Transformationskonflikts in den Lebensweisen der deutschen Bevölkerung mit Daten von 2018 gezeichnet. Seitdem hat sich viel getan. Die Intensivierung von Klimaprotesten um *Fridays for Future* oder *Extinction Rebellion*, das Ausbremsen der Energiewende durch politische Fehlregulierung und persistente Widerstände gegen Infrastrukturausbau, die Häufung klimawandelbedingter Krisenphänomene (Wetterextreme, Flutkatastrophe 2021, Waldbrände), politische Schwenks hin zu *Green Growth*-Strategien auf EU- und Bundesebene, die Corona-Pandemie und zuletzt der russische Überfall auf die Ukraine mit seinen wirtschaftlichen und energiepolitischen Folgen sind nur einige Stichworte für einschneidende Entwicklungen, die nicht ohne Auswirkungen auf die oben analysierte Konstellation geblieben sein werden. Dennoch spricht einiges dafür, dass die von den drei Achsen der Analyse abgebildeten grundlegenden Spannungslinien auch weiterhin Relevanz besitzen. Schließlich drücken sich in ihnen längerfristige Dynamiken steigerungsorientierter Vergesellschaftung aus, die sich in Gestalt systemischer Handlungszwänge wie auch »mentaler Infrastrukturen« (Welzer 2011) auch dort weiter Geltung verschaffen, wo Wachstumsprozesse einstweilen gründlich aus dem Takt geraten sind. Die Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen verweist dabei darauf, dass auch auf Ebene der gesellschaftlichen Mentalitäten und Lebensweisen die strukturellen Spannungen und Widersprüche des Steigerungszwangs verstärkt aufbrechen. Entlang welcher Dimensionen es aber tatsächlich zu einem solchen Auf-

brechen kommt, welche weiter latent bleiben und ob dies in einen grundlegenden Formwandel der Konfliktkonstellation mündet, werden erst weitere Forschungen zeigen.

Abschließend zusammenfassen lässt sich die hier begründete Sicht auf den sozial-ökologischen Transformationskonflikt in einer *Vergesellschaftungsthese*: Über mehrere Ebenen und Dimensionen hinweg dreht sich der Konflikt um die Frage, wie mit den sozial-ökologisch schädlichen Folgen expansiver modern-kapitalistischer Vergesellschaftung umzugehen ist. Die komplexe Mehrdimensionalität ungleichzeitiger, teils gegenläufiger Vergesellschaftungsprozesse bedingt dabei den vertrackten Befund, dass es hierzulande praktisch keine Bevölkerungsteile gibt, die nicht in der einen oder anderen Weise selbst in die Steigerungsdynamiken verstrickt und an ihrer jedenfalls partiellen Aufrechterhaltung interessiert wären. Insofern ist Nicht-Nachhaltigkeit in einer solchen gesellschaftlichen Formation in der Tat ein strukturelles Phänomen (vgl. Blühdorn et al. 2020).

Wie gezeigt bedingt dies aber eben keine undifferenziert-gleichförmige Verantwortlichkeit eines diffusen *Wir* für die Misere, sondern es gibt abgestufte Grade der Verstricktheit, und diese sind, wenn auch nur grob, durchaus bezifferbar. So steigen entlang jeder der drei Achsen die lebensweisebedingten Emissionen mit dem Grad der Integration über die jeweiligen (Erwerbs-, Konsum- und Performanz-)Normen an. Das verweist auf die differenzierte Teilhabe am Grundprinzip expansiver Vergesellschaftung: Zunehmende Vergesellschaftung, zunehmender Verbrauch an Natur und Arbeit. Überspitzt: Der Grad an »Externalisierung« (Lessenich 2016) bzw. »Imperialität« (Brand/Wissen 2017) sozial spezifischer Lebensweisen lässt sich an ihrer summierten Position auf allen drei Achsen ablesen. Das innere Zentrum der imperialen Lebensweise bildet damit im Schnittfeld hoher Werte auf allen drei Dimensionen das, was man den *Erwerbsarbeits-Eigentums-Performanz-Männlichkeits-Nexus* nennen könnte. Seinen Gegenpol bilden *innere Peripherien*, die sich in Distanz oder Ausschluss von diesen Normen im sozialen Feld von Sorgearbeiten, Prekarität und Selbstbegrenzung konturieren und überwiegend von Frauen bevölkert sind.

Der These von der *ökologischen Distinktion* ist mithin zu entgegnen, dass nicht überall, wo horizontaler Konflikt um Lebensführung draufsteht, auch wirklich vertikaler Klassenkampf der Mitte gegen die Unterprivilegierten drin ist. Gegenstand der Distinktion sind Differenzierungsmerkmale auf der ersten Achse – die Neigung dazu, sich hierüber zu stilisieren, lässt sich aber an der Position auf der dritten Achse ablesen. Im Abgleich beider Achsen zeigt sich: Nicht selten geht es bei ökosozial motivierter Alltagspraxis gar nicht um Distinktion, und wo doch, da richtet diese sich oft weniger gegen Unterprivilegierte als gegen mindestens ebenso privilegierte Lebensweisen, die sich ihrerseits anti-ökologisch zurückdistinguieren. Soziologische Aufmerksamkeit scheint in diesem Feld bisher eher einseitig verteilt.

Mit Blick auf die erste Achse ist der *kein Konflikt*- wie der *Generationenkonflikt*-These zu entgegnen, dass für eine pauschale Zunahme ökosozialer Orientierungen in der jungen Generation wenig spricht. Dagegen scheinen die Bedeutung vergeschlechtlichter Muster von Arbeitsteilung für die Nachhaltigkeit von Lebensweisen und die Rolle erwerbszentrierter Lebensmodelle für die Beharrungskräfte gegen ökosoziale Transformationen in der Umweltbewusstseinsforschung erheblich unterschätzt. Eine Stärkung der

Bereitschaft zum aktiven Mittragen von Veränderungen versprechen viel eher strukturelle Reformen des Erwerbssystems, Umverteilung von Tätigkeiten, Zeit und materieller Vergütung sowie entsprechende infrastrukturell-institutionelle Rahmensetzungen als immer neue pädagogische Interventionen. Fortwährende Appelle an individuelle Verantwortung bei gleichzeitigem Fortbestehen gegenläufiger Zwänge und Gelegenheitsstrukturen werden weniger zu graduelltem Wandel als zu zunehmender Frustration bei den Verantwortungsbereiten führen.

Wenn es denn bei einem solchen auf struktureller Ebene ansetzenden Umbau darum gehen soll, aus der in ihren Konsequenzen zerstörerischen Logik expansiver Vergesellschaftung auszubrechen, also den *Erwerbsarbeits-Eigentums-Performanz-Männlichkeits-Nexus* abzuwickeln und durch stärker von Prinzipien der Sorge, Langfristigkeit und des Bewusstseins gegenseitiger Abhängigkeit geprägte Verhältnisse (vgl. Biesecker/Hofmeister 2013) zu ersetzen, dann haben hierzu möglicherweise gerade die Erfahrungen der *inneren Peripherien* Entscheidendes beizutragen. Aus ihrer Perspektive können sich womöglich Denkräume für Solidaritäten öffnen, die entlang gemeinsamer *Internalisierungsinteressen* über den national abgegrenzten Sozialraum hinausreichen. Teile der Klimabewegung – neben *Fridays for Future* besonders *Ende Gelände* – folgen einer entsprechenden Intuition, wenn sie in ihren größeren Visionen stets Verbindungen zwischen Forderungen nach globaler Gerechtigkeit, Dekolonisierung und Aufwertung von »Care« ziehen. Dem zuwider laufen allerdings die höchst selektive Wirksamkeit und die sozial-ökologisch problematischen Implikationen der neuen kompetitiv-intensiven *Aktivierungsversprechen*, deren Logik sich auch relevante Teile dieser Bewegungen nicht entziehen, und die gleichzeitige Verunsicherung und Entfremdung großer Teile der gesellschaftlichen Mitte durch den damit permanent steigenden Aktivierungs-, Anpassungs- und, ja: Transformationsdruck. In dem Maße, wie sie in solutionistischem Gestus von politischen und wirtschaftlichen Akteuren als ökologisches Modernisierungsprogramm vorangetrieben wird, wird sozial-ökologische Transformation großen Bevölkerungsteilen als Elitenprojekt erscheinen, das nicht mehr mit eigenen Interessen auf der Achse der Orientierungskonflikte in Verbindung gebracht, sondern als eine weitere technologisch-ökonomisch getriebene Zumutung entlang der dritten Achse abgewehrt wird. Wie sich die eigene Sprache und die eigenen Forderungen hiervon überzeugend absetzen können, und ob der Begriff der Transformation selbst dadurch inzwischen eher ein Hemmschuh für die eigenen Forderungen geworden ist, sollten ökosozial motivierte Akteure bedenken.

Literatur

- Adkins, Lisa/Cooper, Melinda/Konings, Martijn (2020): *The asset economy: property ownership and the new logic of inequality*, Cambridge, UK: Polity.
- Andres, Leander/Fabel, Marc/Flückiger, Matthias/Ludwig, Marcus/Rainer, Helmut/Waldinger, Maria/Wichert, Sebastian (2022): »Trägt die Fridays-for-Future-Bewegung zum politischen Klimawandel bei? Big Data Economics mit Hilfe von Mobilfunk-, Schulstreik-, (Social-)Media-, Wetter- und Fußballdaten«, in: ifo Schnelldienst 75/5, S. 28-33.

- Bartelheimer, Peter/Wittemann, Klaus Peter (2003): »Lebensweise – unterschätzte Kategorie im Schatten der Ökonomie«, in: SOFI-Mitteilungen 31, S. 29-52.
- Benzécri, Jean-Paul (1992): *Correspondence Analysis Handbook*, New York/Basel/Hong Kong: Dekker.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013): »Zur Produktivität des »Reproduktiven«. Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge«, in: *Feministische Studien: Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung* 31/2, S. 240-253.
- Blühdorn, Ingolfur/Butzlaff, Felix/Deflorian, Michael/Hausknost, Daniel/Mock, Miriam (2020): *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. 2., aktualisierte Auflage*, Bielefeld: transcript.
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit/UBA, Umweltbundesamt (2019): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2018*, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- BMUV, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz/UBA, Umweltbundesamt (2022): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, Berlin: BMUV.
- Boewe, Jörn/Krull, Stephan/Schulten, Johannes (2021): »E-Mobilität, ist das die Lösung?«. Eine Befragung von Beschäftigten zum sozial-ökologischen Umbau der Autoindustrie, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo Academicus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2004): *Der Staatsadel*, Konstanz: UVK.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*, München: oekom.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: UVK.
- Currid-Halkett, Elizabeth (2017): *The Sum of Small Things: A Theory of the Aspirational Class*, Princeton: Princeton University Press.
- Daniel, Antje/Deutschmann, Anna (2020): *Umweltbewegung revisited? Fridays for Future in Wien: Profil und Einstellungen einer neuen Protestbewegung (= Working Paper, No. 9)*, Institut für Internationale Entwicklung (IE), Universität Wien.
- Dörre, Klaus (2016): »Heimatloser Antikapitalismus? Polanyis Marktkritik und das Alltagsbewusstsein von Lohnabhängigen« Bude, Heinz/Staab, Philipp (Hg.), *Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 345-368.
- Dörre, Klaus (2019): »Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution«, in: Dörre, Klaus/Rosa, Hartmut/Becker, Karina/Bose, Sophie/Seyd, Ben-

- jamin (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 3-33.
- Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (2020): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität* (= International Labour Studies), Frankfurt a.M.: Campus.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Eversberg, Dennis (2014): »Die Erzeugung kapitalistischer Realitätsprobleme: Wachstumsregimes und ihre subjektiven Grenzen«, in: *WSI-Mitteilungen* 67/7, S. 528-535.
- Eversberg, Dennis (2018): »Gefährliches Werben. Über Anschlussfähigkeiten der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31/4, S. 52-61.
- Eversberg, Dennis (2020a): *Bioökonomie als Einsatz polarisierter sozialer Konflikte? Zur Verteilung sozial-ökologischer Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung 2018 und ihren Unterstützungs- und Widerstandspotentialen gegenüber Bioökonomie als gesellschaftlichem Wandel* (= Working Paper der BMBF-Nachwuchsgruppe »flumen«, Nr. 1), Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Eversberg, Dennis (2020b): »Who can challenge the imperial mode of living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population«, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 33/2, S. 233-256.
- Eversberg, Dennis (2021a): »From democracy at others' expense to externalization at democracy's expense: Property-based personhood and citizenship struggles in organized and flexible capitalism«, in: *Anthropological Theory* 21/3, S. 315-340.
- Eversberg, Dennis (2021b): »The Social Specificity of Societal Nature Relations in a Flexible Capitalist Society«, in: *Environmental Values* 30/3, S. 319-343.
- Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/Holz, Jana/Koch, Philip/Pungas, Lilian/Schmelzer, Matthias (2021): *Mentalities matter: Sozial-ökologische Mentalitäten und ihre Bedeutung in post-fossilen Transformationen* (= Working Paper der BMBF-Nachwuchsgruppe »flumen«, Nr. 5), Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Eversberg, Dennis/Koch, Philip/Holz, Jana/Pungas, Lilian/Stein, Anne (2022): »Social relationships with nature: elements of a framework for socio-ecological structure analysis«, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*.
- Geden, Oliver (2009): »Kritischer Konsum statt nachhaltiger Politik? Ohnmacht und Selbstüberschätzung des »klimabewussten« Verbrauchers«, in: *Transit: Europäische Revue* 36, S. 132-141.
- Geiger, Sonja/Holzhauer, Brigitte (2020): *Weiterentwicklung einer Skala zur Messung von zentralen Kenngrößen des Umweltbewusstseins* (= UBA Texte, Nr. 25/2020), Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Hamann, Karen/Baumann, Anna/Löschinger, Daniel (2016): *Psychologie im Umweltschutz: Handbuch zur Förderung nachhaltigen Handelns*, München: oekom.
- Hjellbrekke, Johannes (2019): *Multiple correspondence analysis for the social sciences*, London: Routledge.
- Inglehart, Ronald (1995): »Public Support for Environmental Protection: Objective Problems and Subjective Values in 43 Societies«, in: *PS: Political Science & Politics* 28/1, S. 57-72.

- Lessenich, Stephan (2003): *Dynamischer Immobilismus: Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen*, Bielefeld: transcript.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München: Hanser Berlin.
- Meade, Philip (2020): »Reaktionen auf Schüler*innenrebellion: Adultismus im Diskurs um Greta Thunberg und die »Fridays for Future«-Bewegung«, in: Budde, Rebecca/Markowska-Manista, Urszula (Hg.), *Childhood and Children's Rights between Research and Activism: Honouring the Work of Manfred Liebel*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 85-119.
- Neckel, Sighard (2018): »Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit«, in: Neckel, Sighard/Pritz, Sarah Miriam/Boddenberg, Moritz/Besedovsky, Natalia/Hasenfratz, Martina/Wiegand, Timo (Hg.), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms*, Bielefeld: transcript, S. 59-76.
- Neckel, Sighard (2020): »Der Streit um die Lebensführung«, in: *Mittelweg* 36 29/6, S. 82-100.
- Rosa, Hartmut (2016): *Resonanz: eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin: Suhrkamp.
- Roux, Brigitte Le/Rouanet, Henry (2010): *Multiple correspondence analysis (= Quantitative Applications in the Social Sciences, Nr. 163)*, Los Angeles/London/New Delhi/Singapore/Washington DC: SAGE.
- Roux, Brigitte Le/Rouanet, Henry (2004): *Geometric Data Analysis: From Correspondence Analysis to Structured Data Analysis*, Dordrecht: Kluwer.
- Rucht, Dieter (2019): »Jugend auf der Straße. Fridays for Future und die Generationenfrage«, in: *WZB-Mitteilungen* 165, S. 6-8.
- Schipperges, Michael (2020): *Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen (= UBA Texte, Nr. 103/2020)*, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Schipperges, Michael/Gossen, Maike/Holzhauer, Brigitte/Scholl, Gerd (2016): »Trends und Tendenzen im Umweltbewusstsein«, in: *Ökologisches Wirtschaften* 31/4, 15.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor: Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin: Assoziation A.
- Tullius, Knut/Wolf, Harald (2022): »Mentalitäten in der Transformation – Erste Befunde am Beispiel einer »automobilen Arbeits- und Lebensweise«, in: *AIS-Studien* 15, S. 70-87.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Herrmann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam (= Schriften zur Ökologie, Nr. 14)*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Zwischen Unzufriedenheit und Gegnerschaft

Einstellungen und Engagement in der Energiewende

Simon Teune

Einleitung

Die Energiewende, der Umbau der Energieversorgung von der fossilen und nuklearen Erzeugung zu erneuerbaren Energiequellen wie Sonnenenergie, Wind und Biogas, wird von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit unterstützt. Aber diese Unterstützung ist in Teilen fragil und die konkrete Umsetzung der Energiewende ist durchaus umstritten. Als großes gesellschaftliches Transformationsprojekt ist die Energiewende ein Konfliktfeld, auf dem unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Interessen und Positionen aufeinandertreffen. Konflikte spielen sich dabei auf verschiedenen Ebenen ab. Die Energiewende ist Arena für allgemeine und sehr spezifische Auseinandersetzungen, die voneinander unabhängig sein können, sich aber auch verstärken können. Aus der Kritik an der Aufstellung einer Windkraftanlage kann sich eine grundsätzliche Ablehnung der Energiewende entwickeln. Anders herum kann sich eine grundsätzlich ablehnende Haltung in eine sehr konkrete, mit technischen Details begründete, juristische Klage gegen ein Energiewendeprojekt übersetzen.

Zumindest ein kleiner Teil der Bevölkerung bezweifelt die Prämisse, dass es eine Ablösung fossiler Energiequellen braucht, um die Erderwärmung einzudämmen, weil sie diese Entwicklung grundsätzlich bestreitet oder zumindest anzweifelt. Über diese Gruppe hinaus gibt es aber auch breiter gestreute Zweifel an den ergriffenen Maßnahmen und ihrer politischen und technischen Umsetzung. Auch wenn zum Beispiel ein Großteil der deutschen Bevölkerung nach wie vor die Nutzung von Atomkraft ablehnt, spricht sich doch ein Teil gegen den Atomausstieg aus, unter anderem mit dem Argument, durch den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ließe sich ein schnellerer Ausstieg aus fossilen Energien umsetzen. Konflikte entstehen aber auch bei konkreten Energiewendeprojekten vor Ort, beim Neubau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen oder Stromleitungen. Hier stehen zum Teil konkurrierende Interessen und Gemeinwohlüter gegeneinander: auch wer die Energiewende im Prinzip befürwortet, kann aus Gründen des Naturschutzes oder aus Eigeninteresse, zum Beispiel wegen fallenden Grundstückspreisen, gegen neue Anlagen Widerspruch äußern.

In diesem Beitrag werden auf der Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2021 unterschiedliche Typen der Kritik an der Energiewende vorgestellt. Dabei werden verschiedene Argumentationsstränge in der Kritik sichtbar, aber auch stabilere Einstellungsmuster, die sich nicht nur auf die Energiewende, sondern auch auf andere Politikfelder und auf die Haltung zur Demokratie und ihren Institutionen beziehen. Insofern reiht sich die Diskussion über Konflikte um die Energiewende ein in den größeren Zusammenhang von politischer Kultur, Kritik und Protest gegen staatliche Politik.

Der Hintergrund: Konflikte um die Energiewende

Immer wieder haben Befragungen eine hohe allgemeine Zustimmung zur Energiewende gezeigt (vgl. Römer/Steinbrecher 2020; Rubik et al. 2019; Setton 2020; Sonnberger/Ruddat 2016; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Dabei war die Forschung zu Haltungen zur Energiewende lange geprägt von der Messung von Akzeptanz entsprechender Technologien und ihren Bedingungen (vgl. z. B. Fraune et al. 2019; Hübner et al. 2020; Sonnberger/Ruddat 2016). Auch mit Blick auf zahlreicher werdende Proteste gegen neue Windkraftanlagen stellte sich die Frage, wovon die Akzeptanz oder Ablehnung erneuerbarer Technologien abhängig ist. Dabei wurde betont, dass fehlende Akzeptanz nicht nur mit affektiver Ablehnung oder egoistischen Motiven begründet werden kann, sondern dass dahinter konsistente Einstellungsmuster stehen und dass Vertrauen in die Akteure und die Erwartung ökonomischer Vorteile die Akzeptanz erhöhen (vgl. Hübner et al. 2020). In einer Konstellationsanalyse der Geschichte des Ausbaus der Windenergie hoben Ohlhorst und Schön (2010) hervor, dass in unterschiedlichen Konfliktphasen verschiedene Konfliktkonstellationen im Vordergrund standen und über staatliche Eingriffe geregelt und institutionalisiert wurden: Technologie- und Strategiekonflikte, Interessen- und Machtkonflikte sowie innerökologische Zielkonflikte.

Die Proteste gegen Energiewendeprojekte waren als sichtbarster Ausdruck von Macht- und Zielkonflikten der Ansatzpunkt mehrerer Forschungsprojekte, die Konflikte um die Energiewende besser zu verstehen suchten. Frühe Studien zum Selbstverständnis der Protestierenden (vgl. Marg et al. 2013) wurden durch weiterführende Ansätze ergänzt. Forscher:innen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung kontrastierten in einer multiperspektivischen Analyse die Wahrnehmung verschiedener Konfliktparteien, aber auch unbeteiligter Anwohner:innen und Behördenvertreter:innen (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017). Das Bild wurde auch dahingehend ergänzt, dass Forschende die Proteste gegen Energiewendeanlagen zunehmend als Anzeichen von tiefer liegenden demokratischen und partizipativen Defiziten lasen (vgl. Eichenauer 2018). Die Konflikte seien nicht aus einer NIMBY¹-Haltung heraus zu verstehen, sondern sie verwiesen auf Konflikte ums Gemeinwohl (vgl. Messinger-Zimmer/Zilles 2016), um Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Holstenkamp/Radtke 2018) und demokratische Substanz (vgl. Krüger 2021). Dabei widmet sich die jüngste Forschung insbesondere den Anknüpfungspunkten von Energiewendekonflikten für rechtspopulistische und

1 Das Akronym NIMBY steht für »not in my backyard« (nicht in meinem Hinterhof).

extrem rechte Akteur:innen (vgl. Eichenauer et al. 2018; Quent/Richter/Salheiser 2022; Reusswig et al. 2021; Reusswig/Lass/Bock 2020). Die Autor:innen betonen, dass diese Akteur:innen Energiewendekonflikte strategisch nutzen, indem sie die Repräsentation der kritischen Position vereinnahmen.

Die Verteilung der Bevölkerung in verschiedene im Konflikt mehr oder weniger aktive Gruppen ist in verschiedenen Projekten modelliert worden. Ausgangspunkt waren dabei konkrete lokale Energiewendekonflikte. Hoeft et al. (2017) stellten Projektträger:innen und -gegner:innen gegenüber und ergänzten Perspektiven aus der Verwaltung und von im Konflikt Unbeteiligten. Reusswig et al. (2016: 11ff.) kreuzten die grundsätzliche Zustimmung zur Energiewende und die Haltung zu konkreten lokalen Projekten und konnten damit verschiedene diskursive Positionen unterscheiden, zum Beispiel energiewendepositive und energiewendekritische Projektgegner:innen. Gleichzeitig lassen sich in dieser Kategorisierung auch Bewegungen zwischen den Positionen konzeptualisieren, etwa der durch die Auseinandersetzung mit einem lokalen Projekt motivierte Übergang von der ambivalenten Beobachtung zur expliziten Ablehnung.

Während lokale Konflikte um Energiewendeprojekte und zur lokalen Akzeptanz mit qualitativen Ansätzen oder quantitativ mit kleinen Fallzahlen erforscht wurden, können größere repräsentative Befragungen das Bild der Konflikte um die Energiewende ergänzen. Wegweisend war dafür das am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) entwickelte Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende (vgl. Setton 2020), dessen Grundidee einer Panelbefragung zu Einstellungen gegenüber der Energiewende, einzelnen mit ihr verbundenen Maßnahmen und auf sie bezogenen Gerechtigkeitsvorstellungen in Folgeprojekten aufgegriffen wurde (vgl. Teune et al. 2021; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Diese Befragungen gaben nicht nur Einblick in die Motive von Gegner:innen der Energiewende, sondern sie zeigten auch unter Befürworter:innen zum Teil deutliche Kritik, vor allem in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten, soziale Gerechtigkeit und das Tempo der Umsetzung. Damit setzt sich auch in Bezug auf die Energiewende eine wesentliche politikwissenschaftliche Erkenntnis fort: auch grundsätzliche Kritik lässt sich nicht nur als Ausdruck von Eigeninteresse oder Systemopposition lesen, sondern kritische Bürger:innen sind eine wesentliche Ressource demokratischer Prozesse (vgl. Geißel 2011; Klein 2013). Ihre Kritik zu verstehen und ernst zu nehmen, ist eine Voraussetzung demokratischer Konfliktkultur.

In Weiterführung der Forschung zu Energiewendekonflikten und Einstellungen zur Energiewende stellt dieser Beitrag die Perspektiven unterschiedlicher Gruppen in dem Transformationsprozess gegenüber. Ziel ist es, diese Gruppen besser zu konturieren und ihre Rolle in den Konflikten besser zu verstehen. Der Blick auf die ganze Bandbreite von Haltungen zur Energiewende erlaubt zum einen gegenüber der bloßen Messung von Zustimmung ein erweitertes Bild. Eine generelle Zustimmung zum Ausstieg aus fossilen und atomaren Technologien kann sehr wohl mit Kritik an der Umsetzung dieses Vorhabens zusammengehen. Zum anderen ermöglicht er eine bessere Einschätzung der Kräfteverhältnisse in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Energiewende. Wer engagiert sich für eine Position und wer hält sich eher zurück? Wie stark sind die Beharrungskräfte und wie weit verbreitet sind kritische Haltungen unter denen, die sich noch kein abschließendes Urteil über die Energiewende gebildet haben?

Der Datensatz: der Demokon-Survey

Die Befragung, die der folgenden Analyse zugrunde liegt, wurde im Rahmen des Projektes »Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende« (Demokon) durchgeführt (siehe zu diesem Projektkontext auch die Beiträge von Kerker; Marg und Kuhlmann; Mokros und Schatzschneider sowie Reusswig, Lass und Bock; in diesem Band).² Dazu wurde das Meinungsforschungsinstitut Forsa beauftragt, aus ihrem omninet-Panel³ 2.000 Personen zu befragen, die für die deutsche Online-Bevölkerung ab 16 Jahren repräsentativ sind.⁴ Durch die Nutzung eines vorhandenen Panels ist der Anteil der angesprochenen Personen, die sich an der Befragung beteiligen, deutlich höher als bei anderen Methoden der Onlinebefragung.⁵ Für die Befragung wurden im Zeitraum vom 12. bis 28. Mai 2021 5.500 Personen aus dem omninet-Panel zufällig ausgewählt, zur Befragung eingeladen und gegebenenfalls erinnert. Vollständig ausgefüllt wurde der Fragebogen von bundesweit 2.012 Personen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 37 Prozent. Nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Einkommen kann die bundesweite Stichprobe für die Gesamtbevölkerung als repräsentativ betrachtet werden. Männer, ältere Jahrgänge und mittlere Einkommen sind allerdings leicht überrepräsentiert.

Der Fragebogen enthielt Fragen zur Einschätzung der Energiewende wie auch zu Wahrnehmungen und Erfahrungen mit Konflikten in Zusammenhang mit Energiewendevorhaben. Darüber hinaus wurden Fragen aus verschiedenen politikwissenschaftlichen Traditionen zu politischer Kultur, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und

-
- 2 Das Demokon-Projekt wurde vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung koordiniert und im Verbund mit fünf Partnern durchgeführt: der Hochschule Niederrhein, dem Göttinger Institut für Demokratieforschung, dem Institut Raum & Energie, dem Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung Potsdam (IASS) sowie der Universität Siegen. Das Projekt wurde von 2019 bis 2022 von der Stiftung Mercator gefördert. Die Befragung wurde vom IASS in Kooperation mit der Hochschule Niederrhein geplant und durchgeführt. Mehr Informationen zum Projekt unter <http://demokon.de>.
 - 3 Im forsa.omninet-Panel sind über 100.000 Personen registriert, die für Befragungen zur Verfügung zu stehen. Um Teilnehmende zu gewinnen, werden laufend Personen nach dem ADM-Telefonstichproben-System per Telefon angesprochen und zur Beteiligung eingeladen. Der Auswahlprozess nutzt zum einen ein bewährtes Verfahren der Zufallsauswahl. Zum anderen sind auch Internet-Wenignutzer:innen bzw. Teil-Offliner (z.B. Personen, die nur E-Mail, aber keine anderen Online-Dienste nutzen) im Panel vertreten. Nicht abgedeckt ist die Gruppe derjenigen, die das Internet überhaupt nicht nutzen. Das waren 2020 6 % der Gesamtbevölkerung, vor allem in den älteren Jahrgängen. Während die Internetnutzung bei den unter 50-Jährigen mittlerweile bei 100 % liegt, sinkt sie in der Altersgruppe ab 70 Jahre bis auf 75 % (vgl. Beisch/Schäfer 2020).
 - 4 Darüber hinaus wurden vier regionale Samples gezogen, um Menschen zu befragen, die in einer Region leben, in der Energiewendekonflikte virulent sind: in einer Braunkohleregion (Rheinisches Revier und Lausitz) oder in Orten, in deren Umgebung Überlandstromtrassen oder Windkraftanlagen geplant sind. Diese regionalen Samples sind in dieser Auswertung nicht berücksichtigt.
 - 5 Das forsa.omninet-Panel wurde auch ausgewählt, weil im Frühjahr 2022 eine zweite Befragungswelle in den Konfliktregionen durchgeführt wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Befragten an einer zweiten Befragungswelle beteiligen, ist durch die Rekrutierungsmethode und die regelmäßige Ansprache sehr hoch.

Engagement gestellt. Die Befragten wurden unter anderem gebeten, das Funktionieren der Demokratie zu bewerten, ihr Vertrauen in Institutionen einzustufen sowie ihr zivilgesellschaftliches Engagement mit Bezug auf Vereinsmitgliedschaften und politisches Verhalten anzugeben. Ergänzend wurden einige zentrale soziodemografische Merkmale erfasst. Der Fragebogen beruht zu großen Teilen auf bewährten Erhebungsinstrumenten, darunter das soziale Nachhaltigkeitsbarometer zu Fragen rund um Klima, Umwelt und Energiewende (vgl. Setton 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021) und die Mitte-Studie zu antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland (vgl. Zick/Küpper 2021), sowie weiteren Fragen aus anderen Studien. Der Fragebogen wurde in zwei Durchgängen quantitativ und in Interviews qualitativ vorgetestet. Die folgenden Ergebnisse zeigen die ungewichteten Berechnungen auf Grundlage der bundesweiten Stichprobe.⁶

Die Ergebnisse: Vier Grundtypen der Haltung zur Energiewende

Ausgehend von der Annahme, dass es eine breite abstrakte Zustimmung zur Energiewende in der deutschen Bevölkerung gibt, dass aber viele Menschen gleichzeitig die Umsetzung kritisch bewerten, werden die Antworten auf diese beiden Fragen gekreuzt (siehe auch: Teune et al. 2021).⁷ Dadurch ergeben sich vier Grundtypen der Haltung zur Energiewende, die im Folgenden gegenübergestellt werden.

- *Die Zufriedenen* befürworten die Energiewende. Sie sind gleichzeitig auch mit deren Umsetzung zufrieden. In diese Gruppe fallen 10 % der Befragten.
- *Die Unzufriedenen* unterstützen das Transformationsprojekt Energiewende, sie sind aber mit deren Umsetzung unzufrieden. Diese Grundhaltung findet sich bei 40 % der Befragten.
- *Die Ambivalenten* haben sich entweder in Bezug auf die Energiewende insgesamt oder in Bezug auf deren Umsetzung noch kein abschließendes Urteil gebildet. Diese Gruppe ist mit einem Anteil von 44 % die größte.⁸
- *Die Gegner:innen* lehnen die Energiewende ab und kritisieren auch deren Umsetzung. In der Befragung ist diese Haltung mit 6 % am seltensten vertreten.

Wie unterscheiden sich diese Gruppen? Zunächst gibt es signifikante Auffälligkeiten in Bezug auf die Soziodemographie der Befragten. Unter den Männern finden sich deut-

6 Auf eine Gewichtung wurde verzichtet, weil die Werte sich durch eine Korrektur mit Blick auf die soziodemographischen Variablen Alter, Geschlecht und Einkommen nur geringfügig unterscheiden. Für die Einstellungen zur Energiewende erweisen sich politische Faktoren wie die Nähe zu einer politischen Partei als deutlich relevanter. Mit Blick auf diese lässt sich die Stichprobe allerdings nicht korrigieren.

7 Die fünfte Gruppe, die die Energiewende generell ablehnt, aber ihre Umsetzung positiv bewertet, wird hier ausgelassen, da, wie zu erwarten war, nur sehr wenige Befragte (weniger als ein halbes Prozent) in diese Kategorie fallen.

8 In dieser Gruppe gibt es eine größere Unsicherheit über die Einschätzung der Umsetzung als über die Energiewende selbst. Etwa die Hälfte legt sich auf eine Befürwortung der Energiewende fest.

lich mehr Gegner:innen als in den anderen Gruppen, Frauen sind dagegen nur in der Gruppe der Ambivalenten überdurchschnittlich häufig vertreten. Auch das Alter spielt eine Rolle: Unter den Unzufriedenen sind die Jüngeren unter 30 Jahren besonders häufig vertreten. Während sie hier ein Fünftel der Gruppe ausmachen, ist ihr Anteil in den anderen Gruppen nur halb so groß; bei den Gegner:innen sind sie mit nur 5 % noch seltener vertreten. Unter den Gegner:innen ist die Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren stärker vertreten, unter den Zufriedenen sind die über 60-Jährigen in der Mehrheit (52 %). Klare Unterschiede zeigen sich auch in Bezug auf Bildung – wenn man die Befragten danach unterscheidet, ob sie die Hochschulreife erlangt haben oder nicht, findet sich dieser formale Bildungsabschluss eher bei Zufriedenen (43 %) und Unzufriedenen (50 %) als bei Ambivalenten (33 %) und Gegner:innen (34 %). Einkommen spielt dagegen eine nachgeordnete Rolle. Das stellt die Annahme in Frage, dass sich die Haltung zur Energiewende aus der sozialen Lage ableiten lässt, wie häufig in der politischen Debatte suggeriert wird. Anwohner:innen von Energiewende-Anlagen fallen auch nicht signifikant häufiger in eine der Gruppen. Dieser fehlende Zusammenhang ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Gegnerschaft zur Energiewende kein NIMBY-Phänomen ist.

Wie sehen die verschiedenen Gruppen den Klimawandel und inwiefern fühlen sie sich von dieser Entwicklung bedroht? Es verwundert kaum, dass sich diese Einstellungen nach den Grundhaltungen signifikant unterscheiden (s. Tabelle 1): Unter den Gegner:innen der Energiewende halten nur 13 % den Klimawandel für eine menschengemachte Bedrohung. In den anderen Gruppen ist das die klare Mehrheitsmeinung. Varianten der Relativierung des Klimawandels sind dagegen unter den Gegner:innen die Regel. Aber auch unter den Ambivalenten werden solche Haltungen von fast zwei Fünfteln der Befragten vertreten.

Tabelle 1: Nach allem, was Sie wissen, wie schätzen Sie die Änderung des Weltklimas ein? (Angaben in %, Cramer's V=0,2626, N=1.943)

	Zufriedene	Unzufriedene	Ambivalente	Gegner:innen	alle
Eine Änderung des Weltklimas ist gar nicht nachweisbar.	0,5	0	1,9	5,0	1,2
Das Weltklima mag sich ändern, aber das alles bleibt im Rahmen natürlicher Schwankungen.	9,6	3,5	10,7	42,2	9,5
Die Änderung des Weltklimas ist menschengemacht, aber die Folgen werden häufig übertrieben.	12,8	7,6	25,2	39,7	17,5
Die Änderung des Weltklimas ist menschengemacht und eine Bedrohung für uns alle.	77,0	88,9	62,3	13,2	70,2

Noch deutlicher ist das Bild bei der Frage, inwiefern der Klimawandel mit Besorgnis wahrgenommen wird. Während der Prozentsatz derer, die angeben, überhaupt nicht oder nicht sehr besorgt zu sein bei den anderen Gruppen unter oder nah an 10 % liegt (Zufriedene: 9 %, Unzufriedene: 3,5 % Ambivalente: 11,7 %), zeigen sich die Gegner:in-

nen mit 53 % mehrheitlich unbesorgt.⁹ Sehr besorgt oder äußerst besorgt sind in dieser Gruppe nur knapp 7 %. In den anderen Gruppen sind es zwischen 44 % (unter den Ambivalenten) und 77 % (unter den Unzufriedenen).

Da die Notwendigkeit der Energiewende mit dem Ziel, den Klimawandel einzudämmen, so unterschiedlich eingeschätzt wird, verwundert es auch nicht, dass die konkreten Maßnahmen der Energiewende grundsätzlich anders beurteilt werden. Zum Ausstieg aus der Kohleverstromung und dem Ausbau von Windenergieanlagen an Land finden sich in den Gruppen diametrale Einschätzungen. Fast 60 % der Energiewendegegner:innen lehnen einen Ausstieg aus der Kohle ab. In den anderen Gruppen ist die Maßnahme mehr oder weniger Konsens (befürwortet von 90 % der Unzufriedenen und 80 % der Zufriedenen) oder sie wird nur von einer kleinen Minderheit in Frage gestellt (14 % der Ambivalenten). Der Ausbau von Windenergie an Land wird auch nur in der Gruppe der Gegner:innen mehrheitlich in Frage gestellt (53 %). In den anderen Gruppen findet sich eine (bei den Zufriedenen und Unzufriedenen deutliche) Mehrheit zu Gunsten des Windausbaus.

Welche Kritik wird in den verschiedenen Gruppen an der Energiewende vorgebracht? Diese Unterscheidung lässt sich anhand von zwei Fragen vornehmen. Zum einen wurden die Befragten gebeten, die Umsetzung der Energiewende auf einem semantischen Differential als Position zwischen zwei gegensätzlichen Adjektiven zu beurteilen (vgl. dazu auch Setton 2020: 49ff.). Zum anderen wurde die Zustimmung zu mehreren Aussagen abgefragt, in denen die Energiewende kritisiert wird.

Aus dem semantischen Differenzial werden drei zentrale Kritikpunkte an der Energiewende herausgegriffen: Tempo, Kosten und Gerechtigkeit (s. Abbildung 1). Die Gruppe der Gegner:innen äußert sich zu allen Gegensatzpaaren besonders pointiert und mit deutlichem Abstand zu den anderen Gruppen. Sie empfindet die Energiewende als sehr teuer, sehr ungerecht und viel zu schnell. Auch in den anderen Gruppen wird die Energiewende eher als teuer wahrgenommen und auch hier sehen die Befragten Verbesserungsbedarf mit Bezug auf Gerechtigkeit. Allerdings wählen die anderen keine Extrempositionen, sondern äußern ihre Kritik abgeschwächt. Die einzige verhalten positive Einschätzung stammt von den Zufriedenen, die die Energiewende im Durchschnitt weder als gerecht noch als ungerecht wahrnehmen. Die größten Unterschiede zeigen sich in der Beurteilung der Geschwindigkeit der Energiewende. Hier drängen vor allem die Unzufriedenen auf ein höheres Tempo, aber auch die Zufriedenen und die Ambivalenten sehen die Umsetzung als zu langsam an. Die Gegner:innen sind die einzige Gruppe, in der die Energiewende als zu schnell angesehen wird.

Mit Blick auf kritische Aussagen zur Energiewende finden sich wieder Überschneidungen zwischen den Gruppen, aber auch deutliche Unterschiede. Der Aussage »die Bürger/innen werden zu wenig beteiligt« stimmen bis auf die Zufriedenen alle Gruppen mehrheitlich zu. Die mit Abstand deutlichste Zustimmung kommt von den Gegner:innen, unter denen 43 % dieser Aussage voll und ganz zustimmen. Weniger stark, aber mit der gleichen Tendenz stimmen die Befragten der Kritik zu, dass »der Landschafts- und Naturschutz [...] nicht ausreichend berücksichtigt« wird. Hier ist die Zustimmung

9 Diese Zahl schließt die knapp 5 % der Unzufriedenen nicht ein, die einen Klimawandel generell in Frage stellten (s. Tabelle 1). Ihnen wurde die Frage, ob sie der Klimawandel besorgt, nicht gestellt.

Abbildung 1: Adjektive zur Umsetzung der Energiewende nach Grundhaltung. Mittelwerte auf einer siebenstufigen Skala. Bundesweite Befragung (N=1.978)



Quelle: Demokon-Survey, eigene Darstellung.

unter den Gegner:innen nicht ganz so stark, sie liegt aber auch hier vor den anderen Gruppen.

Unterschiede zwischen den Gruppen zeigen sich insbesondere bei zwei Aussagen zur Versorgungssicherheit und zur Gefährdung von Arbeitsplätzen. Dieser Kritik stimmen vor allem die Gegner:innen und die Ambivalenten zu; von den Zufriedenen und den Unzufriedenen werden die Aussagen »Die Energiewende kostet Arbeitsplätze« und »die Versorgungssicherheit wird gefährdet« klar abgelehnt. Für alle Aussagen gilt aber auch, dass die Kategorie »stimme teils zu, teils nicht zu« über alle Gruppen hinweg häufig genutzt wird. Das weist darauf hin, dass die kategorischen Aussagen generell kritisch betrachtet werden, weil sie die komplexe Realität der Energiewende nur unzureichend abbilden.

An dieser Stelle ist es wichtig, zu betonen, dass die Einschätzungen zur Energiewende nicht isoliert stehen. Tatsächlich reiht sich die Kritik an der Energiewende ein in die Lesart anderer Themen. Die Einschätzung der Corona-Schutzmaßnahmen, die in dem Fragebogen als Kontrollvariable abgefragt wurde, folgt einem ähnlichen Muster. Zwei Drittel der Energiewendegegner:innen finden die Coronamaßnahmen »übertrieben« oder »völlig übertrieben«. In den anderen Gruppen liegt dieser Wert zwischen knapp 10 % (bei den Zufriedenen) und 22 % (bei den Ambivalenten). Ein Viertel der Energiewendegegner:innen gibt an, sich in den Auseinandersetzungen um die Coronamaßnahmen politisch engagiert zu haben. Der Anteil ist zwei- bis dreimal so hoch wie in den anderen Gruppen. Haltungen zur Energiewende sind also, zumindest teilweise, auch an andere politische Diskurse gekoppelt. Eine Positionierung in dem einen Politikfeld geht mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer ähnlich gerichteten Positionierung in einem anderen Politikfeld einher.

Das deutet auf generalisierte Einstellungsmuster hin, die eine grundsätzliche Haltung gegenüber dem politischen System und seinen Institutionen unterfüttern. In den vier Gruppen finden sich deutliche Unterschiede in Bezug auf das Vertrauen in staatliche Institutionen, die Bewertung der Demokratie und Annahmen über die Selbstwirksamkeit im politischen Prozess.

Befragt nach dem Vertrauen in die Europäische Kommission, die Bundes- und Landesregierung, Gemeinde- und Stadtverwaltungen, Gerichte und öffentlich-rechtliche

Medien auf einer fünfstufigen Skala,¹⁰ sind es die Zufriedenen und die Unzufriedenen, bei denen sich die höchsten Durchschnittswerte finden. Tatsächlich liegt das Institutionenvertrauen bei den kritischen Unzufriedenen deutlich über dem Durchschnitt. Die Gruppe der Ambivalenten fällt dagegen leicht, um weniger als einen halben Skalenpunkt ab. Deutlich skeptischer sind die Gegner:innen, die sich einen ganzen Skalenpunkt unter dem Durchschnitt finden. Am deutlichsten sind deren Vorbehalte gegen die Bundesregierung und gegen die öffentlich-rechtlichen Medien, denen jeweils 71 % eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen. Bei den öffentlich-rechtlichen Medien ist der Kontrast besonders deutlich: während die Hälfte der Gegner:innen diesen überhaupt nicht vertrauen, liegt der Wert in den anderen Gruppen zwischen 3 (bei den Zufriedenen) und 8 % (bei den Ambivalenten).

Die gleiche Reihenfolge bildet sich unter den Gruppen mit Blick auf die Frage, wie zufrieden sie mit dem Funktionieren der Demokratie sind. Hier haben die Zufriedenen erneut die positivste Wahrnehmung: 88 % von ihnen sind sehr oder ziemlich zufrieden. Unzufriedene und Ambivalente zeigen hier sehr ähnliche Antwortmuster: zwischen 50 und 60 % sind ziemlich zufrieden, ein weiteres Viertel ist nicht sehr zufrieden. Die größte Häufung von Extremwerten findet sich erneut in der Gruppe der Gegner:innen: fast 50 % geben an, überhaupt nicht mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein.

Die Einschätzung der Demokratie findet ihre Entsprechung in der Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit. Keine der Gruppen ist enthusiastisch über ihre Einflussmöglichkeiten. Der Aussage »mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen« stimmt insgesamt nur ein Fünftel zu. Am größten sind die Zweifel erneut in der Gruppe der Gegner:innen, unter denen 43 % der Aussage überhaupt nicht zustimmen können. Optimistisch sind dagegen die Zufriedenen und die Unzufriedenen, die der Aussage in der Mehrheit »eher« oder »teils, teils« zustimmen können.

In früheren Befragungen hat sich die Parteineigung als ein starker Prädiktor von Haltungen zur Energiewende erwiesen (vgl. Setton 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Auch bei der Unterscheidung der Grundhaltungen bestätigt sich dieser Zusammenhang deutlich: Die Gruppe der Zufriedenen steigt eine stärkere Neigung zu den Unionsparteien, die Unzufriedenen neigen vor allem den Grünen und den Linken, aber auch der SPD zu. Die Gegner:innen geben vor allem die AfD, aber auch die FDP häufiger als die Parteien an, die ihnen nahestehen. Unter den Ambivalenten sind die Parteipräferenzen am nächsten am Durchschnitt. Hier dominiert keine Partei, Anhänger:innen der Unionsparteien sind aber leicht überrepräsentiert.

10 Frage: »Wie sehr vertrauen Sie den jeweils genannten Institutionen?« Skala: 1 »voll und ganz« 2 »weitgehend« 3 »teilweise« 4 »eher nicht« 5 »überhaupt nicht«.

Tabelle 2: Parteineigung (Angaben in %, Cramer's $V=0,3093$, $N=1.597$)

	Zufriedene	Unzufriedene	Ambivalente	Gegner:innen	Alle
CDU/CSU	57,0	15,5	40,7	31,2	31,4
SPD	19,4	22,8	23,4	6,5	21,7
AfD	0,6	1,5	6,5	35,5	5,5
FDP	5,5	6,0	8,7	15,1	7,6
Die Linke	2,4	12,1	5,0	9,7	8,0
Bündnis 90/Die Grünen	15,2	42,1	15,7	2,1	25,8

Um zu verstehen, wie stark die Befragten emotional im Feld der Energiewende involviert sind, enthielt der Fragebogen auch eine Frage zu verschiedenen Gefühlen gegenüber der Umsetzung der Energiewende.¹¹ Über alle Emotionen hinweg zeigen die Zufriedenen die geringsten Ausschläge, die Ambivalenten und die Unzufriedenen bewegen sich im Mittelfeld, während die Gegner:innen stark emotional involviert sind – das gilt insbesondere für negative Emotionen. Die Energiewendegegner:innen fühlen sich vor allem machtlos und frustriert, aber auch wütend. Machtlos fühlen sich (allerdings weniger stark) auch die Unzufriedenen und die Ambivalenten. Aber nur die Unzufriedenen geben auch an, frustriert zu sein. Vor allem in den Gruppen, die sich eindeutig kritisch zur Umsetzung der Energiewende positionieren, sind deren Haltungen also auch emotional unterfüttert.

Welche der Gruppen mischen sich aktiv in energie- und klimapolitische Auseinandersetzungen ein? Hier ergibt sich kein eindeutiges Bild, aber doch eine Tendenz. Es sind die kritischen Gruppen, die Unzufriedenen und die Energiewendegegner:innen, die eher geneigt sind, aktiv zu werden. Allen Befragten wurde eine Liste von politischen Aktivitäten vorgelegt, bei denen sie angeben sollten, welche sie bereits genutzt haben, welche sie nutzen würden und welche für sie überhaupt nicht in Frage kämen. Die Liste reichte von der Kontaktaufnahme mit Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung bis zur Blockade.¹² Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (57 %) hatte sich in keiner dieser Formen engagiert. Nur in der Gruppe der Unzufriedenen war die Mehrheit (54 %) in

11 Frage: »Die folgenden Wörter beschreiben unterschiedliche Gefühle und Empfindungen. Wie fühlen Sie sich, wenn Sie über die Umsetzung der Energiewende nachdenken?« Abgefragte Emotionen: »wütend«, »hoffnungsvoll«, »ängstlich«, »frustriert«, »machtlos«. Skala: 1 »äußerst« 2 »erheblich« 3 »einigermaßen« 4 »ein bisschen« 5 »gar nicht«

12 Frage: »Es gibt unterschiedliche Formen, um die eigene Meinung auszudrücken. Wie ist das bei Ihnen, wenn es um die Energiewende geht? Haben Sie in der Vergangenheit eine der folgenden Formen genutzt oder könnten Sie sich vorstellen, das zu tun?«. Abgefragte Aktionsformen: »Politiker/innen oder Vertreter/innen der Verwaltung kontaktieren, eine Petition/einen öffentlichen Brief unterzeichnen (online und offline), vor Gericht gegen ein Energiewendeprojekt klagen, Informationen verbreiten (z.B. an Informationsständen/durch das Verteilen von Flugblättern), auf Social Media (z.B. Facebook, Twitter oder Youtube) politisch Stellung beziehen, an einer Kundgebung oder Demonstration teilnehmen, sich mit anderen in einer Bürgerinitiative organisieren, an einer direkten Aktion teilnehmen (wie z.B. eine Blockade oder Besetzung).«

irgendeiner Form aktiv. Knapp über dem Durchschnitt waren die Gegner:innen aktiv, in den Gruppen der Zufriedenen und der Ambivalenten war dies nur etwa ein Drittel. Die am weitesten verbreitete politische Aktionsform ist das Unterzeichnen einer Petition (s. Tabelle 3). Dahinter folgen der Kontakt zu Politik und Verwaltung, die Teilnahme an Protesten und die politische Positionierung auf Social Media. Die Unzufriedenen nutzen Proteste (Cramer's $V=0,1599$) und Petitionen (Cramer's $V=0,1408$) deutlich häufiger, die Gegner:innen nutzen stärker als andere Social Media (Cramer's $V=0,1056$).

Tabelle 3: Verbreitung politischer Aktionsformen (Antworten »ja, habe ich gemacht« in %, $N=1.977$)

	Zufriedene	Unzufriedene	Ambivalente	Gegner:innen	alle
Eine Petition unterzeichnen	21,6	43,2	25,7	27,9	32,5
Auf Social Media Stellung beziehen	8,4	16,7	8,1	23,0	12,5
Politiker/innen oder Verwaltung kontaktieren	13,2	14,4	9,9	14,8	12,3
An einer Demonstration teilnehmen	7,4	20,3	6,2	9,8	12,2
Informationen verbreiten	3,2	4,3	3,0	7,4	3,8
Sich in einer Bürgerinitiative organisieren	4,2	4,3	2,9	3,3	3,6
An einer direkten Aktion teilnehmen	0,5	2,4	1,0	1,6	1,6
Gegen ein Energiewendeprojekt klagen	1,1	0,4	0,5	1,6	0,6

Wenn die Befragten bislang nicht aktiv geworden sind, wie groß ist das Potenzial, dass sie sich in Zukunft engagieren? Die spekulative Abfrage zukünftigen Engagements (in diesem Fall: »könnte ich mir vorstellen«) ist weniger aussagekräftig als Angaben über vergangenes Engagement. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung verteilt sich das Mobilisierungspotenzial unter den Gruppen relativ gleich. Es gibt keine Gruppe, die gegenüber den anderen deutlich abfällt. Ein über alle Gruppen hinweg hohes Potenzial (zwischen 38 und 55 % der Befragten) gibt es für die Kontaktaufnahme zu Verantwortlichen, Petitionen, Proteste und sogar die Organisation in einer Bürgerinitiative. Vor allem die mit hohem Aufwand oder Risiko verbundenen Formen Klage und direkte Aktion können sich die meisten Befragten nicht vorstellen. Ein größeres Klagepotenzial (36 %) gibt es allerdings unter den Energiewendegegner:innen. Dass keine der Gruppen deutlich im Engagement abfällt, zeigt, dass man mit allen rechnen muss und dass keine der Gruppen das Bild beherrscht.

Zusammenfassend lassen sich im Demokon-Survey vier Grundhaltungen gegenüber der Energiewende deutlich konturieren. Mit Blick auf Einstellungen und Parteinähe sind dabei vor allem die Unzufriedenen und die Gegner:innen Antagonisten. Sie vertreten sich widersprechende Haltungen zur Energiewende: Die Unzufriedenen sind frustriert vom bisherigen Verlauf der Energiewende. Sie wollen eine beschleunigte, partizipative und sozial gerechte Transformation, insbesondere den Ausstieg aus der Kohleverstromung und den Ausbau der Windkraftanlagen. Die deutlich kleinere Gruppe der Gegner:innen setzt auf einen grundsätzlich anderen Kurs. Die Befragten in dieser

Kategorie sehen die Energiewende als Gefahr für Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit an. Sie bemängeln ebenfalls Partizipationslücken und fehlende Ansätze zu einer gerechten Gestaltung der Transformation. Den Ausbau von Windkraftanlagen und den Ausstieg aus der Kohle lehnen sie mehrheitlich ab. Dass entsprechende Kursänderungen unwahrscheinlich sind, erzeugt bei den Gegner:innen Gefühle von Machtlosigkeit, Frustration und Wut. Die Zufriedenen stehen inhaltlich auf der Seite der Unzufriedenen, sie sind aber kaum emotional involviert. Sie bewerten die Energiewende in der bisherigen Form positiv und befürworten auch die zentralen Maßnahmen. In mehreren Hinsichten stehen die Ambivalenten zwischen diesen antagonistischen Gruppen. Auch sie sind nicht stark emotional involviert, aber in dieser Gruppe findet sich größere Skepsis gegenüber den Maßnahmen der Energiewende und sie sehen zum Teil deutliche Nachteile. In der großen Mehrheit stimmt auch die Gruppe der Ambivalenten der Energiewende im Prinzip zu, aber wenn die Skepsis größer wird, ist die Zustimmung sicher in dieser Gruppe am ehesten in Gefahr.

Schluss: Haltungen zur Energiewende im Kontext

Die im Feld der Energiewende stattfindenden Auseinandersetzungen sollten nicht als isolierte Phänomene verstanden werden. Sie sind Teil von größeren gesellschaftlichen Orientierungen: Aus einer skeptischen, enttäuschten Haltung gegenüber politischen und gesellschaftlichen Institutionen entsteht eine Gegnerschaft zur Energiewende genauso wie die Gegnerschaft zu Maßnahmen in der Corona-Politik. Das bedeutet nicht, dass diese Haltungen eins zu eins ineinander fallen. Für beide Haltungen kann es sehr wohl unabhängige Motive geben. Aber die Selbstverortung im »epistemischen Widerstand« (vgl. Amlinger 2020) gegen eine als homogen wahrgenommene öffentliche Debatte bildet doch eine Basis, die diesen Oppositionsgestus über verschiedene thematische Felder nährt. Gleiches gilt auf der Seite der Energiewendebefürworter:innen: Auch hier speist sich die Grundhaltung zur Energiewende aus generalisierten Einstellungen und epistemischen Mustern, die auch auf anderen Politikfeldern wirksam werden – nämlich einem Grundvertrauen in die relevanten Institutionen und einer szientistischen Welterklärung, die die Regierungspolitik in der Corona-Krise als angemessen oder sogar unzureichend beurteilt.

Die Befragung zur Energiewende bestätigt die Erkenntnisse aus Befragungen von Demonstrierenden, die mehr oder weniger in zwei Gruppen eingeteilt werden können. Auf der einen Seite findet sich die Haltung einer zuversichtlichen Kritik, die von einem grundsätzlichen Vertrauen in Institutionen, einer optimistischen Einschätzung der Demokratie und einer hohen Selbstwirksamkeitserwartung geprägt sind. Auf der anderen Seite steht eine demokratieverdrossene Kritik, die kaum Vertrauen in Institutionen hat, die Demokratie als dysfunktional und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten als beschränkt erlebt (vgl. Daphi et al. 2021). Nimmt man die Kontrastgruppen von Unzufriedenen und Energiewendegegner:innen, die auch die stärkste politische Aktivität im Feld gezeigt haben, so finden sich bei Ihnen genau diese entgegengesetzten Eigenschaften.

Mit Blick auf die Energiewendegegner:innen können die Ergebnisse der Befragung auch als Ausdruck eines performativen Widerstandsgestus verstanden werden. Der Fragebogen scheint als Möglichkeit verstanden zu werden, die eigene Haltung deutlich zu machen. Während es in der Einstellungsforschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einen Gewöhnungseffekt gibt, in dessen Folge die neutrale Kategorie als Möglichkeit genutzt wird, sich von einer Position nicht zu distanzieren, ohne ihr explizit zuzustimmen, lässt sich mit Blick auf die Energiewende ein anderes Phänomen beobachten: ostentative Zustimmung zu den Extremwerten. Das zeigt sich insbesondere bei der Einschätzung der Fridays for Future, die von knapp 85 Prozent der Energiewendegegner:innen mit dem negativsten Skalenwert beurteilt werden. Damit bestätigt sich zumindest an diesem Punkt die These von Julia Zilles und Stine Marg (2022), dass Klimaaktivismus als Gegenpol zur eigenen Position wahrgenommen wird und damit Ausdruck einer Polarisierung im Feld der Energiepolitik ist.

In ihrer Analyse verschiedener Konfliktkonstellationen in der Geschichte des Ausbaus der Windkraft weisen Dörte Ohlhorst und Susanne Schön (2010) darauf hin, dass immer wieder regulatorische Nachsteuerungen notwendig waren, um Konflikte zu kanalisieren und verschiedene Positionen zu vermitteln. Neben den Technologie- und Strategiekonflikten, den Interessen- und Machtkonflikten sowie den innerökologischen Zielkonflikten drängen sich mittlerweile ideologische Konflikte in den Vordergrund, die sich nicht aus spezifischen Interessenkonstellationen erklären lassen. Wie hier eine Nachsteuerung aussehen kann, ist deutlich schwieriger zu beantworten. Eine Erkenntnis muss dabei am Anfang stehen: die ideologische Überformung der Ablehnung von erneuerbaren Energien wird sich nur sehr bedingt mit Maßnahmen überwinden lassen, die bei der Regulierung von neuen Anlagen ansetzen.

Literatur

- Amlinger, Carolin (2020): »Über das Querdenken. Der epistemische Widerstand der Corona-Proteste«, in: Zeitschrift für Fantastikforschung 8, S. 20-26.
- Beisch, Natalie/Schäfer, Carmen (2020): »Internetnutzung mit großer Dynamik: Medien, Kommunikation, Social Media«, in: Media Perspektiven 9/2020, S. 462-481.
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Teune, Simon (2021): »Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations«, in: German Politics, S. 1-29. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1998459>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Eichenauer, Eva (2018): »Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 315-341.
- Eichenauer, Eva/Reusswig, Fritz/Meyer-Ohlendorf, Lutz/Lass, Wiebke (2018): »Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen«, in: Olaf Kühne/Florian Weber (Hg.), Bausteine der Energiewende, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 633-651.

- Fraune, Cornelia/Knodt, Michèle/Gölz, Sebastian/Langer, Katharina (Hg.) (2019): Akzeptanz und politische Partizipation in der Energietransformation: gesellschaftliche Herausforderungen jenseits von Technik und Ressourcenausstattung, Wiesbaden: Springer VS.
- Geißel, Brigitte (2011): Kritische Bürger: Gefahr oder Ressource für die Demokratie?, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hg.) (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende: Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript.
- Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (Hg.) (2018): Handbuch Energiewende und Partizipation, Wiesbaden: Springer VS.
- Hübner, Gundula/Pohl, Johannes/Warode, Jan/Gotchev, Boris/Ohlhorst, Dörte/Krug, Michael/Salecki, Michael/Peters, Wolfgang (2020): Akzeptanzfördernde Faktoren erneuerbarer Energien, Bonn: Bundesamt für Naturschutz. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.19217/skr551>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Klein, Anna (2013): Kritische Bürger – gute Demokraten? Varianten der Demokratiekritik und deren Determinanten, Saarbrücken: Verlag Dr. Müller.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 539-563.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Anna B. (2013): »Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende«, in: Franz Walter/Stine Marg/Lars Geiges et al. (Hg.), Die neue Macht der Bürger: was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek: Rowohlt, S. 94-138.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte: Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 85, S. 41-51.
- Ohlhorst, Dörte/Schön, Susanne (2010): »Windenergienutzung in Deutschland im dynamischen Wandel von Konfliktkonstellationen und Konflikttypen«, in: Peter H. Feindt/Thomas Saretzki (Hg.), Umwelt- und Technikkonflikte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 198-218.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende, München: Piper.
- Reusswig, Fritz/Eichenauer, Eva/Braun, Florian/Fahrenkrug, Katrin/Franzke, Jochen/Heger, Ines/Ludewig, Thomas/Melzer, Michael/Ott, Konrad/Scheepmaker, Teike (2016): Energiekonflikte – Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende. Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen eines interdisziplinären Forschungsprojekts, Potsdam. Online verfügbar unter: http://energiekonflikte.de/fileadmin/template/Daten/Veranstaltungen/20160825_-_Reusswig_et_al_-_Energiekonflikte_Handlungsempfehlungen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Lass, Wiebke/Bock, Seraja/Schatzschneider, Julia (2021): Populismus und Energiewende, Potsdam und Mönchengladbach. Online verfü-

- bar unter https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke/Bock, Seraja (2020): »Abschied vom NIMBY: Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 140-160.
- Römer, Daniel/Steinbrecher, Johannes (2020): KfW-Energiewendebarmeter 2020. Weiterhin hohe Zustimmung, finanzielle Anreize entscheiden über die Aktivität der Haushalte, Frankfurt a.M. Online verfügbar unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzerntemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Energiewendebarmeter/KfW-Energiewendebarmeter-2020.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Rubik, Frieder/Müller, Ria/Harnisch, Richard/Holzhauser, Brigitte/Schippiges, Michael/Geiger, Sonja (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin: Umweltbundesamt. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018_-_m_3.3_basisdatenbroschuere_barrierefrei-02_cps_bf.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Setton, Daniela (2020): Soziale Nachhaltigkeit wagen – Die Energiewende aus Sicht der Bevölkerung: Eine umfassende Auswertung der Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende 2017 und 2018 mit den Schwerpunkten gerechte Kostenverteilung, Windausbau an Land sowie Digitalisierung und Verbraucherpräferenzen, Potsdam. Online verfügbar unter: https://publications.iass-potsdam.de/pubman/item/item_6000705. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Sonnberger, Marco/Ruddat, Michael (2016): Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Energiewende. Ergebnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung, Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung 34, Stuttgart. Online verfügbar unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/handle/11682/9035>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Teune, Simon/Rump, Maïke/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): Energiewende? Ja, aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung, Potsdam/Mönchengladbach. Online verfügbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_3/component/file_26004/content. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Wolf, Ingo/Fischer, Anne-Kathrin/Huttarsch, Jean-Henri (2021): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2021. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, Potsdam: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Online verfügbar unter: https://snb.ariadneprojekt.de/sites/default/files/medien/dokumente/soziales_nachhaltigkeitsbarometer_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn: Dietz.
- Zilles, Julia/Marg, Stine (2022): »Protest and Polarisation in the Context of Energy Transition and Climate Policy in Germany: Mindsets and Collective Identities«, in: *German Politics*, S. 1-22. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2059469>. Zuletzt aufgerufen am 28.08.2022.

Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie

Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock

Energiewende: Zukunftsaufgaben als Gegenwartskonflikte

Mit dem Ukraine-Krieg seit Frühjahr 2022 und den damit verknüpften wechselseitigen Sanktionen zwischen dem Westen und Russland ist die weltweite Energie- und Klimapolitik in eine neue, kritische Phase eingetreten, die durch massive Ambivalenzen und Risiken gekennzeichnet ist. Sie betreffen nicht zuletzt auch die deutsche Energiewende. Dem antiken Begriffsverständnis nach sind Krisen Zeiten, in denen sich entscheidet, ob ein erkrankter Organismus gesund wird – oder ob sich sein Zustand verschlechtert und die Krankheit zum Tode führt (vgl. Hippokrates 1955). In dieser Situation befindet sich die deutsche Energiewende gegenwärtig: Sie kann aufgrund der Kriegsfolgen einen Schub erfahren und zum Konsensprojekt einer beschleunigten Dekarbonisierung werden, sie kann aber auch an den damit verknüpften internationalen und nationalen Problemen und Konflikten scheitern. In jedem Fall führen die anstehenden Zukunftsaufgaben zu massiven Gegenwartskonflikten.

Energiepolitik war in Deutschland über lange Phasen ein umkämpftes, gleichwohl nicht immer zentrales Politikfeld (vgl. Haas/Neupert-Doppler in diesem Band). Der Wiederaufbau der deutschen Kohle- und Stahlindustrie stellte nach dem Zweiten Weltkrieg einen wichtigen Baustein der europäischen Integration dar, war aber innenpolitisch kaum umstritten und wurde weitgehend im politischen Konsens umgesetzt (vgl. Gillingham 1991). In Westdeutschland deutlich kontroversere Themen waren die Wiederbewaffnung und die Integration in das westliche Militärbündnis (vgl. Kraushaar 2020; Schubert 2010). Der Verzicht auf eigene Atomwaffen wurde verknüpft mit der sehr zukunftsoptimistisch gerahmten *friedlichen Nutzung der Kernenergie*. Protest dagegen blieb weitgehend auf Intellektuellenkreise beschränkt (vgl. Eckert 1989; Lorenz 2011; Radkau 1983). Ein breiterer gesellschaftlicher Konflikt um die Atomenergie, der von der Anti-Atom-Bewegung jegliche Zukunftsfähigkeit abgesprochen wurde, begann in den 1970er Jahren (vgl. Kitschelt 1980) und beherrschte die energiepolitische Debatte in der Bundesrepublik seitdem in unterschiedlicher Intensität. Die Versuche, eine Befriedung etwa durch einen *Bürgerdialog Kernenergie* (1975-1977) zu erreichen, scheiterten ebenso

wie verschiedene Enquete-Kommissionen – nicht zuletzt aufgrund der polarisierenden Wirkung der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 (vgl. Fischeidick 1998; Mez 1997). Es war dann die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011, die mit der Abkehr von der Kernenergie eine erneute *Energiewende* brachte; diesmal explizit unter dem Vorzeichen des anthropogenen Klimawandels, der seit der Umweltkonferenz in Rio 1992 auch die energiepolitische Diskussion prägte (vgl. Weingart/Engels/Pansegrau 2002).¹ Die Besonderheit der deutschen Energiewende liegt seitdem in der Verkoppelung von Klimapolitik und Atomausstieg, also dem gleichzeitigen Verzicht auf nukleare und fossile Stromerzeugung.

Wechselnde Koalitionen standen seit 2011 hinter den Zielen dieser Energiewende, die mit fortschreitendem Klimawandel immer dringlicher wurde. Angesichts vielfältiger Umsetzungsprobleme und Differenzen auch zwischen den Bundesländern kann die Energiewende gleichwohl keineswegs als politisches Konsensprojekt betrachtet werden (vgl. Chemnitz 2018). Eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Energiewende grundsätzlich, aber es kommt immer wieder zu lokalen Protesten. Außerdem sind viele Menschen mit der Umsetzung der Energiewende unzufrieden (vgl. Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Mit dem Regierungswechsel zu einer sogenannten Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP nach der Bundestagswahl 2021 hat die deutsche Energie- und Klimapolitik deutlich an Fahrt aufgenommen. Ambitioniertere Ziele und Maßnahmen, die auf eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien hinauslaufen, wurden im ersten Halbjahr 2022 beschlossen. Konflikte etwa mit Naturschutzverbänden dürften zunehmen.

Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund zweier potenziell konfliktverschärfender Entwicklungen: dem Aufkommen des organisierten Rechtspopulismus in Deutschland und Europa zum einen, und den Folgen des Ukraine-Krieges zum anderen. Letztere sind Mitte des Jahres 2022 noch nicht vollständig absehbar, aber erste Trends lassen sich erkennen (vgl. Pepe 2022; Westphal 2022). Erstens bekommt der Ausbau der Erneuerbaren aufgrund der politischen Abschottung Russlands eine erhöhte, nunmehr geopolitisch motivierte Dringlichkeit. Diese kann stärker in Richtung nationale Autarkie, aber auch in Richtung europäische Vernetzung ausbuchstabiert werden. Zweitens aber führt das rasche Absenken der Importe fossiler Energieträger aus Russland dazu, dass kurzfristig fossile Alternativen gesucht werden – vom Import umweltschädlichen Fracking-Gases bis hin zur Laufzeitverlängerung von Braunkohlekraftwerken. Auch eine Laufzeitverlängerung von eigentlich im Jahr 2022 abzuschaltenden Kernkraftwerken wird von einigen Stimmen der Ampelkoalition gefordert.

Diese energiepolitische Konfliktlinien werden durch das Aufkommen des Rechtspopulismus in Deutschland, der mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) seit 2013 einen politischen Kondensationskern gefunden hat, auf gesellschaftspolitischer Ebene nochmals verschärft. Zusammen mit anderen populistisch argumentierenden Akteur:innen wendet sich die AfD grundsätzlich gegen Klimapolitik und Energiewende, und bietet auch vielen lokalen Protestinitiativen vor Ort diese ihre Fundamental-

1 Der Begriff der Energiewende ist zwar durch diese Entscheidung populär geworden, wurde aber schon im Jahr 1980 von einer Studie des Öko-Instituts genutzt (vgl. Di Nucci/Müschien 2018; Krause/Bossel/Müller-Reissmann 1980).

opposition in Gestalt von Argumentations- und Organisationshilfen an (vgl. Reusswig/Küpper/Rump 2021).

Ob das theoretisch denkbare Szenario einer populistischen Blockade der deutschen Energiewende im Zuge der energiepolitischen Verwerfungen des Ukraine-Kriegs Wirklichkeit wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Im vorliegenden Beitrag liegt der Schwerpunkt auf dem Einfluss des Rechtspopulismus, weshalb zunächst die populistischen Narrative und Akteure in der Energiewende kurz charakterisiert werden. Im Anschluss werden mögliche Folgen für die Energiewende skizziert, bevor abschließend die Rolle einer demokratischen Konfliktkultur für die Zukunft der Energiewende umrissen werden soll.²

Populistische Narrative und Akteure der Energiewende

Die Populismus-Forschung hat sich in relativ kurzer Zeit von einem Nischenthema zu einem schwer überschaubaren Hauptzweig der Sozialwissenschaften, allen voran der Politikwissenschaften, entwickelt. Als *populistisch* bezeichnen wir Parteien und Bewegungen, aber auch Ideologien, Diskurse, Strategien des Machterwerbs oder Einstellungen von Personen. Bei allen Unterschieden konvergieren viele Definitionsversuche des Populismus doch darin, dass es zwei Kerndimensionen sind, die ihn ausmachen: Elitenkritik und Antipluralismus (vgl. Canovan 1981; Lewandowsky 2017; Mudde 2004; Mudde/Kaltwasser 2012; Müller 2016; Priester 2012; Priester 2017; Rucht 2017):

- a) Das erste Kernelement, die Elitenkritik, besteht in der Unterscheidung zwischen dem ›guten‹ oder ›moralisch reinen‹ Volk und einer abgehobenen, korrupten (politischen) Elite, die sich vom Gemeinwohl verabschiedet habe, im Kern eigenen Interessen diene und dies als alternativlose Politik ›verkaufe‹. Die oft ebenfalls als ›gekauft‹ charakterisierten Massenmedien (›Lügenpresse‹) werden dabei als Erfüllungsgehilfen bezeichnet, die mit ihren ideologisch verzerrten Nachrichten das Volk manipulierten. Elitenkritik ist keineswegs ein Prärogativ des Populismus, sie kann auch unter anderen politischen oder ethischen Vorzeichen erfolgen und verschiedene gesellschaftliche Eliten treffen (vgl. Bohlken 2011). Die populistische Elitenkritik fokussiert nahezu ausschließlich auf die politischen und medialen Eliten und gewinnt ihre Maßstäbe nicht aus universalisierungsfähigen Prinzipien, sondern aus einer angemessenen Deutungsmacht dessen gegenüber, was als ›wahrer Volkswille‹ oder Wille der ›moralischen Mehrheit‹ ausgegeben wird.
- b) Das zweite Kernelement des Populismus, der Antipluralismus, besteht in der Unterscheidung zwischen einem ebenfalls guten ›Wir‹ und den ›Anderen‹, wobei die

2 Der vorliegende Beitrag basiert auf Ergebnissen eines Forschungsvorhabens, das unter der Leitung des PIK vom Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen, der Universität Siegen, der Fachhochschule Niederrhein, dem Institut für angewandte Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam und dem Institut Raum und Energie (Wedel) gefördert durch die Mercator-Stiftung durchgeführt wurde (www.demokon.de).

»Anderen« nicht einfach die korrupten Eliten sind, sondern eine interne Differenzierung im empirischen (Wahl-)Volk bezeichnen – damit also nicht die vertikale (hierarchische), sondern die horizontale (egalitäre) Ebene angesprochen wird (vgl. Ostiguy/Casullo 2017). Denn ungeachtet der Annahme eines »moralisch reinen« Volkes finden sich nach dieser Perspektive in der Gesellschaft stets Gruppen, die davon abweichende Einstellungen und Interessen haben – und auf deren Zustimmung sich die regierenden Eliten oft auch stützen können. Das Volk wird demnach Opfer einer Allianz von politischem Establishment und gesellschaftlichen Minderheiten, und das Volk wird nicht nur durch das Establishment, sondern auch durch »kulturell Fremde« in seiner Souveränität bedroht. Je nach politischer Ausrichtung können diese Anderen also Migrant:innen, »wohlhabende urbane Ökologen«, »feministische Aktivist:innen«, »Gutmenschen« aller Art, das »internationale Finanzkapital« oder die »jüdische Weltverschwörung« sein.

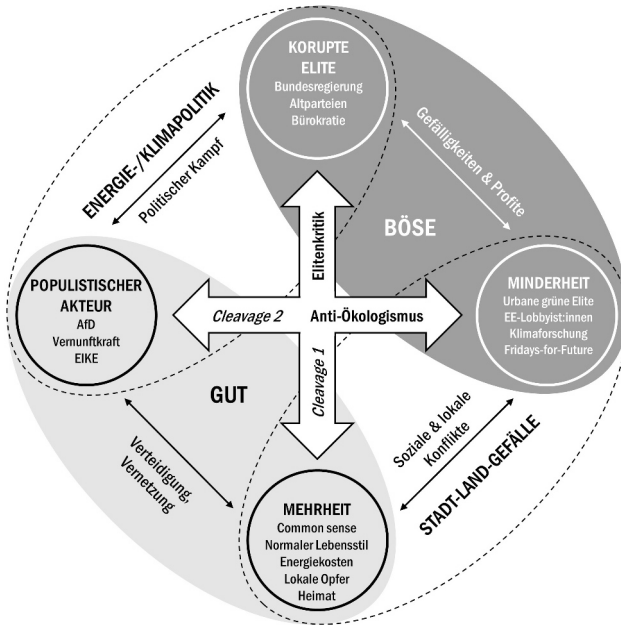
Im Kontext von Energie- und Klimapolitik werden diese Grunddimensionen von rechtspopulistischen Akteuren themenspezifisch ausbuchstabiert. Die AfD gilt als politischer Kristallisationskern des deutschen Rechtspopulismus – mit personellen und programmatischen Überschneidungen zum Rechtsextremismus (vgl. Häusler 2016; Pfahl-Traugber 2019). Wie sich rechtspopulistische Parteien in diesem Politikfeld verorten, ist interessanterweise nicht *a priori* ausgemacht. Die verschiedenen Spielarten des (Rechts-)Populismus lassen auch hier unterschiedliche Positionen zu, die u.a. durch die spezifische energiepolitische Situation eines Landes oder auch die Position der populistischen Partei im politischen System bzw. im Politikzyklus (Opposition – Regierungsbeteiligung – Alleinregierung) moderiert wird (vgl. Huber/Fesenfeld/Bernauer 2020; Huber et al. 2021). Die deutsche AfD und die österreichische FPÖ etwa – in vielen Punkten von der politischen Programmatik her durchaus vergleichbar – weisen sehr unterschiedliche Einstellungen bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien auf: Während die FPÖ vehement dafür ist und dies als nationale Autarkie rahmt, ist die AfD klar dagegen und betont die angeblich hohen Kosten (vgl. Schaller/Carius 2020).

Die nachfolgende Darstellung kann also nicht für *den* Populismus allgemein sprechen, sondern bezieht sich allein auf den deutschen Rechtspopulismus und dessen besondere Haltung zu Klimapolitik und Energiewende (vgl. Radtke et al. 2019; Reusswig/Lass/Bock 2020; Sommer et al. 2022; Sturm 2020).

Auch in diesem Politikfeld gibt es eine vertikale und eine horizontale Konfliktlinie (*Cleavage*):

- Der vertikale Konflikt (*Cleavage 1*) verläuft zwischen der Elite und der »Mehrheit« des Volkes. Die deutsche Energiewende wird als ein Projekt der politischen Elite angesehen, die sich vom Willen des Volkes abgewendet hat, diesem Volk sogar neue Härten zumutet; in Form hoher Subventionen für Erneuerbare Energien, höherer Kosten und »geopferter Landschaften« (vgl. Etscheid 2016) – insbesondere der ländliche Raum wird als »Opferregion« der Energiewende dargestellt. Die moralische Mehrheit wird im klima-/energiepolitischen Kontext verkörpert von denjenigen, die einen »normalen Lebensstil pflegen, und deren Recht auf Fleischkonsum, Diesel-

Abbildung 1: Basisdimensionen des energie- und klimapolitischen Weltbildes rechtspopulistischer Akteure



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Reusswig et al. (2021).

auto und Flugreisen nachdrücklich gegen klimapolitisch motivierte Ansprüche auf Verhaltensänderungen verteidigt wird (vgl. Eversberg 2017 sowie den Beitrag von Eversberg in diesem Band).

- Auf der horizontalen Ebene (Cleavage 2) stehen sich der populistische Akteur und die gesellschaftliche »Minderheit« gegenüber. Damit wird der *politische* Konflikt zwischen populistischen Akteuren und der politischen Elite (Cleavage 1) in einer zweiten Konfliktlinie gespiegelt durch einen *sozialen* Konflikt zwischen der moralischen Mehrheit des »normalen« Volkes und der moralischen Minderheit, die sich (idealtypisch gesprochen) aus meist urbanen grünen Milieus, Fridays for Future Aktivist:innen, Lobbyist:innen der Erneuerbaren-Energien-Branche und Klimaforforschung zusammensetzt. Ihre ökologischen Ansprüche werden vom Populismus gleich doppelt kritisch markiert: Zum einen als eine Art Lebensstil-»Fremdkörper« im Volk, der sich durch als sinnlos oder deutlich übertrieben wahrgenommene Abhebung vom »normalen Lebensstil« präsentiert. Veganismus, Vegetarismus, Flugscham oder Bioprodukte können hier als Analogon zur als völlig übertrieben oder gar pervers wahrgenommenen Betonung von ethnischer oder Gender-Diversity im Bereich von Identitätspolitik gewertet werden (vgl. Zick/Küpper 2021). Zum anderen wird von populistischer Seite gerne auf die »Scheinheiligkeit« urbaner grüner Milieus hingewiesen: Sie fordern den ökologischen Verzicht der »normalen Leute«, gönnen sich aber heimlich ihre eigenen Flugreisen zu Klimakonferenzen oder »hip-

pen« Reisezielen in aller Welt.³ Es handelt sich auch im Energiewende-Populismus also um ›moralisch minderwertige« oder auch ›böartige« soziale *Minderheiten*, wie sie für das populistische Weltbild typisch sind (vgl. Ostiguy/Casullo 2017).

Der Vorwurf an die politische Elite lautet in diesem Politikfeld: Die Politik hat sich der ›Klimahysterie« gebeugt, die von einer unheiligen Allianz aus Klimaforschung, *grün* angestrichenen urbanen Milieus und den ökonomischen Profiteuren einer Energiewende massenmedial wirksam inszeniert wurde, obwohl der wissenschaftliche Forschungsstand zum Klimawandel, wenn man ihn genau (und das heißt aus populistischer Sicht: anders als der Weltklimarat IPCC) betrachtet, das alles gar nicht hergibt.

Mit Klimaschutz und Energiewende wird laut AfD ›ein ganzes Land dem links-grünen Zeitgeist zum Fraß vorgeworfen«, wofür die ›grünen Einheitsparteien« verantwortlich sind:

»Wohlstand und Natur sind heute massiv gefährdet durch eine Grüne Politik, der sich alle etablierten Parteien unterschiedslos verschrieben haben. Auf Grundlage der nicht bewiesenen Hypothese eines allein menschengemachten Klimawandels wird unsere Industrie planwirtschaftlich umgebaut, gewachsene Kultur- und Naturlandschaften werden rücksichtslos zerstört sowie unsere Freiheiten beschnitten. Dieser radikale Umbau unserer Heimat wird das Klima der Welt nicht ändern, aber unsere sowie die Zukunft unserer Kinder massiv beeinflussen.« (AfD 2022a)

Mit ihrer Forderung nach einer Umweltpolitik »des Maßhaltens und der Vernunft« (ebd.) (auch als Politik des »kühlen Kopfes« (ebd.) genannt, den man in Warmzeiten angeblich bewahren soll) unterstreicht die AfD sowohl den der ›Klimahysterie« abgeneigten ›common sense« der ›Mehrheit« als auch die ›Normalität« ihres fossilen Lebensstils. Sie präsentiert sich damit als die einzige wahre Repräsentantin des wahren Volkswillens – eine Kernstrategie des Populismus (vgl. Müller 2016). Während das Verhältnis zwischen moralischer Mehrheit und populistischen Akteuren als echte Repräsentanz im Sinne der Demokratie verkauft wird (vgl. Heinisch/Werner 2019), stellt sich das im Verhältnis der moralischen Minderheit zur politischen Elite anders, nämlich als bloße Interessenvertretung durch Gefälligkeiten wie das EEG dar, die demnach einzig dazu dienen, die Profite der EE-Branche zu steigern.

Mit dieser Forderung nach einer ›vernünftigen« Klima- und Energiepolitik steht die AfD nicht allein. Auch andere Gegner-Organisationen der Energiewende fordern eine andere (oder keine) Energiewende und manche davon bedienen sich populistischer Narrative. Die im Jahr 2013 gegründete Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. sieht sich als den Dachverband der Anti-Windkraft-Bewegung in Deutschland. Eigenen Angaben zufolge sind bei Vernunftkraft 800 Bürgerinitiativen sowie deren Landesverbände engagiert. Ziel ist vor allem die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

3 Die tatsächlich auch in grünen Milieus beobachtbare Diskrepanz zwischen ökologischem Bewusstsein und nicht immer ökologischem Verhalten wird vom Populismus also in Richtung Verhalten aufgelöst, während etwa die Fridays for Future-Bewegung fordert, das Verhalten auch konsequent am Bewusstsein auszurichten. In beiden Fällen handelt es sich also um die gegenläufige Figur einer immanenten Kritik von Lebensformen (vgl. Jaeggi 2013).

und der Stopp des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik. Die weitere Nutzung von Kohlekraft- und Kernkraftwerken wird dagegen als unerlässlich betrachtet (vgl. Vernunftkraft 2022). Die Argumentationsmuster der Vernunftkraft-Repräsentant:innen stimmen weitgehend mit jenen überein, die von Leugner:innen des menschengemachten Klimawandels (Klimaleugner:innen) und deren Organisationen vertreten werden, obwohl Vernunftkraft beteuert, technologisch neutral und politisch offen zu sein. Vernunftkraft stellt Argumentationshilfen für lokale Protestgruppen bereit und prangert ebenfalls die vorgebliche ›Alternativlosigkeit‹ der herrschenden Energiepolitik an, die im Banne eines ›unbewiesenen‹ Klimawandels dem Volk insbesondere in ländlichen Regionen nur Lasten aufbürdet, ohne auf seine (Protest-)Stimme zu hören.

Während Vernunftkraft sich als Dachorganisation einer sozialen Bewegung versteht, operiert das Europäische Institut für Energie & Klima (EIKE) als Think Tank und legt großen Wert auf seine Wissenschaftlichkeit. Aber die meist emeritierten und/oder fachfremden Wissenschaftler:innen von EIKE halten gegen die überwältigende Mehrheit der Klimaforschung (vgl. Lynas/Houlton/Perry 2021) an ihren festgefügtten Meinungen über angeblich alternative Erklärungen des Klimawandels (z.B. durch natürliche Ursachen wie Sonnenflecken) fest und unterstützen offen (auch populistische) Protestbewegungen. EIKE scheut auch nicht davor zurück, rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteuren eine pseudowissenschaftlich verbrämte öffentliche Plattform zu bieten.

Das Vertrauen in die Wissenschaft allgemein ist bei den der AfD nahestehenden Wähler:innen signifikant geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. Wissenschaftsbarometer 2021). Dabei reicht das Spektrum einer ideologisch bedingten Wissenschaftsablehnung von der Leugnung gewisser Fakten bis hin zur Ablehnung der Wissenschaft als gesellschaftlicher Institution oder gar des politischen Systems (vgl. Rekker 2021). Die auf das Thema Klimawandel bezogene Wissensstrategie rechtspopulistischer Organisationen kann als eine Mischung aus Wissenschaftsskepsis/-feindlichkeit, selektiver Bezugnahme auf Randpositionen und die Inszenierung/Nutzung pseudo-wissenschaftlicher Autoritätsgesten beschrieben werden (vgl. Boecher et al. 2022). Es gibt klare Überschneidungen zu verschwörungsmythischen Vorstellungen, wie sie nicht zuletzt auch im Zuge der Corona-Pandemie deutlich wurden (vgl. Lamberty/Rees 2021; Reusswig/Küpper 2021; Uscinski/Douglas/Lewandowsky 2017).

Insgesamt leugnen rechtspopulistische Akteure mehr oder weniger explizit den anthropogenen Klimawandel und halten die Energiewende für ein Elitenprojekt, das gegen den Willen des Volkes und auf seine Kosten durchgesetzt wird, um den ideologischen Weltansichten urbaner grüner Minderheiten und den Lobby-Interessen der Profiteure der Energiewende dienstbar zu sein. Gegen eine solche »volksfeindliche« Politik ist Widerstand nicht nur erlaubt, sondern geboten. Das populistische Narrativ verwandelt politische Gegner:innen in existenzielle Feinde, und entsprechend radikalisiert sich auch das Repertoire der erlaubten bzw. gebotenen politischen Gegenantworten.

Folgen für das lokale Konfliktgeschehen

Widerstand gegen Infrastrukturprojekte vor Ort ist an sich nichts Ungewöhnliches: Jedes Bauprojekt greift in den gewohnten Ablauf der Dinge ein, ist mit mehr oder weniger starken Unannehmlichkeiten verbunden (Lärm, Dreck, Sperrungen, o.ä.) und verändert die natürliche und soziale Umwelt. Bei Energiewende-Projekten kommt hinzu, dass sie nicht nur einem nationalen, sondern zusätzlich einem globalen Gemeingut dienen sollen, eben dem Klimaschutz. Das erhöht ihre moralische Wertung und mindert die moralische Qualifikation ihrer Gegnerschaft. Gerade hier nimmt der alltagsweltlich wirksame Erklärungsansatz für lokale Proteste – eine deutlich moralische Note an.⁴

Unsere eigenen Forschungen zu lokalen Energiewende-Protesten (vgl. Reusswig et al. 2016) ebenso wie die Ergebnisse anderer (vgl. Boyle et al. 2019; Colell et al. 2022; Devine-Wright 2005; Devine-Wright 2012; Eranti 2017; Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017; Petrova 2016; Wolsink 2006) zeigen jedoch, dass hier Vorsicht geboten ist. NIMBY-Haltungen kommen bei lokalen Protesten durchaus vor. Aber erstens müssen sie nicht zwangsläufig moralisch verwerflich sein: Wer Angst um seine Gesundheit oder den Wertverlust des eigenen Grundstücks hat, äußert – vor allem in einer Marktwirtschaft – keinen moralisch inferioren Standpunkt. Die Frage ist, ob diese Ängste begründet sind. Aus Sicht vieler Protestgruppen sind es aber ganz andere Motive, die sie bewegen: die Sorge um den Naturschutz etwa oder die Landschaftsästhetik. In lokalen Konflikten wird dabei auch um die Deutung dessen gerungen, was als Gemeinwohl gelten darf (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017). Der lokale Protest hat also viele Erscheinungsformen und Motive und kann – den Selbstdarstellungen von Vernunftkraft oder EIKE zum Trotz, die das Bild eines sein »Homeland« zurück erkämpfenden Volkes zeichnen – nicht als (rechts-)populistisch klassifiziert werden. Viele Protestgruppen wehren sich sogar ausdrücklich gegen die Vereinnahmung durch rechtspopulistische Akteure.

Lokale Konflikte um Projekte der Energiewende kennen in der Regel sowohl Gegner:innen als auch Befürworter:innen. Zu letzteren können, neben den Projektträger:innen und -betreiber:innen auch Bürger:innen gehören, z.B. aus Bürgerenergiegenossenschaften oder der Landwirtschaft, die Flächen an Betreiber:innen verpachten wollen. Staatliche Stellen sind als Planungs- und Genehmigungsbehörden involviert, die Kommunalpolitik hat in der Regel kaum Gestaltungsmacht, aber wird von lokalen Initiativen als Adressat angesprochen – entweder als potenzieller Beförderer/Ermöglicher oder als potenzieller Verhinderer. Daneben gibt es noch eine mehr oder weniger *schweigende Mehrheit*, Menschen also, die sich bisher noch nicht offen für oder gegen das Projekt positioniert haben, weil sie entweder unentschieden sind oder weil ihre Pro- bzw. Contra-Haltung sich noch nicht in eine aktive Rolle im Konflikt übersetzt hat. Oft ist

4 Als Beschreibungs- und Erklärungsmuster vieler lokaler Proteste hat sich in der Literatur der Begriff NIMBY (Not In My Back-Yard) eingebürgert: NIMBYs sind Menschen, die an sich für eine bestimmte Entwicklung sind oder sogar davon profitieren (z.B. Handynutzung immer und überall), aber die persönlichen Lasten vor Ort dafür nicht aufbringen wollen (z.B. den Sendemast in der direkten Nachbarschaft akzeptieren). Die Erklärungskraft dieses Konzepts wird mittlerweile stark angezweifelt (vgl. Boyle et al. 2019; Erranti 2017; Magnani 2021).

es für die Dynamik eines lokalen Konflikts entscheidend, wem es gelingt, diese schweigende Mehrheit zu mobilisieren.

Gerade auf diese schweigende Mehrheit der nicht direkt am Konflikt Beteiligten zielt die populistische Strategie. Sie bietet zwar auch den Protestakteuren Argumente und Plattformen (etwa wenn lokale Gruppen zu einer AfD-Anhörung in den Bundestag eingeladen werden). Aber es ist der Kern der populistischen Strategie, den (teilweise marginalen) Protest als Ausdruck des Mehrheitswillens in der Region und in ganz Deutschland darzustellen. Vor diesem Hintergrund gibt es mehrere Möglichkeiten, wie der populistische Diskurs auf lokaler Ebene wirksam werden kann:

- a) *Diskursive Radikalisierung der Akteure.* Lokale Protestakteure, die bislang schon aktiv waren, aber noch nicht populistisch argumentiert haben, tun dies neuerdings. Sie übernehmen das populistische Narrativ ganz oder teilweise, um ihren Protest zu begründen. Implikat dieser diskursiven Radikalisierung ist eine Fundamentalisierung der Kritik: Nicht mehr nur dieses Projekt vor Ort, sondern die ganze Energiewende ist schlecht, Ausdruck eines abgehobenen politischen Eliteprojekts etc.
- b) *Aktivierung der schweigenden Contra-Mehrheit.* Menschen, die bislang am Konflikt nicht aktiv beteiligt waren, engagieren sich unter dem Einfluss des populistischen Narratives gegen das Projekt. Entweder, weil sie (a) ihrer bislang eher privat gehaltenen Contra-Einstellung nunmehr auch Taten im Sinne bürgerschaftlichen Protests folgen lassen, oder weil sie (b) ihre ehemalige Indifferenz oder gar Pro-Haltung nunmehr ändern und dann aktiv werden.
- c) *Passivierung der (latent) Pro eingestellten schweigenden Mehrheit.* Ein häufig zu beobachtendes Muster lokaler Konflikte ist, dass Menschen, die der Energiewende und auch dem Projekt gegenüber positiv eingestellt sind, nicht aktiv werden – entweder weil sie es für überflüssig halten, zu beschäftigt sind, oder den offenen Konflikt (vor allem in Dörfern) scheuen. Der lautstarke und populistisch gerahmte Protest führt dazu, dass ihre Mobilisierbarkeit für die Unterstützer-Seite weiter schwindet, nicht zuletzt deshalb, weil sie den Protest zahlenmäßig überschätzen und sich selbst tendenziell als Minderheit sehen.
- d) *Diffamierung/Dämonisierung der Pro-Seite.* Durch eine populistische Rahmung verwandeln sich politische Gegner in Feinde. In diesem Sinne werden die Befürworter des Projekts als ›Andere‹ charakterisiert, die dem ›Wir‹ des guten Volkes feindlich gegenüberstehen, etwa weil sie rein egoistische (z.B. wirtschaftliche) Interessen verfolgen und das lokale Gemeinwohl ›verraten‹. Sie sind die Komplizen der ohnehin rein kommerziell operierenden Betreiber, die von außen kommen. Diese diskursive Schwächung der Pro-Seite trägt zu einer praktischen Isolierung bei, so dass sich auch der Teil der schweigenden Mehrheit, der eher für ein Projekt eingestellt ist, nicht mehr entsprechend zu äußern traut.
- e) *Diffamierung des neutralen Staates.* Staatliche Stellen, die im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben abwägen müssen und Planungen vorantreiben, werden als (lokale, regionale) Vertreter der korrupten Eliten diffamiert, die für die Energiewende verantwortlich zeichnen.
- f) *Homogenisierende Vernetzung.* Der Populismus hat ein Interesse daran, lokale Proteste als Belege und Verstärker seiner grundsätzlichen politischen Diagnose zu sam-

meln und die dort vorhandene politische Energie für seine übergreifenden Ziele zu instrumentalisieren. Daher ist er – über das übliche Maß an Vernetzung ähnlich Gesinnter hinaus – an einer Homogenisierung der Akteure interessiert. Standardisierte Argumente, überall herumreisende »Gegenexperten«, Bustouren zu anderen Initiativen, Mainstreaming von BI-Homepages – all das führt zu einer inhaltlichen Annäherung durch Vernetzung der Initiativen.

Im Ergebnis verschwindet mit der Vielfalt der Protestmotive auch die Vielfalt der lokalen Protestkultur. Insbesondere die vielgescholtene Figur des NIMBY stirbt aus. Denn sie lebte ja davon, dass ein Projekt nur in meinem Hinterhof nicht realisiert werden soll – ansonsten bzw. woanders sind die Betroffenen vielleicht sogar für solche Projekte und die politischen Ziele, die dahinter stehen. Aber im Rahmen von populistischen Narrativen ist eine solche Haltung unmöglich. Das Übel muss an der Wurzel gepackt werden, und die Wurzel heißt Energiewende oder die »sogenannte Klimaschutzpolitik« (Gauland, nach Kamann 2019: o.S.). Aus NIMBYs werden NIABYs (Not in Anyone's Back Yard).

Der Fundamentalisierung (und damit auch: der Homogenisierung) lokaler Konflikte entspricht ihre Radikalisierung. Wer es nicht mehr nur mit Gegner:innen, sondern mit Feinden zu tun hat, der fühlt sich auch zu feindlichen Reaktionen legitimiert. Insbesondere dann, wenn der Feind auch der Aggressor ist, also »angefangen« hat. Gewalt wird von den meisten Menschen abgelehnt, wenn die Gewalt von dem Aggressor ausgeht. Ist er aber das Opfer, leistet er also Widerstand gegen einen ersten Akt der Gewalt, dann wächst das Verständnis – und mit ihm die Bereitschaft, selber Gewalt als Mittel einzusetzen.

Energiewende, Populismus und Demokratie

Rechtspopulistische Diskurse und Akteure haben die Energiewende und den Klimaschutz als Politik- und Propagandafeld für sich entdeckt – sie fokussieren nicht mehr (nur) auf die klassischen Themen der ersten Stunde wie EU-Kritik oder Migration. Bleibt die Frage, wie relevant für das Politikfeld und die Demokratie überhaupt die oben skizzierten populistischen Aktivitäten und Einstellungsmuster sind.

Es gibt zahlreiche Versuche, Populismus in der Bevölkerung zu messen. Die in Deutschland am meisten rezipierte Studie der Bertelsmann-Stiftung nutzt Items, die die Facetten Elitenkritik, Antipluralismus und Volkssouveränität umfassen. Im Jahr 2020 wurden auf dieser Basis 20,9 % der Befragten als populistisch eingeordnet, 2018 waren es noch 32,8 %. Gleichzeitig warnt das Populismus-Barometer vor einer wachsenden Radikalisierung am rechten Rand (vgl. Vehrkamp/Merkel 2020). Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Studie kommt für den gleichen Zeitraum mit einem ähnlichen Indikator auf 25,3 % populistisch eingestellter Menschen. Als rechtspopulistisch (Fokus dabei: Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten, Law-and-Order-Mentalität) können ihr zufolge 13,5 % der Deutschen gelten (vgl. Küpper et al. 2021).

Betrachtet man das Verhältnis von (Rechts-)Populismus einerseits und energie- und klimawandel-bezogenen Einstellungen andererseits, dann wird zunächst deutlich, dass

die Ablehnung der Energiewende bei populistisch eingestellten Menschen mit 29,2 % signifikant stärker ausfällt als bei Menschen, die als nicht-populistisch klassifiziert werden können (13,6 %) (vgl. Reusswig/Küpper/Rump 2021). *Rechts*populistisch eingestellte Menschen glauben sehr viel häufiger als der Durchschnitt, dass Kommunalpolitik und Windkraftlobby unter einer Decke stecken, dass der Windkraftausbau primär der Bereicherung von Lobbygruppen und Politik dient oder dass Studien zum Klimawandel gefälscht sind (vgl. ebd.).

Fragt man nur allgemein nach Zustimmung oder Ablehnung der Energiewende, dann unterschätzt man das populistische Potenzial. Zahlreiche Studien zeigen, dass die Energiewende grundsätzlich von einer großen Mehrheit der Deutschen befürwortet wird. Ende 2021 etwa fanden 83 % der Befragten den Ausbau der Erneuerbaren für wichtig oder sehr wichtig (vgl. AEE 2021). Auch unseren eigenen repräsentativen Bevölkerungsumfragen zufolge befürworten rd. 70 % der Befragten die Energiewende in Deutschland grundsätzlich (vgl. Teune et al. 2021). Aber es sind nur 10 % der Befragten auch mit der konkreten Umsetzung der Energiewende zufrieden. 40 % sind damit unzufrieden, weil sie ihnen z.B. zu schnell oder zu langsam geht, zu teuer oder zu ungerecht ist. Weitere 44 % sind ambivalent, also bei genauerem Hinsehen nur mäßig zufrieden mit entweder der Energiewende allgemein oder ihrer Umsetzung. Der Anteil der Gegner:innen der Energiewende ist unter denjenigen Befragten am höchsten, die sich selbst im politischen Spektrum rechts der Mitte einordnen, die der AfD oder (in geringerem Ausmaß) der FDP nahestehen sowie bei Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland überhaupt nicht zufrieden sind. (vgl. ebd.).

Verschärft wird diese oft verdeckte Unzufriedenheit mit der Energiewende nun durch die Folgen des Ukrainekrieges: Erstens trägt die Suche nach neuen, vor allem aber nach als politisch »erledigt« wahrgenommenen Optionen wie Laufzeitverlängerung von Braunkohle- und Atomkraftwerken zu einer Unschärfe der Zielrichtung der Energiewende und damit zur Verunsicherung bei. Zweitens führen die massiven Preissteigerungen allgemein und speziell bei Energieträgern dazu, dass das rechtspopulistische Opfer-Narrativ von der Energiewende als »zu teuer« und »gegen das Volk« breiter verfangen kann. Seit Jahrzehnten fordern Umweltwissenschaften und Umweltbewegung, die Preise müssten »die Wahrheit sagen« (vgl. Weizsäcker 1989). Die aktuellen kriegsbedingten Preisaufschläge sind politisch und betriebswirtschaftlich, nicht umweltpolitisch bedingt. Aber sie lassen sich rechtspopulistisch sowohl gegen die Energiewende als auch gegen die angeblich zu Ukraine-freundliche Politik der Bundesregierung instrumentalisieren und unterstützen zudem die eher russlandfreundlichen Positionen innerhalb der AfD. In ihrer 9-Punkte-Erklärung zum Ukrainekrieg schreibt die Partei:

»Die Energiewende der etablierten Parteien mit einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft hat uns abhängig und verwundbar gemacht. Wir halten an Nord Stream II fest, da diese Erdgasleitung ein wesentlicher Beitrag zu einer verlässlichen, sicheren und günstigen Energieversorgung Deutschlands ist. Wir fordern den Wie-

dereinstieg in die Kernenergie und den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke.« (AfD 2022b)⁵

Für den Herbst 2022 hat die AfD zu einer Serie von Protestdemonstrationen in diesem Sinne aufgerufen, sie sollen einen »heißen Herbst« (in der rechtsextremen Szene ist auch von einem »Wutwinter« die Rede) einleiten, der die Anti-Corona-Proteste in den Schatten stellen soll (vgl. Leithäuser 2022).

Wie immer diese aktuelle Konfliktverschärfung durch die Folgen des Ukrainekrieges ausgehen mag: Es stellt sich damit erneut und verschärft die Frage nach dem Verhältnis von Energiewende/Klimapolitik einerseits und Demokratie andererseits. Angesichts der rechtspopulistischen Angriffe auf die deutsche Energiewende besteht aus unserer Sicht die demokratische Herausforderung nicht eigentlich darin, die Energiewende zu »verteidigen«. Dazu neigt man allzu leicht aufgrund eines *Fehlschlusses der unangemessenen politischen Korrektheit*.⁶ Er geht, holzschnittartig formuliert, wie folgt: (1) Der Populismus ist gegen die Energiewende; (2) Wir sind gegen den Populismus; (3) Wir sind für die Energiewende. Um einen Fehlschluss handelt es sich nicht aufgrund von Prämisse (1), sondern aufgrund von Prämisse (2) und der Conclusio (3). Warum und weshalb genau sollte man *gegen den Populismus* sein? Und: Reicht eine solche Gegner:innenschaft – wie immer sie begründet sein mag – aus, um automatisch *für* das vom Populismus angegriffene Objekt (die Energiewende) zu sein? Wir beenden unseren Beitrag mit dem Versuch einer kurzen Antwort auf beide Fragen.

Es gibt aus unserer Sicht hinreichend normative und faktische Gründe, um die ambitionierten klimapolitischen Ziele der Bundesregierung – auf der Grundlage des Pariser Klimaabkommens von 2015 – für richtig zu halten. Im Kern geht es um die Vermeidung irreversibler, katastrophaler Entwicklungen auf dem Planeten (vgl. Kemp et al. 2022). Und damit auch ein Kernziel der Energiewende, nämlich den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien.⁷ Aber *wie genau* dieser Ausbau erfolgt (Technik, Örtlichkeit), welche politischen Instrumente dabei zum Einsatz kommen und vor allem wie die entstehenden Kosten sozial verteilt werden sollen, ist damit noch nicht gesagt. Unsere These lautet, dass diese Punkte die Menschen zu Recht bewegen, und dass sie

5 Warum Gasimporte aus Russland und Uranimporte aus Russland und seinem Verbündeten Kasachstan Deutschland weniger »abhängig und verwundbar« (AfD 2022b) machen sollen, bleibt das Geheimnis der AfD. Stimmig wird das nur, wenn sich die deutsche Außenpolitik vorweg darauf festlegen sollte, keinen Konflikt mit Russland einzugehen.

6 Diese Begrifflichkeit spielt an auf den Begriff der *fallacy of misplaced concreteness*, den der britische Philosoph A.N. Whitehead 1925 in seinem Buch »Science and the Modern World« (deutsch: Whitehead 1988) kritisiert hat: Die mechanistische Naturphilosophie des 17. und 18. Jahrhunderts nimmt im Ausgang von Newton die gedanklichen Abstraktionen (wie »Massepunkt«) fälschlicherweise als reale physische Erfahrungsobjekte an und blendet damit die tatsächliche Erfahrung von Körpern – unter Einschluss von Facetten wie Farbe oder Klang – aus.

7 Hier ist nicht der Ort, um diese Position hinreichend auszuführen. Es sei nur ergänzt, dass (1) der Atomausstieg aus im engeren Sinne klimapolitischen Gründen nicht zwingend Teil der Energiewende sein müsste, wohl aber aus Nachhaltigkeits- und Risikogründen, und dass (2) der Aspekt des Sparens von Energie (bisweilen als Suffizienz bezeichnet) bei der Fokussierung auf den Ausbau der Erneuerbaren nicht selten zu kurz kommt.

den eigentlichen Kern der politischen Debatten um die Umsetzung der Energiewende darstellen. Oft ist das Leugnen des anthropogenen Klimawandels nur das Deckbild für die Frage, wie eine effektive und zugleich gerechte Klimapolitik aussehen kann – und was das alles für die jeweilige Person bedeutet (vgl. Brulle/Norgaard 2019). In diesem Fall ist es nicht hilfreich, die wissenschaftliche Seriosität der Klimaforschung zu unterstreichen oder auf die möglicherweise katastrophalen Folgen des Klimawandels zu verweisen. Notwendig ist vielmehr eine Debatte um die Machbarkeit und konkrete Ausgestaltung der Energiewende – einschließlich der Frage einer gerechten Nutzen- und Kostenverteilung. Um diese Fragen wird politisch gerungen, und dieses Ringen ist sinnvoll und notwendig (vgl. Hulme 2009). Es nützt daher auch nichts, auf die hohen Zustimmungsraten zur Energiewende ganz allgemein zu verweisen und diese als eine Art gesellschaftlichen Konsens zu interpretieren. Wenn der Streit über den *richtigen* Weg – auch auf lokaler Ebene – nicht wirklich geführt wurde, hat der Verweis auf den gesellschaftlichen *Konsens* über die Ziele der Energiewende, wie er aus Umfragen abzulesen ist, den Charakter eines konflikt-verdeckenden Schein-Konsenses und ist daher als (bestenfalls: gut gemeinte) Ideologie zu bewerten.

Deshalb werden hier Forderungen nach einer *Ausweitung* der demokratischen Debatte (anstelle ihrer Stillstellung) und der Organisation einer demokratischen Streitkultur unterstützt, wie sie z.B. Krüger (2021) und Machin (2020) auf der Grundlage von Ansätzen der Radikalen Demokratietheorie (vgl. Comtesse et al. 2019; Heil/Hetzl 2006) erhoben haben.

Eine »fehlende Bereitschaft zur Austragung von Konflikten um die Priorisierung von Gemeinwohlzielen der Energiewende« (Krüger 2021: 542) – insbesondere auf der lokalen Ebene, wo die Konflikte ausbrechen, lässt sich insbesondere für die bundes- und landespolitische Ebene feststellen. Für die lokal- und regionalpolitische Ebene (Bürgermeister:innen, Landrät:innen, regionale Planungsgemeinschaften) liegt das Problem etwas anders: Hier sind oft einfach die fachlichen und rechtlichen Kompetenzen nicht vorhanden, um die oft thematisch überdeterminierten Debatten mit Bürger:innen zu führen – was zur lokalen Konfliktodynamik ebenso beiträgt wie die kontextuellen Bedingungen (z.B. alte Streitigkeiten wegen Eingemeindung, Gewerbeansiedlung, Verkehrsführung etc.) (vgl. Colell et al. 2022; Reusswig et al. 2016). Die deutsche Energiewende, das zeigen die Debatten dazu noch im hintersten Winkel der Republik, war auch ein gigantisches (Halb-)Bildungsprogramm für die Bevölkerung. In der Regel bieten unsere Planungs- und Beteiligungsprozesse aber nicht den Raum, um die allfälligen Grundsatz- und Detailfragen dazu auszudiskutieren und das oft rasch angeeignete (Halb-)Wissen zurechtzurücken, in den richtigen Kontext zu stellen, Sachfragen von Bewertungen zu trennen etc. Der Lokalpolitik fehlt zudem, wie erwähnt, auch die Kompetenz dazu. Und nicht alle Menschen können nach Berlin fahren, um an den Gestaltungsdebatten in hochkarätig besetzten Expert:innenforen teilzunehmen. Es fehlt in der Tat an den »agonistischen Streiträumen« (vgl. Krüger 2021) vor Ort, die von Bundes- und Landesseite aus dringend geschaffen werden müssten.

Es ist also mit Blick auf das Risiko einer populistischen Mobilisierung der sogenannten schweigenden Mehrheit geradezu kontraproduktiv, einfach nur *für die Energiewende* zu sein und das politische Design derselben und ihre Umsetzung vor Ort auszublenken. Eine demokratische Konfliktkultur erfordert es vielmehr, genau diese Themen

in den Blick zu nehmen und kontrovers zu debattieren. Zumal man nur dann *für die Energiewende* sein kann, wenn man zuvor unabhängig von der eigenen Stellung zum Populismus geprüft hat, wie man deren Politikdesign und lokale Umsetzung selbst beurteilt. Um dieses Politikdesign wird unter Lobby- und Expert:innengruppen heftig gestritten. Vielleicht ist die eine oder andere – auch von Populist:innen geäußerte – Kritik an der Energiewende in ihrer konkreten Gestalt ja einfach auch zutreffend. Der Vorwurf etwa, es handele sich hier um ein Elitenprojekt, ist angesichts des hohen Anteils an Bürgerenergiegenossenschaften und anderer eher dezentraler Akteure beim Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland zwar historisch unangebracht. Allerdings wurden die Möglichkeiten für Bürger:innen, sich an der Energiewende (finanziell) zu beteiligen, in den letzten Jahren immer mehr zugunsten großer Energiekonzerne eingeschränkt und erst kürzlich wieder verbessert (vgl. Krug et al. 2022). Es ist also eine empirische und keine Frage der Haltung zum Populismus, ob man das Attribut ›Elitenprojekt‹ für angemessen hält oder nicht.

Dennoch ist die Haltung zum Populismus allgemein und seiner Kritik an der deutschen Klima- und Energiepolitik natürlich wichtig. Ungeachtet sachlich möglicherweise gerechtfertigter Kritikpunkte liegt das Hauptproblem des populistischen energie- und klimapolitischen Diskurses aus unserer Sicht in seiner Fundamentalkritik und in seiner Radikalisierung des Protests. Alle tatsächlichen wie erfundenen Mängel der Energiewende werden einzig und allein dazu in Stellung gebracht, die eigene ablehnende Haltung zu untermauern. Wenn es keinen anthropogenen Klimawandel gibt, stellt sich die Frage nach einer sozial gerecht ausgestalteten Energiewende überhaupt nicht. Und wenn die Befürworter:innen einer konsequenten Klimapolitik zu den grundsätzlich ›korrupten‹ Eliten gehören oder zur ›bösen Minderheit‹, dann lohnt sich der Streit mit ihnen gar nicht. Sie müssen als Feind:innenn bekämpft werden. Und das ist keine Voraussetzung für eine demokratische Konfliktkultur, sondern schon deren Ende. Diese Einschätzung allerdings setzt voraus, dass wir das Demokratie-Kind nicht mit dem Konflikt-Bad ausschütten. Anders gesagt: Nur vor dem Hintergrund des von Krüger (2021) und Machin (2020) kritisierten deliberativen Demokratiemodells, nicht etwa vor dem des von ihnen präferierten »agonistischen Pluralismus« (vgl. Mouffe 2014) lässt sich eine demokratische Konfliktkultur aufbauen, die den Streit ermöglicht und braucht, weil sie sich vorweg auf den Konsens über Streitthemen und allseits akzeptable Verfahren der Entscheidungsfindung (darunter: die Mehrheitsregel nebst Minderheitenschutz) geeinigt hat (vgl. Habermas 1998).

Angesichts der übergreifenden Bedeutung von Energie und einer sauberen und sicheren Energieversorgung für moderne Gesellschaften – dies unterstreicht die Ukraine-Krise erneut sehr deutlich – sind der Erhalt und die Fortentwicklung einer demokratischen Konfliktkultur in diesem Bereich eine Überlebensfrage unserer Gesellschaft. Der Populismus wird hier umso stärker, je weniger eine Gesellschaft in der Lage ist, ihre Energiekonflikte offen, aber auch entscheidungsorientiert auszutragen. Er kann sogar als eine Art ›Frühwarnsystem‹ für tatsächliche Zielkonflikte und Spannungsverhältnisse in der Energiewende (vgl. Kamlage/Engler 2020) fungieren. Aber der Populismus bietet aus sich heraus keine konstruktiven Lösungen für diese Probleme an – im Gegenteil, er unterminiert bereits ihre Formulierung. Darin – und nicht in seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Energiewende – besteht seine

eigentliche Gefahr. Sie lässt sich nur durch mehr, nicht durch weniger Demokratie überwinden.

Literatur

- AEE, Agentur für Erneuerbare Energien (2021): Akzeptanzumfrage 2021: Klimapolitik – Bürger*innen wollen mehr Erneuerbare Energien. Online verfügbar unter: <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/akzeptanzumfrage-2021-klimapolitik-%e2%80%93-buergerinnen-wollen-mehr-erneuerbare-energien>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- AfD, Alternative für Deutschland (2022a): Grüne stoppen – Umwelt schützen. Online verfügbar unter: <https://www.afd.de/umwelt/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- AfD, Alternative für Deutschland (2022b): Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion zum Russland-Ukraine-Krieg. Online verfügbar unter: <https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Boecher, Michael/Zeigermann, Ulrike/Berker, Lars E./Jabra, Djamila (2022): »Climate policy expertise in times of populism – knowledge strategies of the AfD regarding Germany's climate package«, in: *Environmental Politics* 31, S. 820-840.
- Bohlken, Eike (2011): *Die Verantwortung der Eliten: Eine Theorie der Gemeinwohlpflichten*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Boyle, Kevin J./Boatwright, Jessica/Brahma, Sreeya/Xu, Weibin (2019): »NIMBY, not, in siting community wind farms«, in: *Resource and Energy Economics* 57, S. 85-100.
- Brulle, Robert J./Norgaard, Kari Marie (2019): »Avoiding cultural trauma: climate change and social inertia«, in: *Environmental Politics* 28, S. 886-908.
- Canovan, Margaret (1981): *Populism*, New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Chemnitz, Christine (2018): »Der Mythos vom Energiewendekonsens. Ein Erklärungsansatz zu den bisherigen Koordinations- und Steuerungsproblemen bei der Umsetzung der Energiewende im Föderalismus«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 155-203.
- Colell, Arwen; Knodt, Michèle; Stoll, Patricia; Kemmerzell, Jörg; Reitz, Sybille; Goshen, Lauren; Ohlhorst, Dörte (2022): *Konflikte und Akteure – Gesellschaftliche Herausforderungen bei der Umsetzung der Stromwende. Ariadne-Hintergrund*, Potsdam: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Online verfügbar unter https://ariadneprojekt.de/media/2022/01/Ariadne-Hintergrund_Konflikte_und_Akteure_Januar2022.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (2019): *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Devine-Wright, Patrick (2005): »Beyond NIMBYism: towards an integrated framework for understanding public perceptions of wind energy«, in: *Wind Energy* 8, S. 125-139.
- Devine-Wright, Patrick (2012): *Renewable energy and the public*, London: Routledge.
- Di Nucci, Maria Rosaria/Müschen, Klaus (2018): »Gedächtnis Energiewende-Historie und Zukunft«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31, S. 88-93.

- Eckert, Michael (1989): »Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37, S. 115-143.
- Eranti, Veikko (2017): »Re-visiting NIMBY: From conflicting interests to conflicting valuations«, in: The Sociological Review 65, S. 285-301.
- Etscheid, Georg (2016): Geopferte Landschaften – Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört, München: Heyne.
- Eversberg, Dennis (2017): Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise (=Working Paper der DFG-Kollegforscher_in-nengruppe Postwachstumsgesellschaften 7/2017), Jena.
- Fischedick, Manfred (1998): »Zielkonflikte in der Energiepolitik«, in: Jürgen Scheffran/Wolfgang R. Vogt (Hg.), Kampf um die Natur. Umweltzerstörung und die Lösung ökologischer Konflikte, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 196-208.
- Gillingham, John (1991): Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945-1955: The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community, Cambridge: Cambridge University Press.
- Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Häusler, Alexander (2016): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer VS.
- Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2006): Die unendliche Aufgabe – Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld: transcript.
- Heinisch, Reinhard/Werner, Annika (2019): »Who do populist radical right parties stand for? Representative claims, claim acceptance and descriptive representation in the Austrian FPÖ and German AfD«, in: Representation 55, S. 475-492.
- Hippokrates (1955): Von der Umwelt. Fünf auserlesene Schriften. Eingeleitet und neu übertragen von Wilhelm Capelle, Zürich, München: Artemis.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende – Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript.
- Huber, Robert A./Fesenfeld, Lukas/Bernauer, Thomas (2020): »Political populism, responsiveness, and public support for climate mitigation«, in: Climate Policy 20, S. 373-386.
- Huber, Robert A./Maltby, Tomas/Szulecki, Kacper/Ćetković, Stefan (2021): »Is populism a challenge to European energy and climate policy? Empirical evidence across varieties of populism«, in: Journal of European Public Policy 28, S. 998-1017.
- Hulme, Mike (2009): Why we disagree about climate change: Understanding controversy, inaction and opportunity, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jaeggi, Rahel (2013): Kritik von Lebensformen, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Kamann, Matthias (2019): »Die AfD und die »sogenannte Klimaschutzpolitik«, in: Die Welt vom 28.09.2019. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article201093000/CO2-Emissionen-Die-AfD-und-die-sogenannte-Klimaschutzpolitik.html>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Engler, Steven (Hg.) (2020): Dezentral, partizipativ und kommunikativ. Zukunft der Energiewende, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz.

- Kemp, Luke/Xu, Chi/Depledge, Joanna/Ebi, Kristie L./Gibbins, Goodwin/Kohler, Timothy A./Rockström, Johan/Scheffer, Marten/Schellnhuber, Hans J./Steffen, Will/Lenton, Timothy M. (2022): »Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 119, e2108146119.
- Kitschelt, Herbert (1980): *Kernenergiepolitik: Arena eines gesellschaftlichen Konflikts*, Frankfurt/New York: Campus.
- Krause, Florentin/Bossel, Hartmut/Müller-Reißmann, Karl-Friedrich (1980): *Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran*, Frankfurt a.M.: Fischer-Verlag.
- Kraushaar, Wolfgang (2020): »Protest im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik«, in: Sabine Mecking (Hg.), *Polizei und Protest in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 29-41.
- Krug, Michael/Di Nucci, Maria Rosaria/Caldera, Matteo/De Luca, Elena (2022): »Mainstreaming Community Energy: Is the Renewable Energy Directive a Driver for Renewable Energy Communities in Germany and Italy?«, in: *Sustainability* 14, S. 7181.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 539-563.
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): »Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen«, in: Zick/Küpper, *Die geforderte Mitte*, S. 43-74.
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas H. (2021): »Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft«, in: Zick/Küpper, *Die geforderte Mitte*, S. 283-300.
- Leithäuser, Johannes (2022): »AfD kündigt ›heißen Herbst‹ an«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.08.2022. Online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-plant-heissen-herbst-mit-woechentlichen-demonstrationen-18263719/plant-einen-heissen-herbst-18264454.html>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Lewandowsky, Marcel (2017): »Was ist und wie wirkt Rechtspopulismus?«, in: *Bürger & Staat* 67, S. 4-11.
- Lorenz, Robert (2011): *Protest der Physiker: Die »Göttinger Erklärung« von 1957*, Bielefeld: transcript.
- Lynas, Mark/Houlton, Benjamin Z./Perry, Simon (2021): »Greater than 99 % consensus on human caused climate change in the peer-reviewed scientific literature«, in: *Environmental Research Letters* 16, 114005.
- Machin, Amanda (2020): »Democracy, disagreement, disruption: agonism and the environmental state«, in: *Environmental Politics* 29, S. 155-172.
- Magnani, Natalia (2021): »Civil Society and Conflicts Over Renewable Energies Beyond the NIMBY Syndrome«, in: Natalia Magnani/Giovanni Carrosio (Hg.), *Understanding the Energy Transition. Civil society, territory and inequality in Italy*, Cham: Palgrave Macmillan, S. 27-52.
- Mez, Lutz (1997): »Energiekonsens in Deutschland? Eine politikwissenschaftliche Analyse der Konsensgespräche – Voraussetzungen, Vorgeschichte, Verlauf und Nach-

- geplänkel«, in: Hans-Günter Brauch (Hg.): *Energiepolitik*, Heidelberg: Springer, S. 433-448.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik: die Welt politisch denken*, Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2004): »The populist zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 39, S. 541-563.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge: University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? – Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
- Ostiguy, Pierre/Casullo, María Esperanza (2017): *Left versus right populism: antagonism and the Social Other*. Online verfügbar unter: https://www.psa.ac.uk/sites/default/files/conference/papers/2017/Ostiguy%20and%20Casullo_o.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Pepe, Jacopo Maria (2022): *Der Ukraine-Krieg und seine Folgen: Deutschland muss seine Energietransformation neu austarieren*. Online verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/der-ukraine-krieg-und-seine-folgen-deutschland-muss-seine-energietransformation-neu-austarieren>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Petrova, Maria A. (2016): »From NIMBY to acceptance: Toward a novel framework – VESPA – For organizing and interpreting community concerns«, in: *Renewable Energy* 86, S. 1280-1294.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): *Die AfD und der Rechtsextremismus – Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden: Springer VS.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Priester, Karin (2017): *Das Syndrom des Populismus*. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Radkau, Joachim (1983): *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft: 1945-1975; verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Radtke, Jörg/Canzler, Weert/Schreurs, Miranda A/Wurster, Stefan (Hg.) (2019): *Energiewende in Zeiten des Populismus*, Wiesbaden: Springer VS.
- Rekker, Roderik (2021): »The nature and origins of political polarization over science«, in: *Public Understanding of Science* 30, S. 352-368.
- Reusswig, Fritz/Braun, Florian/Heger, Ines/Ludewig, Thomas/Eichenauer, Eva/Lass, Wiebke (2016): »Against the wind: Local opposition to the German Energiewende«, in: *Utilities Policy* 41, S. 214-227.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate (2021): »Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört? Klima- und Corona-Krise als neue Reallabore rechter Akteursallianzen«, in: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* 5, S. 62-80.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Lass, Wiebke/Bock, Seraja/Schatzschneider, Julia (2021): *Populismus und Energiewende (=DEMOKKON Research Paper I)*. Online verfügbar unter: https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.

- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Rump, Maike (2021): »Propagandafeld Klima«, in: Zick/Küpper, Die geforderte Mitte, S. 262-282.
- Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke/Bock, Seraja (2020): »Abschied vom NIMBY: Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 140-160.
- Rucht, Dieter (2017): »Rechtspopulismus als soziale Bewegung«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30, S. 34-50.
- Schaller, Stella/Carius, Alexander (2020): *Convenient Truths. Mapping Climate Agendas of Right-Wing Populist Parties in Europe*, Berlin: adelphi.
- Schubert, Klaus von (2010): *Wiederbewaffnung und Westintegration: die innere Auseinandersetzung um die militärische und aussenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952*, Berlin: Walter de Gruyter.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam/Humpert, Franziska A./Christian, Möstl (2022): *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz?*, München: oekom verlag.
- Sturm, Georg (2020): »Populismus und Klimaschutz. Der AfD-Klimadiskurs«, in: *Soziologiemagazin* 13, S. 13-14.
- Teune, Simon/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): *Energiewende?-ja! Aber...: Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung (=DEMOKON Research Paper II)*. Online verfügbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_3/component/file_26004/content. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Uscinski, Joseph E./Douglas, Karen/Lewandowsky, Stephan (2017): »Climate Change Conspiracy Theories«, in: H. v. Storch (Hg.), *Oxford research encyclopedia of climate science*, New York: Oxford University Press. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228620.013.328>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang (2020): *Populismusbarometer 2020 – Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vernunftkraft (2022): *Vernunftkraft. Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik*. Online verfügbar unter: <https://www.vernunftkraft.de/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra (2002): *Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien*, Opladen: Leske + Budrich.
- Weizsäcker, Ernst-Ulrich von (1989): *Erdpolitik*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Westphal, Kirsten (2022): *Energiepolitisch gespalten. Die Zeichen stehen auf Konkurrenz*. Online verfügbar unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/energiepolitisch-gespalten-5999/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Whitehead, Alfred N. (1988): *Wissenschaft und moderne Welt*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wissenschaftsbarometer (2021): *Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2021 nach Subgruppen*. Online verfügbar unter: <https://www.wissenschaft-i>

m-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2021/. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.

Wolf, Ingo/Fischer, Anne-Kathrin/Huttarsch, Jean-Henri (2021): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie-und Verkehrswende 2021: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, Potsdam. Online verfügbar unter https://snb.ariadneprojekt.de/sites/default/files/medien/dokumente/soziales_nachhaltigkeitsbarometer_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.

Wolsink, Maarten (2006): »Invalid theory impedes our understanding: a critique on the persistence of the language of NIMBY«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 31, S. 85-91.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn: J.H.W. Dietz.

Das Narrativ des »Blackouts« – diskursive Transformationsschmerzen des fossil-atomaren Systems

Daniel Häfner und Tobias Haas

Einleitung

»Ab 2030 wird es dunkel. Und wahrscheinlich vorher schon. Mag sein, dass es genau diesen Schock braucht, damit sich anstelle von Gefühlen und Moral wieder Verstand in der Politik einstellt. Doch der Preis dafür ist elend hoch.« (Stephan 2021) Dieses düstere Zukunftsszenario, geteilt über die häufig verschwörungsideologisch angehauchte Plattform »Tichys Einblick«, steht exemplarisch für Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit der Energiewende: Dem realen – wenn auch geringen – Risiko eines langanhaltenden Stromausfalls wird eine dystopische Konsequenz zugeschrieben, die auf den *Unverstand* in der Politik zurückzuführen sei.

Verschwörungserzählungen haben im Zuge der Corona-Pandemie an Aufmerksamkeit gewonnen – Teile der Bevölkerung haben sich in die Kommunikationszusammenhänge alternativer Wahrheiten begeben, deren kleinster gemeinsamer Nenner die Opposition gegen die Corona-Maßnahmen ist (vgl. Frei/Schäfer/Nachtwey 2021). Das gilt auch für die Lausitz, die zudem auf eine ganz spezifische Art von der Energiewende betroffen ist. Dort befindet sich das zweitgrößte Braunkohlerevier in der Bundesrepublik, welches seit Jahrzehnten eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Region innehat – und auch wesentlich für die Identität der *Energieregion Lausitz* ist (vgl. Haas 2020). Der Beschluss des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2038 bietet in der Region sowohl aus ökonomischen als auch identitären Gründen für Teile der Bevölkerung einen Anlass, nach alternativen Wahrheiten *hinter* den politischen Entscheidungen zu suchen.

Wir argumentieren, dass die Narrative rund um den Blackout – also einen großen Stromausfall – als ein Element dystopischer Verschwörungserzählungen zu interpretieren sind (vgl. Häfner 2016; Neupert-Doppler 2021). Zugleich sind es nicht einfach irrationale Argumentationslinien, sondern sie knüpfen an unterschiedliche gesellschaftliche Diskurse und Problemdeutungen rund um die Energiewende an, deren Ursprünge bis in die 1970er Jahre zurückreichen und auch auf strategischen Überlegungen zur politischen Durchsetzung der Atomenergie gründen.

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Im folgenden zweiten Abschnitt beleuchten wir die Auseinandersetzungen um das Atomprogramm der 1970er Jahre und arbeiten heraus, dass das Konzept der (vermeintlichen) *Stromlücke* ein wesentlicher Baustein war, um Zustimmung zum Atomprogramm zu organisieren. Im dritten Abschnitt zeigen wir auf, dass ab den 1990er Jahren das Konzept des Blackouts, also die Gefahr eines Stromausfalls, gegen die Energiewende und den Ausbau der fluktuierenden erneuerbaren Energien in Stellung gebracht wurde. Dieses Narrativ steht in einem engen Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Energiewende und wird teils auch mit klimaskeptischen Positionen verbunden. In den Abschnitten vier, fünf und sechs gehen wir auf die historische und aktuelle Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz ein und zeigen, dass Blackout-Erzählungen, die auch durch den gleichnamigen Roman von Marc Elsberg inspiriert sind (vgl. Bose et al. 2019: 96), einen wichtigen Aspekt in den Auseinandersetzungen darstellen. Wir verorten diese im Kontext der aktuellen Blüte von Verschwörungserzählungen. Der Beitrag wird abgeschlossen durch eine Einordnung der Auseinandersetzungen um die Energiewende sowie der Bedeutung von Diskursen und Perspektiven für den Lausitzer Strukturwandel.

Kämpfe gegen die Atomenergie und die vermeintlich drohende Stromlücke

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm die Elektrifizierung Fahrt auf. Kleine fossile Kraftwerke wurden gebaut, Leitungen verlegt, die Beleuchtung oder Straßenbahnen teilweise auf Strom umgestellt. In der Folgezeit wuchs der Strombedarf kontinuierlich an, immer größere Kraftwerke und damit korrespondierende Infrastrukturen (wie etwa Stromnetze) wurden gebaut. Eine immense Ausweitung des Strombedarfs fand in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik Deutschland statt. Der rasante Anstieg des Strombedarfs wurde vor allem durch den Abbau der Steinkohle im Ruhrgebiet gedeckt, zeitweise arbeiteten in der BRD mehr als 700.000 Menschen im Steinkohlebergbau (vgl. Haas/Herberg/Löw Beer 2022: 388). Auch in der DDR wurde die Kohle – und insbesondere die Lausitzer Braunkohle – ein zentraler Energieträger (vgl. Matthes 2000: 54–57) und damit zu einem Garanten für wirtschaftliche Prosperität und Fortschritt. Gleichwohl formierte sich in der BRD bereits in den 1950er Jahren eine Akteurskonstellation aus Wissenschaftlern, Politikern, Industriellen und Gewerkschaftern, die sich aus verschiedenen Motiven für den Einstieg in die Atomenergie einsetzten. Dem zugrunde lag eine nahezu euphorische Einschätzung der Atomenergie:

»Zu Beginn der kerntechnischen Entwicklung in der Bundesrepublik herrschte grenzenloser Optimismus. Die Erlangung der vollen Souveränitätsrechte im Jahr 1955 bedeutete den Startschuß für die ersten offiziellen Förderungsmaßnahmen der Atomenergie mit dem Ziel, sie zu einer billigen, problemlosen und quasi unerschöpflichen Energiequelle auszubauen.« (Rucht 1980: 13)

Vor dem Hintergrund der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sowie auch in Anbetracht der großen Kohlevorräte, die sich zur Stromerzeugung anboten, stellte sich jedoch die Herausforderung, Zustimmung für die Atomenergie zu organi-

sieren. In diesem Zusammenhang waren schon damals Zukunftsprognosen über das Wachstum des Energie- und Strombedarfs hilfreich:

»Den Argumenten der Unternehmen kam die eklatante Fehleinschätzung über eine künftige Energielücke entgegen. Sie wurde nur allzu willig von einflussreichen Wirtschaftsführern, von der 1956 ins Leben gerufenen Fachzeitschrift ›Atomwirtschaft‹ und auch von angesehenen Atomphysikern wie C. F. v. Weizsäcker aufgenommen. So wurde der Bundesrepublik für 1965 ein Fehlbedarf auf dem Energiesektor von 13 % und für 1975 von 19 % vorhergesagt. Auch als diese Prognosen durch ständig wachsende Kohlehalden und die Stilllegung zahlreicher Zechen drastisch widerlegt worden waren, konnte die Atomwirtschaft ihre Interessen wahren, obwohl wenig volkswirtschaftliche Argumente für die Atomenergie sprachen.« (Ebd.: 22)

Im Jahr 1957 wurde der erste Forschungsreaktor in Garching bei München in Betrieb genommen, drei Jahre später das Kernkraftwerk in Kahl. In den Folgejahren wurden immer mehr Reaktoren gebaut. Studien, die von einem stetig ansteigenden Strombedarf ausgingen, dienten dafür als wichtige Legitimation. Der *Mythos* einer Stromlücke wurde dabei von verschiedenen Persönlichkeiten bemüht und verbreitet – wie etwa von Dr. Guck, dem Vorstand des Badenwerks, oder dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger (CDU) (vgl. ebd.: 36).

Das Konzept der Stromlücke und der damit korrespondierenden Gefahr von Stromausfällen war auch Teil der diskursiven Auseinandersetzungen um das Atomprogramm. Im Jahr 1975, als sich gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl bei Freiburg starker Protest der im Entstehen befindlichen Anti-Atomkraft-Bewegung formierte, proklamierte der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger: wenn das Kernkraftwerk Wyhl nicht ans Netz ginge, »dann gehen noch vor 1980 die Lichter aus« (o.A. 1985).

Der Anti-Atomkraft-Bewegung gelang es jedoch, Gegenexpertise aufzubauen, die These der drohenden Stromlücke zu kritisieren und zu widerlegen. So wurde im Jahr 1980 durch eine Szenarien-Analyse des Öko-Instituts der Begriff »Energiewende« geprägt; der vollständige Titel der Arbeit lautet: »Energiewende. Wohlstand und Wachstum ohne Erdöl und Uran« (Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980). Darin wurden alternative Entwicklungsszenarien ohne Atomenergie zur Diskussion gestellt. An einen Ausstieg aus der Kohle war damals auch bei den Umweltbewegten noch nicht zu denken. Gleichwohl wurden bereits in den 1980er Jahren wichtige Grundlagen für die Entwicklung der regenerativen Energieträger gelegt.

Die Gefahr durch Flatterstrom – diskursive Delegitimierung der regenerativen Energien

Zwar waren die Wind- und Solaranlagen in den 1980er und 1990er Jahren noch sehr weit davon entfernt, kostengünstig Strom produzieren zu können, gleichwohl verzeichneten sie sehr schnell große technologische Fortschritte und entsprechende Kostendegressionen. In den 1990er Jahren wurden die erneuerbaren Energien zusehends als Bedrohung für die etablierte fossil-nukleare Energiewirtschaft wahrgenommen. So erklärt sich et-

wa eine ganzseitige Anzeige der Stromwirtschaft in allen großen deutschen Tageszeitungen vom 1. Januar 1993, der zufolge die erneuerbaren Energien auch langfristig nicht mehr als vier Prozent des deutschen Strombedarfs decken könnten. Diese Aussage wiederholte u.a. auch die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel (vgl. von Fabbeck 2005).

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das auf eine parlamentarische Initiative hin gegen den Widerstand des eigentlich federführenden Bundeswirtschaftsministeriums verabschiedet wurde, wurde dann im Jahr 2000 der Grundstein für den rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien gelegt (vgl. Hirschl 2008). Die Argumente der Gegner:innen wandelten sich jedoch. Zwar war weiterhin der Diskursstrang, dass die regenerativen Energieträger nur volatil einspeisen und damit keine Vollversorgung gewährleisten können, prominent in der Debatte. Den wesentlichen Angriffspunkt markierten jedoch zunächst die Kosten der erneuerbaren Energien, die zumindest unter den regulatorischen Rahmenbedingungen in den 2000er Jahren noch deutlich über den fossil-nuklearen Stromerzeugungspreisen lagen.¹ Besonders nach dem Atomunglück in Fukushima 2011, dem Vorziehen des Atomausstiegs und der Bildung einer Grün-Roten Koalitionsregierung in Baden-Württemberg in Verbindung mit massiven Kostendegressionen und dem relativ starken Ausbau der erneuerbaren Energien (insbesondere der Solarenergie) sahen sich die Befürworter:innen der fossil-nuklearen Energiewirtschaft in der Defensive. Entsprechend wurden Kampagnen gestartet, um Zweifel an den erneuerbaren Energien zu säen. Dabei standen neben den vermeintlichen Gefahren für die Versorgungssicherheit die Kosten im Fokus der Kritik. Der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier etwa malte aus, dass die Energiewende bis zu eine Billion Euro kosten könnte. Gleichwohl wurde nicht die Energiewende an sich, sondern das zentrale Instrument des Ausbaus der regenerativen Energien, das EEG, angegriffen. Mittels einer Umlage für die Stromverbraucher:innen (die Industriebetriebe erhielten dank der Besonderen Ausgleichsregelung großzügige Befreiungen) wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert. Daran setzte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die vor allem vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanziert wird, mit ihrer breiten Kampagne »EEG stoppen. Energiewende machen« an. Neben der Installation eines »EEG-Milchmädchenrechners« auf ihrer Homepage schaltete die INSM Anzeigen mit Titeln wie »Hilfe! Die Energiewende wird unbezahlbar«, »Für eine Energiewende ohne räuberische Kosten« oder »Subventionen lassen die Strompreise explodieren«. Flankiert wurde die Kampagne durch Gutachten des RWI Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und dessen Konzept eines Wettbewerbsmodells Erneuerbare Energien (WEE), welches das EEG ablösen sollte (vgl. Haas 2017: 181-186).

Die Kampagne der INSM ist in einem breiteren Kontext zu verorten. So übte auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit seinem »Energiewende-Navigator« Druck aus. Im Jahr 2014 stellte der BDI seinen Energiewende-Navigator, der die Energiewende anhand von fünf Kriterien bewertete, zum dritten Mal vor. Der

1 Dies gilt jedoch nur, wenn man die Ewigkeitslasten der Atomenergie und die massiven sogenannten externen Kosten der fossilen Energieträger, etwa in Form von Kohlendioxidemissionen, nicht einkalkuliert.

damalige BDI-Präsident Ulrich Grillo mahnte: »Im dritten Jahr der Energiewende droht vor allem die Wirtschaftlichkeit aus dem Ruder zu laufen. [...] Die Energiekosten dürfen nicht noch weiter steigen.« (BDI 2014) Die Kritik zielte darauf ab, den Ausbau der regenerativen Energieträger zu verlangsamen und weiterhin auf Kohle als den zentralen Energieträger in der Stromproduktion zu setzen. Dazu wurden neben Aspekten der Versorgungssicherheit insbesondere die vermeintlich hohen Kosten des Ausbaus der regenerativen Energieträger hervorgehoben; die ökonomische Wertschöpfung der Branche und die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze im Erneuerbare-Energien-Sektor spielten demgegenüber in der Argumentation meist keine Rolle.

Doch auch die Gefahr eines Blackouts wurde durch Gegner der Energiewende (manchmal sind es auch Gegnerinnen, aber sowohl der Klimaskeptizismus als auch das Ausbremsen der Energiewende werden vorwiegend von Männern betrieben) immer wieder bemüht. Ein prominenter Zweifler an den Möglichkeiten einer Vollversorgung auf Basis erneuerbarer Energien ist Hans-Werner Sinn. Der mittlerweile emeritierte Professor und frühere Leiter des Münchner ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hat bereits 2008 in seinem Buch »Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik« (Sinn 2008) das Europäische Emissionshandelssystem gegen die deutsche Energiewende und das EEG in Stellung gebracht. Im Jahr 2017 argumentierte er, dass in Deutschland Wind- und Solarstrom (den er als »Zappelstrom« bezeichnet) nicht mehr als die Hälfte der Stromerzeugung abdecken könnten. Solche Hypothesen äußerte er sowohl über das ifo-Institut als auch im Rahmen von Vorträgen bei Vernunftkraft (dem Dachverband der Initiativen gegen Windenergie) sowie beim Europäischen Institut für Klima- und Energiepolitik (EIKE) mit Sitz in Jena. Das EIKE wurde im Jahr 2007 gegründet und ist ein Zusammenschluss überwiegend älterer Herren mit akademischem Hintergrund, die den menschengemachten Klimawandel anzweifeln und inzwischen viele personelle Verbindungen zur AfD unterhalten (jedoch finanzierte auch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung bereits Veranstaltungen des Instituts; weiterhin haben einzelne Mitglieder von EIKE auch Verbindungen zur CDU/CSU und zur FDP) (vgl. Götze/Joeres 2020).

Es gibt also Netzwerke, in denen grundsätzliche Kritik an der Energiewende bzw. dem Ausbau erneuerbarer Energien geübt wird. Wesentliche Argumente sind, dass regenerative Energien zu teuer wären und darüber hinaus die Gefahr eines Blackouts zunähme, wenn der Anteil an Zappelstrom stiege. Diese Kritik, die durchaus auf reale Herausforderungen verweist (etwa die volatile Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom), wird meist von unrealistischen Zukunftsszenarien (etwa die in den 1990er Jahren verbreitete Falschinformation, nur vier Prozent des Strombedarfs könnten über erneuerbare Energien gedeckt werden, sowie das 2017 von Hans-Werner Sinn postulierte Maximum von 50 Prozent) flankiert. Weiterhin wird häufig der menschengemachte Klimawandel angezweifelt – denn wenn dieser nicht nachweisbar wäre, fiel ein wesentliches Argument für den Ausbau der erneuerbaren Energien weg (vgl. dazu auch den Beitrag von Teune in diesem Band). Dabei wird auf Argumentationsmuster zurückgegriffen, die im Wesentlichen von US-amerikanischen Think-Tanks entwickelt wurden, um Zweifel sowohl am Klimawandel selbst als auch an klimapolitischen Maßnahmen zu streuen (vgl. Conway/Oreskes 2012; Franta 2022).

Diese klimaskeptischen Argumentationslinien treten verdichtet in der Braunkohle-region Lausitz auf – einem Revier mit langer identitätsstiftender Tradition der fossilen Energieindustrie. Dort werden die Argumente insbesondere im Diskurs um den Black-out und auch im Zusammenhang mit Verschwörungsmythen artikuliert.

Die historische Bedeutung der Braunkohle im Lausitzer Revier

Um die Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz zu verstehen, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass in der Region bereits seit Jahrhunderten Braunkohle gefördert wird. Durch den Verlust der Steinkohleminen in Schlesien nach dem Ersten Weltkrieg und die Nutzung von Großstechniken gewann der Rohstoff Braunkohle in den 1920er Jahren zunehmend an Relevanz. So erreichte das Kraftwerk Trattendorf im Jahr 1922 seine letzte Ausbaustufe und das erste Dorf Neu Laubusch/Nowy Lubuš wurde 1924 für den Braunkohletagebau zerstört (devastiert), da große mechanische Abraum-Förderbrücken den großflächigen oberirdischen Braunkohleabbau möglich machten.²

Die zur Verfügung stehenden Braunkohlereserven und deren Förderung ermöglichten den Aufbau weiterer Industriezweige wie etwa der Aluminiumindustrie. Die Stromgewinnung auf Basis der Braunkohle ermöglichte eine – von der Energiequelle ausgehende – relativ dezentrale Industrialisierung der Lausitz. Die Bedeutung der Braunkohle stieg in der DDR rapide an und die Industrialisierung der Lausitz wurde weiter forciert. Im Jahr 1988 stammten rund 81 Prozent des DDR-Stroms aus der Braunkohleverstromung und 9,5 Prozent aus Atomkraft (vgl. Mez/Jänicke/Pöschke et al. 1991).

Der Ausbau des Kohlekombinates ab 1959 führte zu einer starken Arbeitsmigration in die Lausitz und war als Zeichen des Fortschritts positiv besetzt; so trug etwa der Bezirk Cottbus den Namen »Bezirk für Kohle und Energie«. Die Region fungierte mittels Kohleverstromung und -vergasung als Rückgrat der DDR-Energieversorgung. In besonders kalten Wintern, wenn die wasserhaltige Braunkohle in den Tagebauen und Kohlezügen festgefroren war, wurde der »Winterkampf« ausgerufen – bspw. im Jahr 1978/79. Die Bergarbeiter und die bewaffneten Organe der DDR kämpften im wahrsten Sinne des Wortes um die Strom- und Wärmeversorgung des realsozialistischen Staates. Soldaten der DDR und der Sowjetunion sowie Bereitschaftspolizisten wurden bei zeitweise minus 30 Grad eingesetzt, um einen Blackout zu verhindern. Diese entbehrungsreiche Sicherung der Energieversorgung war und ist bis heute bedeutend für die Identität des Lausitzer Reviers. In einem Artikel der kostenlosen Wochenzeitung Cottbuser Wochenkurier aus dem Jahr 2019 wird die anhaltende Bedeutung des Winterkampfes folgendermaßen beschrieben:

»Wer vor 40 Jahren etwas von der Dramatik des Kampfes um Licht und Wärme mitbekam, verbittet sich noch heute, die Arbeitsstätten der Kohle- und Energiearbeiter

2 Dem devastierten Ort sollten noch rund 87 Dörfer und 49 Ortsteile folgen (vgl. Archiv verschwundener Orte 2010).

als ›Dreckschleudern‹ zu bezeichnen. Die Ereignisse vor 40 Jahren sind ein Teil des Stolzes und des Lebensgefühls der Lausitzer.« (o.A. 2019a)

Von der politischen Wende bis zum Strukturwandel

Nach dem Ende der DDR kam es zu einem starken Rückgang der Braunkohleförderung. Aufgrund der veralteten und ineffizienten Technologien und des starken Einbruchs der Stromnachfrage in den ostdeutschen Bundesländern wurden einige Anlagen modernisiert und die Förderung zugleich stark gedrosselt. Die Zahl der Stellen ging von rund 80.000 im Jahr 1990 auf 8.000 direkt auf die Braunkohleförderung bezogene Arbeitsplätze im Jahr 2015 zurück, die Fördermengen von rund 200 Millionen Tonnen reduzierten sich auf aktuell rund 60 Millionen Tonnen (vgl. Ragnitz et al. 2022).

Der objektiv beobachtbare Rückgang der ökonomischen Bedeutung der Braunkohle wurde ideologisch und kommunikativ von großen Teilen der regionalen politischen Eliten nicht aufgenommen. Debatten und damit einhergehende Visionen für die Zukunft der Lausitz nach der Braunkohle konnten sich deswegen kaum entfalten. Vielmehr wurde von einer breiten Akteurskonstellation die Braunkohle als unverzichtbar und alternativlos für die Lausitz dargestellt (vgl. Haas 2020: 156-163).

Um die absehbare Beendigung der Braunkohleverstromung zu verhindern und um ein Gegengewicht gegen die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltverbände und der von Abgaberung bedrohten Dörfer zu schaffen, gründete sich im Jahr 2011 der Verein »Pro Lausitzer Braunkohle«. ³ Vorstandsmitglieder waren zunächst regionale Politiker:innen verschiedener Parteien (CDU, SPD, DIE LINKE). Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Braunkohle nahm durch den Verein neue Fahrt auf. Er sammelte im Jahr 2013 rund 68.000 Unterschriften für die Schaffung des neuen Tagebaus »Welzow Süd II« und die Devastierung des Dorfes Proschim – die Umweltverbände sammelten 120.000 Unterschriften dagegen. Neben der Betonung positiver Effekte der Braunkohleverstromung versuchte der Verein ab diesem Zeitpunkt zunehmend, die Proteste gegen die Braunkohle zu delegitimieren: die Zukunftsvorstellungen einschlägiger Akteure seien unrealistisch bis nicht existent, es fehle ihnen an Legitimation und im Falle eines Kohleausstiegs drohe der Verlust der Energiesicherheit. Exemplarisch dafür steht eine Pressemitteilung aus dem Jahr 2015:

»Grüne Ideologen wollen die Lausitz abschaffen! Das politische Gezerre ums Braunkohle-Aus für die Lausitz zeigt immer deutlicher, wie stark grüne Ideologen ohne Zukunftskonzepte die Medien und die öffentliche Meinungsmache in unserem Land prägen.« (Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2015)

In dieser Argumentation, die starke Anknüpfungspunkte an und für Verschwörungserzählungen beinhaltet, zeigt sich ein wiederkehrendes Deutungsmuster: Die Braunkoh-

3 Zwischen 1977 und 1983 gründeten sich rund zehn Pro-Kernenergie-Initiativen in der BRD, welche als Vorbilder für die Gründung der Pro-Braunkohle-Initiativen in Nordrhein-Westfalen und der Lausitz gesehen werden können (vgl. Häfner 2016: 33). Die Pro-Kernenergie-Initiativen existieren allesamt nicht mehr, ihre Spuren verlieren sich Mitte der 1980er Jahre.

leverstromung in der Lausitz solle demnach von außen aufgrund irrationaler Ideologien beendet werden; damit würde die Deindustrialisierung Deutschlands vorangetrieben. Auf Initiative des Vereins gründete sich die bundesländer- und parteiübergreifende Lausitzrunde (www.lausitzrunde.com). Dieser gehören mittlerweile 56 Vertreter:innen verschiedener Gebietskörperschaften an. Noch im Jahr 2016 verkündete die Lausitzrunde, »dass die modernen konventionellen Kraftwerke der Lausitz für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland in jedem Fall mindestens bis zum Jahr 2050 gebraucht werden« (o.A. 2016).

Der 2019 durch die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ausgearbeitete Vorschlag für einen Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2038 wurde im Jahr 2020 durch zwei Bundesgesetze weiter konkretisiert: das Kohleausstiegsgesetz und das Strukturstärkungsgesetz (vgl. Löw Beer et al. 2021). Im Zuge dessen kam es in weiten Teilen der regionalen politischen Eliten u.a. in der Lausitzrunde, zu einer strategischen Neuausrichtung. Zum einen wurde die Kohleförderung und -verstromung nicht länger als unverzichtbar dargestellt, zum anderen wurde dazu übergegangen, die Chancen des Strukturwandels zu betonen. Dies geht auch darauf zurück, dass mit dem Ausstiegsbeschluss umfangreiche Strukturhilfen von insgesamt bis zu 40 Milliarden Euro für die betroffenen Regionen gesetzlich verankert wurden. Gleichwohl hat sich die Lausitzrunde, als im Rahmen der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl im Jahr 2021 über einen früheren Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 verhandelt wurde, gegen ein Vorziehen des Kohleausstiegs ausgesprochen:

»Die Lausitzrunde hält an der Tatsache fest, dass es keinen Ausstieg vor 2038 geben darf – nicht, weil wir für die Kohleverstromung sind, sondern weil der Weg zum Strukturwandel neben Ideen, Geld, Motivationen der Menschen eben auch Zeit braucht.« (Lausitzrunde 2021)

Dennoch wird der Braunkohleausstieg insgesamt mittlerweile auch durch die Lausitzrunde getragen. So erklärte Birgit Zuchold (SPD), Bürgermeisterin von Welzow und langjährige Befürworterin des Tagebaus Welzow-Süd II, im Kontext der durch den Ukraine-Krieg angestoßenen energiepolitischen Debatte im Mai 2022: »Ich will es schwarz auf weiß sehen, dass das Teilfeld II definitiv vom Tisch ist« (Siegel 2022) sowie ihre Absicht, sich dafür per Brief an den grünen Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, zu wenden. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass mit Blick auf die Braunkohle eine Neuausrichtung der politischen Eliten in der Lausitz stattgefunden hat.

Widerstände gegen den Braunkohleausstieg und Blackout-Erzählungen

Von weiten Teilen der Bevölkerung wurde und wird diese kohlepolitische Neuausrichtung aber (noch) nicht mitgetragen: »Die Befürwortung des Kohleausstiegs ist nur gering ausgeprägt. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Lausitzer unterstützt das Ziel des Kohleausstiegs bis 2038. Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Bevölkerung in der Region lehnt den Kohleausstieg ab« heißt es, basierend auf einer Umfrage aus dem

Jahr 2020, im Lausitz Monitor (2020) (für Ergebnisse zu Einstellungen der Menschen im Rheinischen Revier vgl. Momberger/Bieckmann in diesem Band).

Auch Teile der Belegschaft des Lausitzer Braunkohleunternehmens LEAG stehen dem anstehenden Kohleausstieg mit Skepsis entgegen. Ängste vor einem Blackout sind bei einem nennenswerten Teil der Mitarbeiter:innen verankert (vgl. auch den Beitrag von Marg/Kuhlmann in diesem Band). Auf der Basis einer Befragung von Beschäftigten der LEAG fassen Bose et al. (2019: 96) die Sichtweisen der Interviewten folgendermaßen zusammen:

»Als Folge von Importen könne es zu geopolitischen Abhängigkeiten von osteuropäischen Ländern und hier vor allem vom Erdgaslieferanten Russland kommen. Noch greifbarer ist für manche die Gefahr eines sogenannten Blackouts, also mehr oder minder weiträumiger Stromausfälle durch Versorgungsengpässe. Kaum jemand unter den Befragten weiß nicht mehr oder minder dramatische Geschichten eines Blackouts zu erzählen. Andere schildern Katastrophenszenarien, die der Zusammenbruch des Stromnetzes mit sich bringen würde. Mit einem gewissen Zynismus wünscht man der verantwortungslosen Politik geradezu einen Blackout, weil das die Verantwortlichen zum Aufwachen bewegen könne.«

Insofern zeigt sich, dass das Narrativ eines Blackouts und die damit verbundenen dystopischen Zukunftsvorstellungen durchaus in Teilen Anklang finden. Die vermeintlichen Folgen eines solchen weitreichenden Stromausfalls wurden im Jahr 2019 durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle auch im regionalen Familien- und Elternmagazin »lausebände« skizziert: »Ein großflächiger Blackout verursacht auch in Deutschland eine Katastrophe vom Ausmaß eines Bürgerkriegs mit Plünderungen und vielen Toten.« (o.A. 2019b: 83)

Das Beharren auf der Braunkohleverstromung reicht historisch weit zurück und ist tief verankert in den Lebenswelten vieler Lausitzer:innen. Die der Braunkohle zugeschriebene Bedeutung lässt sich von der Zeit der DDR über die politische Kommunikation des Großteils der politischen Eliten (u.a. in der Lausitzrunde) nachzeichnen. Die Aus- und Verhandlung des Braunkohleausstiegs in der Lausitzer Öffentlichkeit rekurriert dabei neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der historisch gewachsenen Identität der Lausitz als fossile Energieregion auch auf die mit der Abkehr von der Kohleverstromung (vermeintlich) einhergehende Gefahr eines Blackouts, wie sie auch durch Teile der Gewerkschaften und die populistische Zuspitzung durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle in den letzten Jahren verstärkt bemüht wurde. Das Motiv eines ideologisch motivierten Eingriffs in die Lausitz *von außen* und des daraus folgenden Blackouts wird, gemeinsam mit verschiedenen anderen gesellschafts- und wissenschaftskritischen Narrativen, auch häufig als Teil von Verschwörungserzählungen artikuliert. Diskursiv wurde damit das Feld bereitet für (rechts-)populistische Akteure, die sich als Verteidiger des einfachen Volkes gerieren. In diese Diskursformation werden auch klimaskeptische Positionen integriert. So lud der Mitgründer des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle Klaus-Peter Schulze (CDU), der damals auch Mitglied des Deutschen Bundestags war, im Mai 2018 den u.a. auch beim EIKE aktiven Klimawandel-Leugner Patrick Moore zum Vortrag ein (vgl. Wendler 2018). Der Vorsitzende des Pro Lausitzer Braunkohle e.V., der ehemalige Richter Wolfgang Rupieper (SPD), posierte mit Moore

für ein Foto und bezeichnete seine Thesen als »Anregung« für alle »Gutgläubigen« (vgl. Götze 2019).

Vergleichbare Positionen zum Klimawandel, zum Kohleausstieg und damit auch zur Energiewende und dem Strukturwandel in Gänze finden sich parteipolitisch am deutlichsten bei der AfD. Die Erzählung des *großen Stromausfalls* koinzidiert mit anderen (rechtsoffenen) Verschwörungsmythen sowie technischen und sozialen Dystopien. Gegen die *grüne Ideologie*, wie sie auch durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle konstruiert wurde, positioniert sich die AfD als politische Kraft, die für die Interessen der Lausitz kämpfe. In einem Kulturkampf geht die Partei, so drückte es der damalige Vorsitzende Jörg Meuthen aus, gegen das »links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland« (von Lucke 2016) vor. Im Wahlkampf des Jahres 2021 wurde den Parteimitgliedern und Wähler:innen der Grünen unterstellt, sie wollten eine Ökodiktatur errichten und an der Zerstörung des Industriestandortes Deutschland arbeiten (vgl. Huesmann 2021).

Auffällig ist hier die narrative und inhaltliche Nähe der Positionen von Pro Lausitzer Braunkohle und der AfD: beide kritisier(t)en grüne Ideologien und die daraus folgende Zerstörung der Industrie. Die Argumente für die Fortsetzung der Braunkohle-erzeugung in der Lausitz sind nahtlos anschlussfähig an Narrative des Blackouts, an Elemente der Klimawandelleugnung und Positionen der AfD. Über die AfD findet schließlich auch die Rückbindung an die Nutzung der Kernenergie statt – zur Verhinderung möglicher Blackouts (vgl. AfD 2021), wie von den frühen Advokaten der Atomenergie beschworen – wenngleich immerhin diese energiepolitische Position von LEAG-Beschäftigten als irrational eingeschätzt wird (vgl. Bose et al. 2019: 106). Auf einer AfD-nahen Internetseite heißt es, die Grünen hätten unter der Kanzlerschaft Angela Merkels ihre ureigenen Projekte erfolgreich vorangebracht:

»Atomausstieg, Kohleausstieg, die Demontage der sicheren und bezahlbaren Stromversorgung durch »Energiewende« und die unsinnige Subventionierung von Flatterstrom aus Windkraft und Photovoltaik« (Conservare Communication 2021).

Auf der Webseite des »Deutschland-Kurier«, einer AfD-nahen Gratiszeitung mit Online-Angebot, befassen sich mehr als 20 Artikel mit dem Thema des Blackouts. Schon die Überschriften machen die vermeintlich zukünftig Schuldigen klar: »»Grüne« Gefahr Blackout: Die Frage ist nicht mehr OB, sondern WANN!« oder »Blackout legt Dresden lahm: Der »grüne« Energiewende-Irrsinn lässt schon mal grüßen!«. Zwar stand der Stromausfall in der Sächsischen Landeshauptstadt im September 2021 in keinerlei Zusammenhang mit der Energiewende, in verschwörungsideologischer Manier lässt sich dennoch schlussfolgern: »ob »Anschlag«, »Zufall«, »Unfall« oder was auch immer: Die Dresdner haben jedenfalls einen ersten Vorgeschmack dessen bekommen, was bald ganz Deutschland infolge des »grünen« Energiewende-Irrsinns blühen dürfte« (o.A. 2021). Unbeirrt von den tatsächlichen Ursachen des Stromausfalls wurde dieser genutzt, um staatliches Handeln durch eine dystopische Fehlkontextualisierung zu delegitimieren.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die (zukünftige) Energieversorgung ist ein gesellschaftlich umkämpftes Projekt, im Zuge dessen Diskursen und Zukunftsvorstellungen große Relevanz zukommt (vgl. Radtke/Renn in diesem Band). In diesen Auseinandersetzungen, so haben wir in diesem Beitrag aufgezeigt, spielt das Konzept des Blackouts eine bedeutende Rolle. Die Gefahr eines großen Stromausfalls wurde zu unterschiedlichen Zeiten von unterschiedlichen Akteuren ausgemalt, um damit die Ausrichtung der Energiepolitik zu beeinflussen. Der Kampf um die Energiewende in der Lausitz wurde dabei prominent durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle geführt (der sich inzwischen in »Pro Lausitz« umbenannt hat), dessen Forderungen und Positionen überregional indes nur wenig politische Resonanz fanden (vgl. Häfner 2016). Der Verein bediente sich auch deshalb ab 2015 zunehmend einer populistischen Argumentation, die überregional anschlussfähig sein sollte. Das Konzept des Blackouts hat so in der Lausitz, deren Identität stark mit der Braunkohle verknüpft ist (vgl. Haas 2020), eine relativ breite Resonanz erfahren. Es wird diskursiv verbunden mit dem Motiv einer durch äußere Mächte gefährdeten Lausitz und damit anschlussfähig gemacht an verschiedene Verschwörungserzählungen, die im Zuge der Corona-Pandemie eine Blüte erlebt haben (vgl. Frei/Schäfer/Nachtwey 2021).

Durch den Krieg in der Ukraine bekommt die Frage der Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland und Europa eine neue Qualität, denn Russland ist ein bedeutender Lieferant von Öl, Gas und Steinkohle. Gleichwohl scheint die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland durch den Krieg kaum gefährdet zu sein – auch, weil in etwa die Hälfte des Verbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt wird. Versorgungsengpässe drohen jedoch im Bereich der Gasversorgung, welche für den Stromsektor keine zentrale Rolle spielt. Allerdings wird momentan (Stand: Juli 2022) trotzdem darüber diskutiert, die verbliebenen Atomkraftwerke etwas länger laufen zu lassen, um in Anbetracht eines drohenden Lieferstopps aus Russland Gas einzusparen, welches dann für andere Verwendungszwecke – insbesondere Heizung und für Industrieprozesse – zur Verfügung stünde. Gleiches gilt für die Braunkohlekraftwerke.

Ungeachtet des Krieges gegen die Ukraine und der damit verbundenen neuen Unsicherheiten bezüglich der Energieversorgung stellt sich für die Lausitz die Herausforderung, die mit dem Braunkohleausstieg verbundenen Chancen zu nutzen. Dafür ist es unerlässlich, dass Zukunftsperspektiven unter der Beteiligung der lokalen Bevölkerung entwickelt werden (vgl. Herberg et al. 2020). Wesentlich hierfür ist es zu kommunizieren, dass die Braunkohleverstromung in absehbarer Zeit enden wird (vgl. Häfner 2016) und dass mit dem Strukturwandel erhebliche Möglichkeiten verbunden sind, anstatt das diskursive Feld für Verschwörungsmythen zu verbreitern.

Die regionalen politischen Eliten müssen die Chancen eines selbstbestimmten Strukturwandels stärker betonen; erste Ergebnisse sollten zeitnah sichtbar (gemacht) werden. Sie treffen dabei aber auf eine Bevölkerung, die – wie in ganz Ostdeutschland – durch negative Erfahrungen im Rahmen von Transformationsprozessen geprägt und darüber *veränderungsmüde* geworden ist. Insofern muss der Strukturwandel auch deshalb gelingen, um die Bevölkerung für Gestaltungsprozesse der Transformation (zurück) zu gewinnen (vgl. hierzu auch Marg und Kuhlmann in diesem Band). Dann verlieren verschwörungsideologische Narrative ihre soziale Bindewirkung.

Literatur

- AfD, Alternative für Deutschland (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Online verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Archiv verschwundener Orte (2010): Dokumentation bergbaubedingter Umsiedlung, Eigenverlag: Forst/Horno.
- BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2014): »Der Erfolg der Energiewende ist in akuter Gefahr«. Online verfügbar unter: <https://bdi.eu/artikel/news/der-erfolg-der-energiewende-ist-in-akuter-gefahr/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Bose, Sophie/Dörre, Klaus/Köster, Jakob/Lütten, John/Dörre, Nelson/Szau, Armin (2019): »Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten«, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz (=STUDIEN 4/2019), Berlin, S. 89-112.
- Conservare Communication (2021): Industriezerstörung: Die »Grünen« machen Deutschland zum Zurückentwicklungsland. Online verfügbar unter: <https://gruen-er-mist.de/industriezerstoerung>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Conway, Eric M./Oreskes, Naomi (2012): Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming, London: Bloomsbury.
- Fabeck, Wolf von (2005): Merkels Vorurteile gegen Erneuerbare Energien. SFV, Solar-energie Förderverein Deutschland e.V. Online verfügbar unter: <https://www.sfv.de/lokal/mails/wvf/vorurtei>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Franta, Benjamin (2022): »Weaponizing economics: Big oil, economic consultants, and climate policy delay«, in: Environmental Politics 31, S. 555-575.
- Frei, Nadine/Schäfer, Rob/Nachtwey, Oliver (2021): »Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34, S. 249-258.
- Götze, Susanne (2019): »Das darf nicht wieder vorkommen«. Steuerfinanzierte Klimawandelleugnung in Brandenburg«, in: Der Spiegel vom 09.12.2019. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/brandenburg-sieht-kein-problem-in-steuerfinanzierte-klimaleugnung-a-1300406.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Götze, Susanne/Joeres, Annika (2020): Die Klimaschmutzlobby: Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München: Piper-Verlag.
- Haas, Tobias/Herberg, Jeremias/Löw-Beer, David (2022): »From carbon democracy to post-fossil capitalism? The German coal phase-out as a crossroads of sustainability politics«, in: Sustainability: Science, Practice and Policy 18, S. 384-399.
- Haas, Tobias (2020): »Die Lausitz im Strukturwandel. Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung«, in: Prokla 50, S. 151-170.
- Haas, Tobias (2017): Die politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa, Wiesbaden: Springer VS.

- Häfner, Daniel (2016): »Pro Kernkraft, pro Braunkohle – Initiativen von oben?«, in: Daniel Häfner (Hg.), *Konzern. Macht. Protest. Über gesteuerte Bürgerinitiativen* (=Materialien Nr. 16), Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 33-38.
- Herberg, Jeremias/Kamlage, Jan-Hendrik/Gabler, Julia/Goerke, Ute/Gürtler, Konrad/Haas, Tobias/Löw Beer, David/Luh, Victoria/Knobbe, Sonja/Reinermann, Julia/Staemmler, Johannes/Venghaus, Sandra (2020): *Partizipative Governance und Nachhaltiger Strukturwandel. Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten in der Lausitz und im Rheinischen Revier*. Online verfügbar unter: https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6000304_1/component/file_6000305/content. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Hirschl, Bernd (2008): *Erneuerbare Energien-Politik*, Wiesbaden: Springer VS.
- Huesmann, Felix (2021): »AfD-nahe Firma startet Schmutzkampagne gegen die Grünen«, in: RedaktionsNetzwerk Deutschland vom 11.08.2021. Online verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/afd-nahe-firma-startet-negativkampagne-gegen-die-gruenen-im-wahlkampf-2RNXQDIPIBAEZGWDDXMKOEB4KA.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Krause, Florentin/Bossel, Hartmut/Müller-Reißmann, Karl-Friedrich (1980): *Energie-wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran*, Frankfurt a.M.: Fischer-Verlag.
- Lausitz Monitor (2020): *Ergebnisse 2020*. Online verfügbar unter: <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse-2020/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Lausitzrunde (2021): *Schreiben der LAUSITZRUNDE an die neuen Koalitionäre der Bundesregierung*. Online verfügbar unter: <https://www.lausitzrunde.com/index.php/aktuelles/107-brief-an-die-neue-regierung>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Löw Beer, David/Gürtler, Konrad/Herberg, Jeremias/Haas, Tobias (2021): »Wie legitim ist der Kohlekompromiss? Spannungsfelder und Verhandlungsdynamiken im Prozess der Kohlekommission«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 393-416.
- Lucke, Albrecht von (2016): »Gegen »68: Grün-Schwarz und der Kulturkampf der AfD«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 16, S. 5-8. Online verfügbar unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2016/juni/gegen-68-gruen-schwarz-und-der-kulturkampf-der-afd>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Matthes, Felix (2000): *Stromwirtschaft und deutsche Einheit: eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft in Ost-Deutschland*, Norderstedt: BoD – Books on Demand.
- Mez, Lutz/Jänicke, Martin/Pöschke, Jürgen (1991): *Die Energiesituation in der vormaligen DDR*, Berlin: Edition Sigma.
- Neupert-Doppler, Alexander (2021): »Green New Deal als Ende der freien Gesellschaft? Zur dystopischen Gegenmobilisierung der AfD«, in: *Prokla* 51, S. 115-130.
- o.A. (1985): »Lichter aus«, in: *Der Spiegel* vom 29.12.1985. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/lichter-aus-a-de256d1d-0002-0001-0000-000013517405>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- o.A. (2016): »Forderung der Lausitzrunde. »Die Braunkohle muss als Brücke mindestens bis 2050 reichen«, in: *Niederlausitz aktuell* vom 20.09.2016. Online verfügbar unter: <https://www.niederlausitz-aktuell.de/niederlausitz/64011/forderung-der-la>

- usitzrunde-die-braunkohle-muss-als-bruecke-mindestens-bis-2050-reichen.html . Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- o.A. (2019a): »Jahreswechsel 78/79: Lausitzer Revier versinkt im Schnee. Vor 40 Jahren«, in: WochenKurier vom 04.01.2019. Online verfügbar unter: <https://www.wochenkurier.info/themen/thema/cottbuser-geschichten/artikel/jahreswechsel-78-79lausitzer-revier-versinkt-im-schnee>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- o.A. (2019b): »Kleine Klimaschule Lektion 4: Versorgungssicherheit«, in: lausebande. Das Familien- und Elternmagazin vom September 2019, Cottbus: zwei Helden GmbH.
- o.A. (2021): »Blackout legt Dresden lahm: Der »grüne« Energiewende-Irrsinn lässt schon mal grüßen!«, in: Deutschland-Kurier vom 14.09.2021. Online verfügbar unter: <https://deutschlandkurier.de/2021/09/blackout-legt-dresden-lahm-der-gruene-energiewende-irrsinn-laesst-schon-mal-gruessen/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Pro Lausitzer Braunkohle e.V. (2015): Grüne Ideologen wollen die Lausitz abschaffen!. Online verfügbar unter: https://www.pro-lausitz.de/index.php/aktuelle_nachrichten/gruene-ideologen-wollen-die-lausitz-abschaffen.html. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Ragnitz, Joachim/Markwardt, Gunther/Schwartzkopff, Julian/Reitzenstein, Alexander/Wehnert, Timon/Kurwan, Jenny/Beutel, Jannis (2022): Analyse des historischen Strukturwandels in der Lausitz. (Fallstudie), Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7946/file/7946_Strukturwandel_Lausitz.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Rucht, Dieter (1980): Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München: C.H. Beck.
- Siegel, Jan (2022): »Preisexplosion bei Strom und Gas. Was die Energiekrise für das Kraftwerk Jänschwalde und den Tagebau Welzow bedeutet«, in: Lausitzer Rundschau vom 18.05.2022. Online verfügbar unter: <https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/preisexplosion-bei-strom-und-gas-was-die-energiekrise-fuer-das-kraftwerk-jaenschwalde-und-den-tagebau-welzow-bedeutet-64472215.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Sinn, Hans-Werner (2008): Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik, Berlin: Econ Verlag.
- Stephan, Cora (2021): »Auf dem Weg zum Blackout«, in: Tichys Einblick. Das liberal-konservative Meinungsmagazin vom 05.10.2021. Online verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/stephans-spitzen/blackout/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Wendler, Simone (2018): »Zweifler am Klimawandel durch den Menschen in Cottbus«, in: Lausitzer Rundschau vom 22.05.2018.

Soziales Spannungsfeld Rheinisches Revier – Einstellungen und öffentliche Diskussionen zur Energiewende

Cathérine Momberger und Rabea Bieckmann

Einleitung

2020 einigten sich Bund und Länder auf den sogenannten Kohleausstieg: spätestens nach Ablauf des Jahres 2038 soll weder Braun- noch Steinkohle mehr gefördert oder verstromt werden. Das Datum ist das Resultat vieler politischer Debatten und Konflikte, die insbesondere im Jahr 2019 medial stark präsent waren. Politisch sind diese Debatten trotz gesetzlicher Festschreibung noch nicht gänzlich beendet. So wurde bspw. bei der Bildung der neuen deutschen Bundesregierung im Dezember 2021 spekuliert, ob das Ausstiegsdatum im Koalitionsvertrag auf 2030 verlegt werden würde. Auch im Zuge des Strebens nach energetischer Versorgungsunabhängigkeit, das mit dem Krieg in der Ukraine eine neue Dringlichkeit erfuhr, wird von einigen Akteur:innen der Kohleausstieg bis 2038 in Frage gestellt. Währenddessen beschloss Anfang Oktober 2022 das der schwarz-grünen Landesregierung unterstehende Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen in Abstimmung mit dem Energieunternehmen RWE AG und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen eines Eckpunktepapiers, dass der Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier bis 2030, und somit acht Jahre vor dem spätestmöglichen Ausstiegsdatum, erfolgen wird (vgl. MWIKE.NRW 2022a).

Entkoppelt von diesen noch andauernden oder sich immer wieder neu entzündenden Debatten findet der Kohleausstieg bereits statt. Dabei wird der mit dem Kohleausstieg einhergehende Wandel in den sogenannten *Revieren*, deren Wirtschaftsstruktur noch mehr oder weniger stark mit der Stein- oder der Braunkohle verbunden ist, sehr unterschiedlich ausfallen. Während der Steinkohleausstieg zumindest in Hinblick auf den Steinkohleabbau vollzogen ist, wird sich der noch zu bewältigende Braunkohleausstieg in der Lausitz anders gestalten als im Rheinischen Revier. Dabei hängen die Ausstiegprozesse einerseits von der jeweiligen wirtschaftsstrukturellen Ausgangslage der betreffenden Regionen (vgl. Dehio/Janßen-Timmen/Schmidt 2018), andererseits aber auch von den unterschiedlichen sozialen Gegebenheiten sowie der Wahrneh-

mung des Wandels durch die Bevölkerung (vor Ort) ab. Die durch und um den Ausstiegsprozess zu verhandelnden Konflikte in den Revieren stehen in einem besonderen Spannungsverhältnis zu den Auseinandersetzungen um den Kohleausstieg in Deutschland allgemein. Mit einem gewissen Ansehen und Stolz ausgestattet, die Energieversorgung Deutschlands sicherzustellen, wurden der Braunkohleabbau und die -verstromung in den Revieren in den 1950er Jahren verstärkt. Die damit einhergehenden landschaftlichen Veränderungen und Einschränkungen für betroffene Regionen erfolgten stets im Namen des Gemeinwohls bzw. der energiewirtschaftlichen Notwendigkeiten in Deutschland. Im Zeichen des Klimaschutzes und der Energiewende, die ebenfalls dem Gemeinwohl in Deutschland und weltweit dienen sollen, wird nun der Braunkohleausstieg in den Revieren vollzogen, was zu zahlreichen Spannungen u.a. zwischen Bürger:innen, (kommunal-)politischen sowie wirtschaftlichen Akteur:innen führt.

Um die Folgen des Braunkohleausstiegs sozial verträglich zu gestalten, wurden einige politische Schritte unternommen. In Vorbereitung für den Gesetzgebungsprozess wurde die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, auch *Kohlekommission* genannt, ins Leben gerufen. Die beteiligten Expert:innen und Vertreter:innen verschiedener organisierter Interessengruppen (einschließlich organisierter Bürger:inneninitiativen) handelten einen Kohlekompromiss aus und legten ihn der Regierung vor. Dieser sollte viele Konflikte befrieden und als Grundlage für die nachfolgenden Gesetze dienen. Zudem wurden bereits vor Inkrafttreten eines Kohleausstiegsgesetzes Strukturförderungsmaßnahmen in den betroffenen Regionen finanziert und teilweise regionale Institutionen zur Begleitung und Gestaltung des Strukturwandels ins Leben gerufen (z.B. die sogenannte *Zukunftsagentur Rheinisches Revier*). Indes stellen sich nicht nur ganz grundsätzlich Fragen der Steuerung oder Governance von Transformations- und Strukturwandelprozessen, sondern auch Fragen der Akzeptanz und der Legitimation der entsprechenden Entscheidungen und Prozesse auf Seiten der Bürger:innen. Inwiefern werden alle Bürger:innen bei dem Prozess des Braunkohleausstieges *mitgenommen*? Werden ihre Stimmen gehört, wenn sie sich beteiligen? Wie werden ihre Interessen im Strukturwandel repräsentiert? Dabei ist ein Teil der in der Region lebenden Bürger:innen wirtschaftlich direkt vom Braunkohleausstieg betroffen: insgesamt sind etwa 20.000 Arbeitnehmer:innen direkt im Bereich des Braunkohleabbaus, der -veredelung, oder der -verstromung beschäftigt; unter Berücksichtigung der indirekten und induzierten Beschäftigung sind es deutschlandweit 56.000 betroffene Beschäftigte (vgl. Dehio/Janßen-Timmen/Schmidt 2018: 25; Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein März 2022). Doch die Veränderungen durch den Braunkohleausstieg reichen aufgrund der historisch gewachsenen Verbindung der Reviere mit der Braunkohle über diese rein wirtschaftlichen Betroffenheiten hinaus.

Um die Prozesse und Konflikte rund um den Braunkohleausstieg besser zu verstehen und die Spannungslagen im Rheinischen Revier differenziert einordnen zu können, wurden im Rahmen der *Doctoral School Closed Carbon Cycle Economy* zwei soziologische Forschungsprojekte gefördert. Im Folgenden werden erste Ergebnisse aus diesen Projekten vorgestellt. Dazu werden nach einem kurzen Überblick über die Besonderheiten des Rheinischen Braunkohlereviers zwei Aspekte schwerpunktmäßig beleuchtet: Erstens wird anhand der Ergebnisse einer quantitativen Befragung von Bürger:innen aus dem Rheinischen Revier ein Einblick in die Einstellungen zum Braunkohleausstieg und

den damit zusammenhängenden Prozessen sowie zu ihrer politischen Beteiligung am Braunkohleausstieg gegeben. Die Ergebnisse legen nahe, in einem zweiten Schritt die Debatten rund um den Kohleausstieg in den sozialen Medien zu fokussieren. Anhand erster Erkenntnisse aus der Analyse von Kommentaren zu online geteilten Pressebeiträgen werden Überlegungen zum Stellenwert von Online-Komentaren für die Diskussionen rund um die Energiewende im Rheinischen Revier angestellt.

Das Rheinische Braunkohlerevier

Als Rheinisches Braunkohlerevier wird eine der heute noch drei Regionen in Deutschland¹ bezeichnet, in denen Braunkohle abgebaut, verstromt oder veredelt wird. Es liegt in einem geografischen Dreieck zwischen den Städten Düsseldorf, Köln und Aachen. Nach der Definition des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsförderung umfasst das Revier fünf Kreise, eine Städteregion und eine Stadt in Nordrhein-Westfalen: den Rhein-Kreis Neuss, den Rhein-Erft-Kreis, den Kreis Düren, den Kreis Heinsberg, den Kreis Euskirchen, die Städteregion Aachen inklusive der Stadt Aachen und die Stadt Mönchengladbach (vgl. Frondel et al. 2018: 87). In der als städtisch zu kategorisierenden Region leben insgesamt gut 2,4 Millionen Menschen (vgl. IT NRW 2022). Während das Lausitzer Revier wegen seiner vergleichsweise schwächeren Wirtschaftsstruktur und der ostdeutschen Vorgeschichte häufig als Sonderfall gilt, wird das Rheinische Revier aufgrund seiner wirtschaftlichen Stabilität oft als Modellregion gehandelt. Zugleich liegt im Rheinischen Revier der Hambacher Forst, der als Symbol für Diskussionen zum Braunkohleausstieg und zum Klimaschutz in Deutschland auch eine gewisse politische sowie mediale Aufmerksamkeit mit sich bringt.

Schon seit dem 19. Jahrhundert wurde in der Region Braunkohle abgebaut und zur Stromerzeugung genutzt, sodass von einer langen Geschichte mit dem fossilen Energieträger Braunkohle gesprochen werden kann. Seit den 2000er Jahren wird im Rheinischen Revier die meiste Braunkohle in Deutschland gefördert (vgl. Öko-Institut 2022: 25f.) und auch gemessen an der Anzahl der direkt im Braunkohlesektor Beschäftigten liegt es mit fast 9.000 Personen knapp vor dem Lausitzer Revier (vgl. Frondel et al. 2018: 40), womit das Rheinische als das größte deutsche Braunkohlerevier charakterisiert werden kann. Die Bedeutung der Region für die Braunkohleverstromung und für die Stromproduktion in Deutschland war und ist hoch: So wurden im Jahr 2019 19,7 % des Nettostroms in Deutschland aus Braunkohle erzeugt (vgl. Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme o.J.). Etwa die Hälfte des Bruttostroms, also der gesamten Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen, wird aus Braunkohle produziert (vgl. BUND NRW

1 Neben dem Rheinischen Revier in Nordrhein-Westfalen sind als weitere Braunkohlereviere das Helmstedter Revier in Niedersachsen, das Lausitzer Revier in Brandenburg und Sachsen und das Mitteldeutsche Revier in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vom Braunkohleausstieg betroffen (vgl. Frondel et al. 2018: 19, 44; BMWi 2019: 10). Die Förderung im Helmstedter Revier wurde 2016 eingestellt und das letzte Kraftwerk des Reviers wurde nach vier Jahren als Sicherheitsreserve 2020 abgeschaltet (vgl. Dehio/Janßen-Timmen/Schmidt 2018: 13), sodass es aktuell nur noch drei aktive Reviere gibt.

o.J.). Für die Region selbst ist der Braunkohlesektor ökonomisch bedeutsam: 2016 waren 45 % der direkt im Braunkohlesektor Beschäftigten in der Region beschäftigt (vgl. Dehio/Schmidt 2018: 4). Nichtsdestotrotz ist das Revier auch wirtschaftlich mit den umliegenden Regionen verflochten.

Wie schon angedeutet reichen die Auswirkungen des Braunkohlesektors und des -ausstieges über die rein wirtschaftlichen Zusammenhänge der jeweiligen Region hinaus und in weitere Aspekte und Lebensdimensionen der Menschen hinein. Denn im Zuge des Kohleabbaus im Rheinischen Revier wanderten die Tagebauen entlang der Braunkohleflöze durch die Landschaft des Reviers. Dabei wurden und werden noch immer Straßen, Schienen und weitere Infrastruktur verlegt, Wasserläufe umgeleitet und Wälder gerodet sowie ganze Dörfer umgesiedelt – einschließlich ihrer Kirchen und Friedhöfe. Die Menschen vor Ort leben seit Generationen mit diesen Veränderungen und den damit verbundenen Problemen. Die Raumplanungen zu den Maßnahmen werden auf Grundlage sogenannter Leitentscheidungen umgesetzt, die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens getroffen werden. Sie sollen allen Beteiligten und Betroffenen – also sowohl den Tagebaubetreibenden als auch den Bewohner:innen und Eigentümer:innen – Planungssicherheit über die kommenden Schritte im Zuge der Tagebauwanderungen ermöglichen. Zum Rheinischen Revier gab es vier solcher Leitentscheidungen, im Zuge derer z.B. der Tagebauverlauf, die Umsiedlungen und die Rekultivierung der ehemaligen Abbauflächen geregelt wurden.

Im Zuge der jüngsten Entscheidungen zum Ausstieg aus der Braunkohle im Rheinischen Revier bis 2030 durch die Landesregierung wurden nun letzte Unsicherheiten und die mit ihnen schwelenden Konflikte zumindest von politischer Seite beendet. So waren durch die Leitentscheidung von 2021 noch etwa 1.700 Personen von Umsiedlungen bedroht (vgl. Schmid-Engbrodt/Schmidt 2020: 101). Mit dem Eckpunktepapier vom Oktober 2022 wird klar, dass das Dorf Lützerath nicht erhalten bleiben wird, um die darunter befindliche Braunkohle zu fördern. Die übrigen Dörfer und Höfe allerdings, die gemäß der Leitentscheidung 2021 nach weiterer Zeit der Unsicherheit und einer Überprüfung noch hätten abgebaggert werden können, werden erhalten bleiben. Der Hambacher Forst wird staatliches Eigentum (vgl. MWIKE.NRW 2022a, 2022c, 2022b).

Die Gesamtzahl an Personen, die seit den 1950er Jahren bis zur letztgeplanten Umsiedlung von Umsiedlungsplänen zumindest betroffen waren, liegt nach Angaben des BUND bei 44.064 Menschen (vgl. Jansen 2021). Diese Zahl ist jedoch aufgrund der teilweise noch andauernden Umsiedlungen, den neuen Änderungen im Tagebauverlauf und der Tatsache, dass nicht alle Haushalte, die umgesiedelt werden sollen, auch tatsächlich in die designierten Orte ziehen, sondern sich eventuell anderswo niederlassen, nicht leicht zu bestimmen.

Die starken Veränderungen der Lebens- und Wohnumgebungen der Menschen im Rheinischen Revier finden nicht ohne soziale Verhandlungen vor Ort statt. Aufgrund von unterschiedlichen Ansichten zum und unterschiedlichen Umgangsweisen mit dem Braunkohleabbau kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Nachbar:innen, Kolleg:innen, Freund:innen und innerhalb von Familien. Dabei sind vor allem die Umsiedlungen ein Konfliktthema, das (ehemalige) Dorfgemeinschaften belastet (vgl. Schmid-Engbrodt/Schmidt 2020; WDR5 Stadtgespräch 2020). So begleiten auch Bürger:inneninitiativen und Proteste den Braunkohleabbau und seine Folgen.

Bereits in den 1970er Jahren haben sich verschiedene Bürger:inneninitiativen zusammengeschlossen, um sich in den politischen Prozess und Verhandlungen mit den Betreiberunternehmen vor Ort einzubringen (vgl. Wüst 1977). Auch heute kämpfen lokale Initiativen wie *Das gelbe Band* oder die *Buier für Buir* gegen Umsiedlungen sowie gegen ökologische Negativfolgen der Tagebaue und der Braunkohleverstromung. Ebenso gab es Proteste und Aktionen bspw. von Gewerkschaftsvertreter:innen gegen den (Braun-)Kohleausstieg und die damit verbundenen Folgen für Beschäftigte. Nicht vollkommen trennscharf zu unterscheiden, gibt es über diese lokale Ebene hinaus auch Initiativen und Proteste wie die durch ihre Baumhäuser etwa 2018 sehr bekannt gewordenen Aktivist:innen von *Hambi bleibt*. Teilweise in Kooperation mit Initiativen vor Ort protestierten sie für den Erhalt des Hambacher Forstes und gegen die dritte Leitentscheidung von 2016, die seine Rodung zugunsten der Tagebauerweiterung vorsah. Dabei wurde der Hambacher Forst medial zum Symbol für mehr Klimaschutz und die Forderung nach einem zügigen Braunkohleausstieg. Die lokale Betroffenheit ist demnach nicht der einzige motivierende Faktor für Proteste im Rheinischen Revier.

Im Hinblick auf die Untersuchung von (Transformations-)Konflikten kann zumindest analytisch die Ebene der lokalen Betroffenheiten und Konflikte von Bürger:innen im Revier von der Ebene der übergeordneten Konflikte um das Rheinische Revier als öffentlichem Symbol des Braunkohleausstiegs und der Energiewende unterschieden werden. Tatsächlich beeinflussen sich diese beiden Ebenen gegenseitig und sind empirisch schwer voneinander zu trennen.

Einstellungen von Bürger:innen zum Braunkohleausstieg

Um Einstellungen von Bürger:innen zu konkreten Konfliktlinien und Themen rund um den Braunkohleausstieg weitergehend betrachten zu können und einen Eindruck über Spannungslagen zu bekommen, wird nachfolgend ein Blick auf die Ergebnisse einer standardisierten Onlinebefragung unter Bewohner:innen des Rheinischen Reviers gelegt.² Ausgangspunkt ist zunächst die Wahrnehmung des Braunkohleausstiegs. Die befragten Bürger:innen sollten jeweils den Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier und in Deutschland allgemein bewerten. Wie sich zeigt, gibt es nur geringe Unterschiede in den Bewertungen dahingehend, ob der Braunkohleausstieg mit Bezug zur eigenen Region oder für Deutschland insgesamt bewertet wird. So bewerteten 56 % der Befragten den Ausstieg im Rheinischen Revier positiv (33 % sehr positiv und 23 % eher positiv) und 19 % negativ (13 % eher negativ, 6 % sehr negativ). Bezogen auf Deutschland allgemein wurde der Braunkohleausstieg von den befragten Bürger:innen aus dem Rheinischen Revier von 57 % positiv gesehen und von 19 % (eher bzw. sehr) negativ. Ambiva-

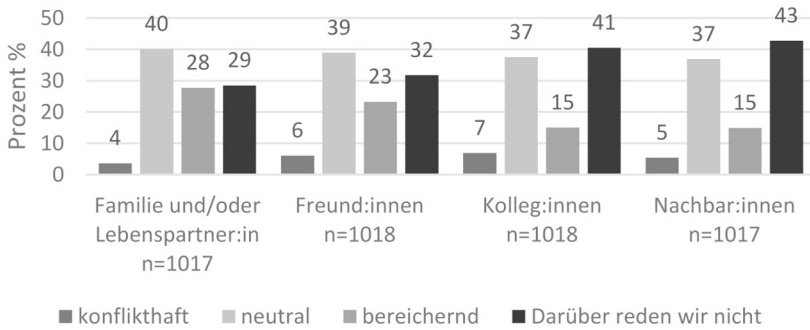
2 Es wurde eine Online-Befragung unter im Rheinischen Revier (Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erft-Kreis, Kreis Düren, Kreis Heinsberg, Kreis Euskirchen, Städteregion Aachen inklusive der Stadt Aachen, Stadt Mönchengladbach) lebenden Bürger:innen durchgeführt, wobei auf die Unterstützung eines Panelanbieters zur Rekrutierung und Incentivierung von Teilnehmer:innen zurückgegriffen wurde. Die Einladung und Zulassung der designierten Befragten zum Fragebogen wurden durch Quoten (Wohnort im Rheinischen Revier, Alter, Bildung, Geschlecht) kontrolliert. So konnten 1.019 Personen im Alter von 14-81 Jahren befragt werden.

lent (Bewertung »teils/teils«) zeigten sich sowohl hinsichtlich des Braunkohleausstiegs in der eigenen Region als auch in Deutschland insgesamt etwa 20 % der Befragten.

Auf die Frage, ob der Braunkohleausstieg dem Gemeinwohl zuträglich sei, reagierten 54 % der befragten Bürger:innen eher bis sehr zustimmend, während sich 23 % ambivalent und immerhin 18 % der Befragten eher bis gar nicht zustimmend zeigten. Als Gegenperspektive wurde gefragt, ob der Braunkohleausstieg dem Empfinden der Befragten nach die Region Rheinisches Revier zerstöre. Dem stimmten 51 % der befragten Bürger:innen gar nicht oder eher nicht zu, wohingegen fast ein Viertel aller Befragten eher bis voll und ganz zustimmte. 19 % der Teilnehmer:innen antworten hier mit »teils/teils«. Das heißt zusammengefasst, dass zwar jeweils wenig mehr als die Hälfte der befragten Bürger:innen aus dem Rheinischen Revier den Braunkohleausstieg für Deutschland als zuträglich und für ihre Region als nicht schädlich wahrnehmen. Allerdings zeigen sich immerhin fast ebenso viele Befragte skeptisch oder sehen keinen Nutzen des Braunkohleausstiegs für Deutschland bzw. für die eigene Region. Die Folgen des Braunkohleausstiegs für das Rheinische Revier wurden von den befragten Bürger:innen am häufigsten als eher vorteilhaft (37 %) und am zweithäufigsten als ambivalent (35 %) eingeschätzt. Weniger als ein Fünftel der Befragten sahen eher mehr Nachteile (17 %) für das Revier. Nur Vorteile sahen 7 % der Befragten; dagegen nahmen 4 % an, dass der Braunkohleausstieg nur Nachteile mit sich bringt.

Während für viele Deutsche der Braunkohleabbau und das Rheinische Revier erst mit den großen medialen Debatten rund um den Gesetzgebungsprozess zum Kohleausstieg oder den Protesten zum Hambacher Forst relevanter geworden sein mögen, sind diese Themen für die Anwohner:innen Bestandteil ihres Alltags. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass der Braunkohleausstieg zwingend auch das wichtigste Thema für sie ist und ihre Gespräche dominiert. Um einen Eindruck zu dem thematischen Konfliktpotenzial des Braunkohleausstiegs für die befragten Bürger:innen zu bekommen, wurden sie gefragt, ob sie mit anderen Personen über den Braunkohleausstieg oder den Strukturwandel sprechen und wie sie diese Gespräche bewerten. Es zeigt sich, dass die befragten Bürger:innen jeweils mit Nachbar:innen und mit Kolleg:innen zu einem Anteil von über 40 % überhaupt nicht über den Braunkohleausstieg oder den Strukturwandel sprachen. Auch mit Familienmitgliedern und Lebenspartner:innen oder Freund:innen sprach jeweils ein Drittel der Befragten nicht über den Braunkohleausstieg oder den Strukturwandel. 40 % bzw. 39 % der Befragten sprechen mit Gesprächspartner:innen aus diesem ihnen emotional vermutlich nahestehenden Personenkreis »neutral« über das Thema Braunkohleausstieg. Als »bereichernd« empfinden 28 % der Befragten diesbezügliche Gespräche mit der Familie oder den Lebenspartner:innen sowie 23 % Gespräche mit Freund:innen. Ganz konfliktfrei scheinen Gespräche über diese Themen jedoch nicht bei allen Befragten zu verlaufen: bezogen auf jede Gruppe von Gesprächspartner:innen gibt es einen geringen Anteil von Befragten, die Gespräche über Braunkohleausstieg und Strukturwandel als konflikthaft bewerteten. Dabei verlaufen die Gespräche mit Familie und oder Lebenspartner:innen nach Angabe von 4 % Befragten konflikthaft. Im Zuge einschlägiger Unterhaltungen berichteten von Konflikten mit Freund:innen 6 %, mit Kolleg:innen 7 % und mit Nachbar:innen 5 % der Teilnehmer:innen.

Abbildung 1: Bewertung der Gespräche über BKA und Strukturwandel

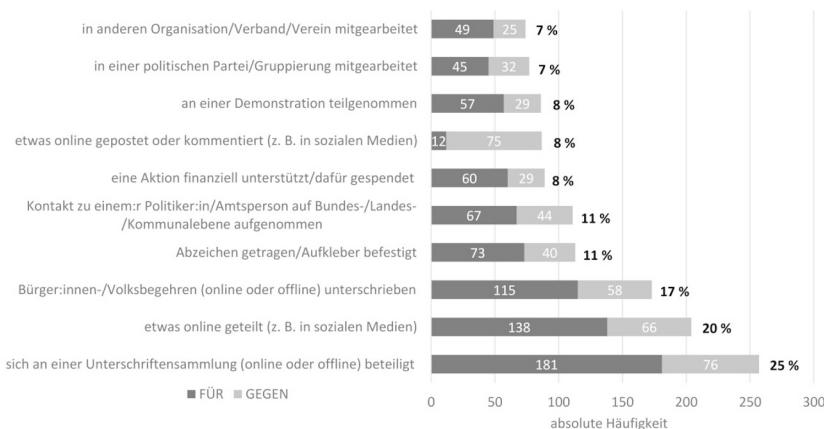


Danach gefragt, wen sie in der Verantwortung für einen gelungenen Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier sehen, gaben die Befragten in absteigender Reihenfolge das Land Nordrhein-Westfalen, die Zukunftsagentur Rheinisches Revier sowie engagierte Bürger:innen und Initiativen an. Diese Akteur:innen bündeln bereits einige Interessen von Individuen sowie Gruppen vor Ort und speisen sie in den Strukturwandelprozess ein. Sie schaffen darüber hinaus Möglichkeiten der Beteiligung: An den Bürger:inneninitiativen können interessierte und engagierte Bürger:innen direkt teilnehmen. Die anderen Akteur:innen bieten oder boten Formen der Beteiligung an (wobei diese bislang pandemiebedingt vor allem online stattfanden). Es zeigt sich auch, dass Formen der Bürger:innenbeteiligung zum Braunkohleausstieg und dem damit verbundenen Strukturwandel von den befragten Bürger:innen generell sehr begrüßt wurden. So erhielten (in absteigender Reihenfolge) folgende Beteiligungsmöglichkeiten große Zustimmung: die Information von Bürger:innen, die Einbeziehung derselben in Diskussionen sowie das Einbringen eigener Pläne durch Bürger:innen. Zudem zeigte sich, dass den befragten Bürger:innen diese Beteiligungsformen persönlich weniger wichtig waren, als sie ihnen abstrakt gefragt zustimmten. Dies mag ein Grund dafür sein, dass die von den politischen Akteur:innen angebotenen größeren formellen Beteiligungsformate³ unter den befragten Bürger:innen weder stark bekannt, noch tatsächlich genutzt wurden: 87 % der befragten Bürger:innen kannten die Formate nicht. Von jenen Befragten, die sie kannten, nahmen 29 % an einem Format teil. Unter den Gründen für die Nicht-Teilnahme nannten die über die Beteiligungsmöglichkeiten informierten Befragten am häufigsten, dass sie zu spät von dem Format erfahren hatten, sowie dass sie mit dem Diskussionsverlauf zufrieden waren und keinen Anlass sahen, selbst aktiv zu werden.

3 Es gab bzw. gibt Beteiligungsformate zur Leitentscheidung NRW, von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, zur Raumstrategie 2038+ sowie zum BioökonomieRevier, wobei letzteres Format nur von eingeladenen Bürger:innen besucht werden konnte. Weitere Beteiligungsformate wurden in einer offenen Abfrage von den Befragten nicht genannt.

Ein anderer Weg, die eigene Position in den Strukturwandelprozess einzubringen, ist, sich politisch zu beteiligen. Unabhängig davon, ob sie sich für oder gegen den Braunkohleausstieg einsetzten, wurden fast 37 % aller befragten Bürger:innen selbst in irgendeiner Form aktiv. Dabei wurden vor allem eher niederschwellige Formen der politischen Beteiligung genutzt: 25 % aller Befragten haben sich online oder offline an Unterschriftenaktionen und 17 % online oder offline an Bürger:innenbegehren beteiligt. Etwas zum Braunkohleausstieg online in den sozialen Medien oder per Nachrichten geteilt haben 20 % der Befragten, 8 % haben etwas online gepostet oder kommentiert. Jeweils fast 11 % gaben an, wegen des Braunkohleausstieges Kontakt zu einer:m Politiker:in gesucht zu haben oder einen Aufkleber oder ein Abzeichen getragen oder befestigt zu haben. An einer Demonstration haben 8 % der Befragten teilgenommen und ebenso viele haben eine Aktion auch finanziell unterstützt. Im Vergleich zu den anderen Formen der politischen Beteiligung wurde die Mitarbeit in organisierten Gruppen am seltensten genannt. Sowohl in politischen Parteien oder Gruppierungen als auch in Vereinen, Verbänden oder anderen Organisationen haben sich je 7 % der befragten Bürger:innen zum Braunkohleausstieg engagiert. Hinsichtlich des Ziels der Beteiligung zeigt sich, dass sich in fast allen Beteiligungsformen die meisten Befragten *für* den Braunkohleausstieg und damit gegen eine Fortführung des Braunkohleabbaus und der -verstromung engagierten. Ausnahme ist dabei die Kategorie »etwas online gepostet oder kommentiert«: Unter all jenen, die diese Form der politischen Beteiligung nutzten (8 % aller Befragten) waren nur 14 % (absolut 12 Personen) *für* den Braunkohleausstieg engagiert, während sich 86 % (absolut 75 Personen) *gegen* den Braunkohleausstieg wendeten.

Abbildung 2: Politische Beteiligung zum Braunkohleausstieg



Anteil nach Position, Dafür oder Dagegen (absolute Häufigkeiten, in weiß) und Gesamt aller Befragten (relative Häufigkeiten, in schwarz), n=1019

Wenngleich sich nur wenige der Befragten an Demonstrationen zum Braunkohleausstieg oder verwandten Themen beteiligt haben, so waren diese doch sehr präsent

im Revier. Gerade in den Jahren 2018 und 2019, als der Hambacher Forst und dessen Besetzung medial stark fokussiert wurden, kam es zu vielen Protesten rund um den Braunkohleausstieg. Teilweise verliefen Protestaktionen im Revier konfliktreich und es kam zu einer Vielzahl an Polizeieinsätzen. Die Proteste beziehen oder bezogen sich häufig nicht allein auf den Braunkohleausstieg. Aufhänger waren meist Themen wie Umsiedlungen, Jobverluste, die Abholzung des Hambacher Forstes oder Klimaschutz ganz allgemein. Auch zuletzt fanden immer wieder Protestaktionen im Rheinischen Revier statt, so z.B. die Besetzung der letzten verbliebenen Häuser oder Mahnwachen im Dorf Lützerath, was womöglich der Erweiterung des Tagebaus Garzweiler weichen soll. Aus der Forschung ist bekannt, dass an Bürger:inneninitiativen und Demonstrationen Beteiligte teilweise den Anspruch erheben, *die Bürger:innen* oder *die Betroffenen* zu vertreten (vgl. Butzlaff 2015: 83; Kopp 2017). Im Rheinischen Revier gab es auch Demonstrationen und Aktionen mit und von Personen, die nicht dort leben, sich aber teilweise mit ansässigen Initiativen verbünden (z.B. das Klimacamp im Rheinland, www.klimacamp-im-rheinland.de/). Eine Annäherung an die Bewertung der sich an Aktionen beteiligenden Personen oder Gruppen wurde in der Befragung erhoben, indem die befragten Bürger:innen gebeten wurden, sich einem ihrem Ermessen nach passendsten Statement zuzuordnen. Während mit 53 % knapp über die Hälfte der befragten Bürger:innen angab, »an Protesten und politischen Aktionen sollten alle teilnehmen, denen es wichtig ist«, schränkten 30 % dies weiter ein: Sie wollten, dass der Ausgangspunkt von Aktionen vor Ort auch im Revier liegt. Trotz einiger Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen und den Aktionen im Hambacher Forst sehen demnach die meisten befragten Bürger:innen Protestaktionen im Revier nicht als illegitim an – selbst jene nicht, die (auch) von externen Akteur:innen organisiert sind. 17 % stimmten allerdings dem Statement zu, dass nur Bürger:innen aus dem Revier an den Protesten im Revier teilnehmen sollten. Unter jenen Befragten, die sich keinem Statement zuordnen konnten, gaben einige an, nicht zu wissen, wie sie sich positionieren würden, andere forderten ein generelles Ende von Protesten und Aktionen.

Online-Debatten zum Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Da die Befragung gezeigt hat, dass vor allem Gegner:innen des Braunkohleausstieges online Beiträge teilen oder kommentieren, erscheint es sinnvoll, diese Form der Beteiligung einmal genauer in den Blick zu nehmen. Die Bedeutung, die Kommentaren und Diskussionen in den sozialen Medien zugeschrieben wird, variiert im wissenschaftlichen Kontext. Ein Beispiel für die wissenschaftliche Betrachtung von Online-Kommentaren findet sich bei Harlow (2011). Im Rahmen einer inhaltsanalytischen Auswertung von Facebook-Kommentaren wird der Plattform eine hohe Bedeutung für Protestaktionen vor Ort zugemessen. Harlow stellt fest, dass sich die Proteste online angebahnt und dann in Aktionen vor Ort niedergeschlagen haben. Hier spielten Kommentare bei Facebook für die zivilgesellschaftliche Mobilisierung eine relevante Rolle. Demnach motivierten Online-Kommentare mancher Leser:innen andere Personen, vor Ort aktiv zu werden (vgl. Harlow 2011: 237f.). Ziegele (2016) betrachtet die Bedeutung von Nutzer:innenkommentaren für die Anschlusskommunikation u.a. bei Facebook.

Auf der Social-Media-Plattform zeigt sich demnach »regelmäßig eine unbekümmerte und hedonistisch-orientierte kommunikative Transformation von Nachrichten« (Ziegele 2016: 556). Neben vielen weiteren Erkenntnissen stellt Ziegele Nutzer:innenkommentare insofern als besonders heraus, als dass in den Kommentaren keine Verhandlung von Realitätsvorstellungen, sondern eher eine Verteidigung dieser stattfindet (vgl. ebd.). Darüber hinaus wird in den Ausführungen von Ziegele und Jost (2020) deutlich, dass Online-Kommentare oftmals als unhöflich bzw. inzivil einzuordnen sind, was sie als »uncivil user comments« beschreiben (Ziegele/Jost 2020: 892). Das Vorhandensein von Leser:innenkommentaren unter Beiträgen ist somit nicht gleichzusetzen mit konstruktiven Diskussionen. Weitere Erkenntnisse zur Analyse von Leser:innenkommentaren bieten die Ausführungen von Haake (2015) vor dem Hintergrund der Frage, wie wissenschaftliches Wissen im Internet vermittelt wird. Es wird u.a. festgestellt, dass allein die Existenz von Kommentaren zu Online-Zeitungsartikeln die Aufmerksamkeit anderer Nutzer:innen darauf lenkt und demnach die bloße Kommentierung Artikel relevanter erscheinen lässt (vgl. Haake 2015: 12, 205). Kommentare unter Online-Zeitungsartikeln können also durch die Äußerung von Leser:innen zu bestimmten Themen »auf ihre eigene Weisung zur Orientierung, insbesondere über die öffentliche Meinung zum kommentierten Thema bei[tragen]« (Haake 2015: 217).

Die Bedeutung von Social-Media-Plattformen für die Meinungsbildung und Demokratie stellt u.a. Baringhorst heraus: »Gesteuert durch die Filter und Beschleunigungsdynamiken plattformspezifischer Algorithmen formiert sich die öffentliche Meinung in digital vernetzten Rückkopplungsschleifen oft blitzschnell und wellenförmig« (Baringhorst 2019: 103). Es entstünden, so Baringhorst, durch digitale Öffentlichkeiten »nicht nur neue Möglichkeiten einer staatlichen Überwachung und kommerziellen Datenausbeutung der Nutzer, sondern auch neue Möglichkeiten für eine macht- und herrschaftskritische Gegen-Überwachung durch das Internet nutzende Bürger« (Baringhorst 2019: 103), wobei sie im Verweis auf eine *Gegen-Überwachung* auf die Ausführungen Rosanvalls zur *Gegen-Demokratie* (2017) rekurriert:

»Aufgrund einer vulgären Sprache und undifferenzierter Argumentation werden Misstrauensbekundungen im Netz oft als Ausdruck irrationaler und niveauloser Wutbürger kritisiert. Dies verkennet aber das grundsätzlich demokratische Potential der spontanen und nicht strategieförmig entwickelten Misstrauensbekundungen. Nicht nur der organisierte Protest, auch die unorganisierten Empörungswellen im Netz sind grundsätzlich nicht undemokratisch oder demokratiegefährdend, sondern Ausdruck webbasierter zivilgesellschaftlicher Herrschaftskontrolle und Gegenmacht und damit eine Artikulation dessen, was, [...] mit Pierre Rosanvallon als »Gegen-Demokratie« (2014) bezeichnet werden kann« (Baringhorst 2019: 104).

Bis heute haben sich einige Konflikte rund um die Energiewende – wie die Auseinandersetzungen um den Braunkohleausstieg oder die Rodung des Hambacher Forstes – weiter zugespitzt. Beispiele wie die *Fridays for Future*-Bewegung verdeutlichen, welchen Stellenwert soziale Medien für die Verbreitung von Informationen haben können (vgl. Sommer et al. 2019: 19f.). Dazu haben die *klassischen* Printzeitungen in den letzten Jahren parallel Internetauftritte ausgebaut und sind auch auf den Social-Media-Plattformen vertreten. Die Facebook-Kanäle von Lokalzeitungen erreichen potenziell

eine Vielzahl an Bürger:innen aus den jeweiligen Regionen und darüber hinaus.⁴ Prinzipiell bieten die Facebook-Seiten von Zeitungen gute Voraussetzungen, um als Plattform zur Vernetzung von Personen aus der Region zu dienen: Kommentare zu interessierenden Themen können tagesaktuell und auch im Nachgang direkt unter den Pressebeiträgen hinterlassen werden, wodurch weitere Personen darauf aufmerksam gemacht werden und wiederum kommentieren können. Dabei kann jeweils aufeinander Bezug genommen oder unabhängig voneinander kommentiert werden.

»Soziale Medien und verwandte Techniken wie die Kommentarfunktion auf Nachrichten-Portalen bergen ein großes demokratietheoretisches Potenzial: Sie ermöglichen Laien den interaktiven Dialog mit Journalisten und politischen Akteuren auf Augenhöhe. Bürger sind nicht mehr ausschließlich aufnehmendes Publikum, sondern können unmittelbar und ohne Wechsel des Mediums bzw. Kanals auf Medieninhalte reagieren, sie weitergeben oder selbst eigene Inhalte veröffentlichen und damit als Kommunikatoren auftreten« (Schweiger 2017: 55).

Dass dieses demokratietheoretische Potenzial bisher nicht bzw. nur selten ausgeschöpft wird und Online-Debatten – insbesondere Online-Kommentare unter Beiträgen in sozialen Medien wie Facebook – häufig von Beleidigungen, Hass und Hetze geprägt sind, wurde in verschiedenen Untersuchungen herausgearbeitet und auch von Schweiger selbst vorweggenommen (vgl. Schweiger 2017: 3ff. sowie Gardiner et al. 2016; Ziegele 2016; Ziegele et al. 2020). Trotzdem gibt es einige Untersuchungen, die solchen Leser:innenkommentaren eine hohe Relevanz zuschreiben (vgl. Haake 2015; Harlow 2011; Kämpel/Springer 2016).

Vor dem Hintergrund des anstehenden Kohleausstiegs Deutschlands ergeben sich im und um das Rheinische Braunkohlerevier zahlreiche Kontroversen rund um die Themen Klimaschutz, Umsiedlungen, Arbeitsplatzverluste sowie die Chancen und Grenzen des Strukturwandels, die auch online ausgetragen werden. Soziale Medien können Debatten und Konflikte z.B. durch die schnelle Verbreitung von (Fehl-)Informationen und ungefilterte Meinungsäußerungen beeinflussen. Zudem eröffnen sie die Chance zur spontanen Vernetzung von Akteur:innen, wie es in der Vergangenheit schon bei der Organisation von Protesten gegen Tagebaue und Kraftwerke im Rheinischen Revier zu beobachten war (vgl. Deutschlandfunk 2018). Insbesondere die Diskussionen unter öffentlichen Beiträgen bei Facebook ufern oftmals aus, sodass dort häufig mehrere hundert Kommentare zu einzelnen Themen zu finden sind.

Um sich der Bedeutung von öffentlichen Online-Diskussionen für den Diskurs rund um die Auswirkungen des Braunkohleausstiegs und die Energiewende im Rheinischen Revier weiter anzunähern und herauszufinden, welche Inhalte besonders stark diskutiert werden, wurde eine engmaschige Beobachtung von Beiträgen und Diskussionen in

4 So hat die Facebook-Seite der *Rheinischen Post*, auf welcher mehrmals täglich aktuelle Presseartikel geteilt werden, im August 2022 gut 182.000 Follower:innen. Die Seite der *Aachener Nachrichten* weist gut 51.000 Follower:innen auf, denen die Artikel potenziell angezeigt werden. Zwar kann nicht sicher gesagt werden, wie viele Personen tatsächlich aus der Region stammen, jedoch ist davon auszugehen, dass sich vor allem Anwohner:innen für die Beiträge regionaler Tageszeitungen interessieren.

den sozialen Medien (Facebook, Instagram, Twitter) durchgeführt. Es hat sich gezeigt, dass neben den üblichen Kanälen und Gruppen von z.B. *Fridays for Future* insbesondere die Kommentarbereiche unter den bei Facebook geteilten Zeitungsartikeln als Diskussionsorte fungieren, weshalb sich hierauf ein genauerer Blick lohnt. Um einen regionalen Zusammenhang zum Rheinischen Revier zu gewährleisten und gleichzeitig eine große Bandbreite abzubilden, wurden deshalb von den Facebook-Seiten drei regionaler Tageszeitungen – der *Aachener Zeitung*, der *Aachener Nachrichten* sowie der *Rheinischen Post* – Themen von Pressebeiträgen und darauf bezugnehmende Diskussionen erhoben. Der Erhebungszeitraum wurde dabei auf die Jahre 2018 und 2019 festgelegt. In dieser Zeit kam es in der Region zu einigen Protestaktionen rund um den Hambacher Forst, die Kohlekommission stellte ihren Bericht vor und die *Fridays for Future*-Bewegung wurde aktiv. Erhoben wurden alle Facebook-Artikel und Kommentare, die nach Eingabe der Suchbegriffe »Rheinisches Revier« und »Rheinisches Braunkohle-Revier« auf den jeweiligen Seiten angezeigt wurden. Letztendlich konnten gut 200 geteilte Pressebeiträge mit ca. 10.000 Leser:innenkommentaren erfasst werden, wobei manche Beiträge keine und andere eine Vielzahl von Kommentaren aufweisen.

Obgleich die Auswertungen noch im Gange sind, kann bereits festgehalten werden, dass sich die bisherigen Ergebnisse von den Erkenntnissen Harlows (2011), welche durch Facebook-Kommentare eine Mobilisierung von Personen vor Ort feststellen konnte, unterscheiden. Die ersten Analysen bestätigen stattdessen Beobachtungen von Ziegele und Jost (2020). Anstatt soziale Netzwerke zur Vernetzung und für einen konstruktiven Austausch zu nutzen, werden dort Anschuldigungen und Vorwürfe verbreitet, was die kommentierenden Bürger:innen auf den ersten Blick mehr gegeneinander aufbringt, als dass es zur Bildung von Gruppen oder Netzwerken führt. Eine Vielzahl der Kommentare lassen sich zudem als »uncivil user comments« (Ziegele/Jost 2020) charakterisieren, da sie Beleidigungen von öffentlichen Personen und Institutionen sowie vor allem von weiteren Kommentierenden enthalten. Diese inzivilen Kommentare sollten dabei nicht per se als destruktiv abgetan werden. Folgt man der Argumentation Rosanvillons und Baringhorsts, können diese in Teilen auch als Misstrauensbekundungen im Sinne der Gegen-Demokratie angesehen werden. So können kritische Fragen oder unbelegte Behauptungen der Kommentierenden wichtige Hinweise zu Unsicherheiten und Informationsbedarfen in der (lokalen) Bevölkerung geben. Daneben gibt es auch Kommentare und Diskussionen, in denen sich z.B. sachlichen Fragen rund um das Thema erneuerbare Energien gewidmet wird und Behauptungen anhand von Quellen widerlegt oder ausdiskutiert werden.

Nach diesem ersten, groben Einblick in die Online-Diskussionen rund um das Rheinische Braunkohlerevier bleiben noch einige Fragen offen, welche künftig beantwortet werden sollen. So ist von Interesse, welche Beiträge und Themen rege und welche gar nicht kommentiert werden. Gibt es hier ein erkennbares Muster oder finden die Diskussionen eher zufällig statt? Welche Konfliktlinien werden in den Beiträgen erkennbar und welche Argumente werden seitens der Kommentierenden jeweils vorgebracht? Zudem stellt sich die Frage, welche Akteur:innen in den Online-Diskussionen genannt und z.B. in der Verantwortung für einen gelungenen Strukturwandel gesehen werden. Gibt es neben inzivilen Äußerungen auch Vorschläge oder gar Lösungsansätze, wie den Herausforderungen des Braunkohleausstieges im Rheinischen Revier begegnet werden

kann? Können neben den polarisierenden Diskussionen auch Ansätze zur Vernetzung ausgemacht werden?

Diskussion und Ausblick

Der Braunkohleausstieg zielt auf die Veränderung eines sozio-technischen Systems, wobei verschiedene Dimensionen (technologische, materielle, organisationale, institutionelle, politische, ökonomische und sozio-kulturelle) und jeweils unterschiedliche Akteur:innen involviert sind, weshalb von einem längerfristigen Strukturwandel auszugehen ist (vgl. Markard/Raven/Truffer 2012: 956). Zwar soll der Braunkohleausstieg dem Gemeinwohl dienen, indem weniger Emissionen bei der Stromproduktion frei werden und so das Klima geschützt wird. Allerdings bedeutet der Ausstieg für einige Bürger:innen in Deutschland mehr als eine geänderte Zusammensetzung dessen, was aus der Steckdose kommt. Die betroffenen Bürger:innen, Unternehmen und Kommunen müssen und werden den Strukturwandel erfahren und können ihn zum Teil auch mitgestalten. Der Wandel erfordert also von manchen mehr Adaptionsleistungen als von anderen. Im Rheinischen Braunkohlerevier leben viele Bürger:innen, von denen nun mehr Anpassung erwartet wird. Dennoch gibt es bisher wenig Wissen darüber, wie sie den Braunkohleausstieg in ihrem Revier wahrnehmen und bewerten. Mit diesem Beitrag konnte bereits ein Teil dieser Forschungslücke geschlossen werden. Gerade in Diskussionen um fehlende Akzeptanz in der Energiewende oder eine Krise der Demokratie durch fehlende Repräsentation in entscheidenden, politischen Prozessen lohnt es sich, hier genauer hinzusehen.

Vorgestellt wurden Ergebnisse einer Befragung zur Wahrnehmung und Bewertung des Braunkohleausstieges durch im Rheinischen Revier lebende Bürger:innen. Dabei zeigte sich, dass die befragten Bürger:innen den Braunkohleausstieg unterschiedlich bewerteten. Zwar befürwortete ihn ein großer Teil der Befragten, aber viele standen ihm skeptisch gegenüber oder lehnten ihn ab. Auch befürchteten viele negative Folgen für ihre Region durch den Ausstieg. Doch trotz der vielen Unsicherheiten und des durchaus vorhandenen Konfliktpotenzials waren der Braunkohleausstieg und Strukturwandel für die meisten befragten Bürger:innen nicht die vorrangigen, geschweige denn konfliktreichen Gesprächsthemen in ihrem sozialen Umfeld. Ein gewisser Teil der Befragten brachte sich in den Braunkohleausstieg und den damit verbundenen Strukturwandel in verschiedener Form (politisch) ein; dennoch zeigt sich auch hier, dass Beteiligung eben selektiv verläuft (vgl. Glaab 2016: 19) und voraussetzungsvoll ist (vgl. Schlozman/Brady/Verba 2018: 50).

Durch die Verbindung der quantitativen Ergebnisse der Befragung mit der Analyse von Online-Kommentaren auf der Plattform Facebook lassen sich einige Befunde vertiefen. Mit 8 % erscheint der Anteil der Befragten, die online etwas gepostet haben, auf den ersten Blick gering – insbesondere im Vergleich zu den anderen Beteiligungsformen. Die vergleichsweise kleine Gruppe derer, die angibt online zu posten, steht scheinbar im Widerspruch zu dem Eindruck, der gewonnen wird, wenn man die Debatten rund um den Kohleausstieg und die Entwicklung der Region in den sozialen Medien verfolgt. Insbesondere bei Facebook sind rege Diskussionen von einer Vielzahl verschie-

dener Personen zum Braunkohleausstieg und der Energiewende zu finden. Während zu manchen Aspekten keine Online-Debatten aufkommen, werden andere Themen intensiv und mit z.T. mehreren hundert Kommentaren ausufernd diskutiert. Obgleich sich im Vergleich zu den anderen, in der Befragung untersuchten Beteiligungsformen wenige Personen über eine aktive Teilnahme an Online-Diskussionen beteiligen, sind diese nicht zu vernachlässigen, da ihre Beiträge potenziell eine hohe Reichweite haben und Einstellungen der passiven Nutzer:innen beeinflussen können (vgl. u.a. Tenenboim/Masullo/Lu 2019; zu Konformitätseffekten bei Facebook siehe Bak/Keßler 2012).

Insgesamt fanden sich in der ersten Analyse Hinweise, welche auf unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich des Umgangs mit dem Braunkohleausstieg hindeuten. Wenngleich nicht sicher gesagt werden kann, woher die jeweils Kommentierenden stammen, können verschiedene Konflikte rund um die Energiewende sichtbar gemacht werden. Die vorgelegten Ergebnisse sind im weiteren Verlauf der Vorhaben durch zusätzliche Analysen zu überprüfen, zu verfeinern und tiefergehend in den Forschungsstand einzubetten. Insbesondere ist von Interesse, wie sich Bürger:innen, die den Braunkohleausstieg (eher) negativ bewerteten oder ablehnen, von jenen unterscheiden, die ihn (eher) positiv bewerteten. Einschränkend anzumerken ist, dass die Ergebnisse als Querschnittsuntersuchungen lediglich eine Momentaufnahme innerhalb des Ausstiegprozesses darstellen können. Es kann jedoch festgehalten werden, dass von den vorherrschenden medialen Debatten zu bestimmten Themen (wie der sehr konflikthaft beschriebene Kohleausstieg oder die Abholzung des Hambacher Forstes) nur sehr eingeschränkt auf die Wahrnehmung derselben Themen durch die Bürger:innen in betroffenen Regionen geschlossen werden kann. Auch Online-Debatten, wie sie unter Zeitungsartikeln in Kommentarbereichen ablaufen, eignen sich nur begrenzt zur Ermittlung der Einstellungen in der Bevölkerung zu aktuellen Kontroversen. Es lohnt sich, verschiedene Ebenen, auf denen Konflikte um den Braunkohleausstieg ausgetragen und diskutiert werden, analytisch und empirisch zu trennen, um trotz mancher *vocal minority* die *silent majority* (vgl. Bell/Gray/Haggett 2005: 468; Hildebrand/Rau/Schweizer-Ries 2018: 200) nicht aus dem Blick zu verlieren.

Literatur

- Bak, Peter/Keßler, Thomas (2012): »Mir gefällt's, wenn's euch gefällt! Konformitätseffekte bei Facebook«, in: Journal of Business and Media Psychology 3 (2), S. 23-30.
- Baringhorst, Sigrid (2019): »Der Nutzer als Wächter – Zivilgesellschaftliche Medienpraktiken eines herrschaftskritischen Going Public im Internet«, in: Jonas Bedford-Strohm/Florian Höhne/Julian Zeyher-Quattlender (Hg.), Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Perspektiven auf politische Partizipation im Wandel, Baden-Baden: Nomos, S. 103-119.
- Bell, Derek/Gray, Tim/Haggett, Claire (2005): »The »Social Gap« in Wind Farm Siting Decisions: Explanations and Policy Responses«, in: Environmental Politics 14, S. 460-477.
- BMWi, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.) (2019): Abschlussbericht der Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«. Online verfü-

- bar unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.html>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- BUND NRW (o.J.): Braunkohlenkraftwerke im Rheinland. Online verfügbar unter: <http://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlenkraftwerke/kraftwerksstandorte/>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Butzlaff, Felix (2015): Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder. Bielefeld: transcript.
- Dehio, Jochen/Janßen-Timmen, Ronald/Schmidt, Torsten (2018): Strukturdaten für die Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«, Essen. Online verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/handle/10419/202065?locale=de>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Dehio, Jochen/Schmidt, Torsten (2018): Diskussionspapier: Gesamt- und regionalwirtschaftliche Bedeutung des Braunkohlesektors und Perspektiven für die deutschen Braunkohleregionen Gesamt- und regionalwirtschaftliche Bedeutung des Braunkohlesektors und Perspektiven für die deutschen Braunkohleregionen, RWI Materialien 126, Essen.
- Deutschlandfunk (2018): Großes Polizeiaufgebot im Hambacher Forst. Online verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/braunkohlebergbau-grosses-polizeiaufgebot-im-hambacher-forst-100.html>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein (März 2022): Braunkohle in Deutschland: Daten und Fakten 2021. Online verfügbar unter https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2021/04/DEBRIV_Statistikflyer-2021-final.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (o.J.): Nettostromerzeugung in Deutschland in 2019. Energy Charts, https://energy-charts.info/charts/energy_pie/chart.htm?l=de&c=DE&year=2019&interval=year. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Fronde, Manuel/Budde, Rüdiger/Dehio, Jochen/Janßen-Timmen, Ronald/Rothgang, Michael/Schmidt, Torsten (2018): Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen. Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) Projektnummer: I C 4 – 25/17.
- Gardiner, Becky/Mansfield, Mahana/Anderson, Ian/Holder, Josh/Louter, Daan/Ukmanu, Monica (2016): The dark side of Guardian comments. Online verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/technology/2016/apr/12/the-dark-side-of-guardian-comments>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Glaab, Manuela (2016): »Hohe Erwartungen, ambivalente Erfahrungen? Zur Debatte um »mehr Bürgerbeteiligung« in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft«, in: Manuela Glaab (Hg.), Politik mit Bürgern – Politik für Bürger, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 3-25.
- Haake, Gianna (2015): Das Wissen der Leser. Leserkommentare zwischen Wissenschaftsjournalismus und Social Web, Konstanz und München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Harlow, Summer (2011): »Social media and social movements: Facebook and an online Guatemalan justice movement that moved offline«, in: new media & society 14 (2), S. 225-243.

- Hildebrand, Jan/Rau, Irina/Schweizer-Ries, Petra (2018): »Akzeptanz und Beteiligung – ein ungleiches Paar«, in: Lars Holstenkamp/Jörg Radtke (Hg.), Handbuch Energiewende und Partizipation, Wiesbaden: Springer VS, S. 195-209.
- IT NRW (2022): Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen. Online verfügbar unter: <https://www.it.nrw/statistik/eckdaten/bevoelkerung-nach-gemeinden-93051>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Jansen, Dirk (2021): Verheizte Heimat. Dörfer auf der Roten Liste. Online verfügbar unter: https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2021_Verheizte_Heimat_Liste_der_Umsiedlungen_im_Rheinland.pdf. Zuletzt aufgerufen am 13.10.2022.
- Kopp, Julia (2017): »Eigentlich füllen wir nur ein Verantwortungsvakuum aus.« Die Konflikte aus Perspektive der Bürgerinitiativen«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 123-135.
- Kümpel, Anna Sophie/Springer, Nina (2016): »Commenting quality. Effects of user comments on perceptions of journalistic quality«, in: Studies in Communication and Media 5 (3), S. 353-366.
- Markard, Jochen/Raven, Rob/Truffer, Bernhard (2012): »Sustainability transitions: An emerging field of research and its prospects«, in: Research Policy 41, S. 955-967.
- MWIKE.NRW, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie Nordrhein-Westfalen (2022a): Eckpunktepapier zum vorgezogenen Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier, Düsseldorf. Online verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/eckpunktepapier-er-rwe-kohleausstieg.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 12.10.2022.
- MWIKE.NRW, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie Nordrhein-Westfalen (2022b): Ergebnisbericht: Braunkohleausstieg 2030 in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. Online verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/ergebnisbericht-braunkohleausstieg-2030.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 12.10.2022.
- MWIKE.NRW, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie Nordrhein-Westfalen (2022c): Fragen und Antworten im Zusammenhang mit den zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen und der RWE AG vereinbarten Eckpunkten für einen Kohleausstieg 2030, Düsseldorf. Online verfügbar unter: https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/20221004_fragen-und-antworten-zum-eckpunktepapier_o.pdf. Zuletzt aufgerufen am 12.10.2022.
- Öko-Insitut (2022): Die deutsche Braunkohlenwirtschaft 2021. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen. Studie im Auftrag von Agora Energiewende und der European Climate Foundation.
- Rosanvallon, Pierre (2017): Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens, Hamburg: Hamburger Edition.
- Schlozman, Kay L./Brady, Henry E./Verba, Sidney (2018): Unequal and Unrepresented. Political Inequality and the People's Voice in the New Gilded Age, Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Schmid-Engbrodt, Anja/Schmidt, Judith (2020): »Umsiedlungsgeschichte als Lebensgeschichte. Ein Forschungs- und Dokumentationsprojekt des LVR-Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte zu den letzten ›Umsiedlungsdörfern‹ im Abbaugebiet des Braunkohlentagebaus Garzweiler II«, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 2019/2020, S. 101-116.
- Schweiger, Wolfgang (2017): Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern, Wiesbaden: Springer.
- Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb working paper series, 2, Berlin: ipb.
- Tenenboim, Ori Chen/Masullo, Gina/Lu, Shuning (2019): Attacks in the comment sections: What it means for news sites. Center for Media Engagement. Online verfügbar unter: <https://mediaengagement.org/research/attacks-in-the-comment-sections>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- WDR5 Stadtgespräch (2020): Gespaltene Dörfer, zerrissene Herzen. Doch kein Frieden nach dem Kohle-Aus?
- Wüst, Karl-Heinz (1977): Zur Umsiedlung von Dörfern im rheinischen Braunkohlengebiet am Beispiel Königshoven, Berlin: Technisch Universität Berlin.
- Ziegele, Marc (2016): Nutzerkommentare als Anschlusskommunikation. Theorie und qualitative Analyse des Diskussionswerts von Online-Nachrichten, Wiesbaden: Springer VS.
- Ziegele, Marc/Jost, Pablo B. (2020): »Not Funny? The Effects of Factual Versus Sarcastic Journalistic Responses to Uncivil User Comments«, in: Communication Research 47(6), S. 891-920.
- Ziegele, Marc/Quiring, Oliver/Essau, Katharina/Friess, Dennis (2020): »Linking News Value Theory With Online Deliberation: How News Factors and Illustration Factors in News Articles Affect the Deliberative Quality of User Discussions in SNS' Comment Sections«, in: Communication Research 47(6), S. 860-890.

Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende – ein sozialer Konflikt (der Zukunft)?

Nina Kerker

Einleitung¹

Als zentraler soziotechnischer Transformationsprozess (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138), der wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Bemühungen um eine nachhaltigere Zukunft ist, wird die Energiewende die deutsche Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten tiefgreifend prägen. Die damit einhergehenden Ziel- und Spannungskonflikte werden schon heute durch den Widerstand gegen lokale Infrastrukturprojekte (vgl. Kamlage/Engler/Sponheuer 2019: 15f.) und die wachsende Kritik an der Umsetzung (vgl. Römer/Steinbrecher 2021; Setton/Matuschke/Renn 2017; Teune et al. 2021) sichtbar. Ursächlich für existierende Auseinandersetzungen könnte unter anderem eine zunehmende Stadt-Land-Polarisierung im Themenfeld sein. Im wissenschaftlichen und medialen Diskurs traten in den letzten Jahren mehrfach Hypothesen zu vermeintlichen Konfliktgegenständen zwischen Stadt- und Landbevölkerung im Kontext der Energiewende auf (vgl. Czada/Radtke 2018: 66; Gailing/Röhring 2015: 31; Holstenkamp/Radtke 2020; Krüger 2021: 549; Messinger-Zimmer/Zilles 2016: 49).

Ausgangspunkt dieser Annahmen ist die Feststellung, dass urbane und ländliche Räume in unterschiedlichem Maße von der Energiewende betroffen sind und zukünftig sein werden (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138). Zwar erfolgt die Umsetzung notwendiger Infrastrukturprojekte für den Transformationsprozess sowohl in städtischen

1 Hiermit möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des von der Mercator-Stiftung geförderten Demokon-Projektes (2019-2022) für die gemeinsame Konzeptualisierung, Datenerhebung und -bereitstellung bedanken. Für den wissenschaftlichen Austausch bedanke ich mich bei Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Beate Küpper, Julia Schatzschneider, Maike Rump und Nico Mokros von der Hochschule Niederrhein, Simon Teune und Marius Michel vom Institute for Advanced Sustainability Studies, Jörg Radtke und Emily Drawing von der Universität Siegen sowie Michael Melzer und Teike Scheepmaker vom Institut Raum und Energie. Besonderer Dank gilt Simon Teune und Maike Rump für die Datenaufbereitung der ausgewerteten Bevölkerungsumfrage sowie meinen (ehemaligen) Kolleg:innen Stine Marg, Julia Zilles und Lucas Kuhlmann für die wissenschaftliche Unterstützung während des gesamten Forschungsprozesses.

als auch in ländlichen Gebieten, allerdings machen sich die visuellen Veränderungen des Lebensraums bei der Landbevölkerung stärker bemerkbar, z.B. durch Windkraftanlagen und Stromtrassen (vgl. ebd.). Außerdem sorgt die zunehmende Expansion erneuerbarer Energien dafür, dass Bürger:innen diese vermehrt als Gefahrenquellen für Mensch und Natur sehen (vgl. Krüger 2020: 14; Ohlhorst/Schön 2010: 216f.). Dieser Argumentation folgend ergäbe sich ein ungleiches Kosten-Nutzen-Verhältnis der Energiewende für Stadt- und Landbewohner:innen. Während die Landbevölkerung vornehmlich die Lasten zu tragen hätte, blieben die Städte »verschont« (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138). Forscher:innen vermuten daher die Entstehung eines Gefühls der Benachteiligung bei der ländlichen Bevölkerung, da sie mit der Veränderung ihres Lebensraums täglich konfrontiert würden und die Energiewende vor allem von Personen gefördert und beschlossen werde, die den urbanen Milieus zugerechnet werden (vgl. Gailing/Röhring 2015: 37; Holstenkamp/Radtke 2020: 139). Die Vermutungen werden gestützt durch die Ergebnisse der qualitativen Untersuchungen von Messinger-Zimmer und Zilles (2016) sowie Leibenath, Wirth und Lintz (2016). Beide Forschungsteams identifizierten in ihrem Material die Erzählung, dass Landbewohner:innen sich von der Stadtbevölkerung ausgenutzt fühlen, da ländliche Räume als Energielieferanten fungieren müssen, während der Stromverbrauch vornehmlich auf Städte und Industriezentren zurückzuführen sei (vgl. Leibenath/Wirth/Lintz 2016: 209; Messinger-Zimmer/Zilles 2016: 49). Diese empfundene Ungerechtigkeit wird von einigen Befragten dadurch untermauert, dass die Landbevölkerung ebenfalls negative gesundheitliche Auswirkungen durch erneuerbare Energien in Kauf nehmen müsse (vgl. Leibenath/Wirth/Lintz 2016: 209). Weitergehend stellten Messinger-Zimmer und Zilles fest, dass zur Unterstützung dieser Narrative teilweise auf eine »strukturell historische Benachteiligung« der Landbevölkerung gegenüber der Stadtbevölkerung verwiesen wurde (vgl. 2016: 49). Die Situation verschärft sich, wenn ländliche Gegenden nicht angemessen an den Gewinnen der Energieproduktion beteiligt werden und in erster Linie regionsexterne Investor:innen profitieren (vgl. Gailing/Röhring 2015: 40). Zusätzlich könnten bestehende Stadt-Land-Differenzen wie etwa die Finanz- und Strukturschwäche sowie Abwanderungstendenzen in einigen ländlichen Regionen die Spannungen erhöhen (vgl. BBSR 2011: 15; Danielzyk 2020: 98ff.; Wiegandt/Krajewski 2020: 27).

Bisher weniger beleuchtet wurde die Perspektive der Städter:innen im vermuteten Konfliktfeld. Eine rigorosere Umsetzung der Energiewende in den Städten würde insbesondere auf das Problem der Flächenknappheit stoßen, wodurch lediglich eine mangelhafte Verfolgung weiterer Flächennutzungsziele wie beispielsweise die Bereitstellung von Wohn- und Erholungsraum, Verkehrsinfrastruktur und Klimaanpassungsmaßnahmen (vgl. Dena 2019: 18) möglich wäre und folglich die Entstehung diverser Herausforderungen in anderen Lebensbereichen mit sich bringen würde. Aus Sicht der urbanen Bevölkerung ist daher die Argumentation denkbar, dass bauliche Maßnahmen im Kontext der Energiewende sinnvollerweise dort umgesetzt werden sollen, wo Platz ist, nämlich in ländlichen Räumen. Bedenkt man, dass der als zukunftsweisend erachtete Transformationsprozess durch Proteste in ruralen Gegenden gegen konkrete Infrastrukturprojekte verlangsamt wird (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017:

247f.; Reusswig et al. 2016: 21), ist weitere Empörung der Städter:innen über Teile der Landbevölkerung anzunehmen.

Zukünftig könnte das identifizierte Konfliktpotenzial durch die Pläne der Ampel-Koalition zum beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien weitere Wirkmacht entfalten. Die zuvor präsentierten Hypothesen lassen die Vermutung zu, dass aus den Differenzen ein Konflikt erwächst, welcher die Energiewende, unsere Gesellschaft sowie unsere Demokratie zunehmend prägen wird. Allgemein ist zu berücksichtigen, dass der Transformationsprozess uns nicht nur vor technische, sondern vermehrt vor soziale Herausforderungen stellen wird (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138; Kamlage/Engler/Sponheuer 2019: 12).

Die Überlegungen implizieren, dass ein tieferes Verständnis der Konfliktodynamiken im Themenfeld notwendig ist, um eine wissenschaftliche Grundlage für einen produktiven Umgang mit den vermuteten Auseinandersetzungen herbeizuführen. Da bisher allerdings vornehmlich Hypothesen zu bestehenden Stadt-Land-Konflikten im Rahmen der Energiewende und seltener empirisch generierte Befunde vorliegen, soll in diesem Beitrag der grundlegenden Forschungsfrage nachgegangen werden, ob soziale Konflikte zwischen Stadt- und Landbevölkerung im Kontext der Energiewende virulent sind. Durch die kritische Prüfung der Existenz der Stadt-Land-Konflikte kann eine Einschätzung dazu erfolgen, inwiefern diese als Einflussvariable in zukünftigen theoretischen und empirischen Arbeiten in der sozialwissenschaftlichen Energiewendeforschung berücksichtigt oder vernachlässigt werden sollte und gegebenenfalls fundiertes Wissen zu den Konfliktgegenständen generiert werden.

Der Bedarf der Hypothesenprüfung ergibt sich weiterhin aus bisherigen Forschungsergebnissen, welche Zweifel am Bestehen von Stadt-Land-Disparitäten im Kontext der Energiewende aufkommen lassen. Die Befunde des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS e.V. Potsdam) brachten hervor, dass die Energiewende »gleichermaßen auf dem Land wie in den Städten« (Setton/Matuschke/Renn 2017: 6) befürwortet wird. Auch Teune et al. fanden bei der Auswertung ihrer deutschlandweiten Online-Befragung heraus, dass Stadt-Land-Unterschiede bei der Einstellung zur Energiewende eher eine untergeordnete Rolle spielen (vgl. 2021: 3). Holstenkamp und Radtke kamen bei ihrer vergleichenden Analyse der Beteiligung an Bürgerenergiegenossenschaften zu dem Ergebnis, dass sich unabhängig vom Wohnort ähnliche Bevölkerungsteile an den Investitionen beteiligen und die Untersuchungsbefunde somit keine tiefgreifenden Rückschlüsse auf die Stadt-Land-Konfliktlinie zulassen (vgl. 2020: 167). Überdies weist Eichenauer darauf hin, dass die vermuteten Stadt-Land-Konflikte im Rahmen der Energiewende möglicherweise überschätzt werden. Ihre Untersuchungen rund um den Ausbau von Windkraftanlagen lieferten bisher keine Anzeichen für Auseinandersetzung zwischen den beiden Raumgruppen (vgl. Eichenauer/Kühn 2021).

Theoretische Grundlage und Vorgehen

Um der Forschungsfrage empirisch nachzugehen, wird für diese Analyse das theoretische Konfliktverständnis nach Friedrich Glasl (1990) genutzt. Demnach ist ein sozialer Konflikt:

»eine Interaktion zwischen Akteuren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.), wobei wenigstens ein Akteur Unvereinbarkeiten im Denken/Vorstellen/Wahrnehmen und/oder Fühlen und/oder Wollen mit dem anderen Akteur (anderen Akteuren) in der Art erlebt, daß im Realisieren eine Beeinträchtigung durch einen anderen Akteur (die anderen Akteuren) [erfolgt]« (Glasl 1990: 14f.).

Die Definition eignet sich aus drei Gründen für die Untersuchung: Erstens deckt sie ein breites Spektrum möglicher Empfindungen ab, wodurch die angelegte Definition offen und sensibel für mannigfaltige Erscheinungsformen des vermuteten Konfliktes ist. Zweitens ist dem Verständnis inhärent, dass ein Konflikt lediglich von einer Konfliktpartei registriert werden kann. Folglich ermöglicht die Fokussierung auf die Wahrnehmungen und Einstellungen einer der beiden anvisierten Konfliktgruppen die Identifikation von Konfliktgegenständen. Drittens setzt die Definition keine Institutionalisierung der gesellschaftlichen Differenzen voraus. Durch dieses Verständnis kann zusätzliche Offenheit im Feld gewahrt und Konflikte bereits in einem keimenden Anfangsstadium identifiziert werden.

Ein weiterer Bestandteil der theoretischen Grundlage dieses Beitrags ist die Konzeptualisierung städtischer und ländlicher Gebiete. Im Anschluss an aktuelle Befunde der Raumsoziologie (vgl. Küpper 2020) werden Stadt und Land in dieser Arbeit nicht als homogene und stabile Räume verstanden, da sie nicht mehr als »klar abgrenzbare Territorien mit jeweils einheitlichen Lebensweisen« (Förtner/Belina/Naumann 2019: 40) existieren. Die beiden Kategorien können demzufolge nicht als dichotome Gegenüberstellung betrachtet werden, sondern bilden ein Kontinuum, »dessen Extrempole die Großstadt und die Landgemeinde sind« (Petermann 2002: 29). Trotz der Anerkennung der Diversität ländlicher und urbaner Räume wird davon ausgegangen, dass eine Kategorisierung der beiden Raumgruppen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verworfen werden kann. Diese Einschätzung basiert auf der Prämisse, dass weiterhin räumliche Muster bestehen, welche eine Analyse der angenommenen Einstellungsdimensionen rechtfertigen (vgl. Förtner/Belina/Naumann 2019: 40; Haffert/Mitteregger 2022). Überdies sollte berücksichtigt werden, dass die bereits teilweise als obsolet erklärten Raumkategorien aufgrund der sich angleichenden Lebensverhältnisse (vgl. Küpper 2020: 5) nicht automatisch verschwinden. Denn die Alltagssprachliche Verwendung der Dichotomie wird sich vermutlich weiterhin auf die Denkmuster der Menschen auswirken und somit auch zukünftig Anwendung finden, insbesondere im Hinblick auf Gruppenbildung und -zugehörigkeit (vgl. Siedentop/Stroms 2021: 5).

Basierend auf diesem theoretischen Verständnis wurden qualitative sowie quantitative Daten aus dem Projekt »Eine demokratische Konfliktkultur für die Energie-

wende« (Demokon)² mithilfe eines Mixed-Methods-Designs analysiert (siehe zu diesem Projektkontext auch die Beiträge von Marg und Kuhlmann; Reusswig, Lass und Bock; Schatzschneider und Mokros sowie Teune in diesem Band). Das im Zeitraum von Dezember 2020 bis Juli 2021 generierte Material wurde bereits in der Erhebungsphase miteinander verzahnt, wodurch sich erhebliche Vorteile für die Erhöhung valider Forschungsergebnisse ergeben. Ein Kriterium für die Wahl des Untersuchungszeitraums war die zum gewählten Zeitpunkt mutmaßliche Existenz regionaler Energiewendekonflikte in den qualitativen Analysefällen. Die Untersuchung von Konfliktregionen erscheint insbesondere durch die vermutlich intensive lokale Auseinandersetzung mit dem Transformationsprozess reizvoll. Es besteht die Annahme, dass der entfachte Diskurs über die verhandelte Energiewendemaßnahme auch andere Konfliktgegenstände im Themenfeld deutlicher zu Tage treten lässt.

Zum untersuchten Material gehört einerseits eine vom IASS e.V. Potsdam sowie der Hochschule Niederrhein erhobene deutschlandweite, repräsentative Bevölkerungsumfrage zu Themen rund um die Energiewende (siehe auch Teune sowie Mokros/Schatzschneider in diesem Band). Diese umfasst eine Stichprobe von 2.013 Personen, die sich aus einer Zufallsziehung der Befragten aus dem forsa.omninet-Panel zusammensetzt. Die Online-Befragung wurde mithilfe eines strukturierten Fragebogens durchgeführt, welcher vornehmlich auf bewährten Erhebungsinstrumenten wie dem »Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer« (vgl. Setton 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021) und der »Mitte-Studie« (vgl. Zick/Küpper 2021) beruht (vgl. Teune et al. 2021: 7). Als Grundgesamtheit der untersuchten bundesweiten Stichprobe in dieser Arbeit gelten alle in Privathaushalten in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren, die das Internet nutzen (vgl. ebd.: 11). Die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft ausgewählter Zielpersonen wurde durch nachträgliche Gewichtung (Region, Geschlecht, Alter) ausgeglichen, welche auf den selbst erhobenen Strukturzahlen von Forsa für Internetnutzer:innen basiert (vgl. ebd.: 7). Die Unterscheidung städtischer und ländlicher Räume erfolgte basierend auf der von Umfrageteilnehmer:innen getroffenen Zuordnung des eigenen Wohnsitzes zu einer Raumkategorie (Großstadt, Vorort oder Randgebiet einer Großstadt, Stadt oder Kleinstadt, Dorf, alleinstehender/s Bauernhof oder Haus). Während Großstädte und deren Vororte als urbane Gegenden gewertet werden, bilden die übrigen Rubriken die Sphäre ländlicher Räume in dieser Analyse ab. Gegenüber einer Einteilung geografischer Kategorien durch Kennziffern wie Einwohnerzahl oder Bevölkerungsdichte bietet die selbst gewählte Zuordnung der Menschen den Vorteil, die individuelle Wahrnehmung und Verortung des eigenen Lebensraums zu berücksichtigen. Der quantitative Analyseteil bedient sich deskriptiver sowie inferenzstatistischer Verfahren, welche computergestützt mithilfe des Programms IBM SPSS durchgeführt wurden. Dazu zählen bivariate Analysen in Form von Kreuztabellen, um die Beziehung zwischen diversen Energiewende-Items und den ausgewählten Raumkategorien zu beschreiben sowie die Durchführung von t-Tests für unabhängige

2 Das Demokon-Projekt befasst sich inhaltlich mit dem Einfluss des Populismus bzw. als populistisch deklarierte Akteur:innen auf den gesellschaftlichen Diskurs über die Energiewende sowie den Auswirkungen auf das Projekt als solches (vgl. Reusswig et al. 2021).

Stichproben zur Prüfung der inhaltlichen Bedeutsamkeit möglicher Mittelwertunterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung hinsichtlich Einstellungsmustern zur Energiewende.

Andererseits umfasst das analysierte Datenmaterial Transkripte von vierundzwanzig semistrukturierten Leitfadeninterviews mit einem Umfang jeweils zwischen 30 bis 90 Minuten, welche durch Mitarbeiter:innen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung geführt wurden. Im Format telefonischer Einzelinterviews erfolgten Gespräche mit Personen, die in ländlichen Gegenden mit virulenten Energiewendekonflikten leben, aber selbst nicht in das lokale Konfliktgeschehen involviert sind, sogenannte Unbeteiligte³. Um das Themenfeld der Stromwende als wesentlichen Bestandteil der Energiewende und die inhärenten Konflikte in ihrer Breite abzubilden, wurden bei der Fallauswahl unterschiedliche Konfliktgegenstände berücksichtigt. Die drei Untersuchungsgebiete sind geografisch breit gestreut und beleuchten jeweils einen Konflikt um einen oberirdischen Aus- bzw. Umbau einer Hochspannungsleitung (Projekt Ultramet im Landkreis Ahrweiler, Rheinland-Pfalz), die Errichtung von Windkraftanlagen (im Bereich der Friedländer Großen Wiese, Mecklenburg-Vorpommern) und den Kohleausstieg in der Lausitz (Spremberg, Brandenburg). Die Gruppe der Unbeteiligten ist für das Erkenntnisinteresse interessant, da die Personen einen Ausschnitt der lokalen Gesellschaft sowie aufgrund der diagnostizierten Ländlichkeit der Fallregionen ebenso Repräsentant:innen der Gruppe der Landbevölkerung darstellen. Anders als bei Aktivist:innen im Konfliktfall kann bei den Unbeteiligten von einer größeren Verallgemeinerbarkeit ihrer Einstellungen zur Energiewende sowie der Wahrnehmung möglicher Konflikte ausgegangen werden. Gegenstand der Gespräche waren die Themen Leben in der Region, Wahrnehmung des regionalen Energiewendekonfliktes, Energiewende und Populismus sowie Repräsentation, Partizipation und Legitimation in lokalen Konflikten. Des Weiteren wurde gegen Gesprächsende ein Item⁴ aus der zuvor beschriebenen deutschlandweiten Bevölkerungsumfrage präsentiert, welches in Form einer Aussage ein Stadt-Land-Konfliktnarrativ wiedergibt. Für die Analyse des transkribierten Interviewmaterials wurde ein hermeneutisch-interpretativer Auswertungsansatz gewählt, welcher Instrumente der qualitativ-interpretativen sowie qualitativ-rekonstruktiven Sozialforschung vereint. Grundlage ist das methodische Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, welches sich jedoch von einer strikten Regelgeleitetheit bei der Vergabe der Codes löst, um zu verhindern, dass mehrdeutige oder diffuse Aussagen durch das vorgegebene Kategoriensystem nicht in der Gesamtanalyse berücksichtigt werden (vgl. Klecha/Marg/Butzlaff 2013: 40). Ein weiterer Schritt ist die kritische Reflexion und Weiterentwicklung entworfenen Interpretationsmuster durch Auswertungsworkshops mit mehreren Forschenden. Im Zuge dessen erfolgte ebenso die Ana-

3 Die Abgrenzung der Untersuchungsgruppe ist auf die Forschungsanlage des Demokon-Projektes zurückzuführen. Laut Arbeitsdefinition des Projektes sind Unbeteiligte »diejenigen, die in Konflikten um die Energiewende im Allgemeinen oder um konkrete lokale Infrastrukturprojekte im Besonderen selbst keine (relevanten) Einflussnehmer:innen beziehungsweise Akteur:innen sind« (Marg/Kuhlmann 2022: 384).

4 Im Rahmen der Einzelinterviews wurden die Befragten aufgefordert zu folgender Aussage Stellung zu beziehen: »In der Stadt lässt sich die Energiewende leicht fordern, wenn die Bevölkerung auf dem Land die Folgen trägt.«

lyse des immanenten und dokumentarischen Sinngehalts des Gesagten (vgl. ebd.: 38). Durch diesen Blick hinter die Erzählungen, kann ein detailliertes Gesamtbild der Einstellungen der Befragten gezeichnet, zusätzliche Erklärungsmuster identifiziert sowie die Plausibilität der Aussagen geprüft werden (vgl. Klecha/Marg/Butzlaff 2013: 41). Die Auswertung des Datenmaterials erfolgte händisch mithilfe des Programms MAXQDA.

Während durch die Daten der Bevölkerungsumfrage die Einstellungen der Stadt- und Landbewohner:innen direkt verglichen werden können, ermöglicht die Auswertung der qualitativen Daten eine fundiertere Darstellung der Perspektive der ländlichen Bevölkerung (siehe ausführlich hierzu Kerker 2022). Die Entscheidung für eine tiefergehende Analyse dieser Gruppe basiert auf der Annahme, dass vorherrschende Belastungserfahrungen durch Energiewendemaßnahmen sich in einer präsenteren Erscheinung der Konfliktthematik in ländlichen Räumen manifestieren.

Ergebnisse

Die Zusammenführung der beiden Teilergebnisse aus der qualitativen und quantitativen Analyse erfolgte im Hinblick auf die Überprüfung möglicher Konfliktstrukturen zwischen Stadt- und Landbewohner:innen im Kontext der Energiewende. Dabei wurde analysiert, ob in den Auswertungsergebnissen Unvereinbarkeiten zwischen den Einstellungen und Bewertungen der vermuteten Konfliktparteien im Hinblick auf die Energiewende existieren. Aus der Zusammenführung der Ergebnisse ergeben sich drei Hauptbefunde, die ich im Folgenden vorstellen möchte:

Befund 1: Menschen aus urbanen und ländlichen Räumen befürworten das Vorhaben der Energiewende gleichermaßen.

Sowohl die quantitativen als auch die qualitativen Ergebnisse bestätigen, dass die Mehrheit der Personen in urbanen und ländlichen Gegenden die Notwendigkeit des Transformationsprozess anerkennt. Diese Sichtweise auf die Energiewende illustriert folgende Aussage aus einem Einzelinterview:

»Energiewende, das ist ja erst mal, dass wir den Atomausstieg haben. Was ich persönlich gut finde, ja? Nachdem das in Fukushima passiert ist, das hätte man ja auch schon nach Tschernobyl damals auch schon Gott weiß wie anleiern können, den Atomausstieg. Und dass die Energiewende durch erneuerbare Energie gewonnen werden wird oder soll, finde ich hervorragend.« (Befragte:r aus Ahrweiler, Stromtrassenbau)

Aus den Analysebefunden lässt sich schließen, dass eine hohe Zustimmung zur Energiewende über alle untersuchten Siedlungstypen hinweg existiert. 71 Prozent der Befragten aus der Online-Umfrage gaben an, den Transformationsprozess (eher) zu befürworten. Die stärkste Zustimmung äußerten dabei Personen aus Großstädten (76 Prozent) und deren Vororten (75 Prozent). Diese fällt bei der auf Dörfern (65 Prozent) bzw. in noch ruraleren Siedlungsverhältnissen (66 Prozent) lebenden Bevölkerung etwas niedriger aus. Es wird jedoch ersichtlich, dass die Notwendigkeit der Energiewende von der Mehrheit der Befragten nicht in Frage gestellt, sondern als drängende Aufgabe der Zu-

kunft wahrgenommen wird. Die Vermutung, dass Menschen aus ländlichen Räumen die Energiewende aufgrund der für sie entstehenden Belastungen eher ablehnen, kann nicht bestätigt werden. Interessant ist allerdings, dass die hohe normative Unterstützung des Projektes von vielen Personen nicht erkannt wird. Ein großer Anteil der Umfrageteilnehmer:innen schätzte die ihrem Wohnort vorherrschende Befürwortung der Energiewende deutlich geringer ein, als dies nach eigenen Angaben der Fall ist. Etwa die Hälfte der Befragten in beiden Funktionsräumen geht davon aus, dass ihre Mitmenschen die Energiewende lediglich eingeschränkt befürworteten. Der Effekt fällt bei Bewohner:innen ländlicher Gegenden im Sample etwas stärker aus als bei Menschen aus urbanen Räumen.

Befund 2: Stadt- und Landbewohner:innen äußern ähnliche Vorstellungen zur Umsetzung der Energiewende sowie Kritik an dieser.

Trotz des ebenfalls identifizierbaren Meinungsspektrums innerhalb der beiden Raumgruppen, zeigen die quantitativen Daten grundlegende Tendenzen, welche für urbane und ländliche Räume sehr ähnlich ausfallen. So konnte diagnostiziert werden, dass Menschen in Deutschland, unabhängig vom Wohnort, unzufrieden mit der politischen Umsetzung der Energiewende sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sind. 58 Prozent aller Befragten gaben an, eher bzw. sehr unzufrieden mit der Gestaltung der Energiewende auf nationaler Ebene zu sein. In allen Siedlungstypen sind die Bewertungsmuster ähnlich verteilt: Lediglich 0-0,7 Prozent sind sehr zufrieden, etwa 10-16 Prozent der Menschen in jedem Siedlungsraum sind mit der Umsetzung der Energiewende sehr bzw. eher zufrieden, 25-30 Prozent sind weder zufrieden noch unzufrieden und 54-60 Prozent der Personen gaben an, eher bzw. sehr unzufrieden zu sein. Diese Befunde bestätigen auch die Schilderungen der Landbewohner:innen aus den Einzelinterviews, deren erste Assoziationen zur Energiewende vielfach mit einer negativen Bewertung der Umsetzung verknüpft waren:

»Ja, also, das Projekt an sich Energiewende, ist vollkommen richtig und notwendig, aber die Umsetzung des Projekts würde ich fast als katastrophal bezeichnen.« (Befragte:r aus Spremberg, Kohleausstieg)

Die Kritik an der Umsetzung ist im Diskurs über die Energiewende so dominant, dass der Eindruck entsteht, diese überschatte die normative Unterstützung des Projektes. Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch die Tatsache, dass Emotionen wie Frustration und Machtlosigkeit bei vielen Umfrageteilnehmer:innen aus ländlichen und urbanen Gebieten im Vordergrund stehen, wenn sie an die Energiewende denken. Die angeführten Kritikpunkte sind vielseitig, jedoch sind die Einstellungsunterschiede zwischen Stadt- und Landbewohner:innen gering. Menschen in beiden Raumgruppen kritisieren demnach die gleichen Aspekte. Am stärksten werden die langsame Umsetzung der Energiewende, die fehlende Berücksichtigung dezentraler Energieversorgungsmöglichkeiten sowie die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger:innen beanstandet. Durch die statistische Auswertung konnten hinsichtlich der untersuchten Kritikpunkte in der quantitativen Umfrage keine relevanten Mittelwertunterschiede identifiziert werden. Dies verdeutlicht, wie gering die Differenzen zwischen den beiden Grup-

pen ausfallen. Ebenso unterstützen die Bewohner:innen beider Raumgruppen ähnliche Energiewendemaßnahmen. Die im Rahmen der t-Tests ausfindig gemachten Mittelwertunterschiede gingen nie über eine geringe Effektstärke hinaus. Die größten Differenzen zwischen Stadt- und Landbevölkerung manifestieren sich in der divergierenden Bewertung der Errichtung neuer Biogasanlagen sowie dem Ausstieg aus der Technologie des Verbrennungsmotors. Letzteres ist außerdem in beiden Funktionsräumen das umstrittenste Energiewendeziel. Dies offenbart sich ebenfalls in den qualitativen Analyseergebnissen, die hervorbrachten, dass die Umsetzung der Maßnahme von Menschen in ruralen Gegenden aufgrund der vielerorts defizitären Verkehrsinfrastruktur als unrealistisch eingestuft wird. Die eindeutigste Zustimmung der Bewohner:innen beider Lebensräume erhalten der Ausbau von Windenergieanlagen auf See sowie der Ausbau von Solaranlagen auf Hausdächern.

Gleichmaßen zeichnen sich kaum Differenzen bei der Konfliktbewertung im Themenfeld ab. Lediglich die Vorstellung, dass der Transformationsprozess durch Widerstand gegen konkrete Infrastrukturmaßnahmen ausgebremst werden könnte, beunruhigt die Städter:innen etwas mehr, was sich durch einen Mittelwertunterschied mit geringer Effektstärke abzeichnet. Ein möglicher Grund dafür könnte das medial weit verbreitete Narrativ der protestierenden Landbevölkerung sein. Im Vordergrund steht allerdings, dass mögliche Konfliktpotenziale wie die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner:innen und Verlierer:innen oder die stärkere Belastung einzelner Kommunen und Regionen von den Bewohner:innen beider Raumgruppen als ähnlich besorgniserregend eingestuft wurden. Die Herausforderungen werden folglich von beiden Gruppen wahrgenommen, auch wenn sie nicht gleichermaßen von möglichen Konsequenzen betroffen sind. Außerdem geht aus den qualitativen und quantitativen Daten hervor, dass die Meinung bzw. Befürchtung existiert, die soziale Gerechtigkeit werde im Zuge des Transformationsprozesses vernachlässigt. In den Einzelinterviews wird dies insbesondere durch die Angst vor steigenden finanziellen Belastungen deutlich.

Weiterhin konnte im Rahmen der qualitativen Analyse besonders häufig Kritik an der politischen Steuerung des Transformationsprozesses registriert werden. Bemängelt wird vornehmlich die fehlende oder nicht nachvollziehbare Energiewendestrategie und -expertise der politischen Entscheidungsträger:innen:

»Also insgesamt die Energiepolitik, oder die Energiestrategie in Deutschland, die ist für uns, also, eigentlich gibt es da überhaupt keine klare Struktur in Deutschland, wir springen da hin und her, geht es um das Kernkraftwerk, wird das zum Opfer eines Erdbebens, dann schalten wir sofort und reagieren und schalten alles runter, ob das alles richtig war diese Entscheidung zu treffen [...]«. (Befragte:r aus Spremberg, Kohleausstieg)

In engem Zusammenhang damit stehen Zweifel an der technischen Umsetzbarkeit der Energiewende. Vielfach wurde in den Interviews die Sorge geäußert, dass eine gänzlich auf erneuerbaren Energien basierende Stromerzeugung die nationale Versorgungssicherheit nicht gewährleisten könne. Dies deckt sich allerdings nicht mit den Ergebnissen des quantitativen Materials. Hier gaben ungefähr die Hälfte der Befragten in beiden Raumtypen an, eher nicht oder überhaupt nicht der Meinung zu sein, dass die Energie-

wende die Versorgungssicherheit gefährdet. Die tatsächliche Relevanz dieses Aspekts sollte daher überprüft werden.

Befund 3: Es sind Konfliktpotenziale, aber keine Konflikte erkennbar.

Auch wenn die hohen Übereinstimmungen bei Einstellungen rund um die Energiewende zwischen Stadt- und Landbewohner:innen keine Rückschlüsse auf direkte und offene Konflikte zulassen, weisen die qualitativen Auswertungsergebnisse zumindest auf Konfliktpotenziale hin. In dieser Untersuchung zeichnen sich Erzählungen mit inhärentem Konfliktpotenzial dadurch aus, dass die thematisierten Beeinträchtigungen zwar auf geografische Unterschiede zurückgeführt werden, allerdings keine konkreten Unvereinbarkeiten hinsichtlich der Vorstellungen oder Einstellungen der Stadt- und Landbewohner:innen adressiert oder Schuldzuweisungen gegenüber den Städter:innen vorgenommen werden. Zukünftig könnten jedoch auf Grundlage dieser wahrgenommenen räumlichen Differenzen Konflikte erwachsen, wenn Bewohner:innen urbaner Räume als Verursacher:innen der angeführten Nachteile wahrgenommen werden. Folgende Argumente dieser Art konnten durch initiativ eingebrachte Aussagen und als Reaktionen auf das präsentierte Stadt-Land-Konfliktnarrativ im qualitativen Material identifiziert werden.

Besonders virulent ist in den Einzelinterviews die Befürchtung einer überproportionalen finanziellen Belastung der Menschen in ländlichen Räumen durch Maßnahmen der Energie- und Mobilitätswende. Es wird argumentiert, dass die Landbevölkerung durch den Anstieg der Kraftstoffpreise oder einen gesetzlich beschlossenen Ausstieg aus der Verbrennungsmotor-Technik aufgrund der zum Teil defizitären Verkehrsinfrastruktur und somit unerlässlichen Nutzung des eigenen Autos mehr negative Konsequenzen zu tragen hätte als die urbane Bevölkerung. Aus ihrer Sicht wären Städter:innen von diesen Maßnahmen weniger betroffen, da in den urbanen Zentren genügend alternative Mobilitäts- und Transportmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Eine Steigerung der aufgezeigten Spannungen spiegelt sich in der folgenden Aussage einer befragten Person wider:

»Natürlich (lacht), wenn Sie jemandem hier auf dem Dorf sagen, du darfst mit deinem Auto noch einmal oder zweimal, das wäre dann ja die einhundertprozentige Steigerung, im Monat eine Tour machen (lacht), dann können Sie das Leben hier vergessen. Dann sind sie in der Steinzeit hier, ne? Aber das sind alles so Denkmuster, die sehr urbanen Charakter haben und die sich sehr verfestigt haben in Gegenden, die weit weg sind von dem wahren Leben. Ja, ist nun mal so. Punkt.« (Befragte:r aus Spremberg, Kohleausstieg)

Das Zitat verdeutlicht die Annahme divergierender Mentalitäten und Überzeugungen der Stadt- und Landbevölkerung insbesondere im Bereich der Mobilitätswende. Städter:innen wird zugeschrieben, die geografischen Differenzen in den gesellschaftlichen Verhandlungen über Energie- oder Verkehrswendemaßnahmen nicht zu berücksichtigen und Forderungen zu stellen, die sich lediglich an der eigenen Lebenswelt orientieren. Damit verbunden ist die Sorge, eine solche Denkweise könne politische Maßnahmen hervorbringen, welche ausschließlich die Landbevölkerung belasten.

Darüber hinaus wird die Beeinträchtigung durch die Zerstörung der Landschaft sowie eine Minderung der Lebensqualität der Menschen in ländlichen Räumen durch Energiewendemaßnahmen wie den Ausbau von Windkraftanlagen oder Stromtrassen thematisiert. Die Nachteile werden zwar von vielen Befragten als notwendiges Übel erachtet, da eingesehen wird, dass der Ausbau bestimmter Technologien nur in ländlichen Räumen möglich ist, allerdings wird von Politiker:innen gefordert, die Bewohner:innen entsprechend durch finanzielle und bauliche Maßnahmen zu entschädigen. Auseinandersetzungen zwischen Stadt- und Landbewohner:innen könnten befördert werden, wenn bei Menschen in ländlichen Räumen das Gefühl entsteht, dass Städter:innen die für sie entstehenden Nachteile und Kompensationsmaßnahmen nicht anerkennen.

Gegenstand der Gespräche war auch die ungleiche Belastung basierend auf der geografischen Verteilung von Energieproduktion und -verbrauch. Einige der Befragten sehen eine Benachteiligung ländlicher Räume darin, dass der Strom überwiegend in ruralen Gegenden produziert, aber verstärkt in urbanen Gebieten verbraucht wird. Damit einhergehend wird die Forderung nach einer dezentraleren Energiewendestrategie eingebracht, um ländliche Gegenden im Hinblick auf die Energieproduktion zu entlasten. Aus der Perspektive der Landbevölkerung könnte ein Konflikt aus dieser Denkweise erwachsen, sollte sich der Eindruck verfestigen, dass ländliche Räume von Städter:innen lediglich als Energiedienstleister wahrgenommen werden. Es scheint außerdem die Sorge vor einem hierarchischen Verhältnis zwischen Stadt- und Landbewohner:innen zu existieren, bei dem die urbane Bevölkerung über die Gestaltung der Energiewende ausschließlich auf Grundlage ihrer eigenen Interessen entscheidet. Laut der Aussage eines Befragten muss sich die Landbevölkerung solchen Vorstellungen nicht unterordnen, sondern sollte gleichberechtigt mit Menschen aus urbanen Gegenden die Energiewende gestalten:

»Klar, die Städte müssen versorgt sein mit Energie, weil da wird auch viel verbraucht. Aber auf der anderen Seite darf man glaube ich nicht sagen, dass sich dann die Bevölkerung auf dem Land komplett dieser Sache unterordnen muss. Sondern ich würde schon sagen, dass die miteinbezogen werden sollten in diesen Prozess.« (Befragte:r aus Ahrweiler, Stromtrassenbau)

Manifeste Konflikte wurden im Rahmen der Interviews nur äußerst selten thematisiert. Eines der beiden identifizierten Narrative dieser Art stammt aus der Analyse des Konfliktes um die Errichtung neuer Windkraftanlagen in der Nähe des Niedermoorgebiets Friedländer Große Wiese:

»Aber Wiese unter Wasser setzen ist auch eine Staatsdoktrin von Mecklenburg-Vorpommern, aber auch von Deutschland, weil man sich seiner Pflicht, CO₂ einzusparen und die Klimaziele zu erreichen am einfachsten vorstellen kann, wenn man alle Moore unter Wasser setzt und dann kann man das hochrechnen und schwupps die wupps hat man dann rechnerisch alles erfüllt. Und sagt sich dann »die paar Dörfer, die haben dann eben ein bisschen Pech«, aber dann haben wir eben alles gemacht [...]. Dann kann man in der Stadt ... ich sag mal, die Stadtwänste können dann weiter so leben, wie sie leben. Sie können weiter fliegen, wie sie fliegen. Sie können weiter, ich sag mal Ressourcen verbrauchen, wie sie »s tun. Aber wir haben

den Preis dafür bezahlt«. (Befragte:r aus der Nähe der Friedländer Großen Wiese, Windkraftanlagenbau)

In dem Interviewausschnitt wird der urbanen Bevölkerung eine egoistische Haltung zugeschrieben sowie der Vorwurf geäußert, rücksichtslos auf Kosten der Landbevölkerung die eigenen Interessen im Hinblick auf die Energie- und Klimapolitik durchzusetzen. Aus Sicht der befragten Person befürworten Städter:innen die für sie bequemste Lösung, ohne die Konsequenzen für andere Menschen zu berücksichtigen oder selbst ›Opfer‹ in Form von Verhaltensänderung oder materiellem Verzicht zu erbringen. Die Aussage lässt zudem erkennen, dass politische Entscheidungsträger:innen auf Bundes- und Landesebene den urbanen Milieus zugeordnet werden, wodurch sich eine Überschneidung von Stadt-Land- sowie Zentrum-Peripherie-Konflikten abzeichnet.

Ferner soll als Befund der qualitativen Untersuchung festgehalten werden, dass neun der vierundzwanzig Interviewpartner:innen dem präsentierten Stadt-Land-Konfliktnarrativ eindeutig zustimmten. Dieser durch die interviewenden Personen in das Gespräch eingebrachte Impuls scheint demnach Aktivierungspotenzial für die Konfliktthematik bei den Befragten zu entfalten. Andererseits offenbart die repräsentative Umfrage, dass ebenso circa 40 Prozent der Menschen aus urbanen Räumen der Aussage zustimmten. Folglich werden die ungleichen regionalen Lasten auch von vielen Städter:innen wahrgenommen. Das Konfliktpotenzial könnte sich dementsprechend reduzieren, wenn die bei der Stadtbevölkerung vorhandene Anerkennung der überproportionalen Belastung für die Landbevölkerung transparent gemacht wird.

Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse

Ausgangspunkt der Untersuchung waren die im Bereich der sozialwissenschaftlichen Energiewendeforschung identifizierten Hypothesen zu bestehenden Stadt-Land-Konflikten, welche aufgrund teilweise konträrer empirischer Forschungsergebnisse einer kritischen Prüfung unterzogen wurden. Ziel war zu analysieren, ob die vermuteten Konflikte im Themenfeld existent sind und somit deren Relevanz als angenommene Einflussvariable der gesellschaftlichen Aushandlung der Energiewende näher zu bestimmen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich durch die Gegenüberstellung der Einstellungen und Vorstellungen der Stadt- und Landbewohner:innen keine direkten Konflikte identifizieren ließen. Auf der Grundlage meiner quantitativen und qualitativen Analyse der aktuellen Forschungsdaten lässt sich festhalten, dass Stadt-Land-Konflikte aktuell keine entscheidende Komponente in den sozialen Dynamiken im Themenfeld der Energiewende darstellen. Stattdessen demonstrierte die Auswertung große Übereinstimmungen der Einstellungen und Vorstellungen zum Transformationsprozess, womit bisherige quantitative Forschungsergebnisse bestätigt werden können (vgl. Setton/Matuschke/Renn 2017; Teune et al. 2021). Menschen aus urbanen und ländlichen Gegenden scheinen sich einig zu sein, dass es bei der Zukunftsgestaltung der Energiewende weniger um das »ob«, sondern vielmehr um das »wie« geht.

Die Entstehung von Konflikten zwischen Stadt- und Landbewohner:innen im Themenfeld kann aber zukünftig nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da im Zuge der qualitativen Analyse zumindest latentes Konfliktpotenzial aus Sicht der Landbevölkerung ausfindig gemacht wurde, wobei sich die Befunde teilweise mit vorherigen Forschungsarbeiten decken (vgl. Leibenath/Wirth/Lintz 2016; Messinger-Zimmer/Zilles 2016). Über bestehende Forschungsergebnisse hinausgehend, wurde die Erkenntnis gewonnen, dass insbesondere politische Forderungen und Maßnahmen im Bereich der Mobilitätswende zu einer Aktivierung des identifizierten Konfliktpotenzials zwischen den Raumgruppen führen könnten. Da die vermuteten Differenzen häufig mit einer impliziten Forderung der Landbevölkerung nach Anerkennungsgerechtigkeit verknüpft sind, sollte diesem Aspekt in zukünftigen Debatten um die Gestaltung des Transformationsprozesses vermehrt Beachtung geschenkt werden. Ferner sei erwähnt, dass vorläufige Befunde von durchgeführten Fokusgruppen im Rahmen des Demokon-Projektes auf eine größere Bedeutung der Stadt-Land-Konfliktdynamiken im gesellschaftlichen Diskurs hinweisen als die hier präsentierten Ergebnisse bisher vermuten ließen.

Zusätzliche Relevanz erhält die Zukunftsperspektive auf das Konfliktfeld durch die aktuellen politischen Entwicklungen. Da die Bedeutung und das geplante Umsetzungstempo des Projektes sich durch die Energiewendeziele der Ampel-Koalition sowie die derzeitigen Unabhängigkeitsbestrebungen Deutschlands von russischen Energierohstoffen vermutlich schlagartig erhöhen werden, sind zwei Szenarien denkbar: Zum einen könnte die geplante Beschleunigung des Transformationsprozesses sowie die Ausweitung der Maßnahmen im Bereich der Wärmewende zu einer rigideren Form der Umsetzung führen, welche vermutlich mit zunehmender Kritik und Konflikten einhergehen würde. In solch einer Situation erscheint eine Adressierung bzw. Aktivierung der identifizierten Konfliktpotenziale zwischen Stadt- und Landbevölkerung durch die im Feld wirkenden Akteur:innen naheliegend. Zum anderen hat der Ausbau erneuerbarer Energien eine neue sicherheitspolitische Dimension erreicht. Dies verdeutlicht die symbolische Bezeichnung der regenerativen Energiegewinnung als »Freiheitsenergien« durch Finanzminister Lindner (vgl. Blum/Ondarza/Wischmeyer 2022). Die zugenommene politische Bedeutung in einem anderen Feld als der Klima- und Umweltpolitik könnte zu einer neuen Energiewendementalität in der deutschen Gesellschaft führen, die heißt: Wir brauchen die Energiewende um jeden Preis. Sollte diese Denkweise zukünftig das Credo des Transformationsprozesses werden, dürfte der Ausbau fortan auf weniger Widerstand und Konflikte stoßen.

Aus den Ergebnissen lässt sich folgern, dass Stadt-Land-Konflikte im Zuge der Energiewende aktuell nicht überschätzt werden sollten, es jedoch sinnvoll erscheint, die Entwicklungen zwischen den beiden Gruppen, insbesondere im Wärme- und Verkehrswende-Sektor, weiterhin aufmerksam zu beobachten. Dabei ist vor allem eine Ergänzung der städtischen Perspektive durch eine qualitative Analyse notwendig.

Literatur

- BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (2011): »Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage«, in: BBSR-Berichte KOMPAKT, S. 1-15.
- Blum, Petra/Ondarza, Verena von/Wischmeyer, Nils (2022): »Nachhaltigkeit: EU-Regel könnte Energiewende in Deutschland ausbremsen«, in: Süddeutsche Zeitung vom 04.03.2022. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/nachhaltigkeit-eu-taxonomie-windrad-russland-lindner-1.5540529>. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Czada, Roland/Radtke, Jörg (2018): »Governance langfristiger Transformationsprozesse. Der Sonderfall »Energiewende««, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 45-75.
- Danielzyk, Rainer (2020): »Politik für ländliche Räume in Deutschland«, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hg.), Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 98-111.
- Dena, Deutsche Energie-Agentur (2019): Abschlussbericht dena-Projekt Urbane Energiewende. Online verfügbar unter: https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2019/dena_UrbWEW_Abschlussbericht_Gesamtversion.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Eichenauer, Eva/Kühn, Manfred (2021): »Es geht um Machtkonflikte, nicht um Stadt-Land-Konflikte«. Online verfügbar unter: <https://leibniz-irs.de/medien/irs-aktuell/sind-staedte-klimapioniere/es-geht-um-machtkonflikte-nicht-um-stadt-land-konflikte>. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD«, in: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7, S. 23-44.
- Gailing, Ludger/Röhring, Andreas (2015): »Was ist dezentral an der Energiewende? Infrastrukturen erneuerbarer Energien als Herausforderungen und Chancen für ländliche Räume«, in: Raumforschung und Raumordnung 73, S. 31-43.
- Glasl, Friedrich (1990): Konfliktmanagement. Ein Handbuch zur Diagnose und Behandlung von Konflikten für Organisationen und ihre Berater (= Organisationsentwicklung in der Praxis, Band 2), Bern, Stuttgart: Verlag Paul Haupt; Verlag Freis Geistesleben.
- Haffert, Lukas/Mitteregger, Reto (2022): Age an place: Urban-rural conflict along the age gradient. Beitrag zur Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises »Wahlen und politische Einstellungen« 2022.
- Hoef, Christoph/Messinger-Zimmer, S./Zilles, Julia (Hg.) (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript Verlag.
- Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (2020): »Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende«, in: Jan-Hendrik Kamlage/Steven Engler (Hg.), Dezentral, partizipativ und kommunikativ – Zukunft der Energiewende, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz GmbH, S. 137-176.

- Kamlage, Jan-Hendrik/Engler, Steven/Sponheuer, Sebastian (2019): »Zielkonflikte und Spannungsverhältnisse in der Energiewende aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive«, in: Jan-Hendrik Kamlage/Steven Engler (Hg.), *Dezentral, partizipativ und kommunikativ – Zukunft der Energiewende*, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz GmbH, S. 11-31.
- Kerker, Nina (2022): *Stadt-Land-Disparitäten im Kontext der Energiewende – Hinweis auf eine alte Konfliktlinie?* Unveröffentlichte Masterarbeit, Göttingen.
- Klecha, Stephan/Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013): »Wie erforscht man Protest? Forschungsdesign und Methodik«, in: Franz Walter/Stine Marg/Lars Geiges et al. (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* BP-Gesellschaftsstudie, Hamburg: Rowohlt, 14-47.
- Krüger, Timmo (2020): *Gemeinwohlkonflikte in der Energiewende: Eine radikaldemokratische Perspektive auf Energiekonflikte und die Grenzen der Deliberation*. Online verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/220019/1/1701988968.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 539-563.
- Küpper, Patrick (2020): »Was sind eigentlich ländliche Räume?«, in: *Informationen zur politischen Bildung* 343, S. 4-7.
- Leibenath, Markus/Wirth, Peter/Lintz, Gerd (2016): »Just a talking shop? – Informal participatory spatial planning for implementing state wind energy targets in Germany«, in: *Utilities Policy* 41, S. 206-213.
- Marg, Stine/Kuhlmann, Lucas (2022): »Hinterm Horizont geht's weiter.« Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen im Angesicht der Energiewende«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 381-402.
- Messinger-Zimmer, S./Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte: Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 85, S. 41-51.
- Ohlhorst, Dörte/Schön, Susanne (2010): »Windenergienutzung in Deutschland im dynamischen Wandel von Konfliktkonstellationen und Konflikttypen«, in: Peter H. Feindt/Thomas Saretzki (Hg.), *Umwelt- und Technikkonflikte und Konflikttypen*, Wiesbaden: VS, S. 198-218.
- Petermann, Sören (2002): *Persönliche Netzwerke in Stadt und Land: Siedlungsstruktur und soziale Unterstützungsnetzwerke im Raum Halle/Saale.*, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Reusswig, Fritz/Braun, Florian/Eichenauer, Eva/Franzke, Jochen (2016): *Energiekonflikte. Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende. Kerneergebnisse und Handlungsempfehlungen eines interdisziplinären Forschungsprojektes*.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Lass, Wiebke/Bock, Seraja/Schatzschneider, Julia (2021): *Populismus und Energiewende. DEMOKON – Research Paper I*, Potsdam, Mönchengladbach. Online verfügbar unter: https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.

- Römer, Daniel/Steinbrecher, Johannes (2021): »Hohe Zustimmung zur Energiewende trotz Corona – Energieeffizienzwünsche treffen allerdings auf finanzielle Hindernisse«, in: KfW Research, S. 1-4.
- Setton, Daniela (2020): Soziale Nachhaltigkeit wagen – Die Energiewende aus Sicht der Bevölkerung: Eine umfassende Auswertung der Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende 2017 und 2018 mit den Schwerpunkten gerechte Kostenverteilung, Windausbau an Land sowie Digitalisierung und Verbraucherpräferenzen. IASS Brochüre, Potsdam.
- Setton, Daniela/Matuschke, Ira/Renn, Otwin (2017): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2017: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.
- Siedentop, Stefan/Stroms, Peter (2021): Stadt und Land: Gleichwertig, Polarisiert, Vielfältig. Eine Metastudie zu Stadt-Land-Beziehungen. Im Auftrag der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg. Online verfügbar unter: https://www.zeit-stiftung.de/f/Neuigkeiten%202021/Metastudie-Stadt-Land-Beziehung_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Teune, Simone/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): Energiewende? – ja! Aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung. Online verfügbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/pubman/item/item_26000. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Wiegandt, Claus-Christian/Krajewski, Christian (2020): »Einblicke in ländliche Räume in Deutschland – zwischen Prosperität und Peripherisierung«, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hg.), Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 11-31.
- Wolf, Ingo/Fischer, Anne-Kathrin/Huttarsch, Jean-Henri (2021): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, Potsdam. Online verfügbar unter: https://snb.ariadneprojekt.de/sites/default/files/medien/dokumente/soziales_nachhaltigkeitsbarometer_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn: Dietz.

Kommunale Akteur:innen in den Konsultationen zum Netzausbau – Akteur:innen, Argumente, Auswirkungen

Simon Fink und Eva Ruffing

Einleitung

Der Ausbau der Stromnetze ist eines der Hauptelemente der deutschen Energiewende. Durch die politische Entscheidung, die Energiewende vor allem dadurch zu bewerkstelligen, dass Windkraft von der Nordsee in die Verbrauchszentren im Süden und Westen der Republik transportiert wird, entsteht ein enormer Bedarf an zusätzlichen Stromleitungen (vgl. Steinbach 2013). Kommunen und Bürger:innen sind davon unmittelbar betroffen. Sie befürchten einen Verlust an Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten sowie ökonomische Einbußen, wenn in ihrer Nähe Stromtrassen gebaut werden. Daher sind Stromtrassen umstritten und führen zu Protesten (vgl. Schweizer-Ries et al. 2010; Schweizer-Ries/Zoellner/Rau 2010; Walter et al. 2013).

Um mehr Akzeptanz für den Ausbau der Stromnetze zu schaffen, hat der Gesetzgeber umfangreiche Beteiligungsverfahren eingeführt, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteur:innen schon in den frühesten Planungsstufen einbringen können (vgl. Bauer 2015; Fink/Ruffing 2015). Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) sind verpflichtet, einen *Netzentwicklungsplan* zu erstellen, der angibt, zwischen welchen Regionen Deutschlands Stromtrassen nötig sind. Dieser Entwurf wird der Öffentlichkeit¹ zur Konsultation gestellt, unter Berücksichtigung der Eingaben verändert und der Bundesnetzagentur (BNetzA) übergeben. Diese konsultiert den Entwurf erneut und bestätigt die Trassenprojekte unter Berücksichtigung der Öffentlichkeitsbeteiligung (vgl. Weyer 2011).

Der vorliegende Beitrag analysiert dieses Beteiligungsverfahren im Hinblick auf die Rolle von kommunalen Akteur:innen und Bürger:innen. Auf der Basis eines umfangreichen Datensatzes über die Konsultationen zum Netzentwicklungsplan 2012 fragt der Beitrag, in welchem Umfang und mit welchen Argumenten Kommunen und Bürger:in-

1 »Öffentlichkeit« meint ein breites Spektrum von Akteur:innen wie Bürger:innen, Kommunen, Unternehmen und Verbände. Es handelt sich nicht um reine »Bürgerbeteiligung«, da die Eingaben der Bürger:innen mit den Stellungnahmen von Wirtschaftsverbänden oder Landesregierungen konkurrieren.

nen an den Konsultationen teilnehmen, und inwiefern ihre Beiträge im Verfahren aufgenommen werden.²

Das Ergebnis ist, dass wir eine fehlende Passung von Verfahren und Beiträgen beobachten. Die Konsultationen werden zwar von kommunalen Akteur:innen und insbesondere von Einzelbürger:innen genutzt, die auch in der technisch-ökonomischen Logik des Netzausbaus argumentieren und damit an die Sprache der ÜNB anschlussfähig sind. Allerdings ist ihr Einfluss auf den Netzentwicklungsplan gering. Die Konsultation fragt nur nach dem grundsätzlichen Bedarf von Stromtrassen zwischen zwei Punkten, während Bürger:innen und Kommunen sich gegen vermutete konkrete Trassenverläufe wenden. In dieser Phase haben ÜNB und BNetzA aber gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag nur zu prüfen, ob eine neue Trasse *erforderlich* ist (vgl. Energiewirtschaftsgesetz Art. 12 b und c). Einwände gegen konkrete Trassen können daher immer mit dem Argument abgelehnt werden, dass der Netzentwicklungsplan zu konkreten Trassenverläufen keine Aussage macht. Außerdem stehen nur diejenigen Trassen zur Konsultation, die gemäß den neuen Regeln des EnWG geplant werden. Eine ganze Reihe von extrem umstrittenen *alten* Trassen, die noch unter dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) geplant wurden, werden zwar im Netzentwicklungsplan beschrieben, sind aber nicht Teil der Konsultation. In diesem Sinne ist das Verfahren also ein institutionalisiertes Missverständnis, das vermutlich eher Frustration als Konfliktbeilegung erzeugt (siehe auch Bauer 2015).

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Der nächste Abschnitt erörtert das Beteiligungsverfahren bei der Bedarfsplanung für Stromnetze und den Datensatz über die Beteiligung. Abschnitt 3 analysiert anhand des Datensatzes eine Reihe von Thesen zum Beteiligungsverfahren. Abschnitt 4 fasst zusammen und stellt die Ergebnisse in einen breiteren Kontext.

Datengrundlage und Vorgehen

Um die Akzeptanz des Netzausbaus zu steigern, hat der Gesetzgeber im Jahr 2011 das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) novelliert (vgl. Fink/Ruffing 2015). Die Idee war, schon bei der Planung des Ausbaubedarfs zivilgesellschaftliche Interessen einzubinden und sie frühestmöglich in den Planungsprozess zu integrieren.

Kernelement der Beteiligung bei der Bedarfsplanung ist der *Netzentwicklungsplan*. Die Netzbetreiber erstellen gemäß § 12b EnWG einen Entwurf für einen Plan, der alle Stromleitungen enthält, die notwendig sind, um erneuerbare Energien in das Netz zu integrieren (vgl. ÜNB 2012a). Die Leitungen sind in dieser Stufe nur grob in Form von zwei Punkten spezifiziert, zwischen denen Ausbaubedarf besteht (z.B. Osterath-Philippsburg). Die ÜNB stellen diesen Entwurf der Öffentlichkeit zur Konsultation und überarbeiten ihn anschließend. Diese zweite Version des Netzentwicklungsplanes wird

2 Wir haben die Ergebnisse auch für die folgenden Netzentwicklungspläne überprüft. Vor allem die Beteiligung von Einzelbürger:innen schwankt, aber das Beteiligungsmuster kommunaler Akteure bleibt ähnlich (vgl. Fink/Ruffing 2020, 2022).

der BNetzA vorgelegt. Die BNetzA prüft den Netzentwicklungsplan und kann Änderungen verlangen. Von besonderer Bedeutung ist, dass die BNetzA selbst noch eine weitere Konsultation durchführt und den Netzentwicklungsplan wiederum »unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung« (§ 12c EnWG) bestätigt. Am Ende des Prozesses steht eine Liste mit den Stromleitungen, die »für einen sicheren und zuverlässigen Netzbetrieb erforderlich« (§ 12b Abs. 1 S. 1 EnWG) sind.

Unser Datensatz besteht aus allen verfügbaren Eingaben zu den Konsultationen sowohl der ÜNB als auch der BNetzA zum Netzentwicklungsplan 2012, bei dem dieses Verfahren zum ersten Mal Anwendung fand. Dabei wurden zwei Kodierungsverfahren angewendet. Zunächst wurden mit klassischer Handkodierung (vgl. Krippendorff 2013; Neuendorf 2002) alle 1006 Eingaben zur Konsultation der ÜNB kodiert. Dabei waren folgende Fragen entscheidend:

- 1) Welche Art Akteur:in macht die Eingabe (Einzelbürger:in, Bürgerinitiative, Unternehmen, Wirtschaftsverband, Umweltverband, Kommune, Kreis, Landesbehörde, Bundesbehörde, Wissenschaft, Parteien, Sonstige)? Damit kann die Frage beantwortet werden, ob und in welchem Umfang wichtige Stakeholder überhaupt an dem Verfahren teilnehmen.
- 2) Kritisiert die Eingabe das Beteiligungsverfahren (generell, Kritik an den bereitgestellten Informationen, Kritik am Zeitrahmen)? Damit kann die Frage beantwortet werden, inwiefern die Konsultation selbst umstritten ist und welche Kritikpunkte von den Teilnehmer:innen eingebracht werden.
- 3) Welche Arten von Argumenten werden in dem Beitrag aufgeführt? Dabei unterscheiden wir juristische, politische, technische, ökonomische, ökologische und medizinische Argumente. Hinzu kommen »Not in my Backyard« (NIMBY) Argumente, die rein darauf abstellen, eine Infrastruktur nicht in der Nähe haben zu wollen. Damit kann untersucht werden, was die Konsultationsteilnehmer:innen umtreibt und ob die konsultierenden Stellen möglicherweise bestimmte Argumente stärker berücksichtigen als andere.
- 4) Auf welches Trassenprojekt bezieht sich die Eingabe? Anhand dieser Frage kann ermittelt werden, ob die Konflikte über die unterschiedlichen Trassen gleichverteilt sind oder ob es bestimmte, besonders konfliktäre Trassen gibt.

In einem zweiten Schritt wurde ein Verfahren der Maschinenkodierung (vgl. Grimmer/Stewart 2013) angewendet, um die 2905 Eingaben zur Konsultation der BNetzA nach denselben Kriterien zu kodieren (vgl. Fink/Ruffing 2019a).

In der Summe haben wir also einen Datensatz, der die Frage beantwortet wie viele Akteur:innen welchen Typs sich mit welchen Argumenten gegen welche Stromtrassen wenden. Dieser Datensatz soll im Folgenden anhand von einigen zu überprüfenden Thesen auf die Frage hin analysiert werden, wie kommunale Akteur:innen und Bürger:innen in den Konsultationen zum Netzausbau vertreten sind, wie sie argumentieren und wie erfolgreich sie dabei sind.

Analyse und Ergebnisse: Acht Thesen zu Konsultationen beim Netzausbau

Die folgende Analyse wird von einer Reihe von Thesen strukturiert, mit Hilfe derer wir in der Literatur zu Öffentlichkeitsbeteiligung gängige Annahmen überprüfen und die sich auf die Möglichkeiten der Bürger:innen und Kommunen zur Teilnahme an den Konsultationen (These 1-3), ihre vorgebrachten Argumente und ihre Kritik (These 4-6) und eine Gesamtbewertung der Wirksamkeit des Verfahrens (These 7-8) beziehen.

These 1: Da die Konsultationen im Zuge des Netzentwicklungsplans offen und niedrigschwellig sind, nehmen auch kommunale Akteur:innen daran teil.

Die erste Frage, die sich bezüglich der Konsultationen stellt, ist, ob kommunale Akteur:innen und Bürger:innen überhaupt das Verfahren nutzen. Dies ist nicht selbstverständlich, da die Konsultation offen für jede Art von Akteur:innen ist und organisierte Interessen möglicherweise mehr Ressourcen haben, um sich zu beteiligen. An den Konsultationen des europaweiten »Ten Year Network Development Plans (TYNDP)« nehmen beispielsweise ausschließlich Verbände und Unternehmen teil (vgl. ENTSO-E 2022). Die dem deutschen Verfahren sehr ähnliche *notice and comment*-Prozedur in den USA, die offen für jedermann ist, wird ebenfalls von organisierten Interessen dominiert, die Bürger:innen sind in der Minderheit (vgl. Cuéllar 2005; Golden 1998, 255l).³ Wie Tabelle 1 zeigt, wird das deutsche Verfahren aber sehr stark von Bürger:innen und kommunalen Akteur:innen (wie Bürgermeister:innen oder Gemeinderät:innen) genutzt. In der Konsultation der ÜNB stellen die Bürger:innen mit 77 Prozent und die Kommunen mit 4,5 Prozent die beiden größten Gruppen an Teilnehmer:innen. In der Konsultation der BNetzA dominieren die Bürger:innen mit 93 Prozent fast die gesamte Konsultation, erneut sind die Kommunen mit 1 Prozent (insgesamt 31 Kommunen) die zweitgrößte Teilnehmer:innengruppe. Es lässt sich also festhalten, dass die Konsultationen des Netzentwicklungsplanes nicht zugunsten ressourcenstarker Akteur:innen verzerrt sind, sondern Bürger:innen und Kommunen in großer Zahl teilnehmen.

3 Auch für den Netzentwicklungsplan war von Beobachter:innen zunächst befürchtet worden »das Postfach dürfte ziemlich leer bleiben«, da die Dokumente zu technisch seien (vgl. Berkel 2011).

Tabelle 1: Teilnehmer:innen an den Konsultationen zum Netzentwicklungsplan 2012

	Konsultation der ÜNB		Konsultation der BNetzA	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Bürger:innen	776	77,14	2720	93,63
Bürgerinitiativen	44	4,37	16	0,55
Unternehmen	33	3,28	21	0,72
Wirtschaftsverbände	31	3,08	27	0,93
Umweltverbände	30	2,98	22	0,76
Kommunen	46	4,57	31	1,07
Landesbehörden	14	1,39	19	0,65
Bundesbehörden	1	0,10	6	0,21
Wissenschaft	7	0,70	0	0
Parteien	4	0,40	9	0,31
Kreise	16	1,59	12	0,41
Sonstige	4	0,40	22	0,76
Gesamt	1006	100	2905	100

These 2: Die Konsultationsteilnehmer:innen wünschen sich mehr Informationen von den Übertragungsnetzbetreibern.

Wir haben die Konsultationseingaben zur Konsultation der ÜNB von Hand daraufhin kodiert, ob in ihnen Kritik an dem Verfahren der Konsultation enthalten ist und dabei weiterhin unterschieden, ob sich diese Kritik gegen das Verfahren allgemein, die angebotenen Informationen oder gegen den (möglicherweise zu knappen) Zeitrahmen richtet. Abbildung 1 visualisiert den Anteil der kritischen Eingaben zu jeder Kategorie (Verfahren allgemein, Informationen, Zeitrahmen) in den jeweiligen Akteursgruppen.

Es ist zu ersehen, dass Bürger:innen und Kommunen im Vergleich zu anderen Akteurstypen relativ wenig Kritik an den bereitgestellten Informationen äußern. Dies mag zum Teil daran liegen, dass die anderen Akteur:innen technisch versierter sind und genaue Vorstellungen davon haben, welche Informationen im Netzentwicklungsplan enthalten sein *müssten*. Beispielsweise moniert das Umweltbundesamt in seiner Stellungnahme »Die umfangreichen Stabilitätsuntersuchungen bei der NEP-Entwicklung sollten ausführlicher (nicht nur für den Ausfall eines Korridors) dargestellt werden.« oder »Bei den Maßnahmen »Neubau im Startnetz« und »AC-Neubau« fehlen durchgängige und umfassende Angaben zu den technischen Eigenschaften (wie Anzahl der Stromkreise, Leitertechnik, Stromtragfähigkeit, thermische Grenzleistung).«

Allerdings ist der Anteil der Bürger:innen und Kommunen, die sich schlecht informiert fühlen, immer noch hoch: 30 Prozent der Bürger:innen und 40 Prozent der Kommunen monieren den Informationsgehalt des Netzentwicklungsplanes. Ihre Kritik besteht meist darin, dass der Netzentwicklungsplan zu abstrakt ist und keine konkreten Trassenverläufe benennt.

Die Stadt Meerbusch monierte beispielsweise: »Der vorliegende Netzentwicklungsplan beschreibt dabei leider keine konkreten Trassenverläufe von Übertragungsleitungen, sondern er dokumentiert nur den notwendigen Übertragungsbedarf zwischen Netzknoten.« Die Samtgemeinde Baddeckenstedt merkte an: »[...] sowohl in der Kurzfassung, als auch in der Langfassung zum Netzentwicklungsplan ist lediglich der Übertragungsbedarf zwischen den Anfangs- und Endpunkten aufgezeigt. Eine konkrete Trassendarstellung unter Berücksichtigung der Trassenkorridore ist leider nicht erkennbar.« Hubert H. kommentierte: »Leider habe ich kein Plan gefunden in dem steht welche zusätzlichen Leitungen WO, WANN und WIE geplant sind. Habe ich etwas falsch gemacht? [...] Vielleicht bin ich nicht der Einzige dem die ›Ortsbezogenen Informationen‹ fehlen.«

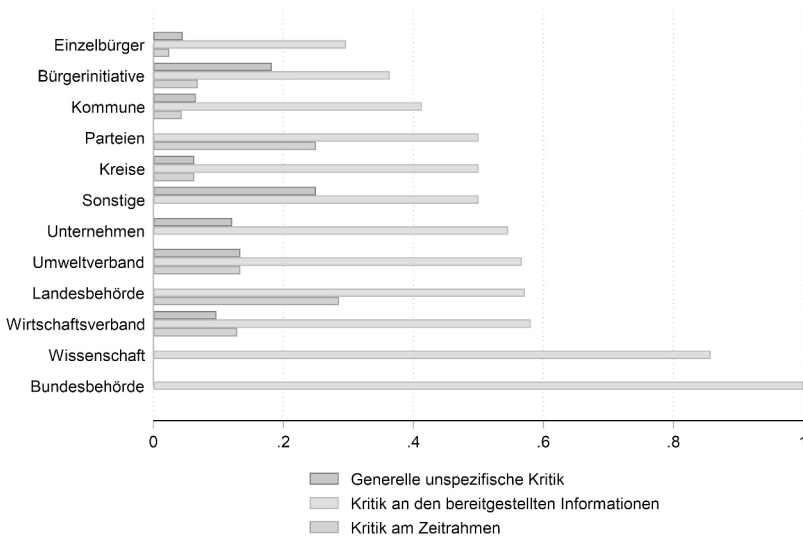
Auch wird hinterfragt, warum manche Trassenprojekte als Erdkabel geplant werden und andere nicht, beispielsweise wenn die Hansestadt Attendorf argumentiert: »Bezüglich technischer Übertragungsalternativen fehlt meines Erachtens die notwendige Transparenz. Laut § 12 b (1) Satz 3 Nr. 3 a EnWG erfordert der NEP Angaben über ›Netzausbaumaßnahmen als Pilotprojekte für eine verlustarme Übertragung hoher Leistungen über große Entfernungen...‹. Benannt werden vier Strecken als Projekt für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ), nicht jedoch ihr Pilotcharakter. Hier sollte klar begründet werden, warum genau diese vier Strecken für erforderlich gehalten werden und nach welchen Kriterien diese ausgewählt wurden.«

Hier gerät das Verfahren deutlich an seine Grenzen, da die Intention, die Zivilgesellschaft *so früh wie möglich* zu beteiligen, mit dem Wunsch der Beteiligten kollidiert, *konkrete Informationen* zu erhalten. Beide Anliegen in einem Verfahren zu erfüllen, erscheint unmöglich. Auffällig ist auch, dass der Zeitrahmen nur selten Gegenstand der Kritik ist. Bei Konsultationen auf europäischer Ebene ist es etwa ein Standardargument eher ressourcenarmer Akteur:innen, dass der Konsultationszeitraum unzureichend ist, um eine fundierte Stellungnahme vorbereiten zu können (vgl. Ruffing 2011). Bei den Netzentwicklungsplänen scheint dieses Problem geringer zu sein (siehe aber auch Schweizer/Bovet 2016).

These 3: Kommunale Akteur:innen und Bürger:innen haben einen Ressourcennachteil, was sich im Umfang ihrer Beiträge niederschlägt.

Ogleich es ein relativ grobes Maß ist, hat sich in der Politikwissenschaft eingebürgert, den Informationsgehalt von Texten anhand der Zahl der Wörter zu ermitteln (vgl. Klüver 2012). Daher stellt sich die Frage, wer wie lange Eingaben zu den Konsultationen macht. Die Boxplots in Abbildung 2 verdeutlichen, dass kommunale Akteur:innen und Bürger:innen den größten Teil der Eingaben zu den Konsultationen beitragen, aber ihre Eingaben deutlich kürzer sind als die anderer Akteur:innen. Der Boxplot zur Konsultation der ÜNB zeigt zwar, dass einige Bürger:innen extrem lange Eingaben machen, die Median-Eingabe hat aber nur 255 Wörter. Ähnlich ist es bei den Kommunen, die auch eher kurze Beiträge in die Konsultation geben. Bei der Konsultation der BNetzA entsteht dasselbe Bild: Bürger:innen und Kommunen verfassen im Schnitt relativ kurze Beiträge. Wenngleich dies nichts über die Qualität der Eingaben sagt, so ist doch festzuhalten, dass andere Akteur:innen offenbar größere Ressourcen haben, um ausführliche

Abbildung 1: Kritik am Konsultationsverfahren nach Art und Akteur:innen



Die hohen Anteile der Kritik an bereitgestellten Informationen bei Wissenschaft und Bundesbehörden ergeben sich aus der geringen Anzahl von Stellungnahmen von diesen beiden Akteurstypen (es nahm überhaupt nur eine Bundesbehörde an der Konsultation teil).

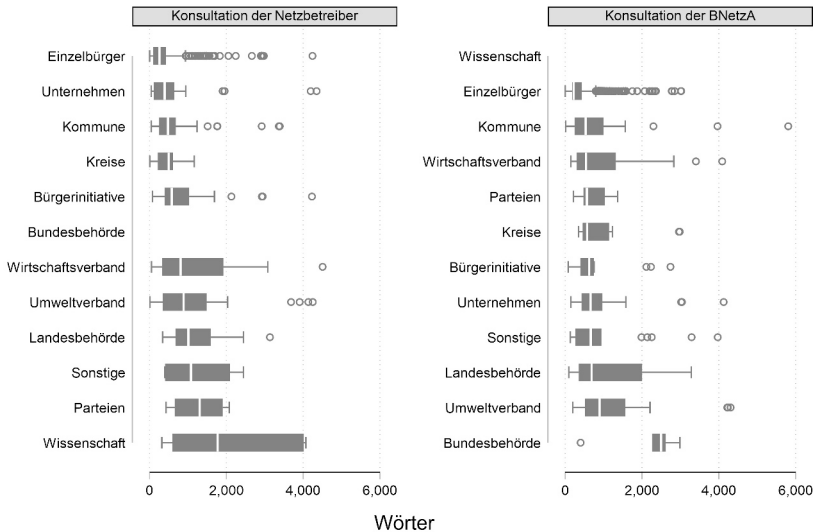
Eingaben (teilweise umfangreiche Studien) einzureichen (vgl. Fink/Hagendorf/Klinger 2019).

These 4: Die Teilnehmer:innen sind gut informiert und sprechen die Sprache der Übertragungsnetzbetreiber – sie verwenden technische und ökonomische Argumente.

Den Ergebnissen bestehender Studien zur Bürgerbeteiligung folgend (vgl. Butzlaff 2016, 99; Walter et al. 2013) sind die Teilnehmer:innen durchaus in der Lage, in den fachlichen Diskurs mit den ÜNB und der BNetzA einzutreten (vgl. Fink/Ruffing 2019a, 2020). Abbildung 3 zeigt – wiederum aufgeschlüsselt nach Akteurstyp – die Anteile der Eingaben zu der Konsultation der ÜNB, die juristische, politische, medizinische, technische, ökonomische, ökologische oder NIMBY-Argumente enthalten. Markant ist, dass alle Akteur:innen technische und ökonomische Argumente für wichtig halten – beispielsweise enthalten 80 Prozent aller Eingaben von Bürger:innen oder Kommunen technische Argumente. Ziel ist offenbar, mit den ÜNB in einen Dialog über die technischen Probleme des Netzausbaus einzutreten – wohl in der Annahme, dass dies die Sprache ist, die ÜNB verstehen.

Die Eingaben sind zum Teil höchst komplex und in Fachsprache formuliert, beispielsweise von Peter I.: »Die o.g. Lastflußrechnungen (statisch und dynamisch), die letztlich die Basis des Netzentwicklungsplans 2012 bilden, müssen von unabhängigen

Abbildung 2: Länge der Beiträge zu den Konsultationen (nach Zahl der Wörter)



Ingenieuren und Wissenschaftlern auf Plausibilität geprüft werden. Insbesondere sind hier die positiven Auswirkungen von Smart Grids und dezentralen Erzeugerstrukturen mit einzubeziehen.« Dies gilt auch für Paul M.: »Unterschiedliche Lastprofile, die durch modernes Lastmanagement erzeugt werden können, hätten im Szenariorahmen als innovative Möglichkeit Berücksichtigung finden müssen. Schließlich kann ein intelligentes Lastmanagement zu zeitlichen Verschiebungen im Verbrauch und damit zu einem anderen Netzausbau führen.« oder Anno H.: »Bezüglich der Netzstabilität besteht ein zusätzlicher Vorteil darin, dass bei Ausfall eines HGÜ-Systems eine parallel verlaufende HGÜ-Leitung – im Unterschied zu 380 kV-Systemen – die doppelte Leistung schadlos übernehmen kann.«

Entgegen häufiger Vorurteile enthält nur ein relativ kleiner Anteil der Eingaben ökologische oder NIMBY-Argumente. Dass die technischen Argumente eine klare Strategie zur Ansprache der ÜNB darstellen, zeigt der Vergleich mit der Konsultation der BNetzA. Darin verwenden vor allem die Bürger:innen viel seltener technische Argumente (die bei den Kommunen auch hier dominieren) und betonen stärker medizinische Aspekte. Offenbar wird die BNetzA als geeigneter Adressat für Bedenken zu Grenzwerten für Strahlung und zu Elektromog gesehen. Offenbar haben die Bürger:innen die grundsätzliche Erwartung, dass die BNetzA sich auch dem Schutz des Gutes Gesundheit widmet. Die Kommunen hingegen äußern gegenüber der BNetzA überraschend viele NIMBY-Argumente (also Argumente, die sich nicht als ökonomisch, ökologisch, oder auf die Gesundheit bezogen klassifizieren lassen) und bringen demnach politische Präferenzen in die Konsultation ein. Im Kontakt mit der Bundesbehörde haben die Kommunen

also offensichtlich eher die Erwartung eines politischen Aushandlungsprozesses, der auch Präferenzen von Akteur:innen berücksichtigt (vgl. Fink/Ruffing 2018b).

Abbildung 3: Art der vorgebrachten Argumente in den Konsultationen der ÜNB

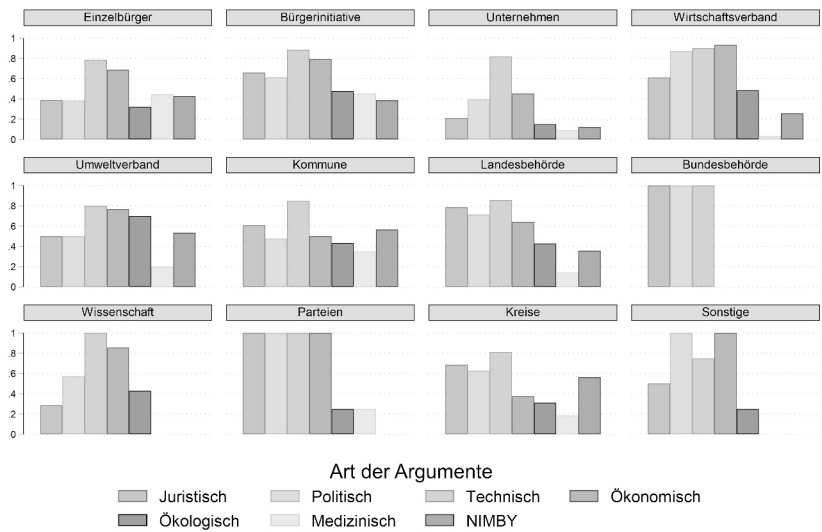
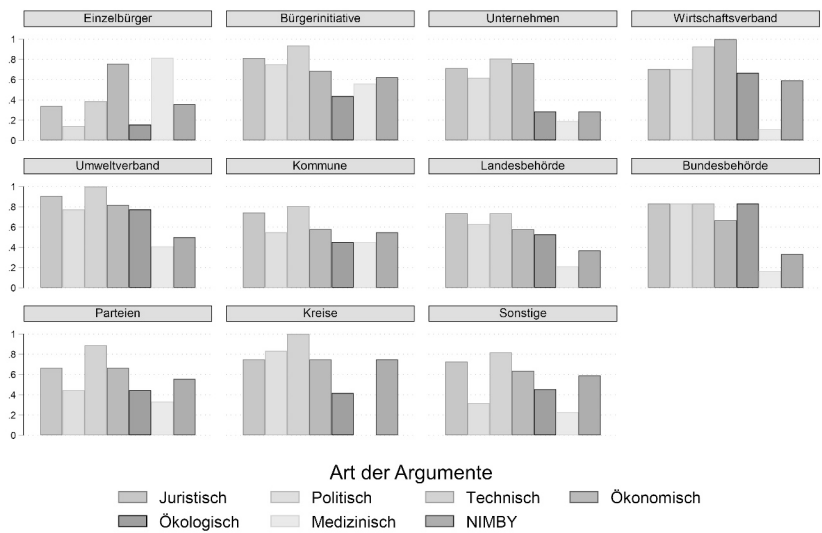


Abbildung 4: Art der vorgebrachten Argumente in den Konsultationen der BNetzA



These 5: Es geht in den Eingaben von Bürger:innen und kommunalen Akteur:innen meist um konkrete Trassen(pläne) und weniger um allgemeine Kommentare zur Energiewende.

Betrachtet man die Art der Eingaben, so lassen sich auf einer grundlegenden Ebene zwei Arten unterscheiden. Einerseits ist es möglich, dass die Eingaben sich generell auf die Energiewende beziehen und abstrakt Für und Wider abwägen. Andererseits können die Eingaben im Netzentwicklungsplan genannte Trassenvorhaben adressieren. Für die Konsultation als Mittel des Einflusses auf Policies sind die letzteren Eingaben entscheidend. Die Energiewende *als Ganzes* wird außerhalb des Netzentwicklungsplanes beraten und entschieden. In diesem Zusammenhang zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Konsultationen der ÜNB und der BNetzA: Bei der Konsultation der ÜNB bezieht sich nur etwa die Hälfte der Eingaben (45 Prozent) auf ein im Plan genanntes Trassenprojekt; bei der Konsultation der BNetzA sind es 91 Prozent der Eingaben, die eine konkrete Trasse thematisieren. Im Vergleich wird offenbar die Konsultation der BNetzA als »konkreter« wahrgenommen – möglicherweise auch, weil hier bereits eine erste Planung der ÜNB vorliegt – und enthält deutlich weniger Eingaben, die sich auf allgemeine Aspekte der Energiewende beziehen. Auffallend – aber wenig überraschend – ist, dass sich gerade Bürger:innen, Bürgerinitiativen und kommunale Akteur:innen in ihre Eingaben auf im Netzentwicklungsplan genannte Trassen beziehen. In der Konsultation der ÜNB enthalten 49 Prozent der Eingaben von Bürger:innen, 50 Prozent der Eingaben von Bürgerinitiativen und 63 Prozent der Eingaben von Kommunen einen Bezug auf eine Trasse. Bei Unternehmen liegt dieser Anteil nur bei 9 Prozent und bei Wirtschaftsverbänden bei 6,5 Prozent. In der Konsultation der BNetzA enthalten 94 Prozent der Eingaben von Bürger:innen, 87,5 Prozent der Eingaben von Bürgerinitiativen und 74 Prozent der Eingaben von Kommunen einen konkreten Trassenbezug. Es wird deutlich, dass sich Bürger:innen und kommunale Akteur:innen nicht (nur) allgemein zur gewählten Form der Energiewende positionieren, sondern dass sie die Konsultationen dazu nutzen, sich zu Trassen zu äußern, von denen sie sich betroffen fühlen. Höchst problematisch dabei ist das sogenannte *Startnetz*. Es umfasst diejenigen Stromtrassen, die bereits bestehen oder nach älteren Rechtsvorschriften (insbesondere dem EnLAG) gebaut werden. Diese Trassen sind im Netzentwicklungsplan angegeben, um den Ist-Zustand des deutschen Stromnetzes darzustellen. Sie sind laut EnWG *nicht* Teil der Konsultation.⁴ Teil des Startnetzes sind indes einige der konfliktreichsten Trassen überhaupt, gegen die sich schon viele Bürgerinitiativen gebildet haben (z.B. die Trasse Wahle-Mecklar). Von den 573 Eingaben zur Konsultation der ÜNB beziehen sich 331 auf neue Trassenmaßnahmen, der Rest wendet sich ausschließlich gegen Planungen im

4 An dieser Stelle ist die Definition des Startnetzes eine Einladung für Konflikte. Das Startnetz wird im Netzentwicklungsplan ausführlich dargestellt. Es soll das Netz abbilden, von dem ausgegangen wird, und enthält a) das bestehende Netz, b) die EnLAG-Maßnahmen, c) die bereits in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen sowie d) Maßnahmen, deren Planungsstand schon sehr weit fortgeschritten ist. Unter die Punkte b) bis d) fallen einige sehr umstrittene Projekte. Dass diese Projekte nicht Gegenstand der Konsultation sind, ist nur schwer zu vermitteln und birgt Konfliktpotenzial.

Rahmen des Startnetzes. Hier ist Frustration vorprogrammiert, da diese Eingaben qua Logik des Verfahrens keinen Einfluss haben können. In der Konsultation der BNetzA dagegen beziehen sich nur 28 Eingaben ausschließlich auf Maßnahmen des Startnetzes; der überwiegende Anteil der Eingaben adressiert dagegen Pläne für Stromtrassen, an denen verfahrensgemäß noch Änderungen möglich sind.

These 6: Kommunen, Bürger:innen und Bürgerinitiativen bilden in den Konflikten oft eine Handlungseinheit; die Kreise gehören nicht zu dieser Gruppe lokaler Akteur:innen.

Da sich ein großer Anteil der Eingaben auf einzelne Stromtrassen bezieht, steht im nächsten Schritt der Analyse im Fokus, wie die Mengen der Eingaben verschiedener Akteur:innen zu einer gegebenen Trasse miteinander zusammenhängen. Mit anderen Worten: Kommen gegen eine Trasse, gegen die viele Eingaben von Bürger:innen verfasst werden, auch viele Einwände von kommunalen Akteur:innen wie Bürgermeister:innen?⁵ Die Korrelationen in Tabelle 2 zeigen, dass dies zumindest teilweise gilt. In den Konsultationen der ÜNB scheinen Bürger:innen, Bürgerinitiativen und Kommunen eine Handlungseinheit zu bilden.

Tabelle 2: Teilnehmer:innen an den Konsultationen zum Netzentwicklungsplan 2012

	Konsultation der ÜNB				Konsultation der BNetzA			
	Bürger:innen	BIs	Kommunen	Kreise	Bürger:innen	BIs	Kommunen	Kreise
Bürger:innen	1.00				1.00			
BIs	0.90	1.00			0.53	1.00		
Kommunen	0.93	0.91	1.00		0.27	0.84	1.00	
Kreise	-0.14	-0.11	0.00	1.00	0.61	0.69	0.56	1.00

Gegen Trassen, gegen die viele Eingaben von Bürger:innen vorliegen, werden auch viele Einwendungen von Bürgerinitiativen und Kommunen geäußert (Korrelationen von 0.90 und 0.93). Vermutlich wirkt hier der kommunalpolitische demokratische Transmissionsriemen: In Kommunen, in denen viele Bürger:innen gegen eine Stromtrasse opponieren und sich Initiativen bilden, gerät die Kommunalpolitik zunehmend unter Druck, sich dem Widerstand anzuschließen (vgl. Fink/Teichgräber/Wehling 2022; Kopp/Messinger-Zimmer/Rugenstein 2017; Messinger 2015; Zilles/Schwarz 2015). Allerdings gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Zahl der Eingaben von Landkreisen und der Zahl der Eingaben von anderen kommunalen Akteur:innen. Denkbar ist, dass

5 De facto messen wir nur die Korrelation zwischen der Zahl der Eingaben, aber unsere Kodierung zeigt, dass die wenigsten Eingaben positiv sind. Das heißt: Wenn eine Eingabe eine Trasse erwähnt, ist es meistens eine Eingabe *gegen* diese Trasse.

Landkreise als größere geographische Einheiten betroffene und weniger bzw. gar nicht betroffene Kommunen beinhalten und sich daher nicht eindeutig positionieren wollen oder können (da die Stimmungslage im Kreisgebiet nicht eindeutig ist). Interessanterweise zeigt sich der Zusammenhang Bürger:innen/Bürgerinitiativen/Kommunen nicht bei den Konsultationen der BNetzA. Dies ist allerdings auf eine Besonderheit zurückzuführen: In Ablehnung des Projekts Korridor A gingen 2126 Einwendungen von Bürger:innen gegen eine Konverterstation in Osterath-Meerbusch ein (viele der Eingaben Musterbriefe), aber nur drei Eingaben von Kommunen. Es besteht also ein Missverhältnis, das die Korrelation künstlich verringert; nimmt man Korridor A aus der Betrachtung heraus, liegt die Korrelation zwischen Eingaben von Bürger:innen, Bürgerinitiativen und Kommunen zwischen 0.80 und 0.88.

These 7: Das Beteiligungsverfahren wird als Widerspruchsverfahren aufgefasst.

Betrachtet man die in den Eingaben verwendeten Begriffe genauer, wird deutlich, dass viele Teilnehmer:innen das Konsultationsverfahren als Einspruchs- oder Widerspruchsverfahren verstehen (vgl. Fink/Ruffing 2018a). Durch eine Zählung der Begriffe und Formulierungen »wende mich gegen«, »Einspruch«, »Widerspruch«, »widerspreche« und »lehne ab« haben wir ein grobes Maß dafür ermittelt, inwieweit die Urheber:innen von Eingaben zur Konsultation Einspruch gegen eine Trasse einlegen wollen. Dieser Anteil ist relativ hoch: In der Konsultation der ÜNB enthalten 25 Prozent der Eingaben, die sich auf die Trasse beziehen, eine der oben genannten Wendungen; in der Konsultation der BNetzA sogar 66 Prozent. Die Erwartung, dass ein solcher *Einspruch* gegen eine Trasse Erfolg hat, wird aber mit großer Sicherheit enttäuscht werden. Gegenstand des Netzentwicklungsplans ist nur der Bedarf einer Trasse zwischen zwei Punkten, ein Einspruch gegen eine konkrete Trasse vor Ort ist an dieser Stelle des Verfahrens nicht vorgesehen. Dieses Argument wird von den ÜNB auch in ihrer zweiten Version des Netzentwicklungsplanes betont: Folgt man den ÜNB, enthalten die Stellungnahmen eine »hohe Anzahl an politischen Inhalten, die keinen direkten Einfluss auf das Ergebnisnetz haben« (vgl. ÜNB 2012b, S. 176). Aus ihrer Sicht »haben die Teilnehmer die Konsultation als Einspruchsverfahren missverstanden« (ebd.: 176).

These 8: Beteiligungsverfahren zur Stromnetzplanung werden die Konflikte um die Stromtrassen kaum befrieden.

In der Zusammenschau der empirischen Evidenz zu den einzelnen Thesen ergibt sich ein recht pessimistisches Bild hinsichtlich der Eignung und des Vermögens von Konsultationen zur Bedarfsplanung, Konflikte zu befrieden. Auf der einen Seite beteiligen sich sehr viele kommunale Akteur:innen und Bürger:innen an der Konsultation (These 1), was für die Input-Legitimität des Verfahrens spricht. Diese Teilnehmer:innen fühlen sich aber durch die Dokumente des Netzentwicklungsplanes schlecht informiert, weil sie Informationen erwarten, die erst in einer späteren Phase der Planung produziert werden (These 2) und die Länge ihrer Beiträge deutet zumindest darauf hin, dass sie einen Ressourcennachteil gegenüber den klassischen Verbänden und anderen Akteur:innen der Interessenvermittlung haben (These 3). Dennoch formulieren sie Ein-

gaben, deren Argumente der technisch-ökonomischen Logik des Verfahrens entsprechen (These 4). Diese Argumente beziehen sich meistens auf im Netzentwicklungsplan genannte Trassenprojekte (These 5). Dabei bilden sich Handlungseinheiten aus Einzelbürger:innen, Bürgerinitiativen und Kommunen, die sich gemeinsam gegen besonders umstrittene Trassen wenden (These 6) und Kritik an den Trassenplänen üben oder Einspruch einlegen (These 7). An dieser Stelle beginnt das *institutionalisierte Missverständnis* (These 8): Die Logik des Verfahrens fragt eben gerade nicht danach, gegen welche konkrete Trasse sich Bürger:innen und Kommunen wenden, sondern versucht zu ermitteln, zwischen welchen beiden Punkten in Deutschland eine Trasse *notwendig* ist. Zwar ist es mit Blick auf Bürger:innen und Kommunen, die auf dem kürzesten Weg zwischen zwei derartigen Netzknoten leben bzw. liegen, rational und verständlich, dass sie sich präventiv gegen einen möglichen Trassenverlauf wenden. Die ÜNB können aber immer argumentieren, dass gerade diese Festlegung noch nicht getroffen ist. In diesem Sinne ist die Konsultation zur Bedarfsplanung eine Fehlkonstruktion: Die ÜNB konsultieren zu einer Frage, die nur wenige Akteur:innen kompetent beantworten können (zwischen welchen Netzknoten eine Trasse technisch notwendig ist), und erhalten vornehmlich Antworten auf eine andere Frage (gegen welche konkreten Trassenverläufe sich Bürger:innen und Kommunen wehren). Eine Konfliktbeilegung ist unter diesen Bedingungen nicht zu erwarten.

Zusammenfassung und Diskussion

Der Beitrag analysierte, wie sich kommunale Akteur:innen und Bürger:innen an der Konsultation des Netzentwicklungsplanes 2012 beteiligten. Der Logik des Verfahrens zufolge sollte die Konsultation der absichtenden Problembearbeitung dienen, also Schritt für Schritt auf der passenden Ebene des politischen Systems und der Planung Konflikte bearbeiten (vgl. Fink/Ruffing 2022). Das Ergebnis unserer Analyse ist aus Sicht der Legitimitätsstiftenden Wirkung des Verfahrens aber höchst ambivalent. Auf der einen Seite beteiligen sich viele kommunale Akteur:innen und Bürger:innen an der Konsultation – im Gegensatz zu vielen vergleichbaren Verfahren gibt es also keine Dominanz von organisierten Interessen oder Unternehmen (vgl. Rasmussen 2015; Rasmussen/Carroll 2014). Auf der anderen Seite scheint ein Missverhältnis zwischen den Ansprüchen, die Bürger:innen und Kommunen an das Verfahren stellen, und der tatsächlichen Logik des Verfahrens zu bestehen (vgl. Fink/Ruffing 2019b). Viele der Eingaben deuten darauf hin, dass sich lokale Akteur:innen vor Ort gegen *ihre* Stromtrassen wenden – also die Trassen, von denen sie betroffen sind oder von denen sie in Zukunft betroffen zu sein glauben. Die Konsultation betrifft aber die Notwendigkeit von Stromtrassen zwischen zwei Punkten in Deutschland, konkrete Trassenverläufe sind davon nicht erfasst. Daher wird die Konsultation möglicherweise eher zu Frustration der Bürger:innen als zu erhöhter Legitimation des Netzausbaus führen. Ob eine absichtende Problembearbeitung stattfindet, ist höchst zweifelhaft. Vermutlich werden dieselben Konflikte, die in der Konsultation des Netzentwicklungsplans auftauchten, auch später im Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren wieder aufflammen.

Als Erfolg der Öffentlichkeitsbeteiligung wird vielfach die Ausweitung der Erdverkabelung im Bundesbedarfsplangesetz gesehen. Dabei bleibt aber festzustellen, dass diese Änderung nicht im Rahmen des Beteiligungsverfahrens durchgesetzt wurde – die BNetzA hätte aufgrund der geltenden Rechtslage nicht die Möglichkeit gehabt, hier tätig zu werden. Sie prüft den Bedarf unabhängig von der später zu wählenden Leitungsform. Stattdessen wurde der Einsatz von Bürger:innen und Kommunen für Erdkabel von Landes- und Bundespolitiker:innen aufgegriffen (vgl. EOS o.J.) Im Bundesbedarfsplangesetz wurde dann vom Bundesgesetzgeber für fünf Gleichstromtrassen eine verbindliche Erdverkabelung vorgesehen, fünf weitere Wechselstromtrassen können als Erdkabel-Pilotprojekte verlegt werden (vgl. Bundesbedarfsplangesetz in der Fassung vom 06.07.2016, §§ 2-4). Diese Entscheidung – die außerhalb des eigentlichen Beteiligungsverfahrens getroffen wurde – wird möglicherweise einen größeren Einfluss auf die Akzeptanz des Stromnetzausbaus haben als die Fragen, die im Beteiligungsverfahren tatsächlich verhandelt wurden.

Literatur

- Bauer, Christian (2015): »Stiftung von Legitimation oder Partizipationsverflechtungsfälle. Welche Folgen hat die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Stromnetzausbau?«, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 8, S. 273-293.
- Berkel, Manuel (2011): »Hürden für Beteiligung. Netzausbau: Kritik an neuem Onlineportal«, in: *taz. die tageszeitung* vom 20.07.2011, <https://taz.de/!265374/vom-28.06.2022>, S. 9.
- Butzlaff, Felix (2016): *Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder (= Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, Band 10)*, Bielefeld: transcript.
- Cuéllar, Mariano-Florentino (2005): »Rethinking Regulatory Democracy«, in: *Administrative Law Review* 57, S. 411-499.
- ENTSO-E (2022): *Planning the Future Grid*. Online verfügbar unter: <https://www.entsoe.eu/major-projects/ten-year-network-development-plan/general/Pages/default.aspx>. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- EOS (o.J.): *Erdkabel Initiative SuedLink*. Online verfügbar unter: www.eos-netzwerk.de/. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Fink, Simon/Hagendorf, Winona/Klinger, Niklas (2019): »Öffentlichkeitsbeteiligung von privaten und staatlichen Akteuren im Vergleich. Das Beispiel der Bedarfsplanung für deutsche Stromnetze«, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 12, S. 94-115.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2015): »Legitimation durch Verwaltungsverfahren? Was sich die Politik von Konsultationen beim Stromnetzausbau verspricht«, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 8, S. 253-271.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2018a): »Öffentlichkeitsbeteiligung durch private Akteure: Eine empirische Analyse des deutschen Verfahrens zur Erstellung von Netzentwick-

- lungsplänen«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), *Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 245-267.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2018b): »Why do bureaucrats consider public consultation statements (or not)? Information processing in public organizations«, in: Tobias Bach/Kai Wegrich (Hg.), *The blind spots of public bureaucracy and the politics of non-coordination*, Cham: Palgrave Macmillan, S. 217-238.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2019a): »Going beyond dyadic consultation relationships: information exchange in multi-step participation procedures«, in: *Journal of Public Policy* 39, S. 587-608.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2019b): »Legitimation durch Kopplung legitimatorischer Arenen«, in: Alexander Thiele (Hg.), *Legitimität in unsicheren Zeiten. Der demokratische Verfassungsstaat in der Krise?*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 193-219.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2020): »Learning in iterated consultation procedures – The example of the German electricity grid demand planning«, in: *Utilities Policy* 65, S. 101065.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2022): »Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Bedarfsplanung der Stromnetze. Abschichtende Problembearbeitung oder Aufschub von Konflikten?«, in: *Niedersächsische Verwaltungsblätter* 2022, S. 40-45.
- Fink, Simon/Teichgräber, Hendrik/Wehling, Mareike (2022): »Der Ausbau der deutschen Stromnetze: Kohärente Parteienideologie oder Sollbruchstelle entlang lokaler Interessen?«, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 15, S. 617-639.
- Golden, M. M. (1998): »Interest groups in the rule-making process: who participates? Whose voices get heard?«, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 8, S. 245-270.
- Grimmer, Justin/Stewart, Brandon M. (2013): »Text as data: the promise and pitfalls of automatic content analysis methods for political texts«, in: *Political Analysis* 21, S. 267-297.
- Klüver, Heike (2012): »Biasing politics? Interest group participation in EU policy-making«, in: *West European Politics* 35, S. 1114-1133.
- Kopp, Julia/Messinger-Zimmer, Sören/Rugenstein, Jonas (2017): »Das war aber keine Beteiligung.« Proteste gegen Stromtrassen«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript, S. 43-61.
- Krippendorff, Klaus (2013): *Content analysis. An introduction to its methodology*, Los Angeles, London, New Delhi, Singapore: Sage.
- Messinger, Sören (2015): »Protest als Normalbetrieb der Demokratie«, in: Alexander Hensel/Roland Hiemann/Daniela Kallinich et al. (Hg.), *Parteien, Protest und Populismus*, Stuttgart: Ibidem-Verl., S. 113-115.
- Neuendorf, Kimberly A. (2002): *The contentanalysis guidebook*, Thousand Oaks: Sage Publ.
- Rasmussen, Anne (2015): »Participation in written government consultations in Denmark and the UK: system and actor-level effects«, in: *Government and Opposition* 50, S. 271-299.

- Rasmussen, Anne/Carroll, Brendan J. (2014): »Determinants of upper-class dominance in the heavenly chorus: lessons from European Union online consultations«, in: British Journal of Political Science 44, S. 445-459.
- Ruffing, Eva (2011): Europäische Wertpapierregulierung zwischen Input- und Output-Legitimität. Das Lamfalussy-Verfahren, Baden-Baden: Nomos.
- Schweizer, Pia-Johanna/Bovet, Jana (2016): The potential of public participation to facilitate infrastructure decision-making: Lessons from the German and European legal planning system for electricity grid expansion, in: Utilities Policy 42, S. 64-73.
- Schweizer-Ries, Petra/Rau, Irina/Zoellner, Jan/Nolting, Katrin/Rupp, Johannes/Keppler, Dorothee (2010): Aktivität und Teilhabe – Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht. Online verfügbar unter: https://www.tu-berlin.de/fileadmin/f27/PDFs/Forschung/Abschlussbericht_Aktivitaet_Teilhabe_format.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.06.2022.
- Schweizer-Ries, Petra/Rau, Irina/Zoellner, Jan (2010): Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle-Mecklar (Niedersachsen und Hessen). Abschlussbericht. Online verfügbar unter: https://www.duh.de/uploads/media/Abschlussbericht_Akzeptanz_Netzausbau_Juni2010.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Steinbach, Armin (2013): »Barriers and solutions for expansion of electricity grids – the German experience«, in: Energy Policy 63, S. 224-229.
- Thiele, Alexander (Hg.) (2019): Legitimität in unsicheren Zeiten. Der demokratische Verfassungsstaat in der Krise?, Tübingen: Mohr Siebeck.
- ÜNB, Übertragungsnetzbetreiber (2012a): Netzentwicklungsplan Strom 2012. Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber, Berlin, Dortmund, Bayreuth, Stuttgart, https://www.netzentwicklungsplan.de/sites/default/files/paragraphs-files/nep_2012_1_entwurf_teil_1_kap_1_bis_8.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- ÜNB, Übertragungsnetzbetreiber (2012b): Netzentwicklungsplan Strom 2012. Zweiter überarbeiteter Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber, Berlin, Dortmund, Bayreuth, Stuttgart. Online verfügbar unter: https://data.netzausbau.de/2022/NEP/NEP2022_UENB-Entwurf2a.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Walter, Franz/Marg, Stine/Geiges, Lars et al. (Hg.) (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Weyer, Hartmut (2011): Netzausbau in Deutschland. Rechtlicher Rahmen und Handlungsbedarf. Technische Universität Clausthal. Online verfügbar unter: https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/arbeitspapier_05_2011.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Zilles, Julia/Schwarz, Carolin (2015): »Bürgerproteste gegen Windkraft in Deutschland. Organisation und Handlungsstrategien«, in: Informationen zur Raumentwicklung, S. 669-679.

»Teuer, ungerecht und elitär?« – Gesellschaftliche Konfliktlinien um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit

Nico Mokros und Julia Schatzschneider

Einleitung

Soziale Arbeit ist sowohl von ihrem Selbstverständnis her als auch mit Blick auf ihre potenziellen Adressat:innen grundlegend an gesellschaftlichen Konflikten und sozialen Kämpfen ausgerichtet (z.B. Migration, Armut, Gesundheit, Arbeitslosigkeit etc.). Dabei ist Soziale Arbeit in die betreffenden Lebenslagen, Probleme und Systeme eingebunden, gleichzeitig aber auch gefordert, unterschiedliche Menschen und Milieus zusammenzubringen, zur Gestaltung sozialer Räume einzuladen, Konflikte zu bearbeiten und im Interesse einer demokratischen Gemeinschaft zu einer Politik aufzufordern, die möglichst vielen Menschen ein *gutes Leben* ermöglicht (vgl. Seithe 2011: 3). Auf individueller Fallebene, aber auch bei sozialräumlichen Prozessen geht es dabei häufig um Unterstützung bei der Bewältigung multipler Problemlagen, die Erhöhung von Lebensqualität oder Empowerment.¹ In diesem Sinne bislang wenig beleuchtet sind Auseinandersetzungen um Energie- und Klimapolitik, die seit Jahren ein zentrales Problemfeld mit Polarisierungspotenzial darstellen. Erste Möglichkeitsräume für die Profession hat z.B. Liedholz (2021) erschlossen. Anzunehmen ist, dass etwa im Zuge der Umsetzung des Bundes-Klimaschutzgesetzes damit verbundene Konflikte und Kämpfe gesamtgesellschaftlich eine immer größere Rolle spielen werden – sei es auf der Ebene persönlicher oder lokaler Betroffenheit von Energiewendemaßnahmen und den Folgen des Klimawandels oder auch allgemeiner auf der Ebene politischer Einstellungen. Immer deutlicher zeichnen sich verschiedene Spannungsverhältnisse ab, die in modernen demokratischen Gesellschaften typischerweise mit Fragen von Anerkennungs- wie auch

1 Es wird angenommen, dass im Kontext der aktuellen Energiekrise und des Umgangs mit den Folgen des Klimawandels Soziale Arbeit verstärkt eine Rolle bei der Bewältigung von Energiearmut spielen wird. Diesbezügliche Ansätze, z.B. in der sozialpädagogischen Familienhilfe, sind aber nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags.

Verteilungsgerechtigkeit in Verbindung stehen – und aus dieser Perspektive nicht zuletzt für die Soziale Arbeit relevant werden (können).

Auf Grundlage einer bundesweiten Bevölkerungsumfrage lotet der Beitrag entlang bestimmter prozess- und bedingungsorientierter Einstellungen zur Energiewende mögliche Themen-, Konflikt- und Kompetenzfelder für die Soziale Arbeit und ihre Akteur:innen aus. Dabei soll auch reflektiert werden, wie sich eine kritisch-emanzipatorisch orientierte Soziale Arbeit in die Auseinandersetzung um die gegenwärtige wie künftige Energie- und Klimapolitik einbringen und »an der Rückeroberung einer aufklärerischen Position in der Gesellschaft mit anderen Wissenschaften« (Braches-Chyrek/Sünker 2017: 3) beteiligt sein kann. Die Ergebnisse sind Teil des Forschungsprojekts *Demokon – Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende*, welches durch die Stiftung Mercator gefördert wird und darauf abzielt, unterschiedliche Positionen und gesellschaftliche Konfliktodynamiken rund um die Energiewende zu erforschen, Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln und eine demokratische Streit- und Aushandlungskultur zu stärken (vgl. Reusswig et al. 2021: 5).

Zum Verhältnis von Sozialer Arbeit, Ungleichheit und gesellschaftlichem Wandel am Beispiel von Klima- und Energiepolitik

Soziale Arbeit steht in einem Spannungsverhältnis, das klassischerweise als *Doppel-* bzw. auch *Tripelmandat* bezeichnet wird, insofern sie nicht nur zwischen den Hilfsansprüchen sowie Bedarfen von Klient:innen und dem staatlichen (Kontroll-)Auftrag zur Bearbeitung der betreffenden – und auch gesellschaftlich erzeugten – Problemlagen vermitteln soll, sondern ebenfalls das eigene Selbstverständnis als Profession immer wieder erörtern und begründen muss (vgl. Klees o.J.: 2ff.). Als Vermittlungs-, Beteiligungs- und Beratungsinstanz ist Soziale Arbeit mittelbar und unmittelbar in die rechtlichen, institutionellen und politischen Strukturen eingebunden und wirkt dabei auf bestehende und sich verändernde Probleme ein – nicht zuletzt, um deren krisen- und konflikthafte Entwicklung abzumildern oder ihr entgegenzuwirken:

»Social work is a practice-based profession and an academic discipline that promotes social change and development, social cohesion, and the empowerment and liberation of people. Principles of social justice, human rights, collective responsibility and respect for diversities are central to social work. Underpinned by theories of social work, social sciences, humanities and indigenous knowledge, social work engages people and structures to address life challenges and enhance wellbeing.« (IFSW 2014)

Mit Verweis auf die bedeutenden, wenn auch jüngeren Wurzeln der Sozialen Arbeit in den emanzipations-, friedens- und umweltbewegten 1960er- und 1970er-Jahren der Bundesrepublik lässt sich angesichts der zu erwartenden, weitreichenden Folgen des menschengemachten Klimawandels sowie der politischen Maßnahmen zu ihrer Abmilderung die Frage nach der Funktion Sozialer Arbeit als kritischer Instanz und Begleiterin von Umbrüchen, Unsicherheiten und Ungleichheiten in der Gesellschaft stellen. Inwieweit kann und sollte Soziale Arbeit ein entsprechendes Selbstverständnis zum Anlass nehmen, eine aktive Rolle in diesem Spannungsfeld einzunehmen und zur Man-

datsträgerin zu werden? Voraussetzung dafür wäre zunächst eine positive Positionierung bezüglich eines politischen Mandats Sozialer Arbeit (vgl. Liedholz 2021: 13). Diese wird jedoch bis heute nicht einheitlich vertreten. Skeptiker:innen weisen etwa auf den verborgenen Paternalismus gegenüber ihren Adressat:innen oder auf die mangelnden Einflussmöglichkeiten im politischen Feld hin (vgl. Benz/Rieger 2015: 36; zit.n. Liedholz 2021: 13). Doch insbesondere, wenn es um die individuelle Lebensbewältigung geht, sind die Einflüsse und Folgen des Klimawandels unmittelbar verwoben mit der sozialarbeiterischen Frage nach Unterstützungsbedarfen, dem Beitrag des Einzelnen sowie der gesellschaftlichen Verantwortung, den Klimaschutz zielstrebig, aber auch sozial gerecht zu gestalten (Stichwort: Doppelmandat). Lothar Böhnisch unterstreicht die Verwobenheit der Sozialen Frage mit den bestehenden und zukünftigen Umweltverhältnissen und akzentuiert in diesem Zusammenhang auch die gesellschaftliche Notwendigkeit Sozialer Arbeit zur Flankierung der Sozialpolitik (vgl. Böhnisch 2018: 36). Er schreibt der Profession Wirkungsformen und -kontexte zu, die auch mit Blick auf eine von möglichst Vielen mitzugestaltende, sozial gerechte Energiewende relevant sein können: »Räume, Beziehungen. Sprache und Milieu.« (Ebd.: 62).

Verbunden mit der *Sozialen Frage* und dem Ausgleich diesbezüglicher Ungleichheiten in der Gesellschaft setzt sich Soziale Arbeit unmittelbar mit Phänomenen wie Armut und Arbeitslosigkeit auseinander – also mit Ausschlussmechanismen und dadurch erzeugten sozialen Schieflagen eines Systems, das maßgeblich auf Wohlstand und Wachstum aufgebaut ist. Die Ursachen der Ungleichheiten mögen unterschiedlich und vielschichtig sein; die durch sie invertierten Versprechen von Teilhabe, Gleichheit und Gerechtigkeit erreichten ihren Höhepunkt etwa in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Spätestens seit den 1970er-Jahren – in deren Ölkrisen und aufkommendem Widerstand gegen Atomkraft auch die Idee der Energiewende wurzelt – unterlagen die Leitnormen der Moderne einem tiefgreifenden Strukturwandel (vgl. Polanyi 2015). Diesbezüglich markieren die Schlagwörter *Individualisierung* und *Entsolidarisierung* gesellschaftliche Prozesse und Neuordnungen, die die zunehmende Ungleichheit legitimierbar machten (vgl. Butterwegge 1999; Castel 2005). Unter dem Einfluss neo- und ordoliberaler Ideen wurde der Sozialstaat zurückgebaut und die zuvor gebotene Ausgleichskonstellation zu Ungunsten bürgerlicher wie auch sozialer Interessen verschoben. Dadurch, so Heitmeyer, habe die Demokratie deutlich Schaden genommen und sei teilweise entleert worden. Die genannten Entwicklungen förderten Gefühle politischer Machtlosigkeit sowie Misstrauen gegenüber politischen Eliten, wovon nicht zuletzt ein Aufstieg des Rechtspopulismus und die Zunahme antidemokratischer Einstellungen in der Bevölkerung zu erwarten waren (vgl. Heitmeyer 2001, 2018). So spiegelten ein fortwährender Verlust demokratischer Kontrolle politischer Macht und ein wachsender Einfluss nicht gewählter, nicht rechenschaftspflichtiger Institutionen die Rezession der Demokratien in den USA und Westeuropa wider (vgl. The Economist Intelligence Unit 2020). Das Fortbestehen der formellen Institutionen und Prozesse der Demokratie bei gleichzeitig starker Einflussnahme multinationaler Lobbygruppen begrenze die Souveränität des Staates – so beschreibt Crouch (2008) die Entwicklung zur *Postdemokratie*. Die wesentlichen Fragen, wer für politische Entscheidungen zur Verantwortung gezogen werden kann sowie welche Interessen berücksichtigt werden und welche nicht, blieben für die

Öffentlichkeit dabei so weit unbeantwortet, dass der prozessuale und kompromissbildende Charakter demokratischer Herrschaft verloren zu gehen drohe (vgl. ebd.).

Trotz der hohen Unterstützung für die Idee der Demokratie in der ganzen Welt haben Umfragen des Pew Research Center in den letzten Jahren tiefe Enttäuschungen über das Funktionieren der Demokratie und ihrer Systeme der politischen Repräsentation offenbart, die besonders deutlich werden, wenn es dem betreffenden Land wirtschaftlich schlecht geht. So waren im Frühjahr 2019 z.B. 63 % der telefonisch befragten Deutschen (n = 2.015), die befanden, dass die Volkswirtschaft in einem schlechten Zustand ist, auch damit unzufrieden, wie die Demokratie funktioniert. Andersherum äußerten nur 28 % diese Ansicht, wenn der Zustand der Wirtschaft für gut befunden wurde (vgl. Wike/Schumacher 2020: 25). Einen deutlichen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Unzufriedenheit mit Politik und Demokratie stellen auch Decker, Best, Fischer und Küppers (2019) in ihrer repräsentativen Telefonumfrage (n = 2.500) fest. Demnach sind über 60 % der Befragten in Deutschland mit der Sozialpolitik und dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden und sich einig, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht von der guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes profitiert hat. Nur 46,6 % der Befragten zeigen sich (sehr oder ziemlich) damit zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, wobei die Wahrnehmung gestiegener sozialer Ungleichheit einen negativen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit hat, die dann deutlich niedriger ausfällt (ebd.: 33f., 76). An dieser Stelle lässt sich bereits festhalten, dass eine kritisch-emanzipatorisch orientierte Soziale Arbeit vor dem Hintergrund von Strukturwandelprozessen, Defiziten der Demokratie und einer scheiternden Sozialgerechtigkeit wesentlich gefragt und gefordert war und ist, auf daraus erwachsene Bedarfs- und Problemlagen zu reagieren (vgl. Ansen 2022: 22; Böhnisch 2018: 61).

In Anlehnung an Polanyis Begriff der *Großen Transformation* stellte der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Veränderungen* (WBGU) in seinem Jahresgutachten 2011 heraus, dass die Ziele zum Klimaschutz und zur Dekarbonisierung der Energiesysteme rein technologische Veränderungen transzendieren. Vielmehr geht es um die grundlegende Veränderung von Lebensstilen und die Frage nach einem sozial gerechten und klimaverträglichen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das die planetaren Grenzen ebenso wie die Menschenrechte achtet. In diesem Zusammenhang geben Adloff und Neckel (2019) zu bedenken, dass bei aller demokratischer Ausrichtung und Geschichte der Klima- und Umweltbewegung eine radikale Veränderung der Gesellschaft »[...] den Anspruch auf Totalität [enthält], fordert sie von ihren Mitgliedern doch einen vollständigen Wandel ihres Lebensstils« (ebd.: 177), was ein System hervorbringen kann, das sich »[...] mit den unbestreitbarsten Gründen [...] zu den weitestgehenden Maßnahmen der sozialen Kontrolle berechtigt sieht« (ebd.). So führe gesellschaftlicher Wandel nicht zwangsläufig zu einer normativen Verbesserung im Sinne eines *guten, besseren oder gerechten* Lebens für alle, sondern berge auch regressive und autoritäre Momente bzw. könne in solche umschlagen (vgl. z.B. Demirović 2021; Fraser 2017). Als Gastrednerin auf einem Parteitag von Bündnis90/Die Grünen warnte z.B. auch die Publizistin Carolin Emcke davor, dass angesichts zunehmender Wissenschaftsfeindlichkeit und systematischer Desinformation das gemeinsame Verständnis von Fakten verloren zu gehen droht, und forderte daher »eine neue Aufklärung« (Weiß/Schneider-Eicke 2021).

Dabei sind es sicherlich neue, radikale oder veränderte Narrative und Leitbilder, welche die Zukunft eines nachhaltigeren, gerechteren und klimaverträglicheren Zusammenlebens beschreiben (und womöglich überhaupt erst denken lassen),

»[...die] zwar an Kernideen der Aufklärung anknüpfen [können], wie die Aufforderung zu vernünftigem, verantwortlichem Handeln, das auch stets die Interessen anderer Menschen berücksichtigt. Andererseits müssen nun die Grenzen des Erdsystems als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Entwicklung und von Wohlstandssteigerung akzeptiert werden (re-embedding), während das Hauptmotiv des Zeitalters der Industrialisierung darin bestand, sich von den Begrenzungen der Natur zu emanzipieren (dis-embedding). Dies ist kein Plädoyer für eine romantische Rückbesinnung auf die Natur und keine Absage an technologische Lösungen für die Zukunftsherausforderungen der Menschheit. Doch jedweder Entwicklungspfad kann nur in den Grenzen der globalen Ökosysteme stattfinden [...]«. (WBGU 2011: 98)

Im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Perspektive und einer für alle lebenswerten Zukunft stellt sich die Frage nach dem Beitrag der Sozialen Arbeit zu dieser Entwicklung.

Hypothesen

Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Energie- und Klimapolitik für das Verhältnis von Ungleichheit, Demokratie und Transformation erwarten wir, dass Unterschiede in der Bewertung bestimmter Aspekte zur Umsetzung der Energiewende im Zusammenhang damit stehen, wie zufrieden Personen insgesamt mit der Demokratie in Deutschland sind, wie selbstwirksam sie sich im politischen Sinne erleben und auch, ob sie sich gegenüber Energiewendevorhaben machtlos fühlen. Die Soziale Arbeit kann zur Entwicklung einer demokratischen Konfliktkultur im Kontext der Energiewende als Vermittlungs-, Beteiligungs- und Beratungsinstanz wesentlich beitragen. Dazu sind Einstellungen von Interesse, die sich auf kognitiver, affektiver und verhaltensbezogener Ebene in den gesellschaftlichen Konfliktlinien um die Energiewende widerspiegeln und dabei auch als mittelbare Einflüsse verstanden werden können. Für die Einstellungsanalyse gehen wir davon aus, dass Personen, die eher unzufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, die Umsetzung der Energiewende hinsichtlich deren *Kosten, Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung, Geschwindigkeit* und *Transparenz* negativer bewerten als Personen, die insgesamt eher zufrieden mit der Demokratie sind. Ähnliche Tendenzen, die Umsetzung der Energiewende negativer zu bewerten, sollten sich für Personen zeigen, die sich politisch nicht als selbstwirksam erleben, während Personen, die ihre Selbstwirksamkeit höher einschätzen, zu mildernden Urteilen neigen dürften. Ebenso nehmen wir an, dass stärker ausgeprägte Gefühle der Machtlosigkeit gegenüber der Energiewende mit umso negativeren Bewertungen ausgewählter Aspekte ihrer Umsetzung einhergehen.

Methode

Im Folgenden wird nachgezeichnet, wie die Untersuchung durchgeführt worden ist, wie sich die Stichprobe zusammensetzt und welche Messinstrumente sowie statistischen Verfahren für die Analyse dieses Beitrags angewendet worden sind.

Stichprobe

Die quantitative Bevölkerungsumfrage wurde im Rahmen des *Demokon*-Projekts per Internet über ein sogenanntes Haushalts- bzw. Standpanel (*forsa.omninet*) durchgeführt, in dem Haushalte bzw. Personen registriert sind, die grundsätzlich ihre Bereitschaft erklärt haben, an unterschiedlichen Meinungsumfragen teilzunehmen (vgl. auch Güllner/Schmitt 2004). Die Panelteilnehmer:innen wurden per E-Mail zu der Befragung mit dem Titel »Herausforderungen der Energiewende in Deutschland und Ihrer Region« eingeladen. Aus einer zufällig gezogenen, bundesweiten Stichprobe haben 2.012 Personen an der Umfrage teilgenommen. Die Stichprobe teilt sich zur Hälfte in weibliche und männliche Befragte; das Alter der Befragten reicht von 16 bis 92 Jahren (Mittelwert = 48,6; Standardabweichung = 18,1). 85,3 % der Teilnehmer:innen sind in Westdeutschland ausgewachsen und 14,6 % in Ostdeutschland. Der Großteil lebt in (Klein-)Städten und Dörfern im ländlichen Raum (63 %) und ein kleinerer Teil im urbanen Raum von Großstädten (37 %). Hinsichtlich ihrer Schulbildung gaben 23,3 % an, einen Volks- oder Hauptschulabschluss erworben zu haben, 28,5 % verfügten zum Befragungszeitpunkt über einen mittleren Schulabschluss und 46,4 % über eine (Fach-)Hochschulreife. Knapp 1 % gab an, keinen oder einen anderen Schulabschluss erworben zu haben. Mit Blick auf ihren höchsten erreichten Abschluss erklärten 58,9 %, eine Facharbeiter-, Berufs- oder Meisterausbildung abgeschlossen zu haben. 28 % gaben an, über einen Hochschulabschluss zu verfügen; rund 2 % haben promoviert. Keinen oder einen anderen Ausbildungsabschluss haben 3,6 %. 7,6 % gaben zum Zeitpunkt der Befragung an, noch in der Schule, Ausbildung oder im Studium zu sein. Die Antworten der bundesweiten Stichprobe wurden repräsentativ für Internetnutzer:innen ab 16 Jahren in Deutschland nach Bundesland, Alter und Geschlecht gewichtet.

Semantisches Differential zur Energiewende

Das semantische Differential ist ein Verfahren der Einstellungsforschung, bei dem es um die Bewertung eines Gegenstands bzw. Sachverhalts anhand bestimmter Attribute geht. Dabei sollen vor allem konnotative und assoziative Bezüge gemessen werden. Als Medium dient hier jeweils eine Ratingskala zu einer Reihe gegensätzlicher Adjektivpaare, die in ganzzahliger Ausprägung von -3 bis +3 bewertet werden sollen. Ursprünglich für die drei Dimensionen *Valenz* (»angenehm – unangenehm«), *Potenz* (»stark – schwach«) und *Aktivität* (»aktiv – passiv«) erdacht, beschrieben Osgood, Suci und Tannenbaum (1971) das semantische Differential als ein Bedeutungsspektrum zweiter Ordnung, das sprach- und kulturübergreifend genutzt werden könne, um basale Einstellungskonzepte – z.B. zu einem Wort oder abstrakten Begriff wie »Gerechtigkeit« – beschreiben und besser vergleichen zu können. Über Korrelations- und Faktoren-

analysen können solche den Bewertungen zugrundeliegenden Einstellungsmuster und -dimensionen nachgewiesen werden, die sich dadurch auszeichnen, dass bestimmte Skalen und Konzepte eng zusammenhängen – d.h., wenn eine Person einen Sachverhalt einmal positiv bzw. negativ bewertet, wird sie wahrscheinlich auch weitere positive bzw. negative Assoziationen dazu haben (vgl. ebd.). Durch die Verbindung der einzelnen Wertungen entsteht ein Polaritätsprofil, das mit Hilfe der Berechnung von Mittelwert und Streuungsmaß ausgewertet wird. Ein Vorteil ist, dass die Skalen ohne umfangreiche Vorarbeiten angelegt werden können. In der vorliegenden Untersuchung zur demokratischen Konfliktkultur für die Energiewende sollen die Skalen sowohl die politische und kulturelle Dimension der Energiewende als Bürger:innenprojekt widerspiegeln als auch die Dimension der sozialen und ökonomischen Verträglichkeit desselben (vgl. auch Schneidewind 2018). Dabei haben wir uns in erster Linie an der kognitiven Einstellungsebene zur Energiewende orientiert und zur Verwendung der folgenden sechs Adjektivpaare entschieden: »kostengünstig – teuer«, »gerecht – ungerecht«, »bürgerlich – elitär«, »planvoll – chaotisch«, »zu schnell – zu langsam«, »transparent – intransparent«. Die bipolaren, siebenstufigen Ratingskalen wurden den Befragten in randomisierter Reihenfolge mit der Anweisung dargeboten, jeweils spontan die Umsetzung der Energiewende in Deutschland zu bewerten. Zudem konnte die Antwortmöglichkeit »weiß nicht« ausgewählt werden. Zur Beurteilung der Umsetzung der Energiewende wurden die negativen Attribute rechts angeordnet und mit Minuswerten gekennzeichnet, die positiven Attribute entsprechend links mit Pluswerten. Hingegen wurde bei der Frage nach der Geschwindigkeit der Umsetzung der Antwortbereich »zu schnell« positiv gepolt und der Antwortbereich »zu langsam« negativ gepolt, sodass an der Stelle der Polarität ggf. umgedacht werden muss. Dies kann Antworttendenzen der Skalen verringern. Für die statistische Auswertung des semantischen Differentials wurde der Wertebereich von -3 bis +3 umcodiert in die Werte 1 bis 7. Die neutrale Skalenmitte (0) entspricht dann jeweils dem Wert 4.

Demokratiezufriedenheit

Als Maß für die Demokratiezufriedenheit wurde das folgende Item abgefragt: »Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?«. Die Befragten konnten dies auf einer vierstufigen Likert-Skala von (1) »sehr zufrieden«, (2) »ziemlich zufrieden«, (3) »nicht sehr zufrieden« und (4) »überhaupt nicht zufrieden« bewerten. Zudem gab es wieder die Möglichkeit mit »weiß nicht/keine Angabe« zu antworten. Wenngleich die Einflüsse auf Einstellungen zur Demokratie vielschichtig sind (u.a. Schichtzugehörigkeit, Bildungsgrad, politische Sozialisation, Teilhabe, Selbstwirksamkeit etc.), hat die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie insgesamt eine Tradition im Kontext der politischen Kulturforschung und der Untersuchung diffuser Unterstützung für politische Systeme (vgl. z.B. Decker et al. 2019; Merkel/Krause 2015). Diese Einstellungsfrage bezieht sich hier weniger auf die Verfassungsnorm oder bestimmte Akteure als vielmehr auf die wahrgenommene Umsetzung und auch den Output der Demokratie in Deutschland. Dabei besteht die Prämisse, dass Mitglieder einer (parlamentarischen) Demokratie grundsätzlich einen gewissen Grad an Unterstützung für und Vertrauen in das poli-

tische System aufbringen müssen, um dessen Stabilität, Legitimität und letztlich auch dessen Arbeitsfähigkeit und Funktionieren zu gewährleisten (vgl. Easton 1975).

Kollektive Selbstwirksamkeit

Gleichzeitig erfordern demokratische Gesellschaften die fortwährende Bereitschaft und das Vermögen ihrer Mitglieder, sich kritisch und auch produktiv mit politischen Problemen auseinanderzusetzen – auch wenn dies im Zweifelsfall erst einmal zu mehr Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie führt. Als *critical citizens* bezeichnet beispielsweise Norris (2011) Bürger:innen, die demokratische Werte und Prinzipien generell befürworten, dabei aber durchaus unzufrieden mit der Form oder Performanz demokratischer Institutionen und Prozesse sein können. Aus diesem potenziellen Spannungsverhältnis von Unzufriedenheit und – aktiver wie passiver – Bürger:innenschaft heraus soll hier ein weiteres Element politisch relevanter Einstellungen bestimmt werden, das sich auf die Bewertungen zur Umsetzung der Energiewende auswirken kann. *Kollektive Selbstwirksamkeit* kann aus lerntheoretischer Perspektive als positive Erwartung und Überzeugung verstanden werden, mit eigenen bzw. gemeinsamen Kräften proaktiv etwas an einer Lage verändern und Probleme bewältigen zu können (vgl. Bandura 1997). In seiner sozial-kognitiven Theorie geht Bandura davon aus, dass erst ein gewisses Maß einer solchen Selbstwirksamkeitserwartung bestimmtes Verhalten motiviert: Verhalten, das sich eine Person selbst nicht zutraut oder das ihr wenig erfolgsversprechend erscheint, wird deutlich seltener von ihr gezeigt werden – auch, wenn sie über die nötigen Fähigkeiten und Kompetenzen dazu verfügt (vgl. ders. 1977). Entsprechend häufiger wird Verhalten gezeigt, bei dem sich eine Person kompetent fühlt und ggf. schon als selbstwirksam erlebt hat, was sich wiederum verstärkend auf die künftige Selbstwirksamkeitserwartung auswirkt. Dabei wird die Stärke der erwarteten Selbstwirksamkeit meist nach subjektiven Kriterien bestimmt. So wurden auch die Befragten in der Stichprobe gebeten, zwei Aussagen mittels einer fünfstufigen Likert-Skala von (1) »trifft voll und ganz zu«, (2) »trifft eher zu«, (3) trifft teils zu, teils nicht«, (4) »trifft eher nicht zu« und (5) »trifft überhaupt nicht zu« zu bewerten. Zudem stand wieder die Antwortmöglichkeit »weiß nicht/keine Angabe« zur Auswahl. Eine Aussage zielt auf die Wahrnehmung individueller, direkter Einflussmöglichkeiten: »Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen«; die zweite Aussage bezieht sich auf eine kollektive, aber eher indirekte Ebene der Selbstwirksamkeitserwartung: »Wenn sich die Bürger:innen zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen.«. Die Wahrnehmung und Bewertung kollektiver Selbstwirksamkeit »as a group's shared belief in its conjoint capabilities to organize and execute the courses of action required to produce given levels of attainments« (Bandura 1997: 477) ergeben sich jedoch nicht einfach als Summe individueller Überzeugungen bzw. im Ergebnis ihrer Aggregation, sondern werden durch unterschiedliche Gruppen- und Interaktionsprozesse bedingt (vgl. ebd.: 478).

Gefühl der Machtlosigkeit

Anschließend an die Erwartung bzw. auch Erfahrung, dass politisches Engagement wenig erfolgsversprechend erscheint, sollen neben den vorwiegend kognitiven Elementen der Einstellungen zur Energiewende auch deren affektive Ursachen bzw. Folgen in den Blick genommen werden. Dabei unterliegen auch Gefühle bestimmten Wert- und Normvorstellungen – sie sind mitunter ebenfalls sozial erlernt und motivieren unser Handeln (vgl. Bandura 1997). Aus demokratie- und beteiligungsorientierter Perspektive erscheint uns hierbei das Gefühl bzw. Verhältnis von Macht und Ohnmacht von zentraler Bedeutung zu sein. Allgemein werden Emotionen in der Einstellungs- und Demokratieforschung eher zurückhaltend behandelt. Das liegt sicher nicht zuletzt darin begründet, dass politischen Auseinandersetzungen, Einschätzungen und Entscheidungen in der Regel abverlangt wird, unter der Prämisse von Sachlichkeit, Rationalität und Objektivität geführt bzw. getroffen zu werden. Darin ist indes ein Verhältnis zu Emotionen und Emotionalität angelegt, welches den Problemen einer zwar hochtechnisierten und -rationalisierten, aber entsprechend komplexen und ambivalenten Moderne kaum gerecht wird (vgl. Korte 2015; Schaal/Heidenreich 2013). Im Sinne der *critical citizens* (Norris 2011) lässt sich auch hier argumentieren, dass politische Emotionen wie Wut und Empörung in einer streitbaren und streitfähigen Demokratie erlaubt und durchaus gewünscht sein können – zumindest, wenn nicht ein Punkt erreicht werden will, an dem Bürger:innen nur noch apathisches Publikum der politischen und medialen Inszenierung sind (vgl. z.B. Manin 2007). An dieser Stelle sei an die Postdemokratiedebatte erinnert, die mindestens implizit mitschwingt, wenn es um die Frage nach dem Verlust oder der Verschiebung demokratisch legitimierter Macht zugunsten nicht rechenschaftspflichtiger Akteure geht (vgl. Crouch 2008). Emotionen zur Umsetzung der Energiewende transparent zu machen und zu thematisieren, kann aus unserer Sicht zur Bearbeitung diesbezüglicher Konflikte beitragen und einer populistischen Vereinnahmung politischen Unbehagens in der Bevölkerung vorbeugen. Zur Charakterisierung bestimmter Gefühle wurden den Befragten unter der Frage »Wie fühlen Sie sich, wenn Sie über die Umsetzung der Energiewende nachdenken?« folgende Auswahlmöglichkeiten in randomisierter Reihenfolge angeboten: »wütend«, »hoffnungsvoll«, »ängstlich«, »frustriert« und »machtlos«. Auf einer fünfstufigen Likert-Skala konnte das jeweilige Empfinden zwischen (1) »äußerst«, (2) »erheblich«, (3) »einigermaßen«, (4) »ein bisschen« oder (5) »gar nicht« abgestuft werden. Auch hier gab es die Möglichkeit, mit »weiß nicht/keine Angabe« zu antworten.

Ergebnisse

Zur statistischen Auswertung der Daten wurde die Programme SPSS für Windows Version 27 und Excel Version 2204 (Office 365) verwendet. Im ersten Schritt wurde für alle interessierenden Variablen eine Korrelationsanalyse durchgeführt, um grundsätzlich Auskunft über das Zusammenhangsmuster der einzelnen Einstellungen zu erhalten (siehe Tabelle 1). Daran lässt sich zum einen erkennen, dass die Variablen zur Messung des semantischen Differentials alle in gleicher Weise miteinander korrelieren: Wer ei-

nen der sechs Aspekte zur Umsetzung der Energiewende negativ bzw. positiv bewertet, bewertet wahrscheinlich auch die anderen Aspekte entsprechend negativ bzw. positiv. So wird beispielsweise eine Person, die auf der Ratingskala eher zum Adjektiv »teuer« tendiert, die Umsetzung der Energiewende auch eher mit den Adjektiven »ungerecht«, »elitär«, »chaotisch« und »intransparent« verbinden. Beim umgepolten Aspekt zur Geschwindigkeit zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass die Bewertung »zu schnell« tendenziell negativ gedacht wird, während die Bewertung der Umsetzung als »zu langsam« tendenziell mit positiveren Wertungen einhergeht. Dies gilt vor allem für die Frage nach den Kosten: »teuer« und »zu schnell« bzw. »kostengünstig« und »zu langsam« werden stärker miteinander assoziiert als »teuer« und »zu langsam« bzw. »kostengünstig« und »zu schnell«. Bei einem Signifikanzniveau von $p < ,001$ weisen die Korrelationskoeffizienten mittlere ($> .30$) bis hohe Zusammenhänge ($> .50$) aus, wobei die Zusammenhänge zur Bewertung der Geschwindigkeit der Energiewende negativ sind und deutlich geringer ausfallen, sodass nur von kleinen Effekten gesprochen werden kann (vgl. Cohen 1988). Zudem besteht kein Zusammenhang zwischen den Aspekten Geschwindigkeit und Planung sowie Geschwindigkeit und Transparenz.

Zum anderen lässt sich der Korrelationstabelle bereits entnehmen, inwiefern die Aspekte des semantischen Differentials mit den Einstellungen zur Demokratiezufriedenheit, zur kollektiven Selbstwirksamkeit und zum Gefühl der Machtlosigkeit im Zusammenhang mit der Bewertung der Energiewende stehen. So zeigt sich zunächst: Je eher Befragte angegeben haben, mit dem Funktionieren der Demokratie insgesamt unzufrieden zu sein, desto eher bewerten sie die Umsetzung der Energiewende als »teuer«, »ungerecht«, »elitär«, »chaotisch«, »zu schnell« und »intransparent« (und andersherum). Allerdings fällt die Stärke der Zusammenhänge gering aus – vor allem hinsichtlich der Kosten ($r = .22$) und der Geschwindigkeit ($r = -.21$), aber auch bei der Bewertung der Gerechtigkeit der Energiewende wird höchstens ein mittlerer Zusammenhang zur Demokratiezufriedenheit deutlich ($r = .34$). Im Vergleich dazu bestehen teilweise deutlich schwächere Zusammenhänge der Adjektivpaare zur Überzeugung kollektiver Selbstwirksamkeit, während diese wiederum mit $r = .30$ noch moderat mit der allgemeinen Demokratiezufriedenheit korreliert sowie mit $r = -.28$ auch mit dem Gefühl der Machtlosigkeit ($p < .001$). Zur Frage, inwieweit Befragte sich gegenüber der Umsetzung der Energiewende »machtlos« fühlen, zeigen die negativen Korrelationskoeffizienten an, dass auch ein stärkeres Gefühl der Machtlosigkeit mit einer negativeren Bewertung der Energiewende hinsichtlich der Aspekte Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung und Transparenz einhergeht (und andersherum) ($p < ,001$). Ein deutlich schwächerer Zusammenhang lässt sich hier hingegen für die Aspekte Geschwindigkeit und Kosten feststellen. Darüber hinaus wird mit Blick auf die Mittelwerte und Standardabweichungen beim semantischen Differential deutlich, dass die Befragten ihre Bewertung im Durchschnitt nahe am Skalenmittelpunkt (= 4) ausrichten, dabei aber eine Tendenz zur schlechteren Ausprägung der Polarität aufweisen.

Im zweiten Schritt sollte mit Hilfe einer Faktorenanalyse überprüft werden, ob den (bzw. welchen) unterschiedlichen Adjektivpaaren des semantischen Differentials empirisch eine Art von Gemeinsamkeit zugrunde liegt, die bezogen auf die Einstellung zur Energiewende als eigenständige Dimension interpretierbar wird. Im vorliegenden Fall kann dabei bereits von einer gewissen Latenz der ohnehin überschaubaren Anzahl

Tabelle 1: Korrelationen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
(1) Kosten (MW = 5,49; SD = 1,33)	1	.46*** (n = 1.879)	.41*** (n = 1.896)	.37*** (n = 1.889)	-.28*** (n = 1.900)	.35*** (n = 1.900)	.22*** (n = 1.901)	.23*** (n = 1.916)	-.19*** (n = 1.888)
(2) Gerechtigkeit (MW = 4,83; SD = 1,39)		1	.59*** (n = 1.904)	.52*** (n = 1.898)	-.15*** (n = 1.906)	.51*** (n = 1.908)	.34*** (n = 1.906)	.20*** (n = 1.920)	-.32*** (n = 1.890)
(3) Bürgernähe (MW = 5,05; SD = 1,33)			1	.52*** (n = 1.920)	-.11*** (n = 1.932)	.57*** (n = 1.935)	.32*** (n = 1.936)	.20*** (n = 1.952)	-.33*** (n = 1.918)
(4) Planung (MW = 5,03; SD = 1,42)				1	-.03 (n = 1.932)	.53*** (n = 1.933)	.32*** (n = 1.930)	.14*** (n = 1.944)	-.34*** (n = 1.914)
(5) Geschwindigkeit (MW = 4,93; SD = 1,81)					1	.00 (n = 1.942)	-.21*** (n = 1.946)	-.25*** (n = 1.959)	.13*** (n = 1.927)
(6) Transparenz (MW = 4,93; SD = 1,36)						1	.27*** (n = 1.942)	.15*** (n = 1.958)	-.30*** (n = 1.927)
(7) Demokratiezufriedenheit (MW = 2,38; SD = ,78)							1	.30*** (n = 1.978)	-.28*** (n = 1.945)
(8) Kollektive Selbstwirksamkeit (MW = 2,97; SD = ,93; α = ,67)								1	-.21*** (n = 1.960)
(9) Gefühl der Machtlosigkeit (MW = 2,72; SD = 1,21)									1

Anmerkungen: *** = $p < .001$. MW = Mittelwert; SD = Standardabweichung; α = Cronbachs Alpha.

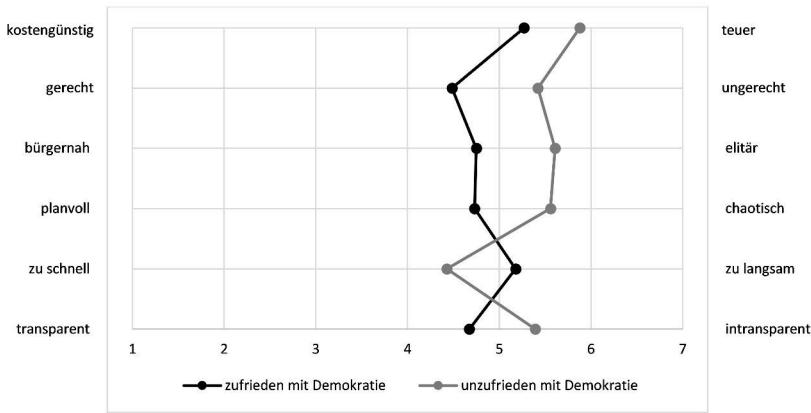
gemessener Variablen ausgegangen werden, sodass das Ziel hier nicht in einer Reduktion der Variablen, sondern in der Überprüfung ihrer inhaltlichen Struktur und Dimensionalität liegt. Ausgehend von der Frage nach der Umsetzung der Energiewende kann so eingeschätzt werden, durch welche Faktoren sich die Varianz der interkorrelierenden Variablen erklären lässt bzw. wodurch die unterschiedlichen Antworten auf den Skalen beeinflusst werden. Die Dimensionalität des Konstrukts wird dabei über die Antworten bzw. die Verhältnisse verschiedener Variablen zueinander ermittelt. Sowohl der KMO-Wert (.83) als auch der Bartlett-Test auf Sphärizität (χ^2 -Quadrat (15) = 3218,51, $p < .001$) deuten darauf hin, dass sich die vorliegenden Daten für eine solche Faktorenanalyse eignen. Nach dem Kaiser-Kriterium konnten zwei Faktoren extrahiert werden, die einen Eigenwert > 1 aufweisen. Die Kommunalitäten der Variablen liegen nach der Extraktion durchschnittlich bei .50. Lediglich die Variable zur Geschwindigkeit weist mit .33 eine geringe Kommunalität auf. Durch das Vorfinden von mehr als einem Faktor diente das Rotationsverfahren *Oblimin, direkt* (Delta 0) dazu, Variablengruppen zu bilden, die im Ergebnis zwar eine Einfachstruktur der Daten abbilden, aber dabei auch berücksichtigt, dass die extrahierten Faktoren eng miteinander korrelieren können. Danach laden die Variablen Transparenz (.77), Bürgernähe (.76), Planung (.72) und Gerechtigkeit (.71) hoch auf dem ersten Faktor. Die Variable Geschwindigkeit lädt mit .59 eindeutig auf dem zweiten Faktor, während die Variable Kosten mit .44 sowohl auf dem ersten Faktor als auch mit -.39 auf dem zweiten Faktor lädt, also nicht eindeutig zuzuordnen ist. Das negative Vorzeichen der Ladung kann auf die umgekehrte Antwortlogik der Skala zurückgeführt werden. Zusammen klären die beiden Faktoren 49,7 % der Varianz der Variablen auf. Der erste Faktor erklärt mit 41,7 % die meiste Varianz, während sich durch den zweiten Faktor nur noch 8 % der Varianz erklären lassen. Da ein Faktor, der weniger als 10 % Varianzaufklärung leistet und höchstens zwei Variablen mit mittleren Ladungen umfasst, inhaltlich kaum sinnvoll interpretiert werden kann, scheint die 2-Faktoren-Lösung nicht adäquat. Wie die beiden Faktoren im Kontext der Energiewende dennoch zueinander ins Verhältnis gesetzt werden könn-

ten, wird – neben dem möglicherweise unterschiedlichen Stellenwert der betreffenden Variablen – im Anschluss an die Ergebnisdarstellung diskutiert.

Für die weitere Auswertung der Adjektivskalen wurden die Maße zur Demokratiezufriedenheit, zur kollektiven Selbstwirksamkeit und zum Gefühl der Machtlosigkeit in die Form zwei- bzw. dreistufiger Antwortkategorien umcodiert, die es erlauben, diesbezügliche Unterschiede in den durchschnittlichen Bewertungen der Energiewende deutlicher nachzuzeichnen. Befragte, die ihre allgemeine Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland mittels der vierstufigen Likert-Skala als (1) »sehr zufrieden« oder (2) »ziemlich zufrieden« angegeben haben, sind unter der Kategorie »zufrieden« (64,4 % der Befragten) zusammengefasst, wohingegen Befragte, die mit (3) »nicht sehr zufrieden« oder (4) »überhaupt nicht zufrieden« geantwortet haben, der Kategorie »unzufrieden« (35,6 % der Befragten) zugeordnet wurden. Die Aussagen zur kollektiven Selbstwirksamkeit sind in ähnlicher Weise umcodiert worden: Die Antworten (1) »trifft voll und ganz zu« und (2) »trifft eher zu« wurden als Zustimmung gewertet (19,3 % der Befragten), die Antworten (4) »trifft eher nicht zu« und (5) »trifft überhaupt nicht zu« als Ablehnung (50,3 % der Befragten). Die mittlere Antwortkategorie (3) »teils/teils« (29,7 % der Befragten) bleibt als eigenständige Kategorie erhalten. Mit Blick auf Gefühle der Machtlosigkeit bezüglich der Umsetzung der Energiewende wurden die ebenfalls fünfstufigen Antwortvorgaben so kategorisiert, dass jene Befragte als »machtlos« gewertet wurden, die mit (1) »äußerst« oder (2) »erheblich« geantwortet haben (47,3 %). Außerdem wurden Befragte zusammen gewertet, die mit (4) »ein bisschen« oder (5) »gar nicht« geantwortet haben (29,2 %). Befragte, die angaben, sich (3) »einigermaßen« machtlos zu fühlen, wurden wiederum als eigene Gruppe in die Auswertung einbezogen (23,5 %).

Über die als kategorial geführten Variablen sortiert wurden wiederum die Mittelwerte der Adjektivskalen berechnet. Das variablenbasierte Sortieren der Mittelwerte ermöglicht, die konnotativen bzw. assoziativen Bewertungsaspekte zur Umsetzung der Energiewende als Polaritätsprofile darzustellen, welche jeweils die Unterschiede anhand der Demokratiezufriedenheit, der kollektiven Selbstwirksamkeit und dem Gefühl der Machtlosigkeit der Befragten sichtbar machen. Dazu wurden die sortierten Mittelwertdaten aus SPSS in eine Excel-Datei exportiert und in die Darstellungsweise eines Punktediagramms mit Verbindungslinien übertragen, in dem die entsprechenden Einstellungsgruppen vertikal zu den Adjektivpaaren unterschieden sind. Im Mittelwertvergleich zeigt das Polaritätsprofil, dass die gegenüberstehenden Beurteilungen »kostengünstig – teuer«, »gerecht – ungerecht«, »bürgernah – elitär«, »planvoll – chaotisch«, »zu schnell – zu langsam« sowie »transparent – intransparent« im Durchschnitt signifikant voneinander abweichen bzw. negativer ausfallen, wenn die Befragten unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind, als wenn sie allgemein zufrieden sind (siehe *Abbildung 1*). Besonders beim Aspekt der Gerechtigkeit wird am Abstand zur Gruppe der Demokratiezufriedenen, die sich eher um den Skalenmittelpunkt bewegen, deutlich, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie eher mit einer Bewertung der Umsetzung der Energiewende als »ungerecht« einhergeht. Etwas geringer fallen die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen jeweils bei den Aspekten der Kosten und der Transparenz aus.

Abbildung 1: Semantisches Differential zur Umsetzung der Energiewende nach Demokratiezufriedenheit



Ungepaarter t-Test: Für die Beurteilung der Umsetzung der Energiewende bestehen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen »zufrieden mit Demokratie« und »unzufrieden mit Demokratie« für die Aspekte *Kosten* ($MD = -.61$ (95 %-CI[-.73; -.49]), $t(1882) = -9.80$, $p < .001$, $d = -.47$); *Gerechtigkeit* ($MD = -.94$ (95 %-CI[-1.06; -.81]), $t(1363,99) = -14.70$, $p < .001$, $d = -.71$); *Bürgernähe* ($MD = -.86$ (95 %-CI[-.98; -.74]), $t(126) = -14.20$, $p < .001$, $d = -.67$); *Planung* ($MD = -.83$ (95 %-CI[-.96; -.70]), $t(1920) = -12.76$, $p < .001$, $d = -.61$); *Geschwindigkeit* ($MD = .75$ (95 %-CI[.57; .93]), $t(1124,97) = 8.25$, $p < .001$, $d = .42$) und *Transparenz* ($MD = -.72$ (95 %-CI[-.84; -.60]), $t(1931) = 11.47$, $p < .001$, $d = -.55$). Anmerkungen: MD = mittlere Differenz; d = Effektstärke nach Cohen (1988).

Hinsichtlich der Einschätzung kollektiver Selbstwirksamkeit zeichnen sich im Polaritätsprofil etwas geringere Unterschiede bei der Bewertung der Umsetzung der Energiewende ab (siehe Abbildung 2). In drei Antwortgruppen unterteilt, lassen sich zwischen Befragten, die als kollektiv selbstwirksam gefasst wurden, und Befragten, die diesbezüglich in die Kategorie »teils/teils« fallen, fast durchweg keine signifikanten Unterschiede in der durchschnittlichen Bewertung der Adjektivskalen feststellen. Eine Ausnahme bildet die Frage nach der Geschwindigkeit der Energiewende, die von den Befragten, die kollektive Selbstwirksamkeit empfinden, eher als »zu langsam« eingeschätzt wird als von Befragten aus der »teils/teils«-Gruppe. Hingegen verbinden Befragte, die hier als nicht kollektiv selbstwirksam gefasst werden, wie erwartet im Durchschnitt deutlich eher negative Adjektive mit der Energiewende als Befragte, die sich als kollektiv selbstwirksam erleben. Mit einer mittleren Differenz von einem ganzen Skalenwert wird dies bei der Bewertung der Geschwindigkeit am deutlichsten. Bei den weiteren Aspekten fallen die Unterschiede geringer aus. Zwischen Befragten der »teils/teils«-Gruppe und denen, die nicht als kollektiv selbstwirksam gruppiert wurden, sind die Unterschiede wiederum durchweg signifikant und ebenfalls am stärksten für die Bewertung der Geschwindigkeit ausgeprägt. Bei den anderen Aspekten liegt die mittlere Differenz zwischen $-.41$ und $-.53$.

Ein sehr ähnliches Muster wie die Überzeugung kollektiver Selbstwirksamkeit bildet das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber der Umsetzung der Energiewende im Po-

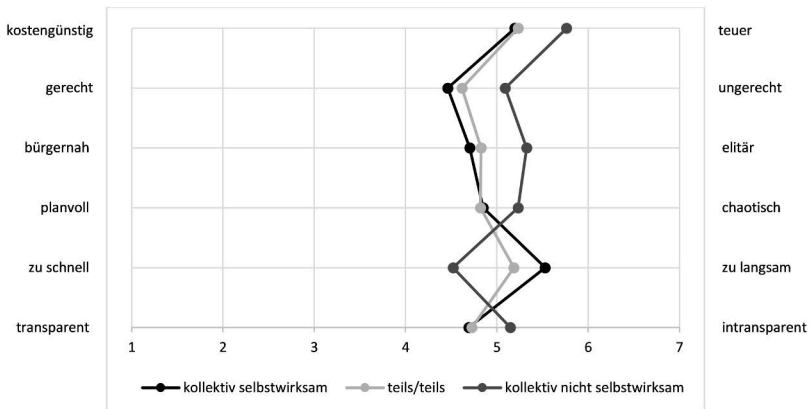
laritätsprofil (siehe *Abbildung 3*). Die Mittelwerte der Befragten, die sich »gar nicht/ein bisschen« oder »einigermaßen« machtlos fühlen, zeigen bei den Aspekten der Gerechtigkeit, Bürgernähe und Planung zur Umsetzung der Energiewende grafisch zunächst geringe Unterschiede, die sich im Vergleich aber als statisch signifikant erweisen, während für die Bewertung der Kosten-, Geschwindigkeits- und Transparenzaspekte keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen bestehen bzw. die Bewertungen sogar fast deckungsgleich sind. Deutlich werden die Unterschiede in den Einstellungen wieder im Vergleich zur Gruppe der Befragten, die angegeben haben, sich angesichts der Umsetzung der Energiewende »erheblich« oder »äußerst« machtlos zu fühlen. Gegenüber den Befragten, die sich »gar nicht« oder »ein bisschen« machtlos fühlen, zeigt sich ein ausgeprägtes Gefühl der Machtlosigkeit vor allem bei den Fragen nach der Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung und auch Transparenz der Energiewende, die jeweils rund einen Skalenwert schlechter bewertet wurden. Etwas geringer, aber auch signifikant fallen in dem Zusammenhang die Unterschiede bei der Bewertung der Kosten und Geschwindigkeit aus.

Diskussion: Konflikte um die Energiewende und ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit

Mit Blick auf die wissenschaftlich begründete und vielerorts längst sichtbare Notwendigkeit, den Klimaschutz und damit auch die Energiewende radikal zu befördern, zeichnen sich unterschiedliche Konfliktlinien ab, die sich vordergründig auf die konkrete Umsetzung diesbezüglicher Maßnahmen beziehen, hintergründig aber von einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Demokratie begleitet sein können. Darauf weisen auch die vorgestellten Ergebnisse in diesem Beitrag hin. So bewerten Personen, die eher unzufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, die Umsetzung der Energiewende hinsichtlich deren Kosten, Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung, Geschwindigkeit und Transparenz negativer als Personen, die insgesamt eher zufrieden mit der Demokratie sind. Ebenfalls negativer bewertet wird die Umsetzung der Energiewende von Personen, die sich politisch nicht als selbstwirksam erleben im Vergleich zu Personen, bei denen dies eher der Fall ist. Zudem konnten wir zeigen, dass stärker ausgeprägte Gefühle der Machtlosigkeit gegenüber der Energiewende vor allem mit einer negativeren Bewertung der Gerechtigkeit, Bürgernähe, Planung und Transparenz von deren Umsetzung einhergehen.

Im Verhältnis von Ökologie, Ökonomie und Demokratie kommen dabei die Schwere, Komplexität und Auswirkungen sozialer und globaler Ungleichheiten, Krisen und Konflikte in den Blick, die politisch aus unterschiedlichen Gründen lange Zeit unbearbeitet geblieben sind – dies wohl auch, um bestimmte Handlungsspielräume aufrechtzuerhalten und einen systemischen Zusammenbruch aufzuschieben (vgl. Beiträge in Ketterer/Becker 2019). Angesichts der welt- und auch energiepolitischen Lage mit veränderten Kräftekonstellationen drohen sich z.B. Fragen der Beschaffung und Verteilung von (bezahlbarer) Energie weiter zu verschärfen; sie scheinen eine entscheidende Rolle für eine nachhaltigere, gerechtere und klimaverträglichere Transformation der Gesellschaft einzunehmen.

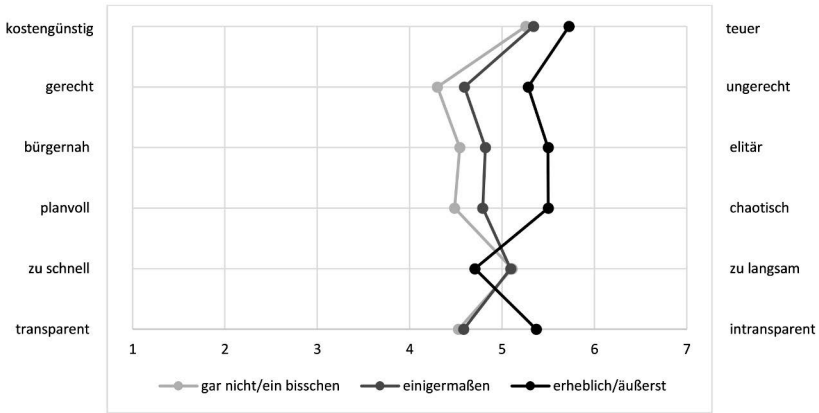
Abbildung 2: Semantisches Differential zur Umsetzung der Energiewende nach Selbsteinschätzung kollektiver Selbstwirksamkeit



Ungepaarte t-Tests: Für die Beurteilung der Umsetzung der Energiewende bestehen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen »kollektiv selbstwirksam« und »kollektiv nicht selbstwirksam« für die Aspekte *Kosten* ($MD = -.57$ (95 %-CI[-.72; -.41]), $t(1342) = -7.14$, $p < .001$, $d = -.43$); *Gerechtigkeit* ($MD = -.63$ (95 %-CI[-.79; -.46]), $t(1340) = -7.46$, $p < .001$, $d = -.45$); *Bürgernähe* ($MD = -.62$ (95 %-CI[-.78; -.47]), $t(1364) = -7.86$, $p < .001$, $d = -.47$); *Planung* ($MD = -.38$ (95 %-CI[-.55; -.22]), $t(1353) = -4.56$, $p < .001$, $d = -.27$); *Geschwindigkeit* ($MD = 1.01$ (95 %-CI[.81; 1.21]), $t(841.63) = 10.05$, $p < .001$, $d = .56$) und *Transparenz* ($MD = -.46$ (95 %-CI[-.62; -.30]), $t(1365) = -5.57$, $p < .001$, $d = -.33$). Zwischen den beiden Gruppen »kollektiv selbstwirksam« und »teils/teils« besteht nur für den Aspekt *Geschwindigkeit* ein signifikanter Unterschied ($MD = .34$ (95 %-CI[.14; .55]), $t(975) = 3.25$, $p < .01$, $d = .21$). Zwischen den beiden Gruppen »teils/teils« und »kollektiv nicht selbstwirksam« bestehen signifikante Unterschiede für die Aspekte *Kosten* ($MD = -.53$ (95 %-CI[-.67; -.40]), $t(1527) = -7.78$, $p < .001$, $d = -.41$); *Gerechtigkeit* ($MD = -.47$ (95 %-CI[-.61; -.33]), $t(1540) = -6.60$, $p < .001$, $d = -.35$); *Bürgernähe* ($MD = -.50$ (95 %-CI[-.63; -.36]), $t(1564) = -7.34$, $p < .001$, $d = -.38$); *Planung* ($MD = -.41$ (95 %-CI[-.56; -.27]), $t(1554) = -5.58$, $p < .001$, $d = -.29$); *Geschwindigkeit* ($MD = .66$ (95 %-CI[.49; .84]), $t(1377.07) = 7.35$, $p < .001$, $d = .37$) und *Transparenz* ($MD = -.42$ (95 %-CI[-.56; -.29]), $t(1567) = -6.13$, $p < .001$, $d = -.32$). *Anmerkungen:* MD = mittlere Differenz; d = Effektstärke nach Cohen (1988).

Gleichwohl stößt die Debatte um eine sozial-ökologische Transformation nicht uneingeschränkt auf Zuspruch, was Schneidewind (2020) mit der »naturwissenschaftlichen Dominanz« (ebd.: 94) begründet, aufgrund derer sozial- und kulturwissenschaftliche Erkenntnisse lange unberücksichtigt blieben. An dieser Stelle soll in den Blick genommen werden, inwiefern Soziale Arbeit als Profession über Wissensbestände und Kompetenzen verfügt, die für Fragen nach der Umsetzung und den Folgen der Energiewende hilfreich sein können. Gemeinwesenarbeit (vgl. Fehren 2008, 2017), Sozialraumorientierte Soziale Arbeit (vgl. Früchtel/Budde/Cyprian 2007; Hinte/Treeß 2014) oder Sozialraumarbeit (vgl. Kessler/Reutlinger 2007) haben eine lange Tradition, Menschen in ihrer Selbstorganisation sowie grundsätzlich auf ihrem Weg zu einer erhöhten Lebensqualität zu unterstützen – in diesem Fall raumbezogen. Dabei sind diese Ansätze traditionell in Quartieren, Sozialräumen sowie Stadtteilen verortet, in denen unterschiedliche Konflikte um den öffentlichen Raum schwelen oder offen ausgetra-

Abbildung 3: Semantisches Differential zur Umsetzung der Energiewende nach Gefühl der Machtlosigkeit



Ungepaarte *t*-Tests: Für die Beurteilung der Umsetzung der Energiewende bestehen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen, die sich »gar nicht/ein bisschen« sowie »einigermaßen« machtlos fühlen, für die Aspekte *Gerechtigkeit* ($MD = ,29$ (95 %-CI[$,13$; $,45$]), $t(985) = 3,52$, $p < .001$, $d = ,22$); *Bürgernähe* ($MD = ,28$ (95 %-CI[$,12$; $,43$]), $t(998) = 3,48$, $p < .001$, $d = ,22$) und *Planung* ($MD = ,30$ (95 %-CI[$,13$; $,47$]), $t(1000) = 3,52$, $p < .001$, $d = ,22$). Zwischen den beiden Gruppen, die sich »äußerst/erheblich« und »gar nicht/ein bisschen« machtlos fühlen, bestehen signifikante Unterschiede für die Aspekte *Kosten* ($MD = ,47$ (95 %-CI[$,33$; $,61$]), $t(1436) = 6,64$, $p < .001$, $d = ,36$); *Gerechtigkeit* ($MD = ,98$ (95 %-CI[$,84$; $1,13$]), $t(1143,49) = 13,44$, $p < .001$, $d = ,73$); *Bürgernähe* ($MD = ,95$ (95 %-CI[$,82$; $1,09$]), $t(1465) = 14,01$, $p < .001$, $d = ,75$); *Planung* ($MD = 1,01$ (95 %-CI[$,87$; $1,16$]), $t(1136,94) = 13,68$, $p < .001$, $d = ,74$); *Geschwindigkeit* ($MD = -,40$ (95 %-CI[$-,59$; $-,22$]), $t(1410,32) = -4,30$, $p < .001$, $d = -,22$) und *Transparenz* ($MD = ,84$ (95 %-CI[$,70$; $,98$]), $t(1468) = 11,94$, $p < .001$, $d = ,64$). Ebenso bestehen zwischen den beiden Gruppen, die sich »äußerst/erheblich« und »einigermaßen« machtlos fühlen, signifikante Unterschiede für die Aspekte *Kosten* ($MD = ,39$ (95 %-CI[$,23$; $,54$]), $t(1323) = 4,94$, $p < .001$, $d = ,29$); *Gerechtigkeit* ($MD = ,69$ (95 %-CI[$,55$; $,84$]), $t(947,08) = 9,40$, $p < .001$, $d = ,53$); *Bürgernähe* ($MD = ,68$ (95 %-CI[$,53$; $,82$]), $t(1352) = 9,21$, $p < .001$, $d = ,53$); *Planung* ($MD = ,71$ (95 %-CI[$,56$; $,86$]), $t(1344) = 9,22$, $p < .001$, $d = ,53$); *Geschwindigkeit* ($MD = -,39$ (95 %-CI[$-,58$; $-,19$]), $t(1117,30) = -3,86$, $p < .001$, $d = -,20$) und *Transparenz* ($MD = ,79$ (95 %-CI[$,64$; $,93$]), $t(1355) = 10,65$, $p < .001$, $d = ,61$). Anmerkungen: MD = mittlere Differenz; d = Effektstärke nach Cohen (1988).

gen werden. Obwohl diese in der Vergangenheit eher selten unter dem Vorzeichen von energie- und klimapolitischen Maßnahmen standen, besteht doch Transferpotenzial: So lassen sich etwa die Erfahrungen aus Nachbarschaftskonflikten für den Ausbau von Windkraft- oder Solaranlagen nutzen. Dabei wird die Bedeutung Sozialer Arbeit »im Rahmen gesellschaftlicher Transformationsprozesse im Kontext unterschiedlicher sozialräumlicher Prozesse kontrovers diskutiert« (Fritsche/Wigger 2013: 71). Mit Blick auf Stadtteilentwicklung postulierten Drilling und Oehler für die Soziale Arbeit bereits 2011 eine Bedeutung, die weit über »Krisenmanagement« (Drilling/Oehler 2011: 7; z. n. Fritsche/Wigger 2013: 71) hinausgeht – nämlich ihre grundsätzliche Beteiligung an der »Gestaltung des Sozialen« (ebd.). Dabei könne sie sich etwa auch auf ihre Wurzeln in der Chicagoer Schule und der Gemeinwesenarbeit berufen. Ebenso sieht Liedholz (2021) in

Sozialer Arbeit eine Kraft, einen Beitrag zu einer »klimagerechten, postwachstumsökonomischen und demokratischen Gesellschaft [...]« (ebd.: 138) zu leisten.

Soziale Arbeit als demokratische Vermittlungsinstanz

Mit Blick auf die Daten zur unterschiedlichen Wahrnehmung und Bewertung der Energiewende in der Bevölkerung muss Soziale Arbeit sich fragen und ggf. vergewissern, mit welchem Selbstverständnis sie im Rahmen dahingehender Transformationsprozesse und Kontexte agieren will. Als aktive Akteurin muss sie für die oft regionalen Konflikte um die Energiewende reflektieren, an welchen gesellschaftlichen Deutungs- und Handlungsmustern sie sich orientieren will. Vor dem Hintergrund eines großen Transformationsvorhabens wie der Energiewende – nicht zuletzt unter der Prämisse des 1,5-Grad Ziels des Pariser Klimavertrags – könnte sich Soziale Arbeit z.B. sowohl vermittelnd gegenüber unterschiedlichen Interessens- und Konfliktlagen positionieren als auch anwaltschaftlich auftreten für »gesellschaftlich benachteiligtes Klientel in ihrer Interessendurchsetzung gegenüber gesellschaftlich privilegierten Gruppen« (Fritsche/Wigger 2013: 73). Für wen und wie eine solche Anwaltschaft zu übernehmen wäre, kann aber trotz einer möglichen Orientierung an Grundsätzen der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit nicht immer unmittelbar ersichtlich sein.

Dabei ist der politische Gehalt Sozialer Arbeit innerhalb der Profession umstritten. Auch wenn wir uns in diesem Beitrag generell für ein politisches Mandat von Sozialer Arbeit aussprechen,² die sich »nicht nur als stadtteil- oder quartiersbezogene, sondern immer als (sozial)politische Aktivität versteht« (Kessl/Reutlinger 2007: 122), braucht es für sozialarbeiterisches Handeln etwa im Rahmen der Konfliktprävention beim Bau einer Stromtrasse eine spezifische Auftraggeberin. Dies kann wiederum bedeuten, dass mit dem Einbezug sehr unterschiedliche Zielvorstellungen und Erwartungen an die Soziale Arbeit verbunden werden – wie z.B. die Vermittlung von Planungen, die Beteiligung an denselben oder die Beratung verschiedener Akteur:innen (vgl. Fritsche/Wigger 2013). Gelingt es Akteur:innen der Sozialen Arbeit, ein Mandat zu erlangen, kann sie beispielsweise dabei unterstützen, dass sich bestimmte Zuschreibungen und Verkürzungen in Energiewendekonflikten nicht manifestieren. Ohne sich dabei auf diese spezifischen Konflikte zu beziehen, haben Vertreter:innen der Sozialraumarbeit früh die Frage gestellt, »welche Strategien und Maßnahmen sie entwickeln und befördern kann, um die dominierenden Homogenisierungsprozesse eher zu unterlaufen als zu (re)produzieren« (Kessl/Reutlinger 2007: 124). Häufig entsteht auch bei Energiewendekonflikten der Eindruck einer homogenen Gruppe bzw. einer ganzen Region, die sie betreffende Maßnahmen der Transformation grundsätzlich ablehnt. Empirisch lässt sich eine solche Homogenität der Energiewendegegner:innen nicht bestätigen (vgl. Teune et al. 2021: 20f.), sodass die für Homogenisierungstendenzen sensibilisierte Soziale Arbeit hier maßgeblich zu differenzierteren und konstruktiveren Austragungsprozessen beitragen kann.

2 Seithe (2011) z.B. sieht die Expertise und das Recht von Sozialer Arbeit gerade darin, die verschiedenen Missstände, Verwerfungen und Ungleichheiten des gesellschaftspolitischen Systems zu kritisieren und abzumildern, durch das sie selbst beauftragt ist.

In der vorliegenden Stichprobe polarisiert die durchschnittliche Zustimmung zu den energiewendebezogenen Adjektivpaaren über alle Befragten hinweg nur geringfügig in die eine oder andere Richtung. Das könnte nicht zuletzt daran liegen, dass die Energiewende die am weitesten fortgeschrittene und bereits sichtbarste Transformation darstellt, worauf auch Schneidewind (2018: 203) hinwies: »Durch die lange und tief verankerte Diskussion über regenerative Energien und die Risiken konventioneller Energieträger in Deutschland stößt der Umbau hier in der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussionen kaum auf Widerstände«. Daher ist es auch mit Blick auf die Befragung im Zuge des *Demokon*-Projekts nicht verwunderlich, dass das Vorhaben der Energiewende von weiten Teilen der Bevölkerung gestützt und befürwortet wird (vgl. Teune et al. 2021: 2; Wolf 2020: 6). Nichtsdestotrotz zeigt sich im Polaritätsprofil, wie bei Unzufriedenheit mit der Demokratie die Aspekte zur Umsetzung der Energiewende deutlich negativer bewertet werden. Indes sollte auch bei Zufriedenheit mit der Demokratie die ermittelte Tendenz zur schlechteren Bewertung oder ggf. zur Indifferenz gegenüber den Adjektivpaaren nicht vernachlässigt werden. Im Kontrast zu Crouchs These zur *Postdemokratie* lässt sich an dieser Stelle auf Blühdorns Modell einer *simulativen Demokratie* verweisen, in der sich nach wie vor alle gesellschaftlichen Akteure an der Referenznorm Demokratie orientieren und diese diskursiv am Leben erhalten, während sie praktisch bereits überformt sei und zu einer »Art unausgesprochenem neuen Gesellschaftsvertrag« (ebd. 2013: 183) führe; einem stillem Einvernehmen zwischen Politik und mehr oder weniger interessierter Öffentlichkeit, dass die allgemeinen Angelegenheiten von *oben* schon geregelt würden. Nicht auszuschließen sei, dass damit angesichts gestiegener Komplexität der gesellschaftlichen und globalen Verhältnisse letztlich ein Bedürfnis der Bürger:innen der Zeit bedient wird, im Sinne einer Technokratie regiert und verwaltet zu werden (vgl. ebd.). So sind heute auch viele Teile der Umweltbewegung auf einen wissenschaftlich-technischen Expert:innendiskurs eingeschwenkt (vgl. Stirling 2014). Gleichzeitig bleibe aber auch die Forderung nach mehr Demokratie im Sinne von weniger Outputorientierung und einer stärkeren Einbindung von Bürger:inneninteressen bei der sozial-ökologischen Transformation fragwürdig, da diese im Endeffekt nur unzureichend umgesetzt werden könne (vgl. Blühdorn 2013: 247). Vor diesem Hintergrund lässt sich das Ergebnis der Faktorenanalyse der Adjektivskalen dahingehend interpretieren, dass der erste Faktor jene politischen und kulturellen Aspekte widerspiegelt, die vor allem auf die Bewertung des Prozesscharakters der Energiewende bezogen sind. Derweil verweist der zweite Faktor darauf, dass der Erfolg der Transformation auch von Zeit- und Kostenvorstellungen abhängt. Zu schnelle und teure Veränderungen könnten z.B. dazu führen, dass der Prozesscharakter insgesamt negativer bewertet wird, wie die Auswertungen im Polaritätsprofil zeigen. Aber auch zu langwierige Prozesse des Aushandels könnten den Willen zu energiepolitischen Veränderungen in der Bevölkerung hemmen, wie etwa bei einer höheren Selbstwirksamkeitserwartung anzunehmen wäre.

In Richtung der Veränderung der Lebensweise von Menschen sollte das paternalistische Potenzial Sozialer Arbeit nie unreflektiert bleiben. Dennoch hebt Flüger (2022) hervor, dass eigentlich jene Lebensweise sozialarbeiterisch adressiert werden sollte, die besonders konsum- und ressourcenintensiv ist, womit er als neues Handlungsfeld die »Verursacher Hilfe« (ebd.: 104f.) vorschlägt. Empirisch lässt sich dazu feststellen, dass der ökologische Fußabdruck z.B. von Angehörigen sozial benachteiligter Gruppen und

Milieus mangels Ressourcen und Zugängen oftmals deutlich kleiner ist als z.B. von Angehörigen der Mittel- und Oberschicht (vgl. z.B. BMU/UBA 2010: 74-77).

Soziale Arbeit als engagierte Beteiligungsinstanz

Beteiligung gilt in vielen öffentlichen Feldern, in denen sich Konflikte ergeben, als Zauberformel. Die Ergebnisse des semantischen Differentials zeigen insbesondere in Abhängigkeit vom Gefühl der Machtlosigkeit, aber auch unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen Einschätzungen kollektiver Selbstwirksamkeit, dass gerade die Aspekte der Bürgernähe, Planung und Transparenz hinsichtlich der Umsetzung der Energiewende verhältnismäßig negativ bewertet werden. Die Befragten tendieren grundsätzlich eher dazu, die Energiewende für »elitär«, »chaotisch« und »intransparent« zu halten, umso machtloser und weniger selbstwirksam sie sich erleben. Ein solches Erleben ist kontextübergreifend immer wieder die Grundlage »für die institutionalisierte helfende Beziehung« (Herriger 2020: 64) in der Sozialen Arbeit. Herriger bezieht sich auf Paolo Freire, der Machtlosigkeit u.a. in einer »Kultur des Schweigens« (ebd.: 53) manifestiert sieht. Im Kontext der Energiewende kann dies bedeuten, dass eine große, aber schweigende Mehrheit oft wenigen lauten und ggf. machtvollen Akteur:innen gegenübersteht. Soziale Arbeit kann auf ein breites Repertoire an Methoden und Wissen zurückgreifen, um Beteiligung und Selbstwirksamkeit von Menschen zu fördern, zu deren Lebenswelt und Alltag es aus unterschiedlichen Gründen nicht unbedingt gehört, z.B. an einer Bürger:innenversammlung teilzunehmen oder sich der formellen Beteiligungsmöglichkeiten im Energiewendesektor zu bedienen – wenngleich aktivierende Ansätze nicht unumstritten sind (vgl. Anhorn/Bettinger/Stehr 2007; Kessl/Otto 2004). Als Stadtplaner und -forscher hat Selle (2021) Kriterien benannt, wie Beteiligung gelingen kann und unter welchen Bedingungen sie überhaupt sinnvoll ist. Denkbar ist mit Blick auf Bürgernähe, Planung und Transparenz etwa eine Orientierung an der Tradition der Bürger- oder Stadtteilzentren, wie sie im Rahmen von Gemeinwesenarbeit oder Quartiersmanagement häufig etabliert worden sind. Sollen z.B. Personengruppen, die sich politisch im Allgemeinen nicht als selbstwirksam und die Energiewende im Besonderen als elitäres Projekt einschätzen, im Zuge der sozial-ökologischen Transformation bürgerschaftlich beteiligt werden, bietet es sich erst einmal an, öffentliche Räume und Ressourcen entstehen und wachsen zu lassen sowie eine gewisse Kontinuität zu vermitteln. Auf diesem Wege, der es Einzelnen potenziell ermöglicht, sowohl Autonomie als auch Gemeinschaft zu erfahren, kann sich die individuelle Bereitschaft erhöhen, an der Bearbeitung von Problemen und Konflikten mitzuwirken (vgl. Herringer 2020).

Soziale Arbeit als verstehende Beratungsinstanz

Im Kontext der Energiewende kann Soziale Arbeit beispielsweise als professionelle Stadteilmoderation wirken. Als intermediäre Instanz macht sie frühzeitig Probleme und Konfliktfelder aus, moderiert Prozesse zwischen Lebenswelt und System und kennt Stärken des Sozialraums und der hiesigen Bevölkerung sowie bedeutsame Schlüsselakteur:innen (vgl. Herringer 2020: 186; aus Perspektive des Quartiersmanagements vgl. Fehren 2008). So kann Soziale Arbeit auch dazu beraten, wie Veranstaltungen so

gestaltet werden können, dass sie über politisch mobilisierte Bildungs- und Mittelschichtsmilieus hinaus für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ansprechend und inklusiv sind. Beratung kann hier als komplementär zu den bereits beschriebenen Handlungsfeldern Vermittlung und Beteiligung verstanden werden. Soziale Arbeit vermag – so die Hoffnung – im Zuge *umkämpfter Zukünfte* eine verstehende, engagierte und daher genuin demokratische Haltung zu Konflikten rund um den Klimaschutz und die Energiewende einnehmen, die z.B. in der Auseinandersetzung mit Energiewendekritiker:innen oder auch Klimawandelleugner:innen zum Tragen kommen kann. Aufgrund ihres Doppelmandats zwischen Hilfe und Kontrolle wird es dabei für Praktiker:innen und Theoretiker:innen der Sozialen Arbeit gleichermaßen wichtig sein, sich an einer aufklärerischen Position zu orientieren – um etwa sich selbst und die damit verbundenen Implikationen für ihre Arbeit *in, mit und an* der Gesellschaft zu reflektieren, das eigene Handeln zu hinterfragen und stets die Interessen von Menschen und Gruppen zu berücksichtigen, die von Transformationsprozessen besonders betroffen sind (vgl. Braches-Chyrek/Sünker 2017). Thiersch (2020) hat diesbezüglich folgendes Verständnis als Ausgangspunkt professionellen Handelns formuliert:

»In Form naiver Alltagstheorien machen Menschen sich ihre je eigenen Vorstellungen vom Leben und der Welt. Alltägliche Erfahrungen sind wahr, weil in ihnen von Menschen erzählt wird, die zum eigenen Erlebnisraum gehören, die man kennt oder die wiederum andere Menschen kennen, die man kennt. [...] Dieser Erfahrungsbezug gibt den Menschen Sicherheit in ihrem Selbstverständnis, aber er beschränkt auch die Weltsicht [...]. Der Mensch will als jemand gesehen werden, der mit den Verhältnissen zurande kommt, der sich in seinen Verhältnissen bewährt, der sein Leben meistert. Er will in den Deutungen seiner Alltäglichkeit und seinen Bewältigungsanstrengungen und -leistungen respektiert und geachtet werden. Er will anerkannt sein. [...] Es äußert sich auch in dem Bedürfnis nach Anerkennung für die Gruppen, in denen man sich emotional aufgehoben fühlt und anerkannt weiß.« (Ebd.: 53ff.)

Es kann vermehrt zur Abwehr von Erfordernissen des gesellschaftlichen Wandels führen, wenn im Sinne des Klimaschutzes und der Energiewende Forderungen hinsichtlich der Anpassungs- und Veränderungsbereitschaft bestimmter Gruppen bei gleichzeitiger (wahrgenommener) Vernachlässigung ihrer Arbeits- und Lebensleistungen formuliert werden (wie z.B. bei Beschäftigten der Braunkohleindustrie). Gleiches gilt, wenn ökologische und ökonomische Bewältigungsanstrengungen bestimmter Personengruppen in Frage gestellt oder geringgeschätzt werden. Auch eine Herangehensweise, bei der einschlägige politische Entscheidungen allein durch vermeintlich *neutrales*, (natur-)wissenschaftliches und technisches Wissen begründet werden, verkennt das Erleben und Erfahrungswissen von *Betroffenen* der Energiewende. An dieser Stelle können Akteur:innen und Formen Sozialer Arbeit hinzugezogen werden, die entlang der in diesem Beitrag beschriebenen Konfliktlinien um die Energiewende ein demokratisches Verstehen, Anerkennen und auch Ausgleichen sozialer Ungleichheit im Transformationsprozess ermöglichen.

Literatur

- Adloff, Frank/Neckel, Sighard (2019): »Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? Die Zukünfte der Nachhaltigkeit«, in: Klaus Dörre/Hartmut Rosa/Karina Becker/Sophie Bose/Benjamin Seyd (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften* (Sonderband des Berliner Journals für Soziologie), Wiesbaden: Springer VS, S. 167-180.
- Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hg.) (2007): *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ansen, Harald (2022): *Das Recht auf Unterstützung. Sozialanwaltschaft als Auftrag der Sozialen Arbeit*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Bandura, Albert (1977): Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change, in: *Psychological Review* 84 (2), S. 191-215.
- Bandura, Albert (1997): *Self-efficacy. The Exercise of Control*, New York: W.H. Freeman and Company.
- Benz, Benjamin/Rieger, Günther (2015): *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin: Suhrkamp.
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/UBA, Umweltbundesamt (2010): *Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2010>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Böhnisch, Lothar (2018): *Die Verteidigung des Sozialen. Ermutigungen für die Soziale Arbeit*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Braches-Chyrek, Rita/Sünker, Heinz (2017): »Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen«, in: Dies. (Hg.), *Soziale Arbeit in gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 1-6.
- Butterwegge, Christoph (1999): »Neoliberalismus, Globalisierung und Sozialpolitik: Wohlfahrtsstaat im Standortwettbewerb?«, in: Christoph Butterwegge/Martin Kutscha/Sabine Berghahn (Hg.), *Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik*, Baden-Baden: Nomos, S. 26-44.
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Cohen, Jacob (1988): *Statistical power analysis for the behavioral sciences*, 2. Auflage, Hillsdale, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Berlin: Suhrkamp.
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019): *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? (Projekt »Für ein besseres Morgen«)*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Demirović, Alex (2021): »Ideologiekritik – oder die Veränderung dessen, was als objektiv gilt«, in: Heiko Beyer/Alexandra Schauer (Hg.), *Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs*, Frankfurt/New York: Campus, S. 25-59.
- Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (2011): »Auf dem Weg einer Neupositionierung. Soziale Arbeit und Stadtentwicklung«, in: *Sozial Aktuell* 5, S. 7.
- Easton, David (1975): A re-assessment of the concept of political support, in: *British Journal of Political Science* 5 (4), S. 435-457.
- Fehren, Oliver (2008): *Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz*, Berlin: Edition Sigma.
- Fehren, Oliver (2017): »Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung. Ein ambivalentes Verhältnis.«, in: *vhw FWS* 4, S. 185-188.
- Flüger, Kolja (2022): »Die Verantwortung der Sozialen Arbeit in der sozial-ökologischen Transformation«, in: Peter-Ulrich Wendt (Hg.), *Kritische Soziale Arbeit*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 96-109.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62 (2), S. 71-76.
- Fritsche, Caroline/Wigger, Annegret (2013): »Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus reflexiv räumlicher Perspektive«, in: Matthias Drilling/Patrick Oehler (Hg.), *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 71-86.
- Früchtel, Frank/Budde, Wolfgang/Cyprian, Gudrun (2007): *Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Güllner, Manfred/Schmitt, Lars H. (2004): Innovation in der Markt- und Sozialforschung: das forsa.omninet-Panel, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 27 (1), S. 11-22.
- Heitmeyer, Wilhelm (2001): »Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen«, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 497-534.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin: Suhrkamp.
- Herriger, Norbert (2020): *Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Hinte, Wolfgang/Treeß, Helga (2014): *Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- IFSW (2014): *Global Definition of Social Work*. Online verfügbar unter: <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2004): »Soziale Arbeit und die Neugestaltung des Sozialen«, in: Dies. (Hg.), *Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-20.

- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hg.). (2019): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin: Suhrkamp.
- Klees, Katharina (o.J.): Sozialpädagogische Reflexionskompetenz. Von der Konstruktion über die professionelle Rekonstruktion zur Transformation von Bedeutungsperspektiven. Online verfügbar unter: <https://www.aufwindinstitut.com/wp-content/uploads/Reflexionskompetenz.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Korte, Karl-Rudolf (Hg.) (2015): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Bd. 33), Baden-Baden: Nomos, S. 11-24.
- Liedholz, Yannick (2021): Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Manin, Bernard (2007): Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin: Matthes & Seitz.
- Merkel, Wolfgang/Krause, Werner (2015): »Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern«, in: Wolfgang Merkel (Hg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden: Springer VS, S. 45-65.
- Norris, Pippa (2011): Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited, Cambridge: Cambridge University Press.
- Osgood, Charles Egerton/Suci, George J./Tannenbaum, Percy H. (1971): The Measurement of Meaning, 8. Auflage, Urbana/Chicago: University of Illinois Press.
- Polanyi, Karl (2015): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 12. Auflage, Berlin: Suhrkamp.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Bock, Seraja/Lass, Wiebke/Schatzschneider, Julia (2021): Populismus und Energiewende, DEMOKON – Research Paper I, Potsdam/Mönchengladbach. Online verfügbar unter: https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Schaal, Gary S./Heidenreich, Felix (2013). Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (32-33), S. 3-11.
- Schneidewind, Uwe (2018): Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst des gesellschaftlichen Wandels, 2. Auflage, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Schneidewind, Uwe (2020): »Die sozial-ökologische Transformation«, in: Thomas Hartmann/Jochen Dahm/Frank Decker (Hg.), Utopien. Für ein besseres Morgen, Bonn: Dietz, S. 93-108.
- Seithe, Mechtilde (2011): Zur Begründung einer Repolitisierung Sozialer Arbeit. Online verfügbar unter: https://www.sw.eah-jena.de/dat/ringvorlesung2011/Ringvorlesung_2011_M_Seithe_Vortrag_-_Zur_Begrundung_einer_Repolitisierung_Sozialer_Arbeit.pdf. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Selle, Klaus (2021): »Es geht um die Substanz. In Prozessen der Stadtentwicklung glaubwürdig beteiligen, in: Stiftung Mitarbeit (Hg.), Glaubwürdig beteiligen. Impulse für die partizipative Praxis, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 7-42.

- Stirling, Andy (2014): Transforming power: Social science and the politics of energy choices, in: *Energy Research & Social Science* 1, S. 83-95.
- Teune, Simon/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): Energiewende? –ja! Aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsumfrage. DEMOKON – Research Paper II, Potsdam/Mönchengladbach. Online verfügbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_3/component/file_26004/content. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- The Economist Intelligence Unit (2020): Democracy Index 2019. A year of democratic setbacks and popular protest. Online verfügbar unter: https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=democracyindex2019. Zuletzt geprüft am 06.06.2022.
- Thiersch, Hans (2020): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – revisited, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (Hauptgutachten). Online verfügbar unter: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation#sektion-downloads>. Zuletzt aufgerufen am 06.06.2022.
- Weiß, Julia/Schneider-Eicke, Francesco (2021): »Grüne und Union streiten über angeblichen Antisemitismus-Vorfall«, in: *Der Tagesspiegel* vom 13.06.2021. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/rede-von-carolin-emcke-gruene-und-union-streiten-ueber-angeblichen-antisemitismus-vorfall/27281430.html>. Zuletzt aufgerufen am 29.08.2022.
- Wike, Richard/Schumacher, Shannon (2020): Democratic Rights Popular Globally but Commitment to Them Not Always Strong. Most say elected officials are out of touch. Online verfügbar unter https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2020/02/PG_2020.02.27_global-democracy_REPORT.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.06.2022.
- Wolf, Ingo (2020): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2019: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. IASS Brochure. Online verfügbar unter: https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6000053_6/component/file_6000054/content. Zuletzt aufgerufen am 19.08.2022.

Wie weiter?

Deliberation: Neue Räume für die Aushandlung von Politikoptionen

Mareike Blum, Arwen Colell und Katja Treichel

Einleitung

Die Gesellschaft steht angesichts kumulierender Krisen vor neuartigen Herausforderungen. Es sind Krisen, die sich wechselseitig verstärken – wie die Corona-Pandemie, wachsende soziale Ungleichheiten, der Krieg in der Ukraine, die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von fossilen Energieträgern, der Klimawandel und der Verlust von Biodiversität. Verpasste Gelegenheiten, langfristig effektive und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, wirken wie ein Brennglas für die Kumulation dieser Krisen. Zwar machen diese Krisen deutlich, dass synergetisch gedachte Ansätze breitenwirksame Lösungen entfalten können: der Umstieg auf erneuerbare Energien, die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, die Reduktion von fossilen Abhängigkeiten. Sie zeigen aber auch, dass sich Maßnahmen über verschiedene Disziplinen und Politikfelder erstrecken müssen und konfrontieren Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit komplexen Abstimmungs-, Regulierungs- und Koordinierungsproblemen (vgl. Freudl/Haus/Straßheim 2021), denen gleichermaßen nur durch neue Formen der Wissensgenerierung begegnet werden kann.

Evidenzbasierte und gemeinwohlorientierte Beratschlagung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren – und eben nicht allein durch Expert:innen – wird damit wichtiger denn je, um Lösungsoptionen und deren Auswirkungen aufzuzeigen und gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Denn oftmals ist das Orientierungswissen von spezialisierten Expert:innen kaum in gesellschaftliche Wertevorstellungen und Überzeugungen eingebettet (vgl. Fischer 2009, Jasanoff 2016). Dieses Defizit an gesellschaftlicher Rückbindung mündet zu oft in der Frage: »Wie viel Wandel können wir dem Volk zumuten?« Es dominiert die Prämisse der (fehlenden) empirischen Akzeptanz für eine tiefgreifende Transformation. In dem daraus resultierenden engen Rahmen des (vermeintlich) *politisch Machbaren* richten Expert:innen Lösungsvorschläge an Politik und Gesellschaft, die oftmals von technischen oder Status quo-orientierten Annahmen ausgehen. Die Einbindung der Gesellschaft erfolgt dann typischerweise im Sinne

einer unidirektionalen, akzeptanzorientierten Kommunikation statt in einem wechselseitigen oder gar gesamtgesellschaftlichen Lernprozess (Kowarsch et al. 2016).

Nebenwirkungen dieser bisweilen technokratischen Politikprozesse sind ein wachsender Unmut vieler Menschen über eine scheinbar vielerorts von Partikularinteressen stark beeinflusste Politik und die mangelnden Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitgestaltung der Lösungswege. Dies erschwert nicht nur die Verhandlung über wichtige Klimaschutzmaßnahmen, es erodiert langfristig auch das Vertrauen in die repräsentative Demokratie (vgl. Bertelsmann Stiftung 2022: 7). Das Argument, Gewählte in den demokratischen Institutionen sorgten doch über den argumentativen Austausch für die Ermittlung gemeinwohlorientierter Maßnahmen, verblasst häufig vor dem Hintergrund des Einflusses von Wirtschaftsinteressen und machtzentrierter Debatten. Oft werden politische Repräsentant:innen deshalb als elitär und *weit weg* von den Problemen der Menschen wahrgenommen, so dass der Output ihrer Entscheidungen eher Misstrauen bei den Bürger:innen hervorruft, als dass der Eindruck von politischer Chancengleichheit und Gerechtigkeit entstände (vgl. Schwan 2015). Wie kann vor diesem Hintergrund eine ambitioniertere und zugleich demokratischere Politik aussehen?

Dieses Kapitel schlägt deliberative Methoden als eine leistungsfähige und innovative Art der Beratschlagung vor, im Rahmen derer Lösungsoptionen für gesellschaftliche Herausforderungen vor dem Hintergrund konfligierender Wertvorstellungen gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteuren und/oder Bürger:innen verhandelt werden. Wir argumentieren mit zwei zentralen Vorteilen. Erstens reflektieren gemeinschaftliche Lösungen, die deliberativ entwickelt werden, eine Vielzahl von Interessen, über die mittels transparentem Austausch von Argumenten und Werten eine Verständigung ermöglicht wird. Dieser Prozess wird dadurch gestärkt, dass Beteiligte in der Regel das eigene Interesse zurückstellen, wenn die eigene Position vorgetragen und innerhalb der Deliberation berücksichtigt werden konnte. Werden deliberative Methoden konsequent und auf vielen Ebenen angewandt – so der zweite Vorteil – entstehen resilientere Gesellschaftsstrukturen, die auf erfolgreiche Verhandlungserfahrungen zurückgreifen können, wenn sie vor neue Herausforderungen gestellt werden. Letzteres kommt auch zustande, da durch die Vielfalt an Perspektiven neues Wissen in Beratungsprozesse gelangt, welches nicht nur additiv, sondern auch multiplikativ und innovativ wirkt. Vermichtlich langwierige Beteiligungs- oder Beratungsprozesse tragen so das Potenzial, langfristig effektive Lösungen vorzubereiten, die schnell umgesetzt werden können im Vergleich zu technokratisch entwickelten Lösungen, die gesellschaftlich weder reflektiert noch mitgetragen werden.

Die hier präsentierten Deliberationsbeispiele befassen sich mit Transformationsprozessen in der Stadtentwicklung und Energiewende. Beide Themenfelder greifen konfliktreiche Transformationsprozesse moderner Gesellschaften auf, die sowohl Veränderungen an baulichen als auch an gesellschaftlichen Strukturen umfassen und Menschen in ihrer unmittelbaren Lebenswelt berühren. An diesen Beispielen lassen sich demokratietheoretische Fragen bearbeiten und die Innovationskraft von Gesellschaften – sowohl in technologischer als auch sozialer Hinsicht – beobachten. In diesem Beitrag werden deliberative Formate vor dem Hintergrund der Literatur zu deliberativen Praktiken sowie eigenen Erfahrungen der Autorinnen diskutiert. Es soll aufgezeigt werden, inwiefern deliberative Verfahren in unterschiedlichen Kontex-

ten zur politischen Steuerung sozio-technischer Transformationsprozesse beitragen können.

Deliberation als Methode

Deliberation beschreibt eine dialogische Form der Entscheidungsfindung, die sich durch »die argumentative Suche [...] von Gründen für und gegen Handlungsoptionen einer Gruppe« (Landwehr 2012: 360) auszeichnet. Dialogisch heißt, dass jede:r Teilnehmer:in gleichberechtigt an der Diskussion teilnehmen und sich zu Aussagen positionieren kann, z.B. durch Hinterfragen, Zustimmung oder Widersprechen (vgl. ebd.). Deliberation ist einerseits ein idealtypisches theoretisches Modell (vgl. Habermas 1992; Landwehr 2012), das sich andererseits als demokratische Praxis anwenden lässt.

Kenter, Reed und Fazey (2016) betonen zudem, dass sich durch Deliberation abstrakte Werte der Gruppenmitglieder im kommunikativen Austausch weiterentwickeln, was Verständigung und gegenseitiges Lernen ermöglicht. Deliberation kann demnach definiert werden als ein »gruppenbasierter Prozess der Beteiligung, des sozialen Austauschs, der Reflexion, des Lernens und der sinnvollen Debatte« (ebd.: 194). Verständigung und Perspektivenvielfalt sind daher wichtige Grundsätze deliberativer Verfahren, wobei deren Ziel nicht zwingend Konsens ist. Bei gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen sowie im Rahmen politischer Entscheidungsfindung treffen eine Vielzahl unterschiedlicher Sichtweisen, Werte und Normen aufeinander. Deliberation als Methode ermöglicht es, dieser Vielfalt in einem strukturierten Prozess einen kommunikativen Raum zu geben, um möglichst gemeinwohlorientierte Entscheidungen auszuarbeiten.

Das Konzept der Deliberation basiert u.a. auf der Diskurstheorie des Sozialphilosophen Jürgen Habermas (1981), der mit seinen Schriften sowohl theoretische als auch empirische akademische Diskussionen stark beeinflusste. John Dryzek und Simon Niemeyer verbinden mit ihrer empirischen Forschung zu deliberativen Methoden die deliberative Praxis mit der Weiterentwicklung theoretischer Debatten (vgl. Curato et al. 2017; Dryzek/Niemeyer 2019). Sie zeigen auf, dass Bürgerbeteiligungsverfahren ein hohes Potenzial haben, bestehende Institutionen (weiter) zu demokratisieren. Die Autoren beschreiben folglich nicht nur die Methoden eines deliberativen Austauschs, sondern gehen auch auf die institutionelle Verankerung und Anbindung ein (vgl. Landwehr 2012: 363).

Als Überbegriff für eine Vielzahl demokratischer Innovationen, die sich in der Umsetzung deliberativer Formate etabliert haben, dient der empirischen Deliberationsforschung der Begriff der »Mini-Publics«. Mini-Publics bezeichnen bspw. Konsensuskonferenzen, Planungszellen, Bürger:innenjürs oder Bürger:innenräte (vgl. Dryzek/Goodin 2006). Im Fokus zahlreicher empirischer Arbeiten stehen das Prozessdesign deliberativer Formate sowie mit Blick auf die Anforderungen an das Umfeld der Mini-Publics auch direkte Faktoren des Austauschs. Um einen möglichst freien und gleichberechtigten Austausch zu ermöglichen, betonen Curato et al. (2017) die Bedeutung der Auswahl von Teilnehmenden, unabhängiger Organisator:innen sowie der Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz. Die Auswahl der Teilnehmer:innen sollte demokratisch inklusiv erfolgen, das heißt jede Person, jedes Argument und jede Perspektive muss

idealerweise die Möglichkeit haben, gehört zu werden (vgl. Thompson/Gutsmann 2004, Landwehr 2012). In der Praxis gibt es unterschiedliche anerkannte Ansätze; je nach Format und Kontext der Deliberation kann dies zum Beispiel über eine zufallsbasierte Auswahl, eine Einladung an unterschiedliche Stakeholder-Gruppen, eine offene Veranstaltung für alle Interessierten oder eine Kombination dieser umgesetzt werden. Die jeweiligen Auswahlkriterien und -prozesse sollten transparent nachvollziehbar sein.

Für den Erfolg von deliberativen Formaten braucht es ferner ausgewogene Informationen zum aktuellen Stand des Wissens, die Möglichkeit, Rückfragen mit fachlichen Expert:innen zu klären, und eine erfahrene Moderation (vgl. Dryzek et al. 2019). Besonders zwei Dimensionen der machtheoretischen Debatten werden hierbei berührt: »coercive power«, also die Macht, andere durch die eigene Position zu dominieren, und »empowerment« im Sinne der Ermächtigung bzw. der gleichberechtigten Teilnahme aller Beteiligten (vgl. Curato et al. 2017). Als wesentliche Faktoren zur Eindämmung von »coercive power« werden dabei Prozess-Design und Moderation betont. Mini-Publics gelten dann als demokratisch legitim, da sie (im Kleinen) den Willen eines bestmöglich informierten Volkes repräsentieren (vgl. Dahl 2008: 342). Mini-publics erfordern ein Mindestmaß an soziokultureller Vielfalt. Daher werden die Teilnehmer:innen mittels einer zweistufigen Zufallsauswahl ausgewählt: im ersten Schritt durch zufällig generierte Telefonnummern oder über ein Losverfahren basierend auf den Daten von Melderegistern und im zweiten Schritt anhand soziodemografischer Kriterien wie Geschlecht, Alter und Bildungsgrad (Bertelsmann Stiftung 2017, Bürgerrat Demokratie 2022).

Normative Annahmen der Theorie um Deliberation finden ihre Entsprechung ebenfalls im Prozess-Design und in den Anforderungen an deliberative Methoden in der Praxis. Das meint vor allem die Habermas'sche Annahme, dass durch den gleichberechtigten argumentativen Austausch und mit der Vermutung der Vernunft der Beteiligten möglichst »gute«, gemeinwohlorientierte Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden können. Im Mittelpunkt deliberativer Prozesse steht daher die Überprüfung vorgebrachter Argumente. Die Begründung von Positionen sollte nach Habermas sowohl sachliche als auch ethische und moralische Aspekte umfassen. Weitreichende gesellschaftspolitische Fragen wie etwa der Klimaschutz und die Energiewende, zu denen es stark heterogene Wertvorstellungen gibt, können daher besonders von deliberativen Verfahren profitieren. Denn durch die gemeinsame Überprüfung der vorgebrachten und auch teilweise widersprüchlichen Argumente in einem Diskurs auf Augenhöhe wird ein Perspektivwechsel eingeübt, was zu einer Verständigung innerhalb einer Gruppe führen kann – bspw. über gemeinsam zu erreichende Ziele, über die Mittel, die angemessen für die Zielerreichung sind, sowie auch darüber, welche ethisch-politischen Probleme dabei berücksichtigt werden sollen und was aus moralischer Sicht richtig bzw. geboten ist (Vgl. Habermas 1994b: 197-201, zit. in Landwehr 2012). Deliberation bezieht demnach sowohl faktisches (Expert:innen-)Wissen als auch Erfahrungswissen aus den Lebenswelten von betroffenen Menschen sowie Werte und Ethik ein. Deliberation wirft daher zentrale, tiefgreifende Fragen auf: Wie wollen wir als Gesellschaft miteinander leben? Welche Auswirkungen hat unser politisches Handeln bzw. Nicht-Handeln und wie wünschenswert finden wir das (vgl. Landwehr 2012: 364)? Deliberation macht jedoch auch Angebote zur gemeinsamen Beantwortung dieser Fragen.

Fallstudien – Deliberation in der Praxis

Die folgenden vier Fallstudien beschreiben deliberative Verfahren in der praktischen Anwendung. Sie variieren dabei hinsichtlich verhandelter Themenfelder, Akteurskonstellationen, Zeiträumen der Umsetzung und Grade der Institutionalisierung. So wurden deliberative Prozesse in ländlichen Gemeinden, im urbanen Raum, auf der Landesebene und in der Wissenschaft in die Betrachtung inkludiert. Gemeinsam ist den Fällen jedoch die Verhandlung unterschiedlicher Lösungsoptionen zur Erreichung eines übergeordneten Ziels unter Beteiligung von Politik bzw. Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, wobei es mithilfe deliberativer Formate gelungen ist, einen gemeinsamen Weg der Verständigung zur Umsetzung des benannten Ziels einzuschlagen.

Rostock: Deliberative Stadtplanung

Die Silhouette der Hansestadt Rostock ist geprägt von der bis heute erhaltenen Altstadt sowie der 1419 gegründeten Universität, aber auch von dem heute zweitgrößten deutschen Ostseehafen. Immer mehr Menschen aus der umliegenden Region zieht es in die Stadt, sodass der Bürgermeister den rund 200.000 Einwohner:innen 2018 vorschlug, die Stadtplanung für neu zu errichtenden Wohnraum gemeinsam zu verhandeln. Für den »Stadtdialog Zukunftsplan« wurden von der Stadtverwaltung im Auftrag der Lokalpolitik drei unterschiedliche Szenarien einer möglichen Bebauung entworfen. Wenn gleich der Umfang des veranschlagten Zubaus gleich blieb, wurden den Bürger:innen dabei drei unterschiedliche Vorschläge gemacht, um diesen Zubau entweder in Form drei neuer Stadtteile, durch einen neuen Stadtteil und mehrere kleinere Baugebiete oder aber ausschließlich durch viele kleine Bauvorhaben im gesamten Stadtgebiet zu realisieren. In zwei öffentlichen deliberativen Workshops wurden diese Szenarien diskutiert, wobei auch alternative Umsetzungsvorschläge entwickelt werden durften. Zu den im Rahmen der Workshops behandelten Fragen gehörten bspw.: »Welche Kriterien sollen für die bauliche Entwicklung gelten? Welche Vor- und Nachteile haben Nachverdichtung und die Erschließung neuer Baugebiete? Welche Relevanz besitzen bestimmte naturräumliche Strukturen, wie Gewässer, Grünflächen oder Moore und wie sollen sie genutzt werden?« (Rostock-Heute 2018). Die Teilnahme war nach Anmeldung möglich und es wurde aufgrund des großen Interesses ein zusätzlicher Termin eingerichtet. Im Vorfeld der Workshops wurden Informationen online bereitgestellt und Möglichkeiten zur Kommentierung eingeräumt. Im Rahmen einer Online-Umfrage konnte über die drei Szenarien abgestimmt werden. Vor Durchführung der beiden Workshops hatten so bereits 1.260 Bürger:innen online Kommentare abgegeben und die Szenarien bewertet. An sogenannten »Mitmachständen« wurden im Stadtgebiet außerdem persönlich vornehmlich informatorische Gesprächsangebote gemacht. Die Workshops wurden mit insgesamt rund 200 Teilnehmenden durchgeführt und durch einen Kommunikationsdienstleister im Auftrag des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft moderiert und dokumentiert.

Im Ergebnis entstand im Rahmen der Workshops ein Flächennutzungsplan, der die Maßgaben der politischen Entscheidungsträger:innen bezüglich des anvisierten Wachstums, die Perspektiven der Verwaltung zur Umsetzbarkeit sowie die Präferenzen

und Prioritäten der Bürger:innen widerspiegelt (vgl. Zukunftsplan Rostock o.J.). Nicht zuletzt aufgrund der starken Initiative des Bürgermeisters wurden auch in der Folge immer wieder Beteiligungsformate angeboten, bei denen die Bevölkerung die Planungen der Verwaltung kommentieren konnte. Die Stadtverwaltung formulierte bspw. im Anschluss an die Workshops neun Kernthesen, die die Kommentare und Bewertungen der Bürger:innen aufnahmen und gemeinsam mit den drei Szenarien in die weitere Entwicklung des Flächennutzungsplans eingingen. Diese Kernthesen wurden im Januar 2019 öffentlich präsentiert und kommentiert (vgl. Hansestadt Rostock 2019a). In einem Blogbeitrag zu lokalpolitischen Entwicklungen äußerten interviewte Anwohner:innen zu dieser Zeit allerdings auch Zweifel, inwiefern politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln an die von Bürger:innen formulierten Ansprüche gebunden seien (vgl. Rostock-Heute 2018), und auf der digitalen Informationsplattform zum Verlauf des Verfahrens finden sich keine klaren Angaben dazu, inwiefern Vorschläge der Bevölkerung aufgenommen oder zurückgewiesen wurden (vgl. Zukunftsplan Rostock o.J.). Im November 2019 wurden erneut in drei Foren Bürger:innen stadtteilspezifisch eingeladen, um für die jeweiligen Bezirke zu diskutieren, wie der weiterentwickelte Flächennutzungsplan vor Ort konkret umgesetzt und ggfs. noch erweitert werden könnte. Insgesamt beteiligten sich rund 235 Bürger:innen; in jedem der Foren waren ferner etwa 15 Vertreter:innen der Stadtverwaltung anwesend. Die Foren wurden durch eine externe Moderatorin geleitet. Die Ergebnisse wurden protokolliert und online veröffentlicht (vgl. Hansestadt Rostock 2019b/c/d).

Samsö: Deliberativer Energiesystemwandel

Die dänische Insel Samsö liegt im Kattegat und zählte zu den ›Udkantsdanmark‹ (übersetzt etwa ›am Rand von Dänemark‹) genannten strukturschwachen ländlichen Räumen (vgl. Papazu 2018), als 1998 der damalige Bürgermeister gemeinsam mit zwei Planungsingenieuren aus der Region und dem Parlamentsabgeordneten eine Entscheidung traf: Sie reichten eine Bewerbung ein um Dänemarks »Insel der Erneuerbaren Energien« zu werden (vgl. PlanEnergie & Samsö Energiakademi 2007). Diese nationale Ausschreibung sollte eine Leuchtturmregion schaffen; einen Ort, an dem innerhalb von 10 Jahren ein vollständiger Umstieg auf erneuerbare Energieerzeugung erfolgen sollte und der fortan als Vorbild dienen könnte. Samsö gewann die Ausschreibung, die mit einer Vollzeitstelle für eine Person im lokalen Projektmanagement dotiert war (ebd.). Die Bewerbung umfasste einen »Masterplan«, den der Bürgermeister mit Unterstützung der Planungsingenieure erstellt hatte, und der zur Blaupause der Umsetzung herangezogen werden sollte (Papazu 2018). Das Vorhaben gelang. Seit 2010 basiert das Energiesystem von Samsö zu 100 Prozent auf erneuerbaren Energien. Doch wie wurde aus dieser Geschichte ein inzwischen weit über die Landesgrenzen hinaus bekanntes Beispiel einer von Bürger:innen getriebenen und umgesetzten Energiesystemtransformation?

Auf der Insel befinden sich mehrere Gemeinden. Delibertiert wurde an allen Orten jeweils die Versorgung mit Strom, Wärme (oftmals auch aus Strom gewonnen) und Mobilität auf der Basis regional etablierter Erzeugungstechnologien. Dabei wurden in den Gemeinden auf Initiative des angestellten Projektmanagers Austauschformate etabliert, im Zuge derer sowohl in gemeinsamen Runden von Bürger:innen und Vertre-

ter:innen der lokalen Zivilgesellschaft – vornehmlich ehrenamtlich arbeitenden Ortsvorsteher:innen und Gemeinderät:innen, sowie ansässigen Vereinen oder Genossenschaften – als auch in begleitenden Einzelgesprächen die Optionen vor Ort eruiert, in die Umsetzung gebracht und bewertet wurden (Colell 2021: 203-208). »Meine Aufgabe ist es, Türen zu öffnen«, zitierte die lokale Zeitung im Jahr 1998 den Projektmanager der Insel (Samsö Posten 1998), der zwanzig Jahre später seine umfangreichen Bemühungen um den Austausch vor Ort lakonisch damit zusammenfasst, dass sie eine Menge Kaffee erfordert hätten (vgl. Papazu 2018). Was als launige Anekdote erzählt werden kann, transportiert zentrale Merkmale dieses deliberativen Prozesses: Verhandlungen vor Ort waren zeitaufwändig, kleinteilig und umfangreich (vgl. Colell 2021, ebd.). Sie hatten einen zutiefst sozialen, auf die formellen wie informellen Strukturen vor Ort zugeschnittenen Charakter. Expert:innenwissen zu technischen, organisatorischen und finanziellen Lösungen musste auf Augenhöhe mit Alltagswissen stehen (vgl. Lundén 2003). Es entstand so nicht nur der Eindruck von Gestaltungsfreiheit, sondern es wurden bedeutsame Entscheidungsräume eröffnet. Auch auf die Verhandlungsstrukturen wurde dabei Wert gelegt. Das Projektmanagement etablierte in den Gesprächsrunden einen *Sprecherstab*, um einzelnen Teilnehmer:innen das Rederecht zu erteilen, aber gleichzeitig von den anderen aktives Zuhören einzufordern. Mit einem gewissen Selbstbewusstsein wurde dieser auch bei einem Besuch des dänischen Königs genutzt: »The king could only speak if he had the stick,« erinnerte sich einer der Teilnehmenden in einem Interview, »he is no different from us« (Colell 2021: 143).

Das Ergebnis ist eine bunte Mischung unterschiedlicher Lösungen – von Stromerzeugung aus Wind und Sonne über Wärmegewinnung aus Solarthermie, Holzhackschnitzeln oder Stroh, die über eigene Nahwärmenetze verbreitet wird, bis hin zur Elektromobilität (Hermansen 2007). Die Umsetzung erfolgte in unterschiedlichen Eigentums- und Entscheidungsstrukturen, wobei manche Gemeinden eine bürgereigene Struktur bevorzugten, während andere auch Einzelinvestor:innen oder Energieunternehmen als Gesellschafter zuließen (Colell 2021: 11-12). Da die Umstellung insbesondere der individuellen Mobilität auf der Insel nicht vollständig möglich war, wurden zusätzliche Windanlagen gebaut, deren Energieeinspeisung rechnerisch als Ausgleich für die lokal durch Verbrennerfahrzeuge verursachten Emissionen diente. Delibertiert wurden folglich jeweils Technologien, Standorte sowie Besitz- und Betreiberstruktur der erneuerbaren Versorgung. Wenngleich der Masterplan als Blaupause zugrunde gelegt werden konnte, ging die Anzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen weit über das Notwendige hinaus. Unbeliebte Vorschläge konnten daher verworfen und durch andere ersetzt werden (Papazu 2018). Außerdem war der Masterplan zwar öffentlich, wurde jedoch nie als zentrales Planungsinstrument in den Vordergrund gestellt. Gleichzeitig zeigt dieser Prozess den großen individuellen Einsatz aller Beteiligten (Colell 2021: 217-221). Während der Projektmanager bezahlt wurde und nicht nur die einzelnen Prozesse begleiten, sondern auch die Umsetzung der Ziele für die Insel insgesamt im Blick behalten konnte, waren die sonstigen Teilnehmenden zumeist ehrenamtlich engagiert und unterstützten die Umsetzung des Energiesystemwandels oftmals auch mit individuellen finanziellen Investitionen (Lundén 2003).

Baden-Württemberg: Ein deliberatives Klimaschutzkonzept

Baden-Württemberg hat im Jahr 2013 ein Klimaschutzgesetz¹ verabschiedet und bei dem dazugehörigen Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) früh auf die Mitsprache von Bürger:innen gesetzt. Während das Klimaschutzgesetz die Treibhausgasminderungsziele für Baden-Württemberg verbindlich festlegt, wurden im IEKK konkrete Maßnahmen in den verschiedenen Sektoren (Energieversorgung, Private Haushalte, Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Verkehr, öffentlicher Sektor, Landwirtschaft und Forstwirtschaft/Landnutzung) ausbuchstabiert. Die Landesregierung erkannte damit an, dass sich die Herausforderungen einer neuen Energie- und Klimapolitik auf viele Lebensbereiche und gesellschaftliche Gruppen beziehen. Die Erfahrungen und Kenntnisse der Bürger:innen, aber auch von organisierten Interessensgruppen sollten in die Ausgestaltung des IEKK einfließen. Der Beteiligungsprozess hatte den zuvor durch die Landesregierung entwickelten Entwurf des IEKK als Diskussionsgegenstand. Dieser enthielt 110 Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung der Energie- und Klimaziele (vgl. Hilpert/Scheel 2020).

Die Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum IEKK (kurz BEKO) ging mit einem breit und divers angelegten Beteiligungskonzept von Dezember 2012 bis Februar 2013 weit über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinaus. Vier Formate mit jeweils unterschiedlichen Zielgruppen kamen dazu zum Einsatz (vgl. Beteiligungsportal Baden-Württemberg 2022):

- (1) vier Bürgertische zu den Themen Stromversorgung, Private Haushalte (2x) und Verkehr, an denen zufällig ausgeloste Bürger:innen deliberierten (bis zu 35 Bürger:innen pro Tisch),
- (2) ein fünfter, themenoffener Bürgertisch, an dem Bürger:innen, die sich eigeninitiativ für eine Teilnahme an der BEKO beworben hatten, debattierten,
- (3) eine Online-Plattform zur Beteiligung der interessierten Bevölkerung sowie
- (4) sieben Verbändetische (zu den Sektoren Energieversorgung, Private Haushalte, Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Verkehr, öffentlicher Sektor, Landwirtschaft und Forstwirtschaft/Landnutzung), an denen sich Vertreter:innen von Verbänden, Interessensgruppen und Organisationen einbringen konnten.

Eine weitere Besonderheit war, dass zwei Wochen nach den letzten Sitzungen der Bürger- und Verbändetische Vertreter:innen der jeweiligen Tische zu zwei gemeinsamen Reflexionssitzungen zusammenkamen, um mögliche gemeinsame Empfehlungen zu beraten und festzuhalten. Sowohl die Verabschiedung gemeinsamer Empfehlungen zum IEKK-Entwurf als auch die Kenntlichmachung begründeter Unterschiede war »für die Politik sehr hilfreich« (vgl. MUKW BW 2012: 14). Darüber hinaus zielte ein vorab ausgearbeitetes Moderationskonzept (vgl. Hilpert/Scheel 2020: 146) darauf ab, allen Anwesenden die Möglichkeit zu geben, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu bewerten, wichtige Diskussionspunkte herauszustellen sowie jede Stimme zu hören.

1 Baden-Württembergs Klimaschutzgesetz ist am 31. Juli 2013 in Kraft getreten. Im Jahr 2020 wurde es erstmalig weiterentwickelt und im Herbst 2021 um eine weitere Novelle ergänzt.

Insgesamt wurde das Beteiligungsangebot von 120 Vertreter:innen wichtiger Verbände und 180 Bürger:innen aktiv angenommen. Hinzu kommen 7.000 Personen, die die BEKO-Homepage genutzt und über 82.000 Maßnahmenbewertungen und Kommentare abgegeben haben. Nach der dreimonatigen Beratungszeit wurden im Mai 2013 insgesamt 1.000 Empfehlungen zu den Strategien und Maßnahmenvorschlägen an die zuständigen Landesministerien übergeben (Beteiligungsportal Baden-Württemberg 2022).

Knapp ein Drittel der Empfehlungen bestätigten überwiegend die Aussagen, Strategien oder Maßnahmen im IEKK-Entwurf. Knapp ein Viertel der BEKO-Empfehlungen wurden bei der Fortentwicklung des IEKK berücksichtigt oder flossen bei seiner späteren Umsetzung ein. Circa ein Drittel der Empfehlungen wurde nicht übernommen, wobei dies im Einzelnen begründet wurde. Im Jahr 2018 hat der IEKK-Beteiligungsprozess den Wettbewerb des Bundesumweltministeriums »Ausgezeichnet! Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung« gewonnen (MUKE BW2018).

Wissenschaft: Deliberative Transdisziplinarität

Auch in der Wissenschaft können deliberative Formate mit gesellschaftlichen Akteuren und/oder Bürger:innen eingesetzt werden, um bspw. die Anschlussfähigkeit wissenschaftlicher Forschung an laufende politische Prozesse oder gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu schärfen (vgl. Jahn 2008). Dieser Ansatz wurde in einer Kooperation im Rahmen des vom Bundesforschungsministerium finanzierten Projekts »Energiesysteme der Zukunft« verfolgt. Das interdisziplinäre Projekt wurde 2013 von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und der Union der deutschen Akademien gestartet und von der Humboldt-Viadrina Governance Platform² durch das deliberative Dialogformat der sogenannten Trialoge begleitet. In den ganztägigen Diskussionsveranstaltungen tauschten sich die wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des Projekts mit Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft aus (vgl. Schwan et al. 2019). Im Zentrum der Diskussion standen die interdisziplinären Fragestellungen der Arbeitsgruppen und deren Implikationen für die Gesellschaft ebenso wie gesellschaftliche Anliegen in Bezug auf das jeweilige Thema der Arbeitsgruppen. Themen waren bspw. Rohstoffbedarfe und -verfügbarkeiten in der Energiewende, Grundlagen und Implikationen der Sektorenkopplung oder auch die Governance der Europäischen Energieunion. In den Jahren 2015–2019 wurden insgesamt 11 Trialog-Veranstaltungen durchgeführt, an denen jeweils 45–80 Vertreter:innen relevanter Institutionen und Organisationen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft je nach Themenbereich kamen. Im Einladungsmanagement wurde darauf geachtet, dass der Anteil der einzelnen Stakeholdergruppen an der Gesamtzahl der Teilnehmenden möglichst ausgewogen ist (vgl. Humboldt-Viadrina Governance Platform 2019).

Ziel der Trialog-Veranstaltungen ist es, Verständigungsprozesse durch Perspektivenvielfalt zu bereichern und über die Verknüpfung und Begründung von Argumenten

2 Die Plattform heißt seit 2022 Berlin Governance Platform.

Grundkonsense zu erarbeiten. Das Veranstaltungskonzept sowie die Moderation ist dabei so angelegt, dass jede:r Anwesende zu Wort kommt und die Wortbeiträge nicht nur als eigene Meinung formuliert, sondern sich auf Vorredner:innen bezieht und den eigenen Standpunkt argumentativ begründet (Schwan 2015: 22).

An der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft wurde mit den transdisziplinär angelegten Trialogen die wissenschaftlich-analytische Betrachtung stärker mit gesellschaftlichem Erfahrungswissen und gesellschaftlich-politischen Entscheidungs- und Problemlösungsprozessen zusammengebracht. Dies bot den wissenschaftlichen Arbeitsgruppen die Möglichkeit, in einem vergleichsweise kleinen und vertraulichen Rahmen ihre (Zwischen-)Ergebnisse methodisch reflektiert mit Vertreter:innen der Gesellschaft, die zugleich Träger:innen von Praxiswissen sind, ganztägig zu diskutieren (Schwan et al. 2019: 8). Durch die transdisziplinären Trialoge konnten neue Herangehensweisen an wissenschaftliche Themen eröffnet, weitere Forschungsbedarfe aufgedeckt und neues Wissen durch Verständigung generiert werden. In den im Anschluss an die jeweiligen Trialoge durchgeführten anonymen Evaluationen bestätigte die Mehrheit, dass sie neue Argumente und Sichtweisen auf das Thema kennengelernt hatte. »Vor allem, dass es nicht immer Entweder-oder heißen muss, sondern auch Sowohl-als-auch.« (Teilnehmer Trialog Evaluation³). Gleichzeitig wurde die verfügbare Wissensbasis auch für Vertreter:innen der Gesellschaft vertieft und damit das gesellschaftliche Handlungsvermögen gesteigert. Langfristig trägt ein gesellschaftlich robustes Wissen insbesondere bei der Energiewende dazu bei, dass wichtige anstehende Entscheidungen von einer informierten Gesellschaft mitgetragen (Jahn 2008: 25) und entsprechende Politiken nachhaltig gestaltet werden können. Als Ergebnis der einzelnen Veranstaltungen gab es neben dem Verständigungsprozess auf der Trialog-Veranstaltung selbst und der Etablierung eines vertraulichen Netzwerkes jeweils einen Bericht, in dem über die systematische Auswertung der Diskussionstranskripte essenzielle Fragestellungen, Argumente und Begründungen sowie Grundkonsense herausgearbeitet wurden. Die Berichte sind für die Öffentlichkeit auf der Website der Humboldt-Viadrina Governance Plattform⁴ abrufbar.

Diskussion: Chancen und Grenzen deliberativer Methoden bei gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen

Die Beispiele zeigen, dass eine der größten Stärken der deliberativen Methode ihre Flexibilität ist: sie kann in unterschiedlichen Kontexten und zu unterschiedlichen (Zukunfts-)Fragen angewandt werden. Themen mit Bezug zu Transformations- und Veränderungsprozessen wie etwa der Ausbau von Infrastrukturen oder die Nutzung von öffentlichen Flächen eignen sich besonders, da hier unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Wandel aufeinandertreffen. Der Zeitpunkt

3 Zitat aus dem nicht-öffentlichen Abschlussbericht an das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

4 www.governance-platform.org

der Beteiligung sollte so gewählt werden, dass die Ergebnisse noch eine Wirkung erzielen können. Die Dauer des Prozesses und die Anzahl der Treffen kann je nach Kontext variieren: In Rostock z.B. wurden zwei Workshops innerhalb eines Jahres durchgeführt – auf Samsö fanden zahlreiche Treffen zu einer Vielzahl von Entscheidungen über viele Jahre hinweg statt. Jedoch sollte das Thema konkret genug sein, dass es innerhalb der voraussichtlichen Dauer des Prozesses bearbeitet werden kann.

Eine weitere Stärke ist die Maßgabe möglichst gut begründeter Positionen, wenn die Akteure miteinander deliberieren. Diese ermöglicht eine gegenseitige Verständigung und eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen. Dass nicht nur fachliche, sondern auch lebensweltliche Gründe anerkannt und respektiert werden, schafft eine wichtige Beziehungsebene und steigert die Identifikation mit dem Ergebnis.

Deliberation muss ergebnisoffen sein: Es steht nicht bereits vorher fest, was das Ergebnis des Prozesses sein wird. Ein informell kommuniziertes Wunschergebnis durch den Auftraggeber ist bspw. ein klarer Verstoß. Dieses Kriterium bedeutet jedoch nicht, dass keinerlei politische Zielrichtungen oder Rahmenbedingungen berücksichtigt werden dürfen. Im Gegenteil: um zu wirken, sollte Deliberation den politischen Kontext und bestehende rechtliche und normative Rahmenbedingungen aufgreifen. Wenn der Rahmen der politischen Ziele bereits klar ist, z.B. durch das Pariser Klimaabkommen, und eine Zielrichtung von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird – z.B. die Energiewende in Deutschland – stellt sich nicht die *Ob-Frage*, sondern es steht die Klärung von *Wie-Fragen* an: »Wie soll diese Energiewende aussehen? Wie kann dieses Ziel erreicht werden? Wie kommen wir da als Gesellschaft hin?«. Die vier Beispiele zeigen: es ist kein Widerspruch, dass Ziele vorgegeben werden und sich trotzdem ein starkes Identifikationsgefühl mit den betreffenden Vorhaben (*ownership*) entwickelt. Dies ist nur möglich, wenn trotz der Vorgaben noch genug Raum für neue Ideen und Impulse während des Prozesses besteht. In Rostock waren z.B. auch Vorschläge für ein zusätzliches Szenario möglich. In den Veranstaltungen des Trialogs waren Themen und Fragestellungen gesetzt, die Teilnehmenden waren aber frei in ihrer Reflexion.

Der Fallvergleich zeigt, dass Deliberation als Methode trotz anspruchsvollen Design-Prinzipien in unterschiedlichen Kontexten erfolgreich anwendbar sein kann. Für die zukünftige Anwendung der Methode im Rahmen der Klima- und Nachhaltigkeitskrise stellt sich die Frage, welche Prinzipien und Faktoren den Erfolg einer Deliberation besonders befördern.

Gibt es ein Erfolgsrezept?

Deliberation hat das Potenzial, Entscheidungsprozesse integrativer zu gestalten und das Verständnis für und die Umsetzung von getroffenen Entscheidungen zu verbessern. Sie hat jedoch auch ihre Grenzen – etwa in der Höchstzahl der Teilnehmer:innen, die ein gemeinsames Diskutieren und Abwägen gerade noch erlaubt. Zudem hängt eine erfolgreiche Umsetzung maßgeblich mit der methodischen Qualität zusammen. Wenn der Rahmen nicht stimmt bzw. die Erwartungen weit auseinanderliegen, kann es zu Frustration kommen. Wird die Deliberation jedoch in Entscheidungsprozesse eingebettet sowie professionell geplant und moderiert, ist sie eine vielversprechende Methode für die Bewältigung von Krisen und wichtigen Zukunftsfragen. Die vier Fälle mit

Tabelle 1: Übersicht über die vier Fälle

	Rostock: Stadtplanung	Samsö: Energieerzeugung	Baden- Württembergs: Klimaschutzkonzept	Wissenschaft: Trialoge
Anlass der Deliberation	Bau neuen Wohnraums	Umstieg auf Erneuerbare Energien	Verbesserte Klimaschutzplanung	Verbesserte Anschlussfähigkeit von Forschung zur Energiewende
Initiierung	Bürgermeister	Bürgermeister (+ Förderprojekt)	Landesverwaltung	Organisierte Zivilgesellschaft mit akademischen Institutionen
Zielgruppe	Bürger:innen	Bürger:innen und Verbände	Bürger:innen und Verbände	Politik, Unternehmen, organisierte Zivilgesellschaft
Dauer	Ca. 1 Jahr	10 Jahre (davon 1-2 Jahre für die Planung)	14 Monate	Eintägige Veranstaltungen über die Dauer von 4 Jahren
Anzahl der über Online-Beiträge Beteiligten	1.260 Personen	-	7.000 Personen	-
Mitarbeit in Treffen	zwei Workshops; je ca. 200 Personen	5 Gemeinden der Insel Samsö	180 Bürger:innen, 120 Verbändevertreter:- innen, insg. 15 themenfokussierte Treffen	11 Treffen; je 45-80 Personen
Outcome	Empfehlungen für Bebauungsplan	Dezentrale Umsetzung der Energiewende auf Samsö	1.000 Empfehlungen zu den Strategien und Maßnahmenvor- schlägen	Publikation zum jeweiligen Trialog, Netzwerk von Fachleuten

ihren unterschiedlichen Kontexten geben Hinweise auf ein Erfolgsrezept für gute Deliberation.

1. Einbettung und Impact

Von zentraler Wichtigkeit ist die institutionelle Einbettung. So können die Organisator:innen der Deliberation sicherstellen, dass deren Ergebnisse auch in den Entscheidungsfindungsprozess einfließen. In den aufgeführten Beispielen hat die Deliberation bspw. auf lokaler Ebene für eine gemeinsame Stadtplanung mit Bürger:innen gesorgt oder auf Landesebene ermöglicht, dass Bürger:innen und Verbändevertreter:innen in die Beratungen zur strategischen Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik einbezogen wurden. Die Glaubhaftigkeit der Anbindung an die Umsetzung von Maßnahmen in

dem bearbeiteten Feld kann dabei mit der Entscheidungsebene variieren, allerdings ist die räumliche Nähe zwischen den Deliberierenden und dem zu deliberierenden Thema allein noch kein Erfolgsgarant. Vorab sollte eine Vereinbarung getroffen werden, in der sich die betreffende politische Institution selbst dazu verpflichtet, sich mit den Ergebnissen der Deliberation auseinanderzusetzen und im Anschluss innerhalb eines spezifischen Zeitrahmens differenziert dazu Stellung zu nehmen.

2. Qualität der Deliberation: Auswahl der Teilnehmenden, Moderation, Informationen und Transparenz, Visualisierung und Kommunikation

Die Auswahl der Teilnehmenden wird maßgeblich durch die institutionelle Anbindung mitbestimmt. In Rostock und auf Samsö betraf die zu deliberierende Fragestellung die lokale Bevölkerung, die deshalb möglichst umfangreich mobilisiert werden sollte. Dazu wurden auf unterschiedlichen Kanälen Menschen angesprochen, Multiplikatoren wie Vereine oder lokale Organisationen aktiviert und im Fall von Samsö auch vor Ort ansässige Unternehmen und Einzelpersonen gezielt adressiert. Ziel war keine repräsentative Abbildung der lokalen Bevölkerung, sondern eine möglichst weitreichende Beteiligung. Bei deliberativen Formaten, deren Anspruch auf eine gesellschaftliche Reflexion von Fragestellungen zielt, ist wiederum eine zufällige, ggf. auch im Sinne der Zielstellung quotierte Auswahl der Teilnehmenden wie in Baden-Württemberg vorzuziehen. Dabei ist zu beachten, dass zur Erreichung einer Quotierung je nach Themenstellung und Region unter Umständen eine überproportionale Ansprache einzelner Bevölkerungsgruppen notwendig sein kann, um in der Gesamtzusammensetzung einen repräsentativen Anteil der Teilnehmenden zu erreichen. Stakeholder können auch gezielt eingeladen werden. Auswahlprozess und Teilnehmendenansprache hängen folglich eng mit der Zielstellung des Prozesses zusammen.

Eine Moderation, die mit den Grundprinzipien der Deliberation vertraut ist, hilft den Teilnehmenden im Idealfall dabei, ihre Beiträge zu strukturieren und das neu entstehende Wissen zu organisieren, um dadurch die Qualität von Beteiligung zu verbessern (vgl. Friess 2021). Unterschiedliche Machtpositionen sollten außerdem von der Moderation reflektiert werden. Die vier Fälle haben gezeigt, dass gleichberechtigte Redeanteile sich durch klare Moderationsregeln und anschauliche Methoden (z.B. den Sprecherstab) erfolgreich umsetzen lassen (vgl. Colell 2021).

Durch gezieltes Nachfragen kann eine tiefere Gesprächs- und Verständigungsebene erreicht werden, so dass sich gemeinsame Wertvorstellungen im Austausch entwickeln können. Bei gemischten Formaten mit Bürger:innen und Stakeholdern (z.B. in Samsö, Baden-Württemberg und Wissenschaft im Trialog) ist es Aufgabe der Moderation, Partikularinteressen in der Diskussion nicht dominant werden zu lassen.

Deliberation braucht bestmöglich informierte Teilnehmende. Dies erfordert auch eine gute Wissenschaftskommunikation durch beteiligte Expert:innen bzw. das Projektteam. In den Trialogen wurde bspw. zur Vorbereitung den Teilnehmenden vorab ein knappes Dossier zum Stand der wissenschaftlichen Debatte zum zu diskutierenden Thema zugesandt; am Tag der Veranstaltung wurde dann vor Ort durch drei kurze Impulse aus je einer Stakeholdergruppe (Politik, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft) die Diskussion angeregt. Die Visualisierung von Wissen kann ebenfalls hilfreich

sein und ist dabei nicht auf Expert:innenwissen beschränkt – insbesondere im Rahmen einer expliziten Einbeziehung der Werteebene in deliberative Prozesse. So wurde beispielsweise in Samsö nach einigen Monaten des Deliberierens in den verschiedenen Gemeinden vom Gesamtprojektmanagement in der inselweiten Zeitung zu einem übergreifenden Treffen eingeladen, wobei die Bürger:innen zuvor gebeten wurden, ihren persönlichen »Traum für Samsös Zukunft« einzuschicken. Diese Vorstellungen wurden dann im Rahmen einer begehbaren Ausstellung aufbereitet, die bei dem Treffen als Gesprächsanlass und Basis der gemeindeübergreifenden Verhandlung von Zielstellungen diente.

3. Skalierbarkeit und Repräsentativität

Aufgrund der begrenzten Teilnehmendenanzahl wird häufig die Repräsentativität der Ergebnisse einer Deliberation hinterfragt. Deliberative Methoden sind dabei konzeptionell von Methoden der Befragung einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe zu unterscheiden. Letztere lassen quantifizierbare Aussagen darüber zu, wie eine entsprechend ausgewählte Stichprobe Fragestellungen zu einem bestimmten Zeitpunkt beantwortet – typischerweise ohne, dass die Befragten informiert miteinander interagiert haben. Deliberative Methoden geben hingegen Aufschluss darüber, wie eine bestimmte Gruppe Fragestellungen verhandelt, bspw. welche Punkte aus gesellschaftlicher Sicht wesentlich sind und im weiteren Entscheidungsprozess beachtet werden sollten. Eine Deliberation, die verknüpft ist mit einem politischen Entscheidungsprozess, soll diesen ja nicht ersetzen, sondern vielmehr beraten. Deliberative Methoden unterstreichen den prozeduralen Charakter der öffentlichen Meinungsbildung und arbeiten proaktiv mit der Annahme, dass individuelle und gesellschaftliche Einstellungen nicht statisch sind, sondern Ergebnisse von Verhandlung und Erleben.

4. Komplexität der zu deliberierenden Inhalte

Mit Blick auf die Auswahl der zu behandelnden Themen stellt sich häufig die Frage nach der Kompetenz der Beteiligten – insbesondere hinsichtlich nichtfachlichen Wissens im jeweiligen Kontext. Dabei ist zunächst darauf zu verweisen, dass deliberative Methoden typischerweise gerade dann Anwendung finden, wenn unterschiedliche Wissensformen zusammengebracht werden sollen. Begriffe wie »Alltagsexpert:innen« für beteiligte Bürger:innen unterstreichen ein nichthierarchisches Verständnis der Wissensformen. Die Legitimierung der Teilnahme ist folglich gerade keine Funktion einer spezifischen fachlichen Eignung. Eine übertriebene Reduktion der Komplexität der Inhalte birgt vielmehr die Gefahr, Aushandlungsprozesse zu verzerren – bspw. durch eine vereinfachte Gegenüberstellung von Optionen statt der Herausarbeitung von verschiedenen Zusammenhängen (etwa bei Klimaschutzmaßnahmen, Gesundheit, Artenschutz, Energieversorgung etc.).

Dennoch stellt das Aushandeln von Lösungsoptionen für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen bzw. sich überlagernde Problemstellungen (wie bspw. im Fall der Energiewende) hohe inhaltliche Ansprüche an die Beteiligten. Klimaschutzhandeln wird in der Literatur als Lösung für sogenannte *wicked problems* diskutiert (vgl. Head 2008). *Wicked problems* können eine Vielzahl überlappender Frage- und Zielstellungen

umfassen, deren Auflösung ggf. auch in ungünstigem Verhältnis zueinander steht – insbesondere, weil Handeln und Wirkung dabei oft zeitlich und/oder räumlich auseinanderfallen: Notwendige Einschränkungen in der Gegenwart werden gegebenenfalls erst zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt positiv erlebbar, oder aber sie haben positive Folgen für Menschen an anderen Orten ohne persönlichen Bezug zu den sich Einschränkenden (vgl. ebd.).

Fazit

Angesichts der Komplexität und Dringlichkeit der Klimakrise – und weiterer Krisen – stehen wir bereits mitten in einer gesellschaftlichen Transformation. Deliberation leistet bereits jetzt einen wichtigen *methodischen* Beitrag dazu, indem sie kommunikative Räume für Verständigung in unterschiedlichen Kontexten schafft. Dabei werden deliberative Formate zunehmend auch von wissenschaftlicher Seite initiiert. Gegenwärtige Anwendungsbeispiele sind auf lokaler Ebene das Projekt »Wald Brandenburg« (vgl. Projekt Wald Brandenburg 2022) oder auf nationaler Ebene das Kopernikus-Projekt ARIADNE (vgl. Blum et al. 2021; ARIADNE o.J.). In beiden Projekten wird der deliberative Prozess durch eine Begleitforschung erfasst und evaluiert, die künftig weiteren Aufschluss auch zu methodischen Innovationen geben kann. Die normative Theorie definiert Bedingungen für gute Deliberation. Darüber hinaus zeigen unsere Beispiele, dass eine institutionelle Einbettung, eine hohe Qualität der Umsetzung und die Kombination aus Vorgaben und Ownership ein Erfolgsrezept für gelungene Prozesse sind. Der besondere Mehrwert der Deliberation besteht in einer Annäherung von heterogenen Wertvorstellungen und Normen entlang einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage.

Um den gesellschaftlichen Wandel tragfähig und in der Krise angemessen zu gestalten, bedarf es eines Mainstreamings an Beteiligung, welche Bürger:innen als verantwortungsvolle und wissensstarke Akteure einbezieht und ernst nimmt, auf allen Ebenen. Deliberative Methoden können hierbei helfen. Einerseits legen sie durch das Einfordern von begründeten Positionen Ziel- und Wertkonflikte offen und ermöglichen so Perspektivwechsel. Andererseits können sie die Legitimität von Entscheidungsfindungsprozessen erhöhen und die Verhandlung von Verantwortung erleichtern. Deliberative Methoden betonen konzeptionell den nicht-statischen Charakter der gesellschaftlichen Meinungsbildung. Fragestellungen werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich bewertet, was das Verständnis dafür schärft, dass auch Entscheidungsgrundlagen der Veränderung unterliegen. So kann ein anderes Verständnis für Fehlentscheidungen und ihre zeitnahe Korrektur in politischen Entscheidungsfindungsprozessen angesichts großer Unsicherheiten unterstützt werden.

Literatur und Quellen

ARIADNE (o.J.): Bürgerdeliberation. Online verfügbar unter: <https://ariadneprojekt.de/buergerdeliberation/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.

- Bertelsmann Stiftung (2017): Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/buergerbeteiligung-mit-zufallsauswahl>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Bertelsmann Stiftung (2022): Erschöpfte Gesellschaft. Auswirkungen von 24 Monate Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Umfrage Februar 2022. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/umfrage-februar-2022-erschoepfte-gesellschaft-all>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Beteiligungsportal Baden-Württemberg (2022): Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept. Online verfügbar unter: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/projekte-und-berichte/lp-15/beko/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Bürgerrat Demokratie (2022): So funktionierte das Losverfahren. Online verfügbar unter: <https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/losverfahren/so-funktionierte-das-losverfahren/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Blum, Mareike/Colell, Arwen/Hoffmann, Julia/Karohs, Karoline/Kowarsch, Martin/Krude, Maren/Saur, Miriam/Thiel, Holger (2021): Was ist uns wichtig bei der Verkehrs- und Stromwende? Bürgerinnen und Bürger sprechen über Herausforderungen und Ziele. Ariadne-Report. Online verfügbar unter: https://ariadneprojekt.de/media/2021/02/2021_Februar_Ariadne-Report_Fokusgruppen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Colell, Arwen (2021): Alternating Current. Social Innovation in Community Energy, Wiesbaden: Springer VS.
- Curato, Nicole/Dryzek, John S./Ercan, Selen A., Hendriks/Carolyn M./Niemeyer, Simon (2017): »Twelve Key Findings in Deliberative Democracy Research«, in: *Daedalus* 146 (3), S. 28-38. https://doi.org/10.1162/DAED_a_00444.
- Dahl, Robert A (2008): *Democracy and Its Critics*, New Haven: Yale University Press.
- Dryzek, John/Niemeyer, Simon (2019): »Deliberative democracy and climate governance«, in: *Nature Human Behaviour* 3(5), S. 411-413. <https://doi.org/10.1038/s41562-019-0591-9>.
- Dryzek, John S./Bächtiger, André/Chambers, Simone/Cohen, Joshua/Druckman, James N./Felicetti, Andrea, Fishkin, James S./Farrell, David M./Fung, Archon/Gutmann, Amy/Landemore, Hélène/Mansbridge, Jane/Marien, Sofie/Neblo, Michael A./Niemeyer, Simon/Setälä, Maija/Slothuus, Rune/Suiter, Jane/Thompson, Dennis/Warren, Mark E. (2019): »The crisis of democracy and the science of deliberation«, in: *Science* 363(6432), S. 1144-46. <https://doi.org/10.1126/science.aaw2694>.
- Frieß, Dennis (2021): Deliberation als anspruchsvolle Form von Öffentlichkeitsbeteiligung. in: Bätge, Frank/Effing, Klaus/Möltgen-Sicking, Katrin/Winter, Thorben (Hg.): *Politische Partizipation, Kommunale Politik und Verwaltung*, . Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 113-29.
- Fischer, Frank (2009): *Democracy And Expertise: Reorienting Policy Inquiry*. Oxford: Oxford University Press.
- Freudl, Rebecca-Lea/Haus, Juliane/Straßheim, Holger (2021): Verbraucherpolitik im Nexus, in: Bala, Christian/Schuldzinski, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch Konsum & Verbraucherwissenschaften*, Düsseldorf: Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.

- Goodin, Robert E./Dryzek, John S. (2016): »Deliberative Impacts. The Macro-Political Uptake of Mini-Publics«, in: *Politics & Society* 34, S. 219-244.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Hansestadt Rostock (2019a): Protokoll zum Zukunfts-Workshop. 29.01.2019. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/rostockMediathekMaterialien%2F29.01.2019_Protokoll_des_Ergebnisforums.pdf?alt=media&token=f340b3ec-9fa5-4c14-bd3e-odf4d94a4245. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hansestadt Rostock (2019b): Protokoll Forum Innenentwicklung NordWest. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/2020.02%2F20191121_Protokoll_Forum%20Innenentwicklung_NordWest.pdf?alt=media&token=538510d2-718f-431a-ado6-2d1010705349. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hansestadt Rostock (2019c): Protokoll Forum Innenentwicklung Mitte. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/2020.02%2F20191126_Protokoll_Forum%20Innenentwicklung_Mitte.pdf?alt=media&token=d4de104c-35c4-4b16-9dc3-5879e58c43a9. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hansestadt Rostock (2019d): Protokoll Forum Innenentwicklung NordOst. Online verfügbar unter: https://firebasestorage.googleapis.com/v0/b/dialogue-rostock-dev.appspot.com/o/2020.02%2F20191127_Protokoll_Forum%20Innenentwicklung_NordOst.pdf?alt=media&token=3d16c1e8-10a5-4665-8baf-515b2ad60292. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Head, Brian (2008): *Wicked Problems in Public Policy*, in: *Public Policy* 3 (2), S. 101-118.
- Hermansen, Sören (2007): *Samsø, a Renewable Energy Island: 10 Years of Development and Evaluation. 10 year report. Samsø: Vedvarende Energi-Ö: 10 ars Udvikling og Evluering (10 ars rapport)*. Online verfügbar unter: <http://arkiv.energiinstitutet.dk/101/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hilpert, Jörg-Marco/Scheel, Oliver (2020): »Climate change policies designed by stakeholder and public participation«, in: Renn, Ortwin/Ulmer, Frank/Deckert, Anne (Hg.): *The Role of Public Participation in Energy Transition*, London u.a.: Academic Press, S. 139-160. <https://doi.org/10.1016/C2018-0-02096-4>.
- Humboldt-Viadrina Governance Platform (2019): *Trialog-Reihe in Kooperation mit dem Akademienprojekt »Energiesysteme der Zukunft« (ESYS) (2015 – 2019)*. Online verfügbar unter: <https://www.governance-platform.org/trialoge/energiewende/esys-i/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Jahn, Thomas (2008): »Transdisziplinarität in der Forschungspraxis«, in: Bergmann, Matthias/Schramm, Engelbert (Hg.): *Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 21-37.

- Jasanoff, Sheila (2016): *A Century of Reason: Experts and Citizens in the Administrative State*. In *The Progressives Century*. Yale University Press. <https://doi.org/10.12987/yale/9780300204841.003.0018>.
- Kenter, Jasper O./Reed, Mark S./Fazey, Ioan (2016): »The Deliberative Value Formation Model«, in: *Ecosystem Services* 21, S. 194-207. doi: 10.1016/j.ecoser.2016.09.015.
- Kowarsch, Martin/Garard, Jennifer/Rioussset, Pauline/Lenzi, Dominic/Dorsch, Marcel J./Knopf, Brigitte/Harris, Jan-Albrecht/Edenhofer, Ottmar (2016): *Scientific assessments to facilitate deliberative policy learning*. Palgrave Communications 2(1), S. 1-20. <https://doi.org/10.1057/palcomms.2016.9>.
- Landwehr, Claudia (2012): »Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation«, in: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 1: Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 355-385. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94161-5_12
- Lundén, Malene Anniki (2003): *Vingesus Whisper of Wings*, Aarhus: OVE.
- MUKE BW, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2012): *Wir gehen neue Wege! Gehen Sie mit!* Online verfügbar unter (: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Altdateien/202/Anlage_IEKK_und_BEKO.pdf. Zuletzt aufgerufen am 29.07.2022.
- MUKE BW, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2018): *Vorbildliche Bürgerbeteiligung*. Online verfügbar unter: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/vorbildliche-buergerbeteiligung/>. Zuletzt aufgerufen am 29.07.2022.
- Papazu, Irina (2018): »Storifying Samsö's Renewable Energy Transition«, in: *Science as Culture* 27(2), S. 198-220.
- Projekt Wald Brandenburg (2022): *Beratungs- und Beteiligungsprozess zum Biesenthaler Stadtwald 2021-22*. Einführende Übersicht für die SVV. Online verfügbar unter: <https://www.civilog.de/waldbrandenburg/projekt>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Plan Energi/Samsö Energiakademi (2007): *Samsö – a Renewable Energy Island. 10 Years of Development and Evaluation*. Online verfügbar unter: <https://sallan.org/pdf-docs/Samso.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 31.08.2022.
- Rostock-Heute (2018): *Stadtdialog Zukunftsplan – Rostock probt die Bürgerbeteiligung*, 06.04.2018. Online verfügbar unter: <https://www.rostock-heute.de/zukunftsplan-flaechennutzungsplan-stadtdialog-workshop/99067>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Samsö Posten (1998): *Min opgave er at åbne dørene*. (Meine Aufgabe ist es Türen zu öffnen.) Samsö Posten 237, 3.10.1998. Online verfügbar unter: <http://arkiv.energieinstituttet.dk/187/>. Zuletzt aufgerufen am 21.3.2016.
- Schwan, Gesine/Treichel, Katja/Höh, Anne (2019): »2050 CO₂-neutral: Das Energiesystem wird umgekrempelt. Was bedeutet das für unseren zukünftigen Alltag?« Bericht ETR/01-2019 zum Trialog vom 22. Februar 2019. Online verfügbar unter: https://www.governance-platform.org/wp-content/uploads/2019/07/HVGP_ESYS_Bericht_Trialog_2050_CO2-neutral.pdf. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Schwan, Gesine (2015): *Trialoge als Beitrag zu Good Governance*, Essay zum einjährigen Bestehen der Humboldt-Viadrina Governance Platform. Online verfügbar un-

ter: https://www.governance-platform.org/wp-content/uploads/2017/02/HVGP_Trials_Essay.pdf. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.

Thompson, Dennis/Gutmann, Amy (2004): *Why Deliberative Democracy?* Princeton, NJ: Princeton University Press.

Zukunftsplan Rostock (o.J.): Projektwebsite. Online verfügbar unter: <https://zukunftsplan-rostock.de/übersicht>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.

Von Dialog und Widerstand

Empirische Befunde zu Konflikt und Beteiligung beim Ausbau der Windenergie

Sabrina Glanz, Anna-Lena Schönauer, Ramona Drossner und Leonie Nowack

Einleitung

Die Windenergie ist bei der Stromerzeugung der wichtigste erneuerbare Energieträger in Deutschland (vgl. UBA 2022). Auch in den kommenden Jahren sollen die Erzeugungskapazitäten der Windenergie stark ausgebaut werden (vgl. UBA 2021), sodass manch ein Szenario die Verdopplung der aktuell installierten Leistung aus Windenergie an Land bis 2030 vorsieht (vgl. ebd.). In Anbetracht des aktuellen Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen öffentlichen Diskussion eines Öl- und Gasembargos Russlands ist die Notwendigkeit eines raschen Ausbaus der Windenergie erneut in den Fokus gerückt. Dieser Ausbau erscheint umso dringlicher, betrachtet man den geplanten Rückbau aktuell noch in Betrieb befindlicher alter Anlagen und den ins Stocken geratenen Ausbau von neuen Anlagen in den vergangenen Jahren (vgl. FA Wind 2021a).

Ein Hauptgrund für den rückläufigen Ausbau der Windenergie ist die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz der Bauvorhaben vor Ort. Wenngleich die grundsätzlichen Ziele der Energiewende auf einen großen gesellschaftlichen Zuspruch stoßen (vgl. Wolf 2020), zeigen sich lokal und regional zahlreiche Konflikte und Proteste durch die örtliche Bevölkerung (vgl. u.a. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017b; Marg/Zilles/Schwarz 2017; Reusswig et al. 2016; Schöpfer 2020). Ein »innerökologischer Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und der Befürwortung der Energiewende auf der einen sowie Naturschutz und der Ablehnung von jeglichen Eingriffen in die Natur auf der anderen Seite« (Marg/Zilles/Schwarz 2017: 65) lässt sich insbesondere beim Ausbau der Windenergie an Land beobachten: Während der Zuspruch für Windenergie an Land in den Umfragen der letzten Jahre auf einem sehr hohen Niveau verweilt (vgl. u.a. FA Wind 2021c; IfD 2016; Radtke/Saßmannshausen/Bohn 2021), zeigen sich lokal zahlreiche Proteste und Widerstände. Sie führen zu Verzögerungen und teilweise auch zur Verhinderung von Projekten, die für die Erreichung der Ziele der Energiewende notwendig sind. Damit weicht der generelle gesellschaftliche Zuspruch zur Energiewende und zum Aus-

bau der Windenergie mancherorts einem Konfliktfeld, in dem um die konkrete Umsetzung der energiepolitischen Ziele gerungen wird.

Zugleich kommt es beim Ausbau von Windenergie an Land nicht grundsätzlich zu lokalen Konflikten. Die Vielzahl an installierten Anlagen zeigt vielmehr, dass Konflikte entweder erst gar nicht entstehen oder aber Lösungen gefunden wurden, welche die Umsetzung der Bauvorhaben ermöglicht haben. Ein Instrument zur Moderation lokaler Konflikte sind dialogorientierte Beteiligungsverfahren. In deren Rahmen können Bürger:innen vor Ort frühzeitig in den Planungsprozess des Bauvorhabens eingebunden, direkt und transparent über die geplanten Maßnahmen informiert sowie in Entscheidungen einbezogen werden. Insofern wird die dialogorientierte Bürger:innenbeteiligung als ein wesentliches Mittel diskutiert, um die gesellschaftliche Akzeptanz und Sozialverträglichkeit der Energiewende zu erhöhen (vgl. Agora Energiewende 2018; Renn/Sager/Schweizer-Ries 2014). Dahinter steht die Annahme, dass durch dialogorientierte Beteiligung eine soziale Arena geschaffen wird, in der eine konstruktive Konfliktverhandlung möglich ist (vgl. hierzu kritisch Krüger 2020).

Die Beobachtung, dass viele Windenergieprojekte weitestgehend ohne lokale Widerstände verlaufen, andere jedoch in langanhaltende Konflikte münden, wirft die Frage auf, welche Faktoren diese unterschiedlichen Verläufe bedingen. Um dieser Frage nachzugehen, ist die Analyse der Proteste und Widerstände ebenso notwendig wie die Erforschung der Instrumente und Maßnahmen, die zur Erzielung einer möglichst breiten Akzeptanz für den Ausbau regenerativer Energien eingesetzt werden. Die folgende Untersuchung erfolgt auf Basis der Datenbank, die im Rahmen des von der Stiftung Mercator geförderten Projekts »EnDiBet – Datenbank zur Vermessung energiewendebezogener dialogorientierter Beteiligungsverfahren« (im Folgenden *EnDiBet*) erarbeitet worden ist. Auf Basis qualitativer Desktop-Recherchen und mittels Big Data-Verfahren sind umfangreiche Informationen zu Windenergieprojekten in elf niedersächsischen Landkreisen erhoben worden. Die Datenbank enthält Angaben zu den Windparks, den Konflikten und Beteiligungsverfahren sowie zu sozialräumlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Gemeinden. Dies ermöglicht eine systematische und vergleichende Analyse erstens von Gelingens- und Hemmnisfaktoren beim Ausbau von Windenergie sowie zweitens der Rolle dialogorientierter Beteiligungsverfahren im Planungsprozess. Im Folgenden werden zunächst das Konfliktfeld Windenergie (Kapitel 2) und die Potenziale sowie Grenzen politischer Beteiligungsprozesse zur Konfliktlösung (Kapitel 3) skizziert. Anschließend erfolgt die Darlegung des Forschungsdesigns (Kapitel 4) und die Darstellung der empirischen Befunde (Kapitel 5). Der Beitrag schließt mit der Diskussion der Ergebnisse und einem Fazit (Kapitel 6) ab.

Konfliktfeld Windenergie

Soziale Konflikte lassen sich als »wahrgenommene Unvereinbarkeiten« (Bonacker 2018: 235) zwischen Akteur:innen definieren, die auf unterschiedliche Interessen, Einstellungen, Identitäten oder Bedürfnisse zurückzuführen sind (vgl. ebd.: 235). Dabei wird sozialen Konflikten teilweise auch eine integrative Kraft zugesprochen, weil sich durch sie soziale Beziehungen zwischen den Konfliktparteien herausbilden können (vgl. ebd.:

235; Simmel 2018: 284ff.). Gerade in Demokratien und pluralistischen Gesellschaften wird Konflikten häufig eine zentrale Rolle zugeschrieben. Nach Rosanvallon (2017) ist die »Geschichte der realen Demokratien [...] von permanenten Spannungen und Konflikten nicht zu trennen« (ebd.: 10). Durch offen ausgetragene Konflikte wird die Gefahr verringert, die Stimme von Minderheiten zu überhören. Auch nach Mouffe (2007) sind die öffentliche Artikulation von Wertvorstellungen und Kontroversen darüber zentrale Bestandteile von Demokratien (vgl. Bonacker 2018: 237; Mouffe 2007: 43).

Konflikte um die Windenergie zeichnen sich durch eine zumeist starke räumliche Begrenzung aus. Becker und Naumann (2018) bezeichnen diese daher als lokale Energiekonflikte, bei denen sich Akteur:innen vor Ort antagonistisch gegenüberstehen. Die Akteurskonstellationen können dabei sehr vielfältig sein. Involviert sind häufig die Anwohner:innen, Immobilieneigentümer:innen, die Investor:innen und/oder Betreiber:innen der (geplanten) Windenergieanlagen sowie die lokalen oder regionalen politischen Akteur:innen (vgl. ebd.: 512f.). Darüber hinaus finden sich in manchen Fällen organisierte Bürger:inneninteressen – etwa in Form von Bürger:inneninitiativen (vgl. Buchholz/Huge 2014; Eichenauer et al. 2018; Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017b). Diese verstehen sich häufig als Repräsentant:innen der betroffenen Bürger:innen und treten entsprechend dominant auf. Dabei basiert die vermeintlich repräsentative Funktion von Bürger:inneninitiativen jedoch nicht auf demokratischen Wahlen (sondern lediglich auf Selbstzuschreibungen), was hinsichtlich der demokratischen Legitimität als problematisch zu bewerten ist: »Niemand kann in Anspruch nehmen, den Willen des Volkes zu verkörpern oder verbindlich in seinem Namen zu sprechen. Parallel dazu kann niemand in Anspruch nehmen, alleiniger und gültiger Ausdruck seiner Kritik zu sein« (Rosanvallon 2017: 271f.). Während dieser Anspruch von Bürger:inneninitiativen häufig erhoben wird (vgl. Butzlaff 2015: 83; Kopp/Messinger-Zimmer/Rugenstein 2017), wird in der Literatur bei lokalen Konflikten von einer die strittigen Projekte eher befürwortenden schweigenden Mehrheit ausgegangen (vgl. Hildebrand/Rau/Schweizer-Ries 2018: 200). Unabhängig von diesen Aspekten zeigt sich in der Praxis, dass es kleinen Gruppierungen bis hin zu Einzelpersonen gelingt, trotz der angenommenen Befürwortung durch die schweigende Mehrheit Verzögerungen oder sogar Verhinderungen herbeizuführen (vgl. z.B. Weber/Jenal 2018). Ausgetragen werden die Konflikte u.a. in kommunalen Gremien, im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen, in Online- und Offline-Medien sowie in sozialen Netzwerken (vgl. Becker/Naumann 2018: 514).

Die Gegenstände der Konflikte können dabei ebenso vielfältig sein wie die Konfliktarenen. Anhand ihres Inhalts unterscheiden Becker und Naumann (2018) verschiedene Konflikttypen: Verteilungskonflikte, Verfahrenskonflikte, Standort- und Landnutzungskonflikte, Identitätskonflikte und Energieträgerkonflikte, die meistens gemeinsam und verschränkt auftreten (vgl. ebd.: 512f.). Relativ einfach lösbar sind Konflikte dann, wenn es um die Verteilung von Nutzen und Kosten geht. Schwieriger gestalten sich Konfliktlösungen, wenn die Sinnhaftigkeit eines Projekts von Betroffenen grundsätzlich in Frage gestellt wird. Quantitative Studien zeigen, dass als häufige Gründe für den Widerstand gegen Windparkprojekte die Sorge vor gesundheitlichen Einschränkungen, (befürchtete) Eingriffe in den Natur- und Landschaftsschutz, mögliche Immobilienwertverluste sowie Zweifel bezüglich der Relevanz des strittigen Vorhabens für den Klimaschutz genannt werden (vgl. Eichenauer et al. 2018: 636f.). Im Ergebnis einer

Analyse der medialen Berichterstattung sowie von Internetauftritten von Bürger:innen-initiativen im Kontext von Windparkplanungen in Naturparks emergierten die Themen »Landschaft«, »Heimat«, Natur- und Artenschutz, Immobilienwerte, Tourismus und Gesundheit« (Weber/Jenal 2018: 245) als zentrale Kritikpunkte. Vor allem die als besonders schützenswerte Gebiete wahrgenommenen Naturparks gaben in diesen Fallstudien Anlass zu einem innerökologischen Zielkonflikt. Insbesondere bei Bürger:inneninitiativen stellte sich ein »Naturpark-bewahrender Diskurs« als besonders dominierend heraus, in dem Windenergieanlagen eine Gefahr für die Natur darstellten (vgl. ebd.: 2018: 245).

Messinger-Zimmer und Zilles (2016) zeigen im Rahmen einer qualitativen Fallanalyse zudem, dass es bei Windenergiekonflikten häufig um mehr als eine rein inhaltliche Auseinandersetzung mit den Projekten geht. Vielmehr beruhen diese oft auf Verfahrenskonflikten, die auf ein Misstrauen der Betroffenen gegenüber den in Planung, Umsetzung und Betrieb involvierten Akteur:innen zurückzuführen sind. Dieses Misstrauen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass sich die Interessen und Sorgen der Betroffenen nicht oder in zu geringem Maße in der Definition dessen, was als Gemeinwohl angenommen wird, wiederfinden. Damit wird auch unterstrichen, dass die »Reduzierung des Konflikts auf eine Auseinandersetzung zwischen einer sachlich richtigen, demokratisch legitimierten Seite und einer partikulare Spezialinteressen verfolgenden Seite« (ebd.: 49) in der Analyse des Konflikts nicht genügt (vgl. ebd.). Mangelndes Vertrauen in die involvierten Akteur:innen (vgl. Hübner et al. 2019) sowie »ein Gefühl der Machtlosigkeit und des ›Nicht-vertreten-werdens«« (Eichenauer et al. 2018: 646) sind dabei immer wiederkehrende Aspekte lokaler Konflikte im Windenergieausbau. Die Bürger:innen wünschen sich bei der Planung und dem Bau von Windenergieanlagen in ihrer Nachbarschaft daher meist, zuvorderst über die Projekte informiert zu werden (vgl. FA Wind 2021c: 9; Radtke/Saßmannshausen/Bohn 2021: 24f.). Darüber hinaus können finanzielle Beteiligungen der Bürger:innen oder Kommunen und der stärkere Einbezug bzw. ein größeres Mitentscheidungsrecht bei den Planungen eine höhere Akzeptanz der Projekte vor Ort ermöglichen (vgl. ebd.). Zugleich zeigt sich in der praktischen Umsetzung, dass diese Aspekte häufig nicht oder nur unzureichend Umsetzung finden, sodass sich hier eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen einerseits und der wahrgenommenen Realität andererseits abzeichnet (vgl. FA Wind 2021c: 11).

Potenziale und Grenzen politischer Beteiligungsprozesse zur Konfliktlösung

(Politische) Partizipation als Bestandteil von Demokratien stellt ein Instrument der Konfliktregelung und Konfliktaustragung dar. Die Intensität der Beteiligung unterscheidet sich jedoch nach Demokratietypp und reicht von reinen Wahlen zur Bestimmung einer Führungselite bis hin zu umfänglicher und qualitativ hochwertiger Beteiligung im Zuge des Regierens und der Konfliktregelung (vgl. Schmidt 2019: 231; van Deth 2009: 143). Politische Partizipation¹ nach instrumentellem Verständnis wird als der Ver-

1 In Anlehnung an Vetter/Remer-Bollow (2017) werden die Begrifflichkeiten Partizipation und Beteiligung in diesem Beitrag synonym verwendet (vgl. ebd.: 2).

such definiert, Einfluss auf politische Entscheidungsfindung(en) zu nehmen. Die Definition umfasst dabei die Beteiligung von Bürger:innen, die in irgendeiner Weise politisch aktiv werden und dies freiwillig tun (vgl. ebd.). Argumente für eine umfassende Beteiligung sind etwa die angenommene Steigerung der Akzeptanz und Legitimität von Entscheidungen, die Stärkung von Problemlösungskompetenz, die Kontrolle der Regierenden sowie ggf. eine erhöhte Responsivität, bessere Ergebnisse von Entscheidungsprozessen durch die Berücksichtigung des Wissens der Bürger:innen oder eine erhöhte Selbstwirksamkeit und erhöhtes Verantwortungsgefühl der Bürger:innen als Teil einer demokratischen Gemeinschaft (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017: 35). Andererseits bedeutet ein hohes Maß an Beteiligung nicht zwangsläufig eine hohe demokratische Qualität, da letztere entscheidend von der Umsetzung ersterer abhängt. Außerdem gilt es, das Verhältnis von Beteiligung zu anderen Merkmalen, etwa dem Wettbewerb, dem Minderheitenschutz, der Performanz oder der Transparenz, näher zu beleuchten (vgl. ebd.: 37). Einen weiteren Kritikpunkt stellt die (systematische) Nicht-Beteiligung dar. Wer sich beteiligt und aktiv einbringt und wer nicht, ist nicht zufällig, sondern verläuft entlang soziostruktureller Merkmale (vgl. Beckmann/Schönauer 2021; Schmidt 2019: 237), was Implikationen für die (Nicht-)Repräsentation bestimmter sozialer Gruppen und ihrer Interessen sowie die Risiken der Konsolidierung und Verschärfung bestehender Ungleichheiten birgt. Auch zum ›richtigen Maß‹ an Beteiligung gibt es keine eindeutigen Antworten (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017: 34ff.).

Für die Umsetzung der Energiewende wird Beteiligung aber als notwendige Voraussetzung angenommen (vgl. Renn/Köck/Schweizer 2017: 553) – auch, um mit Konflikten bei der Planung und beim Bau neuer Infrastrukturen im Rahmen der Energiewende umzugehen, sie zu lösen oder solchen Auseinandersetzungen sogar vorzubeugen. Dabei stellt insbesondere die Bürger:innenbeteiligung – unterschieden wird zwischen formalrechtlicher und informeller Beteiligung (vgl. Hüge/Roßnagel 2018: 620) – einen zentralen Bestandteil dar. Die formalrechtliche Beteiligung umfasst das gesetzliche Mindestmaß an Beteiligung. Im Falle des Ausbaus von Windenergie bedeutet dies, dass im Rahmen der Raumordnung und der Bauleitplanung Pläne und zentrale Dokumente öffentlich ausgelegt werden und die Bürger:innen die Möglichkeit haben, Stellungnahmen einzureichen (vgl. ebd.: 614). Die Ergänzung der formalrechtlichen Bürger:innenbeteiligung durch informelle Beteiligungsverfahren – d.h. jegliche Beteiligung, die über das gesetzliche Mindestmaß hinausgeht – verfolgt zumeist das Ziel, durch eine frühere und intensivere Einbindung der Bürger:innen Konflikte und Auseinandersetzungen frühzeitig zu klären sowie Kompromisse zu erarbeiten. Nanz und Fritsche (2012) definieren *informelle*, dialogorientierte Beteiligungsverfahren als *deliberative Verfahren*, in denen »Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure und Entscheidungsträgerinnen und -träger frühzeitig im politischen Prozess zusammengebracht« (ebd.: 11) werden. Weniger auf den deliberativen Charakter, sondern mehr auf die Einrichtung einer Möglichkeit des Austausches fokussiert, definiert Remer (2020) dialogorientierte Bürger:innenbeteiligung als »öffentliche[n] Austausch von Informationen und Argumenten zu politischen Sachfragen oder Vorhaben von und mit Bürgern in dezidiert eingerichteten Verfahren, Prozessen oder Ereignissen.« (Ebd.: 73). Intensität und Einflussbereich dieser Verfahren können sich dabei stark unterscheiden und erstrecken sich von der Bereitstellung von Informationen über Konsultation und Kooperation bis

hin zur eigenverantwortlichen Umsetzung von Projekten durch Bürger:innen (vgl. Hildebrand/Rau/Schweizer-Ries 2018: 201f.; Remer 2020: 71). Eine weitere Form der Beteiligung ist die finanzielle Beteiligung von Bürger:innen. Durch Investitionen etwa in Windenergieanlagen können Bürger:innen finanziell von der erneuerbaren Energieerzeugung profitieren (vgl. Hildebrand/Rau/Schweizer-Ries 2018: 202; Radtke/Drewing 2020b: 130f.).

Beteiligungsverfahren führen jedoch nicht in allen Fällen zu positiv wahrgenommenen Ergebnissen im Sinne einer erhöhten Legitimation von Verfahren und größerer Akzeptanz dieser. Wenn etwa aus Sicht der Beteiligten durch das Verfahren keine zufriedenstellende Lösung für die Umsetzung des zu planenden Projekts gefunden wird, kann Beteiligung auch zur Abnahme von Akzeptanz führen. Neben dem Aspekt, dass Beteiligung nicht immer zu konsensual getroffenen Entscheidungen führt (vgl. Vetter/Remer-Bollow 2017: 122), sind die Anforderungen an eine *gelungene* Beteiligung sehr hoch – und dementsprechend auch das Risiko, diese nicht ausreichend zu erfüllen (vgl. Radtke/Drewing 2020b: 129f.). Dies führt nicht selten zu Kritik an der Umsetzung der Beteiligungsverfahren selbst. Auch liegen teilweise divergierende Vorstellungen von *guter* Beteiligung vor. Fallstudien zu dialogorientierten Beteiligungsverfahren belegen bspw. die Bedeutung einer klaren Abgrenzung des jeweiligen Beteiligungsgegenstandes. Nur wenn es von Beginn an gelingt, den Rahmen und die Grenzen des Beteiligungsprozesses aufzuzeigen, kann Frustration bei den beteiligten Akteur:innen durch falsche Erwartungen vermieden werden (vgl. Kopp/Messinger-Zimmer/Rugenstein 2017: 59ff.). Zudem ist die Bedeutung einer transparenten und ehrlichen Kommunikation zentral. Bestehen Zweifel an der Glaubwürdigkeit und den Absichten der Initiator:innen des Beteiligungsprozesses, kann dies zum Scheitern des Verfahrens führen (vgl. Kronenberg/Weckenbrock 2014). Positiv scheint sich hingegen die Einbindung unabhängiger Akteur:innen wie bspw. Wissenschaftler:innen in die Organisation des Beteiligungsprozesses auszuwirken (vgl. Molinengo/Danelzik 2016). Insgesamt verdeutlichen die Studien die unterschiedlichen Verläufe und Wirkmechanismen von Beteiligungsverfahren sowie deren sehr fallspezifischen Charakter. Auch aus diesem Grund werden Partizipationsverfahren bislang überwiegend in Form von qualitativen und explorativen Studien analysiert (vgl. z.B. Kopp/Messinger-Zimmer/Rugenstein 2017; Kronenberg/Weckenbrock 2014; Marg et al. 2013; Molinengo/Danelzik 2016). Eine systematische Vermessung dialogorientierter Beteiligung findet sich bei Remer (2020). Eine Forschungslücke besteht derzeit in quantitativen Untersuchungen von Beteiligungsverfahren, die eine systematische und vergleichende Analyse von Hemmnis- und Gelingensfaktoren ermöglichen – insbesondere bei dialogorientierten Beteiligungsverfahren.

Forschungsdesign

Der vorliegende Beitrag hat das Ziel, Konflikt und Beteiligung im Kontext des Ausbaus von Windenergie aus einer quantitativen Perspektive zu analysieren, um Muster in den Verläufen auszumachen. Die systematische und vergleichende Untersuchung von Gelingens- und Hemmnisfaktoren beim Ausbau der Windenergie an Land basiert auf einer Datenbank, die im Projekt *EnDiBet* entwickelt wird. Darin werden Windener-

gieprojekte und deren Beteiligungspraxis mittels qualitativer Desktop-Recherchen, Big Data-Analysen und telefonischen Nacherhebungen bei Kommunen erfasst.

Die Datenbank setzt sich aus verschiedenen Tabellen zusammen, die miteinander verknüpft sind. Basierend auf Daten des Marktstammdatenregisters der Bundesnetzagentur werden diejenigen Windparks identifiziert und in die Datenbank übernommen, die seit 2010 neu in Betrieb genommen, erweitert oder erneuert wurden. Die Neuerrichtung, Erweiterung oder das Repowering² eines oder einzelner Teile eines Windparks werden im weiteren Verlauf des Beitrags in Anschluss an Remer (2020) als kleinste Erhebungseinheit als (Windpark-)Ereignis bezeichnet (vgl. ebd.: 4). Zu diesen Windparkprojekten werden Informationen gesammelt, wobei im Mittelpunkt der Recherche dialogorientierte Beteiligungsmöglichkeiten stehen. Dialogorientierte Beteiligung wird in Anschluss an Remer (2020) als öffentlicher Austausch von Informationen und Argumenten zur Umsetzung eines Windpark-Ereignisses von und mit Bürger:innen im Rahmen darauf ausgerichteter Verfahren, Prozesse oder Ereignisse definiert. Der Austausch kann dabei auch einseitig sein (vgl. ebd.: 73). In diesem Beitrag werden lediglich *informelle*, das heißt über die formalrechtliche Beteiligung hinausgehende Beteiligungsverfahren untersucht, die die genannte Definition erfüllen. Einen weiteren zentralen Aspekt stellt das Aufkommen von Konflikten dar. Ein Konflikt wird von den Autorinnen dann angenommen, wenn sich Akteur:innen öffentlich gegen den in der Planung oder bereits im Bau befindlichen Windpark oder Teile davon aussprechen. Dies kann etwa bei öffentlichen Veranstaltungen, in Leser:innenbriefen oder auf Social-Media-Kanälen stattfinden. Der Konflikt kann sich aber auch durch aktiven Widerstand äußern – etwa durch Proteste oder rechtliche Schritte. Wenngleich Bürger:inneninitiativen zweifellos unterschiedliche Grade an Volatilität und Organisation aufweisen (vgl. Weber 2019: 431), werden sie von den Autorinnen im Kontext lokaler Konflikte um Windenergie als eine institutionalisierte Form des Konflikts definiert.

Als Quellen werden insbesondere Lokalzeitungen sowie Webseiten der Landkreise, Kommunen, Verwaltungsgerichte, Projektierer:innen und Betreiber:innen sowie Social-Media-Auftritte relevanter Stakeholder herangezogen. Ergänzt werden diese Windpark-bezogenen Daten durch Informationen zur sozialstrukturellen und wirtschaftlichen Lage der jeweiligen Kommune, die aus der Datenbank »Wegweiser Kommune« der Bertelsmann-Stiftung stammen. Aus den Quellen der *EnDiBet*-Datenbank ergeben sich unweigerlich Herausforderungen und Grenzen der Datensammlung, die vor allem darin liegen, dass die für die Datenbank relevanten Informationen öffentlich verfügbar sein müssen. Da zu vielen Windparks über deren Existenz hinaus kaum Informationen zu finden sind, enthielt die Datenbank zunächst einen hohen Anteil an *Missing Values* (also fehlenden Werten oder Leerstellen), welche mit Hilfe einer telefonischen Nacherfassung durch Gespräche mit kommunalen Vertreter:innen teilweise gefüllt werden konnten.

2 Im Zuge eines *Repowerings* »wird häufig ein größerer Windpark mit vielen älteren Anlagen durch einen neuen Windpark mit oft deutlich weniger Anlagen ersetzt. Die neuen Anlagen sind dann in aller Regel viel leistungsfähiger und effizienter. Oft kann auf der gleichen Fläche mit weniger Anlagen mehr Strom eingespeist werden« (BMW 2016: o.S.).

Geografisch beschränkt sich die Erhebung auf das Bundesland Niedersachsen, das als Vorreiter beim Windenergieausbau gilt – 6.060 Windenergieanlagen an Land standen dort im Jahr 2020. Insgesamt sind 21 Prozent aller Windräder in Deutschland in Niedersachsen anzutreffen. Dennoch stagnierte auch in Niedersachsen die Entwicklung in den letzten Jahren (vgl. FA Wind 2021b; MW NDS 2021). Zeitlich beschränkt sich die Recherche auf Windpark-Ereignisse zwischen dem 01.01.2010 und 31.05.2022. Aktuell³ sind in der Datenbank 251 Windpark-Ereignisse (Neubau (143), Repowering (46) oder Erweiterung (48)) enthalten, die sich auf 224 Windparks verteilen. Davon sind mit 217 Fällen die meisten Ereignisse umgesetzt, 15 Fälle sind gescheitert und 18 Fälle noch laufend. Die Windparks befinden sich auf dem Gebiet von 81 Kommunen in elf niedersächsischen Landkreisen.

Beteiligung und Konflikt – eine quantitative Erfassung

Im Zuge der quantitativen Analyse werden Windenergieprojekte, darin stattfindende Ereignisse sowie die damit zusammenhängenden Beteiligungsmöglichkeiten und Konflikte näher beleuchtet. Die große Varianz an Projektverläufen lässt zunächst jedes Windparkprojekt als Einzelfall erscheinen. Durch Abstrahierung und Standardisierung gelingt es jedoch, Muster herauszufiltern. Mittels deskriptiver Analysen der Konflikte im Kontext der Windparkprojekte wird ein Überblick über die Fälle geschaffen sowie der Einfluss von Konflikten auf Projektverläufe untersucht. Im Anschluss wird der Frage nachgegangen, welchen Beitrag (dialogorientierte) Beteiligungsmöglichkeiten in der Umsetzung von Windenergieprojekten leisten können und wie sich das Zusammenspiel von Konflikt und Beteiligung gestaltet.

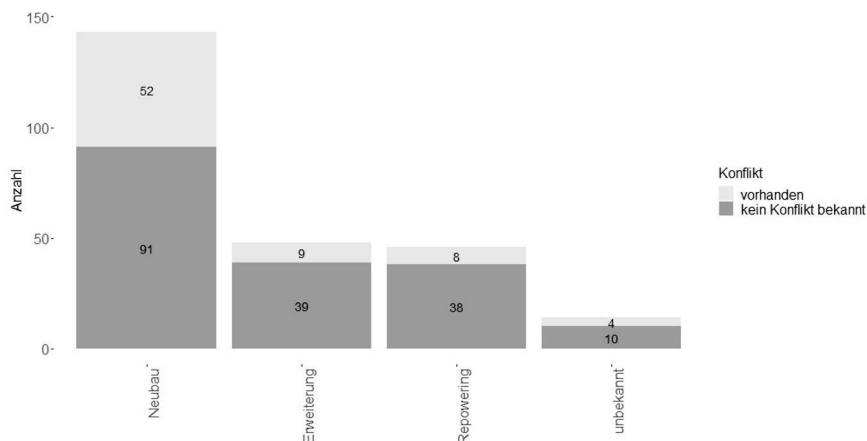
Konflikte beim Ausbau der Windenergie

Wie in Kapitel 2 beschrieben, geht die Planung von Windparks häufig mit Konflikten einher. In den bislang in der Datenbank erfassten Fällen wurden bei 73 der 251 Windpark-Ereignisse ein oder mehrere Konflikte identifiziert; das entspricht etwa einem Drittel der Ereignisse. Bei Neuerrichtungen eines Windparks ist sogar in 36 % der Fälle ein Konflikt bekannt, bei Erweiterungen in 19 % und bei einem Repowering in 17 % der Fälle (siehe Abbildung 1). Gewöhnungseffekte könnten zu einer geringeren Anzahl an Konflikten bei Erweiterungen und Repowering-Ereignissen führen. Dass die konfliktbehafteten Ereignisse bei Erweiterungen und Repowerings ebenfalls bei knapp 20 % liegen, unterstreicht jedoch, dass auch Veränderungen bestehender Windparks auf Widerstand stoßen. Auch zwischen der Anzahl realisierter Windenergieanlagen und dem Auftreten von Konflikten ist ein Zusammenhang erkennbar. Bei ein bis drei realisierten Windenergieanlagen liegt der Anteil an Konfliktfällen bei 15 %, bei vier bis sechs Anlagen bei 40 %, bei sieben bis neun Anlagen bei knapp 29 % und bei zehn und mehr

3 Die Auswertungen in diesem Beitrag beziehen sich auf den Stand der Datenbank im August 2022. Bis zum Projektende (Dezember 2022) werden weiterhin Information gesammelt und in die Datenbank aufgenommen.

Anlagen bei knapp 50 %. Dies verweist auf eine höhere Wahrscheinlichkeit für ein Konfliktereignis, je höher die Anzahl der zu realisierenden Anlagen ist.

Abbildung 1: Anzahl Konflikte nach Typ des Windpark-Ereignisses; n=251 Ereignisse



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Argumente, die gegen die Errichtung, Erweiterung oder das Repowering eines Windparks angebracht werden, beziehen sich zum einen auf die Auswirkungen des Windparks auf Natur, Umwelt und Landschaft, zum anderen auf (befürchtete) negative Konsequenzen für die eigene Gesundheit und Lebensqualität.⁴ Insbesondere der von den Windenergieanlagen ausgehende Lärm sowie Infraschall werden als gesundheitliche Risiken erwähnt, außerdem werden Schattenwurf und Blinklichter sowie die Optik der Windkraftanlagen als störend empfunden. Ökonomische Gegenargumente sind Wertverluste von Immobilien und ungerechte Kosten-Nutzen-Verteilungen. Die Windenergieanlagen werden als zu nah an Wohnhäusern und/oder als Gefährdung für die Natur und vor allem den Vogelschutz empfunden, womit die Forderung einhergeht, größere Abstände einzuhalten oder andere Standorte zu nutzen. Auch die Höhe der Windenergieanlagen wird kritisiert. Die Rede ist dabei häufig von *Gefahr und Gefährdung*, *Sorge und Angst* sowie von *Beeinträchtigung*, *Einschränkung*, *Bedrängung* und *Belästigung*, wodurch die Emotionalität der Konflikte deutlich wird. In zwölf Ereignissen wird der Planungsprozess kritisiert, in sechs Ereignissen sind explizit mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten finanzieller Art sowie in Bezug auf die Planung Gegenstand der Kritik. Die Ergebnisse schließen an die aus der Forschungsliteratur bekannten Aspekte an (vgl. z.B. Eichenauer et al. 2018: 637f.; Weber/Jenal 2018: 245). Es überwiegen

4 Detaillierte Auszählung der Argumente, absteigend nach Anzahl der Ereignisse mit dieser Nennung: Lärm (32), Abstände, insbesondere zur Wohnbebauung (26), Vogelschutz (24), Naturschutz (21), Schattenwurf (20), Infraschall (16), Höhe der Anlagen (14), Gesundheit (14), Kritik am Planungsprozess (12), Landschaftsbild (11), Optik (11), Immobilienwert (10), Windparkdichte (9), Lebensqualität (9), Profit-/Gewinnverteilung (9), (finanzielle) Beteiligung (6), Anzahl an Windenergieanlagen (3), generelle Ablehnung (3); Sonstiges (10).

Argumente, die in den Planungsphasen juristische Relevanz haben. Dennoch zeigen sich auch Argumente gegen Windenergie, die diesem Kriterium nicht standhalten – etwa der Verlust des Immobilienwerts oder eine Verringerung der Lebens- und Wohnqualität.

Am häufigsten sind es Anwohner:innen (39 Ereignisse) der (geplanten) Windparks, die nicht explizit in einer Bürger:inneninitiative organisiert sind und sich aus oben genannten Gründen gegen die Windkraftanlagen aussprechen. Die zweitgrößte Gruppe bilden Bürger:inneninitiativen (29 Ereignisse), gefolgt von Bürger:innen (24 Ereignisse) – teilweise auch aus angrenzenden Gemeinden –, ohne dass diese Anwohnende waren oder sich zu einer Bürger:inneninitiative zusammenschlossen. In 22 Ereignissen sprachen sich einzelne Ratsmitglieder, Fraktionen im Gemeinde- bzw. Stadtrat oder der gesamte Gemeinde-/Stadtrat gegen den Windpark aus. Nur vereinzelt traten lokale Unternehmen oder Umweltschutzvereine als Konfliktpartei auf.

In etwa der Hälfte der Ereignisse, in denen ein Konflikt identifiziert wurde, wurde auch eine Form organisierter Bürger:inneninteressen identifiziert. Dies sind in den meisten Fällen Bürger:inneninitiativen, daneben aber auch *losere* Zusammenschlüsse, die etwa aus einzelnen Protestaktionen oder Unterschriftensammlungen bestehen. Mit Blick auf die Argumente, die in Konflikten unter Beteiligung von Bürger:inneninitiativen geäußert werden, zeigen sich keine Auffälligkeiten. Auch in diesen Fällen beziehen sich die Argumente zum Teil auf konkrete Aspekte der Windparkplanung (etwa die Nähe zu Wohnhäusern oder die Anzahl der Anlagen), zum Teil sprechen sich die Initiativen aber auch gegen das Projekt als solches aus, ohne eine Kompromisslösung zuzulassen.

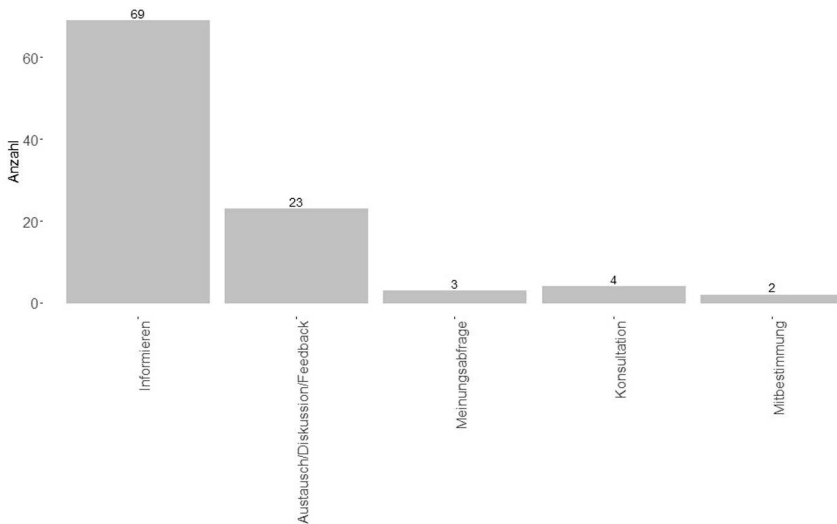
Beteiligungsmöglichkeiten beim Ausbau der Windenergie

Beteiligung, insbesondere dialogorientierte Beteiligung, wird im Zuge der Energiewende als wichtige Strategie angenommen, um u.a. mit Konflikten bei der Planung und beim Bau neuer Infrastrukturen umzugehen, sie zu lösen oder diesen sogar vorzubeugen (siehe Kapitel 3). In den untersuchten Landkreisen wurden insgesamt 101 dialogorientierte Beteiligungsverfahren identifiziert, die sich auf 59 Windpark-Ereignisse verteilen. In knapp 200 Fällen wurden dementsprechend keine Informationen zu Beteiligungsereignissen gefunden. Teilweise liegen zu einem Windpark-Ereignis mehrere Beteiligungsereignisse vor, was erklärt, weshalb die Anzahl der Beteiligungsverfahren höher ist als die Anzahl der Ereignisse. Gleichzeitig tritt aber auch der Effekt auf, dass sich ein Beteiligungsverfahren auf mehrere Windpark-Ereignisse – etwa den Neubau verschiedener Windparks – bezieht. So gehören 15 Beteiligungsverfahren zu zwei bis maximal fünf verschiedenen Windpark-Projekten. Dies ist insbesondere in den anfänglichen Phasen – also im Zuge der Raumordnung und Flächennutzungsplanung – zu beobachten.⁵ Bei der weiteren Analyse zeigt sich, dass die Vermittlung von Informa-

5 In Niedersachsen findet die Regionalplanung über die »Regionalen Raumordnungsprogramme« (RROP) statt. In diesen wird festgelegt, welche Flächen für Windenergieanlagen genutzt werden können und welche nicht. Durch öffentliche Bekanntmachung und Auslegung der Pläne sowie die Möglichkeit der Stellungnahme wird die Öffentlichkeit formalrechtlich beteiligt. Auf kommunaler Ebene findet diese Planung im Rahmen der Bauleitplanung – bestehend aus Flächennutzungsplanung und Bebauungsplan – statt. In der Flächennutzungsplanung werden diejenigen Flächen, die

tionen das häufigste Ziel dialogorientierter Beteiligungsprozesse ist (siehe Abbildung 2). 69 der 101 identifizierten Verfahren strebten ausschließlich diese niedrigschwellige Beteiligungsform an. 23 der Verfahren sehen zusätzlich noch die Möglichkeit des Austauschs, Diskutierens und Feedbackeinholens vor, drei Verfahren eine Meinungsabfrage. Lediglich in sechs Verfahren stehen die Konsultation von oder Mitbestimmung der Bürger:innen im Fokus.

Abbildung 2: Anzahl der Beteiligungsverfahren nach Beteiligungsziel; n=101 Beteiligungsverfahren



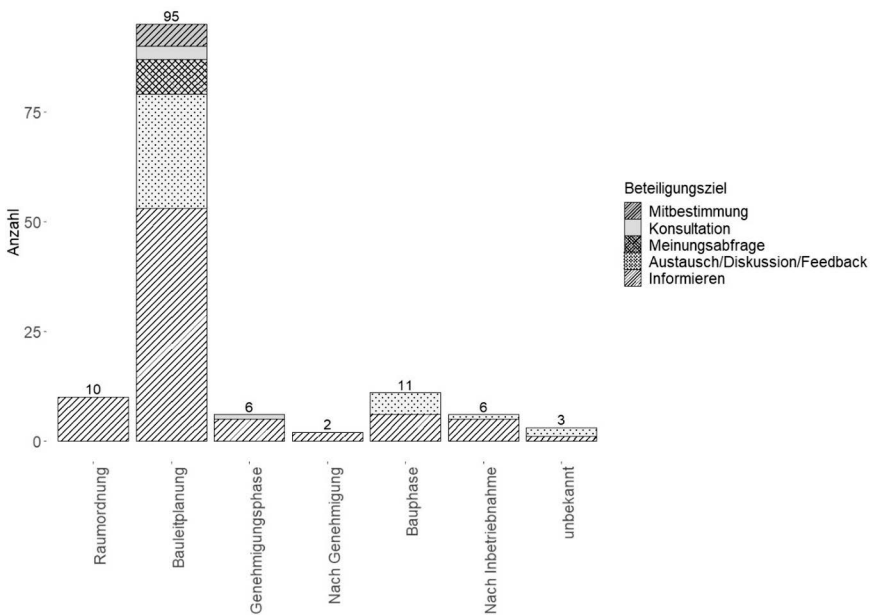
Quelle: Eigene Darstellung.

Bei einem Großteil der Verfahren handelt es sich dementsprechend um Informationsveranstaltungen, Bürger:innenversammlungen oder öffentliche Gremiensitzungen, die explizit zur Information und Besprechung eines Windpark-Projekts mit Bürger:innen genutzt wurden. Vereinzelt wurden auch Bürger:innenbefragungen, Besichtigungen, Exkursionen sowie ein Klimacafé realisiert. Die meist für die Öffentlichkeit offenen

sich grundsätzlich für die Windenergienutzung eignen, ausgewiesen. Hier ist eine formalrechtliche Öffentlichkeitsbeteiligung durch die Auslegung der Pläne vorgesehen, zu denen Bürger:innen Stellungnahmen einreichen können. Nach Bewilligung des Flächennutzungsplans folgt der Bebauungsplan. In diesem werden konkretere Angaben zum Bebauungsvorhaben festgeschrieben, die rechtlich bindend sind. Für den Bau und Betrieb einer oder mehrerer Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern ist eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erforderlich, in der geprüft wird, ob in der Umgebung lebende Menschen, Tiere oder Pflanzen durch den Bau des geplanten Windenergieanlagen-Typs beeinträchtigt werden. Diese Prüfung wird durch den Vorhabenträger – i.d.R. die Betreibergesellschaft – beantragt, wobei unter bestimmten Voraussetzungen eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen ist. Zuständige Genehmigungsbehörden sind in Niedersachsen die Landkreise und kreisfreien Städte (vgl. FA Wind 2021b; Hüge/Roßnagel 2018: 614f).

Verfahren sind überwiegend an interessierte Bürger:innen gerichtet, die sich mittels Selbstselektion rekrutieren. Nur zwölf Verfahren zielen auf ein spezifischeres Publikum ab – etwa Einwohner:innen der Kommune, Anwohner:innen des geplanten Windparks oder Flächeneigentümer:innen – und finden in geschlossenem Rahmen statt. Veranstaltet werden die Beteiligungsverfahren überwiegend von den jeweiligen Kommunen (58 Verfahren) sowie von den Windparkbetreiber:innen und -projektierer:innen (23 Verfahren), vereinzelt auch vom Landkreis. Windparkbetreiber:innen treten häufiger auch als (Mit-)Initiator:innen der Beteiligungsverfahren auf. Die Beteiligungsverfahren finden überwiegend (68 Prozent) in der Phase der Bauleitplanung statt. In allen Phasen werden die Beteiligungsverfahren vor allem zur Information herangezogen. Während der Bauleitplanung ist die Meinungsabfrage ein häufiger auftretendes Beteiligungsziel. Austausch und Diskussion werden auch während der Bauphase und nach Inbetriebnahme noch angestrebt (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Beteiligungsziel nach Phase des Verfahrens in absoluten Zahlen; n=133 Ereignis-Beteiligungskombinationen.



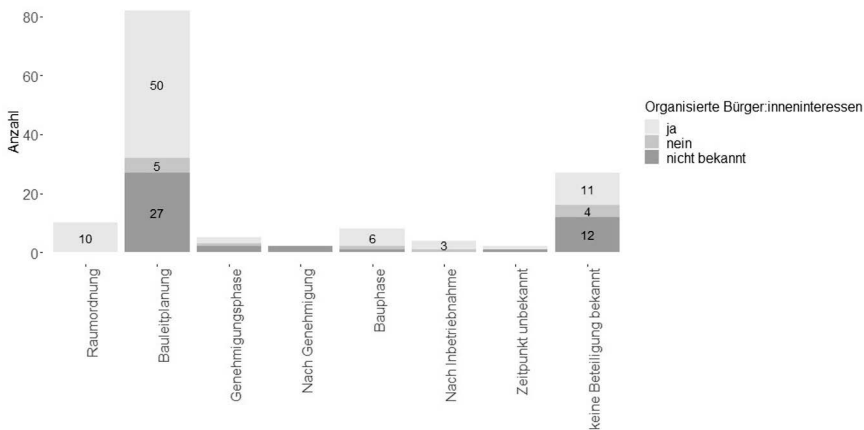
Quelle: Eigene Darstellung.

Ein Blick auf die kommunalen Daten zeigt, dass sich die Einwohner:innenzahl und -dichte zwischen Gemeinden mit und ohne dialogorientierter Beteiligung im Zuge eines Windparkprojekts nur gering unterscheidet. Das mittlere Quantil der Bevölkerungsanzahl von Kommunen, in denen im Rahmen eines Windpark-Ereignisses eine dialogorientierte Beteiligung stattgefunden hat, beträgt 15.870 Einwohner:innen und liegt damit etwas höher als die Einwohner:innenzahl von Kommunen, in denen keine Beteiligung stattgefunden hat (14.355 Einwohner:innen). Die mittlere Einwohner:innendichte liegt

in Kommunen mit Beteiligung bei 1,0 und in Kommunen ohne Beteiligung bei 1,2 Hektar je Einwohner:in.

Bei insgesamt 46 Ereignissen wurden sowohl ein Konflikt als auch ein dialogorientiertes Beteiligungsverfahren identifiziert. Mit Blick auf den Zeitpunkt der Beteiligungsverfahren im Planungsprozess sowie dem Aufkommen organisierter Bürger:inneninteressen (siehe Abbildung 4) zeigt sich, dass auch in den Fällen, in denen die Beteiligungsverfahren schon frühzeitig begonnen hatten, organisierte Bürger:inneninteressen vorzufinden sind. Mit den aktuellen Daten lässt sich jedoch nicht feststellen, ob die dialogorientierten Beteiligungsverfahren eine Reaktion auf die organisierten Bürger:inneninteressen waren oder die organisierten Bürger:inneninteressen auf die frühzeitigen dialogorientierten Beteiligungsverfahren zurückzuführen sind, durch die die Bürger:innen von Beginn an informiert waren und die Möglichkeit hatten, sich gegen das geplante Projekt zu formieren.

Abbildung 4: Organisierte Bürger:inneninteressen nach Zeitpunkt des Beteiligungsverfahrens; n=140 Konflikt-Beteiligungs-Kombinationen



Quelle: Eigene Darstellung.

Auch ist bei 55 Ereignissen bekannt, dass die ursprünglich geplanten Windpark-Vorhaben im Laufe des Planungsprozesses angepasst wurden. Die Anpassungsmaßnahmen umfassten Verringerungen der Anlagenanzahl, Einführungen und Ausweitungen von Abschaltzeiten der Anlagen, Höhenbegrenzungen oder höhere Abstände zu Wohnhäusern. Aber auch die Zusage, dass es zu keiner Erweiterung des Windparks kommt, oder das freiwillige Einhalten strengerer Naturschutzvorschriften sind Maßnahmen, die im Laufe von Planungsprozessen zugesichert wurden. In 34 dieser Fälle wurde ein dialogorientiertes Beteiligungsverfahren identifiziert. Ob und inwiefern die Anpassungsmaßnahmen Ergebnis der Beteiligungsverfahren sind, lässt sich auf Basis der Datengrundlage jedoch nicht feststellen. Außerdem ist bei 34 der Ereignisse auch ein Konflikt bekannt, wobei die Konfliktargumente in etwa der Hälfte der Fälle mit den Anpassungsmaßnahmen übereinstimmen. Dies lässt zumindest die Vermutung

zu, dass die Anpassungsmaßnahmen teilweise eine Reaktion auf den/die Konflikt(e) waren.

Auch finanzielle Beteiligung für Bürger:innen wird als vielversprechendes Instrument angenommen, um die Akzeptanz für lokale Windanlagen zu steigern (vgl. Radtke 2016: 151). Bei 39 der in der Datenbank festgehaltenen Ereignisse ist eine finanzielle Beteiligung der Bürger:innen vorgesehen; es bestehen demnach Anlage- und Investitionsmöglichkeiten für diese. In beinahe allen identifizierten Fällen ist die finanzielle Beteiligung am Windpark nur für Bürger:innen der Gemeinde, auf dessen Gebiet sich der Windpark befindet, oder für Bürger:innen der angrenzenden Gemeinden vorgesehen. In der Hälfte der Fälle mit finanzieller Beteiligung fand eine dialogorientierte Beteiligung statt. Dies ist insofern nicht besonders verwunderlich, als dass Bürger:innenenergie selbst schon eine Beteiligungsform darstellt und somit dialogorientierte Beteiligung naheliegt. Dennoch treten auch bei Projekten mit finanzieller Beteiligung Konflikte auf: Dies wurde mit 18 Fällen in knapp der Hälfte der Windparkprojekte beobachtet. In elf Fällen wurde die finanzielle Beteiligung auch explizit kritisiert. Die Kritik bezog sich dabei auf die zu geringe Zeichnungssumme für Bürger:innen im Verhältnis zur Gesamtinvestition.

Wurde in Kapitel 5.1 bereits festgestellt, dass Stadt- oder Gemeinderäte, einzelne Fraktionen oder einzelne Kommunalpolitiker:innen teilweise als Konfliktakteur:innen auftreten, so kommt diesen auch als Befürworter:innen eine zentrale Rolle zu. In 40 Ereignissen treten entweder der/die Bürgermeister:in, der gesamte Stadt-/Gemeinderat oder zumindest der Großteil der Fraktionen für den Windpark ein, wobei dies nicht bedeutet, dass keine Konflikte um den Windpark entstehen. Eine Mehrheit im Stadt- bzw. Gemeinderat erhöht jedoch die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung.

Diskussion und Fazit

Der Ausbau von Windenergie als ein zentraler Bestandteil der Energiewende ist häufig von Konflikten geprägt. Beteiligung wird dabei als ein notwendiges Instrument zur Konfliktregelung diskutiert, wobei über die Wirkmechanismen von Konflikten und deren Zusammenspiel mit Beteiligung unterschiedliche theoretische und konzeptionelle Annahmen vorliegen. Empirisch wurden die Wirkmechanismen bislang überwiegend in qualitativen Fallstudien exploriert, während quantitative Untersuchungen noch selten sind. Daher ist es das Ziel des vorliegenden Forschungsvorhabens, energiewende-bezogene Projekte, deren Beteiligungspraxis sowie etwaige Konflikte quantitativ zu erfassen und zu analysieren. Die Ergebnisse liefern Erkenntnisse über das Auftreten von Konflikt und Beteiligung im Kontext des Windenergieausbaus, wobei die Daten aktuell elf niedersächsische Landkreise umfassen. Die Datenbank wird jedoch stetig weiterentwickelt und mit neuen Fällen gefüllt, wodurch die Aussagekraft erhöht und weitere Auswertungen ermöglicht werden.

Anhand der von den Autorinnen gewählten niedrigschwelligen Definition (siehe Kapitel 4) wurde in etwa einem Viertel der Ereignisse ein Konflikt identifiziert. Hinsichtlich der Fälle, zu denen kaum Informationen zu finden waren, ist zu vermuten, dass die Zahl der Konflikte noch höher liegt, zumal Großprojekten dieser Art das Aufkom-

men divergierender Interessen und Meinungen inhärent ist (vgl. Schmalz 2018). Viel mehr als die Anzahl der Konflikte sind jedoch deren Ausmaße von Bedeutung – und inwiefern Konflikt(e) die Windparkplanung fördern oder hemmen. Die in den Konflikten geäußerten Forderungen reichen von konkreten Planänderungen (etwa größeren Abständen) bis hin zur vollständigen Verwerfung jeglicher Pläne. Wenn sich die Konfliktargumente auf verhandelbare Aspekte beziehen, kann dialogorientierte Beteiligung zu einer Kompromissfindung beitragen. Dies zeigt sich auch in den vorliegenden Ergebnissen, in denen eine Vielzahl an verhandelbaren Argumenten vorgebracht und entsprechende Anpassungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Fraglich ist die Wirkung von Beteiligung jedoch, wenn sich im Planungsprozess stark polarisierte Konfliktlinien herausbilden (vgl. Grande 2018; Messinger-Zimmer/Zilles 2016; Reusswig/Lass/Bock 2020). Vereinzelt gibt es in den aktuellen Daten Hinweise auf organisierte Bürger:inneninteressen, die sich vehement einem lokalen Windpark jedweder Art widersetzen. Dies gilt es im weiteren Verlauf – auch unter Berücksichtigung von Fällen, in denen es tatsächlich zum Abbruch kam – zu analysieren.

Die dialogorientierten Beteiligungsverfahren weisen sowohl hinsichtlich des Ziels und der Methode, der Zielgruppe und Rekrutierung von Teilnehmer:innen als auch der Veranstalter:innen und Initiator:innen eine geringe Varianz auf. Die Beteiligungsfälle, die bislang recherchiert werden konnten, gehen zwar über die formalrechtliche Beteiligung hinaus und entsprechen somit der vorliegenden Definition dialogorientierter Beteiligung; die Intensität der Beteiligung ist jedoch in beinahe allen Fällen als gering einzustufen. Damit verdeutlicht die Analyse der Beteiligungsverfahren, dass sich der theoretische Anspruch an eine möglichst intensive Beteiligung in der Praxis kaum realisiert (oder realisieren lässt). Zwar findet Beteiligung in einigen Fällen schon zu frühen Zeitpunkten statt, die Verfahren verfolgen aber überwiegend das Ziel des Informierens. Dieses Ergebnis zeigte sich auch in einer quantitativen Datenanalyse von Beteiligungsverfahren in Baden-Württembergischen Kommunen (vgl. Remer 2020: 150).

In beinahe allen Fällen, in denen ein Beteiligungsverfahren identifiziert wurde, lag auch ein Konflikt vor, sodass Konflikte und Beteiligung eine große Schnittmenge aufweisen. Ob nun Konflikte zu einem größeren Angebot an dialogorientierter Beteiligung führen oder das Angebot dialogorientierter Beteiligung und damit eine frühzeitige Information der Bürger:innen Konflikte erst auslösen (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017a: 246f.), kann mit den vorliegenden Daten nicht beantwortet werden. Die Ergebnisse unterstreichen aber, dass dialogorientierte Beteiligungsverfahren einen Austragungsort für Konflikte bieten können, an dem diese verhandelt, möglicherweise gelöst und in diesem Sinne reguliert werden können (vgl. u.a. Eichenauer 2018: 336f.; Ewen/Horelt 2019: 408). Durch die vorliegende Methode der Datensammlung müssen die Ergebnisse mit der Einschränkung einer großen Anzahl an Missing Values interpretiert werden. Inwiefern die Missing Values systematisch verzerrt oder zufällig sind – das heißt, inwiefern die Fälle, zu denen man keine Informationen findet, sich grundsätzlich von denjenigen, zu denen Daten vorliegen, unterscheiden – muss im weiteren Verlauf untersucht werden. Die geringe Varianz innerhalb der identifizierten Beteiligungsverfahren lässt jedoch vermuten, dass intensiven Beteiligungen beim Ausbau von Windenergie eher der Status von Leuchtturmprojekten zukommt, die so in der überwiegenden Zahl der Planungsverfahren nicht vorgesehen sind. Weiterhin gilt

es im weiteren Verlauf auszuloten, inwiefern die Ergebnisse durch die geografische Einschränkung auf Niedersachsen als Bundesland, in dem Windenergie schon sehr lange etabliert ist, geprägt sind.

Wie Radtke/Drawing (2020a) anmerken, ist die empirische Energiewendeforschung von »kleinteiligen Einzelfallanalysen« (ebd.: 166) geprägt. Eine Erweiterung um quantitative Perspektiven ist daher notwendig, um Muster über Einzelfälle hinaus zu erkennen. Die Komplexität und Einzelfallspezifität sowohl von Energiewendekonflikten als auch der Beteiligungspraxis machen jedoch gleichermaßen eine vertiefende qualitative Analyse unabdingbar (vgl. ebd.: 167). Dieses Spannungsverhältnis gilt es auch weiterhin auszubalancieren. In jedem Fall zeigen die vorliegenden Ergebnisse, dass der Ausbau von Windenergie trotz Konflikten möglich ist, während hinsichtlich dialogorientierter Beteiligung durchaus noch *Luft nach oben* ist. Im Zuge der Konflikte zeigt sich eine Bandbreite an verhandelbaren wie nicht verhandelbaren Forderungen. Dem steht ein breites Spektrum an dialogorientierten Beteiligungsformaten gegenüber, die Raum für Aushandlungen bieten können. Neben Möglichkeiten der Beteiligung sind es schließlich noch weitere Faktoren wie die Unterstützung durch lokale Politiker:innen oder Eigenschaften des jeweiligen Windparkprojekts, die die große Varianz an Projektverläufen bedingen und damit maßgeblich für den Ausgang der Projekte sind.

Literatur

- Agora Energiewende (2018): Wie weiter mit dem Ausbau der Windenergie? Zwei Strategievorschläge zur Sicherung der Standortakzeptanz von Onshore Windenergie, Berlin.
- Becker, Sören/Naumann, Matthias (2018): »Energiekonflikte erkennen und nutzen«, in: Kühne/Weber, Bausteine der Energiewende, S. 509-522.
- Beckmann, Fabian/Schönauer, Anna-Lena (2021): »Freiwilliges Engagement aus soziologischer Perspektive«, in: Petia Genkova (Hg.), Handbuch Globale Kompetenz, Wiesbaden: Springer.
- BMWi, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016): Was bedeutet eigentlich »Repowering«?, in: Energiewende direkt, 26.04.2016. Online verfügbar unter: <https://www.bmwi-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2016/08/Meldung/direkt-erklart.html>. Zuletzt aufgerufen am 08.07.2022.
- Bonacker, Thorsten (2018): »Konflikt, sozialer«, in: Johannes Kopp/Anja Steinbach (Hg.), Grundbegriffe der Soziologie, 12. Auflage, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 235-238.
- Buchholz, Frank/Huge, Antonia (2014): Beteiligung – ein Mittel, um die Bürger bei der Energiewende mitzunehmen? Ein aktueller Zwischenbericht zur Windenergieplanung in Baden-Württemberg, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Butzlaff, Felix (2015): Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder, Bielefeld: transcript Verlag.

- Eichenauer, Eva (2018): »Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, S. 315-341.
- Eichenauer, Eva/Reusswig, Fritz/Meyer-Ohlendorf, Lutz/Lass, Wiebke (2018): »Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen«, in: Kühne/Weber, *Bausteine der Energiewende*, S. 633-651.
- Ewen, Christoph/Horelt, Michel-André (2019): »Die Bühnen der Beteiligung: Gestaltung informeller Bürgerbeteiligungsprozesse bei Windenergieplanungen und ihre Auswirkung auf Protestmobilisierung und Verfahrenslegitimität«, in: Jörg Radtke/Weert Canzler/Miranda Schreurs/Stefan Wurster (Hg.), *Energiewende in Zeiten des Populismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 391-422.
- FA Wind, Fachagentur für Windenergie an Land (2021a): *Analyse der Ausbausituation der Windenergie an Land im Jahr 2020*, Berlin.
- FA Wind, Fachagentur für Windenergie an Land (2021b): *Niedersachsen*. Online verfügbar unter: <https://www.fachagentur-windenergie.de/veroeffentlichungen/laenderinformationen/laenderinformationen-zur-windenergie/niedersachsen/>. Zuletzt aufgerufen am 30.05.2022.
- FA Wind, Fachagentur für Windenergie an Land (2021c): *Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land – Herbst 2021*, Berlin.
- Grande, Edgar (2018): »Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31, S. 52-60.
- Hildebrand, Jan/Rau, Irina/Schweizer-Ries, Petra (2018): »Akzeptanz und Beteiligung – ein ungleiches Paar«, in: Holstenkamp/Radtke, *Handbuch Energiewende und Partizipation*, S. 193-209.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2017a): »13. Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Ein Fazit in neun Thesen«, in: Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles, *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende*, S. 235-254.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hg.) (2017b): *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (Hg.) (2018): *Handbuch Energiewende und Partizipation*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Hübner, Gundula/Pohl, Johannes/Warode, Jan/Gotchev, Boris/Nanz, Patrizia/Ohlhorst, Dörte/Krug, Michael/Salecki, Steven/Peters, Wolfgang (2019): *Naturverträgliche Energiewende. Akzeptanz und Erfahrungen vor Ort*. Online verfügbar unter: https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/gesellschaft/Dokumente/BfN-Broschuere_Akzeptanz_bf.pdf. Zuletzt aufgerufen am 28.03.2020.
- Huge, Antonia/Roßnagel, Alexander (2018): »Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen«, in: Holstenkamp/Radtke, *Handbuch Energiewende und Partizipation*, S. 613-625.
- IfD, Institut für Demoskopie Allensbach (2016): *Akzeptanz der Energiewende (Berichte für das Bundespresseamt)*, Allensbach.
- Kopp, Julia/Messinger-Zimmer, Sören/Rugenstein, Jonas (2017): »2. »Das war aber keine Beteiligung.««, in: Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles, *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende*, S. 43-62.

- Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (2014): *Energiewende konkret. Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft*, Bonn: Konrad-Adenauer-Stiftung/Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik.
- Krüger, Timmo (2020): *Gemeinwohlkonflikte in der Energiewende: Eine radikaldemokratische Perspektive auf Energiekonflikte und die Grenzen der Deliberation*, WZB Discussion Paper, No. SP III 2020-602, Berlin.
- Kühne, Olaf/Weber, Florian (Hg.) (2018): *Bausteine der Energiewende*, Wiesbaden: Springer VS.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana Belle (2013): »Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende«, in: Stine Marg/Lars Geiges/Felix Butzlaff/Franz Walter (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* Hamburg: Rowohlt Verlag, S. 94-138.
- Marg, Stine/Zilles, Julia/Schwarz, Carolin (2017): »3. »Das Maß ist voll!«, in: Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles, *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende*, S. 63-96.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte: Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 85, S. 41-51.
- MW NDS, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (2021): *Windenergie in Niedersachsen*. Online verfügbar unter: <https://www.nds.de/de/branchen/energie/windenergie>. Zuletzt aufgerufen am 31.08.2021.
- Molinengo, Gulia/Danelzik, Mathis (2016): *Bürgerbeteiligung zur Stromtrasse »Ostbayernring«*. Analyse des Beteiligungsdesigns und Evaluation, Essen: KWI Essen.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Radtke, Jörg (2016): *Bürgerenergie in Deutschland. Partizipation zwischen Gemeinwohl und Rendite*. Wiesbaden: Springer VS.
- Radtke, Jörg/Drewing, Emily (2020a): »Energiewende in Zeiten des Populismus«, In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 161-169.
- Radtke, Jörg/Drewing, Emily (2020b): »Was nützt die Wende in Gedanken?«, in: Steven Engler/Julia Janik/Matthias Wolf (Hg.), *Energiewende und Megatrends*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 119-166.
- Radtke, Jörg/Saßmannshausen, Sheere M./Bohn, Nino (2021): *Windkraft in Nordrhein-Westfalen: Einstellungen zu Akzeptanz, Beteiligung und Konfliktlösung. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*, Siegen: Universität Siegen.
- Remer, Uwe (2020): *Partizipative und deliberative Demokratie auf lokaler Ebene*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Renn, Ortwin/Köck, Wolfgang/Schweizer, Pia-Johanna (2017): »Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsvorhaben der Energiewende«, in: Jens Schippl/Armin Grunwald/Ortwin Renn (Hg.), *Die Energiewende verstehen – orientieren – gestalten: Erkenntnisse aus der Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS*, Baden-Baden: Nomos, S. 547-568.

- Renn, Ortwin/Sager, Christina/Schweizer-Ries, Petra (2014): »Gesellschaftliche Akzeptanz für die bevorstehenden Phasen der Energiewende«, in: Tagungsband FVEE-Jahrestagung 2014 »Forschung für die Energiewende – Phasenübergänge aktiv gestalten«, S. 75-78.
- Reusswig, Fritz/Braun, Florian/Heger, Ines/Ludewig, Thomas/Eichenauer, Eva/Lass, Wiebke (2016): »Against the wind: Local opposition to the German Energiewende«, in: *Utilities Policy* 41, S. 241-227.
- Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke/Bock, Seraja (2020): »Abschied vom NIMBY«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 140-160.
- Rosanvallon, Pierre (2017): *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*, Hamburg: Hamburger Edition HIS.
- Schmalz, Inkeri M. (2018): *Akzeptanz von Großprojekten: Eine Betrachtung von Konflikten, Kosten- und Nutzenaspekten und Kommunikation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt, Manfred G. (2019): *Demokratietheorien*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schöpfer, Yannik (2020): *Akzeptanz in der Fläche, Protest im Lokalen? Studie zur Windenergie an Land*, Berlin: Agentur für Erneuerbare Energien.
- Simmel, Georg (2018): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, 9. Auflage, Otthein Rammstedt (Hg.), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- UBA, Umweltbundesamt (2021): *Windenergie an Land*. www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/windenergie-an-land#flaeche. Zuletzt geprüft am 22.04.2022.
- UBA, Umweltbundesamt (2022): *Erneuerbare Energien in Zahlen*. www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#uberblick. Zuletzt geprüft am 22.04.2022.
- van Deth, Jan W. (2009): »Politische Partizipation«, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 141-161.
- Vetter, Angelika/Remer-Bollow, Uwe (2017): *Bürger und Beteiligung in der Demokratie*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Weber, Florian (2019): »Der Stromnetzausbau in Deutschland – Eine Konturierung des Konfliktes in Anschluss an Chantal Mouffe und Ralf Dahrendorf«, in: Karsten Berr/Corinna Jenal (Hg.), *Landschaftskonflikte*, Wiesbaden: Springer VS, S. 423-437.
- Weber, Florian/Jenal, Corinna (2018): »Gegen den Wind. Konfliktlinien beim Ausbau erneuerbarer Energien in Großschutzgebieten am Beispiel der Windenergie in den Naturparks Soonwald-Nahe und Rhein-Westerwald«, in: Florian Weber/Friederike Weber/Corinna Jenal (Hg.), *Wohin des Weges? Regionalentwicklung in Großschutzgebieten*, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 217-249.
- Wolf, Ingo (unter Mitarbeit von Tom Stadler/Daniel Labarco-Pinto) (2020): *Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2019. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse*. Potsdam: Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS).

Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen?

Impulse durch das Konzept der Sozialen Orte als Infrastruktur des Zusammenhalts

Sarah Herbst, Maike Simmank und Berthold Vogel

Dieser Beitrag befasst sich mit dem Soziale-Orte-Konzept (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022) im Kontext sozialräumlicher Nachhaltigkeit. Den Ausgangspunkt bildet die Konfliktlinie um *gleichwertige Lebensverhältnisse* (I.), einem Sozialstaatsprinzip, welches auf die Reduzierung von Ungleichheit und die Herstellung von Gerechtigkeit in räumlicher Hinsicht abstellt. In der Praxis allerdings verändern infrastruktureller Rückbau, Abwanderung und Alterung in gravierender Weise lokale Lebenswirklichkeiten und Sozialbeziehungen. Das *Soziale-Orte-Konzept* (II.) setzt an diesem Punkt an und richtet einen neuen Blick auf Gemeinden und Regionen. Neben weiteren positiven Faktoren erhalten und schaffen Soziale Orte Begegnungs- und Kommunikationsorte, was unter Aspekten *sozialer Nachhaltigkeit* (III.) unerlässlich ist. Denn: Kleinstadt und ländlicher Raum zählen – in politischer, sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht (IV.).

Gleichwertige Lebensverhältnisse?! Politisches Versprechen und sozialräumliche Realitäten

Die Zukunft von Regionen und Landstrichen ist nicht nur in ökologischer Hinsicht umkämpft. Die Frage, wo die nächste Windkraftanlage oder der nächste Solarpark errichtet wird, um erneuerbare Energien als Maßnahmen gegen den Klimawandel auszubauen, adressiert hauptsächlich ländliche Räume. Neben ökologischen Themen ist der ländliche Raum auch mit Zukunftsfragen in sozialer Hinsicht konfrontiert: Abwanderung, Alterung, Migration und die Fragmentierung der Arbeitswelt provozieren räumliche Disparitäten und Differenzerfahrungen. Die davon ausgehenden Effekte befördern sozialräumliche Entwicklungen und führen zu sich verhärtenden Diskrepanzen zwischen Stadt und Land (vgl. hierzu den Beitrag von Kerker in diesem Band). Aber auch innerhalb von Regionen, zwischen Kommunen und benachbarten Stadtteilen verschärfen sich soziale, strukturelle und ökonomische Ungleichheiten. Eine Reihe von Studien und Gutachten, wie beispielsweise der Teilhabeatlas Deutschland oder der Disparität-

ten Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung, dokumentieren eindrucksvoll, dass die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik immer weiter auseinanderdriften (vgl. Fink/Hennicke/Tiemann 2019; Fina et al. 2019; BMI 2019; Hütther et al. 2019; Berlin-Institut 2019). Während urbane Ballungsräume boomen, an Einwohner:innen wachsen und dort die Mietpreise in die Höhe schnellen, entwickeln sich zahlreiche ländliche Regionen zu demografisch und in ihren Sozialmilieus homogenen Räumen, die von sichtbarem Leerstand geprägt sind. In der Folge schwindet in schrumpfenden Räumen die wirtschaftliche Energie, was sich negativ auf die Haushaltslagen von Gemeinden und Landkreisen auswirkt. Sinkende Landeszuweisungen führen zu finanziellen Schiefen, worauf mit Leistungsstreichungen und infrastrukturellem Rückbau geantwortet wird (vgl. Berlin-Institut 2019: 27). Dort, wo hohe Abwanderungsraten und eine stark alternde Bevölkerung gesellschaftliche Wirklichkeit darstellen, wächst das Gefühl der Zukunftslosigkeit. Ausgedünnte öffentliche Verkehrsnetzwerke, wegbrechende Freizeitangebote und kleiner werdende oder aufgelöste Vereine prägen das Lebensgefühl. Noch mehr Menschen verlassen in der Folge die Region. Den Dableibenden stellt sich die Frage, ob und wie sie ihr Leben auf Dauer und *nachhaltig* an diesem Ort bestreiten können. So hat sich als Wirkungsgeflecht aus demografischem Wandel, Wanderungsbewegungen und Strukturrückbau in manchen peripheren Regionen eine Abwärtsspirale verselbstständigt, die in »kalter Deinfrastrukturalisierung« mündet (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2012).

Der infrastrukturelle Rückbau in Schrumpfungsregionen verändert in gravierender Weise lokale Lebenswirklichkeiten und Sozialbeziehungen. Mit der Abwicklung und dem Abbau von lokalen Verwaltungseinrichtungen, Kreditinstituten, Schulen und Arztpraxen brechen die lokalen Trägergruppen und Milieus des Engagements weg, die sozialen Zusammenhalt gewährleisten. Regionen, Kleinstädte, Dörfer und Stadtquartiere verlieren ihre soziale Mitte und zudem ihr zukünftiges demografisches und wirtschaftliches Potenzial (vgl. Vogel 2017). Der sukzessive Abbau öffentlicher Güter ist auch immer ein Verlust an Orten der Begegnung und der gesellschaftlichen Teilhabe – und deshalb ein Gefährdungsmoment des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Eine verfassungsrechtliche Antwort auf ungleiche räumliche Ausstattung ist das Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Hiernach ist es eine öffentliche Aufgabe, den in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Wohnort eine bestimmte Grundversorgung mit öffentlichen Gütern zur Verfügung zu stellen. Jede Person soll Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge und Infrastrukturen haben, die ihren sozialen Bedürfnissen angemessen sind. Dieses zentrale Versprechen garantiert Teilhabe, Chancengerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2019: 4). Dabei ist hervorzuheben, dass es bei der Forderung nach »gleichwertigen Lebensverhältnissen« keinesfalls um die Vereinheitlichung oder Angleichung des ländlichen Raums an urbane Verhältnisse geht. Gleichwertigkeit bedeutet nicht, dass öffentliche Güter oder Leistungen der Daseinsvorsorge überall dieselbe Form haben. Es geht um dieselben Funktionen. Sozialräumliche Unterschiede sind Ausdruck der Vielfalt des Landes, die unterschiedliche Lebenskonzepte und -umfelder ermöglicht. Die Präferenz für einen ländlichen Wohnraum darf jedoch nicht mit der Furcht vor gesellschaftlicher Benachteiligung oder Teilhabeverlust einhergehen.

Soweit der normative Leitgedanke. Mit Blick auf die vorzufindenden räumlichen Disparitäten kann in zahlreichen Regionen von gleichwertigen Lebensverhältnissen je-

doch kaum die Rede sein. Mehr als 13,5 Millionen Menschen in Deutschland leben in Regionen mit (Infra-)Strukturproblemen, die durch hohe kommunale Verschuldung, schwerwiegende Defizite in der örtlichen Infrastruktur, geringere Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven bis hin zu hoher Armutsgefährdung für Kinder und ältere Menschen gekennzeichnet sind (vgl. Fink/Hennicke/Tiemann 2019: 14). Besonders stark betroffen sind die ländlichen Räume ostdeutscher Landkreise, die im Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung als »ländlich geprägte Regionen in der dauerhaften Strukturkrise« klassifiziert sind (ebd.: 9f.). Zudem lassen sich beispielsweise Cluster im Ruhrgebiet, Saarland, Rheinland-Pfalz oder Nordhessen identifizieren, die sich mehr und mehr von der bundesdurchschnittlichen Entwicklung der Lebensverhältnisse entfernen (vgl. BBSR 2017; vgl. Kersten/Neu/Vogel 2019: 7). Viele der davon betroffenen Kommunen und Gemeinden können den Negativentwicklungen aufgrund geringer Haushaltsbudgets und Sparzwängen aus eigener Kraft kaum gegensteuern. Die zunehmende und in erheblichem Maße vorhandene Ungleichheit zwischen verschiedenen Regionen in Deutschland geht über die materielle Verteilung von Infrastrukturen und Angeboten der Daseinsvorsorge hinaus: Die Zukunftsfähigkeit des eigenen Lebensmittelpunktes wird auch anhand anderer Faktoren auf den Prüfstand gestellt. Wie weit die nächste Apotheke entfernt ist oder ob es eine Hausärztin in der Nähe gibt, sind genauso bedeutungsvolle Themen wie die Frage, *wer* außer einem selbst in den Regionen wohnt (und dort bleibt). Wie nachhaltig ein Ort sozial aufgestellt ist, ob es Jugend gibt, die Zukunft verspricht und welche lokale Gemeinschaft in Vereinen, Kirchgemeinden, aber auch lokalen Handwerksbetrieben (noch) anzutreffen ist, wird mit der Raumfrage immer auch bewertet und beantwortet.

Darüber hinaus ist das Gleichwertigkeitsversprechen als basales Element der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein wesentliches gesellschaftliches Integrationsmoment. Doch je weiter regionale Disparitäten und soziale Ungleichheiten wachsen, desto ungleichwertiger werden die Lebensverhältnisse der Menschen. Das Vertrauen in staatliche Institutionen schwindet, der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert. Daher braucht es neue (Infra-)Strukturen und Institutionen, die konstruktiv auf die aktuellen Herausforderungen reagieren und *Sozialräume nachhaltig* stärken. An dieser Stelle setzt das Soziale-Orte-Konzept (SOK) an, das sich als ein konzeptioneller Vorschlag im Rahmen einer übergeordneten Politik des Zusammenhalts versteht (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022).

Das Soziale-Orte-Konzept als innovativer Ansatzpunkt

Neben Regression und Rückbau legen Forschungen in ländlichen Räumen auch positive und hoffnungsfrohe Entwicklungen offen: Gerade in peripheren, ökonomisch angeschlagenen und demografisch *alten* Regionen fehlt es nicht an Zukunftsperspektiven. Vielmehr lassen sich – gegen jede statistisch begründete Intuition – in auf den ersten Blick »schwierigen« Regionen auch gegenläufige Trends beobachten. In unseren Studien in der räumlichen Peripherie treffen wir nicht selten auf eine geradezu beeindruckende *Transformationsenergie*. Wir treffen hier auf Akteure, die aus der Not mehr als eine Tugend machen und ihre eigenen lokalen Antworten auf infrastrukturelle Lücken

finden: *Soziale Orte* sind eine dieser Antworten, die ein Gegengewicht zu Leerstand und Schrumpfungstendenzen bilden und den Zusammenhalt in Regionen nachhaltig stärken.

Bevor die *Sozialen Orte* näher umrissen werden, blicken wir zunächst auf das Konzept, deren Namensgeber sie sind¹: Das Soziale-Orte-Konzept richtet einen neuen Blick auf Gemeinden und Regionen. In begrifflicher Anspielung auf das raumplanerische Zentrale-Orte-Konzept ist es keinesfalls als dessen Substitut zu betrachten, sondern als eine notwendige und innovative Blickerweiterung der Raumplanung. Denn dem raumplanerischen Zentrale-Orte-Konzept, das die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen sicherstellen soll, gelingt es immer weniger, den infrastrukturellen Rückbau in Schrumpfungsregionen hinreichend abzufedern oder die infrastrukturelle und soziale Segregation städtischer Quartiere in Wachstumsregionen zu mildern. Während das vertikal ausgerichtete Zentrale-Orte-Konzept Orte anhand von Bevölkerungszahlen, geographischer und wirtschaftlicher Lage sowie Infrastrukturausstattung hierarchisch in Grund-, Mittel- und Oberzentren unterteilt, nimmt das Soziale-Orte-Konzept explizit die (horizontal gelagerten) Einflussfaktoren auf sozialen Zusammenhalt in den Blick. Die Perspektive auf aktive, handelnde Personen spielt dabei eine sehr zentrale Rolle. Das Soziale-Orte-Konzept ist stark akteursorientiert, denn die Forschungserfahrung zeigt, dass es gerade in lokalen Kontexten immer wieder auf die Impulse einzelner Personen oder Personengruppen ankommt. Sie schaffen bzw. bewahren Strukturen, die Soziale Orte ermöglichen.

Durch eine Bewertung der Gemeinden nicht nur nach wirtschaftlichen oder demografischen Größen, sondern ergänzend auch nach ihrer Kohäsionskraft (robust, resilient, riskant), entsteht im Rahmen des Soziale-Orte-Konzepts ein konkreteres Bild der Ressourcen und Potenziale von Gemeinden, Quartieren und Regionen (vgl. Herbst et al. 2020).

Die Bewertung von Regionen im Sinne des Soziale-Orte-Konzepts führt zu einer neuen Einordnung von Regionen. Statt eines Mappings von Verlust- und Gewinnregionen, sensibilisieren Soziale Orte für Unerwartetes. Sie sind auch ein Entdeckungsinstrument. So finden sich in Schrumpfungsregionen durchaus resiliente Gemeinden, die innovative Lösungen für neue Herausforderungen entwickeln, sei es durch die Etablierung neuer Mobilitätsangebote oder durch eine innovative Eingliederungspolitik von geflüchteten Menschen, aber auch durch kreative Unterstützungsangebote für Personen, die wirtschaftlich nur schwer über die Runden kommen. Umgekehrt lassen sich in Wachstumsregionen auch riskante Stadtbezirke und Orte finden, die sozial und wirtschaftlich den Anschluss verloren haben. Die neue Kartografie des sozialen Zusammenhalts muss Ressourcen und Potenziale aufzeigen, aber auch auf Schwachstellen und Unterstützungsbedarf von Gemeinden und Regionen hinweisen. Dies kann der Ausgangspunkt für die Entwicklung von Gemeinden im Sinne gleichwertiger Lebensver-

1 Wer sich ausführlicher mit dem Projekthintergrund des Sozialen-Orte-Konzepts befassen möchte, empfehlen wir die transferorientiert aufbereitete Broschüre, die mit viel Bildmaterial weiterführende Einblicke in das Projekt und das Konzept liefert: https://sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/Sarah_Herbst/SOK-Magazin_final.pdf

hältnisse, der Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts und dem Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen starken und schwachen Kommunen sein.

Das Soziale-Orte-Konzept ist aber nicht nur eine Strukturbeschreibung sozialer Beziehungen. Dieses Konzept plädiert für eine veränderte Wahrnehmung sozialen Zusammenhalts, in der die lokalen Aktivitäten der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Privatwirtschaft eine systematische Berücksichtigung auch in der Darstellung und Planung räumlicher Einheiten finden. Dabei nimmt das Soziale-Orte-Konzept in den Blick, wie Dörfer, Gemeinden oder Regionen zivilgesellschaftlich repräsentiert werden, ob und wie sich vor Ort mit Zukunftsfragen auseinandergesetzt wird, ob Kooperationsbeziehungen nach innen und außen gesucht und Netzwerke gebildet werden und natürlich, ob Soziale Orte zu finden und welche Unterstützungsstrukturen in den Regionen gegeben sind. Zentral ist dabei, dass das Konzept Sozialer Orte auf eine sozial-räumliche Nachhaltigkeit ausgelegt ist. Es geht um die nachhaltige Stärkung von Regionen durch die Etablierung neuer (sozialer) Infrastrukturen, die aus der Gesellschaft hervorgehen und eine Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt begründen. Gelingen kann dies mit Sozialen Orten.

Soziale Orte als Impulsgeber für Zusammenhalt und Nachhaltigkeit

Um das theoretische Konzept in die Praxis zu holen, gilt es zunächst darzustellen, was unter Sozialen Orten zu verstehen ist: Soziale Orte sind infrastrukturelle Kristallisationspunkte gesellschaftlichen und räumlichen Zusammenhalts, die sich in und durch spezifische(n) Akteur:innenkonstellationen – Kommunen, Wirtschaftsunternehmen und Zivilgesellschaft – konstituieren und organisieren. Sie stärken die Wahrnehmung kollektiver Selbstwirksamkeit bei den beteiligten Akteur:innen und schaffen bzw. erhalten Begegnungs- und Kommunikationsorte – und damit eine Basis sozialer Nachhaltigkeit. In ihrer Gestalt müssen sie nicht zwingend ein physischer Ort sein, sondern können sich auch als Netzwerke und Initiativen formieren, die lokale Prozesse anstoßen und über sich selbst hinausweisen. Ihre Basis bilden die Ressourcen, die Potenziale und das Engagement von Bürger:innen im Konkreten sowie von Regionen, Gemeinden oder Bezirken im Allgemeinen. Ihnen gehen zivilgesellschaftliche Ideen, ehrenamtliche Initiativen oder Konzepte voraus, die gegen den Trend denken und so auf kreative und innovative Weise regionale Handlungsspielräume ermöglichen. Gleichwohl sind diese Sozialen Orte auf bestimmte institutionelle Voraussetzungen und Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie entstehen und stabilisiert werden können. Fünf Punkte sind hier zu nennen:

Erstens sind sie auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur und eine leistungsfähige Verwaltung angewiesen. Es bedarf eines öffentlichen Rahmens, rechtlicher Sicherheiten und einer gewährleistenden Verwaltung. Soziale Orte entwickeln sich nicht gegen oder ohne öffentliche Strukturen, sondern mit ihnen.

Zweitens ist die Möglichkeit entscheidend, nicht nur ein Projekt zu installieren, sondern einen Prozess zu initiieren, da es nicht darum geht, immer wieder befristete Projekte zu ermöglichen, sondern Prozesse in Gang zu setzen, die nachhaltig nach dem

Vorsorgeprinzip wirken können. Ein Wandel der Förderpolitik weg von der Projekt- hin zur Prozessförderung ist hier überfällig.

Für die Initiierung und Stabilisierung Sozialer Orte sind *drittens* überdurchschnittlich engagierte und innovationsfähige Akteure erforderlich. Zum Ehrenamt kann man niemanden zwingen, aber ermutigen! Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur die Hände in den Schoß legen, brauchen Wertschätzung und Freiräume.

Ein weiterer zentraler Punkt ist *viertens* die Offenheit in der Verwaltung für partizipative Prozesse und innovative Kooperationen. In der Entwicklung Sozialer Orte kann es zu Konflikten kommen, die keineswegs destruktiv sein müssen, sondern vielmehr produktive Effekte für die jeweiligen Orte und Regionen haben können. Hilfreich wäre es, die Verwaltung als wichtige Partnerin bei der Produktion von Zusammenhalt *auf dem Schirm* zu haben und ihre Rolle als demokratische Infrastruktur anzuerkennen.

Schließlich benötigen Soziale Orte *fünftens* überregionale Aufmerksamkeit und Einbindung. Nur dann funktionieren sie und entwickeln sich nicht zu Repräsentanten für lokale Engstirnigkeit und Kirchturmpolitik. Soziale Orte sind netzwerkbedürftig und benötigen Anerkennung über den engeren lokalen Zusammenhang hinaus.

Die genannten Punkte unterstreichen, dass Soziale Orte nicht einfach aus freien Stücken oder alleine auf der Grundlage eines *guten Willens* entstehen. Vielmehr sind sie das Ergebnis vorhandener lokaler Ressourcen – Infrastruktur, Verwaltungskompetenz, bürgerschaftliches Engagement –, die in unterschiedlichem Umfang und Stärke vorhanden sein können. Insgesamt gehen von Sozialen Orten positive Impulse für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Nachhaltigkeit aus. Hier können folgende Punkte hervorgehoben werden:

Soziale Orte stärken die Wahrnehmung kollektiver Selbstwirksamkeit bei den beteiligten Akteur:innen; sie schaffen bzw. erhalten öffentliche Räume der Begegnung und Kommunikation; der integrierende, offene Charakter Sozialer Orte fördert die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sowie mit Personen aus Verwaltung, lokaler Wirtschaft, Kommunalpolitik und regionalen Wohlfahrtsorganisationen; mit und über Soziale Orte werden Zukunftsperspektiven formuliert. Zum Beispiel regt die Beschäftigung mit dem Soziale-Orte-Konzept Diskussionen in der Gesellschaft über die Frage an, wie sinnvoll und notwendig die Präsenz öffentlicher Güter und Infrastrukturen in der Fläche ist; weiterhin macht das Soziale-Orte-Konzept auf die Relevanz räumlicher Fragen aufmerksam. Es fördert das Bewusstsein, dass insbesondere Kleinstadt und ländlicher Raum zählen. Für die gesellschaftliche Zukunft spielen sie eine zentrale Rolle. Und schließlich: *Soziale Orte schaffen sozialräumliche Nachhaltigkeit*. Gerade ländliche, strukturschwache Räume benötigen sozial nachhaltige Strukturen, die sowohl materielle als auch immaterielle Komponenten beinhalten. Hierbei lassen sich verschiedene Dimensionen sozialer Nachhaltigkeit ländlicher Räume identifizieren: Entscheidend sind neben den a) politischen Rahmenbedingungen, b) dem demografischen Wandel, c) den wirtschaftlichen Entwicklungen, d) den ökologischen Anforderungen auch e) die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer Region: Hier setzen Soziale Orte an, weil sie für Partizipation stehen und soziale Beziehungen stärken. Als Orte der Begegnung und der Kommunikation bilden Soziale Orte Fundamente einer sozialräumlichen Stabilität. Sie stellen neue Verknüpfungen her und stärken alte Verbindungen – zwischen Menschen, zwischen Akteursgruppen, zwischen Orten. Durch das

Miteinander in Beziehung treten wird entlang des Bottom-Up-Prinzips ein Gemeinschafts- und ein Selbstwirksamkeitsgefühl erzeugt – für die lokale Gesellschaft eine zentrale Komponente der Erfüllung sozial nachhaltiger Entwicklung.

In den skizzierten Kontexten und Effekten ermöglichen Soziale Orte Einbindung und Mitbestimmung in lokale Entwicklungen, denn sie reagieren auf lokale Bedarfe und sozialräumliche Mangelsituationen. Wenn Infrastrukturen oder Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge fehlen, können sie Abhilfe verschaffen. Durch und anhand Sozialer Orte entwickeln sich öffentliche Räume, Gelegenheitsstrukturen und Vernetzungsmöglichkeiten, »an denen Menschen zusammenkommen und ihr Umfeld gestalten« (Kersten/Neu/Vogel 2019: 9). Es sind Orte und Infrastrukturen, die die Engagementbereitschaft der Menschen stärken, demokratische Prozesse vor Ort am Leben halten und sozialen Zusammenhalt produzieren.

Die Zukunftsfragen spielen auf dem Land

Räumliche Disparitäten wachsen. Auf dem Land, aber auch in den Städten driften Lebensverhältnisse auseinander. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht in Frage. Zugleich vereinfachen die üblichen Unterscheidungen wie Ost und West, Stadt und Land, Zentrum und Peripherie die gesellschaftlichen Verhältnisse und helfen nicht, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu verstehen. Einen Ansatzpunkt, sich auf die Suche nach gesellschaftlicher Wirklichkeit zu machen, haben wir in diesem Beitrag vorgestellt: Vom Lokalen und von konkreten Sozialen Orten her Gesellschaft denken. Soziale Fragen sind lokale Fragen, die sich in und an konkreten Orten materialisieren bzw. dort zur Diskussion gestellt werden (vgl. Simmank/Vogel 2022). Die durch die Pandemie offengelegte Vulnerabilität des sozialen Gefüges – in der Arbeitswelt, in der Bildung, im Gesundheitswesen, in den Familien – braucht mehr denn je Soziale Orte, die im lokalen und kommunalen Kontext Infrastrukturen des Zusammenhalts ermöglichen und diese nachhaltig sichern und gewährleisten.

Die aktuelle Entwicklung, die nicht nur die Notwendigkeit der Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise in Richtung Klimagerechtigkeit und Dekarbonisierung unterstreicht, sondern auch Fragen der Versorgungssicherheit mit lebensnotwendigen Infrastrukturen (von der Energieversorgung über den Arbeitskräftemangel bis hin zur Wasserversorgung) auf die Tagesordnung setzt, schafft Verteilungskonflikte. Prozesse sozialer, ökonomischer und kultureller Ungleichheiten, die bereits seit längerem wirken und sozialräumliche Polarisierung fördern (vgl. Vogel 2017: 21), gewinnen nochmals an Schärfe. Soziale Orte können hier Trends bremsen oder gar umkehren (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022).

Vieles spricht dafür, dass der ländliche Raum mit Blick auf Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, aber auch hinsichtlich der Perspektiven auf die sozialräumlich nachhaltige Gestaltung der Gesellschaft, eine Schlüsselrolle spielen wird. Ländliche Räume, Dörfer und Kleinstädte nur unter dem Blickwinkel der Peripherie zu betrachten, ist unzureichend und auch empirisch falsch. Im ländlichen Raum entscheidet sich die Energiewende, die Zukunft von Ernährung und Landwirtschaft oder die Frage der lebensnotwendigen Biodiversität. Zudem werden im ländlichen Raum entscheidende

Weichen für das Generationenverhältnis im demografischen Wandel gestellt, und auch die Zukunftsfähigkeit demokratischer Strukturen hängt nicht zuletzt an der Frage, ob die Menschen auch jenseits der Metropolen den Eindruck haben, dass ihre Lebenssituationen und ihre Probleme der Lebensführung zählen bzw. überhaupt wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Im ländlichen Raum zeigt sich nicht zuletzt, wie nah Innovation und Niedergang beieinanderliegen können. Eine nachhaltige Gesellschaftspolitik muss dieses Spannungsverhältnis wahrnehmen und ernstnehmen. Soziale Orte bieten Ansatzpunkte und Impulse, die es wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch weiter zu entwickeln gilt.

Literatur

- BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Raumordnungsbericht 2017: Daseinsvorsorge sichern, Bonn.
- Berlin-Institut (2019): Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen, Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Wüstenrot Stiftung.
- BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall – Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse«, Berlin: BMI.
- Fina, Stefan/Osterhage, Frank/Rönsch, Jutta/Rusche, Karsten/Siedentop, Stefan/Zimmer-Hegmann, Ralf/Danielzyk, Rainer (2019): Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Karten, Indikatoren und wissenschaftliche Handlungsempfehlungen, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fink, Philipp/Hennicke, Martin/Tiemann, Heinrich (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Herbst, Sarah; Neu, Claudia, Nikolic, Ljubica; Mautz, Rüdiger; Reingen-Eifler, Helena; Simmank, Maike; Vogel, Berthold (2020): Das Soziale-Orte-Konzept (Broschüre): www.sofi.unigoettingen.de/fileadmin/Sarah_Herbst/SOK-Magazin_final.pdf
- Hüther, Michael/Südekum, Jens/Voigtländer, Michael (2019): Die Zukunft der Regionen in Deutschland – Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, Köln: IW Köln.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2012): Demographische De-Infrastrukturisierung. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Heft 1/2012, S. 42-59.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2019): Politik des Zusammenhalts: Über Demokratie und Bürokratie, Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft, Bielefeld: transcript.
- Simmank, Maike/Vogel, Berthold (2022): Zusammenhalt als lokale Frage. Vor Ort in Saalfeld-Rudolstadt, Baden-Baden: Nomos.

Vogel, Berthold (2017): Wie geht es weiter in Dorf und Kleinstadt? Demografische Provokationen und neue Konflikte um Daseinsvorsorge. In: *Georgia Augusta* 10/2017, S. 16-27.

Ist die Kommunikation von Fridays for Future anschlussfähig?¹

Über die Selbstverortung und die Irritationsversuche der Klimaproteste

Stefan Schweiger, Michael M. Kretzer und Abeer Abdulnabi Ali

Fragestellung, Datenmaterial und These

Auf der Jahresversammlung der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften 1985 widmete sich Niklas Luhmann (2004: 7) der Frage »Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?« Im Projekt ProTanz.NRW haben wir uns – inspiriert durch Luhmanns systemtheoretische Herangehensweise – die Frage gestellt, warum die größtenteils kompetente Interpretation und deren Vermittlung in professionalisierten und sozialen Medien sowie auf der Straße vorläufig wissenschaftlich sehr gut bestätigter Ergebnisse durch Fridays for Future (im Folgenden FFF) und anderer auf Klimapolitik fokussierter sozialer Bewegungen, kaum materiell messbare Veränderungen durch ihre versuchten Systemirritationen anzustoßen vermögen. Unsere These ist, dass die Klimaschutzbewegung Irritationserfolge in Politik und Wirtschaft vor allem über Rekurse über die Systeme Recht, Massenmedien und Wissenschaft vollzieht, dabei oft suboptimal anschlussfähige Kommunikationen erzeugt, bzw. Politik und Wirtschaft, die meist protestförmigen Irritationsversuche gemäß ihren eigenlogisch bestimmten Programmierungen interpretieren. Dies hat systemimmanente Anpassungsleistungen zur Folge, die gleichzeitig für ein *Mehr* an nachhaltig konnotierten Handlungen als auch einem *Mehr* an sichtbarer »Nicht-Nachhaltigkeit« (Blühdorn 2018)

1 Wir danken dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Unterstützung des Forschungsprojektes »Protanz.NRW – Analyse von Protestbewegungen aus dem Bereich Energie und Klimaschutz und deren Einfluss auf die Entwicklung gesellschaftlicher Akzeptanz innovativer Technologiepfade im Kontext industrieller Dekarbonisierungsstrategien in Nordrhein-Westfalen« (FKZ: EFO/0076B), in dessen Rahmen dieser Aufsatz entstanden ist. Das Projekt wird im Rahmen des *Virtuellen Instituts Transformation.NRW* durchgeführt. Nähere Informationen: <https://www.vi-transformation.de/protanz/>. Wir danken Marlene Mandlbürger und Matthias Wolf für wertvolle Hinweise und redaktionelle Überarbeitung.

und in dessen Folge auch einem *Mehr* an Kommunikation über Nachhaltigkeit, inklusive der Einbindung des Systems Moral, produzieren. Dies führt wiederum zu einer angepassten strategischen Kommunikation von FFF. Wie diese strategische Kommunikation funktioniert, welche Erfolgchancen begründet abzusehen sind, wird im Folgenden an der Eigenverortung von FFF und einige weniger ihrer Irritationsversuche gezeigt. Zugleich wird angedeutet, dass das *Mehr* die eigentliche Nachhaltigkeitsherausforderung darstellt, aber diese Herausforderung durch das Paradoxienmanagement von Politik und Wirtschaft verdeckt bleibt. Als Datenmaterial dient der Text »Unsere Forderungen« (FFF 2022) und flankierend eine Teilnehmende Beobachtung des Zentralstreiks am 11.02.2022 in Oberhausen (NRW). Eine systemtheoretische Betrachtungsweise wird gewählt, weil sie erstens durch ihren hohen Abstraktionsgrad größtmöglichen Abstand zu einer normativ stark aufgeladenen Debatte ermöglicht. Zweitens, weil die Erderwärmung ursächlich der »ausdifferenzierten Nebenfolgengesellschaft« (Schneidewind 2015: 88) zuzuschreiben ist und die Lösungsversuche sich oftmals in ihren unerwünschten Nebenfolgen als neue Herausforderungen erweisen. Diese Herausforderungen werden dann meist nicht ursächlich betrachtet, sondern sollen ebenfalls innovativ bewältigt werden. Diese meist aus dem Bereich der Technik stammenden innovativen Lösungen zeitigen wiederum in vielen Fällen unerwünschte Nebenfolgen. Dies setzt sich fort und verstärkt die Ausdifferenzierung der unerwünschten Nebenfolgen und damit auch die multiple Krise. Drittens zeigt sich das ursächliche System den Folgen gegenüber zu häufig indifferent. Ein Beispiel sind Klimafolgeschäden in Entwicklungsländern, denen gegenüber sich das System Wirtschaft im globalen Norden indifferent zeigt und die Bewältigung dieser Herausforderung der Politik zuweist. Viertens, weil die Folgen der Erderwärmung als exogene Umwelteinwirkung mittel- aber mindestens langfristig totalitär und global allen Funktionssystemen, Anpassungsleistungen abverlangen wird. Eine öffentliche Debatte darüber wird zweifelsohne bereits geführt.

Bestandsaufnahme der Klimapolitik: Paradoxienmanagement durch Bilanzierung, *technological fix* und politische Zielsetzungen

Diese Klimadebatte ist geprägt von einer Paradoxie auf deren Auflösung mit einer weiteren Paradoxie reagiert wird: Einerseits herrscht in der Debatte, die Furcht vor einem Leben in einer Gesellschaft, die massiv ihre physikalisch-chemischen Einwirkungen auf ihre natürliche Umwelt reduziert und andererseits gleichzeitig eine Furcht vor den Folgen einer Unterlassung dieser Reduktion. Dieses Paradox ist das Ergebnis von Erwartungen, die Politik und Wirtschaft an das Verhalten zukünftiger Wähler:innen und Konsument:innen haben. Darauf wird mit dem Paradox der unsicheren Sicherheit eines *technological fix* reagiert. Dies findet sich beispielsweise in den Bereichen Klimabilanzierung, Wasserstoffwirtschaft und Individualmobilität, was durch die Politik narrativ gestützt wird und als Stütze der Kommunikation langfristiger Klimaziele dient.

Ein in der Debatte kaum umstrittenes Paradoxienmanagement besteht in einer ökonomisch inspirierten Bilanzierung von Treibhausgasemissionen, die ein Haben (CO₂-Ausstoß) und ein Soll (Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre) aufweist. Als Ziel wird ein ausgeglichenes oder negatives Konto ausgegeben und meist Klimaneutralität ge-

nannt. Negative Emissionstechnologien (vgl. u.a. Kühl 2021, WBGU 2020: 60f. und 86, Markus et al. 2021a, Markus et al. 2021b, Fuss et al. 2018) werden dort entweder als notwendige Klimaschutzstrategie gehandelt oder als eine »Wette auf die Zukunft« (Latif 2022: 90, vgl. hierzu auch: Fuss 2014, Minx 2015, Göpel 2021: 110) metaphorisiert. Wenngleich umstritten, stabilisiert dieses Paradoxiemanagement in der Form eines als wahrscheinlich angenommenen Szenarios, wissenschaftliche Modelle und im Diskurs politische Programmatik und ökonomische Mehrwertproduktion. Paradoxal dient hier ein technisch, marktwirtschaftlich und politisch unsicher anschlussfähiges Programm zur Sicherung der medial-politischen Konstruktion einer sicheren Zukunft.

Zur Verringerung des Habens (Eindämmung von Treibhausgasemissionen) der Bilanzierung wird die Strategie einer grünen Elektrifizierung verfolgt, da relevante Treibhausgaseinsparungen bislang einzig in der Stromproduktion (vgl. UBA 2021) gelungen sind. Eine Form des Paradoxiemanagements besteht in der Strategie einer Implementierung einer auf grünen Wasserstoff basierenden Industrie. Auch hier soll eine unsichere Strategie Sicherheit kommunizieren. Eine Konversion der deutschen Industrie auf eine Wasserstoffwirtschaft hat als Bedingung einen enormen Ausbau Erneuerbarer Energien, da die aktuell produzierte Strommenge aus Erneuerbaren Energien zu einer Implementierung einer auf Wasserstoff basierenden Mobilität oder einer grünen Stahlindustrie nicht ausreicht (vgl. Urbansky 2022). Die Folgen sind politisch, wissenschaftlich und juristisch ausgetragene Flächenkonflikte (vgl. Ruddat/Sonnberger 2019: 452, Fink/Ruffing 2018: 246, Kunze/Pfeiffer 2018: 655, Zilles/Schwarz 2015: 669-679, Kerker in diesem Band), Pläne zur wasserintensiven Nutzung (Malins 2017: 66f., Kasten/Heinemann 2019: 22) von Flächen z.B. in Westafrika (BMBF 2020), politische Blockadesituationen im föderalen System (Kiel 2022) und Überforderungen im Verwaltungssystem. Diese Strategie wird neben den nicht überwundenen technischen Hürden unsicher, weil es flexible Anpassungsleistungen von der Kommunal- bis zur Außen- und Entwicklungspolitik, Gerichten aller Instanzen und der Wissenschaft, insbesondere in der inter- und transdisziplinären Ausrichtung, abverlangt.

Im Bereich der Mobilität dient ebenso Elektrifizierung als Strategie des Paradoxiemanagements. Hier wird besonders deutlich, dass das die gleichzeitige Zunahme von nachhaltig konnotierten und nicht-nachhaltig konnotierten Handlungen weitere Problemkomplexe eröffnen und welche Erwartungen, Entscheidungen rationalisieren. Umfragen zeigen, dass das Umweltbewusstsein der Fahrer:innen gering ausgeprägt ist (vgl. TÜV 2022: 12). Daher ist u.a. auch kein Tempolimit auf Autobahnen in Sicht. Die langen Laufzeiten (vgl. Kraftfahrt-Bundesamt 2022a 7-9) der über 3 Millionen in den Jahren 2020 und 2021 neu zugelassenen Verbrenner-Pkw (vgl. Kraftfahrt-Bundesamt 2022b) verringern den prozentualen Gesamtanteil von E-Autos bei in allen Antriebsarten zunehmender Nachfrage nach Individualmobilität. Zudem erscheint eine Preiserhöhung der für E-Mobilität benötigten Rohstoffe wahrscheinlich, da die Rohstoffverfügbarkeit für Elektromotoren nur für die nächsten Jahrzehnte bis 100 Jahre als sicher eingeschätzt wird (vgl. Thielmann, et al. 2020, Doppelbauer 2020: 352).

Tabelle 1 zeigt, wie plötzlich die Emissionen in den Bereichen Industrie und Verkehr fallen müssten, sollen die politisch-juristisch vereinbarten Ziele eingehalten werden.

Tabelle 1: Ist- und Zielwerte der Emissionen in Mio. to. CO_{2e} Deutschlands

Sektor/Ziel	Emissionen [Mio. to. CO _{2e}]					
	2010 (Ist)	2018 (Ist)	2023 (Ziel)	2025 (Ziel)	2028 (Ziel)	2030 (Ziel)
Industrie	188	195	173	157	132	118
Verkehr	153	162	134	123	105	85

Ist: Umweltbundesamt, zit.n. Peukert 2021: 34f.; Ziel: (Deutscher Bundestag 2021: 10).

Die Versuche politischen Eingreifens vom Kyotoprotokoll 1992 (vgl. Peukert 2021: 80-96) bis zum Pariser Klimaabkommen (vgl. Peukert 2021: 97-109) haben nicht zu einem Rückgang der CO₂-Emissionen geführt. 2015 emittierte die Welt ca. 32,1 Gt CO₂ (IEA 2016). 2021 lagen die Emissionen bei ca. 36,3 Gt CO₂ (IEA 2022). Der Aufwärtstrend wurde 2020 durch die pandemiebedingte Weltwirtschaftskrise nur unterbrochen (vgl. Scheffran 2022: 114, Latif 2022: 37, 81). Die Zunahme der Emissionen in den vergangenen Jahrzehnten brachte Wirtschaftswachstum, aber keinen sozialen Ausgleich zwischen globalen Norden und Süden (vgl. Alvaredo/Chancel/Piketty 2018: 104, Oxfam 2022). Mit jeder quantitativen oder qualitativen Kommunikation über Klimaziele oder Bekanntgabe eines Vorhabens zur Implementierung neuer Klimaregime wird Optimismus erzeugt und damit Paradoxienmanagement betrieben. Diese Kommunikation hat die Funktion der Aufrechterhaltung der »Reproduktion der ereignishaften Elemente« (Luhmann 2021a: 79) in Lebensstil, Wachstums- und Wohlstandserwartung, Kreditvergabe, Produktion, Distribution, Konsumtion zur Realisierung des Profits zur Kreditrückzahlung inkl. Zins, Reinvestition sowie Rente, im Modus *business as usual* – bei gleichzeitiger Bewältigung der Klimaherausforderung. Der »neuezeitlichen Rationalität der Machbarkeit« (Luhmann 2021b: 411) wird eine *narratio* einer Lösbarkeit der Nebenfolgen des gemachten Machbaren und machbar Gemachten angeschlossen.

Steht Fridays for Future außerhalb der Gesellschaft oder nur außerhalb der Politik?

Proteste im Allgemeinen und Klimaproteste im Besonderen haben die Funktion, Themen in Systeme zu tragen, die dort in der Interpretation der Protestierenden nicht (ausreichend) bearbeitet werden. Diese Funktionssysteme werden als Systeme identifiziert, die Veränderungen in Gang setzen könnten, die z.B. den »Trend der ökologischen Selbstgefährdung« (Luhmann 2004: 38) verlangsamen, indem durch Irritationen in Form von protestartigen Interventionen in Betracht gezogen wird, das Protestthema »politisch aufzugreifen und rechtlich zu regeln, wirtschaftlich rentabel zu machen, wissenschaftlich zu erforschen etc.« (Hellmann 1996: 73). Soziale Bewegungen funktionalisieren den Gesellschaftsbegriff als Handlungslegitimation, normative Sätze zur Handlungsbegründung und positionieren sich als der Gesellschaft gegenüberstehend. Es wird eine Komplexitätsreduktion durch die Differenzierung »Wir oder die Gesellschaft«. Wir und das, was andernfalls geschehen würde, wenn wir »Wir« nicht auftreten [...].« (Luhmann 2016a: 177f.) vorgenommen. FFF konstruiert sich als durch die gesell-

schaftlichen Verhältnisse zum Handeln gezwungen: »Da die Politik diese kaum wahrnimmt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken², bis gehandelt wird!« (FFF 2022, vgl. dazu aus systemtheoretischer Sicht: Luhmann 2016a: 206f.). Diese Konstruktion entverantwortet von den Nebenfolgen des eigenen Handelns. In der Radikalisierung geht dies inzwischen so weit, dass vereinzelt Forderungen nach einer »grünen RAF« (Augustin 2021) Eingang in den Sagbarkeitsraum finden und sich dafür ein intellektueller Unterbau formiert (z.B. Löwy 2016, Konicz 2020, Franzen 2020, Malm 2020a: 222ff., Malm 2020b: 15, Malm 2022: 48f., Müller 2022). Dies kann darin münden, dass »in einer Hilflosigkeit der Moral nur noch der Achtung verdient, der gegen die Gesellschaft ist« (Luhmann 2020a: 287) und sich so die Illusion, man stünde neben der Gesellschaft, immer stärker verfestigt. »Die Protestkommunikation erfolgt zwar in der Gesellschaft [...], aber so, als ob es von außen wäre« (Luhmann 2016a: 204, vgl. auch Luhmann 2021c: 1118). Bei FFF zeigt sich diese Paradoxie: »Wir sind auf dem besten Wege, das 1,5 Grad Ziel krachend zu verfehlen [...]« (FFF 2022). Hier konstruiert sich – das Pronomen *Wir* zeigt es an – die Bewegung als Teil der Gesellschaft und mit ihr als das *victima* ihrer eigenen Handlungen bzw. deren Nebenfolgen. Dies steht in Paradoxie zu folgender Äußerung, bei der FFF sich außerhalb der Gesellschaft verortet: »Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann, fordern wir [...] faktenbasierte Aufklärung für alle Bürger*innen« (FFF 2022). Diese Gesellschaft, von der sich FFF abstrahiert und die Protestbewegung enttäuscht, wird als unzureichend informiert interpretiert. Ein Anders-Wollen, ein Anders-Interpretieren, das in der Gesellschaft durchaus zu finden sein könnte, wird nicht in Betracht gezogen. Die Gesellschaft kann sich nur so verhalten, weil sie es – im Gegensatz zu FFF – nicht besser weiß. Diese Selbstüberhöhung differenziert die Adressaten in Lernwillige und Lernunwillige.

Ein außerhalb der Gesellschaft gibt es jedoch für keine Gruppe, was am Irritationsmanagement gegenüber der Politik deutlich wird. Das Paradox für alle sprechen zu wollen, ohne politische Mehrheiten hinter sich versammeln zu können, lösen soziale Bewegungen über normative Sätze, denn »wenn man eine Ethik hat, ist es eine zweitrangige Frage, ob man in der Mehrheit oder Minderheit ist« (Luhmann 2016a: 206). Um die innere Kohärenz zu bewahren und in die Umwelt der Bewegung sicher artikulationsfähig zu sein, setzt dies den Glauben voraus, dass es in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft eine erkennbare und (wirksam) artikulierbare, für jeden einsichtige, vernunftbasierte Moral gäbe³, was als dystopische oder utopische Zukunftserzählungen interpretiert werden kann, was die Adressaten – negativ konnotiert formuliert

2 Ein Streik hat die Funktion das System Wirtschaft durch Produktionsausfall zu irritieren. Diese Form des Irritationsmanagements ist hier nicht gegeben. Z.B. begann der NRW-Zentralstreik in Oberhausen am 11. Februar 2022 um 16:00 (vgl. FFF Duisburg 2022, Groß-Langenhoff 2022, eigene teilnehmende Beobachtung), was gewöhnlich außerhalb der Schulzeiten liegt. Es wird ein impotentes Drohpotenzial kommuniziert. Man bedient sich eines Wortes, nicht aber des Begriffs. Der Druck, der erzeugt wird, wirkt also nur über die damit verbundene mediale Aufmerksamkeit, nicht über die Funktion eines Streiks. FFF zeigt sich als abhängig vom Wohlwollen der Berichterstattung von staatlichen, kommerziellen und so genannten sozialen Medien.

3 Luhmann (2017: 46) kommt zu dem Schluss, dass zu einer Fixierung ethischer Grundsätze »in der modernen Gesellschaft keine Instanz imstande« ist.

– in diffamierende Gegner:innen oder unkritische Apologet:innen ausdifferenziert. Politische Parteien, die Demokratie als Herrschaftsform ernst nehmen, gehen von einer meinungspluralistischen Gesellschaft aus und versuchen Mehrheitsmeinungen zu erkennen und zum Zwecke des Machterhalts/Macht(zu)gewinns zu nutzen. Für politische Parteien sind tendenziell Mehrheitsverhältnisse von größerer Bedeutung als normative Sätze. Die Enttäuschung, dass die moralische Argumentation der Protestgruppe daher in der Politik nur schwer anschlussfähig ist, ist eine Enttäuschung idealisierter normativer Sätze an der Realität und »jede Enttäuschung irritiert die Erwartung« (Luhmann 2020a: 40) und verlangt implizit nach Erklärungen und Personal, die diese Erklärungen zu liefern bestimmt wird. FFF sagt dementsprechend, an wen Forderungen oder Dank gerichtet ist: »Wir bedanken uns bei allen Menschen, die auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene für diese Forderungen eintreten und trotzdem nur scheinbare Wertschätzung und feige Ausreden erhalten« (FFF 2022). Die moralische Bewertung scheint auf eine Tugendethik abzielen: Heuchelei⁴ (»scheinbare Wertschätzung«) und Feigheit. Es wird das Medium »Werturteil« (Reese-Schäfer 1999: 187) gewählt. Erklärungsversuche aus dem Funktionssystem Politik werden als Rechtfertigungserzählungen gedeutet, was der These, man könne »von Protestbewegungen [...] keine Reflexion zweiter Stufe, keine Reflexion der Reflexion der Funktionssysteme erwarten« (Luhmann 2016a: 206) zumindest nicht widerspricht. Diese Reflexionsverweigerung wird von FFF auch offensiv publiziert: »Das Klima verhandelt nicht und jede Ausrede, diese Forderungen nicht erfüllen zu müssen, ist nichtig« (FFF 2022). In Rekurs auf Max Weber kann man darin eine Verkennung dessen lesen, dass Politik die Kunst des Möglichen, nicht des Notwendigen sei (Demirović 2022: 24f.). Es wird sich zeigen, wie lange FFF für Strategien der politischen Mehrheitsbeschaffung taugt oder sich durch Radikalisierung oder Bedeutungsschwund – wie im Falle von Occupy Wallstreet (Allison et al. 2021) – keine Irritationspotenz mehr entfalten kann.

Fridays for Future im Spannungsfeld der Funktionssysteme Wissenschaft, Wirtschaft, Massenmedien und Recht

FFF zielt darauf, über Rekurse auf vier Funktionssysteme die Gesellschaft zu irritieren. Übergeordnet soll Gesellschaft so irritiert werden, dass vor allem das Funktionssystem Politik, die sie umgebende Umwelt so interpretiert, dass sie im Sinne der Protestgruppe handelt. Wirksamkeit – so unsere These – entfaltet Protest *nicht* über den transformierenden Akt einer Art Zwischenkopplung, z.B. über wissenschaftliche Begründungszusammenhänge, sondern in erster Linie über das System Massenmedien⁵. Einen Aus-

4 »Heuchelei ist eine Form der ›langfristigen Investition in Moralität‹ [James G. March]. Langfristinvestition deshalb, weil auf diese Weise die Kriterien zumindest kommunikativ erhalten bleiben. [...] Man läuft zwar in das Risiko, dass die Kommunikation ihr Thema ändert und die Heuchelei selbst zum Thema macht [wie hier geschehen]. Aber dies Risiko kann verringert werden, wenn alle, zum Beispiel das gesamte politische System oder die Kirche diesen Ausweg wählen.« (Luhmann 2020a: 179).

5 Wir gehen zu Beginn unseres Projekts von der Vorannahme aus, dass die sozialen Medien erst Wirkmächtigkeit erlangen, wenn die Themen aus Facebook, twitter, TikTok usw. von den profes-

nahmefall bildet die Anrufung des Letztentscheiders des politischen Systems Deutschlands, das Bundesverfassungsgericht. Die Berufung auf das Recht hat aber lediglich eine Defensivfunktion und keine Agenda-Setting Funktion, wenn z.B. Gesetzesvorhaben zur Überarbeitung zurückgegeben werden.

Irritationsversuche durch wissenschaftlich rationale Argumentation

Das erste von uns identifizierte Funktionssystem, das FFF rekursiv nutzt, ist das Wissenschaftssystem:

»Nach Monaten intensiver Zusammenarbeit mit zahlreichen Wissenschaftler*innen, haben wir im April 2019 unsere konkreten Forderungen an die Politik vorgestellt. [...] Ergänzend dazu haben wir im vergangenen Jahr beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: Die Forderungen sind technisch umsetzbar!« (FFF 2022)

Die binäre Codierung von Wissenschaft ist wahr/unwahr (vgl. Luhmann 2020a: 184). Durch diese Anleihe wird der moralische Impetus durch kognitive Erwartbarkeiten gestützt. Die Reduktion auf technische Umsetzbarkeit lässt Gesellschaftsverhältnisse unbeachtet. Nicht alles, was technisch umsetzbar erscheint, ist finanzierbar, moralisch geboten, erhält demokratische Mehrheiten, wird als schön wahrgenommen oder gilt als rechtmäßig. Mit dieser Reduktion entziehen sich FFF Fragestellungen der Authentizität und diskursiv vermittelter Wahrhaftigkeit, die mit Moral einhergeht, da »wer moralisch kommuniziert und sich als Autor kenntlich macht, [...] akzeptieren [muss], dass seine Kriterien auch auf ihn selbst angewandt werden« (Luhmann 2020a: 188). Wahrheit erscheint als Letztanspruch der Erkenntnis: »Mit Wahrheit wird rekursiv (unter Rückgriff auf vorherige Operationen) ein Geprüftsein des Wissens symbolisiert, das anerkannten Forderungen genügt und die Einstellungen der ›Wahrhaftigkeit‹ ersetzt.« (Luhmann 2018: 167). Die Forderungen von FFF verwandeln sich auf diese Weise von normativen zu kognitiven Erwartungen. Luhmann unterscheidet analog dazu zwischen lernbereit und lernunwillig erwarteten Erwartungen (vgl. Luhmann 2020a: 36). Mit dem Rekurs auf das Wissenschaftssystem wird signalisiert, dass von den anderen, Lernbereitschaft erwartet wird, und die konfliktträchtigeren (vgl. Luhmann 2020a: 260) normativen Erwartungen dahinter zurücktreten. Der moralische Diskurs wechselt so auf eine kognitive Ebene und schränkt die Möglichkeit des Einspruchs auf wissenschaftsrationale Einsprüche ein. Dies bleibt in den öffentlichen Aushandlungsprozessen nicht folgenlos. Durch die Rationalisierung wird der Diskurs insbesondere für den Teil der Bevölkerung schwerer zugänglich und beeinflussbar, der von einer Verteuerung von Energie und Emissionen durch z.B. Lenkungssteuern am stärksten betroffen ist, da »nach wie vor [...] ein enger

sionalisierten Medien aufgegriffen werden. Bestärkt werden wir durch empirische Ergebnisse über die Mediennutzung: Der Nachrichtenkonsum im Internet konzentriert sich stark auf Medien, die aus der Offline-Welt bekannt sind (Rau/Stier 2019: 412f.). Es herrscht also eine starke Wechselbeziehung zwischen Massenmedien und sozialen Medien. Durch gegenseitige Zitation wird Aufmerksamkeit generiert.

Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Einkommen« (Anger/Geis 2017: 45) besteht. Dies führt dazu, dass sich eine Nische der Nachfrage nach rational erscheinenden Irrationalitäten bildet und sich in einer auf aufmerksamkeitsökonomischen Nachrichtenkultur der sozialen Medien dafür ein Angebot findet. Dieses Angebot hat die Funktion, die Interessen, die auf normativen Erwartungen, z.B. sozialer Gerechtigkeit oder Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstils, basieren, im Modus kognitiver Erwartungen vortragen zu können. Klimawandelleugner:innen und -schützer:innen berufen sich beide auf den Terminus Wissenschaft, obschon die professionalisierten Akteure des Systems Wissenschaft sich bzgl. des anthropogenen Klimawandels, sehr einig sind (vgl. Powell 2019). Damit einher geht von beiden Seiten die normative Erwartung an die Gegenseite sich kognitiv lernwillig zu zeigen. Die Influencerin Naomi Seibt z.B. stellt den menschengemachten Klimawandel infrage und behauptet, dass es bei Klimaschutz, eigentlich um »die Kontrolle der globalen Bevölkerung im sozialistischen Stil« (Seibt 2020: 3:52) ginge (vgl. zum Narrativ der Ökodiktatur: Neupert-Doppler 2021: 119-129) und um dieses Ziels Willen, der Wissenschaft, »die größte Form der Schändung« (Seibt 2020: 1:34) angetan wird. Gegenseitig wird sich die Wissenschaftlichkeit der Argumentation aberkannt, auf Seiten der Klimawissenschaftsleugner:innen, jedoch ohne sich auf wissenschaftliche Verbreitungsmedien beziehen zu können.

Der Versuch durch wissenschaftliche Argumentation, eine Veränderung der Programmierung der für die Treibhausgasemissionen hauptverantwortlichen Systeme zu erzielen, endet in einer Arena, in der eine Inflation unterschiedlicher Informationsproduzenten zu beobachten ist, mit einem Pseudo-Patt: Jede wissenschaftsrationaler Argumentation erzeugt eine Nachfrage nach rational erscheinender Irrationalität. Diese Desinformation bekommt aufmerksamkeitsökonomisch allein durch den Widerspruch zur herrschenden Meinung, Nachrichtenwert; dies vor allem in den sozialen, im Anschluss – bei ausreichender Reichweite – reaktiv und damit reproduzierend in den professionalisierten Medien. Die Funktion dieser Desinformation ist die kognitive Tarnung von normativen Erwartungen politischer Entscheidungen und dessen Prozessen als Reaktion auf eine Auseinandersetzung, die eine Lernwilligkeit wissenschaftsrationaler Argumente erwartet.

Irritationsversuche durch die Nachahmung ökonomisch orientierter Beobachtung

Als zweites Funktionssystem nutzt FFF, die Kommunikationsform des Funktionssystems Wirtschaft, indem es in einer Art Mimikry zwischen Zahlen/Nichtzahlen bzw. Haben/Nichthaben differenziert: »Tun wir das [Klimaschutz] nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe« (FFF 2022). Dabei beruft sich FFF nicht auf Aussagen aus der Wirtschaft, sondern sie gehen direkt auf die binäre Codierung Haben/Nichthaben bzw. Zahlen/Nichtzahlen ein. Diese Nachahmung soll Anschlussfähigkeit produzieren. Was dabei nicht beachtet wird, ist dass sich dabei auf aggregierte Werte bezogen wird. Die ökologischen Kosten, die durch die Wertschöpfungsketten entstehen, tauchen in einer Majorität der Einzelunternehmen weder in Bilanzen noch in Kostenplanungen auf (Becker 2021: 68f.). Solche negativen externen Effekte wirken sich im Sinne einer klassischen ökonomischen Theorie sogar förderlich aus, da sie

weitere Wirtschaftstätigkeit bedingen (vgl. Göpel 2021: 79). Aggregierte Daten stammen aus dem Wissenschaftssystem und werden nahezu ausschließlich dort Kommunikationsgegenstand, weswegen sie die Wirtschaftsunternehmen kaum irritieren. Die marktkonforme Rationalität eines Unternehmens zeigt sich nur »in detaillierten, aber eben kleinen Formaten. [...] Die Beobachtungsinstrumente sind [...] hochaggregierte Daten, die niemanden sonst [außer der Wirtschaftspolitik] in der Wirtschaft interessieren« (Luhmann 2020a: 205). Die Fortführung der Kommunikation via Medien, Geld und Eigentum wird davon nicht berührt. Die Wirtschaftsunternehmen irritieren diese Daten allenfalls über programminhärente Erwartungen⁶ an das Nachfrageverhalten. Den Kosten, die durch die Folgen des Klimawandels entstehen, bleiben die (meisten) Subsysteme des Funktionssystems Wirtschaft gegenüber indifferent. Dies gilt mit Ausnahme derjenigen Unternehmen, die direkt negativ (Nichthaben) oder positiv (Haben) von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Darunter fallen z.B. Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Rückversicherer, die mit »Risikopooling« (Leppert et al. 2021: 17, Richter/Schiller 2021: 279, Latif 2022: 63) auf den Klimawandel reagieren oder die Hersteller von Klimaanlage (Jim 2015: 55), also Firmen, die sich mit der Abwicklung von Schäden, einer Resilienzsteigerung oder direkten Adaption an den Klimawandel befassen.

Obschon die Wissenschaft sich über den anthropogenen Klimawandel bereits lange Zeit im Klaren ist und dies über die Klimaschutzbewegung deutlich artikuliert wird, bewegen sich die Emissionen der deutschen Industrie seit 2010 auf relativ konstant bleibendem Niveau. Argumentation anhand von aggregierten Daten sind nur für die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnisse, bei Nachrichtenwertigkeit für Medien (vgl. Luhmann 2017: 42-51) und politische Aushandlungsprozesse von Belang, da sie das Medium für die stete Fortsetzung der Kommunikation in diesen Funktionssystemen sind. Für alle anderen Systeme sind Argumente Teil der Durchsetzung von Anpassungsanstrengungen an operativ konstruierte Umwelten (vgl. ebd.: 15) mit dem Ziele der Fortführung der internen Kommunikation. Es kann über den Umweg des Systems der Massenmedien (Mölders 2021: 198) gegangen werden, wobei sich soziale und professionalisierte Medien in der Auswahl von Nennung/Nichtnennung von Klimaaktivist:innen und -leugner:innen (Schäfer et al. 2018: 222-238), systemimmanenter Konstruktion von der

6 Diese Unterscheidung ist u.E. von großer Bedeutung. Waren werden nicht auf Grund von Nachfrageverhalten produziert, sondern auf Grund von Erwartungen von Produzenten an die Seite der Nachfrager:innen. Ohne diese Unterscheidung würde es ausschließlich erfolgreiche Unternehmen geben. Das Nachfrageverhalten ist zum Zeitpunkt der Produktion nicht vollständig bekannt, sondern beruht auf Annahmen unter bestimmungsbedürftigen Bedingungen. Die so genannte Konsument:innensouveränität ist in ihrer Macht über die Produktion u.E. geringer als oft angenommen. Erstens: Es gibt Orte auf der Welt mit sehr starker Nachfrage nach Nahrungsmitteln, die jedoch nicht bedient wird, da keine Zahlungsfähigkeit vorliegt (Luhmann 2021b: 380). Zweitens: Bei zahlungsfähiger Nachfrage ist es den Konsument:innen nicht möglich durch Kauf/Nichtkauf gegen das ausdifferenzierte Warenangebot zu protestieren. Drittens: Warenboykott ist stets ein Abwehrkampf gegen bereits produzierte Waren. Viertens: Sinkt die Kauflaune hinsichtlich bestimmter Warengruppen, werden in Wirtschaftskrisen staatlich subventionierte Kaufanreize geboten und/oder die Anbieter staatlich unterstützt, um Arbeitsplätze zu sichern. Fünftens führt Werbung Verbraucher:innen, insbesondere in Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit in die Irre (vgl. Schmidt/Donsbach 2012: 90, Luhmann 2017: 60).

Glaubwürdigkeit des Systems Wissenschaft (Rhombert 2012: 33f.) und auch der Möglichkeit einer indifferenten Haltung gegenüber dem Klimawandel wie z.B. in Russland (Neuner 2011: 209) stark unterscheiden. Von den professionalisierten Massenmedien wird von den Protestgruppen eine wohlwollende Verstärkerfunktion erwartet, die sich nicht immer erfüllt, was wiederum zu Schuldzuweisungen führen kann. Die sozialen Massenmedien dienen dann in fünf verschiedenen Aspekten als Kommunikation: *erstens* zu den professionalisierten Massenmedien, *zweitens* als Kommunikation über Massenmedien, *drittens* direkte Kommunikation zu den eigenen Anhänger:innen, *viertens* als Kommunikation zu den und *fünftens* über die Gegner:innen. Eine lose Kopplung zwischen Protest und Massenmedien kann es ermöglichen, dass in anderen Systemen »Erwartungserwartungen« (Luhmann 2020a: 32) geweckt werden. Dies wird von den Protestgruppen reflektiert und genutzt. Es bilden sich bereits in den lokalen Zusammenschlüssen von FFF differenzierte Arbeitsgruppen, die sich gezielt mit der Darstellung des Protestes in den Medien beschäftigen (vgl. hierzu auf einer Metaebene: Luhmann 2021c: 862). Die diskurskonjunkturrell unterschiedlich ausgeprägte massenmediale Kommunikation (Luhmann 2017: 32) nehmen Unternehmen wie z.B. Penny-Markt wahr. Penny bietet als Eigenmarke »Food for Future« in der Tiefkühltruhe an. Es vollzieht sich eine Adaption der Programmierung hinsichtlich eines erwarteten Kaufverhaltens. Die Convenience-Lebensmittel unter dem Label »Food for Future« sind vegan und die Emissionen werden durch einen Penny-Wald mit 16.000 Bäumen kompensiert (Penny 2021). Inwiefern es sich dabei um eine klimaschutzrelevante Aktion handelt, kann hier nicht geklärt werden. Die Strategie einer Nachahmung der systemischen Eigenlogik der Wirtschaft erscheint als weniger erfolgversprechender Weg als eine moralische Diskussion über die Medien, die daraufhin eine hilfreiche Konstruktion von zukünftigen Verbraucher:innenverhalten erzeugt.

Irritationsversuche durch die Anrufung des Systems Recht

Das dritte Funktionssystem, das wir hier untersuchen und auf das sich FFF auf den ersten Blick rekursiv bezieht, ist das Rechtssystem. FFF (2022) bezieht sich explizit auf Artikel 20a des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Gesetzestext ist ein Staatsziel und damit interpretationsbedürftig. Er kann ebenso zur Verhinderung des Baus von Windkraftanlagen herangezogen werden, wie zur Durchsetzung eines Tempolimits. Staatsziele sind *nicht* juristisch einklagbar. Bezüglich der Staatsziele hat der Gesetzgeber ein Einschätzungsprärogativ, d.h. die Auslegung obliegt nicht Subsystemen des Funktionssystems Recht, sondern Subsystemen des Funktionssystems Politik (vgl. Kersten 2022: 93). »Die Staatszwecke sind [...] für eine ideologische Funktion reserviert; sie dienen in ihrer globalen Fassung nicht als Entscheidungsprogramm« (Luhmann 2016b: 217). Es ist also eine fehlgeleitete Kategorisierung, wenn man hier annimmt, dass sich FFF auf das System Recht beziehe. Die Juridifikation im Stile einer Zweckmäßigkeitserwägung entspricht der Programmierungsnorm des Rechts, das nicht auf Zukunft rekurriert, sondern auf konditionale Zusammenhänge (vgl. Luhmann 2020b: 195-204). Die Forderung »der Staat [müsse] seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes [...] gerecht werden« (FFF 2022) obliegt einem Zirkelschluss, da der Gesetzgeber diesen

Artikel als Staatsziel selbst interpretieren kann. Dennoch diene Artikel 20a des Grundgesetzes als Begründungszusammenhang im Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der Frage der Verfassungskonformität des KSG aus dem Jahre 2019 (vgl. BVerfG 2021, 2656/18). Dies führte zu einer Irritation der Politik und einer Anpassung des Gesetzes (vgl. Deutscher Bundestag 2021). Das politische Kapital, das aus dem System Recht potentiell erwachsen kann, ist allerdings erstens eine Besonderheit Deutschlands (vgl. Abromeit/Stoiber 2006: 80) und zweitens sind Gerichtsurteile abhängig von den genannten Richter:innen und damit in gewissem Maße kontingent⁷.

Fazit und Ausblick

Die (Post-)Moderne zeigt sich beim Thema Ökologie, wie auch in vielen anderen (Protest-)Themen im *shift* von Gefahren, die aus der Natur drohen, zu Risiken⁸, die der Mensch eingeht. Dies erweist sich als paradoxe Situation: *Einerseits* verursacht die Effizienzsteigerung der Arbeitsleistung, die Konsummöglichkeiten bietet, die Klimakrise. *Andererseits* bietet die technisch-wissenschaftliche Entwicklung die Möglichkeit, die Klimakrise zu erkennen, zu benennen, ihre Ursachen zu identifizieren, diese massenmedial zu verbreiten und durch technischen Fortschritt sogar der Atmosphäre Treibhausgase wieder zu entziehen oder sie über Jahrhunderte in unterirdischen Endlagern zu speichern sowie durch technische Innovationen, resilient gegenüber bevorstehenden Wetterextreme zu werden und die Städte hitzefest zu machen. Wissenschaft und Technik erheben Gefahren aus der Natur zu Risiken, die der Mensch eingeht und so auch lernt, damit umzugehen. Die Kehrseite: Das Risiko der Einen wird zur Gefahr der Anderen. Der- oder diejenige, der/die ein Risiko eingeht, kalkuliert mögliche Folgen ein, aber nicht zwingend aus ganzheitlicher Sicht. »Als Gefahr [hingegen] kann man jede nicht allzu unwahrscheinliche negative Einwirkung auf den eigenen Lebenskreis bezeichnen, etwa die Gefahr, dass ein Blitz einschlägt und das Haus abbrennt« (Luhmann 2020a: 362, vgl. auch Luhmann 2020b: 141f.). Mit der Mehrung von Wissen, der Verbreitung dieses Wissens und technischer (Weiter)entwicklung, also »Gefahrenabwehrmöglichkeiten« (ebd.: 364) verwandeln sich immer mehr Gefahren in Risiken. Die Risiken, die der Globale Norden eingeht, indem er profit-, stimmen- und wohlstandsmaximierend wirtschaftet – so das mitschwingende Narrativ – verschafft sich gleichzeitig eine Erhöhung der Handlungsmöglichkeiten zur Eindämmung und zur Ausweitung der Klimakrise. Die Funktion der Schuld, die durch Entscheidungsfreiheit gegeben erscheint, ist die Chance zur Erlösung. Diese bietet FFF als Plattform für entschuldigende Tätigkeit und kann dadurch moralischen Druck produzieren. Unklar aber bleibt oftmals unter welchen Bedingungen moralischer Druck, Wirkung entfaltet und diesen über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten kann. Hier kann unser Beitrag nur erste vorsichtige Zwischenergebnisse liefern. Bislang konnten wir

7 »Sie [die Verfassungsgerichtsbarkeit] versteht sich als Kontrolle der Werteabwägung, ersetzt damit aber nur ein Gutdünken durch ein (eventuell) anderes.« (Luhmann 2020b: 231).

8 Z.B. macht die Entwicklung von Impfstoffen und deren Erreichbarkeit für das Subjekt aus der Gefahr *Krankheit*, ein Risiko, das man mehr oder minder wissentlich eingeht.

folgenden Satz Luhmanns nicht falsifizieren: »Nur im Ausnahmefall bringen Umweltveränderungen ein mit sich selbst beschäftigtes Funktionssystem zur Resonanz, nur in Ausnahmefällen stören und verändern sie die Bedingungen der laufenden Reproduktion systemspezifischer Kommunikationen« (Luhmann 2004: 219), was schlechtestenfalls aus evolutionärer Sichtweise nichts anderes bedeutet als, »dass Systeme eliminiert werden, die einem Trend der ökologischen Selbstgefährdung folgen« (ebd.: 38). Diese Aussicht Luhmanns scheint sich – angesichts der Entwicklung der Emissionen, der Entwicklung der Annäherung an neun planetare Grenzen (Steffen et al. 2015) sowie den Grenzen und Nebenwirkungen der negativen Emissionstechnologien – immer wahrscheinlicher zu verwirklichen. Gesellschaften verändern sich im Normalfall in einem viel trägeren Prozess als z.B. Inglehart (1977) mit seiner These der *Silent Revolution* optimistisch angenommen hat. Es scheint, dass wir uns der Erkenntnis stellen müssen, dass wir werden »lernen müssen mit dieser Gesellschaft zurechtzukommen. Es ist keine andere in Sicht« (Luhmann 2016a: 52, vgl. auch Luhmann 2011c: 1117) bzw. war zu lange *nur* in Sicht. Die große gesellschaftliche Transformation vollzieht sich allem Anschein nach wesentlich langsamer als die destruktive physikalisch-chemische Einwirkung des Menschen auf das für ihn sehr gut funktionable Ökosystem Erde. Jedes System arbeitet daran, sich veränderten Gegebenheiten anzupassen. Die Gefahr besteht darin, dass diese enorme adaptive Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Systems letztendlich insgesamt zu Umweltbedingungen führt, die eine Ausdifferenzierung in Systeme, wenn nicht verunmöglicht, so doch eklatant erschwert.

Literatur

- Abromeit, Heidrun/Stoiber, Michael (2006): Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Allison, Thomas H./Grimes, Matthew/McKenny, Aaron F./Short, Jeremy C. (2021): »Occupy Wall Street ten years on: How its disruptive institutional entrepreneurship spread and why it fizzled«, in: Journal of Business Venturing Insights, Jg.16, e00285.
- Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas (2018): »The elephant curve of global inequality and growth«, in: AEA Papers and Proceedings Jg.108 2018, S. 103-108.
- Anger, Christina/Geis, Wido (2017): »Bildungsstand, Bildungsmobilität und Einkommen. Neue Herausforderungen durch die Zuwanderung«, in: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung Jg.44 Nr.1 2017, S. 43-58.
- Augustin, Kersten (2021): »Brauchen wir eine grüne RAF?«, in: TAZ am Wochenende vom 19.12.2021.
- Becker, Matthias M. (2021): Klima, Chaos, Kapital. Was über den Kapitalismus wissen sollte, wer den Planeten retten will. Köln: Papyrossa.
- Blühdorn, Ingolfur (2018): »Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft«, in: Berliner Journal für Soziologie Jg.28, S. 151-180.
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020): »H2-Atlas – Potenzialatlas Grüner Wasserstoff (Westafrika und südliches Afrika)«. Online verfügbar

- unter: https://www.fona.de/medien/pdf/200831_PH2-ATLAS_AFRIKA_-_Potenzialatlas_Gruener_Wasserstoff_in_Afrika.pdf
https://www.fona.de/medien/pdf/200831_PH2-ATLAS_AFRIKA_-_Potenzialatlas_Gruener_Wasserstoff_in_Afrika.pdf.
 Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- BVerfG, Bundesverfassungsgericht (2021): Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021. Online verfügbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/e/rs20210324_1bvr265618.html. Zuletzt aufgerufen am 27.04.2022.
- Demirović, Alex (2022): »Kapitalistischer Staat und Pandemie (Teil 1)«, in: PROKLA. – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Bd.52, S. 11-32.
- Deutscher Bundestag (2021): »Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes«, in: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/30230 vom 02.06.2021. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/302/1930230.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Doppelbauer, Martin (2020): Umwelteinflüsse. Grundlagen der Elektromobilität. Springer Vieweg, Wiesbaden, S. 351-391.
- FFF (2022): Unsere Forderungen. Online verfügbar unter: <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- FFF Duisburg (2022): NRW-Zentralstreik in Oberhausen. Online verfügbar unter: <https://fff-du.de/event/nrw-zentralstreik-in-oberhausen-2/>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2018): »Öffentlichkeitsbeteiligung durch private Akteure: Eine empirische Analyse des deutschen Verfahrens zur Erstellung von Netzentwicklungsplänen«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 245-267.
- Franzen, Jonathan (2020): Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen? Gestehen wir uns ein, dass wir die Klimakatastrophe nicht verhindern können, Hamburg: Rowolth.
- Fuss, Sabine/Canadell, Josep G./Peters, Glen P./Tavoni, Massimo/Andrew, Robbie M./Ciais, Philippe/Jackson, Robert B./Jones, Chris D./Kraxner, Florian/Nakicenovic, Nebosja/Le Quéré, Corinne/Raupach, Michael R./Sharifi, Ayyoob/Smith, Pete/Yamagata, Yoshiki (2014): »Betting on negative emissions«, in: Nature climate change 4.10, S. 850-853.
- Fuss, Sabine/Lamb, William F./Callaghan, Max W./Hilaire, Jérôme/Creutzig, Felix/Amann, Thorben/Beringer, Tim/Garcia, Wagner de Oliveira/Hartmann, Jens/Khanna, Tarun (2018): »Negative emissions – Part 2: Costs, potentials and side effects«, in: Environmental Research Letters Jg.13, Nr.6.
- Göpel, Maja (2021): Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Berlin: Ullstein.
- Groß-Langenhoff, Dirk (2022): Fridays for Future: 600 Teilnehmer setzen Zeichen gegen Abholzung. Online verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/nrw-zentralstreik-fridays-for-future-oberhausen-sterkrader-wald-100.html>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Hellmann, Kai-Uwe (1996): Systemtheorie und neue soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- IEA, International Energy Agency (2016): »Decoupling of global emissions and economic growth confirmed«, IEA News vom 16.03.2016. Online verfügbar un-

- ter: <https://www.iea.org/news/decoupling-of-global-emissions-and-economic-growth-confirmed>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- IEA, International Energy Agency (2022): Global Energy Review: CO₂ Emissions in 2021 Global emissions rebound sharply to highest ever level. Online verfügbar unter: <https://iea.blob.core.windows.net/assets/c3086240-732b-4f6a-89d7-dbo1be018f5e/GlobalEnergyReviewCO2Emissionsin2021.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Inglehart, Roland (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Jim, Chi Yung (2015): »Assessing climate-adaptation effect of extensive tropical green roofs in cities«, in: Landscape and Urban Planning, Jg. 138, S. 54-70.
- Kasten, Peter/Heinemann, Christoph (2019): Keine Selbstläufer: Klimaschutz und Nachhaltigkeit durch PtX. Diskussion der Anforderungen und erste Ansätze für Nachweiskriterien für eine klimafreundliche und nachhaltige Produktion von PtX-Stoffen. Berlin: Öko-Institut e.V.
- Kersten, Jens (2022): »Die dritte Revolution. Plädoyer für ein ökologisches Grundgesetz«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 2022, S. 91-102.
- Kiel, Viola (2022): Sachsen beschließt Abstandsregel für Windkraftanlagen – Grüne stimmen zu. In: Spiegel Online 1.6.2022. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/windenergie-sachsen-stimmt-fuer-abstandsregel-mit-den-stimmen-der-gruenen-a-b7948270-ab60-4a8b-97f7-fee2e0a9c971>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Konicz, Thomasz (2020): Klimakiller Kapital. Wie ein Wirtschaftssystem unsere Lebensgrundlagen zerstört, Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Kraftfahr-Bundesamt (2022a): Fahrzeugzulassungen (FZ). Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Fahrzeugalter 1. Januar 2022. Online verfügbar unter: https://www.kba.de/SharedDocs/Downloads/DE/Statistik/Fahrzeuge/FZ15/fz15_2022.pdf?__blob=publicationFile&v=5. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Kraftfahr-Bundesamt (2022b): Jahresbilanz. Online verfügbar unter: https://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Neuzulassungen/Jahresbilanz_Neuzulassungen/jahresbilanz_node.html. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Kühl, Michael (2021): »Energie neu denken – Notwendiger kommunikativer Wandel in Zeiten des Klimawandels«, in: Tagungsband: Energie neu denken, 2. Innovationskongress. Online verfügbar unter: https://studium.hs-ulm.de/de/research/Documents/EnergieNeuDenken_Tagungsband.pdf#page=5. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Kunze, Conrad/Pfeiffer, Mareen (2018): »Tiefe Geothermie – Proteste statt Beteiligung«, in: Lars Holstenkamp/Jörg Radtke (Hg.), Handbuch Energiewende und Partizipation, Wiesbaden: Springer VS, S. 665-682.
- Latif, Mojib (2022): Countdown. Unsere Zeit läuft ab – was wir der Klimakatastrophe noch entgegensetzen können. Freiburg, Basel, Wien: Herder.
- Leppert, Gerald/Köngeter, Alexandra/Moull, Kevin/Nawrotzki, Raphael/Römling, Cornelia/Schmitt, Johannes (2021): Evaluierung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel: Instrumente zum Umgang mit residualen Klimarisiken. Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval). Online

- verfügbar unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-76133-2>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Löwy, Michael (2016): Ökosozialismus. Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe, Hamburg: Laika.
- Luhmann, Niklas (2004 [1986]): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? 4. Auflage, Wiesbaden: Springer.
- Luhmann, Niklas (2016a [1996]): Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen, 5. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2016b [1973]): Zweckbegriff und Systemrationalität, 7. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2017 [1995]): Die Realität der Massenmedien, 5. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.
- Luhmann, Niklas (2018 [1992]): Die Wissenschaft der Gesellschaft, 8. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2020a [2008]): Die Moral der Gesellschaft, 5. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2020b [1993]): Das Recht der Gesellschaft, 8. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2021a [1987]): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, 18. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2021b [1998]): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Bd. I, 11. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2021c [1998]): Die Gesellschaft der Gesellschaft Bd. II, 11. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Malins, Chris (2017): What role is there for electrofuel technologies in European transport's low carbon future?. Online verfügbar unter: https://www.transportenvironment.org/wp-content/uploads/2021/07/2017_11_Cerology_study_What_role_electrofuels_final_o.pdf. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Malm, Andreas (2020a): Klima|x, Berlin: Matthes & Seitz.
- Malm, Andreas (2020b): Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen. Berlin: Matthes und Seitz.
- Malm, Andreas (2022): »Sabotage jetzt und überall«, in: DER SPIEGEL, Nr. 21 vom 21.05.2022, S. 48/49.
- Markus, Till/Schaller, Romina LL.M. Eur./Gawel, Erik/Korte, Klaas (2021a): »Negativemissionstechnologien als neues Instrument der Klimapolitik: Charakteristischen und klimapolitische Hintergründe«, in: Natur und Recht, Heft 43, S. 90-99. Online verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s10357-021-3804-8>. Zuletzt aufgerufen am 27.04.2022.
- Markus, Till/Schaller, Romina LL.M. Eur./Gawel, Erik/Korte, Klaas (2021b): »Negativemissionstechnologien und ihre Verortung im Regelsystem internationaler Klimapolitik«, in: Natur und Recht, Heft 43, S. 153-158. Online verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s10357-020-3755-5>. Zuletzt aufgerufen am 27.04.2022.

- Minx, Jan C. (2015): »Klimapolitiker verlassen sich auf CO₂-Speicherung«, in: Wirtschaftswoche vom 15.12.2015. Online verfügbar unter: <https://www.wiwo.de/technologie/green/eine-stille-wette-klimapolitiker-verlassen-sich-auf-co2-speicherung/13553440.html>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Mölders, Marc (2021): »Korrektur und Gesellschaft. Zur Aktualisierung differenzierungstheoretischen Gestaltungsdenkens«, in: Zeitschrift für theoretische Soziologie. Jg. 10 H.2, S. 196-209.
- Müller, Tadzio (2022): Tweet von Tadzio Müller. Online verfügbar unter: https://twitter.com/MuellerTadzio/status/1498668165265604614?ref_src=twsrc%5Egoogle%7Ctwc amp%5Eserp%7Ctwgr%5Etweet. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Neuner, Monika (2011): »Klimabewegungen in Russland. Chancen und Probleme ihrer transnationalen Vernetzung«, in: Achim Brunnengraber (Hg.), Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209-232.
- Neupert-Doppler, Alexander (2021): »Green Deal als »Ende der freien Gesellschaft«? Zur dystopischen Gegenmobilisierung der AfD«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 2021, Bd.51 Nr.202, S. 115-129.
- Oxfam (2022): »Profiting from Pain – The urgency of taxing the rich amid a surge in billionaire wealth and a global cost-of-living crisis«. Online verfügbar unter: <https://www.oxfam.org/en/research/profitting-pain>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Penny (2021): »Baumpflanzaktion – PENNY forstet auf«, in: one – Magazin der REWE Group vom 03.11.2021. Online verfügbar unter <https://one.rewe-group.com/magazin/magazin-artikel/item/Article/showMag/penny-forstet-auf>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Peukert, Helge (2021): Klimaneutralität jetzt! Politiken der Klimaneutralität auf dem Prüfstand, Marburg: Metropolis.
- Powell, James (2019): »Scientists Reach 100 % Consensus on Anthropogenic Global Warming«, in: Bulletin of Science, Technology & Society, Jg.37, S. 183-184.
- Rau, Jan P./Stier, Sebastian (2019): »Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien?«, in: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft Jg.13, S. 399-417.
- Reese-Schäfer, Walter (1999): Niklas Luhmann, Eine Einführung. Hamburg: Junius.
- Richter, Andreas/Schiller, Jörg (2021): »Versicherungsschutz für Elementarrisiken«, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 70(3), S. 273-281.
- Rhomberg, Markus (2012): »Wissenschaftliche und politische Akteure in der Klimadebatte«, in: Irene Neverla/Mike S. Schäfer (Hg.), Das Medien-Klima. Fragen und Befunde der kommunikationswissenschaftlichen Klimaforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29-45.
- Ruddat, Michael/Sonnberger, Marco (2019): »Von Protest bis Unterstützung – eine empirische Analyse lokaler Akzeptanz von Energietechnologien im Rahmen der Energiewende in Deutschland«, in: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 71, S. 437-455.

- Schäfer, Mike S./Post, Senja/Schwab, Rafael/Kleinen-von Königsłow, Katharina (2018): »Transnationalisierte Öffentlichkeit und Klimapolitik«, in: Publizistik 63, S. 207-244.
- Scheffran, Jürgen (2022): »Klimaschutz für den Frieden. Der Ukraine-Krieg und die planetaren Grenzen«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, April/2022, S. 113-120.
- Schmidt, Adriane/Donsbach, Wolfgang (2012): »Grüne« Werbung als Instrument für »schwarze« Zahlen«, in: Publizistik Jg.57, S. 75-93.
- Schneidewind, Uwe (2015): »Transformative Wissenschaft-Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie«, in: GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society, 24(2), S. 88-91.
- Seibt, Naomi (2020): Naomi Seibt zum Thema Klimawandel (Sehr empfehlenswert) #naomiseibt #klimawandel. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=xQ2NaVKmEak>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Steffen, Will/Richardson, Katherine/Rockström, Johan/Cornell, Sarah/Fetzer, Ingo/Bennet, Elena/Biggs, Reinette/Carpenter, Stephen/Vries, Wim/Witt, Cynthia de/Folke, Carl/Gerten, Dieter/Heinke, Jens/Persson, Linn/Ramanathan, Veerabhadran/Reyers, Belinda/Sörlin, Sverker (2015): »Planetary Boundaries: Guiding human development on a changing Planet«, in: Science 347, 6223.
- Thielmann, Axel/Wietschel, Martin/Funke, Simon/Grimm, Anna/Hettesheimer, Tim/Langkau, Sabine/Loibl, Antonia/Moll, Cornelius/Neef, Christoph/Plötz, Patrick/Sievers, Luisa/Tercero Espinoza, Luis/Edler, Jakob (2020): »Batterien für Elektroautos: Faktencheck und Handlungsbedarf«. Karlsruhe: Fraunhofer ISI.
- TÜV (2022): Zukunft der Mobilität. Nachhaltig, digital, sicher. Online verfügbar unter: [https://www.tuev-verband.de/?tx_epxelo_file\[id\]=878103&cHash=058225fadc61f486b7a51dedcaa8b551](https://www.tuev-verband.de/?tx_epxelo_file[id]=878103&cHash=058225fadc61f486b7a51dedcaa8b551). Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- UBA, Umweltbundesamt (2021): »Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 %. Positiver Trend der Vorjahre setzt sich fort/40,8 Prozent Rückgang seit 1990«. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/treibhausgasemissionen-sinken-2020-um-87-prozent>. Zuletzt aufgerufen am 26.08.2022.
- Urbansky, Frank (2022): »Reicht der Wasserstoff für alle?«, in ATZe Elektronik 17.1, S. 8-13.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2020): Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration. Berlin: WBGU.
- Zilles, Julia/Schwarz, Carolin (2015): »Bürgerproteste gegen Windkraft in Deutschland Organisation und Handlungsstrategien«, in: BBSR, Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (Hg.), Ausbaukontroverse Windenergie, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6.2015, S. 669-679.

Energiewende, Kohleausstieg, Strukturwandel – die Rolle des Staates in der Reorganisation der Energieversorgung

Tobias Haas und Alexander Neupert-Doppler

Einleitung

Die Enttäuschung der Aktivist:innen von Fridays for Future war groß, als im Januar 2019 die Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel (KWSB, kurz: Kohlekommission) ihren Kompromiss vorstellte. Den Kern des Kompromisses bildeten ein Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2038, Zahlungen für den Strukturwandel in den betroffenen Revieren bzw. Bundesländern in Höhe von 40 Milliarden Euro sowie Kompensationen für die betroffenen Energiekonzerne und die stromintensive Industrie. Gleichwohl ließ der Beschluss der Kohlekommission viele Fragen offen, die in der Zwischenzeit im Rahmen des politischen Prozesses teilweise geklärt worden sind. Im Juli 2020 wurden das Kohleausstiegsgesetz und das Strukturstärkungsgesetz im Bundestag verabschiedet. Obgleich im Koalitionsvertrag der Ampelregierung festgehalten wurde, den Kohleausstieg *idealerweise* auf 2030 vorzuziehen, ist die Erreichung dieses Ziels auch angesichts des Krieges in der Ukraine und den damit verbundenen Veränderungen im Energiesektor unsicher.

Die Einsetzung, Arbeit und die Konkretisierung der Beschlüsse der Kohlekommission werfen ein Schlaglicht auf die Bedeutung des Staates und die räumliche Dimension der Energiewende. Diese stellt einen langfristigen Prozess dar, der nicht nur einfach einen Wechsel der Energieträger mit sich bringt, sondern eine umfassende räumliche Rekonfiguration der Energieinfrastrukturen und damit verbundener Macht- und Herrschaftsverhältnisse (vgl. Gailing/Röhring 2016). Es zeigt sich, »dass die Energiewende und die damit verbundenen räumlichen Veränderungen ein politisch umkämpftes Projekt sind, das von verschiedenen Akteuren auf unterschiedlichen Maßstabsebenen ausgehandelt wird« (Becker/Naumann 2017: 336). Der Kohleausstiegsbeschluss reiht sich ein in eine Vielzahl an Entwicklungen und kompromissvermittelten Arrangements in diesem Prozess, der seinen Anfang in den 1970er Jahren genommen hat. Die räumliche Konzentration des Kohlebergbaus und das sehr starke identitätspolitische Moment in den Kohlerevieren verdeutlichen nicht nur die Notwendigkeit einer geordneten Abwicklung des alten, fossil-nuklearen Energieregimes, sondern auch die Herausforderung,

Perspektiven für die Kohleregionen zu entwickeln (vgl. u.a. die Beiträge von Häfner/ Haas sowie Momberger/Bieckmann in diesem Band). Dies gilt insbesondere für die Lausitz, die durch den Kohlebergbau und eine starke gesellschaftliche Polarisierung in dieser Frage geprägt ist (vgl. Herberg/Gürtler/Löw Beer 2019). Auch in den anstehenden Strukturwandelprozessen spielt der Staat eine zentrale Rolle.

Die These unseres Beitrags lautet, dass der Staat in der Energiewende, dem Kohleausstieg und der Gestaltung des Strukturwandels bzw. der damit zusammenhängenden Regionalentwicklungsstrategien in der Lausitz eine ambivalente Rolle spielt, jedoch der Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie von zentraler Bedeutung ist. Einerseits weist der Staat eine gewisse Responsivität für Forderungen aus der Zivilgesellschaft und Auseinandersetzungen auf und treibt Alternativen zum fossil-nuklearen Energieregime voran. Andererseits orientiert sich der deutsche Staat in der Gestaltung der Energiewende, des Kohleausstiegs und des Strukturwandels in der Lausitz sehr stark darauf, das exportorientierte Modell Deutschland zu erneuern und nimmt damit eine Engführung der post-fossilen Entwicklungspfade vor.

Um die ambivalente Energiepolitik in Deutschland zu analysieren, greifen wir auf Ansätze der Materialistischen Staatstheorie (MST) zurück, die den Staat sowohl als abhängig von der Kapitalakkumulation als auch als Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse deuten. Um die räumliche Rekonfiguration der Energieversorgung und damit verbundener Regionalentwicklungsstrategien fassen zu können, braucht es die Verbindung der MST mit der Kritischen Geographie. Diesen theoretischen und methodischen Zugang entwickeln wir im nächsten Abschnitt. Darauf aufbauend werden wir im ersten empirischen Teil des Beitrags die Auseinandersetzungen um die Energiewende und die Rolle des Staates darin analysieren. Daran anknüpfend erfolgt zuerst eine Analyse des Kohleausstiegs und dann des Strukturwandels bzw. der Regionalentwicklung in der Lausitz, die sich über die Bundesländer Brandenburg und Sachsen erstreckt. Die Analyse des Kohleausstiegs wird fundiert durch 15 Interviews mit Mitgliedern oder Sherpas (Assistent:innen der Mitglieder) der Kohlekommission, die einen fundierten Einblick in Verhandlungsdynamiken, Interessen und Netzwerkstrukturen ermöglicht haben (vgl. Löw Beer et al. 2021). Im Schlussteil werden wir die Ergebnisse zusammenfassen und begründen, warum ein multiskalares Verständnis von Staatlichkeit hilfreich ist, um die räumliche Rekonfiguration der Energieversorgung analytisch zu durchdringen.

Materialistische Staatstheorie und Kritische Geographie

Die Ambivalenz des staatlichen Handelns in der Energiewende ist keineswegs zufällig. Um die sich wandelnden Inhalte staatlicher Energiepolitik und ihre regionalen Ausprägungen zu verstehen, ist es notwendig, den Staat selbst als soziale Form zu begreifen. Bernd Belina hat dafür das Verhältnis der Kritischen Geographie zur Materialistischen Staatstheorie konzeptualisiert, in dem sowohl Raum als auch der Staat als Resultat materieller sozialer Praxen begriffen werden: »Im Verhältnis ›Staat und Raum‹ stellt diese Materialität den ›Beitrag‹ der materialistischen Staatstheorie dar« (Belina 2013: 166). Dabei geht es nicht um einen naturalistischen Materialismus im Sinne von Natur als Materie, sondern um einen sozialen Materialismus im Sinne wirkmächtiger Praktiken.

Diese verdichten sich in den staatlichen Institutionen. Dabei ist es ein Ausgangspunkt, den modernen Staat als Territorial-Staat zu begreifen. Was allerdings lange Zeit nicht thematisiert wurde, ist die Einsicht, dass Territorien selbst und deren räumliche Untergliederung ein Resultat von vielfältigen Praktiken sind. »Der ›Beitrag‹ der Radical Geography im materialistisch gefassten Verhältnis von ›Staat und Raum‹ besteht also darin, herausgearbeitet zu haben, [...] dass der produzierte Raum auch als physisch-materieller zu begreifen ist, dessen Materialität immer nur als Produkt, Mittel und Terrain sozialer Praxis relevant ist« (ebd.: 170).

Bevor wir darauf eingehen können, welche Bedeutung unterschiedlichen Räumen, etwa dem Weltmarkt, dem nationalstaatlich verfassten Rechtsraum oder Wirtschaftsregionen im Kontext von Energiewende, Kohleausstieg und Strukturwandel zukommen, werden wir zunächst drei Analysedimensionen entwickeln, die sich aus der MST ergeben. Dabei stehen die Veränderungen von Staatlichkeit im Zentrum, die auch bedeutend für die Ausrichtung der Energiepolitik sind.

Wir fokussieren uns auf drei Analysedimensionen, die sich in der MST von Joachim Hirsch (2005) finden. Staat ist erstens zu verstehen als Besonderung der politischen Macht gegenüber Gesellschaft und Ökonomie, mit denen er nichtsdestotrotz unlösbar verbunden bleibt. Zweitens leisten moderne Staaten eine Verrechtlichung gesellschaftlicher Konflikte. Drittens ist staatliche Politik zu verstehen als Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Die »Besonderung des Staates« (Hirsch 2005: 59) gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft »erlaubt es, die durch grundlegende Widersprüche und Konflikte charakterisierte kapitalistische Gesellschaft bestandsfähig zu machen« (ebd.). Staaten erfüllen somit einerseits für die Ökonomie notwendige Funktionen, andererseits ist der Staat abhängig von der Besteuerung wirtschaftlicher Wertschöpfung. Heutzutage befindet sich jeder souveräne Nationalstaat in einem globalen Standortwettbewerb. Auf die Bedeutung dieser strukturellen Abhängigkeit für die deutsche Energiepolitik kommen wir in den folgenden beiden Abschnitten zu sprechen.

Eine zweite Besonderheit des Staates ist die »Verrechtlichung sozialer Beziehungen« (Hirsch 2005: 54). Im Rechtsstaat bestimmt nicht unmittelbare Gewalt die Austragung von Konflikten, diese werden vielmehr im Rahmen der staatlich garantierten Rechtsform ausgetragen. Als Beispiele für eine solche Verrechtlichung dienen uns im Folgenden die gesetzlichen Schritte zum Atom- bzw. Kohleausstieg, die zum Teil jahrzehntelange gesellschaftliche Auseinandersetzungen befriedet haben bzw. befrieden sollen.

Der Inhalt der entsprechenden Gesetzespakete lässt sich nicht aus der Form des Rechts selbst ableiten. Notwendig ist daher die Einführung einer dritten Analysedimension. Mit ihr begreifen wir Staat als »materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses« (Poulantzas 2002 [1978]: 159). Der Prozess der Verdichtung lässt sich, auch und gerade im Zusammenhang mit der Energiewende, dem Kohleausstieg und der Regionalentwicklung etwa in der Lausitz, anhand von dauerhaften und zeitweiligen Institutionen sowie ihrer Besetzung und Politiken beschreiben. In politischen Auseinandersetzungen übersetzt sich ökonomische Macht, z.B. von Wirtschaftslobbys, in politischen Einfluss. Nicos Poulantzas spricht daher von einem »Mechanismus struktureller Selektivität« (2002 [1978]: 165). Verschiedene Interessengruppen verfügen über unterschiedliche

Ressourcen und Zugänge, um ihre Anliegen gegenüber den Staatsapparaten zu vertreten. Poulantzas verwies bereits in den 1970er Jahren darauf, dass Konflikte im Staat auch räumlich konnotiert sind. Angesichts der Globalisierung des Kapitals und der Internationalisierung von Politik konstatierte er eine »Fraktionierung der Nation« und das »Wiederaufleben von Regionalismen« (Poulantzas 1973 zit.n. Wissen 2006: 219).

Trotz der oben eingeführten Strukturmerkmale kapitalistischer Staatlichkeit lässt sich ein Wandel von Staatlichkeit feststellen, der wiederum eng verbunden ist mit dem Wandel der Entwicklungsweise. Hirsch konstatiert, dass sich mit dem Beginn der Erosion der fordistischen Entwicklungskonstellation in den 1970er Jahren hin zu einer stark neoliberal geprägten Formation der Staat transformiert hat. Er verwendet dafür die Begriffe des Sicherheitsstaates für die fordistische Phase und des Wettbewerbsstaates für die Phase der neoliberalen Entwicklungsweise. Der fordistische Sicherheitsstaat zeichnete sich wesentlich durch einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates sowie des öffentlichen Sektors aus (vgl. Hirsch 1998: 78). Die Energieversorgung war über öffentliche Unternehmen (Stadtwerke und regionale Verbundunternehmen) ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge (vgl. Bontrup/Marquardt 2010). Unter Bedingungen einer zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung und erfolgreicher neoliberaler Kräfte erfolgte ab den 1970er Jahren und vorangetrieben durch die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl von 1982–1998 eine Transformation von Staatlichkeit: »Der ›Sicherheitsstaat‹ wurde zum historisch neuen Typ des ›nationalen Wettbewerbsstaats‹ umgeformt, dessen grundlegende politische Priorität in der Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen für ein grenzüberschreitend flexibel gemachtes Kapitel besteht« (Hirsch 1998: 9). Insofern erfolgte eine Aufwertung der Prinzipien des Wettbewerbs und der Eigenverantwortung, während die sozialen Sicherungssysteme abgebaut und der öffentliche Sektor reorganisiert und öffentliche Unternehmen vielfach privatisiert wurden. Im energiepolitischen Bereich bildet sich diese Entwicklung, wenn auch mit Verzögerung, in der Liberalisierung des Strommarktes in den späten 1990er Jahren, einer weitgehenden Privatisierung der vormals staatlichen Energieversorgungsunternehmen und einer verstärkten Dezentralisierung der Energieversorgung ab (vgl. Bontrup/Marquardt 2010).

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob sich angesichts der Verschärfung diverser Krisen der neoliberalen Entwicklungsweise, die sich unter anderem in einer Zuspitzung des Klimawandels und der damit verbundenen Politisierung etwa durch Fridays for Future oder auch durch das Erstarken des autoritären Populismus abbildet (vgl. auch die Beiträge von Freier/Schneider, Reusswig/Lass/Bock sowie Schweiger/Kretzer/Abdulnabi Ali in diesem Band), eine neue, stärker interventionistisch ausgerichtete Form von Staatlichkeit abzeichnet. Aktuell wird dies, auch angesichts staatlichen Krisenmanagements im Hinblick auf die Corona- oder Energiekrise, unter dem Schlagwort des Infrastrukturstaates diskutiert. Allerdings handelt es sich dabei unserer Einsicht nach bisher vorwiegend um die Intensivierung staatlicher Aufgaben, nicht um einen neuen Charakter von Staatlichkeit.

Unsere These ist, dass sich im Zuge der Auseinandersetzungen um die Energiewende, den Kohleausstieg und die Regionalentwicklung in der Lausitz bisher keine Abkehr von der Orientierung am Wettbewerbsstaat abzeichnet. Zum einen bleibt die Gestaltung der Energiewende stark an den Imperativen der globalen Standortkonkur-

renz ausgerichtet, zum anderen wird die Ausrichtung des Strukturwandels zu einem erheblichen Teil darauf orientiert, dass die Konkurrenzverhältnisse auch in regionalen und lokalen Räumen intensiviert werden.

Dabei zeigt sich, dass sich »die Prozesse der Verallgemeinerung von Interessen und ihr Staat-Werden auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen [...] vollziehen« (Brand 2008: 169). Im Folgenden analysieren wir die Verdichtung von Kräfteverhältnissen, aufbauend auf der Besonderung des Staates und der Verrechtlichung sozialer Beziehungen in der Energiewende, dem Kohleausstieg und dem beginnenden Strukturwandel in der Lausitz im ökologisch modernisierten Wettbewerbsstaat.

Politische Kräfteverhältnisse und ihre Verdichtung in der Energiewende

Die Auseinandersetzungen um die Energiewende und die Rolle des Staates lassen sich in drei Phasen rekonstruieren. In einer ersten Phase bis ins Jahr 2000 standen der Atomkonflikt und die ersten zaghaften Entwicklungsschritte der erneuerbaren Energien im Zentrum der Auseinandersetzung. »Der Atomstaat« (Jungk 1977), der auf den Ausbau der Atomenergie setzte, wurde von der Anti-AKW-Bewegung angegriffen, doch es wurden auch die Umweltbürokratie aufgebaut und über staatliche Förderprogramme der Grundstein für die Entwicklung der erneuerbaren Energien gelegt. In der zweiten Phase zwischen 2000 und 2011 wurde der Atomkonflikt befriedet und eine rasante Entwicklung der erneuerbaren Energien eingeleitet. Dies wurde möglich durch den Ausstiegsbeschluss von 2001 und die Verabschiedung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000. Damit wurde der Grundstein für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der entsprechenden Industriezweige (vorwiegend Wind- und Solarindustrie) gelegt. In der dritten Phase seit 2011 haben sich die Konflikte auf die Kohle verlagert und der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde deutlich ausgebremst. Dies geht zu einem bedeutenden Teil auf die Reformen des EEG und die Aufwertung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) gegenüber dem Bundesumweltministerium (BMU) zurück. In allen drei Phasen spielt der Staat eine ambivalente Rolle in der technologischen und räumlichen Reorganisation der Stromversorgung, wobei die wettbewerbsstaatliche Orientierung die Ausrichtung der Energiewende stark prägt (vgl. Haas 2017).

Der Beginn der Energiewende reicht bis in die 1970er Jahre zurück. Die aufkommende Anti-AKW-Bewegung war Teil eines gesellschaftlichen Protestzyklus der gerade entstehenden neuen sozialen Bewegungen, die auch andere ökologische Problemlagen adressierten. Bereits im Jahr 1961 zog Willy Brandt mit dem Slogan »Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden« in den Wahlkampf. Der Smog über der Ruhr ging zu einem wesentlichen Teil auf Kohleverstromung zurück, die bis in die späten 1960er Jahre hinein mehr als 90 Prozent der Stromgewinnung in der BRD ausmachte. Die Diversifizierung des Strommixes durch die Atomenergie stieß jedoch auf erbitterten Widerstand. Exemplarisch hierfür ist die Schrift »Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit« von Robert Jungk (1977). Die Stromversorgung war im fordistischen Sicherheitsstaat Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie wurde von Verbundunternehmen und Stadtwerken sichergestellt. Der Staat wurde von der Anti-AKW-Bewegung

vorwiegend als Treiber des Atomprogramms identifiziert (vgl. Sander 2016). Gleichzeitig reagierte der Staat auf die ökologische Herausforderung und begann in den 1970er Jahren die Umweltbürokratie stark auszubauen. Im Jahr 1974 wurde das Umweltbundesamt (UBA) als nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums gegründet, was eine Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen im institutionellen Gefüge des Staates abbildet.

Neben dem Widerstand gegen die Atomenergie kamen aus der Anti-AKW-Bewegung auch verstärkt Impulse zur Entwicklung erneuerbarer Energien. Programmatisch war dafür die Schrift »Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran« (Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980) des Öko-Instituts aus dem Jahr 1980, die mögliche Szenarien einer stärker regenerativ ausgerichteten Energieversorgung entwarf. Von staatlicher Seite wurde die Entwicklung der regenerativen Energieträger vorwiegend über Forschungsförderungsprogramme unterstützt. Dabei spielte auch das nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl im Jahr 1986 gegründete Bundesumweltministerium (BMU) eine wichtige Rolle. Gleichwohl waren in den 1980er und 1990er Jahren die erneuerbaren Energien wie Wind oder Photovoltaik in ihrer technologischen Reife weit davon entfernt, die fossil-nuklearen Energietechnologien ablösen zu können (vgl. Weidner 1995).

Dennoch verabschiedete der Bundestag im Jahr 1990 das sogenannte Stromeinspeisungsgesetz (StrEG), das erstmals feste Vergütungssätze für regenerativ erzeugten Strom (damals fast ausschließlich Wasserkraft) garantierte. In Reaktion auf Druck durch die EU, die übergreifende Binnenmarktlogik und die wettbewerbsstaatliche Neuausrichtung wurde im Jahr 1996 der deutsche Strommarkt liberalisiert. Ein verschärfter Wettbewerb sollte, so das Versprechen der Liberalisierungsbefürwortenden, zu sinkenden Preisen für die Verbraucher:innen führen. Es kam jedoch zu zahlreichen Fusionen und Übernahmen. Vier große Konzerne (RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW) teilten sich den Strommarkt auf, die Strompreise für Privathaushalte stiegen deutlich an (vgl. Becker 2011).

Es zeigt sich, dass in der ersten Phase der Energiewende bis zum Jahr 1998 das fossil-nukleare Energieregime bzw. die Atomenergie zwar im zivilgesellschaftlichen Kontext stark umkämpft war; es bildete sich jedoch noch keine alternative Akkumulationsstrategie heraus. Nach und nach wurde die Umweltpolitik innerhalb des deutschen Staatsapparateensembles aufgewertet, ab den 1980er Jahren wurden keine neuen Atomanlagen mehr gebaut und die erneuerbaren Energien im Bereich der Forschung und Entwicklung gefördert (vgl. Sander 2016).

Vor diesem Hintergrund kam es zu der paradoxen Situation, dass die wesentliche Konkurrenz der vier großen Stromkonzerne, die nicht nur über einen Großteil der Stromerzeugungskapazitäten, sondern auch über große Teile der Netze verfügten, ab dem Jahr 2000 die Träger der neuen grünen Kapitalfraktion darstellten (vgl. Haas/Sander 2016). In diesem Jahr verabschiedete der Bundestag unter der im Jahr 1998 gewählten rot-grünen Bundesregierung das EEG. Das Gesetz wurde gegen den Widerstand des zuständigen BMWi auf Initiative von im Wesentlichen vier Parlamentarier:innen durchgesetzt. Es weitete das System garantierter Einspeisevergütung für regenerativ erzeugten Strom mit technologiespezifischen Fördersätzen aus. Zugleich wurde in dem Gesetz eine besondere Ausgleichsregelung für die stromintensive Indus-

trie verankert, um Wettbewerbsnachteile für die deutsche Exportindustrie zu vermeiden. Nichtsdestotrotz stand das EEG von Anfang an unter Beschuss weiter Teile der deutschen Industrie (vgl. Hirschl 2008).

Um das EEG zu schützen, wurde die Zuständigkeit dafür mit Beginn der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2002 ins BMU verlagert. In der Folgezeit wurden die gesellschaftlichen Konflikte um den weiteren Ausbau der regenerativen Energien, die sich wesentlich in den diversen Novellen des Gesetzes verdichteten, innerhalb des Staatsapparateensembles abgebildet. Während das BMU den weiteren Ausbau verteidigte, versuchte das BMWi immer wieder die Energiewende auszubremsen. Neben dem Bedeutungszuwachs des Klimawandels und einer wachsenden Zustimmung für den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Bevölkerung gewannen die erneuerbaren Energien zunehmend auch an ökonomischer Bedeutung. Einerseits waren sie verbunden mit dem Versprechen der kommunalen Wertschöpfung – ein Versprechen, das besonders in strukturschwachen ländlichen Gebieten Gehör fand (vgl. Hirschl/Aretz/Böther 2010). Auch für Landwirt:innen und Hausbesitzer:innen wurden Investitionen in erneuerbare Energien attraktiv. Nicht zuletzt durch neue Energiegenossenschaften fand eine Dezentralisierung und zumindest partielle Demokratisierung der Energieversorgung statt. Neue Akteurslandschaften entstanden (vgl. Becker/Gailing/Naumann 2012). Darüber hinaus war die Energiewende gerade für den Maschinen- und Anlagenbau mit neuen Wertschöpfungspotenzialen verbunden und Teil von Regionalentwicklungsstrategien. Zahlreiche Solarzellenproduktionsstätten wurden in den ostdeutschen Bundesländern errichtet, der Windanlagenbau konzentrierte sich auf den norddeutschen Raum. Insofern bildete sich eine grüne Kapitalfraktion heraus, die auch politisch an Einfluss gewann (vgl. Haas/Sander 2016). Im Jahr 2003 wurde die Exportinitiative Erneuerbare Energien im BMWi gegründet und damit die deutsche Akkumulationsstrategie erneuert. Zwischen 2000 und 2011 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Branche der erneuerbaren Energien von 106.700 auf 416.100 an (vgl. O'Sullivan/Edler/Lehr 2018: 96). Insofern verband sich mit der Energiewende die Möglichkeit, das deutsche Exportmodell zu erneuern, die ökologische Modernisierung voranzutreiben und Regionalentwicklung zu betreiben (vgl. Haas 2017: 200ff.).

Parallel dazu gelang es der rot-grünen Bundesregierung, mit den AKW-Betreibern eine Übereinkunft zu erzielen, die allen AKW bestimmte Reststrommengen garantierte und in weiten Teilen der Anti-AKW-Bewegung auf heftige Kritik stieß. Den Konzernen ermöglichte der Kompromiss den profitablen Weiterbetrieb ihrer Anlagen weit über die genehmigte Betriebslaufzeit hinaus. Im Zuge der Einführung des Europäischen Emissionsrechtehandels (EU EHS) gelang es ihnen, dass in der ersten Periode zwischen 2005 und 2008 sämtliche Zertifikate kostenlos ausgegeben wurden. In dieser Zeitspanne generierten die Stromkonzerne immense *Windfall-Profits*¹ in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro.

Insofern organisierte der deutsche Staat einen energiepolitischen Kompromiss: Den Forderungen der Anti-AKW-Bewegungen wurde durch die Einführung des

1 Unter Windfall-Profits werden leistungslose Einkommen gefasst. Die Stromkonzerne konnten die kostenlos erhaltenen Zertifikate auf die Strompreise, die im Zuge des Merit-Order-Verfahrens gebildet werden, aufschlagen. Entscheidend ist dabei der Preis des Kraftwerks mit den höchsten Grenzkosten.

EEG und eines Atomausstiegsbeschlusses zumindest teilweise stattgegeben, während zugleich die ökologische Modernisierung des deutschen Kapitalismusmodells vorangetrieben wurde und sowohl die stromintensive Industrie (über die Besondere Ausgleichsregelung) als auch die Stromkonzerne (über lange Restlaufzeiten und den EU EHS) kompensiert wurden (vgl. Haas 2017: 212ff.). Im Vorfeld der Bundestagswahlen im Jahr 2009 starteten die Atomkonzerne eine Offensive, um eine Laufzeitverlängerung für ihre Reaktoren zu erwirken. Im Jahr 2010 wurde die weitere Laufzeitverlängerung beschlossen, aber nach dem Reaktorunglück von Fukushima und dem grün-roten Wahlerfolg in Baden-Württemberg im März 2011 schnell wieder zurückgenommen. In Kombination mit zahlreichen Großdemonstrationen der Anti-AKW-Bewegung wurden eine Expertenkommission eingesetzt, sechs Reaktorblöcke sofort abgeschaltet und ein neuerlicher Atomausstieg mit konkreten Abschaltenden für alle noch laufenden AKWs bis zum Jahr 2022 besiegelt (vgl. Sander 2016).

In der zweiten Phase der Energiewende zwischen 2000 und 2011 wurden der Atomkonflikt befriedet und zugleich der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert. Die Erneuerung der deutschen Akkumulationsstrategie ging einher mit der Entwicklung neuer regionaler Industriecluster mit Schwerpunkten in der Photovoltaik in den ost-deutschen Bundesländern und der Windenergie in Norddeutschland. Dieser Pfad wurde über staatliche Politiken und die Aufwertung des BMU im Jahr 2002 abgesichert.

Infolgedessen starteten weite Teile der deutschen Industrie, angeführt vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), eine Kampagne, um den Ausbau der erneuerbaren Energien auszubremsen und in eine stärker zentralistische Richtung zu drehen. Unterstützt wurde dieses Ansinnen auch vom im Mai 2012 ernannten Umweltminister Peter Altmaier, der die Debatte um die vermeintlich ausufernden Kosten des EEG aufgriff und die potenziellen Kosten der Energiewende auf eine Billion Euro bezifferte. Altmaier konnte in seiner Zeit als Bundesumweltminister aber keine große Novelle des EEG durchsetzen (vgl. Sander 2016). Die große Novelle des EEG sollte erst im Jahr 2014 erfolgen, nachdem Ende 2013 eine Große Koalition gewählt worden war.

In den Koalitionsverhandlungen wurde beschlossen, die energiepolitischen Kompetenzen im Wirtschaftsministerium unter der Leitung des damaligen SPD-Vorsitzenden und Vize-Kanzlers Sigmar Gabriel zu bündeln. Die EEG-Novelle von 2014 forcierte die Abkehr vom System garantierter Einspeisevergütung und die Hinwendung zu Ausschreibungsmodellen. Somit wurde die wesentliche Forderung des BDI nach einer stärker wettbewerblich ausgerichteten Förderung aufgegriffen. Während der Photovoltaik-Zubau bereits ab 2013 deutlich zurückgegangen ist, stieg der Windenergieausbau stark an, weil noch viele Investor:innen die garantierte Einspeisevergütung in Anspruch nehmen wollten (vgl. Haas 2017: 194ff.). So wurden im Jahr 2017 5,3 Gigawatt an neuen Windkraftkapazitäten installiert. Im Jahr 2018 betrug der Zuwachs lediglich 2,4 GW, im Jahr 2019 nur noch 1,1 GW (vgl. BWE 2021). Neben den bundespolitischen Entwicklungen sorgten auch die Einführung der 10H-Regelung in Bayern im November 2014 und wachsende Proteste gegen die Windenergie für einen zunehmend schleppenden Ausbau. In den Protesten vermischen sich häufig Anliegen wie etwa Naturschutz oder Fragen der prozeduralen und finanziellen Beteiligung der Anwohner:innen mit klimawandelskeptischen Orientierungen. Einige Akteure aus diesem Spektrum lehnen er-

neuerbare Energien rundweg ab, sind in dem Verband Vernunftkraft organisiert und stehen der AfD nahe (vgl. Eichenauer et al. 2018; Roßmeier/Weber/Kühne 2018 sowie u.a. die Beiträge von Glanz et al., Mokros/Schatzschneider und Teune in diesem Band).

Die Energiewende wurde unter dem Primat der wettbewerbsstaatlichen Orientierung vorangetrieben und zugleich ausgebremst. Die Veränderungen wurden ohne radikale Brüche umgesetzt, um sowohl die Forderungen aus der Gesellschaft als auch die Interessen der (Energie-)Wirtschaft zu Kompromissen zu führen. Der Ausbau und die Kompetenzverlagerung ins BMU ab dem Jahr 2002 bildet die gewachsene Bedeutung der Träger der Energiewende ab, während die Aufwertung des BMWi im Jahr 2013 deren Schwächung auch im Staatsapparateensemble anzeigt. Nichtsdestotrotz bleibt die Energiewende sowohl innerhalb als auch außerhalb des staatlichen Terrains umkämpft und eng verflochten mit der fortgesetzten Kapitalakkumulation im Rahmen des exportorientierten Modells Deutschlands (vgl. Sander 2016). Dieser Zusammenhang lässt sich auch am jüngsten Schritt der Energiewende festmachen: dem bis zum Jahr 2038 (*idealerweise* 2030) anvisierten Kohleausstieg, der zugleich eng verknüpft ist mit der räumlichen Dimension der Energiewende.

Klimabewegung und Verrechtlichung des Konflikts durch das Kohleausstiegs- und das Strukturstärkungsgesetz

In der Phase des fordistischen Sicherheitsstaates wurde der Kohlebergbau in der BRD massiv ausgeweitet. Das größte Revier war im Ruhrgebiet, in dem große Steinkohlevorkommen lagerten. Im Jahr 2007 beschlossen das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) und die Bundesregierung, die Subventionierung des Steinkohlebergbaus Ende 2018 einzustellen. Damit wurde das Ende des Steinkohlebergbaus in Deutschland besiegelt. Während der Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau über die Reviergrenzen hinaus wenig Beachtung fand und primär durch ökonomische Motive getrieben war, geht der bis zum Jahr 2038 anvisierte Kohleausstieg auf breite gesellschaftliche Auseinandersetzungen zurück.

Nach dem Atomausstiegsbeschluss 2011 haben sich die Konflikt dynamiken zunehmend auf die Kohle verlagert. So fanden ab dem Jahr 2015 regelmäßig Massenaktionen zivilen Ungehorsams des »Ende Gelände«-Bündnisses im Rheinischen Revier oder in der Lausitz statt (vgl. Bosse 2017). Die Auseinandersetzungen spitzten sich im Hambacher Wald, der dem rheinischen Braunkohlebergbau komplett weichen sollte, stark zu. Damit gelang es der Klimagerechtigkeitsbewegung, einen Ort zu schaffen, an dem sich die Konflikte verdichteten. Laut Meinungsumfragen gab es eine deutliche Zustimmung für einen schnellen Kohleausstieg und den Erhalt des Hambacher Forsts, wenngleich in den Kohlerevieren die Zustimmung zur Fortführung des Kohlebergbaus insgesamt höher gewesen ist, d.h., die Zustimmung für den Kohleausstieg entwickelte sich räumlich differenziert (vgl. Rinscheid 2018; für aktuelle Ergebnisse vgl. Momberger/Bieckmann in diesem Band).

Zudem wurde im Jahr 2018 durch Fridays for Future und Extinction Rebellion der Klimawandel stark politisiert, während Deutschland im Jahr 2018 mit einer Reduktion der Emissionen von nur 31,7 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 sein Ziel von minus

40 Prozent deutlich zu verfehlen schien.² Darüber hinaus waren, anders etwa als beim ersten Atomausstiegsbeschluss aus dem Jahr 2001, die erneuerbaren Energien soweit entwickelt, dass sie absehbar in wenigen Jahrzehnten die Stromversorgung komplett abdecken können. Während auf der einen Seite also ein starker Druck aus dem klimapolitisch orientierten Spektrum der Zivilgesellschaft entwickelt wurde und zugleich vor dem Hintergrund der Reform des EU EHS die Gefahr bestand, teurer werdende Emissionszertifikate kaufen zu müssen, gab es auf der anderen Seite erhebliche Widerstände gegen einen Kohleausstieg.

Die Widerstände hatten auch eine regionalpolitische Komponente. In allen drei Braunkohlerevieren hat die Kohle eine starke identitätspolitische und wirtschaftliche Bedeutung. So hängen etwa 18.500 Arbeitsplätze in den Revieren direkt an der Kohle (vgl. Oei et al. 2019: 72). Insbesondere in den strukturschwachen Gebieten des Lausitzer und des Mitteldeutschen Reviers, die die Erschütterungen des Transformationsprozesses nach der Wende schultern mussten, gibt es erhebliche Widerstände gegen den Kohleausstieg (vgl. Herberg/Gürtler/Löw Beer 2019 sowie Häfner/Haas in diesem Band). Diese wurden auch durch die damals erstarkende AfD weiter befeuert, die sich vor dem Hintergrund ihrer klimaskeptischen Ausrichtung glaubhaft als konsequente Verteidigerin des heimischen Kohlebergbaus positionieren konnte (vgl. Haas 2020). Die Proteste gegen einen Kohleausstieg wurden auch stark von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) als zentraler Interessensorganisation der Beschäftigten, den Kohlekonzernen (insbesondere von RWE und der LEAG), aber auch den Landesregierungen von NRW, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt getragen. Zudem gab es auch innerhalb der deutschen Industrie eine breite Ablehnung eines schnellen Ausstiegs aus der Kohle. Diese räumlich und zivilgesellschaftlich-ökonomisch verschränkte Konfliktkonstellation spitzte sich zu, als sich im Frühjahr 2018 nach längeren Verhandlungen wieder eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet hatte. Da die Große Koalition nicht in der Lage gewesen ist, diesen Konflikt zu befrieden, wurde, wie in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, eine 31-köpfige Kohlekommission am 6. Juni 2018 eingesetzt – so die Einschätzung mehrerer Interviewpartner:innen (Interviews BDEW, BDI, DNR).

Die Kommission wurde von vier Vorsitzenden geleitet: dem ehemaligen Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, den ehemaligen Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsens, Matthias Platzeck (SPD) und Stanislaw Tillich (CDU), sowie der Klima- und Energieökonomin Barbara Praetorius. Vertreten waren in der Kommission vorwiegend Verbände – etwa der BDI, der Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) oder die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) auf Seiten der Unternehmensverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die IG BCE und die vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Darüber hinaus waren drei Umweltverbände vertreten: der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bund

2 Zwar wurden in Folge der Corona-Pandemie und der damit verbundenen wirtschaftlichen Rezession im Jahr 2020 8,7 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen als im Jahr zuvor und damit eine Reduktion von 40,8 Prozent gegenüber 1990 erreicht, allerdings stiegen im Jahr 2021 die Emissionen deutlich an. Die Emissionsverminderung gegenüber 1990 betrug im Jahr 2021 nur noch 38,7 Prozent (vgl. UBA/BMWK 2022).

für Umwelt und Naturschutz (BUND) sowie Greenpeace. Weiterhin waren zahlreiche Wissenschaftler:innen, aber auch Lokalpolitiker:innen sowie Antje Grothus und Hannelore Wodtke als Tagebaubetroffene aus dem rheinischen- und dem Lausitzer Revier vertreten.

Während der Kommissionsarbeit kristallisierten sich vier wesentliche Konfliktlinien heraus: Erstens ging es um einen Ausstiegspfad aus der Kohle, wobei sowohl das Enddatum als auch die Festlegung von konkreten Zwischenzielen umkämpft waren. Zweitens ging es um die Kompensationen für die Kohlekonzerne. Drittens wurde über mögliche Kompensationszahlungen für die stromintensive Industrie gerungen, der in Folge des Kohleausstiegs steigende Strompreise drohten. Viertens wurde bereits innerhalb der Kommission um die Höhe der Gelder für die Bewältigung des Strukturwandels und die Verfügungsgewalt darüber gestritten (Interviews BDI, DNR). Während des von allen Beteiligten als sehr chaotisch und intransparent beschriebenen Kommissionsverlaufs formierten sich schnell Koalitionen. Für etwa ein Drittel der Kommissionsteilnehmer:innen hatte ein schneller, verbindlicher Kohleausstieg, der im Einklang mit den klimapolitischen Verpflichtungen Deutschlands steht, oberste Priorität. Dazu zählten die Vertretungen der Umweltverbände, diverse Wissenschaftler:innen und die Tagebaubetroffenen Antje Grothus und Hannelore Wodtke. Auf der anderen Seite setzten sich vor allem der BDI, die BDA und die drei Gewerkschaftsvertretungen dafür ein, möglichst lange an der Kohleverstromung festzuhalten. Der BDEW hingegen nahm eine Mittlerposition ein (Interview DNR), was auch darauf zurückzuführen ist, dass sich der Verband im Zuge der Konflikte um den Atomausstieg 2011 modernisiert und geöffnet hat für Unternehmen aus der regenerativen Energiewirtschaft. Gleichwohl waren die Verbände der regenerativen Energiewirtschaft in der Kohlekommission nicht repräsentiert und konnten entsprechend nicht ihre Forderung nach einem raschen Kohleausstieg artikulieren.

Darüber hinaus machten insbesondere die drei ostdeutschen Landesregierungen massiv Druck auf die Kommission. Diese bemängelten in einem offenen Brief, dass sie nicht an der Kommission beteiligt wurden und warnten vor einem überhasteten Ausstieg aus der Kohle (vgl. BUND 2018). Als Drohkulisse diente dabei die AfD, der die Aussicht auf einen schnellen Kohleausstieg bei den Wahlen im Jahr 2019 (Europawahl im Mai und Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg im September) weiteren Auftrieb gegeben hätte – so lautete jedenfalls das Argument vor allem der Gegner:innen eines schnellen Kohleausstiegs aus den ostdeutschen Bundesländern, das auch in den Verhandlungen der Kommission häufig vorgebracht wurde (Interviews BDI, DNR).

Nach einem überaus chaotischen Verhandlungsverlauf wurden in der Nacht zum 26. Januar 2019 die folgenden Beschlüsse gefasst: Der Kohleausstieg soll bis zum Jahr 2038 erfolgen, wenn möglich bereits 2035. Bis zum Jahr 2022 werden zusätzlich Kraftwerkskapazitäten im Umfang von sieben GW stillgelegt. Der Erhalt des Hambacher Forsts wurde als wünschenswert deklariert. Die betroffenen Reviere erhalten Strukturwandelgelder in Höhe von insgesamt 40 Milliarden Euro, den betroffenen Konzernen werden umfangreiche Kompensationszahlungen in Aussicht gestellt. Dieser Kompromiss wurde mit einer Gegenstimme von Hannelore Wodtke aus dem Lausitzer Revier angenommen. Sie begründete ihr Nein damit, dass die in der Lausitz von der Abbaggerung bedrohten Dörfer (etwa Proschim) durch den Vorschlag der Kommission nicht

bessergestellt werden und weiter in Unsicherheit leben müssen (vgl. Haustein-Teßmer 2019).

Gleichwohl handelte es sich bei dem Kommissionsbeschluss um einen unverbindlichen Vorschlag. Er war der Startpunkt für eine mehr als einjährige Auseinandersetzung um eine Verrechtlichung der Vorschläge der Kohlekommission, die durchaus große Ermessensspielräume gelassen hat.

Im Juli 2020 wurden das Strukturstärkungsgesetz und das Kohleausstiegsgesetz beschlossen. Diese beiden Gesetze regeln die zentralen Aspekte des Kohleausstiegs in Deutschland. Bereits der Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes hat harsche Kritik von den klimapolitisch orientierten Mitgliedern der Kommission hervorgerufen. Sie verfassten einen offenen Brief und kritisierten, dass nicht schon in den 2020er Jahren mehr Kraftwerke abgeschaltet werden, dass ein weiteres Kohlekraftwerk in Datteln (NRW) ans Netz gehen soll und dass die Große Koalition bei der Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien keinen Schritt weitergekommen ist (vgl. Zaremba 2020). Auf der anderen Seite wurden mit den Betreibern des Kohlebergbaus und der Braunkohlekraftwerke hohe Entschädigungszahlungen vereinbart, und die Konflikte um die Hoheit über die Strukturwandelgelder zwischen Bund, Ländern und Kommunen schwelen weiter (vgl. Herberg et al. 2020).

Der Kohlekompromiss und die Einsetzung der Kommission haben zeitweilig ihr Ziel erreicht, den Konflikt zu entschärfen, indem eine Verlagerung aus der Sphäre des Öffentlichen in eine geheim tagende Kommission stattgefunden hat. Im Rahmen der Kommission machten die Umweltverbände schmerzhaft Zugeständnisse – Kai Niebert, der Vorsitzende des DNR, verteidigte die Zustimmung mit den Worten »Besser schlechten Klimaschutz als gar keinen Klimaschutz« (Stauder 2019: o.S.). Im Gesetzgebungsprozess, der federführend vom BMWi geleitet wurde, wurden die klimapolitischen Ambitionen weiter abgeschwächt. Insofern zeigt sich, dass weiterhin die Priorisierung einer kostengünstigen und sicheren, kohlebasierten Stromversorgung stattfindet. Die strategischen Selektivitäten der Staatsapparate, insbesondere die starke Stellung des BMWi, wirkten im Zuge des Prozesses zu Ungunsten der klimapolitisch orientierten Akteure, die zudem in der Tendenz über geringere Ressourcen und Erfahrungen im Terrain der ministerialen Politik verfügen (Interview DNR). Insofern sichert der Kohleausstiegsbeschluss das exportorientierte Modell Deutschland und eine eher zaghafte ökologische Modernisierung ab, die deutlich hinter dem klimapolitisch Notwendigen zurückbleibt und zugleich die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie die privilegierte Position Deutschlands in der globalen Arbeitsteilung erneuern soll (vgl. Lachapelle/MacNeil/Paterson 2017).

Strukturwandel und Regionalentwicklung in der Lausitz

Nichtsdestotrotz handelt es sich bei dem Kohleausstieg um einen tiefgreifenden Einschnitt in der Lausitz, der den multiskalaren Staat vor große Herausforderungen stellt. Denn in der Lausitz fehlen sowohl ein klares Leitbild für den Strukturwandel, das als Orientierungspunkt dienen könnte (vgl. Späth/Rohracher 2010), als auch klare Zuständigkeiten für die Gestaltung des Prozesses. Insofern befindet sich der aus dem Koh-

leausstieg resultierende Strukturwandel in einem sehr frühen Stadium. Gleichwohl wird der Strukturwandel durch die wettbewerbsstaatliche Ausrichtung überformt. So wird etwa im von der Brandenburger Landesregierung im August 2020 verabschiedeten »Lausitzprogramm 2038« festgehalten: »Die **1. Priorität** hat im Strukturentwicklungsprozess die Stärkung und Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. [...] Als **2. Priorität** sollen Maßnahmen der Bildung und der Fachkräfteentwicklung dazu beitragen die regionale Wirtschaft weiter zu diversifizieren und bestehende Kompetenzen im Sinne zukunfts-fester Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln. [...] Die **3. Priorität** beinhaltet die Stärkung & Entwicklung der Lebensqualität & Vielfalt in der Region« (Staatskanzlei Brandenburg 2020: 17; Hervorhebungen im Original)

Der deutsche Teil der Lausitz umfasst sieben Landkreise, erstreckt sich vom Südosten Berlins bis kurz vor Dresden und hat eine Bevölkerung von knapp einer Million Menschen. Die wirtschaftlichen Indikatoren der Regionen fallen gegenüber dem Bundesdurchschnitt und auch dem Durchschnitt der jeweiligen Bundesländer durchweg unterdurchschnittlich aus. Allerdings gibt es regional starke Unterschiede. Der an Berlin angrenzende Landkreis Dahme-Spreewald weist überdurchschnittlich gute Wirtschaftsdaten aus (vgl. Greib et al. 2019: 16ff.).

Die Bedeutung einer regional differenzierten Betrachtungsweise der Lausitzer Entwicklungsperspektiven unterstreichen auch Berger et al. (2019: 9): »Trotz der Fülle an Studien zur Lausitz werden wichtige Aspekte bislang nur unzureichend bis gar nicht adressiert. So wird explizit oder implizit die Lausitz typischerweise als homogener Wirtschaftsraum behandelt. Eine teilsäumliche Differenzierung findet nicht statt. Politikempfehlungen ebenso wie wirtschaftliche Entwicklungspotenziale werden in aller Regel für die Gesamtausitz formuliert. Eine differenzierte Ausweisung besonders entwicklungsfähiger Klein- und Mittelzentren findet sich nicht.«

Worin besteht nun die Heterogenität der Lausitz? In ökonomischer Hinsicht lässt sich festhalten, dass insbesondere die Regionen in der Nähe der urbanen Zentren Berlin und Dresden (im Vergleich) prosperieren und dass der Bevölkerungsrückgang dort niedriger ist als in den Bergbauregionen, die sich um Cottbus und im nördlichen Teil der Oberlausitz konzentrieren. Darüber hinaus ist etwa der Spreewald stark touristisch geprägt, während in anderen Teilen der Bergbau und andere Industriezweige von großer Bedeutung sind.

Entsprechend schwierig ist es, ein kompromissvermitteltes Leitbild für den Strukturwandel zu finden, das als Orientierungspunkt dienen könnte (vgl. Späth/Rohracher 2010). Diese Schwierigkeit wird noch durch die institutionelle Konfiguration des Staates, konkreter: durch seine föderalstaatliche Struktur und die Zugehörigkeit der Region zu zwei Bundesländern, verschärft. So versuchte etwa die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) als Zusammenschluss der sieben Landkreise ein Leitbild für die Regionalentwicklung der gesamten Lausitz zu entwickeln. Dabei sollten den Landkreisen und den Kommunen eine entscheidende Rolle zugebilligt werden.

Gleichwohl beanspruchen auch die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen zentralen Einfluss auf die Regionalentwicklung und die Hoheit über die Vergabe der Strukturwandelgelder. Besonders die sächsische Landesregierung, in deren Gebiet auch Teile des Mitteldeutschen Reviers liegen, ist gegenüber einer Lausitzer Regionalentwicklungsstrategie skeptisch. Sowohl in der brandenburgischen Staatskanzlei als

auch im sächsischen Staatsministerium wurden Lausitzbeauftragte bestimmt. Neben Kompetenzfragen gibt es auch Konflikte darüber, wie innerhalb der Regionen die Gelder verteilt werden. So wird von Lokalpolitiker:innen aus Bergbaugebieten, die sich innerhalb der Lausitzrunde zusammengeschlossen haben, häufig von einer Kernbetroffenheit im Hinblick auf den Kohleausstieg gesprochen. Dieses Framing impliziert, dass die im Zuge des Kohleausstiegs zur Verfügung gestellten Gelder überwiegend in diesen Regionen verausgabt werden sollten (vgl. Herberg et al. 2020: 19ff.).

Diese Konflikte um die Zuständigkeit innerhalb des multiskalaren Staates sind wiederum verschränkt mit Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der Regionalentwicklung für die Lausitz. Regionalentwicklungsstrategien weisen im Rahmen des nationalen Wettbewerbsstaates eine kompetitive Stoßrichtung auf. Es geht darum, im Wettbewerb der Regionen standzuhalten und Wachstum und Innovationen zu generieren. Indes zeichnet sich bisher noch kein klar konturiertes, übergreifendes Leitbild für die in sich heterogene Lausitz ab (vgl. Greib et al. 2019: 49).

Gleichwohl lassen sich aus dem Abschlussbericht der Kohlekommission drei Leitbilder destillieren, die jedoch weitgehend unverbunden nebeneinanderstehen. Da ist zunächst die Lausitz als Energieregion. Dieses Leitbild knüpft an das bisherige Spezialisierungsprofil an und vereint die Kohle- und nachgelagerte Industrie mit der regenerativen Energiewirtschaft, die auch in der Lausitz stark präsent ist. So unterhielt der Windanlagenbauer Vestas bis Juni 2022 eine Produktionsstätte in Lauchhammer (in Zukunft wird dort der chinesische Batteriehersteller SVolt produzieren). Zahlreiche Wind- und Solarparks befinden sich in der Lausitz. Mit dem Konzept der Energieregion wird versucht, sowohl der Tradition der großindustriellen Energieinfrastrukturen über das Ende der Kohle hinaus eine Perspektive zu geben – etwa durch die Wasserstofftechnologie, Gasspeicher und Netze oder das Projekt Big Battery Lausitz – als auch die regenerative, häufig kleinteilige Energiewirtschaft stärker zu verankern (vgl. ebd.: 45ff.).

Eine zweite Entwicklungsstrategie lässt sich unter dem Label der Grünen Region der Seen zusammenfassen. Diese setzt stark auf den Aspekt des Tourismus, etwa durch neue Wassersportmöglichkeiten im geplanten Cottbusser Ostsee oder die verstärkte Inwertsetzung des sorbischen Kulturgutes (vgl. ebd.: 47ff.).

Eine dritte Entwicklungsstrategie visioniert die Lausitz als »innovative Industrie- und Dienstleistungsregion« (ebd.: 48). Dabei spielen die Ansiedlung von Forschungsclustern und die Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Region eine zentrale Rolle (vgl. ebd.: 48f.). Es ist wichtig anzumerken, dass jede Regionalentwicklungsstrategie im Zusammenhang mit spezifischen Interessenlagen und Wertvorstellungen steht, die sich wiederum räumlich artikulieren. Zugleich ist es auch vor dem Hintergrund der oben skizzierten Konflikte und unklaren Zuständigkeiten noch offen, welche Regionalentwicklungsperspektiven in Zukunft favorisiert werden, oder ob sich auch neue Ansätze herausbilden können.

Die Entwicklung der Lausitz erschwert, dass die Region in den 1990er Jahren einen Strukturbruch erfahren hat, der mit massiven Arbeitsplatzverlusten und einer Abwanderung vor allem junger und gut gebildeter Menschen einherging. Vor diesem Hintergrund herrscht in der Lausitz eine gewisse Wandelmüdigkeit vor, zudem ist die Zivilgesellschaft relativ schwach ausgeprägt (vgl. Staemmler/Priemer/Gabler 2020). Weiterhin

haben sich über die Kohleindustrie soziale Macht- und Herrschaftsverhältnisse konstituiert, die auch darüber abgesichert und erneuert werden, dass eine Zukunft jenseits der Kohle als nicht möglich dargestellt wurde. Dieses Narrativ wurde ganz zentral vom Verein Pro Lausitzer Braunkohle geprägt (vgl. Häfner/Schmidtke/Scholl 2016 sowie Häfner/Haas in diesem Band) und auch von den beiden Landesregierungen lange verstärkt (vgl. Haas 2020: 156ff.). Entsprechend müssen im Rahmen der Regionalentwicklungsstrategien Konflikte innerhalb der Lausitz verhandelt werden. Im Hinblick auf die Zukunft der Energieversorgung ist es nicht ausgemacht, welche Bedeutung diese für die Lausitz haben und welchen Charakter sie annehmen wird. Nicht nur der Kohleausstieg, sondern auch der Ausbau der Windenergie sind innerhalb der Lausitz umkämpft. Im Jahr 2016 gründete sich die Volksinitiative Rettet Brandenburg, um gegen den weiteren Ausbau der Windenergie vorzugehen. Verstärkt werden damit die Argumente gegen die Windenergie, die auf Naturschutzaspekten und das Problem mangelnder Beteiligung der lokalen Bevölkerung verweisen und auch von klimaskeptischen und autoritär populistischen Strömungen wie der AfD getragen werden (vgl. Eichenauer et al. 2018).

Darüber hinaus ist unklar, welche Rolle die Zivilgesellschaft im Strukturwandel spielen soll und inwieweit Elemente partizipativer Governancestrukturen eingeführt werden, die den Einfluss des Staates zumindest partiell schmälern würden (vgl. Herberg et al. 2020). Die Erfahrungen aus den 1990er Jahren legen nahe, dass eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung in der Gestaltung des Strukturwandels stattfinden sollte. Entsprechend wurde etwa die Idee eines Fonds Zivilgesellschaft entwickelt, um eine bessere finanzielle Ausstattung der Akteure zu gewährleisten (vgl. Greib et al. 2019: 59f.; Herberg et al. 2020). Insofern handelt es sich beim Strukturwandel in der Lausitz um einen komplexen Prozess, in dem um die zukünftige Gestaltung der Region in politischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Hinsicht im Rahmen des nationalen Wettbewerbsstaates gerungen wird.

Fazit

Wir haben einen dreifachen Bedeutungszusammenhang für den Staat bestimmt: seine relative Besonderung gegenüber der Gesellschaft bei gleichzeitiger Abhängigkeit von ökonomischer Wertschöpfung, seine juristische Konstitution als Ordnungsmacht der Verrechtlichung und seine Eigenart als Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Alle drei Dimensionen sind verknüpft mit räumlichen Dimensionierungen von Staatlichkeit. Diese sind auch im Hinblick auf die Energiewende von zentraler Bedeutung: Erstens wird die Energiewende so ausgestaltet, dass die privilegierte Position Deutschlands in der internationalen Arbeitsteilung erneuert wird (vgl. Lachapelle/MacNeil/Paterson 2017). Zweitens besteht die Ambivalenz staatlicher Energiepolitik darin, dass es sich bei der Energiewende um einen umkämpften Prozess handelt, in dem auch innerhalb des Staates um die juristische Fixierung gerungen wird. Drittens verdichten sich die gesellschaftlichen und räumlich spezifischen Auseinandersetzungen um die Etablierung eines regenerativen Energieregimes und die Abwicklung des fossil-nuklearen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen des Staates, weshalb der Staat im engeren Sinne keineswegs homogen ist, sondern selbst ein umkämpftes Terrain darstellt.

Diese drei Dynamiken lassen sich auch im Hinblick auf den Kohleausstieg feststellen, der ein staatlich fixiertes kompromissvermitteltes Arrangement darstellt. Die Besonderung des Staates erlaubt es, sowohl die Bedürfnisse wesentlicher Kapitalfraktionen als auch der in den Kohleregionen dominanten Akteure sowie klimapolitische Erfordernisse einzubeziehen. Gleichwohl muss sich erst noch zeigen, wie stabil der Kohlekompromiss und seine Verrechtlichung sind. Im Hinblick auf den Strukturwandel in der Lausitz zeigt sich, dass sich die Situation im Rahmen der wettbewerbsstaatlichen Ausrichtung als relativ offen gestaltet. Zwar bestehen mit dem Kohlebergbau verbundene Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die sich auch in die subnationalen Staatsapparate eingeschrieben haben, allerdings gibt es weder für die Lausitz noch ihre Teilbereiche ein übergeordnetes Leitbild, das Orientierung stiftet. Vielmehr wird auch im Rahmen der Staatsapparate um Zuständigkeiten und die Ausrichtung des Strukturwandels gerungen (vgl. Herberg et al. 2020).

Anknüpfend an den Begriff des Nationalen Wettbewerbsstaates von Joachim Hirsch kann daher auch von Wettbewerbsregionen gesprochen werden. Kern der neoliberalen Hegemonie ist dabei nicht ein vermeintlicher Rückzug des Staates, sondern die Intensivierung der gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnisse, die auch auf die Ausrichtung von Strukturwandelprozessen einwirken. Schließlich ergeben sich aus Energiewende und Kohleausstieg, die globalen Erfordernissen folgen und auf der Ebene des Nationalstaats ausgehandelt werden, unterschiedliche Konsequenzen in den Regionen. Die Befürchtung, dass die Lausitz von einer Kohleregion zur abgehängten Region wird, könnte ihrerseits die Bedeutung des Rechtspopulismus vor Ort begünstigen. Mit der AfD gibt es bereits eine Kraft, die unter dem Schlagwort der Klimaskepsis die Notwendigkeit der Energiewende und des Kohleausstiegs in Frage stellt (vgl. Haas 2020 sowie Häfner/Haas in diesem Band).

In den Auseinandersetzungen um die Energiewende zeichnet sich also nicht ab, dass damit die Abkehr von einer neoliberalen Entwicklungsweise verbunden ist. Denn sowohl die Reorganisation und Liberalisierung des Energiemarktes ab den 1990er Jahren als auch die Ansätze zur Strukturentwicklung stehen im Kontext des nationalen Wettbewerbsstaates, der keinesfalls mit einem generellen Rückzug des Staates gleichzusetzen ist. Vielmehr ist staatliches Handeln in der Energiewende zentral. Erst durch den Staat kommt es, wie gezeigt, zu einer Verdichtung von Kräfteverhältnissen, zur Verrechtlichung sozialer Beziehungen und Konflikte sowie zur Entwicklung einer Energiepolitik, die klimapolitische Notwendigkeiten, regionale Interessen und nationale Standortbedingungen zu vermitteln versucht.

Literatur

- Becker, Peter (2011): Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne. Zugleich ein Beitrag zur Entwicklung des Energierechts, Bochum: Ponte Press.
- Becker, Sören/Gailing, Ludger/Naumann, Matthias (2012): Neue Energielandschaften – Neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg, Berlin. Online verfügbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_Energielandschaften_150dpi.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.

- Becker, Sören/Naumann, Matthias (2017): »Rescaling Energy? Räumliche Neuordnungen in der deutschen Energiewende«, in: *Geographica Helvetica* 72, S. 329-339.
- Belina, Bernd (2013): »Staat und Raum im Anschluss an Marx. Positionen in *Radical Geography* und Materialistischer Staatstheorie«, in: Bernd Belina (Hg.): *Staat und Raum* (=Staatsdiskurse 26), Stuttgart: Franz-Steiner Verlag, S. 161-185.
- Berger, Wolfram/Lademann, Sascha/Schnellenbach, Jan/Weidner, Silke/Zundel, Stefan (2019): *Standortpotentiale Lausitz. Studie im Auftrag der Zukunftswerkstatt Lausitz, Cottbus*. Online verfügbar unter: https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/01-content/03-zukunftswerkstatt/02-downloads/studie-standortpotenziale-lausitz.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Bontrup, Heinz-Josef/Marquardt, Ralf-Michael (2010): *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft*, Berlin: edition sigma.
- Bosse, Jana (2017): »Zurück in der Grube. Ende Gelände 2 – Die Anti-Kohlebewegung in der Lausitz im Mai 2016«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30, S. 88-92.
- Brand, Ulrich (2008): »Multiskalare Hegemonie. Zum Verhältnis von Führung, Herrschaft und Staat«, in: Markus Wissen/Bernd Röttger/Susanne Heeg (Hg.), *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 169-185.
- BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2018): *Ministerpräsidenten torpedieren zügigen Abschluss der Kohle-Kommission*. Online verfügbar unter: <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/ministerpraesidenten-torpedieren-zuegigen-abschluss-der-kohle-kommission/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- BWE, Bundesverband WindEnergie (2021): *Windenergie in Deutschland – Zahlen und Fakten*. Online verfügbar unter: <https://www.wind-energie.de/themen/zahlen-und-fakten/deutschland/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Eichenauer, Eva/Reusswig, Fritz/Meyer-Ohlendorf, Lutz/Lass, Wiebke (2018): »Bürgerinitiativen gegen Windanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen«, in: Kühne/Weber, *Bausteine der Energiewende*, S. 633-651.
- Gailing, Ludger/Röhring, Andreas (2016): »Germany's Energiewende and the spatial reconfiguration of an energy system«, in: Ludger Gailing/Timothy Moss (Hg.), *Conceptualizing Germany's Energy Transition*, London: Palgrave Macmillan, S. 11-20.
- Greib, Martina/Wörlén, Christine/Richter, Fabian/Ötsch, Rainald/Witt, Uwe/Troost, Axel (2019): »Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz«, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz* (=STUDIEN 4/2019), Berlin, S. 9-72.
- Haas, Tobias (2017): *Die politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa*, Wiesbaden: Springer VS.
- Haas, Tobias (2020): »Die Lausitz im Strukturwandel. Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung«, in: *Prokla* 50, S. 151-170.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2016): »Shortcomings and Perspectives of the German Energiewende«, in: *Socialism and Democracy* 30, pp. 121-143.

- Häfner, Daniel/Schmidtke, Daniela/Scholl, Franziska (2016): »Pro Lausitzer Braunkohle vs. Ende Gelände. Eine erneute Annäherung an gesteuerte Bürgerinitiativen«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29, S. 237-241.
- Herberg, Jeremias/Gürtler, Konrad/Löw Beer, David (2019): »Strukturwandel als Demokratiefrage. Der Lausitzer Kohleausstieg, ein Ausstieg aus der Transformationsblockade?«, in: *Berliner Debatte Initial* 15, S. 113-124.
- Herberg, Jeremias/Kamlage, Jan-Hendrik/Gabler, Julia/Goerke, Ute/Gürtler, Konrad/Haas, Tobias/Löw Beer, David/Luh, Victoria/Knobbe, Sonja/Reinermann, Julia/Staemmler, Johannes/Venghaus, Sandra (2020): *Partizipative Governance und Nachhaltiger Strukturwandel. Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten in der Lausitz und im Rheinischen Revier*. Online verfügbar unter: https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6000304_1/component/file_6000305/content. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Hirsch, Joachim (1998): *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin: ID Verlag.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie – Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg: VSA.
- Hirschl, Bernd (2008): *Erneuerbare Energien-Politik*, Wiesbaden: Springer VS.
- Hirschl, Bernd/Aretz, Astrid/Böther, Timo (2010): *Kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien – Update für 2010 und 2011*, Berlin. Online verfügbar unter: https://www.ioew.de/fileadmin/_migrated/tx_ukioewdb/Kommunale_Wertschoepfung_Erneuerbare_Energien_update.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Haustein-Teßmer, Oliver (2019): »Warum diese Welzowerin Nein zum Bericht der Kohle-Kommission sagt. Interview mit Hannelore Wodtke«, in: *Lausitzer Rundschau* vom 27.01.2019. Online verfügbar unter: <https://www.lr-online.de/lausitz/spremburg/interview-mit-hannelore-wodtke-warum-diese-welzowerin-nein-zum-bericht-der-kohle-kommission-sagt-38155676.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Jungk, Robert (1977): *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, München: Kindler Verlag.
- Krause, Florentin/Bossel, Hartmut/Müller-Reißmann, Karl-Friedrich (1980): *Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran*, Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag.
- Kühne, Olaf/Weber, Florian (Hg.) (2018): *Bausteine der Energiewende (= RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft)*, Wiesbaden: Springer VS.
- Lachapelle, Eric/MacNeil, Robert/Paterson, Matthew (2017): »The political economy of decarbonisation: from green energy ›race‹ to green ›division of labour‹«, in: *New Political Economy* 22, S. 311-327.
- Löw Beer, David/Gürtler, Konrad/Herberg, Jeremias/Haas, Tobias (2021): »Wie legitim ist der Kohlekompromiss? Spannungsfelder und Verhandlungsdynamiken im Prozess der Kohlekommission«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 393-416.
- O'Sullivan, Marlene/Edler, Dietmar/Lehr, Ulrike (2018): *Ökonomische Indikatoren des Energiesystems – Methode, Abgrenzung und Ergebnisse für den Zeitraum 2000 – 2016 (=GWS RESEARCH REPORT 2018/01)*, Osnabrück: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforshung (GWS).

- Oei, Pao-Yu/Lorenz, Casimir/Schmalz, Sophie/Brauers, Hanna/Herpich, Philipp/Hirschhausen, Christian von/Kemfert, Claudia/Dröschel, Barbara/Hildebrand, Jan/Horst, Juri/Klann, Uwe/Matschoss, Patrick/Porzig, Michael/Rau, Irina/Wern, Bernhard/Brauttsch, Hans-Ulrich/Heimpold, Gerhard/Heinisch, Katja/Holtemöller/Oliver/Schult, Christoph/Hermann, Hauke/Heyen, Dirk/Schumacher, Katja/Ziehme, Cornelia (2019): Klimaschutz und Kohleausstieg: Politische Strategien und Maßnahmen bis 2030 und darüber hinaus. Abschlussbericht, Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-06-25_climate-change_27-2019_kohleausstieg_v2.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie – Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA.
- Rinscheid, Adrian (2018): Soziale Akzeptanz eines Kohleausstiegs in Deutschland und in den Kohlerevieren. Ergebnisse einer Umfrage und Conjoint-Analyse. Hamburg: Greenpeace e.V. Online verfügbar unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2018-05-07_energie_kohle_studie_-_soziale_akzeptanz.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Roßmeier, Albert/Weber, Florian/Kühne, Olaf (2018): »Wandel und gesellschaftliche Resonanz – Diskurse um Landschaft und Partizipation beim Windkraftausbau«, in: Kühne/Weber, Bausteine der Energiewende, S. 653-679.
- Sander, Hendrik (2016): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima, Berlin: Bertz und Fischer.
- Späth, Philipp/Rohracher, Harald (2010): »Energy regions: The transformative power of regional discourses on socio-technical futures«, in: Research Policy 39, S. 449-458.
- Staatskanzlei Brandenburg (2020): Das Lausitzprogramm 2038. Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess. Online verfügbar unter: https://lausitz-brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/09/Lausitzprogramm-2038_20200914.pdf. Zuletzt geprüft am 05.09.2022.
- Staemmler, Johannes/Priemer, Jan/Gabler, Julia (2020): Zivilgesellschaft im Strukturwandel. Vereine und Stiftungen in der Lausitz, Potsdam. Online verfügbar unter: https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2020-06/IASS_Studie_Zivilgesellschaft_Lausitz.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Stade, Jörg (2019): »Besser ein schlechter als gar kein Klimaschutz«. Erfolge und Misserfolge der Kohlekommission«, in: klimareporter vom 26.01.2019. Online verfügbar unter: <https://www.klimareporter.de/deutschland/besser-ein-schlechter-als-gar-kein-klimaschutz>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- UBA, Umweltbundesamt/BMWK, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022): Treibhausgasemissionen stiegen 2021 um 4,5 Prozent. Bundesklimaschutzministerium kündigt umfangreiches Sofortprogramm an, Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/treibhausgasemissionen-stiegen-2021-um-45-prozent>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Weidner, Helmut (1995): 25 years of modern environmental policy in Germany: Treading a well-worn path to the top of the international field (=WZB Discussion Paper, No. FS II 95-301), Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Online verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/48980/1/189347120.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.

Wissen, Markus (2006): »Territorium und Historizität – Raum und Zeit in der Staatstheorie von Nicos Poulantzas«, in: Lars Bretthauer/Alexander Gallas/John Kannan-kulam/Ingo Stützle (Hg.), Poulantzas lesen – Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg: VSA, S. 206-222.

Zaremba, Nora M. (2020): »Ex-Kohlekommissionsmitglieder kritisieren verschleppten Ausstieg. Experten befürchten Mehremissionen«, in: Der Tagesspiegel vom 21.01.2020. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/experten-befuerchten-mehremissionen-ex-kohlekommissionsmitglieder-kritisieren-verschleppten-ausstieg/25457532.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.

»Hinterm Horizont geht's weiter.« Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen im Angesicht der Energiewende¹

Stine Marg und Lucas Kuhlmann

Einleitung

Die deutsche Energiewende gilt gegenwärtig als internationales Musterbeispiel zur Bekämpfung des Klimawandels und ist innerhalb der Bundesrepublik wohl prominentester Ausdruck der Bemühungen um eine neue, umweltfreundlichere und nachhaltigere Gesellschaftsform (vgl. Radtke 2020; Jänicke 2013). Obwohl die politische Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen ein von der Bevölkerung hochgradig akzeptiertes und eingefordertes valence issue ist (vgl. Bertsch et al. 2016; Zoellner/Schweizer-Ries/Wemheuer 2008), führt die soziotechnische Großtransformation in konkreten lokalen Räumen mitunter zu massiven Konflikten, die von unterschiedlichsten Personen(-gruppen) forciert beziehungsweise ausgetragen werden (vgl. Kamlage/Engler/Sponheuer 2019; Reusswig et al. 2016; Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017) und in denen teils disparate Vorstellungen und Sichtweisen miteinander kollidieren (vgl. Krüger 2021).

Während in derartigen Auseinandersetzungen in der Regel nur wenige Akteur:innen aktiv involviert sind, stehen viele den Konflikten weitestgehend passiv gegenüber. Diese Gruppe, die in Öffentlichkeit und Wissenschaft nicht selten als »schweigende Mehrheit« (Allerbeck 1980: 69) adressiert wird, soll im vorliegenden Beitrag in den Blick genommen werden. Im Zentrum unserer Analyse stehen dabei die Erwartungen und

1 Die hier verwendeten Daten wurden im Rahmen des von der Mercator-Stiftung geförderten Verbundprojektes Demokon – Eine Demokratische Konfliktkultur für die Energiewende zwischen 2019 und 2022 erhoben. Für den wissenschaftlichen Austausch danken wir insbesondere Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Beate Küpper, Julia Schatzschneider und Nico Mokros von der Hochschule Niederrhein, Simon Tene und Marius Michel vom Institute for Advanced Sustainability Studies, Jörg Radtke und Emily Drewing von der Universität Siegen sowie Michael Welzer und Teike Scheepmaker vom Institut Raum und Energie. Überdies sei vor allem unseren (ehemaligen) Kolleginnen Julia Zilles, Nina Kerker und Diana Muth gedankt, die an der Datenerhebung mitgewirkt, vor allem aber die Diskussion der Ergebnisse äußerst produktiv beeinflusst haben.

Zukunftsvorstellungen, die sich in Anbetracht der Energiewende unter den – wie sie hier genannt werden – *Unbeteiligten* herausbilden.

Ausgangspunkt dieses Interesses ist der auch innerhalb der Literatur zuletzt verstärkt diskutierte Befund (vgl. exemplarisch Wagner/Matuszek 2022), dass die Energiewende als zukunftsweisendes Transformationsvorhaben mit beachtlicher Tragweite nicht nur eine ökologische, technische, ökonomische und gesellschaftspolitische, sondern ihrem Wesen nach auch eine ausgeprägte zeitliche Dimension besitzt. Analog zu den themenverwandten Begrifflichkeiten des *Klimawandels* und der *Nachhaltigkeit* (vgl. Lamping 2015; Blühdorn 2017) offenbart sich bereits in der Terminologie, noch offenkundiger in dem politisch-programmatischen Versprechen der *Energiewende* ein Anspruch auf Zukunftsgestaltung. Das *gegenwärtige* Modell der Energieversorgung soll zum Zwecke von Emissionssenkung und Klima- beziehungsweise Umweltschutz tiefgreifend umgestaltet werden, und zwar indem *zukünftig* verstärkt auf regenerative Energiequellen anstatt auf fossile Energieträger oder endlagerungsbedürftige Kernbrennstoffe zurückgegriffen wird (vgl. Radtke/Hennig 2013; Czada/Radtke 2018). Doch nicht nur die Zielsetzung der Energiewende ist temporal strukturiert; auch die vorgesehenen Mittel und Wege sind fest eingetaktet in einen Zeitplan, der mehrere, chronologisch aufeinanderfolgende Etappen vorsieht: erst die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke zum Ende des Jahres 2022, dann der Kohleausstieg, der (nach gegenwärtiger Planung) im Jahr 2030 vollzogen sein soll, parallel dazu der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, um die Treibhausgasemissionen sukzessive abzusenken und bis zum Jahr 2050 schließlich Klimaneutralität zu erreichen – so sehen es die wichtigen nationalen wie internationalen Beschlüsse und Abkommen vor.

Obschon in dieser Zusammenschau politischer Maßnahmen ersichtlich ist, wie konstitutiv der Faktor Zeit für die gesellschaftliche Nachhaltigkeitstransformation ist, verblieben Temporalstrukturen in der Energiewendeforschung überraschend lange unberücksichtigt (vgl. Wagner/Matuszek 2022: 1). Erst in den letzten Jahren haben diese – wohl auch aufgrund einer breiteren, über Klassiker wie Luhmann (vgl. 1981) oder Elias (vgl. 1988) hinausreichenden Hinwendung der Sozialwissenschaft zu Fragen von Zeitlichkeit (vgl. besonders prominent Rosa 2005; Nassehi 2008) – vermehrt Berücksichtigung gefunden. Verwiesen wird seither auf die temporale Dimension konkreter energiewendepolitischer Instrumente, insbesondere des Kohleausstiegs (vgl. Wagner/Matuszek 2022; Osíčka et al. 2020), auf die national unterschiedlich definierten Zeitfenster und Geschwindigkeiten entsprechender Transformationsprojekte (vgl. Sovacool 2016; Delina 2019; Wagner/Matuszek 2022; Sovacool/Geels 2016), auf die Bedeutung von (potentiell demokratiegefährdenden) Dringlichkeits- und Beschleunigungsimperativen (vgl. Radtke 2022; Delina 2019; Delina/Sovacool 2018) und nicht zuletzt auf die symbolischen und prinzipiell umkämpften Deutungsangebote zur Entwicklung unseres Energiesystems, die als Zukunfts- respektive Energievisionen (vgl. Brugger et al. 2021; Sovacool et al. 2019; Sovacool 2019) oder sociotechnical imaginaries (vgl. Tidwell/Tidwell 2018; Smith/Tidwell 2016; Marquardt/Delina 2019; Delina 2018) konzeptualisiert werden.

Wir schließen an diese Überlegungen an und fragen danach, wie die an Konflikten rund um die Energiewende unbeteiligten Bürger:innen die zeitliche Dimension des politischen Projektes wahrnehmen. Die Unbeteiligten, die keine relevanten Einflussneh-

mer:innen oder Diskursteilnehmer:innen im Rahmen der Energiewende sind, wurden bislang kaum berücksichtigt, während Arbeiten über politische Gestalter:innen, das policy-making und die politisch-praktische Governance von Energiepolitik (vgl. Brugger et al.; Delina/Sovacool 2018) sowie über die symbolisch-mediale Ebene (vgl. Osicka et al. 2020; Ruzzenenti/Wagner 2018) vorliegen. Daher möchten wir zeigen, dass sich in den auf die Energiewende beziehenden Narrationen und Interpretationen der Unbeteiligten verschiedene Zukunftserwartungen und darin beinhaltete Annahmen über erhoffte oder befürchtete Entwicklungstendenzen demokratischer Entscheidungsprozesse offenbaren (zum Verhältnis von Energiewende und Demokratie vgl. Haas/Sander 2018; Selk/Kemerzell/Radtke 2019). Ziel des Beitrags ist es, diese aufzudecken, zu konturieren und ihre Genese verständlich zu machen. Dafür greifen wir auf den Begriffsapparat des Historikers Reinhart Koselleck (2013) zurück und rekonstruieren auf der Basis umfangreichen qualitativen Interviewmaterials den (zukunftsgerichteten) *Erwartungshorizont* und den damit in einem spannungsreichen Verhältnis stehenden (vergangenheits- und gegenwartsbasierten) *Erfahrungsraum* der Unbeteiligten. Eine Orientierung an Koselleck verspricht dabei insofern produktive Einsichten (vgl. Schmieder 2020), als es – wie sich auch in Anlehnung an Smith und Tidwell (2016) vermuten lässt – nahe liegt, dass die Erzählungen der Unbeteiligten über das sich auf die Energiewende beziehende zukünftig Erwartbare (und Erwünschte) in einem engen Zusammenhang mit den vorausgegangenen Erfahrungen stehen.

Angeleitet durch das methodologische Paradigma der qualitativ-rekonstruktiven Sozialforschung (vgl. Bohnsack 2014) machen wir aus dem Reden über die Energiewende die »vergegenwärtigte Zukunft« (Koselleck 2013: 355) der Demokratie sichtbar, geben Einblicke in die Hoffnungen und Wünsche der Unbeteiligten, legen ebenso ihre Ängste, Sorgen und Befürchtungen offen und tragen so schlussendlich zu einem besseren Verständnis des gesellschaftlichen Ringens um Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie den damit einhergehenden Herausforderungen für die Gestaltung demokratischer Prozesse bei. Dazu gehen wir wie folgt vor: Zunächst wird das theoretisch-konzeptionelle Fundament des Beitrags dargelegt. Hierzu konturieren wir, erstens, das Konzept der Unbeteiligten und erläutern, zweitens, das Begriffsinstrumentarium Kosellecks, dem im Rahmen unserer Analyse zentrale Bedeutung zukommt. Auf eine kurze Darstellung der Materialbasis und des methodischen Vorgehens folgen sodann unsere Auswertungsergebnisse. Eine verdichtete Zusammenfassung und kritisch-reflexive Diskussion eben jener schließen den Beitrag ab.

Theoretisch-konzeptioneller Rahmen

Die Unbeteiligten in lokalen Energiewendekonflikten

Wie einleitend bereits angedeutet, stehen im Mittelpunkt unserer Analyse nicht – wie so oft – die wenigen aktiv involvierten Konfliktakteur:innen, sondern die vielen Zuschauer:innen. Uns geht es um das Publikum, vor dem der konkrete Energiewendekonflikt (also die lokale Auseinandersetzung um zum Beispiel die Errichtung von Windkraftanlagen oder Stromtrassen) ausgetragen wird. Dieser häufig als homogenes Kollektiv

imaginiertes Teil der Gesellschaft wird in den wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten auch als »schweigende Mehrheit« (Chenoweth et al. 2022), in der Sozialpsychologie gelegentlich als »Bystander« (Mills 2020) titulierte. Demgegenüber möchten wir diejenigen, die in Konflikten um die Energiewende im Allgemeinen oder um konkrete lokale Infrastrukturprojekte im Besonderen selbst keine (relevanten) Einflussnehmer:innen beziehungsweise Akteur:innen sind, als Unbeteiligte bezeichnen (vgl. Harnisch/Messinger-Zimmer 2017).²

Die Bedeutung der Unbeteiligten für Dynamik und Ausgang von (Energiewende-)Konflikten ist enorm, obschon sie in bisherigen Forschungen eher selten zum Analysegegenstand erhoben worden sind (vgl. Messinger-Zimmer et al. 2019: 366). Sie bilden einen diskursiven Resonanzraum, den die aktiv in den Konflikt Involvierten – politische Entscheider:innen, Verwalter:innen, Kommunikations- und Partizipationsmanager:innen, Vorhabensträger:innen und Unternehmer:innen – in ihren Handlungen versuchen zu antizipieren und mitzudenken. Darüber hinaus können sie in diesem Kontext von erwähnten Akteursgruppen als ein Reservoir von potenziell Aktivierbaren verstanden werden, das es strategisch zu mobilisieren gilt, möchte man den eigenen Interessen und Zielsetzungen mehr Gewicht verleihen (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017).

Doch die zwangsläufig subsummierende Terminologie darf gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unbeteiligten realiter ein äußerst heterogenes Kollektiv konstituieren (vgl. Hoeft 2017), dessen definitorisch-konzeptueller Kerngehalt lediglich darin besteht, sich (bislang) nicht handlungsförmig in den Konflikt eingemischt zu haben. Die notwendige und hinreichende Bedingung, um im Sinne unserer Konzeption als Unbeteiligte:r gelten zu können, ist somit, dass sie sich in dem jeweiligen lokalen Konfliktfall – beispielsweise einer Auseinandersetzung um die Errichtung von Stromtrassen oder Windkraftanlagen – auf der Ebene der Handlungen passiv verhalten. Dies gilt grundsätzlich unabhängig davon, ob sich die entsprechenden Personen durch die örtlichen Streitigkeiten subjektiv belastet oder betroffen fühlen beziehungsweise sie die Energiewende im Allgemeinen und/oder einen konkreten Fall überhaupt als relevantes Thema oder gar Konfliktfeld wahrnehmen.³

-
- 2 Der Begriff der schweigenden Mehrheit erscheint uns für die vorliegende Untersuchung insofern ungeeignet als er bereits mehrfach besetzt ist. Sowohl in der wissenschaftlichen Definition des Populismus als auch im Vokabular der (US-amerikanischen) Konservativen spielt der Begriff eine große Rolle; So prägte Ronald Reagan in der politischen Debatte der 1970er Jahre den Begriff der »silent majority« (Lütjen 2016). Da wir außerdem gesellschaftspolitische Aspekte und die Narrationen der unbeteiligten Bürger:innen in den Blick nehmen und nicht exklusiv das Individuum und seine (Notfall-)Reaktionen analysieren, erscheint uns der Begriff des Bystanders konzeptuell weniger brauchbar als der der Unbeteiligten.
 - 3 Aktivität beziehungsweise Passivität als deren negativer Pool dürfen hierbei nicht als absolute Größen gedacht werden. Vielmehr lassen sich unterschiedliche Dimensionen von Aktivität unterscheiden, die stets als Kontinuum verlaufen. Die Gruppe der Unbeteiligten lässt sich sodann ausdifferenzieren hinsichtlich der gefühlten Betroffenheit beziehungsweise dem Grad der emotionalen Affizierung (emotionale Dimension) sowie der Konfliktwahrnehmung oder auch der kognitiven Involviertheit (kognitive Dimension).

Obwohl sie nicht aktiv am lokalen Konfliktgeschehen partizipieren, sich inhaltlich mitunter noch gar nicht (abschließend) positioniert haben, vielleicht auch nichts von dem Projekt wissen, sind viele Unbeteiligte – so ein erster Befund unserer empirischen Forschung, der hier vorweggenommen sei – durchaus in der Lage, Erwartungen an die Energiewende und Anforderungen an das politische System auszuformulieren. Das Ausbleiben handlungsförmiger Konfliktinterventionen muss also keinesfalls mit einer mangelhaften Sprechfähigkeit oder unterlassener Meinungsbildung einhergehen. Viele, aber nicht alle, können sich inhaltlich fundiert äußern und besitzen mal mehr, mal weniger kohärente Vorstellungen zur Energiewende, die sie darlegen und begründen können. Dieser Umstand erlaubt es uns, Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der Unbeteiligten näher zu konturieren.

Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der Unbeteiligten

Klimakrise, Nachhaltig und schließlich Energiewende – so die These – sind nicht zufällig Begriffe, denen eine chronologische respektive prozessuale Temporalstruktur inneohnt. Sie können als Hinweis darauf gelesen werden, dass sich das Verhältnis zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft angesichts der begrenzten Ressourcen und den Folgen der anthropogenen Erderwärmung verändert hat oder sich zumindest gegenwärtig wandelt (vgl. Lamping 2015; Blühdorn 2017). Die Zukunft gibt sich schon lange nicht mehr – wie es einige Jahrhunderte als Signum der Moderne galt – offen und frei gestaltbar. Selbst die »problematische Offenheit« (Makropoulos 2011: 201), mithin die Kontingenz der Zukunft, die gleichsam als »Quelle fundamentaler Verunsicherung« (ebd.) gilt, scheint sich mehr und mehr zu verflüchtigen. Die Zukunft ist nur noch »im Prinzip kontingent« (Reckwitz 2016: 46), da bestimmte Entwicklungen nicht mehr von Handlungen in der Gegenwart beeinflusst werden können. Es zeichnen sich, angesichts der globalen Bedrohungslage und der irreversiblen Veränderungen der Lebensbedingungen kommender Generationen auf unserem Planeten, statt der vordem offenen Zukunft erneut unvermeidbare Entwicklungen und zwingende Tendenzen ab.

In Anbetracht dieser temporalen Verschränkung der Klimakrise mit der Energiewende liegt ein Rückgriff auf die Koselleck'schen Erkenntniskategorien Erfahrungsraum und Erwartungshorizont nahe. In seinem erstmals im Jahr 1976 publizierten Aufsatz mit dem Titel »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien« (vgl. Koselleck 2013) stellte er die beiden Konzepte vor. Für den Historiker besteht der Erfahrungsraum aus mehr als den individuell gemachten Erfahrungen allein. Er speist sich gleichfalls aus einer weiten Sphäre übergenerationeller Erinnerungen, tradiertener Erfahrungen und eigenem Erleben, und verarbeitet rationale Verhaltensweisen ebenso wie Unbewusstes, Verdrängtes und Symbolisches. Damit ist der Erfahrungsraum auch mehr als die unmittelbare Erfahrung, die als »subjektive Aneignung von Wirklichkeit« (Bihrer/Franke-Schwenk/Stein 2016: 12) und »Form des Umgangs der Bewältigung« (ebd.) verstanden werden kann.

Da »keine Erwartung ohne Erfahrung, keine Erfahrung ohne Erwartung« (Koselleck 2013: 352) existiert, befindet sich der Erfahrungsraum in einem interdependenten Verhältnis zum Erwartungshorizont. Der Erwartungshorizont wiederum steht für all das, was für die Zukunft zu hoffen oder zu befürchten ist. Er ist daher nicht als Raum, son-

dern als Linie gedacht, »hinter der sich künftig ein neuer Erfahrungsraum eröffnet, der aber noch nicht eingesehen werden kann« (Koselleck 2013: 356). Somit sind die Erkenntniskategorien Erfahrungsraum und Erwartungshorizont zwar miteinander verschränkt und aufeinander bezogen (ebd.: 357), aber der Erwartungshorizont ist durch das in der Vergangenheit Erfahrbare begrenzt (ebd.). Erst die »Durchbrechung des Erwartungshorizontes stiftet also neue Erfahrung. Der Erfahrungsgewinn übersteigt dann die durch bisherige Erfahrung vorgegebene Beschränkung möglicher Zukunft« (ebd.: 358).

Koselleck, der sich als Historiker auf die Zeit der Französischen Revolution und der Aufklärung fokussierte, war der Überzeugung, dass »sich in der Neuzeit die Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung vergrößert, genauer, daß sich die Neuzeit erst als Zeit begreifen läßt, seitdem sich die Erwartungen immer mehr von allen bis dahin gemachten Erfahrungen entfernt haben« (Koselleck 2013: 359). Für ihn galt, dass mit der Neuzeit »der Erwartungshorizont [...] eine geschichtliche neue, utopisch dauernd überziehbare Qualität« (ebd.: 363) gewinnt und die Geschichte seither als »ein Prozeß andauernder und zunehmender Vervollkommnung begriffen werden [konnte], der, trotz aller Rückfälle und Umwege, schließlich von den Menschen selber zu planen und zu vollstrecken sei. Die Zielbestimmungen werden seitdem von Generation zu Generation fortgeschrieben, und die in Plan oder Prognose vorausgenommene Wirkungen werden zu Legitimationstiteln politischen Handelns« (Koselleck 2013: 363).

Erfahrungsraum und Erwartungshorizont sind – so wird im Folgenden gezeigt – als Erkenntniskategorien nicht nur einer Analyse der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart dienlich. Welche Ziele sind es beispielsweise die Menschen mit der Energiewende verbinden? Welche Erfahrungen haben sie mit diesem politischen Transformationsprojekt gemacht und wie bewerten sie dessen Entwicklung in der Zukunft? Auf Basis der Schilderung der Gegenwart, die auch auf Erfahrungen aus der Vergangenheit fußt, lassen sich Zukunftserwartungen und erhoffte sowie befürchtete Tendenzen demokratischer Institutionen gleichermaßen rekonstruieren. Wenn es Koselleck, der in den Jahren 1966 bis 1968 immerhin einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft in Bochum innehatte, stets um die Analyse der Bedingungen menschlichen Handelns in der Geschichte ging und somit die Voraussetzungen für geschichtliches Handeln im Zentrum seiner Arbeiten standen (Hettling/Schieder 2021: 44f.), begreifen wir seine Kategorien gleichfalls als Möglichkeit zur Rekonstruktion von Kontingenzerfahrungen und Zukunftserwartungen in der Gegenwart. Damit schließen wir an den von Sebastian Hohnholz (2021: 382) formulierten Gedanken an, Koselleck als politischen Theoretiker zu lesen und seine Konzepte als sozialwissenschaftliche Erkenntnisinstrumente nutzbar zu machen.

Materialbasis und methodisches Vorgehen

Wie die Unbeteiligten auf die Energiewende im Allgemeinen, die Auseinandersetzung vor Ort und die Konfliktakteur:innen reagieren, vor welchem Erfahrungsraum sie ihren Erwartungshorizont ausbilden, haben wir systematisch in drei lokalen Konflikträumen analysiert. Die Feldforschung erfolgte zu drei Zeitpunkten und bildete jeweils eine konfliktgeladene Ausprägung der Energiewende ab: Während in Spremberg – einer Stadt in

der Niederlausitz (Brandenburg) – der Kohleausstieg zum Kristallisationspunkt eines regionalen wie bundesweit geführten Konfliktes avancierte, beschäftigt im Kreis Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) der Aus- beziehungsweise Umbau einer Höchstspannungsleitung, in der Region um die Friedländer Große Wiese (Mecklenburg-Vorpommern) die geplante Errichtung von Windkraftanlagen Teile der Lokalbevölkerung (siehe zu diesem Projektkontext auch die Beiträge von Kerker; Mokros und Schatzschneider; Reusswig, Lass und Bock sowie Teune in diesem Band).⁴

Tabelle 1: Übersicht Datenerhebung

	Spremberg	Kreis Ahrweiler	Friedländer Große Wiese ^a
1. Welle (Frühjahr 2021)	9 Einzelinterviews	12 Einzelinterviews und ein Doppelinterview	6 Einzelinterviews
2. Welle (Herbst 2021)	eine Fokusgruppe mit 6 Teilnehmenden	eine Fokusgruppe mit 6 Teilnehmenden	-
3. Welle (Frühjahr 2022)	eine Fokusgruppe mit 7 Teilnehmenden	eine Fokusgruppe mit 8 Teilnehmenden	zwei Fokusgruppen mit insgesamt 7 Teilnehmenden und ein Einzelinterview

^a Die Region um die Friedländer Große Wiese ist sehr dünn besiedelt und durch eine überalterte sowie sozial wenig abgesicherte Bevölkerung geprägt. Die Rekrutierung von Forschungspartner:innen, die im strengen Sinn als Unbeteiligte gelten können, war enorm aufwendig und nicht immer erfolgreich. Dies muss jedoch gleichzeitig als Forschungsergebnis interpretiert werden: Jenseits der Akteur:innen, die dem Projekt sehr kritisch gegenüber stehen, stößt die Bebauung der Friedländer Großen Wiese auf Desinteresse, das heißt der lokale Konflikt wirkt sich zwar prägend auf die Region aus, ist jedoch keinesfalls für alle Bewohner:innen relevant.

Sämtliche Gespräche erfolgten dabei in semistrukturierter Form: Ein flexibel verwendeter und vorab auf den jeweiligen Konfliktfall zugeschnittener Interviewleitfaden beziehungsweise Themenkatalog steckte den Gesprächsrahmen inhaltlich grob ab und ermöglichte so eine gewisse fallübergreifende Vergleichbarkeit des generierten Datenmaterials, gewährte andererseits jedoch ebenso ausreichend Freiraum zur Entfaltung eigener Deutungen und Relevanzstrukturen (vgl. Klecha/Marg/Butzlaff 2013; Marg 2019). Im Rahmen der Datenauswertung wurde das Material sodann einer qualitativ-rekonstruktiven Sekundäranalyse (vgl. Bohnsack 2014) unterzogen. Dabei stand die Rekonstruktion des Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes im Zentrum. Wir haben also systematisch jene Stellen im Material analysiert, in denen die Unbeteiligten

4 In dem von der Mercator-Stiftung geförderten Demokon-Projekt sollte unter anderem herausgefunden werden, wie sich die Einstellungen und Perspektiven der Befragten im Konfliktverlauf verändern. Daher wurden insgesamt drei Befragungswellen durchgeführt. Aufgrund der Coronapandemie konnte die erste Erhebungswelle nicht, wie ursprünglich geplant, als Gruppendiskussion umgesetzt werden. Stattdessen wurden telefonische Einzelinterviews durchgeführt.

über Vergangenheit und Zukunft und den damit verbundenen Erinnerungen und Erwartungen, aber auch Sorgen und Hoffnungen gesprochen haben. Das durch die Interviews und Fokusgruppen gewonnene Material ist – so muss betont werden – nicht repräsentativ für das Sprechen über die Energiewende. Es eignet sich jedoch aufgrund der Heterogenität besonders gut, um den weiten Raum, aus dem sich die kollektiven Erfahrungen und unbewussten Verarbeitungen speisen, umfassend auszuleuchten.

Perspektiven auf die Energiewende: Der Erfahrungsraum begrenzt den Erwartungshorizont

Die Unbeteiligten und ihre Vorstellung von der Energiewende

In wenigen anderen Punkten stimmen die von uns befragten Unbeteiligten derart überein, wie in der Frage, ob es überhaupt einer Energiewende bedarf. Kaum jemand zieht den anthropogenen Klimawandel ernsthaft in Zweifel, stattdessen wird die Notwendigkeit der Bearbeitung desselben betont. Trotz lokaler Konflikte ist der Klima- und Naturschutz sowie die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft eine entscheidende Zukunftsaufgabe, der sich die Gesellschaft zu stellen habe.

»Also ich verstehe unter Energiewende, dass man vor dem Hintergrund dessen, dass die fossilen Brennstoffe endlich sind, eine Lösung finden muss, dass man den Strom so aus Energiequellen erzeugt, die sozusagen unendlich sind, also wie jetzt Sonne oder Wind. Letztlich verstehe ich unter Energiewende einen möglichst hohen Anteil des Stroms ökologisch im Sinne von eben Erzeugung aus diesen Quellen hinzukriegen.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

»Also unser aller Interesse ist es, dass unser Planet ja weiterhin bestehen bleibt, dass die Wetterverhältnisse so sind, dass wir gut leben können. Also deswegen sind wir alle oder die meisten dafür [für die Energiewende].« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2022)

Die Unbeteiligten beziehen sich mit dieser Forderung nicht auf wissenschaftliche Studien oder umweltpolitische Vorgaben. Das Gebot der Energiewende speist sich aus dem Erfahrungsraum der Befragten, aus den beobachteten oder – dies macht die Besonderheit der Untersuchungsregion Ahrweiler aus – selbst leidvoll erfahrenen Extremwetterereignissen⁵, aus dem wahrgenommenen Artensterben, aus dem Wissen um die Endlichkeit fossiler Ressourcen oder um das Gefahrenpotenzial atomarer Energieproduktion. Es sind die in der Vergangenheit liegenden Erlebnisse, vermittelten Erfahrungen oder katastrophalen Zwischenfälle, mit denen das Projekt der Energiewende gerechtfertigt

5 Mitte Juli 2021 verursachten schwere Niederschläge massive Überschwemmungen in verschiedenen Regionen Deutschlands. Besonders betroffen war hiervon der Landkreis Ahrweiler. Die über die Ufer getretene Ahr forderte 133 Todesopfer, zerstörte zahlreiche Brücken, private und öffentliche Gebäude und spülte ganze Straßenzüge weg.

wird. Gleichzeitig sind die Vorstellungen von der Energiewende von zahlreichen Temporalstrukturen durchzogen. Oftmals war zu hören, dass die Menschheit mit dem Vorhaben schon *zu spät* sei, es hätte *längst* etwas passieren müssen, grundsätzlich gehe die Energiewende viel *zu langsam* voran, der Verlust der Biodiversität sei *unwiederbringlich* oder Deutschland könne mit einer erfolgreichen Energiewende seine Rolle als *Vorreiter* unter Beweis stellen, da ihre erfolgreiche Umsetzung ein *Fortschritt* wäre.

Die (Nach-)Frage, was konkret unter Energiewende zu verstehen ist, löst jedoch größere Unsicherheit bei den Befragten aus. Als zwingende Bestandteile des Projektes wird von vielen ein massiver und beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus der Kohleverstromung begriffen. Selbst in Spremberg, einer Kleinstadt in der Lausitz, die wirtschaftlich stark von der Kohleverstromung abhängig ist, sind sich die Befragten darüber im Klaren, dass das Ende der Braunkohle unausweichlich ist. Über dieses, sich als Grundkonsens herausgeschälte Verständnis hinaus, fächern sich die Vorstellungen über die Energiewende allerdings breit aus. So deuten einige Befragte die Energiewende als individuelles Projekt, dass via Eigeninitiative dezentral umgesetzt werden muss.

»Also ich habe natürlich auch so grundsätzliche politische Erwägungen, wie wir die wahrscheinlich alle haben. Ich habe mir aber für mich überlegt, [...] was ich eben persönlich machen kann, was ich selber in die Hand nehmen kann, tun kann, um an der Energiewende irgendwas zu tun, zu schrauben. [...] Jetzt habe ich eine [Solar-]Anlage [...] Meine Anlage läuft jetzt schon so, [...] dass ich zumindest einen großen Teil meines Stromes selbst erzeugen kann, zumindest was halt tagsüber ist, und auch noch ordentlich, ganz schön viel ins Netz einspeise, wofür man ja nicht wirklich viel Geld bekommt. Aber das ist mir ja auch egal. Mir geht es ja darum, eben Energie zu erzeugen, die wir geschenkt kriegen, nämlich von der Sonne. Und damit erschließt sich der zweite Punkt von alleine, dass ich jetzt tatsächlich das Auto meiner Frau gerade verkauft habe und wir uns gerade ein Elektroauto kaufen. Wo ich auch lange mitgerungen habe, was ich aber jetzt endlich mal mache, weil ich kann ja umsonst tanken. Ich tanke dann halt immer dann, wenn die Sonne scheint. Und die scheint ja irgendwann mal. Das heißt, der Strom kostet mich nichts! Und die Benzinpreise sind explodiert, also habe ich gedacht, dann fahre ich eben mit einem schönen E-Auto, zumindest die Kurzstrecken und zum Einkaufen und so.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2022)

Energiewende umfasst für diese privatistisch eingestellten Unbeteiligten die Reduktion des eigenen Energieverbrauchs (zum Beispiel zum Zwecke der Kostensenkung) und daran angelehnt eine Anpassung des persönlichen Lebensstils. Sie hinterfragen nahezu jede Autofahrt, versuchen – wenn möglich – auf öffentliche Verkehrsmittel oder Elektromobilität umzusteigen, sie rüsten freie Haus- und Carportflächen mit Solarzellen auf, nutzen Erdwärme oder streben mit ihrem Haushalt Energieautarkie an. Im Grunde kommen diese Unbeteiligten den von Markus Tauschek (2016) beschriebenen Energie-Pionier:innen recht nahe, sie agieren jedoch nicht ganz so weitreichend. Tauschek beschreibt diese Gruppe als Initiator:innen eines Erfolgsnarrativ, das sich durch individuelles, eigeninitiatives und kreatives Engagement für eine »basisdemokratische und ökologisch sinnvolle – weil regional umgesetzte – Energiewende vor Ort« (2016:

313) auszeichnet. Die Unbeteiligten handeln jedoch oftmals selbstbezogen, um nicht zu sagen egoistisch, und versuchen, ihren eigenen Energiebedarf zu decken oder Kosten zu senken. Im Gegensatz zu den Energie-Pionier:innen fehlt ihnen der missionarische Imperativ, als Vorbild für ihre Gemeinde zu wirken. Sie streben die Selbstversorgung eher für ihren privaten Haushalt und weniger für ihre Gemeinde an. Das Narrativ der Energieautarkie wurde überwiegend in der dritten Erhebungswelle aufgegriffen, die wir nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine durchgeführt haben. Hieran wird deutlich: Die Vorstellung davon, was Energiewende bedeutet und (zukünftig) erfordert, transformiert sich vor dem Hintergrund eines radikal veränderten Erfahrungsraumes, nämlich dass in Deutschland Gas, welches bisher überwiegend aus Russland bezogen wurde, einem enormen Preisanstieg unterliegt und zur Finanzierung eines völkerrechtswidrig agierenden Aggressors dienen kann.

Neben dieser Energiewende im Kleinen ist für die Befragten gleichfalls eine globale oder zumindest europäische Komponente in das politische Projekt eingeschrieben. Viele Unbeteiligte stellen fest, dass der deutsche Sonderweg allein nicht ausreicht und sich andere Länder der Energiewende anschließen müssen, damit überhaupt ein wirkmächtiger Beitrag gegen den Klimawandel geleistet werden kann. Dabei verweisen sie auf die Nachbarländer, in denen Atom- und Kohlekraftwerke gebaut werden, und auf die großen Kohlenstoffdioxidverursacher wie die USA, Indien oder China. Aus diesen Realitätserfahrungen beziehungsweise -beobachtungen leiten die Befragten schließlich die Forderung ab, dass zukünftig gemeinsame Strategien, zumindest eine einheitliche Linie in Europa verfolgt werden müsse. Doch aus der Perspektive der Befragten ist die Transformation der Stromerzeugung nur ein Mittel unter vielen, um der Klimakrise zu begegnen. Ein nachhaltiger Lebensstil und ein verändertes Verhältnis zur Umwelt und den natürlichen Ressourcen, aber vor allem die Herbeiführung einer Verkehrswende ist – bei aller Schwierigkeit, die insbesondere jene Befragten sehen, die in ländlichen und strukturschwachen Regionen beheimatet sind – gleichfalls zentral.

»Aber halt eben Benzinautos weg, Dieselaautos weg, Stromautos her und das Ganze halt eben aber auch aus vernünftigen Energiequellen, also sprich grün: Wasserstoff, Wind und Solar. Ja?« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

Die Energiewende als anzustrebendes gesellschaftliches Ziel scheint demzufolge Konsens zu sein. Fraglich ist hingegen für viele Befragte, wie sich das Projekt technisch realisieren lassen soll. Auch diese Skepsis speist sich aus den bisher im Kontext dieses Politikfelds gesammelten Erfahrungen und kumuliert schließlich nicht selten in einem grundlegenden Zweifel an der (technischen) Umsetzbarkeit der Energiewende.

»Es wird über viele ungelegte Eier gesprochen. Weil man möchte vieles machen. Und es ist sicher vieles technisch möglich, aber wie das praxistauglich ist, das wurde noch nie so richtig kundgetan. [...] Die vielen Solarzellen, die die Ödlandflächen belasten oder die Wälder oder die Flächen mit den Windkraftanlagen... Wir wollen keinen Atomstrom, wir wollen keinen Kohlestrom, wir wollen keinen Gastrom. Ja, das andere wollen wir auch nicht. Wir müssen ein Konzept finden, wo wir sagen: So könnten wir uns einordnen im Kreise der vielen Pariser Unterzeichner. [...] So, und dann kann ich sagen: Wie kann ich die eine oder andere Ressource längerfristig mit neuen Er-

kenntnissen ersetzen. Denn das, was es bis jetzt gibt, dieses Stückwerk, [...] trägt nicht zur Energiewende bei.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2022)

Zahlreiche Befragte sind davon überzeugt, dass die Energiewende nicht gelingen könne, so wie sie momentan von der Politik angegangen wird: mit einem Fokus auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und einem parallel dazu vollzogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung *und* der Atomkraft. Schließlich – so lässt sich deren Kritik zusammenfassen – sind Wind- und Sonnenenergie nicht dauerhaft verfügbar, fehlen Speicherlösungen und steigt der Energiebedarf ins Unermessliche. Insbesondere in der Lausitz, die immerhin jahrzehntelang für die Produktion gewaltiger Strommengen und die Grundlastversorgung der DDR, später auch der Bundesrepublik, verantwortlich war und teilweise noch immer ist (vgl. Pollmer 2020), tritt die Sorge vor einem Blackout des Stromnetzes deutlich hervor.

»Wir haben auch Stromabschaltungen in Deutschland, die kriegt nur gar keiner mit. [...] Das kriegen wir alles gar nicht mit! [...] Aber ich sehe das mehr als Blackout, wenn es doch mal zu ›nem großflächigen Stromausfall kommt.« (Befragte:r aus Spremberg, Herbst 2021)

Hier wird sichtbar, dass die Energiewende für die Befragten weniger ein politisches Projekt, dem man zustimmend oder ablehnend gegenüberstehen kann, als ein rein technisches Vorhaben darstellt (siehe hierzu auch Häfner und Haas in diesem Band). Dieser Technologiezentrismus ist für die Energiewende-Wahrnehmung vieler Befragte kennzeichnend, gerade in der Lausitz. Viele (unbeteiligte) Lausitzer:innen vertrauen (blind) auf rein technische Lösungen des Problems einer nachhaltigen Energieversorgung, fordern, dass neben dem herkömmlichen Weg vermehrt technische Alternativen in Betracht gezogen werden müssen und sprechen von Kohlenstoffdioxidspeicherung und -verpressung, von Energiegewinnung aus Wasserstoff oder von Sonnenenergieproduktion in den Wüsten der Erde. Andernfalls bleibe – so die Argumentation – die Energiewende *gegenwärtig* und *zukünftig* technisch nicht realisierbar.

In Ahrweiler hingegen, wo sich der lokale Konflikt auf die Aufrüstung einer Stromtrasse fokussiert, sind die Zweifel an der technischen Machbarkeit der Energiewende am wenigsten vernehmbar. Dies lässt sich dadurch erklären, dass man – im Gegensatz zu der Windenergie-Region Mecklenburg-Vorpommern – im Alltag äußerst selten stillstehende Windräder beobachten kann und der Erfahrungsraum nicht durch das Selbstbewusstsein als potenter Energieproduzent geprägt ist, wie es sich in Spremberg darstellt. Auch in diesem Fall ist es der (regional geprägte) Erfahrungsraum, der die Perspektive auf die Energiewende zu dominieren scheint. Dort, wo weniger technizistisch und technologiebasiert über die Energiewende gesprochen wird, spielen dezentrale Versorgungskonzepte, Suffizienzstrategien, also die Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs, und ein Wertewandel hin zu einer Postwachstumsökonomie (vgl. Paech 2019) eine größere Rolle. Nachhaltigkeit wird von diesen Befragten nicht auf technologische Versuche der CO₂-Reduktion beschränkt, sondern erfährt eine breitere gesellschaftliche Interpretation und müsse – so die Erwartung – einen grundsätzlichen Lebenswandel beinhalten. Hierzu werden zum Beispiel die Durchbrechung von

Steigerungsmaximen und (Bevölkerungs-)Wachstum oder die Anpassung des gesellschaftlichen Lebensstandards gezählt.

»Auch die Gesellschaft muss sich die Frage beantworten: höher, weiter, schneller, ne? Oder halt auch mal ein bisschen zurücknehmen, Gemeinwohl!« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Herbst 2021)

Neben diesen beinahe sozialromantisch anmutenden Imaginationen und Wünschen, bringt das Nachdenken über die Konsequenzen der vollzogenen Energiewende insbesondere in unseren ostdeutschen Erhebungsregionen auch stärkere Ängste hervor. Vor allem die Spremberger Befragten befürchten, dass sie, statt des politisch versprochenen Strukturwandels, ein Strukturbruch ereilen wird und äußern im Angesicht der Energiewende die Sorge vor einer (erneuten) regionalen Benachteiligung. Diese Furcht speist sich vor allem aus den in der Vergangenheit erlebten Folgen der Wiedervereinigung, die für die Region Abwanderung, Überalterung und wirtschaftlichen Niedergang bedeutete (vgl. Haas 2020: 154f.). Teilweise werden diese tradierten Verfallsnarrative der Region auch auf die nationale Ebene transzendiert, beispielsweise wenn die Erzählung präsentiert wird, dass Deutschland als eine der führenden Industrienationen durch die Energiewende ihren vorderen Platz auf dem Feld der globalen Ökonomie einbüßen werde oder bereits eingebüßt hat. Die Befragten fürchten ein massenhaftes Wegbrechen der gut bezahlten Arbeitsplätze, Identitätsverlust und weitere Abwanderung. Sie fühlen sich als (potentielle) Opfer der Energiewende und Teil einer kollektiven Schicksalsgemeinschaft mit deprimierenden Vergangenheitserfahrungen, die nun eine Aktualisierung zu durchlaufen drohen (ebd.). Um das zu verhindern, erwarten die Spremberger:innen eine generalstabsmäßig geplante Industrieansiedlung und den daran gekoppelten Arbeitsplatzausbau, um der Region Perspektive und Prosperität zu schenken.

»Das Thema Kohle ist schon noch ein unheimlich wichtiges Thema für die Menschen hier, weil man erkennt momentan noch nicht, was kommt denn eigentlich nach der Kohle?« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021)

»Also da gibt es glaube ich einen ganz, ganz großen Punkt und das ist dieser Hauptfaktor, dass wir all das, was wir momentan erleben, die Gefährdung unserer Arbeitsplätze, die Gefährdung unserer Energiekultur, die Gefährdung der Sicherstellung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland – dass wir das alles schon einmal erlebt haben, und zwar war das eben mit der Wende.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021)

Auch im Raum um die Friedländer Großen Wiese ist ein ähnliches Verfallsnarrativ im Zusammenhang mit der Energiewende präsent. Hier sieht man sich als demografisch und sozialstrukturell entleerter Raum, der als Windenergieproduzent Deutschlands missbraucht werde und dafür keinerlei Entschädigung erhalte.

»Also die Investoren in dem Sinne, die hier reingekommen sind, sind alles welche aus den Altbundesländern. Und die wollen unbedingt ihre Ackerflächen für Biogasanlagen und für die Windräder. Alles andere interessiert die einen Scheißdreck.« (Befragte:r aus der Region Friedländer Große Wiese, Frühjahr 2021)

Obwohl die Notwendigkeit der Energiewende intensiv betont wird, ist diese doch im Detail mit zahlreichen Sorgen, Ängsten und Wünschen verbunden. Doch sind es nicht nur die bereits genannten Vorbehalte gegen die technische Machbarkeit des Projektes, die im Zentrum der Kritik stehen. Es werden außerdem Preissteigerungen befürchtet, Zweifel hinsichtlich der Versorgungssicherheit geäußert, einseitige regionale Belastungen kritisiert und – dies gilt insbesondere für den Konflikt um Windenergie, in geringerem Maße auch für den um Stromtrassenerweiterung – fatale Eingriffe in Umwelt und Natur sowie (vermeintlich) nicht beachtete Gesundheitsgefahren beklagt.

Der politik- und demokratiebezogene Erwartungshorizont der Unbeteiligten

Diejenigen Dinge, die im Rahmen der Energiewende aus Sicht der Unbeteiligten falsch beziehungsweise schlecht laufen, werden zuvörderst dem politischen Personal angelastet. Es ist die schlechte politische Steuerung, die mangelhafte Umsetzung der guten Idee, die in den Augen der Befragten nicht gelinge. Einerseits – und diese Sorgen haben wir in unseren Gesprächen deutlich häufiger vernommen – wird argumentiert, dass den Politiker:innen das Fachwissen und der nötige Sachverstand fehle, der es ihnen erlaube, im Zusammenhang mit der Energiewende die richtigen Entscheidungen zu treffen. Gerade in Spremberg offenbart sich eine Präferenz für eine expertokratische Steuerung der Energiewende beziehungsweise Vorlieben für technokratische Entscheidungsstrukturen (vgl. Selk/Kemerzell/Radtke 2019: 46ff.). Es ist dann der technisch-naturwissenschaftliche Sachverstand, der im demokratischen Entscheidungsprozess zu Lasten anderer Interessen und Argumente Vorrang genießen muss, damit die Energiewende gelingen kann. Diese soll – so der präferierte Idealzustand – von technisch und wissenschaftlich versierten Expert:innen verantwortet werden und die in diesem Zusammenhang notwendigerweise zu fallenden Entscheidungen sind keine zwischen unterschiedlichen Präferenzen und Interessen, sondern werden als rein fachlich induzierte Lösungen imaginiert. Die Befragten, die dieses Deutungsmuster präferieren, wünschen sich demzufolge eine Regierung von technisch geschulten Expert:innen, die als Kümmerer:innen auftreten und im Interesse der Bürger:innen entscheiden, statt diese stets und ständig einzubinden.

»Wenn man die Bürger befragt, kommt eh nur Quatsch raus.« (Befragte:r aus Spremberg, Herbst 2021)

Neben dem Mangel an Sachverstand kritisieren die Unbeteiligten andererseits, dass die Politiker:innen sich von Lobbyist:innen einspannen lassen, gar korrupt seien. Dem politischen Personal werden Doppelmoral, Selbstbereicherungstendenzen und die Durchsetzung egoistischer Partikularinteressen vorgeworfen. Die Politik gebe im Kontext der Energiewende nicht nur dem Druck der Wirtschaft nach, sondern agiere gleichfalls ideologisch, affektgeleitet und irrational. In Einzelfällen mündet diese Kritik in der Imagination eines autokratisch-repressiven Klimaregimes, in dem heterodoxe Meinungen und eine Kritik an der Energiewende und dem Klimawandel zielgerichtet unterdrückt und so ein als *linksgrün* etikettierter »Mainstream mit Ende Gelände, mit Fridays for Future, mit der Grünen Liga, mit dem Nabu [Naturschutzbund]« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021) etabliert werde. Umwelt- und Klimapolitik nehme –

so die Wahrnehmung einzelner Befragte:r in Spremberg – zunehmend absolutistische Züge an, unterwerfe Andersdenkende und lasse keinen demokratischen Diskurs mehr zu. Gruppen wie die genannten werden zusammen mit spezifischen Politiker:innen als Avantgarde einer vermeintlich realitätsfernen Ideologie gesehen, die den eigenen Lebensstil bedroht und sich außerhalb des legalen und somit auch demokratischen Rahmens bewegt. Eine solche Vorstellung von der Tyrannei einer grünen Minderheit scheint ein lokales Spezifikum der Unbeteiligten in Spremberg zu sein. Die Wahrnehmung, dass kritische Meinungen gegenüber der Energiewendepolitik unterdrückt würden, findet sich – allerdings in abgeschwächter Form – gleichfalls in der zweiten ost-deutschen Untersuchungsregion.

»Also Ende Gelände ist ja so eine Form von Gewalt, die diese Energiewende mit begleitet. Und wir hatten ja jetzt in der Vergangenheit, gar nicht so lange her, vor zwei, drei Wochen hier auch Anschläge gehabt. Brandanschlag am Kraftwerk Jänschwalde beziehungsweise in der Tagebauentwässerung vom Kraftwerk Jänschwalde. Und die Gruppe, die dahinter steht, ist nicht ›Ende Gelände‹, aber passt in diese Richtung da mit rein. Und das geht schon, sage ich mal, schon ein Stück zu weit, wo man, sag ich mal, vielleicht schon der Gefahr entgegenläuft, dass das Ganze auch noch gewalttätig wird, ja? Also das muss man mal so sagen. Wer schon direkt auffordert dazu, zu Straftaten, und ernsthaft und einen Nazi-Vergleich zieht, weil das Bergbaurecht noch aus der Nazi-Zeit kommt und so... Dann pusht sich das Ganze auf und kann dann, sage ich mal, auch traumatische Auswüchse annehmen.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2022)

Auch wenn die Politik häufig im Mittelpunkt (der Kritik) steht, erkennen nicht wenige Befragte ebenso an, dass Politiker:innen nur eine Akteursgruppe unter vielen sind und ihr Handlungsspielraum in einem Mehrebenensystem stets eingeschränkt ist. Ein Großteil der von uns befragten Unbeteiligten in den drei Konfliktfällen ist – und das unterscheidet sie deutlich von den Kritiker:innen der lokalen Energiewendevorhaben (vgl. Marg 2017) – mit dem politischen System und den aktiven Politiker:innen tendenziell zufrieden. Teils äußern sie sogar Lob für politische Entscheider:innen und Verständnis für systemische Zwänge und Dynamiken.

»Ja, die Frau Dreyer [Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz] macht da einen ganz ordentlichen Job. Vor Ort haben wir hier auch so unabhängige Wählergemeinschaften. Man kann ja auch, wenn man wählen geht, sehr schön diversifizieren, ob man jetzt einzelne Leute wählt. Man muss ja nicht immer gleich das Kreuzchen nur bei einer Partei machen. Und da kann man immer gucken, wofür stehen die. Und da bin ich eigentlich gut zufrieden, also mit unseren Möglichkeiten, Politik mitzubestimmen. Ich könnte auch mitmischen so. Da bin ich weitgehend zufrieden, sagen wir mal.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

»Und die Politik, die bemühen sich wirklich nach Kräften, da ist unser Merkelchen und unsere Ministerpräsidenten, die sind ja nicht dumm, die informieren sich, die wollen das Beste für ihr Land.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021)

Auch üben die Unbeteiligten – ganz anders als die Aktivist:innen und Gegner:innen von lokalen Energiewendevorhaben (vgl. ebd.) – keine fundamentale Kritik an der Ausgestaltung der Demokratie. Es besteht oftmals ein grundsätzliches Verständnis für die Funktionsweisen des politischen Systems und die Umstände, dass verschiedene Interessengruppen verschiedene politische Ziele präferieren oder dass in einer repräsentativen Demokratie nicht alle Minderheitenmeinungen zum Tragen kommen können. Direktdemokratische Politikelemente, wie beispielsweise Bürgerräte, werden nur selten privilegiert und insbesondere von jenen, die die Energiewende als ein rein technisches Projekt vernehmen, nicht als adäquate Form der Entscheidungsfindung angesehen. Aus dieser Perspektive fehlt den Bürger:innen das technische Verständnis für umfassende Informationen, was sie schnell zu Opfern von Manipulation oder gar Demagogie werden lässt.

»Also wie gesagt: Repräsentative Demokratie – unbedingt. Ja? Ich bin auch gegen Volksentscheide auf Bundesebene, ja?« (Befragte:r aus der Region Friedländer Große Wiese, Frühjahr 2021)

»Also man kann mit starken populistischen Mitteln die Bevölkerung sehr gut irgendwohin, also das Gros der Bevölkerung sehr gut irgendwohin drücken, sage ich jetzt mal. Gerade, was solche Abstimmungen angeht. Also diese Volksentscheide, wie das ja gerne zum Beispiel auch von der AfD gefordert wird, halte ich für sehr schlecht. Deswegen ist eine direkte Vertretung meines Erachtens, also quasi die vertreterbasierte Demokratie, die wir letztlich ja auch haben, die bessere Wahl.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

Interessant ist, dass die Bewertungen der Demokratie durch die Unbeteiligten erneut von zeitlichen Bezügen durchzogen sind, die sinnbildlich in folgendem Zitat zum Ausdruck kommen:

»Ich denke, irgendwie muss das ein bisschen vorwärts gehen. Wir müssen ein klein bisschen demokratischer werden.« (Befragte:r aus der Region Friedländer Große Wiese, Frühjahr 2021)

Die Entwicklung hin zu demokratischeren Entscheidungsstrukturen wird – auch wenn deren konkrete Gestalt in den Äußerungen äußerst vage und uneindeutig bleibt – klar als Fortschritt markiert. Gleichzeitig beanstanden sie den Ist-Zustand der Politik vor einem spezifischen Erfahrungsraum: Politiker:innen, die gegenwärtig den Kontakt zu den Bürger:innen verloren haben, hätten – so wird argumentiert – in der Vergangenheit über eben jene Bindung zu den Wähler:innen verfügt und sich früher deutlich volksnaher präsentiert als dies heute der Fall sei.

Diskussion und Fazit

Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn sich auch die Gruppe der Unbeteiligten auf die Prämissen und Konsequenzen dieses Transformationsvorhabens einlässt. Angesichts des anthropogenen Klimawandels sind das Erkennen möglicher zukünftiger

Entwicklungen und daran angepasste individuelle Handlungen und gesellschaftliche Lebensweisen zwingend nötig. Daher sind die Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen, ebenso wie die Ahnungen, Sorgen und Ängste, die die Menschen mit dem Umbau des Energiesystems verbinden, nicht zu unterschätzen. Diese speisen sich wesentlich aus den bisher gemachten Erfahrungen und aus dem Wissen um die Relevanz der Energie für unseren hoch technologisierten Lebenswandel.

In diesem Beitrag wurde mit Hilfe der Analysekategorien Erfahrungsraum und Erwartungshorizont von Reinhart Koselleck eine Auswertung von Interviews und Fokusgruppen in drei lokalen Konfliktträumen vorgenommen. Es konnte aufgezeigt werden, dass die Energiewende als Zukunftsprojekt in der Gegenwart eine hohe Relevanz beanspruchen kann und die Perspektiven auf die zukünftige Energiegewinnung und die Möglichkeiten zur Bearbeitung des Klimawandels auch Auswirkungen auf die Einstellung, Handlung und Realitätswahrnehmung in der Gegenwart haben. Mit Luhmann ausgedrückt: Im Sprechen über die Energiewende zeigt sich deutlich, dass »die Zukunft zunehmend zum Medium gesellschaftlicher Selbstbeschreibung« (vgl. Luhmann 1991: 122) wird.

Die Energiewende ist – inklusive der Verkehrswende – für die Unbeteiligten ein zentrales Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels, wohingegen trotz des Ukrainekriegs eine Wärmewende in der Diskussion völlig unterrepräsentiert bleibt. Sie besteht aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem Ausstieg aus der Kohleverstromung. Ob gleichfalls, wie aktuell von der Bundesregierung umgesetzt, auch der Atomausstieg Bestandteil der Energiewende ist, ist für die von uns Befragten umstritten. Jenseits der Frage, ob der Atomausstieg richtig und sinnvoll ist, weisen die Unbeteiligten insofern einen kollektiv geteilten Erwartungshorizont auf, als sie grundsätzlich darin übereinstimmen, dass die Energiewende individuelle Einzelanstrengungen einerseits und globales beziehungsweise europäisches Gemeinschaftshandeln andererseits erfordere. Nur wenn sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene angemessene Handlungsstrategien implementiert werden, könne die Energiewende in Zukunft zum Erfolg führen. Abgesehen von diesen Grundannahmen ist jedoch die Vorstellung davon, wie die Energiewende ganz konkret – auch vor Ort – umgesetzt werden kann und soll, sehr vage. Dies mag sicher daran liegen, dass der Erfahrungsraum dazu noch sehr kahl ist, dass man jenseits einer durch Verzicht geprägten Lebensweise keine Vorstellung davon besitzt, wie ohne fossile beziehungsweise atomare Brennstoffe der gegenwärtige und vor allem der für die Zukunft antizipierte Energiebedarf gedeckt werden kann. Gleiches gilt für die Frage, wie die Zukunft aussehen könnte, sollte die Energiewende nicht gelingen. Auch hier ist der Erfahrungsraum sehr schwach ausgeleuchtet, stellt die Energiewende doch ein Großprojekt dar, für das es so keine historischen Vergleiche gibt. Es verwundert folglich kaum, dass die Befragten über keine klare Vorstellung davon verfügen, wie die Zukunft des Planeten auszusehen vermag, wenn es der Menschheit nicht gelingen sollte, den durch sie verursachten Klimawandel mit Hilfe einer soziotechnischen Großtransformation aufzuhalten.

Deutlicher als ihre Vorstellung davon, was Energiewende ist und wie sie umsetzbar wäre, formulieren die von uns befragten Unbeteiligten ihre Kritik an dem Vorhaben. Die vorgebrachte Unzufriedenheit betrifft dabei indes nicht nur das Projekt der Energiewende selbst, sondern vor allem auch die Politik als diejenige Instanz, die mit

ihrer Umsetzung betraut ist. Aus der Perspektive der Unbeteiligten scheitert die Energiewende als eine in der Theorie befürwortete Idee an einer misslungenen politischen Steuerungspraxis sowie technischen Grenzen und Aspekten, die seitens der Politik zu wenig Berücksichtigung finden. Gerade im Rahmen der technizistischen Kritik an der Energiewende und ihrer Umsetzung spielen Temporalstrukturen eine große Rolle. Die Energiewende sei zu brachial und *abrupt* eingeleitet worden, der *Sofortausstieg* aus der Atomenergie sei unüberlegt und zu *früh* gewesen, diese benötigten wir weiterhin als *Übergangslösung*, so *schnell* wie es sich manche in der Politik wünschten, könne es nicht gehen oder man könne die Kohle auch effektiver machen, weniger Kohlenstoffdioxid ausscheiden und *damit Zeit sparen* – so typische Argumente der von uns befragten Unbeteiligten. Insgesamt zeigt sich somit deutlich, dass die »Zeitstruktur in sozialen Einheiten« (Reckwitz 2016: 36) auch im Kontext der Energiewende respektive der Kritik an ihr ein relevanter Aspekt ist und daher gewinnbringend mit den chronologischen Kategorien des Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes analysiert werden kann.

Die »Temporalisierung des Bewusstseins« (Reckwitz 2016: 36) der Unbeteiligten offenbart sich gleichwohl nicht nur in der Kritik und dem mit der Energiewende verbundenen Sorgen, sondern auch in einer – nicht minder technizistisch ausgerichteten – Fortschrittshoffnung: Es sind die wissenschaftlichen Erfindungen und technischen Innovationen, die »Fortschritt als zeitlich progressive Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung stabilisier[en]« (Koselleck 2013: 368). Die methodisch vorangetriebene Entdeckung der Natur und ihre zunehmende Beherrschung seien die Basis für die »weitergreifende innerweltliche[n] Zielbestimmungen einer Daseinsverbesserung« (Koselleck 2010: 167) gewesen. Mithin zeigt sich, dass diese Fortschrittserwartung bei einem großen Teil der von uns befragten Unbeteiligten weiterhin wirkmächtig ist. Sie hoffen auf technische Innovationen sowie energiesparsamere Geräte und vertrauen (teils blind) darauf, dass die vielfach so kritisierte politische Steuerung mit dem Instrument der Energiewende (einschließlich der Verkehrswende), den Klimawandel irgendwie doch noch im Zaum hält. Entgegen den Prognosen der Klimaforscher:innen setzen die Unbeteiligten noch immer auf die Naturbeherrschung; die Dystopie, dass die Veränderungen des Lebensraumes zukünftig den eigenen Alltag beherrschen könnten, findet sich nicht. Trotz der globalen Erderwärmung, trotz der Naturereignisse mit katastrophalen Folgen – die Befragten zeigen keine Endzeitstimmung und Apokalypseineigung. Daher gilt auch heute, was Tine Stein bereits für die Effekte der politisch-ökologischen Denker:innen in den 1970er und 1980er Jahren formulierte: Die »Kassandra-Rufe der ökologischen Mahner« (Stein 2017: 217) erfassen nicht die Massen. Trotz dieser Annahme, die Klimakrise durch entsprechende, in die Zukunft gerichtete Handlungen adressieren zu können, ist der Zukunftshorizont der Befragten nicht mehr völlig kontingent. Sie wissen: Sollte sich am Ende allen Anstrengungen zum Trotz die globale Erwärmung nicht eindämmen lassen, kann die Gestaltungsfreiheit der Alternativlosigkeit weichen.⁶

6 In diesem Punkt decken sich unsere Befunde daher nicht mit dem »Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts« von Christian Geulen, der für eine Umkehrung der Koselleck'schen Metaphorik plädiert und von *Erwartungsraum* und *Erfahrungshorizont* spricht (vgl. Geulen 2010: 85). Er geht davon aus, dass vielfältige Erwartungen die Gegenwart bestimmten, die

Diese latenten Einstellungen könnten von politischen Akteur:innen zukünftig durchaus stärker adressiert und somit auch mobilisiert werden, als es bisher der Fall ist.

Doch nicht nur die Zukunft verfügt über eine – im Zusammenhang mit der Energiewende und dem Klimawandel zunehmend begrenzte – Offenheit. Auch die Vergangenheit ist mehr als nur eine »Vorgeschichte der Gegenwart« und unterliegt gleichfalls Wandlungsprozessen, abhängig von den neuen Erfahrungen, unerwarteten Ereignissen oder unvorhergesehenen Entwicklungen, die im Zeitverlauf gleichfalls Teil des Erfahrungsraumes werden. Demzufolge ist die von den Unbeteiligten formulierte Perspektive auf die Energiewende und die dafür verantwortliche Politik nicht abgeschlossen. Das sinnfälligste Beispiel hierfür ist die sich über den Zeitverlauf wandelnde Zustimmung zur Atomenergie. Politiker:innen sollten sich also – so könnte an dieser Stelle der Versuch eines Abschlussplädoyers lauten – stets gewahr sein, dass die Energiewende für jede eigene Gegenwart auf das Neue erklärt und begründet werden muss, damit das Projekt gelingen kann.

Literatur

- Allerbeck, Klaus R. (1980): Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen-Vergleich, Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bertsch, Valentin/Hall, Margeret/Weinhardt, Christof/Fichtner, Wolf (2016): »Public acceptance and preferences related to renewable energy and grid expansion policy: Empirical insights for Germany«, in: *Energy* 114, S. 465-477.
- Bihrer, Andreas/Franke-Schwenk, Anja/Stein, Tine (2016): »Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft«, in: Andreas Bihrer/Anja Franke-Schwenk/Tine Stein (Hg.), *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, Bielefeld: transcript, S. 9-33.
- Blühdorn, Ingolfur (2017): »Post-capitalism, post-growth, post-consumerism? Eco-political hopes beyond sustainability«, in: *Global Discourse* 7, S. 42-61.
- Bohnsack, Ralf (2014): *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*, Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Brugger, Heike/Eichhammer, Wolfgang/Mikova, Nadezhda/Dönitz, Ewa (2021): »Energy Efficiency Vision 2050: How will new societal trends influence future energy demand in the European countries?«, in: *Energy Policy* 152, S. 112216.
- Chenoweth, Erica/Hamilton, Barton/Lee, Hedwig/Papageorge, Nicholas/Roll, Stephen/Zahn, Matthew (2022): *Who Protests, What Do They Protest, and Why?* Discussion Paper, Cambridge, MA, https://www.nber.org/system/files/working_papers/w29987/w29987.pdf.
- Czada, Roland/Radtke, Jörg (2018): »Governance langfristiger Transformationsprozesse. Der Sonderfall »Energiewende«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), *Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 44-75.

Menschheit jedoch auf die konkreten Erfahrungen warte und selbst die Klimakrise keine die Erwartung begrenzende Funktion mehr einnehmen könne (ebd.).

- Delina, Laurence L. (2018): »Whose and what futures? Navigating the contested coproduction of Thailand's energy sociotechnical imaginaries«, in: *Energy Research & Social Science* 35, S. 48-56.
- Delina, Laurence L. (2019): *Accelerating sustainable energy transition(s) in developing countries. The challenges of climate change and sustainable development (= Routledge studies in energy transitions)*, London: Routledge.
- Delina, Laurence L./Sovacool, Benjamin K. (2018): »Of temporality and plurality: an epistemic and governance agenda for accelerating just transitions for energy access and sustainable development«, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability* 34, S. 1-6.
- Elias, Norbert (1988): *Über die Zeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Geulen, Christian (2010): »Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts«, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, S. 79-97.
- Haas, Tobias (2020): »Die Lausitz im Strukturwandel«, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 50, S. 151-169.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2018): »Die Energiewende als Demokratiewende? Umkämpfte Demokratisierungsprozesse in Augsburg und Berlin«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), *Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 343-367.
- Hanisch, Klaudia/Messinger-Zimmer, Sören (2017): »Also ich traue da überhaupt gar keinem.« Die Konflikte aus Perspektive der Unbeteiligten«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript, S. 169-180.
- Hettling, Manfred/Schieder, Wolfgang (2021): »Theorie des historisch Möglichen. Zur Historik von Reinhart Koselleck«, in: Manfred Hettling/Wolfgang Schieder (Hg.), *Reinhart Koselleck als Historiker. Zu den Bedingungen möglicher Geschichten*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9-60.
- Hoeft, Christoph (2017): »Zwischen »Hoffnungslosen« und »heiligen AktivistInnen«. Typen der Nicht-Beteiligung«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript, S. 181-194.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2017): »Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Ein Fazit in neun Thesen«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript, S. 235-254.
- Hohnholz, Sebastian (2021): »Die (und-)endliche Geschichte. Reinhart Kosellecks »Historik« zwischen geschichtswissenschaftlicher Methodologie und Politischer Theorie«, in: Manfred Hettling/Wolfgang Schieder (Hg.), *Reinhart Koselleck als Historiker. Zu den Bedingungen möglicher Geschichten*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 371-401.
- Jänicke, Martin (2013): »Die deutsche Energiewende im Kontext internationaler Best Practice«, in: Jörg Radtke/Bettina Hennig (Hg.), *Die deutsche »Energiewende« nach*

- Fukushima. Der wissenschaftliche Diskurs zwischen Atomausstieg und Wachstumsdebatte, Marburg: Metropolis-Verl., S. 77-106.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Engler, Steven/Sponheuer, Sebastian (2019): »Zielkonflikte und Spannungsverhältnisse in der Energiewende aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive«, in: Jan-Hendrik Kamlage/Steven Engler (Hg.), Dezentral, partizipativ und kommunikativ – Zukunft der Energiewende, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz GmbH, S. 11-32.
- Klecha, Stephan/Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013): »Wie erforscht man Protest? Forschungsdesign und Methodik«, in: Stine Marg/Franz Walter/Lars Geiges et al. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?; BP-Gesellschaftsstudie, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 14-47.
- Koselleck, Reinhart (2013): »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien«, in: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 349-375.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 539-563.
- Lamping, Wolfram (2015): »Bringing Climate Change Home« – Verzeitlichung und Vergegenwärtigung in der lokalen Klimapolitik«, in: Holger Straßheim/Tom Ulbricht (Hg.), Zeit der Politik: Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt, Baden-Baden: Nomos, S. 172-191.
- Luhmann, Niklas (1981): Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lütjen, Torben (2016): Partei der Extreme: Die Republikaner, Bielefeld: transcript.
- Makropoulos, Michael (2011): »Historische Semantik und Positivität der Kontingenz. Modernitätstheoretische Motive bei Reinhart Koselleck«, in: Begriffene Geschichte, Berlin: Suhrkamp, 2011, S. 481-513.
- Marg, Stine (2017): »»Ich kann einfach nicht mehr vertrauen.« Demokratie- und Legitimitätsvorstellungen«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 207-220.
- Marg, Stine (2019): »Nach Pegida – Politische Orientierungen junger Menschen. Fokusgruppen als Instrument zur Deutungsmusteranalyse«, in: Nicole Bögelein/Nicole Vetter (Hg.), Der Deutungsmusteransatz. Bestandsaufnahme und methodologische Fortentwicklung, Weinheim: Beltz Verlagsgruppe, S. 107-127.
- Marquardt, Jens/Delina, Laurence L. (2019): »Reimagining energy futures: Contributions from community sustainable energy transitions in Thailand and the Philippines«, in: Energy Research & Social Science 49, S. 91-102.
- Messinger-Zimmer, Sören/Hanisch, Klaudia/Hoeft, Christoph/Zilles, Julia (2019): »Wahrgenommener Einfluss. Protestbilder und Anpassungsstrategien von Protestadressaten in lokalen Konflikten um Energiewendeprojekte«, in: Jörg Radtke/Weert Canzler/Miranda A. Schreurs et al. (Hg.), Energiewende in Zeiten des Populismus, Wiesbaden: Springer VS, S. 361-389.
- Mills, Jon (2020): »The Global Bystander Effect: Moral Responsibility in Our Age of Ecological Crisis«, in: Journal of Future Studies 25, S. 61-76.

- Nassehi, Armin (2008): *Die Zeit der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Osička, Jan/Kemmerzell, Jörg/Zoll, Maksymilian/Lehotský, Lukáš/Černoch, Filip/Knodt, Michèle (2020): »What's next for the European coal heartland? Exploring the future of coal as presented in German, Polish and Czech press«, in: *Energy Research & Social Science* 61, S. 101316.
- Paech, Niko (2019): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München: oekom verlag.
- Pollmer, Cornelius (2020): »Endspiel in der Lausitz?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 70, S. 4-7.
- Radtke, Jörg (2020): »Das Jahrhundertprojekt der Nachhaltigkeit am Scheideweg. Wie kann die Energiewende in Deutschland breite gesellschaftliche Unterstützung finden?«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, S. 97-111.
- Radtke, Jörg (2022): »Schnell oder demokratisch? Dilemmata demokratischer Beteiligung in der Nachhaltigkeitstransformation«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 72, S. 35-40.
- Radtke, Jörg/Hennig, Bettina (2013): »Einleitung: Die »Energiewende« in Deutschland als Gegenstand interdisziplinärer Forschung«, in: Jörg Radtke/Bettina Hennig (Hg.), *Die deutsche »Energiewende« nach Fukushima. Der wissenschaftliche Diskurs zwischen Atomausstieg und Wachstumsdebatte*, Marburg: Metropolis-Verl., S. 13-20.
- Reckwitz, Andreas (2016): »Zukunftspraktiken. Die Zeitlichkeit des Sozialen und die Krise der modernen Rationalisierung der Zukunft«, in: Frank Becker/Benjamin Scheller/Ute Schneider et al. (Hg.), *Die Ungewissheit des Zukünftigen. Kontingenzen in der Geschichte*, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 31-54.
- Reusswig, Fritz/Braun, Florian/Heger, Ines/Ludewig, Thomas/Eichenauer, Eva/Lass, Wiebke (2016): »Against the wind: Local opposition to the German Energiewende«, in: *Utilities Policy* 41, S. 214-227.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ruzzenenti, Franco/Wagner, Aleksandra (2018): »Efficiency and the Rebound Effect in the Hegemonic Discourse on Energy«, in: *Nature and Culture* 13, S. 356-377.
- Schmieder, Falko (2020): »Sozialtheoretische und begriffsgeschichtliche Aspekte des Problems der Beschleunigung der Geschichte. Überlegungen im Ausgang von Reinhart Koselleck«, in: *Revista de historiografia*, S. 121-134.
- Selk, Veith/Kemmerzell, Jörg/Radtke, Jörg (2019): »Demokratiefalle? Probleme der Energiewende zwischen Expertokratie, partizipativer Governance und populistischer Reaktion in der«, in: Jörg Radtke/Weert Canzler/Miranda A. Schreurs et al. (Hg.), *Energiewende in Zeiten des Populismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 31-66.
- Smith, Jessica M./Tidwell, Abraham S. (2016): »The everyday lives of energy transitions: Contested sociotechnical imaginaries in the American West«, in: *Social studies of science* 46, S. 327-350.
- Sovacool, Benjamin K. (2016): »How long will it take? Conceptualizing the temporal dynamics of energy transitions«, in: *Energy Research & Social Science* 13, S. 202-215.

- Sovacool, Benjamin K. (2019): *Visions of energy futures. Imagining and innovating low-carbon transitions* (= Routledge studies in energy transitions), London, New York, earthscan from Routledge: Routledge.
- Sovacool, Benjamin K./Geels, Frank W. (2016): »Further reflections on the temporality of energy transitions: A response to critics«, in: *Energy Research & Social Science* 22, S. 232-237.
- Sovacool, Benjamin K./Kester, Johannes/Noel, Lance/Rubens, Gerardo Z. de (2019): »Contested visions and sociotechnical expectations of electric mobility and vehicle-to-grid innovation in five Nordic countries«, in: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 31, S. 170-183.
- Stein, Tine (2017): *Endliche Welt und offene Zukunft. Die Verarbeitung von Endlichkeit um ökologischen politischen Denken der siebziger und achtziger Jahre*, in: Andreas Bihrer/Anja Franke-Schwenk/Tine Stein (Hg.), *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, Bielefeld: transcript, S. 199-219.
- Tauschek, Markus (2016): »Energie-Pioniere«. Eine kulturanthropologische Forschungsskizze zu Endlichkeit und Agency im Kontext erneuerbarer Energien«, in: Andreas Bihrer/Anja Franke-Schwenk/Tine Stein (Hg.), *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, Bielefeld: transcript, S. 311-330.
- Tidwell, Jacqueline H./Tidwell, Abraham S. (2018): »Energy ideals, visions, narratives, and rhetoric: Examining sociotechnical imaginaries theory and methodology in energy research«, in: *Energy Research & Social Science* 39, S. 103-107.
- Wagner, Aleksandra/Matuszek, Krzysztof C. (2022): »Time for transition – Temporal structures in energy governance in contemporary Poland«, in: *Futures* 140, S. 1-14.
- Zoellner, Jan/Schweizer-Ries, Petra/Wemheuer, Christin (2008): »Public acceptance of renewable energies: Results from case studies in Germany«, in: *Energy Policy* 36, S. 4136-4141.

Fazit

Zurück in der Zukunft? Demokratie und Nachhaltigkeit zwischen fortgesetzter Gegenwart, Katastrophe und konkreter Utopie¹

Sieben Thesen zum Fazit

Julia Zilles, Emily Drawing und Julia Janik

Wie in der Einleitung (vgl. Drawing/Zilles/Janik in diesem Band) beschrieben, gab unsere Beschäftigung mit Konflikten im Kontext der Energiewende gewissermaßen den *empirischen* Anstoß für diesen Sammelband. Es zeigte sich recht schnell, dass vor Ort nicht nur Eigeninteressen, Mopsfledermäuse und seltene Vogelarten verteidigt wurden. In unseren Interviews mit Projektgegner:innen kamen immer wieder grundlegende Fragen auf, die jenseits von Protesten gegen neue Windenergieanlagen der Thematisierung bedürfen (vgl. Krüger 2021): Wie wollen wir leben? Wie viel Energie brauchen wir dafür? Welche Eingriffe in die vertrauten Lebensräume von Menschen und Tieren sind vor diesem Hintergrund gerechtfertigt – und welche gehen zu weit? In welchem Verhältnis stehen dabei urbane und rurale Räume? Wer trägt die Lasten, die mit Veränderungen im Kontext der Nachhaltigkeit einhergehen? Und wer entscheidet darüber?

Während der Titelsuche für diesen Sammelband überlegten wir, was in den Konflikten, die uns so zum Nachdenken gebracht hatten, eigentlich verhandelt wird. Persönliche Einstellungen und Interessen, subjektive Werte und Weltbilder, Demokratievertrauen und Selbstwirksamkeitsbestrebungen spielen zweifellos allesamt eine Rolle. Im Kern aber sind es Vorstellungen von Zukunft, die in den unterschiedlichen Konflikten miteinander im Widerstreit stehen (oder, in den Worten von Freier/Schneider [2022: 111]: »kollektive Zukunftsnarrative und -visionen«). Sie lassen sich unterscheiden anhand dessen, was als *wahrscheinlich* transportiert wird, und mit Blick auf das, was angesichts des Wahrscheinlichen als *wünschenswert* gilt.

Mit der Zukunft ist es nun bekanntlich so eine Sache. Da sie noch nicht passiert ist, entzieht sie sich jedwedem empirischen Zugriff. Sie ist Sehnsuchtsort und Gegenstand vielfältiger Ängste zugleich. Wer große Hoffnungen in sie setzt, sieht sich vielleicht mit der Zuschreibung konfrontiert, naiv oder verträumt zu sein. Das funktioniert auch in

1 Wir danken Christopher Schmitz herzlich für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Version dieses Textes.

die andere Richtung – sieht man die Zukunft als diejenige Zeit, in der sich vor allem individuelle oder kollektive Befürchtungen bewahrheiten, dann ist man (für manche zumindest) womöglich ein:e Pessimist:in ohne Vertrauen in das Vermögen demokratischer Gesellschaften, auf zukünftige Entwicklungen adäquat zu reagieren. In diesem Sinne werden von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren Katastrophen prognostiziert, die eintreten, wenn sich aktuelle Entwicklungen fortsetzen. Es droht demnach die Klimakatastrophe, mit der aufgrund unabsehbarer Folgen der Erderwärmung und des Überschreitens von Kippunkten Teile des Planeten unbewohnbar werden, was erhebliches Leid für Menschen und (aussterbende) Tiere mit sich bringt (vgl. Freier/Schneider in diesem Band). Diese Antizipation entspricht im Wesentlichen den Annahmen und Warnungen eines überwältigenden Teils der wissenschaftlichen Gemeinschaft, wobei einer neuen Studie zufolge die schlimmstmöglichen Szenarien von Expert:innen bisher weitgehend ignoriert werden (vgl. Borenstein 2022; für die Studie siehe Kemp et al. 2022). Oder aber die gesellschaftlichen Bemühungen zur Abwendung mit dem Klimawandel einhergehender Krisen steigern sich in den Narrativen zu einer Art *Öko-Diktatur*, in der dem Klimaschutz als oberstem Primat alle anderen Bereiche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Waltens und Wirkens untergeordnet sind. Die Katastrophe besteht sodann im Verlust von politischer Responsivität, von Freiheit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand; eine verlässliche Energieversorgung etwa wäre passé. Solche Erzählungen kommen selten ohne eine Form von Klimawandelleugnung aus (vgl. Häfner/Haas in diesem Band).

Jenseits dieser polarisierten Positionen erscheint vielen in Abwesenheit bzw. vor dem Eintreten von Gegenbeweisen, dass alles eben auch grundlegend anders sein und sich der Lauf der Dinge innerhalb kürzester Zeit drastisch verändern könnte, die Fortsetzung der Gegenwart als die plausibelste Prognose (für eine geschichtsphilosophische Betrachtung vgl. Zorn in diesem Band). Auch morgen noch wird der menschengemachte Klimawandel voranschreiten und sich in seinen Folgen manifestieren, aber das wird vornehmlich anderswo stattfinden und die meisten Menschen im Globalen Norden höchstens emotional und mittelbar vielleicht ökonomisch tangieren. Viele hoffen vielleicht insgeheim, dass sich das alles schon irgendwie bewältigen lässt, zumal sie ja – Prinzip Ablasshandel – auch selbst etwas dafür tun, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und insbesondere im Rahmen dessen, was ihnen zumutbar erscheint. Der Rest wird sich durch neue und bereits bestehende Technologien schon handhaben lassen (vgl. Schweiger/Kretzer/Abdulnabi Ali in diesem Band), und die so geartete Adressierung wird sich auch wirtschaftlich lohnen (vgl. Krüger in diesem Band). Morgen, davon gehen viele Menschen – wie die von Marg und Kuhlmann in ihrem Beitrag analysierten *Unbeteiligten* – dem Anschein nach aus, wird im Großen und Ganzen wie heute sein, in der Zukunft werden sie gewissermaßen *zurück* sein in dem, *was schon ist*. Die Zukunft wird zur fortwährenden Rückkehr ins weithin Beherrschbare und Vertraute mit Parametern, die sich – so wie bisher – immer nur leicht verändern. Im Effekt wird durch diese kollektive soziale Konstruktion von Zukunft tatsächlich die Gegenwart fortgesetzt.

Und dennoch scheint in Konflikten im Kontext der Energie- und Klimapolitik bisweilen konkret Utopisches auf. Utopie ist mit Ernst Bloch nicht als ein Mythos zu verstehen, »sie bezeichnet vielmehr, wenn es sich um diese konkrete Utopie [...] handelt, eine

objektive und reale Möglichkeit. [...] Die Utopie ist ganz im Gegenteil nicht nur Zukunft, sie erhellt die Gegenwart« (Bloch 1977: 123). Gerade in Protestgruppen und sozialen Bewegungen lassen sich vielfach konkret utopische Vorstellungen einer *besseren Welt* und einer *besseren Zukunft* finden (vgl. Zilles 2017), deren Nahziele dann bereits im Kleinen zu erreichen versucht werden (vgl. Neukirch 2020). Als Form »praktizierter Kritik« beschreibt Kropp (2017: 309) »die vielfältigen Initiativen [...] in denen überwiegend junge Menschen alternative Problemlösungsansätze nicht nur entwickeln, sondern auch umsetzen und dies in Formen, die offensichtlich vom Erwartbaren abweichen und ihre gesellschaftliche Umgebung folgenreich verändern« (ebd.) – darunter »neue kooperative Wirtschaftsformen zwischen Stadtbürger(inne)n und landwirtschaftlichen Betrieben« (ebd.) sowie »Freiwillige in Bürgerenergiegenossenschaften« (ebd.).

Ein *Zurück* in der Zukunft könnte indes auch bedeuten, dass in der Zukunft – von einem linearen Fortschrittsmodell ausgehend – *Rückschritte* im Sinne eines Zurückfallens auf vorherige Entwicklungsstufen erfolgen: weniger Wachstum etwa, weniger Nahrungssicherheit, weniger Frieden und weniger Gesellschaften, in denen die meisten Menschenrechte geachtet werden. Vielleicht auch im Großen und Ganzen eine geringere Bewohnbarkeit des Planeten für Menschen; geringer noch als vor der Erschließung vormals der menschlichen Besiedlung entzogener Lebensräume durch Technologie. Solcherlei Rückschritte könnten sich einerseits im Ergebnis sich immer weiter manifestierender Katastrophen einstellen, die (vermeintliche) Errungenschaften der Moderne obsolet machen.² Andererseits würde von vielen wohl auch ein vermehrtes Zurückgreifen auf Exnovationen – also auf Prozesse »der Abschaffung [...] des AusderWelt-Schaffens von Überfluss und nicht-nachhaltigen Praktiken« (Kropp 2021: 709), die mit dem Erhalt der Lebensgrundlagen verträglicher sind – als Rückschritt empfunden (vgl. polemisch Paech 2020).

Einerseits verfügt die Gesellschaft über reichhaltiges und umfassendes Wissen zu den Hintergründen und Auswirkungen des Klimawandels. Andererseits erfolgen – trotz der Repolitisierung des Themas durch Akteure wie Fridays for Future (vgl. Daphi et al. 2021; Haunss/Sommer 2020) – keine radikalen politischen Weichenstellungen. »Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet« (so die im Untertitel gestellte Frage) analysieren Blühdorn et al. (2020) in ihrem Band »Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit« (für eine kritische Auseinandersetzung vgl. Brand 2021). Es fehlt demnach nicht am Verständnis und auch nicht an der Beteuerung dringenden Handlungsbedarfs, dessen Tragweite mit dem Begriff der Transformation eifertig unterstrichen wird. In letzter Konsequenz aber findet diese Transformation (bisher) nicht statt (vgl. Blühdorn 2020). Ob des Ausbleibens dessen, was er bezeichnet, droht dem Transformationsbegriff mittelfristig eine inhaltliche Entleerung, wie sie Großmann und Roskamm in diesem Band für den Nachhaltigkeitsbegriff beschrieben haben. Der Mangel besteht hinsichtlich der Umsetzung des längst als notwendig Erkannten. Die Zukunft wird als

2 Die Corona-Pandemie verweist eindrücklich auf die Vulnerabilität des gegenwärtig dominierenden Wohlstandsmodells, auf die beeindruckende Problemlösungsfähigkeit der Wissenschaft, und auf deren Grenzen – etwa unterschiedliche Zugänglichkeiten von Impfstoffen für Menschen aus verschiedenen Weltregionen und mangelnde Bereitschaft, sich bei Verfügbarkeit dann auch tatsächlich impfen zu lassen.

Fortsetzung der Gegenwart imaginiert, die sich am ehesten mit den (angenommenen) Interessen und Lebenswelten der Bürger:innen (verstanden als Konsument:innen und Wähler:innen) vereinbaren lässt (vgl. Kropp 2018a).

Das Verhältnis zwischen Zukunft, Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt ist spannungsgeladener denn je und auf mehreren Ebenen geprägt durch ein Phänomen, was sich mit Ernst Bloch als »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« (Bloch 1985) fassen lässt: Da geht die lahmende Energiewende vielen zu langsam und manchen deutlich zu schnell (vgl. die Beiträge von Mokros/Schatzschneider sowie Teune in diesem Band). Sie führt zu lokalen Konflikten, in denen weit mehr verhandelt wird als das konkrete Energiewendeprojekt (vgl. Eichenauer 2018; Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017; Marg et al. 2013). Sie wird, halbherzig und inkonsistent umgesetzt, zum Anlass und Symbol gesellschaftlicher Polarisierung (vgl. Reusswig/Lass/Bock in diesem Band; Zilles/Marg 2022), zumal die Energiewende in ihren konkreten Manifestationen an bestehende Ungleichheiten nicht selten anknüpft (vgl. etwa die Beiträge von Kerker zu Stadt-Land-Disparitäten sowie von Herbst et al. zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in diesem Band). Da werden radikale Maximalforderungen geäußert (die mit Blick auf den fortschreitenden Klimawandel durchaus vernünftig sind), während sich schon angesichts vergleichsweise zaghafter Maßnahmen manche Regionen *abgehängt* wähnen (vgl. Haas/Neupert-Doppler in diesem Band). Da plädiert man allerorten (teils leidenschaftlichst) für mehr Partizipation und Mitsprache (vgl. in diesem Band: Blum/Colell/Treichel; Radtke/Renn), die bekanntermaßen freilich voraussetzungsvoll sind und über die Konstruktion ihrer Verfahren auch einige Bürger:innen, Akteure und deren Interessen ausschließen (vgl. Fink/Ruffing in diesem Band). Zudem ist unklar, ob entsprechende Angebote zur Aushandlung und Beilegung von Konflikten beitragen oder letztere noch befeuern (vgl. Glanz et al. in diesem Band). Unter den (verstärkt) zu Beteiligten finden sich denn vielfach auch solche, die gar kein Interesse haben, sich aktiv in laufende oder zukünftige Transformationsprozesse einzubringen (vgl. Momberger/Bieckmann in diesem Band). Die pauschale Negierung solcher Haltungen »can fail to take into account what people want, and delegitimise peripheral or non-participation« (van Veelen 2017: 3). Ob mit oder ohne aufwands- und zeitintensive Partizipationsverfahren: *die Politik* soll nun doch bitte rasch, entschieden und umfassend handeln (vgl. in diesem Band: Freier/Schneider; Radtke/Renn). Neuerlich erscheint manchen sogar die Atomenergie ob des versäumten Ausbaus der erneuerbaren Energien und steigender Energiepreise als attraktive Alternative – zumindest im Vergleich zur weit emissionsstärkeren Kohleverstromung. Das Chaos erscheint perfekt, die Herausforderungen bleiben so zahlreich wie unübersichtlich. Bei ihrer Adressierung drohen Zielkonflikte und unerwünschte Nebenfolgen sogenannter *Maladaptations* (vgl. IPCC 2022), die Positiveffekte zuweilen gänzlich aufheben. Eine verständige Priorisierung scheint mit Blick auf die Komplexität der Dinge so wenig möglich, wie sie demokratisch vermittelt werden und Mehrheiten auf sich vereinen kann.

Sieben Thesen statt einer Synthese

Im Sinne der bereits in der Einleitung beschriebenen Fragmentierung des Felds erheben wir auch in unserem Versuch einer Zusammenschau keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Stattdessen haben wir uns bemüht, gemeinsame Linien, offene Fragen und auch (scheinbar) widersprüchliche Erkenntnisse in Thesen zusammenzustellen.

These 1: Es sollte von *umkämpften Zukünften* im Plural gesprochen werden.

Adloff und Neckel (2019) unterscheiden drei *Zukünfte der Nachhaltigkeit*.³ Erstens beschreiben sie ein Verständnis von Nachhaltigkeit als »modernization« (ebd.: 1018). Einschlägige Programmatiken versuchen, »the ecological balance of modern societies by means of technological and social innovations« (ebd.) zu verbessern. Ziel dieser marktbasierten Perspektive ist nicht »to fundamentally alter existing structures – such as liberal democracy and market capitalism – or crucial elements of the modern lifestyle – such as individualism, consumption, prosperity, and mobility – but only to adapt these to the changed conditions« (ebd.; vgl. auch Großmann/Roskamm und Zorn in diesem Band). Zweitens zielt der Ansatz der »transformation« (ebd.: 1020) auf »a fundamental social change that promises to prevent the total exploitation of people and the environment by an unbridled capitalism« (ebd.). Assoziierte Konzepte teilen »the insight that the natural and social foundations of life on earth will not be protected by means of a further economization of sustainability« (Adloff/Neckel 2019: 1020; entsprechende Konzepte werden in diesem Sammelband u.a. von Krüger erwähnt). Die dritte Zukunftsimagination der Nachhaltigkeit beschreiben die Autoren als »control [...] a decidedly negative trajectory to most scholars, NGOs, and political actors, who see it culminating in dystopian states of global apartheid« (ebd.: 1021). Sie bezieht sich auf »the possibility of an ecological emergency which would necessitate a (temporary) suspension of democracy and make whoever declares the emergency (and its end) the sovereign« (ebd.).

Elemente der beschriebenen idealtypischen Verläufe gesellschaftlichen Wandels im Zeichen der Nachhaltigkeit finden sich auch in den Beiträgen dieses Sammelbands wieder. Obgleich sich die Zukünfte der Nachhaltigkeit von Adloff und Neckel (2019) nicht nahtlos den einzelnen Kapiteln zuweisen lassen, zeigt sich in der Zusammenschau: Die Notion bloß *einer* (umkämpften) Zukunft wird dem Grad gesellschaftlicher Heterogenität und dem Ausmaß bereits bestehender Polarisierung nicht gerecht, die sich (auch) in Zukunftserwartungen und -imaginationen niederschlagen. Die Perspektiven variieren teils erheblich – je nachdem, von welchem Akteur sie formuliert werden. Dies gilt sowohl bzgl. sich unterscheidender Lebensweisen (vgl. Eversberg in diesem Band) als auch mit Blick auf divergierende Aktivierungsgrade (vgl. Freier/Schneider sowie Marg/Kuhlmann in diesem Band) sowie hinsichtlich der angenommenen Profundität sich abzeichnender Veränderungen (vgl. Häfner/Haas sowie Momberger/Bieckmann in diesem Band).

3 Siehe hierzu auch die gleichnamige DFG-Forschungsgruppe »Zukünfte der Nachhaltigkeit«, <https://www.zukuenfte-nachhaltigkeit.uni-hamburg.de/>, zuletzt aufgerufen am 16.09.2022.

Treffender wäre es demnach, mit Blick auf das Spannungsverhältnis zwischen den Konzepten und Imaginationen von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt von umkämpften *Zukünften* im Plural zu sprechen. Da muss, um Schlimme(re)s zu verhindern, die Energiewende beschleunigt (vgl. Mokros/Schatzschneider in diesem Band) oder verhindert werden (vgl. Haas/Neupert-Doppler in diesem Band). Die wünschenswerte Zukunft eines gesellschaftlichen Lagers dient gleichzeitig als beängstigendes Schreckgespenst eines anderen (vgl. Marg/Kuhlmann in diesem Band). *Die Zukunft* gibt es nicht. Von Individuen oder unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen konstruierte *Zukünfte* sind abhängig von konkreten Erfahrungen, Sozialisation, politischen Zielsetzungen und Beharrungskräften. Diese Gleichzeitigkeit von ganz unterschiedlichen Zukunftserwartungen und -wünschen zeigt sich auch in der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung anhand der Energie- und Klimapolitik (vgl. Teune in diesem Band; Zilles/Marg 2022). Daran anknüpfend muss schließlich gefragt werden: »Whose future is it anyway?« (Krüger/Eichenauer/Gailing 2022).

These 2: Eine Verschränkung von empirischen Zugängen und theoretisch-konzeptionellen Überlegungen im Kontext der Transformationsforschung ist nötig.

Im Deutschen kennen wir für die Summe aller Veränderungen hin zu einer klimaverträgliche(re)n Gesellschaft den Begriff der *Großen Transformation*. Ursprünglich durch Polanyi in einem anderen Kontext eingeführt, fand er durch seine Verwendung im Titel des 2011 veröffentlichten Gutachtens »Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« (WBGU 2011a) des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) breite öffentliche Rezeption. Interessanterweise kommt die *Transformation* in der englischen Übersetzung des Titels nicht vor; sie lautet: »World in Transition – A Social Contract for Sustainability« (WBGU 2011b). In der internationalen Literatur werden die Begriffe *transformation* und *transition* indes keineswegs synonym verwendet. Wanvik and Haarstad (2021: 4) beschreiben »Pelling's (2011) distinction between transitions as incremental change and transformation as radical change« als »key reference point« (ebd.) in der »debate between the concepts of transition and transformation« (ebd.).

Nun ist diese Unterscheidung zweifellos zentral, aber konzeptionell, und empirisch zeigt sich eine gleichermaßen frustrierende wie erstaunliche Gleichzeitigkeit sowie teilweise Vermischung von systemimmanenten und transformativen Perspektiven und Aktivitäten (vgl. z.B. Neukirch 2016). Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch Lösungen, die sich nahtlos ins bestehende System, seine Widersprüche und Unzulänglichkeiten einfügen – jenes also stützen und legitimieren und der Verbreitung *genuin* nachhaltiger Alternativen somit im Weg stehen – letztlich zum Klimaschutz beitragen (können) und in ihren Wirkungen zumeist durchaus *besser* für Klima und Umwelt sein dürften als gar keine Maßnahmen (vgl. hierzu bspw. die aktuellen Daten des Umweltbundesamtes UBA 2022). Vielen Ansätzen mit transformativem Charakter, die zu einer Erhöhung von Nachhaltigkeit maßgeblich beitragen könnten, gelingt kaum die Diffusion in einem System, zu dessen Logiken sie grundlegend im Widerspruch stehen (vgl. Kropp 2018b). Das aktuelle Wirtschafts- und Wohlstandsmodell beweist auch im An-

gesicht mannigfaltiger Krisen bislang erhebliche Beharrungskräfte. Zudem zeigt sich immer wieder die Eigenart des Kapitalismus, sich allerhand Bemühungen um Nachhaltigkeit monetarisierbar einzuverleiben. Vor diesem Hintergrund kann es als wenig zielführend gelten, mit dem Klimaschutz erst anzufangen, wenn die Überwindung von Kapitalismus und *simulativer Demokratie* (Blühdorn 2013) – in der politische Schritte zur Bewältigung der Klimakrise bestenfalls in einem solchen Ausmaß simuliert werden, das die Komfortzonen der Wähler:innen unberührt lässt – geglückt ist. Gleichzeitig ist es für alle, die sich möglichst effektivem Klimaschutz (oder auch der Produktion robusten Wissens, um selbigen zu informieren) verschrieben haben, von zentraler Bedeutung, die inhärenten und fast zwangsläufig stetig reproduzierten Widersprüche und Beharrungskräfte der bestehenden Strukturen, Logiken und Regeln von Gesellschaften im Kapitalismus zu verstehen, um sie möglichst wenig zu reproduzieren. Aus diesem Grund sind empirische Beiträge, die sich mit der gesellschaftlichen Vermittlung und Vermittelbarkeit konkret-kontroverser Niederschläge einer Transformation beliebiger Größe befassen – in diesem Band beispielsweise Glanz et al. und Teune – ebenso relevant wie jene, die entsprechende Bestrebungen als systemimmanent und damit in Teilen kontraproduktiv (im Hinblick auf langfristig wirksamen Klimaschutz, der sich mit dem bestehenden System kaum verträgt) entlarven (in diesem Band sind das u.a. die Beiträge von Großmann/Roskamm und Krüger). Weiterhin helfen beide Zugänge, mögliche Ansätze für den Umgang mit etwaigen *Transformationsschmerzen* (Häfner/Haas in diesem Band) zu entwickeln (in diesem Band finden sich solche Vorschläge etwa in den Beiträgen von Blum/Colell/Treichel sowie von Mokros/Schatzschneider), zu bewerten und einzuordnen.

These 3: Es besteht eine gleichzeitige Ungleichzeitigkeit zwischen den Anforderungen der Transformation einschließlich ihrer nötigen Geschwindigkeit auf der einen und der gesellschaftlichen Transformationsbereitschaft auf der anderen Seite.

Der Aspekt von Zeitlichkeit gewinnt mit Blick auf den Transformationsprozess aktuell immer stärker an Bedeutung (vgl. Delina/Sovacool 2018). Während auf der einen Seite gesellschaftliche Spannungen etwa durch die Energietransformation erheblicher Zeitressourcen für ihre demokratische Aushandlung bedürfen, ergibt sich schon aus den mittlerweile zwangsläufig sehr ambitionierten Zielsetzungen hinsichtlich Klimaneutralität ein großer Beschleunigungsdruck. So ist es aus Umsetzungsperspektive nachvollziehbar zu fordern, Genehmigungsverfahren etwa für Windkraftanlagen extrem zu beschleunigen. Wie dies aber mit dem Anspruch demokratischer Beteiligung und Teilhabe sowie angesichts des Fachkräftemangels sowohl im Handwerk als auch in den staatlichen Genehmigungsbehörden gelingen soll, bleibt völlig offen. Und so lässt sich die aktuelle Lage der sozial-ökologischen Transformation durchaus mit der von Ernst Bloch in »Erbschaft dieser Zeit« (Bloch 1985) geprägten Beschreibung einer »gleichzeitigen Ungleichzeitigkeit« charakterisieren – obgleich dies sicherlich diagnostisch auch auf diverse andere gesellschaftliche Krisenphänomene zutrifft (vgl. Micus/Butzlaff 2016). In der Gesamtschau der Beiträge wird deutlich, dass zwar alle jeweils Facetten und Dimensionen des Transformationskonfliktes beleuchten, sie aber – je nachdem,

welche Akteure sie etwa in den Blick nehmen – von unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Anforderungen ausgehen.

Die Bedeutung der zeitlichen Perspektive für den Transformationsprozess heben Marg und Kuhlmann (in diesem Band) zentral hervor und operationalisieren hierzu die Zeittheorie von Reinhart Koselleck. Für diesen stellte, obgleich aus einer anderen Perspektive als für Bloch, ebenfalls das Phänomen der Ungleichzeitigkeit einen Kristallisationspunkt dar (vgl. Koselleck 2003) – mit dem zentralen Gedanken, dass Zeit nicht linear verläuft (vgl. Micus/Butzlaff 2016). Auch Freier und Schneider (in diesem Band) greifen in ihrer Analyse der Katastrophennarrative zeitgenössischer Protestbewegungen auf Koselleck zurück, um die Apokalyptik jener Erzählungen herauszustellen: wenn zur Abmilderung der Klimakrise nicht unverzüglich gehandelt wird, droht das Ende der Welt. Die Notwendigkeit der Beschleunigung des Handelns lässt sich nur schwer mit dem Anspruch vermehrter, inklusiverer, gerechterer und wirkungsvollerer Beteiligungsmöglichkeiten vereinbaren. Einschlägige Verfahren sind anspruchsvoll und zeitaufwändig. Sofern ihre Ergebnisse nicht offen und verbindlich sind, erscheinen Partizipationsverfahren nicht unbedingt ratsam. Damit entziehen sie sich einer unmittelbaren Funktionalisierbarkeit etwa im Rahmen der Akzeptanzbeschaffung. Auch für eine Repolitisierung grundlegender Fragen der Transformation, wie sie im Rahmen von Konflikten recht brüsk eingefordert und durch die in Umfragen sich abzeichnenden Polarisierungen nahegelegt wird, fehlt womöglich die Zeit. Andererseits stellt sich die Frage, ob mit Verweis auf drängende Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes eine Politik der großen Würfe demokratische Mehrheiten auf sich vereinen und halten kann, wenn vielen Bürger:innen schon die bisherigen, im Vergleich zum wahrscheinlich Erforderlichen doch sehr kleinen Schritte zu groß sind.

These 4: Transformationskonflikte sind (vermehrt) auch Raumkonflikte.

Spätestens mit den *Lokalen Agenden* sind Klimaschutz und Nachhaltigkeit angekommen im *Lokalen* (vgl. Großmann/Roskamm in diesem Band), das einmal mehr in den Mittelpunkt rückt (vgl. Simmank/Vogel 2022). Was auf der weltpolitischen Bühne beschlossen wird, lässt sich demnach am besten unter behutsamer Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse *vor Ort* umsetzen. Obgleich durch verschiedene Gesetzesvorhaben wie etwa das sogenannte *Osterpaket* in den letzten Monaten Deutschlands Zielsetzungen und Strategien bezüglich der Erreichung von Klimaneutralität verschärft wurden, wird derzeit in nahezu jeder politischen Debatte darauf verwiesen, dass man dies alles jetzt nur zügig umsetzen müsse. Am besten, so wird politisch gefordert, in eben jener »Deutschlandgeschwindigkeit« (MU 2022), die beim Aufbau der LNG-Terminals an den Tag gelegt wurde. Immer wieder ist von der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, der Reduzierung von Klagerechten und Bürokratieabbau die Rede. Dieser zusätzliche Zeitdruck für die lokale Umsetzung verkleinert Zeitfenster, in denen über die konkreten Projekte und deren Auswirkungen lokal verhandelt werden kann. Die Umsetzung der Transformation vor Ort bedeutet für manche Regionen derweil: Umbruch, Strukturwandel, mitunter auch (wahrgenommene) Abwertung und (zeitweiser) Identitätsverlust (vgl. Häfner/Haas sowie Momberger/Bieckmann in diesem Band). Zudem unterscheiden sich die Verhältnisse, die vor Ort so verständlich berücksichtigt werden sollen, doch

ganz erheblich. Während ein Großteil der Energie in den Städten verbraucht wird, sehen sich die Menschen im ländlichen Raum zusehends mit neuen Erzeugungsanlagen konfrontiert. Es sind die wohlhabenderen Viertel in den Städten, die mit Biomärkten, Lastenfahrrädern und integrierten Energiesystemen aufwarten. Währenddessen sucht man den öffentlichen Nahverkehr in vielen ländlicheren Gegenden vergeblich, und die wenigen Ladesäulen für Elektroautos lassen angesichts der zurückzulegenden Distanzen manche Reichweitenangst berechtigt erscheinen. Energiewende, Nachhaltigkeit, Transformation – die Einstellungen dazu variieren auch in Abhängigkeit davon, ob jemand auf dem Land oder in der Stadt wohnt (vgl. Kerker in diesem Band).

Die lokale Ebene wird zunehmend an Bedeutung gewinnen (vgl. Chlebna/Mattes 2020; Kersten/Neu/Vogel 2022) – sowohl im ländlichen Raum als auch in den Quartieren der Städte (vgl. Heinze/Drewing 2021). Zudem werden die enormen Ausbauziele im Bereich Erneuerbarer Energien weiterhin zu Flächennutzungskonflikten führen, bieten aber auch Chancen für neue Konzepte und Ideen, bspw. die gleichzeitige Nutzung von Feldern zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und zur Stromerzeugung mittels Photovoltaikanlagen (*Agrri*-PV) oder die Vereinfachung der Genehmigung von leistungsstärkeren Windenergieanlagen im Rahmen von Repoweringprozessen. Mit Blick auf konkrete regionale Konflikte wird die Frage der räumlichen Verteilung etwa von Wertschöpfung aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen oder aber ihren als negativ empfundenen Auswirkungen weiterhin eine bedeutende Rolle spielen (vgl. Messinger-Zimmer/Zilles 2016).

These 5: Beteiligung ist auch (k)eine Lösung.

Die Ambivalenz von Beteiligungsformaten ist fast schon ein alter Hut. Trotz aller Hoffnungen, die in mehr und bessere Beteiligung gesetzt werden, lässt sie sich nicht auflösen. Beteiligung ist kein Allheilmittel, Fragen der prozeduralen und sozialen Ungleichheit müssen adressiert werden (vgl. Eichenauer/Gailing 2020). Glanz et al. (in diesem Band) zeigen, dass sich das Durchführen von Beteiligungsformaten und das Entstehen von Konflikten empirisch nicht ausschließen. Im Beitrag von Fink und Ruffing (in diesem Band) konnten wir am Beispiel des Stromtrassenausbaus sehen, dass ein *Mehr* an Beteiligung in diesem Fall gerade nicht zu mehr Akzeptanz führt, sondern – aufgrund des »institutionalisierte[n] Missverständnis[s]« (Fink/Ruffing 2022: 263) – eher Frustration erzeugt. Bereits die Studie von Hoeft, Messinger-Zimmer und Zilles (2017) hat gezeigt, dass Beteiligungsverfahren bisweilen eine »selbsterfüllende Prophezeiung« (ebd.: 246) innewohnt. Durch offene und breit angelegte Partizipationskampagnen, die zu einem Zeitpunkt, als der Trassenverlauf noch gar nicht feststand, mit dem Ziel veranstaltet wurden, Proteste und Konflikte zu vermeiden, kam es etwa im Fall der Stromtrasse SuedLink 2013/2014 zur Protestmobilisierung einer breiten Anwohner:innen-schaft – mit dem Ergebnis, dass die Planungen auf Eis gelegt wurden, nun Erdkabel verlegt werden sollen und bis heute diese wichtige Trasse nicht gebaut ist (vgl. Kopp/Messinger-Zimmer/Rugenstein 2017).

Diese empirischen Beobachtungen passen zu dem von Blühdorn (2013: 160) beschriebenen post-demokratischen Paradox: Auf der einen Seite wachsen die Erwartungen von Bürger:innen hinsichtlich Beteiligungsmöglichkeiten stetig, auf der anderen

Seite wird es – auch aufgrund von mangelndem politischen Vertrauen (vgl. Butzlaff/Messinger-Zimmer 2019) – für politische Akteure immer schwieriger, diese Partizipationserwartungen auch zu erfüllen. Enttäuschte Beteiligungserwartungen wiederum führen dazu, dass Misstrauen und Frustration zunehmen.

In Konflikten im Kontext der Energiewende werden somit immer auch Fragen der Legitimität politischer Entscheidungen virulent (vgl. Marg 2017). Dabei blicken Gegner:innen von Energiewendeprojekten mit divergierenden Demokratievorstellungen auf diese Prozesse – von Wünschen nach mehr direkter Demokratie bis hin zu der Wahrnehmung, dass alle Partizipationsbemühungen ohnehin bestenfalls *Pseudo-Partizipation* seien (vgl. Zilles 2021). Die Tatsache allein, dass Beteiligungsformate angeboten und durchgeführt werden, hat also mitnichten zwangsläufig einen positiven Effekt – weder mit Blick auf die reibungslose Durchführung des zur Debatte stehenden Projekts noch mittelfristig für die lokale politische Kultur.

Hinsichtlich des Konzepts *energy democracy*, das auf soziale Bewegungen zurückgeht und im Wesentlichen für mehr Beteiligung von Individuen an der Energiewende sowie für eine Stärkung lokaler *communities* steht, warnen Droubi, Heffron und McCauley (2022):

»if the concept defends resistance as a form of promoting the participation of individuals (prosumers) and local communities, rather than as an instrument for attaining more justice – this may be dangerous, as individuals and local communities in developed countries may become more adamant in the defence of their own world views without regard to the impact of these world views on vulnerable communities in developed and developing and less developed countries« (ebd.: 4).

Ob nun als Teil der *energy democracy*-Bewegung oder unter anderem Vorzeichen: Partizipation ist allzu oft Sache der bessergestellten, gebildeteren und wohlhabenderen Mitglieder demokratischer Gesellschaften. Erreichen diese (für sich) mehr Beteiligungsmöglichkeiten, kann das (nicht zwangsläufig intendiert) zu Benachteiligungen unterrepräsentierter, vulnerabler Bevölkerungsgruppen hierzulande sowie (über die Verzögerung dringlicher Klimaschutz-Maßnahmen durch die Maßgabe breiter Beteiligung) in Ländern des Globalen Südens führen. Gleiches gilt bezüglich der Sozialstruktur im Übrigen auch für lokale Protestgruppen und Bürgerinitiativen, die sich gegen Energiewendeprojekte engagieren. Auch hier sind es die Ressourcenstarken (vgl. Butzlaff 2016; Marg et al. 2013) – insbesondere jene, die über die zentrale Ressource *Zeit* verfügen (vgl. Walter 2013) – die durch ihr Protestengagement ihre Meinung wirkmächtig artikulieren. Etwas polemischer könnte man sagen: während in deutschen Bürgerräten und Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgedehnt darum gestritten wird, wie viel Komfortverlust bei der Individualmobilität sowie welche Beeinträchtigungen des Landschaftspanoramas durch Windräder und Strommasten gerade noch zumutbar sind, erleben Menschen in Pakistan klimawandelbedingt aktuell bereits »[j]ede Nacht« einen »Weltuntergang« (Der Spiegel 2022). Pakistan »trägt global gesehen kaum zum Klimawandel bei, ist aber besonders betroffen« (Deutschlandfunk Nova 2022).

Nichtsdestotrotz bleibt es natürlich schon aufgrund der demokratischen Verfasstheit hiesiger Gesellschaften wichtig, auch im Globalen Norden zweifellos bestehendes gesellschaftliches Konflikt- und Provokationspotenzial der Transformation nicht zu

unterschätzen und kleinzureden. Beteiligung kann hierbei helfen, wird grundlegende Konfliktlinien aber bestenfalls offenlegen und kaum heilen können.

These 6: Es steckt Konstruktives im Konflikt, aber es entzieht sich einer unmittelbaren Funktionalisierbarkeit für gesellschaftlichen Fortschritt.

Mit Blick auf die deutsche Energiewende konstatiert Krüger (2021: 559) »Tendenzen einer Demokratiekrise«, die sich ob fehlender »Austragung von Konflikten um die Priorisierung von Gemeinwohlzielen der Energiewende plus einseitiger Orientierung am deliberativen Demokratiemodell (bei der Umsetzung von Energieprojekten)« (ebd.) verschärften. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, schlägt Krüger »die Austragung von Konflikten um die Definition und Priorisierung von Gemeinwohlzielen der Energiewende« (ebd.) vor: »In diesem Sinne sollte die Konfrontation zwischen konkurrierenden Energiewende-Visionen forciert und in einer Weise organisiert werden, die mit einem pluralistischen Verständnis von Demokratie kompatibel ist.« (Ebd.) An der von Krüger aufgeworfenen Frage, welche die im Lokalen priorisierten Gemeinwohlziele sind, setzt das Soziale-Orte-Konzept (SOK) an, das in diesem Band in dem Beitrag von Herbst, Simmank und Vogel vorgestellt wurde (vgl. Kersten/Neu/Vogel 2022).

Die Frage, ob sich in lokalen Konflikten um die konkrete Manifestation von Transformationsschritten sowie in grundlegenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zum *Für* und *Wie* der Transformation auch konstruktive Elemente finden, lässt sich mit Dahrendorf (1979) und auf Grundlage empirischer Erkenntnisse (z.B. Hager 2016; Neukirch 2020) klar bejahen. Ohne Zweifel verweisen auch in lokalen Konflikten vorgebrachte Anliegen und Argumente auch auf weit grundlegendere gesellschaftliche Fiktionen, die von solchen konfrontativen Aushandlungen profitieren könnten. Cuppen (2018) beschreibt die Grenzen der *invited participation* – wie sie in verschiedenen Beteiligungsformaten angeboten wird – und schlussfolgert »that we need to shift attention to social conflict as self-organized participation« (ebd.: 31).

Momberger und Bieckmann analysieren in ihrem Beitrag (in diesem Band) Nutzer:innenkommentare zu auf Social Media geposteten Lokalzeitungsartikeln, die sich mit der Energiewende oder dem Kohleausstieg befassen. Allzu konstruktiv gestalten sich diese Kommentare nicht: »Anstatt soziale Netzwerke zur Vernetzung und für einen konstruktiven Austausch zu nutzen, werden dort Anschuldigungen und Vorwürfe verbreitet, was die kommentierenden Bürger:innen [...] gegeneinander aufbringt« (Momberger/Bieckmann 2022: 228). Indes »können diese in Teilen auch als Misstrauensbekundungen im Sinne der Gegen-Demokratie angesehen werden. So können kritische Fragen oder unbelegte Behauptungen der Kommentierenden wichtige Hinweise zu Unsicherheiten und Informationsbedarfen in der (lokalen) Bevölkerung geben« (ebd.).

So weit, so gut. Bei aller Wertschätzung für das Ansinnen, Konflikte und selbst wenig konstruktiv anmutende Kommentare, die wohl ihrerseits auf (unterschwellige) Konflikte verweisen, als Potenzialitäten *besserer* Demokratie zu sehen, die es nun bloß noch zu heben gelte, stellt sich dennoch die Frage, wie genau das vorstattengehen soll. Dazu merken Großmann et al. (2021: 319) an, »dass die Frage danach, ob Konflikte Hoffnungsträger sind oder sein können, von der eingenommenen Ausgangsposition abhängig ist«. Der Wert einer radikaldemokratischen Perspektive (wie sie auch von Krüger

vorgeschlagen wird) liegt, so die Autor:innen weiter, womöglich eher darin, dass »der Fokus auf Konflikte eine entscheidende Kraft des gesellschaftlichen Geschehens ins Visier nimmt« (ebd.: 320). Auf eine »schwierige, unsichere, oftmals ambivalente oder sogar widersprüchliche Art und Weise« (ebd.), die sich nicht im Sinne eines linearen Fortschrittsmodells funktionalisieren lässt, halten Konflikte die Gesellschaft zusammen (vgl. ebd.).

Es kann sich lohnen, auch den Lauten und Anstrengenden zuzuhören, denn in jedem Fall hilft ein möglichst vertieftes Verständnis des jeweiligen Konflikts, Akteure und ihre Positionen einzuordnen sowie – sofern sie im konkreten Fall eine Rolle spielen – zugrundeliegende Friktionen und Verwerfungen zu identifizieren. In Letzterem liegt zweifelsohne ein konstruktives Moment von Konflikten für die Genese von (Transformations-)Wissen (vgl. Grossmann 2019). Ob sich aber mittels einer offeneren Austragung von Konflikten nun die Mobilisierung transformativer Kräfte, robustere Politiken oder mittelbar zumindest eine Stärkung der Demokratie erreichen lassen, kann nicht abschließend bestimmt werden und hängt nicht zuletzt vom Standpunkt der den Konflikt Analysierenden ab. Aufgrund sozialer Ungleichheiten und über verschiedene soziale Gruppen entsprechend unterschiedlich verteilter Möglichkeiten, sich an Partizipationsverfahren und Protesten zu beteiligen (s.o.), sollten entsprechende Versuche (und Studien) stets auch die Perspektiven und Interessen der (scheinbar) *Unbeteiligten* berücksichtigen.

These 7: Alle Großerzählungen werden schließlich obsolet, wenn der von ihnen proklamierte Wandel ausbleibt.

Es wurde oft versucht – und die Versuche wurden wohl ebenso oft kritisiert –, doch man kann Nachhaltigkeit und die Große Transformation nicht herbeischreiben. Ursprünglich standen diese Termini für tiefgreifende, gesamtgesellschaftliche Veränderungen – notwendig, unübersichtlich, zuweilen schmerzhaft und auch ungerecht. Wird das, was sie bezeichnen, gesellschaftlich konsensfähig, hat vermutlich eine inhaltliche Entleerung der Begriffe stattgefunden (vgl. u.a. Großmann/Roskamm in diesem Band). Ihre transformativen Ansprüche und Entwürfe verblassen oder werden so weit abgeschwächt, dass sie kaum mehr zu erkennen sind. Bis dahin sind sie für die einen unbedingte Programmatik und für andere Schreckensszenario; sie sind Reizwörter, die gesellschaftliche Spaltungstendenzen symbolisieren und so vorantreiben.

»[D]emocracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time« (Churchill 1947) – so lautet ein berühmtes Zitat von Winston Churchill. Man kann darüber streiten, wie sie bürger näher gestaltet, revitalisiert oder zu schnellerem und entschlossenerem Handeln befähigt werden kann. Zur Disposition steht die Demokratie indes auch im Angesicht der Klimakrise nicht. Zumindest betonen selbst Bewegungen, deren Erzählungen und Aktionen weithin als radikal wahrgenommen werden, die sich als Kritiker:innen und Vorreiter:innen beim Klima- und Umweltschutz inszenieren und damit argumentativ *neben* die Mehrheitsgesellschaft stellen (vgl. Schweiger et al. in diesem Band), die Relevanz (partizipativ-)demokratischer Entscheidungsfindung (vgl. Freier/Schneider in diesem Band). Und Fridays for Future etwa fordern »faktenbasierte Aufklärung für alle Bürger:innen« (z.n.

Schweiger/Kretzer/Abdulnabi Ali 2022: 347), auf deren Grundlage dann alle die eindeutig *richtigen* Entscheidungen treffen können. So paternalistisch das an klingt – eine »Wende in Gedanken« (Radtke/Drewing 2020) nützt der (besseren) Vereinbarkeit von Demokratie und (raschem, effektivem) Klima- und Umweltschutz, wenn sie möglichst viele Bürger:innen erfasst. Denn: »das Wissen über Umwelt und Klimawandel [hat] einen beachtlichen Einfluss. [...] Wer mehr weiß, hat auch eine fast doppelt so hohe Handlungsbereitschaft« (Kern 2022). Auch individuelle Einstellungsänderungen und angepasste Verhaltensabsichten machen noch keine Große Transformation – aber vielleicht viele kleine.

Ob man nun mit dezidiert transformativer Ausrichtung forscht oder solcherlei Prämissen rundheraus ablehnt: was mit der Intention gesellschaftlicher Anpassungen an die Klimakrise, ihrer Abmilderung und Bewältigung geschieht – und auch, was dem zuwiderläuft – verdient geistes- und sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit. Was es bräuchte, lässt sich errechnen und in Teilen auch erdenken. Empirische Zugänge erfassen derweil *on the ground* Ausschnitte von dem, was geschieht; trotz aller methodischen Unzulänglichkeiten und Probleme zeichnen sie ein vielfältigeres und genaueres Bild, als man es sich je ausmalen könnte. Spätestens für die Ausformulierung von Implikationen und Relevanzen des Beobachteten braucht es Zugriffe, die sich stärker auf einer konzeptionellen Ebene bewegen. Ein sich solcherart gegenseitiges Informieren und Befruchten hilft nicht zuletzt, bei aller Kritik an der demokratisch schwer vermittelbaren Radikalität eines transformativ-disruptiven Ansatzes bzw. an der Inkrementalität und Kleinschrittigkeit lediglich transistiver Bemühungen die Zwischentöne nicht aus den Augen (oder den Ohren) zu verlieren. So beschrieb etwa Wright (2017) durchaus auch »schrittweise Veränderungen der grundlegenden Strukturen eines Gesellschafts-systems« (ebd.: 435) als mögliche »Wege aus dem Kapitalismus«.

Wir hoffen, mit diesem Sammelband etwas zur Verständigung beigetragen zu haben. Wenig ist sicher – aber nach allem, was man weiß, wird es keinen präsidentiellen Zauberstab geben, mit dem sich die Klimakrise im Handumdrehen bewältigen lässt. Vermutlich wird es mühsam bleiben und inkonsistent. Man kann nur weiter beobachten, Zwischenbilanzen ziehen, auf inhärente Widersprüche und Symbolpolitiken hinweisen. Oft lässt sich aus dem, was schief läuft, viel lernen; es besser zu machen bleibt ein zentraler Anspruch, der sich nicht immer verwirklichen lässt (und der die Sphäre der Wissenschaft bei Weitem transzendiert).

Viele Beiträge zu diesem deutschsprachigen Band beziehen sich explizit oder implizit nur auf Deutschland oder den Globalen Norden. Wir möchten an dieser Stelle festhalten, dass Perspektiven auf und insbesondere *aus* dem Globalen Süden von essenzieller Bedeutung für einen fairen, ehrlichen und effektiven Umgang mit der Klimakrise sind. Die systematische Verschränkung hiesiger Transformationsperspektiven mit jenen des Globalen Südens steht vielfach noch am Anfang und stellt auch für die wissenschaftliche Befassung mit diesen Themen ein Anliegen von herausragender Wichtigkeit dar.

Nicht zuletzt ist ein wirklich interdisziplinäres Forschen zwingend nötig. Dabei sollten sich Geistes- und Sozialwissenschaften weder als schmückendes Beiwerk noch als Hilfswissenschaften zur sozialen Akzeptanzbeschaffung instrumentalisieren lassen. Zweifellos gibt es bereits vielversprechende Ansätze. Ein Blick auf die Prioritätenset-

zung in der Forschungsförderung zeigt aber, dass gleichberechtigte interdisziplinäre Zugänge zukünftig noch deutlich stärker bedacht werden sollten (vgl. NTNU Energy Transition Podcast 2022). Es nützen die innovativste Technik und die klügsten Vorschläge zu Verhaltensanpassungen nichts, wenn sie den gesellschaftlichen Rückhalt verlieren – zumindest in einer Demokratie.

Für die Zukunft der transformativen Forschung und auch jener, die sich ohne ausgesprochenen transformativen Anspruch mit (real stattfindenden oder dringend vorgesehenen) Transformationsprozessen beschäftigt, sowie für Gesellschaften, die sich am Rand der Klimakrise befinden, gilt jedenfalls nach wie vor:

(Schreibtisch-)Taten warten.

In diesem Sinne bedanken wir uns noch einmal sehr herzlich bei allen, die zu diesem Sammelband beigetragen haben, sowie natürlich bei Ihnen, liebe Leser:innen. Wir hoffen, dass Sie etwas mitnehmen können. Für uns als Herausgeberinnen zumindest war die Arbeit an diesem Band in vielerlei Hinsicht eine sehr lehr- und erkenntnisreiche Erfahrung – sowie eine große Freude.

Wir freuen uns über Anregungen, Kritik und überhaupt die Möglichkeit zum Austausch!

Bochum und Göttingen, September 2022

Julia Zilles, Emily Drewing und Julia Janik

Literatur

- Adloff, Frank/Neckel, Sighard (2019): »Futures of sustainability as modernization, transformation, and control: a conceptual framework«, in: Sustainability Science 14, S. 1015-1025.
- Bloch, Ernst (1977): »Die Utopie ist eine philosophische Kategorie unseres Zeitalters. Interviewnachdruck, zuerst erschienen am 30.10.1970 in Le Monde«, in: Arno Münster (Hg.), Tagträume vom aufrechten Gang. Sechs Interviews mit Ernst Bloch, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 121-126.
- Bloch, Ernst (1985 [1935]): Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur (2020): »Kein gutes Leben für Alle! Annäherung an einen Paradigmenwechsel«, in: Ingolfur Blühdorn/Felix Butzlaff/Michael Deflorian et al. (Hg.), Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Bielefeld: transcript, S. 29-64.
- Blühdorn, Ingolfur/Butzlaff, Felix/Deflorian, Michael et al. (Hg.) (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Bielefeld: transcript.

- Borenstein, Seth (2022): »Chances of climate catastrophe are ignored, scientists say«, in: AP News. Online verfügbar unter: <https://apnews.com/article/science-climate-and-environment-832854311bb5d3907971a1298583e15c>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Brand, Karl-Werner (2021): »Das schwarze Loch der »Nicht-Nachhaltigkeit«. Eine kritische Auseinandersetzung mit Ingolfur Blühdorns Forschungsansatz«, in: Berliner Journal für Soziologie 31, S. 279-307.
- Butzlaff, Felix (2016): Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder, Bielefeld: transcript.
- Butzlaff, Felix/Messinger-Zimmer, Sören (2019): »Undermining or defending democracy? The consequences of distrust for democratic attitudes and participation«, in: Critical Policy Studies 31, S. 1-18.
- Chlebna, Camilla/Mattes, Jannika (2020): »The fragility of regional energy transitions«, in: Environmental Innovation and Societal Transitions 37, S. 66-78.
- Churchill, Winston (1947): Parliament Bill, 11 November 1947. Online verfügbar unter: http://hansard.millbanksystems.com/commons/1947/nov/11/parliament-bill#column_206. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Cuppen, Eefje (2018): »The value of social conflicts. Critiquing invited participation in energy projects«, in: Energy Research & Social Science 38, S. 28-32.
- Dahrendorf, Ralf (1979): »Zu einer Theorie des sozialen Konflikts«, in: Wolfgang Zapf (Hg.), Theorien des sozialen Wandels, Königstein/Ts.: Athenäum Hanstein, S. 108-123.
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Teune, Simon (2021): »Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations«, in: German Politics, S. 1-29.
- Delina, Laurence L./Sovacool, Benjamin K. (2018): »Of temporality and plurality: an epistemic and governance agenda for accelerating just transitions for energy access and sustainable development«, in: Current Opinion in Environmental Sustainability 34, S. 1-6.
- Der Spiegel (2022): »Jede Nacht ist wie ein Weltuntergang für uns«. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/ausland/pakistan-nach-der-flut-jede-nacht-ist-wie-ein-weltuntergang-fuer-uns-a-3b4cc381-e29b-471a-ao3b-117affe9f27f>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Deutschlandfunk Nova (2022): Pakistan ist extrem vom Klimawandel betroffen. Beitrag vom 6.9.2022. Online verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/ueberschwemmungen-pakistan-ist-extrem-vom-klimawandel-betroffen>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Eichenauer, Eva (2018): »Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden: Springer, S. 315-341.
- Eichenauer, Eva/Gailing, Ludger (2020): Gute Bedingungen für lokale Wertschöpfung aus Windkraftanlagen, Erkner. Online verfügbar unter: https://leibniz-irs.de/fileadmin/user_upload/IRS_Dialog_Transferpublikationen/IRS_Dialog_Gute_Bedingungen_Wertschoepfung_Windkraftanlagen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.

- Fink, Simon/Ruffing, Eva (2022): »Kommunale Akteur:innen in den Konsultationen zum Netzausbau – Akteur:innen, Argumente, Auswirkungen«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 251-266.
- Freier, Anna N./Schneider, Josua (2022): »Die Arktis brennt« – Zur verlorenen Zukunft in Katastrophennarrativen von Klimaprotestbewegungen«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 95-122.
- Grossmann, Katrin (2019): »Using conflicts to uncover injustices in energy transitions: The case of social impacts of energy efficiency policies in the housing sector in Germany«, in: *Global Transitions* 1, S. 148-156.
- Großmann, Katrin/Roskamm, Nikolai/Budnik, Maria/Haase, Annegret/Hedtke, Christoph/Kersting, Norbert/Krahmer, Alexander/Messerschmidt, Sven/Müller, Julian D./Resch, Sina (2021): »Konflikte als Hoffnungsträger. Auseinandersetzungen um die postmigrantische Stadtgesellschaft«, in: *Neue Politische Literatur*, 305-322.
- Hager, Carol (2016): »The Grassroots Origins of the German Energy Transition«, in: Carol Hager/Christoph H. Stefes (Hg.), *Germany's Energy Transition. A Comparative Perspective*, New York: Palgrave Macmillan US, S. 1-26.
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hg.) (2020): *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel*, Bielefeld, Germany: transcript Verlag.
- Heinze, Rolf G./Drewing, Emily (2021): »Das Quartier: Soziologische Annäherungen an einen schillernden Begriff«, in: Christa Reicher/Anke Schmidt (Hg.), *Handbuch Energieeffizienz im Quartier*, Wiesbaden: Springer, S. 31-55.
- Hoef, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2017): »Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Ein Fazit in neun Thesen«, in: Christoph Hoef/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript, S. 235-254.
- IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change (2022): *Climate Change 2022. Impacts, Adaption and Vulnerability*. Online verfügbar unter: https://report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Kemp, Luke/Xu, Chi/Depledge, Joanna/Ebi, Kristie L./Gibbins, Goodwin/Kohler, Timothy A./Rockström, Johan/Scheffer, Marten/Schellnhuber, Hans J./Steffen, Will/Lenton, Timothy M. (2022): »Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 119, e2108146119.
- Kern, Verena (2022): *Wie stehen die Deutschen zum Klimaschutz?* Online verfügbar unter: <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/wie-stehen-die-deutschen-zum-klimaschutz>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold (2022): *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*, Bielefeld: transcript.
- Kopp, Julia/Messinger-Zimmer, Sören/Rugenstein, Jonas (2017): »Das war aber keine Beteiligung.« Proteste gegen Stromtrassen«, in: Christoph Hoef/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript, S. 43-61.

- Koselleck, Reinhart (2003): *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kropp, Cordula (2017): »Forschung zu sozialen Innovationen am Scheideweg«, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 26, S. 309-312.
- Kropp, Cordula (2018a): »Controversies around energy landscapes in third modernity«, in: *Landscape Research* 43, S. 562-573.
- Kropp, Cordula (2018b): *Sustainable innovations: Theories, conflicts and strategies*. SOI Discussion Paper 2018-02, Stuttgart. Online verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/174862/1/1013869982>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Kropp, Cordula (2021): »Nachhaltige Innovationen«, in: Birgit Blättel-Mink/Ingo Schulz-Schaeffer/Arnold Windeler (Hg.), *Handbuch Innovationsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 707-724.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 539-563.
- Krüger, Timmo/Eichenauer, Eva/Gailing, Ludger (2022): »Whose future is it anyway? Struggles for just energy futures«, in: *Futures* 142, S. 103018.
- Marg, Stine (2017): »»Ich kann einfach nicht mehr vertrauen.« Demokratie- und Legitimitätsvorstellungen«, in: Christoph Hoefft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*, Bielefeld: transcript, S. 207-220.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana B. (2013): »»Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende«, in: Stine Marg/Lars Geiges/Felix Butzlaff et al. (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt*, S. 94-138.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte: Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 85, S. 41-51.
- Micus, Matthias/Butzlaff, Felix (2016): »Editorial. Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen«. Sonderheft, in: *INDES*, S. 1-9.
- Momberger, Cathérine/Bieckmann, Rabea (2022): »Soziales Spannungsfeld Rheinisches Revier – Einstellungen und öffentliche Diskussionen zur Energiewende«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 217-233.
- MU, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (2022): *Energieministertreffen in Hannover – Lies: »Deutsche Behäbigkeit muss Platz machen für neue Deutschlandgeschwindigkeit«*. Online verfügbar unter: <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemittelungen/pi-140-energieministertreffen-215347.html>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Neukirch, Mario (2016): »Protests against German electricity grid extension as a new social movement? A journey into the areas of conflict«, in: *Energy, Sustainability and Society* 6.
- Neukirch, Mario (2020): »Grinding the grid: Contextualizing protest networks against energy transmission projects in Southern Germany«, in: *Energy Research & Social Science* 69, S. 101585.

- NTNU Energy Transition Podcast (2022): Is Funding Technology Enough? Social Sciences and Humanities in the Energy Transition with Prof. Chris Foulds. Online verfügbar unter: <https://anchor.fm/ntnu-energy-transitions/episodes/30-Is-Funding-Technology-Enough--Social-Sciences-and-Humanities-in-the-Energy-Transition-with-Prof--Chris-Foulds-e1n7f5r/a-a8f85u6>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Paech, Niko (2020): »Verzichtsalarm! Ein Kataster gängiger Abwehrreaktionen«, in: Manfred Folkers/Niko Paech (Hg.), *All you need is less*, München: Oekom Verlag, S. 179-193.
- Pelling, Mark (2011): *Adaptation to climate change. From resilience to transformation*, London, New York: Routledge.
- Radtke, Jörg/Drawing, Emily (2020): »Was nützt die Wende in Gedanken? Überlegungen zur Steuerbarkeit von Transformationen am Beispiel der deutschen Energiewende«, in: Steven Engler/Julia Janik/Matthias Wolf (Hg.), *Energiewende und Megatrends. Wechselwirkungen von globaler Gesellschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit*, Bielefeld: transcript, S. 119-165.
- Schweiger, Stefan/Kretzer, Michael M./Abdulnabi Ali, Abeer (2022): »Ist die Kommunikation von Fridays for Future anschlussfähig? Über die Selbstverortung und die Irritationsversuche der Klimaproteste«, in: Zilles/Drawing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 343-359.
- Simnank, Maike/Vogel, Berthold (Hg.) (2022): *Zusammenhalt als lokale Frage. Vor Ort in Saalfeld-Rudolstadt, Baden-Baden: Nomos*.
- UBA, Umweltbundesamt (2022): *Treibhausgas-Emissionen in Deutschland*. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#emissionsentwicklung>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- van Veelen, Bregje (2017): »Making Sense of the Scottish Community Energy Sector – An Organising Typology«, in: *Scottish Geographical Journal* 133, S. 1-20.
- Walter, Franz (2013): »Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick«, in: Franz Walter/Stine Marg/Lars Geiges et al. (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 301-343.
- Wanvik, Tarje I./Haarstad, Håvard (2021): »Populism, Instability, and Rupture in Sustainability Transformations«, in: *Annals of the American Association of Geographers*, S. 1-16.
- WBGU (2011a): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Berlin. Online verfügbar unter <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- WBGU (2011b): *World in Transition – A Social Contract for Sustainability*, Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.wbgu.de/en/publications/publication/world-in-transition-a-social-contract-for-sustainability#section-downloads/>. Zuletzt aufgerufen am 18.09.2022.
- Wright, Erik O. (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.

Zilles, Julia (2017): »Protest im Dunkel des gelebten Augenblicks«, in: Doris Zeilinger (Hg.), Dunkel des gelebten Augenblicks. 30 Jahre Ernst-Bloch Assoziation, Nürnberg: ANTOGO, S. 191-203.

Zilles, Julia (2021): »Sehnsucht nach direkter Demokratie? Demokratievorstellungen von Bürgerinitiativen«, in: Kurswechsel, S. 49-58.

Zilles, Julia/Drewing, Emily/Janik, Julia (Hg.) (2022): Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt (= Soziale Bewegung und Protest, Band 7), Bielefeld: transcript.

Zilles, Julia/Marg, Stine (2022): »Protest and Polarisation in the Context of Energy Transition and Climate Policy in Germany: Mindsets and Collective Identities«, in: German Politics, S. 1-22.

Autor:innen

Abeer Abdulnabi Ali, geb. 1994, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der AG Gesellschaft und Nachhaltigkeit im Wandel am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. nachhaltige urbane Entwicklung, sozio-ökologische Transformation und partizipative Methoden.

Rabea Bieckmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie/Arbeit, Wirtschaft, Wohlfahrt an der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Online- sowie die Protestforschung.

Mareike Blum, geb. 1987, Dr., ist Postdoc am Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) in Berlin und führt die Begleitforschung zur Bürger:innendeliberation im Ariadne-Projekt durch. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Klima-Governance, Wissens-Koproduktion, Deliberation und mini publics.

Seraja Bock, geb. 1990, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Klimaresilienz, Arbeitsgruppe Urbane Transformationen des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Seine Forschungsschwerpunkte sind gesellschaftliche Transformationen im Kontext von Klimaschutz und Energiewende.

Arwen Colell, geb. 1987, Dr., ist Co-Founder und Geschäftsführerin des Berliner Energiewende Start-ups decarbonize. Als Wissenschaftlerin und Unternehmerin gilt ihr besonderes Interesse der Beschleunigung der Energiewende durch soziale Innovationen, neuartige Energiedienstleistungen und ungewöhnliche Allianzen.

Emily Drewing, geb. 1991, M.A., ist Sozialwissenschaftlerin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Engagement, Konflikt und Partizipation, insb. im Kontext der Energiewende.

Ramona Drossner, geb. 1994, M.A., war als wissenschaftliche Hilfskraft an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum tätig und hat ihren Master mit

dem Schwerpunkt »Management und Regulierung von Arbeit, Wirtschaft und Organisation« erfolgreich abgeschlossen.

Dennis Eversberg, Dr. phil., ist Leiter der BMBF-Nachwuchsgruppe »Mentalitäten im Fluss« (flumen) am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte: Sozial-ökologische Mentalitäten und Lebensweisen; Postwachstums- und Degrowth-Bewegungen; Transformationskonflikte; Gewerkschaften und Klimapolitik.

Simon Fink ist Professor für das politische System der BRD an der Georg-August-Universität Göttingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind vergleichende Politikfeldanalyse, Europäisierung und Technologiepolitik.

Anna Nora Freier, geb. 1981, Mag. Art., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bergischen Universität Wuppertal am Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Partizipation, deliberative Bürger:innenbeteiligung und Narrative.

Sabrina Glanz, geb. 1988, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Schwerpunkte sind die empirische Sozialforschung, sozialwissenschaftliche Energieforschung und soziale Ungleichheitsforschung.

Katrin Großmann, geb. 1972, Prof. Dr., ist Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der FH Erfurt. In ihren Arbeiten verfolgt sie Fragen einer zukunftsfähigen Entwicklung von (Stadt-)Gesellschaften und verbindet hier normative Debatten mit analytischen Perspektiven. Sie forscht u.a. zu sozialen Konflikten und Zuwanderung, Energiearmut, schrumpfenden Städten und Kleinstädten.

Tobias Haas, geb. 1983, Dr., ist Politikwissenschaftler. Seine Forschungsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Politischer Ökonomie und sozial-ökologischen Transformationsprozessen. Momentan arbeitet er am IASS in Potsdam in einem BMBF-geförderten Projekt zu negativen Emissionen (CDRSynTra).

Daniel Häfner, M.A., ist Geschäftsführer des Lausitzer Instituts und arbeitet seit mehr als 10 Jahren zum Thema der Transformation der Lausitz u.a. an der BTU Cottbus-Senftenberg. Seine Interessenschwerpunkte liegen derzeit auf der sorbischen/wendischen Minderheit, insbesondere der Kultur- und Kreativwirtschaft, sowie der Indikatoren guten/gelingenden Lebens.

Sarah Herbst, geb. 1992, M.A., ist seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut in Göttingen (SOFI). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Öffentliche Güter im Kontext ländlicher Räume und die Folgen der Corona-Pandemie mit Blick auf die Arbeitswelt.

Julia Janik war Mitarbeiterin in der AG Gesellschaft und Nachhaltigkeit am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum sowie an der Fakultät für Politikwissenschaft an der Universität Siegen. Dort arbeitete sie in Projekten zu den Themen Energiewende, Nachhaltigkeit und Gesellschaft.

Nina Kerker, geb. 1998, M. Ed., hat in Göttingen die Fächer Englisch und Politikwissenschaft für das Lehramt an Gymnasien studiert und ist seit Mai 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Energy Transition, Konfliktforschung sowie qualitative empirische Sozialforschung.

Michael M. Kretzer, geb. 1983, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der AG Gesellschaft und Nachhaltigkeit im Wandel am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum, sowie affiliated research fellow der University of Western Cape (UWC), Department of African Language Studies, in Südafrika. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Environmental Education, Sprachenpolitik und Bildung, Linguistic Landscapes (LL) und indigene Wissenssysteme (»Indigenous Knowledge Systems«) der Region südliches und östliches Afrika, welche er mehrfach zum Zweck der Feldforschung bereiste.

Timmo Krüger, geb. 1982, ist promovierter Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. Seine Forschungsschwerpunkte sind Degrowth, Energie- und Klimapolitik, Hegemonie, Poststrukturalismus, Radikale Demokratie und sozial-ökologische Transformation.

Lucas Kuhlmann, geb. 1994, M.A., hat in Kiel und Göttingen Soziologie und Politikwissenschaft studiert und ist seit Januar 2022 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Energy Transition Research, Wissenssoziologie, politische Soziologie sowie qualitative empirische Sozialforschung.

Wiebke Lass, Dipl.-Volkswirtin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Klimaresilienz, Arbeitsgruppe Urbane Transformationen des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Anpassung an den Klimawandel, Gesellschaftliche Transformationen und Konflikte auf lokaler Ebene.

Stine Marg, geb. 1983, Dr., hat in Göttingen Geschichte und Politikwissenschaft studiert und ist seit Oktober 2013 Geschäftsführerin des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Politische Kulturforschung sowie Protest- und Bewegungsforschung.

Nico Mokros, geb. 1992, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im durch die Stiftung Mercator geförderten Projekt »Demokon – Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende« am SO.CON-Institut der Hochschule Niederrhein. Zudem forscht und lehrt er an der Fakultät für Erziehungswissenschaft sowie am Institut für interdiszi-

plinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Politische Sozialisation, Soziale Konflikte, Autoritarismus-, Demokratie- und Populismusforschung.

Cathérine Momberger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie/Arbeit, Wirtschaft, Wohlfahrt an der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Erforschung sozialen Wandels und der Transformationsforschung, insbesondere der Energiewendeforschung.

Alexander Neupert-Doppler, geb. 1981, Dr., veröffentlichte Bücher zu den Themen Staatsfetischismus (2013), Utopie (2015), Kairós (2019), Organisation (2021) und Öko-sozialismus (2022). Der vorliegende Text entstand während der Zusammenarbeit mit Tobias Haas am IASS Potsdam. Neupert-Doppler vertritt zurzeit die Professur für Sozialphilosophie an der Hochschule Düsseldorf.

Leonie Aline Nowack, geb. 1999, B.A., studiert das Masterprogramm »Kultur und Person« an der Fakultät für Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Jörg Radtke, geb. 1982, Dr., ist Senior Researcher und Projektleiter am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam. Seine Forschungsschwerpunkte sind Partizipation in der Nachhaltigkeitstransformation sowie politik- und sozialwissenschaftliche Energie-, Mobilitäts- und Landwendeforschung.

Ortwin Renn, geb. 1951, ist wissenschaftlicher Direktor am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam und Professor für Umweltsoziologie und Technikfolgenabschätzung an der Universität Stuttgart. Seine Forschungsschwerpunkte sind Risiko Governance, Partizipation und Transdisziplinäre Forschungsmethoden.

Fritz Reusswig, geb. 1958, Dr. phil. habil, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Klimaresilienz, Arbeitsgruppe Urbane Transformationen des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Lehrbeauftragter für Umweltsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Entwicklung des gesellschaftlichen Klimadiskurses sowie Klimaschutz und Klimanpassung auf lokaler Ebene.

Nikolai Roskamm, geb. 1967, Prof. Dr., ist Professor für Planungstheorie, Stadtbau-geschichte und Städtebau an der FH Erfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Wissenschaftsgeschichte des Urbanismus und kritische Stadttheorie.

Eva Ruffing ist Professorin für das politische System der BRD im Kontext europäischer Mehrebenenpolitik an der Universität Osnabrück. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Policy-Analyse und Verwaltungsforschung im Mehrebenensystem.

Julia Schatzschneider, geb. 1981, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im durch die Stiftung Mercator geförderten Projekt »Demokon – Eine demokratische Konflikt-

kultur für die Energiewende« und Projektleiterin im durch die Stiftung Mercator und das Land NRW geförderten Projekt »Kommunales Konfliktmanagement fördern (KoKo II) – Kommunen für Integration stärken« am SO.CON-Institut der Hochschule Niederrhein. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind Beteiligung und kommunale Konflikte.

Josua Schneider, geb. 1980, Dr. phil, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bergischen Universität Wuppertal am Lehrstuhl für Soziologie der Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Legitimation von Gewalt, Friedens- und Konfliktforschung, Diskurs- und Narrativforschung.

Anna-Lena Schönauer, geb. 1986, Dr., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Akzeptanz- und Einstellungsforschung, die empirische Sozialforschung sowie die Beteiligungs- und Engagementforschung.

Stefan Schweiger, geb. 1980, Dr. rer. pol., ist Forschungsmanager am Institut »Forschungs- und Transferzentrum Nachhaltigkeit Neuburg« (ForTraNN) der Technischen Hochschule Ingolstadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind sozialwissenschaftlich orientierte Erzählforschung sowie systemtheoretische Analyse der Energiewende in Deutschland.

Maike Simmank, geb. 1990, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Auseinandersetzung mit öffentlichen Gütern und gleichwertigen Lebensverhältnissen im Kontext ländlicher Räume.

Simon Teune, geb. 1976, Dr. phil., ist Soziologe am Sonderforschungsbereich Intervenierende Künste an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitbegründer und Vorstand des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung. Teune forscht zu sozialen Bewegungen, Konflikten und politischer Öffentlichkeit.

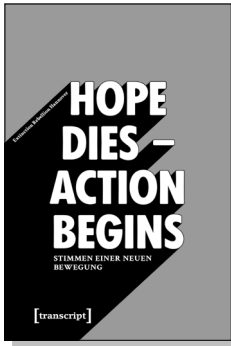
Katja Treichel, geb. 1979, Diplom-Politologin, implementiert am Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) Bürger:innendeliberation und Stakeholderformate im Ariadne-Projekt. Sie leitete zuvor die Energie-Trialoge der Humboldt-Viadrina Governance Platform. Verständigungsprozesse verschiedener Akteursgruppen in Transformationsprozessen interessieren sie besonders.

Berthold Vogel, geb. 1963, Prof. Dr., ist Geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität und Sprecher des Standorts Göttingen im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Soziologie des Sozial- und Rechtsstaats, der öffentlichen Güter und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Julia Zilles, geb. 1987, M.A., ist Sozialwissenschaftlerin und forscht zu lokalen Konflikten im Kontext der Energiewende am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. Sie ist wissenschaftliche Koordinatorin für den gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsbereich des Energie-Forschungszentrums Niedersachsen (EFZN).

Daniel-Pascal Zorn, Dr. phil., ist Geschäftsführer des Zentrums für Prinzipienforschung (ZePF) an der Bergischen Universität Wuppertal und lehrt dort Philosophie. Derzeit ist er außerdem Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verbundforschungsprojekt »Dilemmata der Nachhaltigkeit« an der Technischen Universität Braunschweig. Im Frühjahr 2022 erschien sein aktuelles Buch »Die Krise des Absoluten. Was die Postmoderne hätte sein können« im Klett-Cotta-Verlag.

Politikwissenschaft



Extinction Rebellion Hannover

»Hope dies – Action begins«: Stimmen einer neuen Bewegung

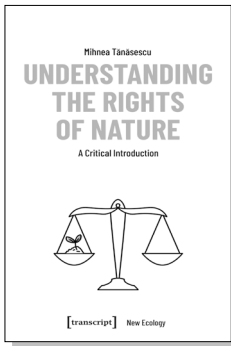
2019, 96 S., kart.

7,99 € (DE), 978-3-8376-5070-9

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5070-3

EPUB: ISBN 978-3-7328-5070-9



Mihnea Tanasescu

Understanding the Rights of Nature A Critical Introduction

February 2022, 168 p., pb.

40,00 € (DE), 978-3-8376-5431-8

E-Book: available as free open access publication

PDF: ISBN 978-3-8394-5431-2



Gregor Ritschel

Freie Zeit Eine politische Idee von der Antike bis zur Digitalisierung

2021, 274 S., kart.

28,00 € (DE), 978-3-8376-5572-8

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5572-2

EPUB: ISBN 978-3-7328-5572-8

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft



Martijn Konings
Kapital und Zeit
Für eine neue Kritik der neoliberalen Vernunft

2021, 206 S., kart.
25,00 € (DE), 978-3-8376-5038-9
E-Book:
PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5038-3



Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent, Jonas Zipf (Hg.)
Rassismus. Macht. Vergessen.
Von München über den NSU bis Hanau:
Symbolische und materielle Kämpfe
entlang rechten Terrors

2021, 432 S., Klappbroschur, 11 SW-Abbildungen
19,90 € (DE), 978-3-8376-5863-7
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5863-1
EPUB: ISBN 978-3-7328-5863-7



Chris Piallat (Hg.)
Der Wert der Digitalisierung
Gemeinwohl in der digitalen Welt

2021, 440 S., kart., 5 SW-Abbildungen, 3 Farbababbildungen
29,50 € (DE), 978-3-8376-5659-6
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5659-0
EPUB: ISBN 978-3-7328-5659-6

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**